RUDOLF JORDAN

Erlebt und erlitten





DRUFFEL

Weg eines Gauleiters von München bis Moskau

Rudolf Jordan

RUDOLF JORDAN

ERLEBT UND ERLITTEN

WEG EINES GAULEITERS
VON MÜNCHEN BIS MOSKAU

DRUFFEL-VERLAG
LEONI AM STARNBERGER SEE

Schutzumschlag: Hasso Freischlad

Die vier Bildtafeln sind eingeschaltet vor den Seiten 161, 177, 353 und nach 368

Internationale Standard-Buchnummer
ISBN 3 8061 0540 5

1971
 · Satz, Druck und Bindearbeiten:
Sellier GmbH Freising · Printed in Germany

Auftrag in München (7)

Lenin oder Hitler? (34)

Schicksalsjahr 1932 (50)

Krise in letzter Stunde: Gregor Strasser (69)

Der Umsturz (98)

Die „Gleichschaltung“ (116)

Eine zweite Revolution? (125)

Von Halle nach Dessau: Reichsstatthalter (139)

Das Großdeutsche Jahr (161)

Weltfront gegen Deutschland (188)

Historische Episode: der Fall Hess (207)

Der „totale Krieg“ (215)

Frühjahr 45: das deutsche Inferno (246)

Vae Victis (277)

Endstation Moskau (311)

Das Wunder der Heimkehr (357)

Namenverzeichnis (365)

Auftrag in München

Es war am Montag, den 19. Januar 1931. Von Fulda kommend hatte ich die Nacht auf harter Holzbank dritter Klasse durchfahren und stand nun an einem winterlichen Vormittag vor dem Haus Nummer 50 der Schellingstraße in München.

Ein Brief des Reichsorganisationsleiters der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hatte mich – den wegen politischer Tätigkeit vor Jahresfrist aus dem preußischen Schuldienst entlassenen, seither als Redakteur des selbstgegründeten Parteiblattes „Fuldaer Beobachter" und als Redner tätigen Parteigenossen – zu „einer Besprechung" beordert.

Nie vorher war ich hier gewesen, nur an einem begrenzten Abschnitt der bewegten innenpolitischen Kampffront hatte ich bislang gewirkt – immerhin war die NSDAP damals schon eine bedeutende Organisation mit über 300000 Mitgliedern; seit einigen Monaten war sie mit 107 Abgeordneten im deutschen Reichstag vertreten. Ich selbst war mit meinen 28 Jahren Abgeordneter im Provinzial-Landtag der preußischen Provinz Hessen-Nassau, außerdem einziger Stadtverordneter der NSDAP im Fuldaer Stadtparlament.

Natürlich hatte ich darüber gegrübelt, was den Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser – wir hatten aus Anlaß von Versammlungen gelegentlich miteinander gesprochen – veranlaßt haben mochte, mich nach München zu rufen.

Gewiß: Ich hatte einige kritische Berichte über meine Propaganda-Erfahrungen im streng katholischen Gebiet um Fulda an die Parteileitung gesandt, hatte von weiterem Einsatz ungeeigneter Redner gewarnt, hatte einige Schriften Alfred Rosenbergs mit dem Maßstab der 25 Punkte des Partei-Programms gemessen und verworfen. Auch waren mir die Sorgen und Nöte der katholischen Junglehrer in Preußen – meiner früheren Kollegen – wichtig erschienen; ich hatte darüber nach München geschrieben, ohne auf meine Berichte Antwort zu erhalten.

Das alles ging mir durch den Kopf – es schien nicht recht glaubhaft, daß ein so ruhiger, überlegener und affektfreier

Mann wie Strasser mich wegen dieser Dinge eine lange Reise unternehmen ließ. Einige Monate vorher hatte er mich allerdings einmal gefragt, ob ich nicht in seinen „Stab" eintreten wolle; meine Antwort war ein klares „Nein" gewesen und ich hatte sie auch begründet. Zu eng war ich mit der sich stürmisch entwickelnden Partei-Organisation in und um Fulda persönlich verbunden, als daß ich in München eine Art Parteibeamter hätte werden wollen. Den Lehrberuf, an dem mein ganzes Herz hing, hatte ich aufgeben müssen, aber ich glaubte in leidenschaftlicher publizistischer Arbeit für meine kleine Kampf-Zeitung und als viel angeforderter Redner eine befriedigende Aufgabe gefunden zu haben. Ich war „jemand" in meiner Heimat, in der Parteileitung würde ich nur einer von vielen sein. Wenn also Strasser mir nochmals mit einer solchen Aufforderung käme, war für mich der Fall schon entschieden, bevor ich sein Büro betrat.

Als es dann soweit war, traf ich zu meiner Überraschung Strasser selbst gar nicht an. An seiner Stelle erwartete mich der aus den sog. Femeprozessen bekannt gewordene Oberleutnant a. D. Paul Schulz. Er bezeichnete sich selbst als „Vertreter Strassers". Dieser lasse sich entschuldigen; er sei wider Erwarten dringend verhindert. An Strassers Stelle erwarte mich jedoch „Herr Hitler selbst". Ich möge mich nur noch einige Minuten gedulden.

Nach dieser Erklärung ergriff Schulz einige bereitliegende Aktenstücke; dann verschwand die gedrängt-untersetzte Gestalt des düster wirkenden Oberleutnants.

Ich war nicht wenig verblüfft. Hätte ich als junger katholischer Lehrerseminarist eines Tages ebenso unvorbereitet im Vorzimmer des Papstes gestanden in Erwartung einer bevorstehenden Audienz, so hätte ich kaum überraschter sein können. Seit vielen Jahren sah ich in Hitler den Führer in die Zukunft; für die deutsche und die Weltöffentlichkeit war er inzwischen zur bekanntesten Persönlichkeit der Reichspolitik geworden. Ich hatte ihn zwar schon mehrmals erlebt – aber stets nur aus der Ferne als aufwühlenden Massenredner, hoch oben auf einer Rednertribüne; auf den Parteitagen in Weimar und in Nürnberg war ich an ihm vorbeimarschiert.

Wie in einem schnellaufenden Film huschten Gedankenfetzen durch mein Bewußtsein: Wie komme gerade ich dazu, in wenigen Minuten vor Hitler zu stehen? Ich – ein unbekannter SA-Mann – ein kleiner Wirtsstuben-Redner aus dem Hessenlande, ein Partei-Journalist, der seine Kampfartikel zum größten Teil im Kaffeehaus schrieb? Konnte Hitler jemals von meiner Existenz erfahren haben, wie war mein Name überhaupt an sein Ohr gedrungen? Blitzartig mischte sich der Gedanke ein: Ob Hitler mich vielleicht persönlich für meine ketzerischen Zuschriften über einige „Stars" der Partei zur Rede stellen wolle? Dieser Einfall allerdings beunruhigte mich nicht: da stand ich auf festem Grund und würde meine Meinung zu vertreten wissen.

Ich brauchte nicht mehr lange nachzudenken; Schulz kam lächelnd – ohne die Akten, die er mitgenommen hatte – zurück und forderte mich mit einer Handbewegung auf, ihm zu folgen: „Herr Hitler erwartet Sie."

Der Raum, in den ich geführt wurde, war nicht allzu groß; Hitler kam mir mit raschem Schritt entgegen und begrüßte mich mit einem langen festen Händedruck. Seine großen Augen waren zunächst wortlos durchdringend auf mich gerichtet – so, als wolle er prüfen, ob und inwieweit meine Erscheinung mit dem Bilde übereinstimmte, das er sich von mir gemacht hatte.

Schulz zog sich zurück, wir standen uns allein gegenüber und ich wurde der einzige Zuhörer einer Ansprache, die mir heute noch so im Ohre klingt, daß ich sie zuverlässig fast wörtlich wiedergeben kann – sie hat mein damaliges Leben verändert, und mein seitheriges bestimmt:

„Parteigenosse Jordan! Sie sind mir kein Unbekannter. Ich habe viel von Ihnen gehört und auch manches von Ihnen gelesen. Außerdem hat Strasser mir eingehend von Ihnen berichtet. Ich sehe in Ihnen einen von jenen jungen selbstlosen Idealisten draußen im Lande, von denen ich gerne noch einige Hunderte hätte. Ich weiß auch, daß Sie den Ihnen liebgewordenen Beruf als Erzieher verloren haben, von dem großen Opfer, das Sie damit der Bewegung bringen mußten. Ich weiß dieses Opfer zu werten. Das war eine jener Terror-Aktionen, mit denen das heutige System die nationalsozialistische Bewegung, die unaufhaltbare nationalsozialistische Revolution zu

unterdrücken versucht. Aber auch diese Einschüchterungs-Aktionen werden den politischen Akteuren nichts mehr nützen. Die letzten Wahlen haben bewiesen, daß der Terror gegen das erwachende Deutschland nur den Untergang dieses Systems beschleunigen und besiegeln wird. Wir sind heute bereits die zweitstärkste Partei in Deutschland, bald werden wir die stärkste sein. Und in absehbarer Zeit, ich habe das schon einigemale ausgesprochen, werden wir die staatstragende Bewegung eines neuen Deutschland sein."

Das alles klang – mit der tiefen Stimme Hitlers gesprochen – wie eine feierliche Rede, wie eine Ehrung vor angetretener Front.

Hitler fuhr fort: „Unsere Revolution wird nicht nur dadurch siegreich sein, daß das deutsche Volk in seiner gesunden Masse erwacht und uns sein Vertrauen schenkt, sondern ebenso dadurch, daß wir dem erwachenden Volk eine Führung geben können, in der sich die politische revolutionäre Elite unseres Volkes verkörpert. Diese Führungs-Elite zu schaffen, ist die vordringlichste Aufgabe, der sich die Partei in den nächsten Jahren zu widmen hat. In meinen Augen sind Sie, Parteigenosse Jordan, einer von jenen selbstlosen Kämpfern, die nunmehr aus ihrem eigenen Wesen, aber auch aus dem Gesetz der nationalen Revolution zu höheren Pflichten und Rechten aufzusteigen berufen sind. Ich habe Sie kommen lassen, weil ich Sie mit einer mir sehr, sehr wichtigen Aufgabe im Dienste der Bewegung betrauen möchte. Vor einigen Tagen habe ich mich entschließen müssen, den Gauleiter des Gaues Halle-Merseburg, Parteigenossen Paul Hinkler, einen alten Kämpfer der Partei, von seinem Amte abzuberufen. Damit muß ein wichtiger, ja entscheidender Platz in der Führung der Parteiorganisation neu besetzt werden. Ein Gau, in dem sich sowohl die politische Reaktion als auch die Kommunisten traditionsgebundene Bastionen errichtet haben, braucht einen jungen, tapferen, politisch umsichtigen und doch revolutionären kompromißlosen Führer. In einer wirklich nur begrenzten engeren Wahl ist meine Entscheidung auf Sie gefallen. Was Sie für die Kampfführung in Mitteldeutschland besonders prädestiniert, ist Ihre sozialistische Haltung in Verbindung mit Ihren theoretischen Kenntnissen der marxistisch-kommunistischen Ideologie. Ihre Jugend

ist nur eine wertvolle Ergänzung zu diesen Voraussetzungen. Ich habe das Vertrauen in Sie, daß Sie die schwierige aber wichtige Aufgabe meistern werden. Die Bewegung braucht Sie, die Bewegung ruft Sie! Ich hoffe, Sie werden diesem Rufe und meinem persönlichen Wunsche folgen und Ihr Ja sagen."

Es trat eine Pause ein – mir fehlten buchstäblich die Worte.

Hatte mich zunächst die unmittelbare Nähe Hitlers, seine Persönlichkeit, seine unerwartete Anerkennung meines bisherigen örtlichen Tuns innerlich bewegt, so überkam mich nun das Bewußtsein einer ernsten Entscheidung für mein künftiges Leben. Mir schoß der Gedanke durch den Kopf, daß das geforderte „Ja" den Abschied von meiner Heimat, von der mir liebgewordenen und vertrauten Arbeit, von meinem, mit großen Entbehrungen aufgebauten jungen Zeitungsunternehmen bedeuten mußte. Und daß ich nun plötzlich vor einer Wendung in Unbekanntes, Ungewisses, vor dem Eintritt in die große Arena eines dynamischen Geschehens stand.

Meine Antwort mag verwirrt und unbeholfen geklungen haben: Ich sei tief gerührt, so hörte ich mich reden, durch das mir ausgesprochene Vertrauen. Aber ich könnte ja meinen jetzigen Tätigkeitsbereich gar nicht verlassen. Da sei meine Zeitung in Fulda, die doch ein Ein-Mann-Betrieb und ganz auf meine eigene Person angewiesen sei. Sie würde todsicher zum plötzlichen Erliegen kommen, wenn ich sie nicht mehr an Ort und Stelle lenken und leiten würde. Auch meine parlamentarischen Mandate seien landschaftsgebunden; ich müsse auch befürchten, daß mein Weggang sich nachteilig für die Parteiorganisation meiner Heimat auswirken würde.

Hitler schien diese provinziellen Einwände nicht erwartet zu haben. Er meinte väterlich, das alles sei doch wohl untergeordneter Natur im Vergleich zu dem Führungsamt, das er mir übertragen wolle. Die Zeitung, mein Lieblingskind, werde unter der Regie eines Nachfolgers weiter erscheinen. Ein anderer pressegewandter Parteigenosse werde sich ihrer annehmen. Von Halle aus könne ich ja weiter Beiträge schreiben und auch die durch meinen Weggang in meiner Heimat vielleicht eintretende Lücke in der dortigen propagandistischen Front werde, wenn auch vielleicht nicht sofort, so aber doch eines Tages wieder geschlossen werden.

Hitler erhob die Stimme:

„Wir alle müssen jeden Tag von irgend etwas Abschied nehmen, wenn wir der Vorwärts-Parole unserer Bewegung folgen wollen. Ich als der Führer der Partei muß an die Zukunft denken – die heutige Gegenwart ist für mich schon halbe Vergangenheit. Sie werden sich in Mitteldeutschland einer großen Führungsaufgabe widmen, in der Sie Ihre ganze Person, Ihre ganze Kraft, Ihr ganzes Können zur Entfaltung bringen werden. Auch im Gau Halle-Merseburg wartet eine parteiamtliche Zeitung – noch dazu eine durchaus gute – auf einen pressebegeisterten Gauleiter: auf Sie! Die große Menschenführungs-Aufgabe in einem politisch so kampfgeschwängerten Gebiet, wie es Halle-Merseburg ist, in dem die kommunistische Partei stärkste Partei werden konnte, in einem Land, das geradezu eine traditionelle Werkstätte der politischen Revolution ist, wird Sie sicherlich für alles entschädigen, was Sie in Ihrer Heimat aufgeben müssen."

Dann folgte noch ein Satz, zu dem es keine Widerrede geben konnte: „Parteigenosse Jordan! Die Bewegung ruft Sie an einen neuen Frontabschnitt, an dem eines Tages große zukunftsträchtige Entscheidungen fallen werden. Sie müssen diesem Rufe folgen – die Bewegung, das kommende Deutschland, bestimmt unser Leben: das meinige und auch das Ihre!"

Diesen Worten und den fragend forschenden Augen Hitlers gegenüber konnte ich nur noch bescheiden, aber nun auch überzeugt sagen: „Ja, ich bin bereit; ich hoffe die große Aufgabe zu Ihrer Zufriedenheit meistern zu können."

Hitler ergriff mit beiden Händen meine Hand, sah mir freundlich in die Augen und meinte nun in kameradschaftlichem Ton: „Parteigenosse Jordan! Ich werde Ihnen helfen; Sie können mich zu jeder Zeit um meine Unterstützung bitten. Ihr Leben soll in Ihrem nunmehrigen neuen Amt einen neuen, für Sie beglückenden Inhalt gewinnen!"

Nach einer Pause fuhr Hitler fort, die Situation im Gau Halle-Merseburg verlange allerdings, daß die Parteiarbeit in Halle möglichst sofort in starke Hände genommen werde; er fragte mich, ob ich gleich von hier aus nach Halle fahren könne, um den Gau „augenblicklich" zu übernehmen.

Auf meinen Einwand, daß ich in jedem Falle vor meinem dortigen Antritt noch einen Tag zur Verfügung haben müsse, um wenigstens die Übergabe meiner Zeitung an einen provisorischen Nachfolger zu regeln und das Erscheinen der nächsten Ausgabe zu sichern, billigte mir Hitler diesen einen Tag zu. Am übernächsten Tag aber müsse er mich bereits an meinem nunmehrigen Platz als seinen „Statthalter" wissen. Mein Vorgänger Paul Hinkler – so erläuterte Hitler weiter – sei ein verdienstvoller alter Kämpfer der Bewegung, der den Gau zwar nicht ohne Erfolg geführt, jedoch durch eigenwilliges Verhalten ernste Fehlentscheidungen getroffen habe. Er sei Schwerkriegsbeschädigter und er leide an einer an der Front erlittenen Kopfverletzung. Bereits seit geraumer Zeit sei seine Ablösung als Notwendigkeit erkannt worden. Mein erstes Zusammentreffen mit Hinkler werde bei diesem Mann sicher große Erregung auslösen. Es seien vor allem Fragen der Menschenführung, an denen Hinkler gescheitert sei. Aber er sei nicht nur ein selbstbewußter „Gaugraf" sondern auch ein alter Frontsoldat, der sich der Notwendigkeit einer schnellen Ablösung nicht verschließen werde.

Die sachlichen Probleme der Übernahme der Gauleitung solle ich am Nachmittag mit dem Reichsparteirichter, Major Buch, und dem Reichsschatzmeister Schwarz besprechen. Der Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser werde mir später noch besondere Hinweise geben.

Hitler fuhr fort: Wie ich schon wisse, lasse er seinen Gauleitern in der Führung ihrer Gaue volle Bewegungsfreiheit, soferne nicht grundsätzliche Entscheidungen zu fällen seien. Das solle auch für mich gelten. Die eigentliche Frontarbeit der Partei liege in den Gauen. Er hasse die Gleichheit; jeder Gau solle – je nach der Persönlichkeit seines Führers und den besonderen Problemen der Bevölkerung – ein eigenes Gesicht haben. Als Parteiführer wolle er über einen politischen Generalstab verfügen, in dem ihm Männer und nicht Funktionäre zur Seite stünden. Das politische Führerkorps müsse einem guten Orchester gleichen, in dem sich viele individuelle Stimmen zu einem Zusammenklang vereinigen. Nur aus der persönlichkeitsgebundenen Arbeit der lebendigen politischen Kampffront erhalte die zentrale Führung die Möglichkeit und Fähigkeit,

ihre zusammenfassenden Aufgaben lebens- und wirklichkeitsnah zu erkennen und zu lösen. Scherzend meinte Hitler, er hoffe allerdings, daß bei einer so starken Betonung der Frontarbeit in den Gauen nicht etwa die Reichsleitung und am Ende gar er selbt in den Verruf einer „Etappe" gerate.

Inzwischen war Oberleutnant Schulz mit einem Zettel in der Hand leise eingetreten, offenbar um Hitler an einen Termin zu erinnen.

In soldatischer Haltung meldete ich mich ab. Wieder drückte mir Hitler mit beiden Händen die Hand, hielt sie lange fest und wünschte mir freundlich und offenbar erleichtert einen guten Beginn.

*

Zu den Sachbesprechungen wurde ich erst nachmittags wieder in der Schellingstraße erwartet. Einige Stunden lang war ich mir selbst überlassen. In einer kleinen Gastwirtschaft aß ich zu Mittag, dann wanderte ich unruhig durch die Straßen, passierte die großartige Ludwigstraße zwischen Siegestor und Feldherrnhalle; nur langsam schwand die innere Erregung nach dem Erlebnis des Vormittags.

Inzwischen war es Nachmittag geworden. Als ich mich wieder in der Schellingstraße einfand und mich beim Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz und dem Leiter der Parteigerichtsbarkeit Major a.D. Buch meldete, um die Einzelheiten der Übernahme des Gaues zu besprechen, wurde ich bayrisch-jovial begrüßt: „Sie sind nicht nur ein neuer sondern auch ein ganz junger Gauleiter." Von den beiden Herren, deren ruhiger und aufrichtiger Charakter mich damals und später stets überzeugte, erhielt ich eine Art Privatissimum darüber, was man in der Parteizentrale von einem Gauleiter im Allgemeinen und vom neuen Führer des Gaues Halle-Merseburg im Besonderen erwartete. Wie problematisch gerade diese Aufgabe sein würde, wurde mir in Umrissen verdeutlicht – bald sollte ich das unmittelbar erfahren.

Ganz am Rande bemerkte Schwarz: Für meine zunächst kommissarische Tätigkeit werde ich ein Gehalt von 300,– Mark erhalten – später würde es auf 350,– Mark erhöht werden.

Solcherweise mit Hinweisen und Mahnungen gerüstet, fuhr ich wieder mit dem Nachtzug nach Fulda zurück.

*

Als ich allein im schwach erleuchteten Abteil des Nachtzuges saß, überkam mich bedrängend das Bewußtsein, daß am heutigen Tage die Weichen meines weiteren Lebens schicksalhaft gestellt worden waren. Es gab für mich jetzt kein Zurück mehr. Mein Glaube an den Sieg der Bewegung war freilich unumstößlich. Die mir gestellte Aufgabe wollte ich in missionarischem Geist und in soldatischer Haltung erfüllen.

Unwillkürlich zogen die Stationen meines bisherigen Weges wie in einem Film in der Erinnerung an mir vorbei:

Ich gehörte dem Jahrgang 1902 an – war noch zu jung gewesen, um im großen Krieg Soldat zu sein, jedoch alt und reif genug, um den deutschen Zusammenbruch 1918 kritisch mitzuerleben. Bis in die schwülen, schicksalsschwangeren Julitage des Jahres 1914 war mein sorgenloses Jungenleben kaum anders verlaufen als das der anderen Dorfjungen in meinem Heimatdorfe Großenlüder im Hessenlande zwischen Rhön und Vogelsberg. Das große hessische – seit 1866 „mußpreußische" – Dorf mit seinen dörflichen Geheimnissen, seinen Häusern und Häuschen in freundlichem Fachwerkbau, seinen winkligen Gassen, bäuerlichen Höfen, bunten Gärten, kuhwarmen Ställen und windigen Schuppen – seinem umliegenden flickenteppichartigen Flurbereich – seinen angrenzenden Bergen und Wäldern mit ihren Quellen, Bächen, Schluchten und Höhlen – das war die abgeschlossene abwechslungsreiche Welt für unsere kindlichen entdeckungsfrohen Streifzüge und abenteuerlichen Spiele.

In den Juli- und Augusttagen 1914, als der große Krieg ausbrach, hatte ich in dem Sturm der allgemeinen aufwühlenden Begeisterung den ersten überwältigenden Alarm meiner Kindheit erlebt, den Alarm des „Wir".

Ihm folgte bald ein ebenso aufrüttelnder Alarm: Im zweiten Kriegsjahr stand nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch des elterlichen Unternehmens eines Tages der Möbelwagen in unserem Hof. Wir zogen in die Stadt. Ich mußte Abschied nehmen von allem, was bisher meine Welt bedeutet hatte. Als

der Zug pustend aus dem Bahnhof ratterte, die letzten Häuser, Wiesen und Äcker meinen Blicken entschwanden, ging meine Kindheit plötzlich zu Ende, eine harte Jugend begann. Als 1916 – mitten im Kriege – die Schulzeit endete, wurden wir in eine ungewisse Zukunft entlassen.

Die Erfüllung meines Wunsches, mich auf den Beruf eines Volksschullehrers vorzubereiten, war zunächst durch den Krieg verwehrt. Die Lehrerbildungsanstalten waren seit Sommer 1914 geschlossen und dienten kriegsbedingten Zwecken. In einem „Appell an die Jugend“ hatte das „Hindenburg-Programm“ dazu aufgerufen, in den Kriegsdienst der Heimat einzutreten. Das schien mir und meinen Eltern patriotische Verpflichtung. In einer Munitionsfabrik – inmitten eines großen Transmissionssaales – stand ich nunmehr an einer Fräs-Bank und fräste Granathülsen. Ich war noch nicht 14jährig – aber ich stand schon in der Akkord-Maschinerie, ging wöchentlich abwechselnd zur 12stündigen Tag- oder Nachtschicht, ja galt als Schwerstarbeiter mit dem Recht, alle vierzehn Tage eine Schwerstarbeiterzulage in Gestalt einer Hand voll Haferflocken, eines halben Brotes, eines halben Pfundes Pferdewurst, einer kleinen Portion Margarine und einer Packung Kunsthonig als Lebensmittel-Zulage zu empfangen.

In diese Zeit fiel meine erste Begegnung mit marxistischen Funktionären am Arbeitsplatz. Es waren das keine Berufspolitiker, sondern eher kleinbürgerliche Sonderlinge, die stolze Worte vom Klassenkampf und der Notwendigkeit einer Revolution im Munde führten, jedoch gute Patrioten gewesen wären, hätten sie auch nur ein kleines Häuschen mit Gärtchen ihr eigen genannt. Immerhin hörte ich hin, wenn in der Frühstückspause von den Rüstungsgewinnlern und im Gegensatz dazu von den Millionen von Toten und Krüppeln der Völker im Kriege die Rede war. Ich wurde nachdenklich und begann daran zu zweifeln, daß dem Gesellschaftsleben die in der Schule gepredigte „göttliche Weltordnung“ zugrunde liege.

Es war Krieg. Keine Stunde ließ uns das vergessen. Dann und wann rückten neurekrutierte Ersatzeinheiten des heimatlichen Feldartillerie-Regiments blumengeschmückt an die Front. Sie waren nicht mehr von jubelnden Menschen begleitet wie 1914 – aber sie marschierten doch in fester Zuversicht. Dann und wann

rollten Truppentransporte vom östlichen zum westlichen Kriegsschauplatz. Und nicht selten fuhren in langsamer Fahrt traurige Lazarettzüge an unserer Fabrik vorbei.

Mein ältester Bruder, der an der Westfront kämpfte, hatte anläßlich eines Heimaturlaubes eine handliche Tornisterschrift für Frontsoldaten zurückgelassen. Schon der Titel faszinierte mich: „Politische Ideale." Das kleine Buch war von dem Engländer Housten Stewart Chamberlain geschrieben. Es war das erste politische Buch, das ich in meine Hände bekommen hatte; ich las es wohl ein dutzendmale – immer wieder neu gefesselt. Ich fand darin zwingende Gegengründe gegen die Menschheitsparolen der marxistischen Parteipolitiker. Es reizte mich geradezu, mich in die Diskussion der Älteren einzuschalten. In meinem Unterbewußtsein hatte eine Antenne zu vibrieren begonnen, die nun immer empfindlicher auf das politische Geschehen reagierte.

Als im Frühjahr 1918 in meiner Heimatstadt Fulda eine „Präparandenanstalt" ihre Pforten öffnete, und ich den lärmenden Transmissionssaal verlassen konnte, um mich nun doch auf den Lehrerberuf vorzubereiten, hatte ich eine gesellschaftliche Grundschule absolviert: Ich kannte den deutschen Arbeiter und begriff, daß seine bewußte Eingliederung in den Verband des Gesamtvolkes die entscheidende Voraussetzung für jede Politik ist, die beansprucht, national zu sein. Mich erfaßte damals instinktiv, was Gregor Strasser später die „antikapitalistische Sehnsucht" nannte. Ein Nationalismus, der nicht nur Besitz und Tradition verteidigt, sondern allen Lebensinteressen des ganzen Volkes dient, wurde mein Jugendtraum – er erschien mir als das Vermächtnis der Toten des großen Krieges, als die revolutionäre Forderung des Jahrhunderts.

Ich weiß es heute noch genau so wie in jenen Januartagen 1931: Wäre Hitler ohne soziales Programm in die politische Arena getreten, er wäre niemals zum Führer einer deutschen Massenbewegung geworden. Und ich selbst wäre nicht seiner Fahne gefolgt, nicht sein Gefolgsmann geworden ...

An einem nebligen Novembertage 1918 drängten sich die Menschen aufgeregt vor den zum Aushang gebrachten Extrablättern, auf denen sensationelle Meldungen zu lesen waren: „Revolution ... Abdankung des Kaisers ... Ausrufung der Republik in Berlin."

Die diskutierenden Menschengruppen vermochten die Meldungen nicht ganz zu fassen. Die Dominante hieß: „der Krieg ist aus..." Manche gingen mit nachdenklichen Mienen davon. Mein Vater meinte am Abend: „Jetzt kommt der Bürgerkrieg auf uns zu."

Am nächsten Tage waren aus dem Lehrerkonferenzzimmer laute und lange Unterhaltungen zu hören. Erregt und gedankenzerfahren kamen die Lehrer verspätet in die Stunde. Ihre Erklärungen waren unterschiedlich. Einige meinten: Eine neue Zeit sei im Anbruch; der amerikanische Präsident Wilson habe Deutschland einen versöhnlichen, ehrenhaften Frieden versprochen. Der demokratische Volksstaat werde durch den Willen und die Arbeit des ganzen Volkes seine Gestalt erlangen. Die Nachrichten in den Zeitungen lauteten nüchterner: Marine-Meutereien in Kiel und Wilhelmshaven. Straßenkämpfe in Berlin, Hamburg, in Sachsen. Barrikadenkämpfe unter roten Fahnen ... Genau vor einem Jahr war in Rußland die bolschewistische Revolution ausgebrochen. Mein Vater meinte: „In Deutschland wird jetzt dasselbe versucht."

In der alten katholischen Bischofsstadt Fulda blieb es freilich auch in diesen stürmischen Tagen ziemlich ruhig. Am Bahnhof, vor dem Rathaus, auf den Wegen im Schloßgarten und vor den Betriebsausgängen hatten sich kleine Gruppen von Soldaten und Zivilisten versammelt, die rote Abzeichen trugen. Man diskutierte um „Demokratie" und „Sozialismus". Flugblätter wurden verteilt, in denen davon die Rede war, daß das Volk auf der ganzen Linie gesiegt habe. In den Sälen der Stadt wurden Versammlungen abgehalten, in denen die Redner mit schwulstigen Wendungen die Abdankung der „monarchistischen militaristischen Kriegshetzer" feierten und ein neues Leben in „Freiheit und Würde" prophezeiten. Die „Vierzehn Punkte" Wilsons wurden zitiert, in denen der amerikanische Präsident Deutschland einen Frieden ohne „Annexionen und Kontributionen" versprochen habe. Jetzt sei es soweit – mit der Revolution habe das schaffende Volk sein Schicksal selbst in die Hände genommen und werde es gegen alle reaktionären Ausbeuter demokratisch und sozialistisch neu gestalten. Dann erklang als Finale die Hymne: „Wacht auf, Verdammte dieser Erde ... Völker, höret die Signale ... Auf zum letzten Gefecht ... Die Internationale erkämpft das Menschenrecht."

Die gefeierten Propheten der angeblich angebrochenen neuen Zeit waren nicht nur Karl Marx, Friedrich Engels, August Bebel, sondern auch der lebende und agierende Schöpfer des russischen Rätestaates: Lenin. In den Sälen der Stadt fanden „Wiedersehensbälle“ statt; ihr ungewöhnlich lauter Lärm drang bis früh auf die Straßen. Als wenn es darum gehe, in wenigen Wochen all das nachzuholen, was man in den viereinhalb Jahren des Krieges an vergnüglichem Erleben hatte entbehren müssen – als wenn es einen großen Sieg zu feiern gälte, als ob der Krieg, seine Toten, seine Invaliden, seine Witwen und Waisen schon vergessen wären.

Die erste große Redewelle war verklungen, als die ersten Fronteinheiten auf ihrem Rückzuge durch die Stadt marschierten. Viele Wochen hindurch wurde auch ich Augenzeuge dieser düsteren Schau des deutschen Zusammenbruches. In fast unaufhörlicher Folge fluteten die Reste der einstigen ruhmreichen deutschen Armee durch die Stadt. In verschlissenen Uniformen mit müden enttäuschten Gesichtern – jedoch in immer noch soldatischer Haltung unter Führung ihrer Offiziere zogen sie Kompanie um Kompanie über die winterlichen Straßen. Auf den Fahrzeugen der bespannten Einheiten saßen, in große dicke Fahrmäntel gehüllt, gespenstig anmutende Gestalten, die auf das freundliche Zuwinken von Frauen und Kindern nur noch ein müdes Lächeln von sich gaben. Der konkrete menschliche Anblick des nationalen Elends drängte sich mir bedrückend-bedrängend ins junge Herz – ein drastischer Gegensatz zu den Phrasen der Revolutionsredner in den Sälen. In der „Roten Fahne“ hatte die Rosa Luxemburg die Pläne der „Spartakisten“ klar und eindeutig proklamiert:

„Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen hat – und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstungszeug bereiten. Sie muß lernen, es zu gebrauchen – zum Kämpfen, um zu siegen.“

Tatsächlich war es den Kommunisten gelungen, schon im Jahre 1919 in Bremen, im Februar in Braunschweig und im April in Bayern auf deutschem Boden Sowjet-Republiken auszurufen. Es war der Sozialdemokrat Noske, der sich in dieser

nationalen Not an die vorher verlästerten ehemaligen Frontsoldaten wandte: „Meldet Euch bei den freiwilligen Verbänden, die die Regierung zum Schutze der Grenzen und zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Inneren aufgestellt hat."

Und die alten Frontsoldaten, die von den roten Agitatoren nach ihrer Rückkehr als „Kriegsverbrecher", als „Kriegsverlängerer" und als „Militaristen" beschimpft worden waren und die in diesem anarchistischen Deutschland vergeblich ihre Heimat suchten, folgten erneut dem Ruf Deutschlands, das für sie weder im November 1918 geendet noch erst mit der Republik angefangen hatte.

Der über die Katastrophe hinüber gerettete Nationalismus alter Prägung – immer noch der besitzenden Klasse eng verhaftet und auf sie begrenzt – setzte sich gegen den massiven Angriff des Umsturzes zur Wehr. Die aufeinanderprallenden Fronten provozierten sich gegenseitig, feindeten sich immer unversöhnlicher an, rissen das hungernde, im Kriege wund geschlagene Volk feindselig auseinander. Hier ein Bürgertum, das noch auf Erbe und Bildung pochte – dort eine Arbeiterschaft, die unter marxistischen Parolen ihr Heil im Internationalismus erhoffte. Ich suchte in diesem Wirrwarr von Parolen nach einem Sozialismus, der meinem armen geplagten Vaterlande zugutekommen und in dem sich das deutsche Volksinteresse verwirklichen sollte. Ich sammelte die Flugblätter wohl aller Parteien, las sie kritisch durch, schlich mich in Versammlungssäle, wurde eifriger Benutzer der öffentlichen Landesbibliothek. In einem der Bücher, die ich verschlang, fand ich als Motto ein chinesisches Sprichwort: „Der Frieden fängt nicht dort an, wo der Krieg aufhört, sondern der Krieg hört dort auf, wo der Friede beginnt."

Dieses Wort hat mich in seiner tiefen Wahrheit schon damals ergriffen, es begleitete mich bis auf den Tag, an dem ich diese Zeilen niederschreibe, denn der Krieg gegen Deutschland war weder damals beendet – noch ist er es heute.

Damals war ich von den faszinierenden Gedanken der Jugendbewegung – der katholischen Jugendbewegung „Neudeutschland" – erfaßt, ja stürmisch erfaßt worden. Wo wir Jungen auch zusammen kamen, sei es auf den frohen Fahrten

durch deutsches Land, oder in dem kleinen Kaplanstübchen im Fuldaer „Herz-Jesu-Heim"; wir glaubten beim Kaplan Lins berufen zu sein, die so unwahrhaftig gewordene Welt zu verbessern.

Am 13. März 1920 war es geschehen, daß 6000 Mann der Marine-Brigade Ehrhard in Berlin einmarschiert waren, das Regierungsviertel besetzt hatten – und, nachdem die Reichsregierung nach Dresden geflohen war, eine neue Regierung, die Regierung „Kapp-Lüttwitz" proklamiert hatten. Die Regierung rief auf, im Rahmen der Reichswehr als „Soldaten auf Zeit" dem jungen Staat zu Hilfe zu kommen. Auch ich eilte damals, nachdem ich den Aushang im Lehrerseminar gelesen hatte, zur Kaserne. Seitdem gehörte zu meinem persönlichen „Steckbrief" auch noch die Angabe, daß ich in der Nachkriegszeit „Zeitfreiwilliger" gewesen bin.

In den politischen Diskussionen ging es damals um den sogenannten „Versailler Vertrag" – ein Dokument, das im brutalen Gegensatz zu all den Versprechungen des amerikanischen Präsidenten Wilson stand und das selbst Lenin mit den Worten charakterisiert hat: „Das war ein Frieden von Wucherern, von Würgern, ein Frieden von Schlächtern." Die Schriften für und gegen Versailles waren und blieben die Lektüre meines erwachten politischen Interesses – und bald kamen aus Bayern Zeitungen und Flugblätter ins Land, in denen von einem Manne berichtet wurde, der dort den „Verrat am deutschen Volke durch Versailles" an den Pranger stellte.

Der Mann hieß Adolf Hitler.

Inflation, die Entwertung allen deutschen Vermögens, Ruhreinfall und anschließend – ich war inzwischen Mitglied des Bundes „Oberland" geworden und stand als solcher in jenen Tagen „in Bereitschaft" – der Hitlerputsch und der Hitlerprozeß hatten mich zu einem „Vollblutpolitiker" werden lassen.

Ein für mich unvergeßliches Ereignis hatte in der Vorweihnachtszeit des Jahres 1929 diesem politischen „Vollblut" noch einen besonderen Antrieb gegeben. Erst zu Beginn des Jahres 1928 – infolge der damals herrschenden Junglehrernot verspätet – hatte ich in der Dompfarrlichen Knabenschule zu Fulda endlich meine schulische Laufbahn beginnen können. Ich war damals der glücklichste Mensch gewesen, meine erzieherische

Aufgabe erfüllte mich ganz. Außerdem war ich junger Abgeordneter und Stadtverordneter geworden.

Am 22. Dezember 1929 flatterte mir nun ein amtliches Schreiben der Regierung Kassel auf den Weihnachtstisch, in dem mir mitgeteilt wurde, daß ich aufgrund meiner propagandistischen Tätigkeit für die NSDAP aus der Liste der Schulamtsbewerber gestrichen, das heißt aufgrund meiner politischen Meinung aus dem Schuldienst verwiesen sei.

Damals schon hatte mein Leben seine Weichenstellung erfahren. Im „Stadtsaal“ war am selben Abend eine Versammlung der Fuldaer Arbeitslosen angesetzt, in der ein Redner der KPD und ein Redner der NSDAP (das war ich) sprechen sollten. So stand ich denn bereits am selben Tage, als mich der Staat arbeitslos, erwerbslos, rechtlos gemacht hatte, auf der Rednertribüne dieser Ärmsten der Armen als einer ihresgleichen. An diesem Tage waren die letzten „bürgerlichen“ Empfindungen in meinem Bewußtsein gefallen. Ich, der ich bis jetzt vielleicht ein Revolutionär aus jugendlicher Romantik gewesen war, wurde Berufsrevolutionär aus Überzeugung. Die Revolution war nunmehr mein Weg. Ihr allein lebte ich jetzt.

Schon im Mai 1925 – ich lebte damals vorübergehend in Dresden und war durch einen Zufall in einen „Sprechabend“ der NSDAP geraten – war ich mit der Nummer 4871 Mitglied der Partei Hitlers geworden. Und jetzt seit einigen Stunden zu meiner Überraschung einer seiner 32 Gauleiter* von denen er selbst gesagt hatte, daß sie seine „Statthalter“ seien.

Irgendwann dann auf dieser Nachtfahrt muß ich wohl auch eingeschlafen sein. Als „Fulda“ ausgerufen wurde, schreckte ich auf – und war dann hellwach.

*

* Die Gaue der NSDAP waren seinerzeit zumeist entsprechend den politischen Wahlkreisen gegliedert; bis 1933 gab es deren 32. Nach 1938 kamen als neue Gaue die sieben Gaue der Ostmark hinzu: Wien, Niederdonau, Oberdonau, Steiermark, Kärnten, Salzburg, Tirol-Vorarlberg. Ab Oktober 1938 der Gau „Sudetenland“; im Kriege die Gaue „Wartheland“ und „Oberschlesien“. Hitler hat zwar gelegentlich einen Gauleiter zusätzlich mit Aufgaben außerhalb des Reichsgebietes betraut, nie jedoch einen „Gau“ für nichtdeutsches Gebiet gebildet. Die sogenannte „Auslands-Organisation der NSDAP“ wurde zwar von einem Gauleiter geführt, in ihr jedoch waren nur deutsche Staatsbürger, die im Auslande lebten, organisiert.

Während meine Ernennung in München bereits bekannt gegeben wurde, überredete ich den glücklicherweise zuhause angetroffenen Buchhändler Jupp Kircher, die Wochenzeitung „Fuldaer Beobachter“ fortzuführen. Es war dabei viel zu besprechen, aber wenig zu übergeben – die Bürokratie des Ein-Mann-Betriebes war nicht umfangreich: eine Bezieher-Kartei mit den Inkasso-Vermerken, die mit dem Drucker getroffenen Vereinbarungen, die Namen der Mitarbeiter. Einige Manuskripte drückte ich meinem Nachfolger in die Hand. Er war nicht wenig erstaunt, alle Geheimnisse des von lokalen politischen Gegnern bereits mit Unruhe verfolgten waghalsigen Zeitungsunternehmens in einem einzigen Büroregal untergebracht zu finden.

Abends mußte ich wieder den Zug besteigen, der mich in den frühen Morgenstunden nach Halle bringen sollte. Dem dortigen Gaugeschäftsführer hatte ich durch Telegramm meine Ankunftszeit mitgeteilt und ihn in den Bahnhofs-Wartesaal bestellt. Als Erkennungszeichen würde ich den „Völkischen Beobachter“ vor mich auf den Tisch legen.

Als ich auf der nächtlichen Fahrt hinter Weißenfels an den Leuna-Werken entlangfuhr, bizarre Werkslichter vorbeihuschend in die Augen blitzten und dazu die Dämpfe des gigantischen Chemiewerkes aufdringlich süßlich beizend ins Abteil drangen, empfand ich dieses gespenstische Lichterspiel wie ein Wetterleuchten der mir aufgetragenen politischen Mission. Als wir bald darauf in Halle einfuhren, drängten sich auf den Bahnsteigen bereits die Massen der Arbeiter und Arbeiterinnen zu den Vorortzügen in die benachbarten Industrie-Reviere. Der Rhythmus einer dynamischen Wirklichkeit zog mich in seinen Bann.

In dem Wartesaal, den ich nun aufsuchte, fiel mir auf, daß mehrere Tische mit diskutierenden Parteigenossen, zum Teil auch mit dem SA-Abzeichen besetzt waren. Sie befanden sich in lebhaftem Gespräch; aus aufgefangenen Wortfetzen entnahm ich, daß die erregte Unterhaltung den Gauleiter-Wechsel betraf.

Sie musterten alle Eintretenden neugierig und kritisch, wahrscheinlich warteten sie auf mich. Nach kurzem Blickwechsel wendeten sie sich ihrer Diskussion wieder zu; ich war ihnen wohl zu jung, in der äußeren Haltung zu wenig imponierend, als daß sie in mir den neuen Gauleiter vermuteten.

Ich ließ mich an einem Nebentisch nieder, legte mein Erkennungszeichen aus und wartete auf den Gaugeschäftsführer.

Laut genug drangen harte Worte gegen die „Bürokraten“ in München zu mir herüber. Vom bisherigen Gauleiter Hinkler war die Rede; einen so alten Kämpfer könne man doch nicht einfach in die Wüste schicken. Was wisse man da oben von dem Kampf in einem roten Industrie-Gau, in dem man es nicht nur wie in Bayern mit spießbürgerlichen Gegnern sondern auch mit alten Max-Hölz-Gardisten zu tun habe, mit Reaktionären und Kommunisten zugleich. Ein hagerer blasser SA-Mann mit fanatischen Augen sprach von einem Diktat, das man nicht zu akzeptieren brauche. Von einer Protestversammlung war die Rede und von einer Resolution.

Als der Morgen dämmerte, lichtete sich der Wartesaal, auch die mürrischen Parteigenossen, die offenbar glaubten, umsonst gewartet zu haben, gingen ihrer Wege. Mittlerweile hatte mich nach einer skeptischen Suchaktion der inzwischen eingetroffene junge Gaugeschäftsführer entdeckt. Ich schlug ihm zunächst einen gemeinsamen Morgenspaziergang durch die mir noch völlig unbekannte Gauhauptstadt vor. Unter nicht nur orts- sondern auch geschichtskundiger Führung machte ich mich mit der Innenstadt von Halle vertraut. Neben stattlichen Industrie-Verwaltungsgebäuden zeigte sich mit dem Marktplatz und dem Rathaus, dem Roten Turm, dem Roland, der Universität, den Theatern, den Franckeschen Stiftungen und der Moritz-Burg eindringlich die geschichtliche und kulturelle Tradition der einstigen mitteldeutschen Hanse-Stadt.

Die politische Gegenwart präsentierte sich an den Zeitungs-Kiosken. Neben den bürgerlichen „Halleschen Nachrichten“ und der im ganzen Reich bekannten „Saale-Zeitung“ hob sich das sozialdemokratische „Volks-Blatt“, noch aufdringlicher der kommunistische „Klassenkampf“ ab; daneben war nur da und dort auch unsere örtliche Gau-Zeitung „Der Kampf“ zu entdecken. Unter den Straßenpassanten fielen mir viele Träger des „Rot-Frontkämpfer“-Abzeichens auf, auch mehr „Stahlhelmer“ als bei uns im Hessischen, seltener Träger des nationalsozialistischen Partei- oder des SA-Abzeichens.

Schon bei diesem ersten harmlosen Patrouillengang wurde mir klar, wie sehr in dieser Stadt sich die politischen Kampf-Fronten abseits der Mitte in ihren Extremen begegneten.

Da mein Vorgänger – überrascht von seiner Abberufung – sich noch in seiner Heimatstadt Freyburg an der Unstrut aufhielt und an diesem Tage nicht mehr nach Halle kommen wollte, beschränkte ich mich auf einen Besuch in der Gauleitung. Erst nach dem Zusammentreffen mit Paul Hinkler, bei dem ich in kameradschaftlicher Weise alle Fragen der Übergabe zu klären hoffte, wollte ich meine Tätigkeit offiziell beginnen.

Schon bei meinen ersten Gesprächen in den Geschäftsräumen – die Gauleitung war in einer Fünf-Zimmer-Wohnung untergebracht – bestätigte sich das Wartesaal-Erlebnis: eine starke Gruppe von fanatischen Anhängern des scheidenden alten Gauleiters war mit dem in München beschlossenen Wechsel nicht einverstanden. Sie waren mit Paul Hinkler, der den Gau unter schwierigen Verhältnissen aufgebaut hatte *, und der bei allen kämpferischen Aktionen immer mit „vornedran“ gewesen war, durch dick und dünn gegangen. Er war alter Frontsoldat – mit einer schweren Kopfverletzung aus dem Kriege heimgekehrt – und hatte aufgrund seiner nationalsozialistischen Tätigkeit seinen Dienst als Volksschullehrer beenden müssen. Zahlreiche gerichtliche Verfahren waren gegen ihn anhängig gemacht worden, gegen die ihn zunächst seine Immunität als Abgeordneter des Preußischen Landtages schützte. Die Vorgänge, die ihm zur Last gelegt wurden, waren durchwegs sog. Affekthandlungen; politische Gegner bezichtigten ihn öffentlich, daß ihm der Paragraph 51 des Strafgesetzbuches zur Seite stünde. Der politische Kampf in Halle kannte auch gegenüber menschlichen Schwächen keine Schonung.

Der Radikalismus dieser Auseinandersetzung prägte die innere Einstellung der Parteigenossenschaft des Gaues Halle-Merseburg. Noch weniger als anderswo waren die Männer der alten Garde der NSDAP hier Untertanen-Naturen. Sie mußten sich als Einzelkämpfer durchsetzen, konnten mit keinem persönlichen Vorteil rechnen, wagten nicht nur ihre Existenz, sondern oft auch das Leben. In der damaligen kompromißlosen Opposition zum Staat und seiner Macht waren sie

---

* Hinkler war 1927 als Nachfolger des kommissarischen Gauleiters Ernst mit der Führung des Gaues beauftragt worden.

politische Individualisten, die gegen den allgemeinen Strom ankämpften; zusammengehalten wurden sie nur durch ihre Ideale und durch die Überzeugung, daß Hitler den rechten Weg weise. Sie waren sich zwar bewußt, daß Parteidisziplin notwendig sei, aber keineswegs bereit, der Parteiführung kritiklos zu folgen. Mehr als durch Parteibefehl und Gehorsam entstand die politische Kraft der NSDAP in der Kampfzeit aus der leidenschaftlichen Diskussion der Zeitfragen innerhalb der Partei und der angriffsfreudigen Agitation in den Familien, an den Arbeitsstellen und in den öffentlichen Versammlungen. Die NSDAP jener Jahre war unbürgerlich, unkonventionell, offen und kämpferisch; sie fühlte das Gesetz der Revolution in sich.

Daß und wie sich diese Grundstimmung hier in Halle in der Angelegenheit des Gauleiter-Wechsels zusammenballte, erfuhr ich noch am gleichen Tag – und ich mußte damit fertig werden.

Als mich der Gaugeschäftsführer aus der Geschäftsstelle in ein nahegelegenes Lokal zum Mittagessen begleitete, wurde er bei unserem Eintritt von einem jungen Parteigenossen mit der launigen Frage begrüßt: „Na, wann kommt der neue Gauleiter?!" – eine Frage, die hinter meinem Rücken mit einem Zeichen und der geflüsterten Bemerkung beantwortet wurde: „Schon da ..."

Da erhob sich die Gestalt baumlang und hünenhaft und meldete sich bei mir: „Alvensleben – Kreisleiter im Mansfelder Seekreis". Aus seinem Munde erfuhr ich dann einen temperamentvollen und – wie sich herausstellte – zutreffenden Bericht über die Vorgänge im Gau und die Stimmung unter den Parteigenossen. Es war nicht weniger als eine Rebellion im Gange. Eine geheime Versammlung – ich hatte davon schon im Wartesaal tuscheln gehört – war von Parteifunktionären anberaumt; in ihr sollte gegen die Abberufung des bisherigen Gauleiters protestiert und eine Resolution nach München beschlossen werden. Unklar war, was weiter erfolgen sollte, sicher jedoch, daß unsere politischen Gegner gewaltig Wasser auf ihre Mühlen bekommen würden. Die Organisatoren dieser Aktion waren vielleicht in der Gauleitung selbst zu suchen.

Ich hätte Verständnis dafür gehabt, wenn die Kritiker zu Hitler gefahren wären, um ihn zu einer Änderung seiner Ent-

scheidung zu veranlassen – aber eine solche Geheimversammlung widersprach nicht nur der Parteidisziplin und der politischen Vernunft, sondern hatte auch ihre hintergründigen Fragezeichen – erst wenige Monate vorher war die Berliner Parteiorganisation durch eine „Revolte" erschüttert worden und hatte der gegnerischen Presse Schlagzeilen geliefert.

Ob ich wollte oder nicht – ich mußte meinen Auftrag ernst nehmen und handeln.

Noch im Laufe des Nachmittags führte ich mit der Reichsleitung in München mein erstes Telefongespräch, bekam Rudolf Hess, damals Sekretär Hitlers, an den Apparat und schilderte ihm die Situation. Ich schlug vor, daß die geheim einberufene Versammlung unter Berufung auf Hitler verboten und eine Teilnahme an ihr als parteischädigendes Verhalten erklärt werden sollte. Hess stimmte diesem Vorschlag zu und bevollmächtigte mich, gegen etwaige Teilnehmer an der verbotenen Versammlung ohne Rücksicht auf die Person vorzugehen.

Soweit, sogut. Ich wußte freilich nur, daß die Oppositionsversammlung einberufen war, hatte aber keinen Adressaten, um ihm das Verbot zu übermitteln. Ich mußte improvisieren. Schließlich postierten wir SA-Männer am Bahnhof, die jedem eintreffenden Parteifunktionär ein rasch abgezogenes Flugblatt in die Hand drückten, in dem ihm unter der Überschrift „Hitler oder Hinkler" mitgeteilt wurde, daß die einberufene Versammlung als „Rebellion gegen die Parteidisziplin" von Hitler persönlich verboten worden sei. Jeder Teilnehmer mache sich parteischädigenden Verhaltens schuldig. Das Flugblatt schloß mit den Worten: „Der von Adolf Hitler eingesetzte Gauleiter des Gaues Halle-Merseburg heißt seit dem 19. Januar Rudolf Jordan." Das genügte – die Versammlung fand nicht statt.

In den späten Abendstunden fuhr ich mit dem Gau-SA-Führer in einem geliehenen Privatauto nach Dresden, um dort mit dem für meinen Gau zuständigen SA-Gruppenführer Manfred von Killinger die noch undurchsichige Situation zu besprechen und die Haltung der SA zu klären.

Am frühen Morgen trafen wir wieder in der Gaustadt ein.

Am Vormittag fand dann meine Begegnung mit dem abberufenen Gauleiter statt. Sie verlief erstaunlich.

Ich war mir natürlich der menschlichen Schwierigkeit dieser Situation bewußt und entschlossen, mich meines Auftrages, die Geschäfte des Gaues zu übernehmen, so kameradschaftlich und höflich wie möglich zu entledigen. Ich wollte Hinkler als alten Gefolgsmann Hitlers bitten, mir keine Schwierigkeiten zu bereiten und mir seine Erfahrungen und seinen Rat zur Verfügung zu stellen.

Als ich das Gauleiter-Zimmer betrat stand ich einem Manne mit todernstem Gesicht und haßerfüllten Augen gegenüber. Er begrüßte mich zwar formell, aber er unterließ es, mir einen Sitz anzubieten. Unsere Begegnung fand im Stehen statt.

Meine einleitenden Sätze unterbrach er barsch und grell: „Sparen Sie sich jedes Wort ..." Er holte tief Atem und schrie nach einer Pause: „Hören Sie zu! ... Ich gehe nicht! ... Ich bleibe! ... Hier an diesem Platze, wo ich jetzt stehe ..."

Und als ich ihn ungläubig und verwundert ansah, fuhr er mit gequälter Wutstimme fort: „Ich habe diesen Gau hier aufgebaut ... Ich alleine ... Mit meinem Herzen ... Mit meinem Kopfe ... Und mit diesen kampfbereiten Fäusten ... Hören Sie gut zu ... Ich – und nicht die Herren in den Münchner Parteibüros. Dieser Gau ist ein Kampf-Gau und kein Verwaltungsdistrikt, keine Provinz. Dieser Gau ... das bin ich ... ich bin der Gau! Dabei bleibt es."

Hinkler hatte sich in Ekstase geredet. Ich versuchte ihn zu beruhigen: Ich sei tief berührt davon, daß unsere erste Begegnung in dieser Stimmung und in dieser Form stattfände. Ich verstünde, daß er aus seinem alten liebgewonnenen Amte nicht scheiden könne, ohne innerlich aufgewühlt zu sein. Auch ich sei nicht aus eigenem Antrieb nach Halle gekommen, um sein Nachfolger zu werden, sondern auf Befehl Hitlers, dessen Gefolgsmann ich genauso sein wolle wie er.

Hinkler unterbrach: „Sie sind nicht von Hitler geschickt. Sie sind von Strasser hierher kommandiert ..."

Und plötzlich nahm sein von Wut gerötetes Gesicht den Ausdruck wilder Entschlossenheit an, seine Augen sprühten, die Adern auf der Stirn traten hervor; sein Kinn vorgeschoben schrie er mich an: „Ihr Weg führt über meine Leiche ... Nur einer geht hier aus diesem Zimmer ... Sie – oder ich!"

Ehe ich diese Worte noch ganz erfaßt hatte, griff Hinkler in die Schublade seines Schreibtisches und stand in einer Ent-

fernung von etwa drei Metern mit einer auf mich gerichteten Pistole wutschnaubend vor mir.

In dieser unerwarteten Situation griff ich rein instinktiv auch meinerseits in die Tasche und zog den Revolver.

Nun herrschte Totenstille im Raum. Hinklers drohende Augen krallten sich geradezu in meine eigenen. Sein Mund war geöffnet, sein Atem stand still. Ich verfolgte in höchster Anspannung jede seiner Bewegungen. Die Sekunden schienen wie Minuten. Ich wußte nur eines: wenn drüben der Schuß aufblitzt, wird meine letzte Bewegung auch einen Schuß lösen.

Ich hatte rein instinktiv im Unterbewußtsein gehandelt. Dann fing mein Denkapparat wieder zu arbeiten an. In leisem, aber klarem und bestimmtem Kommandoton richtete ich an mein Gegenüber die Aufforderung: „Tun Sie die Pistole runter." Nach Sekunden, die mir wie eine Ewigkeit schienen, sah ich Hinklers Augen müder und schlaffer werden; sein Atem begann unregelmäßig zu werden sein Körper zuckte, langsam sank die Hand mit der Pistole. Auch ich nahm meine Waffe zurück, meine starre Haltung entspannte sich.

Hinkler gab ein Stöhnen von sich, trat taumelnd an seinen Schreibtisch und sank in seinem Stuhl in sich zusammen. Es blieb totenstill im Raum.

Mir tat der zusammengesunkene Mann am Schreibtisch innerlich leid; leise trat ich an ihn heran, flüsterte ihm zu: „Beruhigen Sie sich jetzt erst einmal!" Dann verließ ich mit bleischweren Beinen wie in einem Traum das Zimmer.

Dem Gaugeschäftsführer gab ich die Weisung, daß alle in dieser Stunde in der Gauleitung anwesenden Parteigenossen über ihre Wahrnehmungen zu strengstem Schweigen zu verpflichten seien.

*

Der Vorfall blieb nicht ohne Nachspiel.

Mein telefonischer Bericht nach München konnte das Geschehnis nur andeuten. Wieder war Hess am Apparat – er „schaltete" sofort und forderte mich auf, am nächsten Vormittag Hitler in München persönlich zu berichten.

So saß ich denn in der folgenden Nacht erneut im Zug nach München, wo ich erst vor drei Tagen meinen Auftrag erhalten hatte.

In der Geschäftsstelle der Reichsleitung erwartete mich Rudolf Hess. Er sagte zu meinem Bericht nur: „Das war ja reines Wildwest, eine Szene in einem amerikanischen Revolverfilm.“ Hinkler sei mittlerweise telegrafisch nach München beordert worden und befinde sich bereits zum Rapport bei Hitler in dessen Privatwohnung. Ich möge mich auf Abruf bereithalten.

Am frühen Nachmittag brachte mich Hess dann mit seinem Sportwagen zum Prinzregentenplatz. Als ich Hitler gegenüberstand, sah ich schon aus seinen Augen, daß er mit meinem Verhalten zufrieden war.

Ernst und aufmerksam hörte er mir zu, als ich ihm meinen Bericht erstattete. Dann sagte er, ich hätte in der skandalösen Situation richtig gehandelt. Durch meine sichere, von Hinkler nicht erwartete Reaktion sei die anhebende Rebellion gebrochen worden. Damit sei für mich der Weg frei. Hinkler habe als bedauernswert zu gelten, er habe das Unrecht seines Verhaltens eingesehen und ihn – Hitler – um Nachsicht gebeten. Mit seinem Manneswort habe er versprochen, sich in Zukunft aller Eigenmächtigkeiten zu enthalten, sich gaupolitisch meinen Weisungen unterzuordnen und propagandistisch außerhalb des Gaues tätig zu sein. Hinkler sei zwar ein psychopathischer Individualist, von Affekthandlungen nicht frei – aber man könne ihn dennoch nicht als ein parteischädigendes Element bezeichnen. Im Interesse der Partei müsse über den bedauerlichen Vorfall das Prädikat „intern geheim“ gesetzt werden. In ihrer augenblicklichen Entwicklung könne die Bewegung auf keinen der alten Kämpen verzichten, sie habe auch ihnen gegenüber eine kameradschaftliche Verpflichtung. Trotz seiner Insubordination solle Hinkler sein Mandat im preußischen Landtag weiter behalten. Dadurch werde er sich mit den eingetretenen Tatsachen am besten aussöhnen und sich wieder einordnen.

Hitler erwähnte noch, daß Hinkler sich bereithalte, um sich in meinem Beisein für sein Verhalten zu entschuldigen.

Nach Aufruf betrat Hinkler den Raum. Der wilde Duellant von Halle hatte sich inzwischen in einen ruhigen normalen Menschen verwandelt, der sich bei Hitler soldatisch diszipliniert „Wie befohlen: Zur Stelle“ meldete.

In der nun folgenden Stunde wurde ich Zeuge der kaum beschreibbaren Überzeugungskraft Hitlers, der auch wildeste Kämpfernaturen nicht zu widerstehen vermochten.

Seine an uns beide gerichtete Ansprache ging – wie er es auch in öffentlichen Reden zu tun pflegte – von der Zeit der Entstehung der nationalsozialistischen Bewegung, ihren Zielen und der schon durchstandenen schwierigen Etappen ihres Kampfes aus. Hitler betonte die Tatsache, daß diese kämpferische Bewegung nicht von bürgerlich-lahmen, kompromißbereiten, opportunistischen Parlamentariern geschaffen worden sei und geführt werde, sondern von harten Männern, die nicht von der Politik leben wollten, sondern für die Politik sich kämpferisch einzusetzen bereit seien. Die alten Aktivisten der Bewegung seien von rauher, dem feinen Manne unbequemer Schale – in ihrem Herzen jedoch begeistert und blutvoll durchdrungen, beseelt von einem selbstlosen Willen, politischen Idealen dienend, mit deren Verwirklichung sie den Sinn ihres Lebens zu erkennen glaubten. Jeder von ihnen sei anders in Wesen und Temperament, alle jedoch auf Tod und Verderben verbunden mit dem gemeinsamen Ziel ihres Kampfes. Gerade die Vielgestaltigkeit der individuellen Einzelkämpfer in der Bewegung, vor allem aber in den Führungsstellen, begründe die Kampfkraft der Partei. Die Natur kenne keine Gleichheit unter den Menschen, jeder Einzelne erwachse aus seinem Volke und seinem spezifischen Erbe zu der ihm eigenen Gestalt. Diese vielfältigen Individualisten in einer Bewegung zu wirksamer Einheit zusammenzuführen, sei schwierig und scheine fast unmöglich. Nur die Kraft der gemeinsamen Idee, verbunden mit freiwilliger Unterordnung, sei dazu imstande. Allein die aus der Idee resultierende, auf sie gegründete Disziplin, die Unterwerfung des Einzelnen unter das gemeinsame Ziel, verbürge in schwerem Kampf den Erfolg. Jedem Führer der Partei sei an seinem Platze soviel Selbständigkeit gegeben, daß seine persönliche Initiative zur Geltung gelangen könne. Und gerade die Gaue sollten in ihrer landschaftlichen und stammesmäßigen Eigenart lebendige, selbstbewußte Organismen in der Bewegung sein und bleiben. Durch die Eigenart der Gaue und ihre Vielgestaltigkeit werde die Bewegung am sichersten vor jeder Uniformierung gesichert. Gerade deshalb aber müsse soldatische

Disziplin in größeren Fragen das organisatorische Gesetz der Bewegung bleiben.

Ein Gauleiterwechsel – von den allgemeinen Bemerkungen ging Hitler nun zu unserer Angelegenheit über – müsse nach den Gesetzen der soldatischen Disziplin vonstatten gehen, auch dann, wenn ihm ein alter verdienter Kämpfer zum Opfer falle. Mit dem Prinzip von Führung und Verantwortung stehe und falle die Bewegung. Für separatistische Eigenwilligkeit sei im Führerkorps der Partei kein Platz. Das Geschehen in Halle sei ihm als dem Führer der Bewegung, aber auch als altem Soldaten sehr zu Gemüte gegangen: zwei alte Kämpfer der Bewegung hätten sich gegenübergestanden, wie sich nur Todfeinde im Kampfe Mann gegen Mann gegenüberstehen können. Der eine im Bewußtsein, seine ihm befohlene Pflicht zu erfüllen – der andere in der egozentrischen Absicht, jenen an der Erfüllung seiner Pflicht zu verhindern ...

Hitler endete: „Parteigenosse Hinkler hat das Unrechtmäßige seines Handelns eingesehen, er hat sich für sein Verhalten in aller Form bei mir entschuldigt und ist bereit, sich dem von mir mit der Führung des Gaues beauftragten Gauleiter Jordan zu unterstellen. Der Parteigenosse Jordan wird das Erlebte zu vergessen suchen und im Interesse der Bewegung dem Parteigenossen Hinkler versöhnend die Hand reichen. Nicht auf unseren Willen kommt es an, sondern auf den, der unserer Bewegung und unserem Volke dient. Dem sind wir alle untergeordnet. Auch ich. Nur in Verbindung des eigenen Willens mit dem Willen der Bewegung, im Wechselspiel zwischen Verantwortung und Autorität werden wir unsere Revolution zum Siege führen. Das wird und muß auch im Gau Halle-Merseburg der Fall sein. Verantwortlich dafür ist sein Gauleiter, der Rudolf Jordan heißt und den ich hiermit noch einmal ausdrücklich legitimiere, in diesem Gebiet mein persönlicher Statthalter zu sein. Parteigenosse Paul Hinkler gab mir sein Wort, daß er diesen Entscheid respektieren und ihm in Zukunft Rechnung tragen wird.“

Hitler hatte geendet.

Darauf trat Hinkler auf mich zu, sah mir offen in die Augen – nicht mehr feindselig und drohend, sondern in männlicher Haltung und gab mir vor Hitler feierlich seine Hand. Er sagte

dabei: „Parteigenosse Jordan, ich tat Ihnen unrecht. Vergessen wir alles was war – das ist das Beste, was wir tun können“.

Hinkler hielt sein Wort. Auch von Seiten seiner persönlichen Freunde wurde an meiner – des achtundzwanzigjährigen Gauleiters – Autorität im Gau Halle-Merseburg nun nicht mehr gezweifelt oder gerüttelt.

Nach dem versöhnlichen Händedruck in München hielt ich nun endgültig meinen Einzug in die Gauleitung, saß im Gauleiter-Zimmer, in dem ich erst wenige Tage vorher meine Männlichkeitsprobe hatte bestehen müssen. Ich war nun der verantwortliche politische Repräsentant der NSDAP in einem Gebiet, das dem Reichstagswahlkreis 11 entsprach.

Daß Halle-Merseburg mehr und anderes bedeutete als nur einen geographischen Begriff, dessen wurde ich mir bald eindringlich bewußt.

Diesen Gau hatte nicht nur eine kampfreiche historische Vergangenheit geprägt – seit dem ausgehenden Mittelalter konnte man ihn mit Recht als „Schlachtfeld-Gau" bezeichnen*.

Auch im Verlaufe der modernen wirtschaftlichen Entwicklung haben sich hier Spannungen und Gegensätze schärfer ausgeprägt als anderswo. Die Besitzverhältnisse in dieser mitteldeutschen Landschaft waren extrem ungleich: Neben zahlreichen einflußstarken Rittergütern – mit übergroßen Flächen

* In einem auf meine Anregung im Jahre 1935 vom Verlag Ferdinand Hirt in Breslau unter dem Titel „Zwischen Harz und Lausitz" herausgegebenen „Heimatbuch vom Gau Halle-Mersburg" schrieb ich u.a.:

„Dieses Land war immer und zu allen Zeiten Kampfplatz, wenn es um deutsche Fragen ging. Ein volles Jahrtausend ist vergangen, seit auf den Gefilden unseres Gaues sich bereits deutsche, ja Weltgeschichte vollzog. Es waren Menschen dieser Landschaft, die in schicksalsentscheidender Abwehrschlacht dem anbrandenden Asiatentum das unbezwingliche Halt geboten. Im erbitterten Ostkampfe trank in der Frühzeit unserer Nation diese Heimaterde bestes Germanenblut. Auf den Walstätten unseres Mittellandes erstand im heißen Ringen das Erste Reich. Kampf um Erhalt und Gewinn füllte die Jahrhunderte. In den Kampfjahren des großen Sohnes unserer Heimat, Martin Luther, schlagen aus dieser Heimatlandschaft die lodernden Flammen heiligsten Überzeugungskampfes. Und wiederum zogen Jahrhunderte ins Land und wiederum war Krieg und Schlachtenlärm das Lied dieser kämpfenden Erde. Kriegsvölker aller Zungen Europas tummelten sich beutegierig plündernd, mordend und schändend durch die Städte und Dörfer der kampfdurchtobten Mitte unseres Vaterlandes. Unruhiges Kämpferblut aus allen deutschen Stämmen ballt sich Taten begehrend auf engem Raum dieses ruhelosen, kampfdurchpulsten Gaues. Der Gau wird Kampfgau, ehe er als Gebilde in Erscheinung tritt."

fruchtbaren Ackerbodens und großem Waldbesitz, politische Zentralen eines dynastisch orientierten Konservatismus – gab es nur wenige mittelgroße bäuerliche Besitzungen, dagegen übermäßig viel Kleinbauern in unmittelbarer Nachbarschaft industrieller Ballungszentren, die erst in den letzten Jahrzehnten emporgeschossen waren: Die gigantischen Leuna-Werke bei Merseburg, das Geisel-Tal mit seinen mächtigen Braunkohlen-Vorkommen, Bitterfeld-Wolfen, Halle mit Ammendorf, das Werschen-Weißenfelser Gebiet, das Zeitzer Revier, Wittenberg mit Piesteritz und Reinsdorf, das Mansfelder Kupferbergbau-Revier.

Dies letztere und seine Arbeiterschaft hatten seine besondere Bedeutung. Einstmals – vor dem Ersten Weltkrieg – waren die Mansfelder Kumpels zum größten Teil Anhänger der sog. „gelben" Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften gewesen; sie galten als „königstreu" – und das waren sie lange Zeit auch. Dann aber war es im Mansfelder Revier einmal zum Streik gekommen, die preußische Regierung hatte Militär gegen die Streikenden eingesetzt. Deshalb schlug die politische Stimmung um. Aus den königstreuen Kumpels wurden aufbegehrendeRevolutionäre.

Dazu kam, daß die Förderung des in 800 Meter Tiefe lagernden Kupfererzes gegenüber der Weltmarkt-Konkurrenz nicht bestehen konnte, so daß der preußische Staat Subventionen zahlen mußte, um aus volkswirtschaftlichen Gründen den Kupferbergbau am Leben zu erhalten. Das wirkte sich auch auf die Löhne aus – die Mansfelder Kumpels verdienten wesentlich weniger als die Bergleute anderswo in Deutschland.

Ein weiteres soziales Sorgenkind des Gaues waren die erst im Jahre 1916 – mitten im Kriege – entstandenen Leuna-Werke, in Industriekreisen oft das „rote Blutgeschwür" genannt. Nach 1918 hat das Leuna-Werk in fast jedem Aufstand in Mitteldeutschland eine wichtige Rolle gespielt.

Dabei war der Gau Halle-Merseburg weit über seine Grenzen hinaus für die Energieversorgung von entscheidender Bedeutung: In Golpa-Zschornewitz erzeugte das größte Wärmekraftwerk der Erde elektrischen Strom für Leipzig, Magdeburg und Berlin; seine 100000-Volt-Leitungen reichten bis an die polnische und tschechische Grenze. Auch das war ein Faktor, der den Gau Halle-Merseburg wichtig machte – jedenfalls für die-

jenigen, die mit Putsch- und Bürgerkriegs-Gedanken spielten. In Moskau hat man Halle schon frühzeitig strategisch in Betracht gezogen: Im Oktober 1920 gelang es hier dem Abgesandten Lenins und damaligen Präsidenten der „Kommunistischen Internationale“, dem sowjetischen Agitator Sinowjew – später von Stalin hingerichtet – die seinerzeitige „Unabhängige Sozialdemokratische Partei“ (USP) in mehrstündiger Parteitagsrede zum Anschluß an die im Jahr vorher gegründete „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) zu bewegen und diese damit in das parlamentarische Leben der Weimarer Republik einzuführen. Vorher waren die Kommunisten nur mit zwei Mandaten im Reichstag vertreten gewesen, jetzt kamen 82 USP-Sitze hinzu. Ihr populärster Stützpunkt war und blieb der mitteldeutsche Raum. Formell war zwar Berlin der Gründungsplatz der KPD; aber ihre Rolle als politische Massenpartei – ausdrücklich als Sektion der „Dritten Internationale“ bezeichnet – begann zeitlich in jenen Oktobertagen 1920 und geographisch in Halle.

Bereits wenige Monate nach jenem Parteitagsgeschehen wurde Ernst gemacht: Unter der Leitung des aus Moskau mit falschem Paß nach Berlin gereisten einstigen Führer der kurzlebigen ungarischen Sowjet-Republik Bela Khun beschloß die KPD Mitte März 1921 einen bewaffneten Aufstand. Als „Offensiv-Raum“ wurde der Bereich Halle gewählt, weil man sich hier den größten Erfolg versprach. Der Führer des örtlichen Aufstandes wurde Max Hölz, der im Mansfelder Bezirk tatsächlich einige Tage lang regierte. Er folgte der Leninschen Doktrin des „Amoralismus“ und betrieb die Revolution, wie er sie verstand, als eine Art Räuberhauptmann mittels Bank- und Sparkassen-Raub, Brandstiftung und Plünderung. Nach dem Zusammenbruch seiner Aktion wurde er zu Zuchthaus verurteilt, was nicht hinderte, daß er als legendäre Figur fast popluär war. (Hölz wurde 1928 amnestiert, emigrierte in die Sowjetunion, wo er im Juni 1933 angeblich durch einen Unglücksfall ums Leben kam.)

Bei meinen ersten Fahrten durch den Gau wurden mir noch Flugblätter gezeigt, die Hölz aus seinem „Hauptquartier“ verbreitet und in denen er seine Art des „Klassenkampfes“ unmißverständlich charakterisiert hatte:

„Wir kämpfen mit allen Mitteln gegen die Henker des Proletariats. Wir schlachten die Bourgeoisie ab, ohne Unterschied des Alters und des Geschlechtes, wir sprengen ihre Schlösser und Paläste, ihre Villen in die Luft, wir nehmen ihnen das geraubte Gut, das Geld, das Gold, das sie den Arbeitern durch Ausbeutung und Wucher zuerst geraubt haben ... Genossen! Die Stunde ist ernst, die Gelegenheit ist günstig, handelt wie auch wir handeln, nur die Tat kann uns retten. Geht zur Tat über!"

Als Hölz aus dem Zuchthaus entlassen worden war, gab er seine Erinnerungen heraus, die im Berliner Malik-Verlag ungeniert erscheinen konnten. Den zweiten Teil dieses Buches widmete er ausdrücklich „nicht nur allen politischen Gefangenen, sondern auch den Kriminellen, den Dieben, den Meineidigen, den Sexualverbrechern, den Zuhältern, Mördern und Schwindlern ..."

Dieser Max Hölz war noch 1931 im Gau Halle-Merseburg nicht nur ein historischer Begriff, sondern eine politische Symbolfigur von ernstzunehmender Bedeutung.

Hitler hatte mich schon in unserem ersten Gespräch in München daran erinnert, daß im Wahlkreis 11 – nur hier – die KPD bei der letzten Reichstagswahl am 14. September 1930 als stärkste Partei hervorgegangen war.

Jetzt hatte ich die genauen Zahlen dieser Wahl vor mir. In meinem Gau gab es unter den Erwachsenen, d.h. Wahlberechtigten, nicht weniger als 205495 Kommunisten. Allerdings hatte auch die NSDAP bereits mächtig aufgeholt und war mit 168573 Stimmen zweitstärkste Partei vor den Sozialdemokraten geworden, die sich mit 160399 Stimmen nach langjähriger Vorherrschaft auf den dritten Platz verwiesen sahen. Daß jeder fünfte Wähler nationalsozialistisch gewählt hatte, entsprach ungefähr dem damaligen Reichsdurchschnitt; die 25 Prozent KPD-Stimmen im Wahlkreis 11 übertrafen jedoch den damals 10prozentigen kommunistischen Stimmenanteil im Reich um das Zweieinhalbfache.

Es war eine, wenn nicht die Hochburg der deutschen Kommunisten, die politisch zu stürmen mir zur Aufgabe gestellt war. Als der innenpolitische Kampf zu Ende ging – am 5. März 1933, bei den letzten Reichstagswahlen, an denen alle

alten Parteien noch teilnahmen – sah das Stimmenverhältnis im Gau Halle-Merseburg so aus:

NSDAP	416298 Stimmen
KPD	194127 Stimmen
SPD	147289 Stimmen.

Wir haben an diesem Tag beide marxistischen Parteien insgesamt beträchtlich überrundet und das im roten „Traditionsgau"!

Um diesen Überblick zu vervollständigen, muß noch erwähnt werden, daß in Halle der den Deutschnationalen nahestehende „Stahlhelm" einen kräftig entwickelten Standort hatte und hier auch aus den Hölz-Tagen auf erfolgreichen kämpferischen Einsatz verweisen konnte. Hier lebte und wirkte u.a. Düsterberg, der sehr aktive stellvertretende Bundesvorsitzende dieser Frontsoldaten-Organisation. Auch die Deutschnationale Volkspartei Hugenbergs konnte in Halle stärkeren Zuwachs als anderswo verzeichnen: sie stieg von 65430 Stimmen am 14. September 1930 auf 105581 Stimmen am 5. März 1933.

Solcher Art war die politische Landschaft in die ich mich versetzt sah, und in der begreiflicher Weise sofort viele kritische Blicke auf mich gerichtet wurden.

*

In einem Rundschreiben an die Kreisleiter, Ortsgruppenleiter, die SA- und HJ-Führer stellte ich mich vor. Unser Feind in diesem mitteldeutschen Kampfgau heiße Bolschewismus und Reaktion. Das unserem Kampfe übergeordnete Ziel der nationalsozialistischen Revolution sei die Volks- und Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen in einem freien, starken Staat. Zu diesem Ziel führe nur der Kampf um den deutschen Menschen – Kampf als Abwehr und Angriff zugleich. Als neuer Gauleiter verspräche ich, stets voranzugehen. Solange ich die Fahne Hitlers vorantrage, sollten sie mir folgen; würde ich aber in diesem, meinem und ihrem Kampf einmal feige zurückweichen, dann dürften sie mich „davonjagen wie einen räudigen Hund".

Diese leidenschaftliche Grußbotschaft wurde in den Reihen der alten Aktivisten in den roten Zentren des Gaues mit

Zustimmung aufgenommen. Sie fühlten sich in ihrer kämpferischen Einsamkeit gestärkt.

Bei den nun rasch folgenden Arbeitstagungen bestätigte sich, was ich vermutet hatte. Den wundesten Punkt bildeten die Parteifinanzen. Von der nun fast schon ein halbes Jahr zurückliegenden erfolgreichen Reichstagswahl waren noch beträchtliche Schulden unerledigt. Die Parteigenossenschaft war zwar opferbereit, aber angesicht der allgemeinen Not und Arbeitslosigkeit fehlte es an allen Ecken und Kanten. Entgegen dem lauten Geschrei der Kommunisten und Sozialdemokraten, die NSDAP sei eine von der Industrie ausgehaltene Kapitalistenpartei, mußte ich mich mit der manchmal fast unheimlichen Tatsache herumschlagen, daß die zweitstärkste Partei des Gaues Halle-Merseburg arm, mausearm war. Den Finanzgewaltigen erschien unsere Revolution nicht minder gefährlich für ihre angeblich „freie Wirtschaft" als der von den Kommunisten proklamierte Umsturz. Unsere Männer traten zwar der kommunistischen Gefahr furchtlos entgegen und hinderten die Barrikaden-Kämpfer der KPD, rote Fahnen über den Betrieben zu hissen – aber jede Aktion der NSDAP mußte von den Opfergroschen ihrer vielfach arbeitslosen Mitglieder und Anhänger getragen werden.

Trotzdem durften wir weder in der Propaganda noch im Ausbau unserer Organisation erlahmen. Im Gegenteil: ich forderte Aktivität und nochmals Aktivität. Die Fülle der Weisungen, die damals aus der Gauleitung ins Land gingen, mag manchen alten Kämpen mürrisch gemacht haben, aber der allgemeine Eindruck war ebenso wie der meiner ersten Botschaft doch günstig. Der neue Gauleiter „treibt an" – so hieß es anerkennend bei denen, auf die es in der politischen Auseinandersetzung wirklich ankam.

Unvergeßlich ist mir die erste Tagung der Kreisleiter, die ich bald nach meinem Antritt zusammenrief, um die Lage an den unmittelbaren Kampffronten geschildert zu erhalten.

Diese anderthalb Dutzend Männer kamen aus allen Schichten des Volkes – vom Grubenarbeiter bis zum Baron, fast jeder war einer der alten Parteigenossen, die schon vor Jahren einsam und allein in ihren Gebieten die Fahne Hitlers aufgenommen hatten – einige unter ihnen waren schon im mittel-

deutschen Aufstand gegen Hölz im Feuer gestanden. Vielgestaltig wie die Landschaft und die politische Struktur des Gaues waren die ehrlichen, phrasenfreien Berichte über die Lage in den Kreisen. Verschieden im Temperament, jedoch einheitlich in ihrer politischen Willensbildung gaben sie in knappen Worten das Bild der Wirklichkeit. Die Berichte enthielten harte Worte, manche strenge Kritik, ja auch grob geformte aber wohlgemeinte Angriffe gegen Maßnahmen der Gauleitung – es war keine wohlgefällige Untertanensprache, die hier gesprochen wurde.

Aus allen Berichten ging klar hervor: Mit der in den Industriegebieten stetig, ja rapide wachsenden Arbeitslosigkeit wuchs die von den Kommunisten geschürte Bürgerkriegsstimmung und der rote Terror. Im Bürgertum und in seinem Hintergrund in den großindustriellen und großagrarischen Zentralen der Reaktion wuchs die Unsicherheit; man zögerte vor jedem klaren politischen Bekenntnis, man bekämpfte jede Art von Revolution – ob von rechts oder von links.

Mein Appell an die Kreisleiter hieß: Unser Umsturz ist schon im Gange, denn er kommt nicht von oben, sondern von unten, vom Volke her. Die Parole heiße: Mit dem Volke – durch das Volk – für das Volk!

*

Auch der Öffentlichkeit, den Parteigenossen und Parteifreunden in der Gauhauptstadt mußte ich mich vorstellen.

Es war nicht schwierig, das Thema für die Kundgebung in Halles größtem Versammlungssaal, dem „Stadt-Schützenhaus“ zu wählen. Angesichts der in den kommunistischen Zeitungen täglich zu lesenden Drohungen und Parolen konnte es nur lauten: „Hitler oder Lenin?“

Der Gegner nahm die Herausforderung an: Rund um das Versammlungsgebäude hatten sich rote Provokateure zusammengerottet; sie beschimpften die Versammlungsbesucher und versuchten sie am Zugang zu hindern. Aber es wurde nichts daraus – die Kundgebung war übervoll, ich konnte störungsfrei sprechen und die Schreier vor der Halle hatten häufig Anlaß zum Verdruß, wenn der Beifall der Zuhörer nach draußen drang.

In meiner Rede ging ich auch ins Grundsätzliche: Dem „Marxismus“, der nur eine andere Form der Ausbeutung propagiert als der Kapitalismus, stellte ich meine Auffassung vom echten Sozialismus entgegen: Die Befreiung des schaffenden Menschen von der internationalen Herrschaft eines unverantwortlichen Großkapitals. Meine auf unser Parteiprogramm gestützte These lautete: Leistung gibt Rechte, Besitz begründet Pflichten. Mit der Bekämpfung des kleinen Eigentums arbeite der Marxismus in Wirklichkeit dem Großkapital in die Hände; und wo der Staat – statt es zu entmachten – sich an dessen Stelle setze wie in der Sowjetunion, sei für den Schaffenden nur eine neue Abhängigkeit an die Stelle der vorhergegangenen getreten. Ich entwickelte die Idee der „Volksgemeinschaft“ wie ich sie begriff: Aus falschem, nur auf Staatsformen gerichteten Nationalismus und aus falschem – international gesteuertem – Sozialismus müsse sich ein neuer, im Volke verwurzelter Nationalismus und ein neuer auf das deutsche Volk ausgerichteter und es in seiner Ganzheit umfassender Sozialismus zu einer Synthese und beide Lager unseres streitenden Vaterlandes zu einer gemeinsamen Front vereinigen. Diese Vision der Volksgemeinschaft verkündete ich nicht als Macht- und nicht als Herrschaftstraum, sondern als Traum von Glück und Frieden. Im Gedanken einer klassenüberwindenden Volksgemeinschaft glaubte ich das realisierbare Ideal einer wirklichen Demokratie zu erkennen – das glaube ich auch heute noch.

Natürlich sprach ich nicht nur von philosophischen Wunschvorstellungen, sondern auch von den drängenden Fragen des Tages. Daß meine Rede nicht nur im Saale ein Erfolg war, sondern auch zu denen drang, die draußen als unsere Gegner standen, das bestätigte mir die örtliche kommunistische Zeitung. Ohne jeden Zusammenhang mit dem, was ich wirklich gesagt hatte, verkündete sie ihren Lesern: Der neue faschistische Hetzer habe zu einem verstärkten braunen Terror gegen die Arbeiterklasse aufgerufen. Der Nazi-Häuptling mit seinen SA-Banditen werde schon bald seine Antwort erhalten.

In der Gauleitung nahmen wir diese Mitteilung gelassen hin; inzwischen hatte sich herausgestellt, daß die Halleschen Bürgerkriegsstrategen ihre Männer zwar zu Überfällen auf

heimkehrende Kundgebungsbesucher eingeteilt hatten, daß es aber trotzdem nicht zu ernsteren Zusammenstößen gekommen war. Mein Gefühl sagte mir, daß der erste Hieb richtig in der Kerbe gesessen hatte.

*

Wir hatten es in Halle – wie schon gesagt – nicht nur mit „Rot-Front" sondern auch mit „Reaktion" zu tun, d.h. mit einem Besitzbürgertum, das sich zwar als national bekannte, aber dieses Bekenntnis doch nur oberflächlich begriff. Es war ein Nationalismus, der sich nur an politischen und wirtschaftlichen Traditionen orientierte, also mehr rückwärts als vorwärts blickte, und jedenfalls eine Art Klassenkampf praktizierte, wenn auch von der anderen Seite her. Uns standen diese „Auch-Nationalen" (wie wir sie nannten) nicht nur mit Mißtrauen, oft auch mit Feindseligkeit gegenüber. Dennoch gab es immer wieder Abschnitte der Gemeinsamkeit. So hatte man 1929–1930 im Angriff auf den Young-Plan – bei der Vorbereitung eines Volksbegehrens und der Durchführung des Volksentscheides über die „Reparationen" – zusammen operiert.

Im Herbst 1931 kam es zur Bildung der sog. Harzburger Front. Frühjahr und Sommer dieses Jahres waren von verzweifelten innenpolitischen Versuchen der Regierung Brüning erfüllt. Mit Notverordnungen die sich auf den Artikel 48 der Weimarer Verfassung stützten (und ihn mißbrauchten), glaubte man, dem drohenden Staatsbankrott und der anarchisch zunehmenden Massenverelendung entgegenwirken zu können. Durch Kürzung von Gehältern und der Arbeitslosenunterstützung, sowie mit Steuer- und Zollerhöhungen hoffte die Reichsregierung der allgemeinen Wirtschaftskrise Herr zu werden. Erfolg hatte sie nicht – im Gegenteil: Die Zahl der statistisch erfaßten Arbeitslosen stieg im Juni 1931 bereits auf 5,3 Millionen. Zu dieser Riesenarmee kamen noch die Wohlfahrtsempfänger und die inzwischen Ausgesteuerten, schätzungsweise nochmals eine Million. Wie es bei diesen Menschen aussah, läßt sich an der Tatsache ermessen, daß ein arbeitsloser Familienvater mit zwei Kindern damals wöchentlich ganze 22 Reichsmark Unterstützung erhielt. Dieses Elend auf der

Straße trieb die Massen in die beiden großen Oppositions-Parteien, zu den Kommunisten und zur NSDAP.

Aber auch im großen volkswirtschaftlichen Rahmen war die Regierungspolitik ins Taumeln geraten. Mitte Juli 1931 brach eine der deutschen Großbanken, die Danat-Bank zusammen; tagelang mußten alle deutschen Banken ihre Schalter schließen. Fast 20000 Konkurse in einem einzigen Jahr kennzeichneten die Situation des Wirtschaftslebens.

Dem Versagen der Regierung Brüning war ein Jahr zuvor der Zusammenbruch des parlamentarischen Systems vorangegangen. Bereits seit dem Rücktritt der Regierung des Reichskanzlers Müller am 27. März 1930 gab es kein auf eine gesicherte parlamentarische Mehrheit gestütztes Kabinett mehr in Berlin. Der Parlamentarismus der Weimarer Republik war bereits zu Ende gegangen, ehe seine Kritiker in den Wahlen ab September 1930 sichtbar in Erscheinung traten.

Für den Aufstieg der NSDAP war es dabei von großer Bedeutung, daß sich in der Krise alle Vorhersagen Hitlers während der 20er Jahre sichtlich bewahrheiteten. Er allein hatte das wirtschaftlich ruinöse Ergebnis der „Erfüllungspolitik" seit Jahren warnend vorausgesagt. Die von den Weimarer Regierungen gepredigte Parole: „Durch Erfüllung zu innerem Frieden – zu Arbeit und Brot" hatte sich – für alle fühlbar – als eine Illusion erwiesen. Bis 1931 hatte Deutschland bereits 68 Goldmilliarden an Reparations-Tributen bezahlt – das war zuviel gewesen, jetzt rächte sich das bequeme Nachgeben.

Am 7. Oktober 1931 bildete Brüning seine Regierung um; sein zweites Kabinett stützte sich ohne parlamentarische Ausrichtung nur noch auf die Autorität des Reichspräsidenten.

Diese Zuspitzung der innerdeutschen Krise – dazu die immer drohendere Sprache der Kommunisten, die ganz unverhohlen Umsturz predigten und bei den verzweifelten Massen immer stärkeres Echo fanden – veranlaßte Hitler vier Tage später, am 11. Oktober 1931, sich mit den Deutschnationalen und dem „Stahlhelm" zu einer politischen Zusammenkunft zu treffen. An der nach Bad Harzburg einberufenen Tagung nahmen bekannte Männer des damaligen öffentlichen Lebens teil, so der vor Jahresfrist unter Protest zurückgetretene ehemalige Reichsbank-Präsident Schacht, der Großindustrielle Fritz

Thyssen, der einstige Schöpfer der Reichswehr Generaloberst a. D. Seeckt und andere mehr. Die zur sog. „Harzburger Front“ zusammentretenden politischen Kräfte forderten den Rücktritt der Reichsregierung und der Preußenregierung. Mit diesem Ziel hatten sich die NSDAP, die Deutschnationale Volkspartei und der „Stahlhelm“ zu einem Zweckbündnis der „Nationalen Opposition“ zusammengefunden.

Das Ereignis fand in unseren Reihen nicht ungeteilten Beifall. Die revolutionären alten Parteigenossen in den Industrie-Gauen zweifelten an der Ehrlichkeit der „feinen Herren“ und damit am Erfolg dieses Bündnisses. Sie wußten zudem, daß das Zusammengehen mit Hugenberg und seinen Reaktionären im täglichen Kampf mit den Marxisten eine Belastung bedeutete. Sie hatten damit nur zu recht.

Ich selbst konnte als Teilnehmer der Harzburger Tagung – damals traf ich zum ersten und einzigen Male mit Düsterberg zusammen – mich schon während der Reden des Eindruckes nicht erwehren, daß diese „Front“ mehr ein von der anderen Seite erklügeltes Experiment war, mit dem sich die Hugenberg-Leute den Anschluß an die politische Konjunktur der Hitler-Bewegung sichern wollten. Man mußte nur den „Vorstandstisch“ betrachten, um zu wissen, daß er der im Reiche eingetretenen Situation nicht gemäß war. Das sah mehr nach einer Erbengemeinschaft aus, der keine lange Eintracht beschieden sein konnte. Taktische Erwägungen allein genügen nicht für eine revolutionäre Aktion, wie sie mehr und mehr das Gebot der Stunde wurde. Tatsächlich ging das Harzburger Bündnis schon nach wenigen Monaten in die Brüche.

Von größerer Bedeutung war es, daß kurz vor der Harzburger Zusammenkunft im Lande Braunschweig nach einer erfolgreichen Landtagswahl eine Regierung gebildet werden konnte, der als Minister der Nationalsozialist Dietrich Klagges angehörte. Diese Regierungsbildung sollte auf ungewöhnliche Weise Bedeutung erhalten: durch Klagges erfolgte – wovon noch zu berichten sein wird – Hitlers Einbürgerung, die wiederum die Voraussetzung für seine Kandidatur im Reichspräsidenten-Wahlkampf 1932 war.

Am 17. und 18. Oktober 1931 – also nur wenige Tage nach der Harzburger Zusammenkunft – fand in Braunschweig ein

großer SA-Aufmarsch statt, der verdeutlichte, wo die wirkliche politische Kraft der „Nationalen Opposition“ zu suchen und zu finden war. Auf dem Schloßhof der alten Welfen-Stadt nahm Hitler den Vorbeimarsch von nicht weniger als 104000 SA-Männern ab, die im braunen Hemd hinter wehenden Fahnen für ihn demonstrierten. Erst die Bildung der neuen Braunschweigischen Regierung hatte diesen Aufmarsch ermöglicht.

Bei uns in Halle galt damals ein von der Preußenregierung ausgesprochenes Uniformverbot für die SA. Unsere Männer fuhren in Räuberzivil, auf Lastwagen verladen, in Richtung auf das Braunschweiger Land, dessen Grenze in diesem Fall wieder Bedeutung erhielt. Kaum war sie überschritten, so hielten die Lastwagen und aus den wilden, verwegenen Zivilistenhaufen wurden in wenigen Minuten uniformierte SA-Männer. In Braunschweig marschierten sie hinter einem Schild: „Trotz Verbot nicht tot.“ Abends ging es dann wieder in Zivil über die Grenze in die preußische Heimat – das Erlebnis des Jubels, den sie bei der Braunschweiger Bevölkerung ausgelöst hatten, hatte ihrem Trotz kräftigen Impuls gegeben.

Für Hitler war dieser erfolgreiche Massenaufmarsch ebenfalls ein Ereignis: es bestärkte ihn in der Überzeugung, daß die Erringung der politischen Macht in Deutschland kein unerreichbares Ziel war. Es war keine Phrase, wenn wir in unseren Versammlungen verkündeten, daß der Endkampf in Deutschland begonnen habe.

Das sagten freilich nicht nur wir – auch die Kommunisten ahnten das und verkündeten es. Auf ihren Plakaten stand zu lesen: „Wir werden mehr und immer mehr – es wächst und wächst das rote Heer“ und auch das war keine Phrase.

Die KPD nahm sich kein Blatt mehr vor den Mund. Ihr Führer Thälmann bekannte unverblümt:

„Überflüssig zu sagen, daß wir Kommunisten die Gewalt bejahen, daß wir den revolutionären Terrorismus des kämpfenden Proletariats im Rahmen des unmittelbaren Machtkampfes und zur Sicherung der eroberten Macht der Arbeiterklasse bejahen!“

Und Wilhelm Pieck – späterer Moskau-Emigrant und nach 1947 Präsident der DDR – verkündete, daß die russische Rote

Armee bereitstehe, um der kommunistischen Befreiung Deutschlands zu Hilfe zu eilen, wenn dem bürgerlichen Staate ein Ende bereitet werde ...

Ungeschrieben stand das „Moskau-ante-portas" neben dem „Hitler-ante-portas" über dem in Anarchie verfallenen politischen Leben in Deutschland.

Die KPD machte die Stempelstellen der von Millionen Arbeitsloser umlagerten Arbeitsämter zu Hochburgen ihrer Revolutionsvorbereitungen. Die Zahl ihrer organisierten Mitglieder erreichte im Jahre 1932 die Höhe von 1,2 Millionen Männer und Frauen. Der verbotene aber trotzdem auf der Straße und überall wirksame „Rontfrontkämpfer-Bund" zählte nach Hunderttausenden. Er wurde von fanatischen Berufsrevolutionären geführt und war jederzeit bereit, auf ein Stichwort loszuschlagen.

Die Alternative von Halle: „Hitler oder Lenin" wurde zur Frage Deutschlands.

*

Als das Jahr 1931 zu Ende ging, fühlte ich mich nicht nur in Halle wie zu Hause, ich war auch völlig vertraut mit der Straßenkampf-Taktik der Kommunisten; sie beherrschten ganze Häuserblocks, in denen sie nach Auseinandersetzungen Unterschlupf fanden und aus denen sie überraschend hervorbrachen, wenn sie eine Gelegenheit für gekommen hielten. Wenn ich – was fast jeden Tag der Fall war – abends von einer Dienstfahrt durch den Gau zurückkehrte, pflegte mich mein Fahrer, der selbst früher Kommunist war und viele der führenden Rotfrontler persönlich kannte, bei der Einfahrt in die Stadt aus meinem Halbschlaf zu wecken und mich daran zu erinnern, daß wir den Jüngern Moskaus doch noch „Gute Nacht" sagen wollten. Wir fuhren dann zu einer Beobachtungsrunde durch die kommunistischen Stadtviertel. Erst wenn auch unser kritischer Blick keine Anzeichen einer bevorstehenden „Aktion" erkannte und nicht etwa noch eine Warnung an SA-Verkehrslokale durchzusagen war, durften wir unser Tagewerk für beendet halten. Immerhin wies die Statistik der NSDAP für das Jahr 1931 nicht weniger als 4804 Verletzte und 46 Tote als Opfer des innenpolitischen Kampfes auf.

Der Höhepunkt der Auseinandersetzungen stand freilich noch bevor. Unsere Halleschen Kommunisten versuchten ihren Mut auch an Hitler selbst. Ich greife mit dieser Erinnerung zeitlich etwas vor, aber sie gehört hierher:

Es war im Oktober 1932. Als Höhepunkt des letzten der fünf Wahlkämpfe dieses Jahres war für unseren Gau eine Hitler-Kundgebung angesetzt. Für ein solches Ereignis waren die vorhandenen Säle zu klein, wir mieteten ein Riesenzelt und bauten es auf einem großen Platz, dem Zirkusplatz auf, genau inmitten eines stark kommunistischen Stadtviertels. Am Kundgebungstag flatterten rings um den Platz aus den Fenstern der Häuser drohend die roten Fahnen mit Hammer und Sichel. Die alarmierten Kommunisten hatten auch für Spruchbänder gesorgt mit den Aufschriften: „Halle bleibt rot" – „Rot-Front" – „Heil Moskau" – „Tod dem Faschismus".

Wir waren auf der Hut und glaubten keine Maßnahme unterlassen zu haben, um trotzdem den ungestörten Verlauf der Kundgebung zu sichern.

Unsere Sicherungs-Maßnahmen begannen bereits auf dem Flugplatz in Schkeuditz; sie galten der Ju 52 – dem Flugzeug, mit dem Hitler eintraf und noch am selben Tag weiterflog, um noch auf einer anderen Kundgebung zu sprechen.

Schon auf unserer Fahrt vom Flughafen Halle-Leipzig zur Stadt fielen uns rote Terrorgruppen auf, die zu beiden Seiten in Stellung gegangen waren. Hier genügte freilich der Anblick der Männer des Hitler-Begleitkommandos, um die Straße freihalten. Auch in der Stadt verlief die Fahrt zur Kundgebung noch ohne Zwischenfälle. Es hatte sich zwar schon ein Menschenspalier gebildet, aus dem sich gelegentlich drohende Blicke und erhobene Fäuste gegen uns richteten, aber meist wurden wir freundlich und vielfach mit lautem „Heil Hitler" begrüßt. Die Hallesche Polizei beherrschte die Szene.

Das Riesenzelt war mit Tausenden von Menschen gefüllt. SA-Musikzüge spielten Marschmusik, Kampflieder wurden angestimmt und von den Massen mitgesungen.

Als ich als der Versammlungsleiter Hitler in der Kampfstadt Halle begrüßte, wollte der Beifall kein Ende nehmen.

Dann begann Hitler zu sprechen, die Menschen schienen wie hingerissen an seinem Munde zu hängen.

Da, mitten in einem Satz, legte sich plötzlich jähe Stille über den riesigen Raum. Die Lautsprecher-Anlage versagte ihren Dienst. Keine menschliche Stimme hätte das gewaltige Zelt zu füllen vermocht – auch Hitlers massengewohnte Stimme nicht. Hitler und ich sahen uns erstaunt und betroffen an. Er war vom Mikrofon zurückgetreten. Aus den Menschenmassen vor uns erhob sich ein Murmeln; in weiter Entfernung, wo die Ursache der jähen Unterbrechung nicht deutlich erkannt werden konnte, standen Hunderte in Erregung auf.

Ich selbst war noch nicht ganz Herr der Situation und fragte Hitler naiv: Ob ich bekanntgeben solle, daß die Leitung unterbrochen sei. Mit einem gezwungenen Lächeln antwortete er: „Wenn Sie können ..."

Inzwischen machten sich unsere Techniker auf die Suche und da sich an einigen Stellen Freudengeheul bemerkbar machte, wußten wir nun wenigstens, wo die Störung zu suchen war. Die Kommunisten hatten angekündigt, daß die Hitler-Kundgebung nicht nach unserem Programm verlaufen werde. Jetzt war es soweit.

Ich hatte nun einen praktischeren Einfall als den der „Durchsage": Auf mein Zeichen begann der SA-Musikzug den Regimentsmarsch des früheren Halleschen Heimatregimentes 36 zu intonieren – diese Lautstärke reichte für das Zelt aus und die Dauer des Musikstückes auch: die Schadenstelle war inzwischen außerhalb des Zeltes, am Hauptkabel der Stromversorgung, entdeckt und nach einer kurzen Schlägerei mit den dort postierten Kommunisten behoben worden.

Der Marsch war noch nicht verklungen, als wieder Strom und damit Ton in die Leitung kam.

Hitler konnte nun seine Rede halten – der Zwischenfall hatte nicht nur die Spannung der Zuhörer sondern auch Hitlers Leidenschaft gesteigert. Als er geendet hatte, erhoben sich die Massen zu einer Ovation, wie ich sie bis dahin noch nicht erlebt hatte.

Mittlerweile war ganz Halle in Gärung geraten – und wir mußten mit Hitler durch die Stadt zurück. Es war zwar vorgesehen, daß die Fahrbahn durch Spalierketten abgesichert und freigehalten werden sollte, aber gegen die Übermacht der drängenden Massen half dieser Plan nichts mehr. Zunächst wa-

ren es begeisterte Kundgebungsbesucher, die sich an Hitlers im Schritt fahrendes Auto herandrängten, dann aber tauchten mitten unter den Massen organisierte Trupps drohender Rotfront-Gestalten auf, die offenbar angesetzt waren, um Hitlers Wagen zu stürmen. Aus dem ohrenbetäubenden Lärm der Straße war deutlich zu vernehmen wie das „Heil Moskau" sich unter das „Heil Hitler" mischte.

Die Hallesche Polizei versuchte nun mit einer berittenen Einheit den Weg freizumachen. Mit ihren starken Pferden flankierten die Reiter Hitlers Wagen, um ihn gegen die anstürmende Menge abzuschirmen. Das hatte zur Folge, daß die Neugierigen und unsere Anhänger nunmehr zurückwichen – nicht jedoch die roten Terroristen. Sie drängten sich wütend zwischen den Pferdekörpern hindurch. Ich saß im Wagen hinter Hitler; blitzartig wurde mir klar, daß die nächsten paar hundert Meter mehr Gefahren in sich bargen als das ganze Ereignis der Hitler-Kundgebung.

Hitler saß ruhig, aber mit gespanntem Gesicht neben seinem Fahrer Schreck. Nun schaute er kurz zu mir zurück, als wollte er mich fragen: „Jordan, ist bei Ihnen hier in Halle immer so dicke Luft?"

Als die ersten Antifa-Typen sich zwischen den Pferdeleibern in Richtung Wagen durchgepirscht hatten und mit wild verzerrten Gesichtern auf uns loszugehen drohten, gab Hitler mit scharfer Stimme den Befehl: „Pistolen raus – Entsichern!"

Er hätte diesen Befehl allerdings nicht zu geben brauchen, wir saßen bereits mit entsicherten Pistolen in Bereitschaft – aber nun zeigten wir sie auch. Inzwischen hatten sich freilich von der anderen Seite auch SA-Männer zu unserem Wagen durchgekämpft – die kommunistischen Angreifer zogen sich wieder hinter die Pferde der Polizei zurück. Wir atmeten auf; in gemäßigtem Tempo konnten wir nun Richtung Riebeck-Platz zum Hotel „Goldene Kugel" weiterfahren, wo für Hitler ein kurzer Erholungsaufenthalt eingeplant war.

Immer noch stumm verbissen stiegen wir aus dem Wagen. Auch in Hitler pochte noch die Erregung. Er sagte mir mit drohendem Blick: „Zwischen diesem Mordgesindel und uns gibt es keine Verständigung – und keinen Pardon. Zwischen ihnen und uns fällt die letzte Entscheidung "

Schicksalsjahr 1932

Wenn auch in den Geschichtsbüchern eine „Revolution 1933" verzeichnet ist – die innenpolitischen Entscheidungskämpfe in Deutschland wurden während des Jahres 1932 durchgefochten.

Ich will die Etappen dieses Jahres knapp so schildern, wie ich sie damals von meinem Standort, um nicht zu sagen: von meinem Gefechtsstand Halle aus erlebte und beobachtete. In der seit 1945 erschienenen sog. zeitgeschichtlichen Literatur werden alle diese Vorgänge zwar anders beurteilt – an den Ereignissen selbst und ihrer Bedeutung für das weitere Geschehen wird aber nicht gezweifelt.

Schon mit Brünings „Präsidialkabinett" hatte sich die Weimarer Republik zum „autoritären" Staat gewandelt; es war das freilich eine fragwürdige Autorität, denn sie wurde von einer stetig wachsenden Mehrheit des Volkes abgelehnt. Die Kommunisten bestritten sie, weil sie an eine „Weltrevolution" glaubten, deren nächste Etappe ein Sowjet-Deutschland sein sollte; wir Nationalsozialisten wandten uns gegen die Staatsmacht, weil wir in ihr eine Vollstreckerin der „Erfüllungspolitik" gegen die Volksinteressen sahen; die anderen Parteien und das aufmerksam beobachtende Ausland stützten Brüning, nur weil sie erhofften, daß er Hitlers Vormarsch bremsen würde. Das war in der eingetretenen nationalen Notlage eine zu schwache Grundlage für die Regierung, auch wenn sie sich auf den Namen Hindenburg stützte.

Das Wetterleuchten war unverkennbar: Nicht nur gegenüber der Radikalisierung der innenpolitischen Auseinandersetzung zwischen KPD und NSDAP zeigte sich die Regierung machtlos, auch der dramatisch angestiegenen Arbeitslosigkeit vermochte sie nicht entgegenzuwirken. Von 1929 bis 1932 stieg der Jahresdurchschnitt der Arbeitslosen – also der Menschen in Deutschland, denen das „Recht auf Arbeit" verweigert worden war – von 1,8 auf 5,6 Millionen an. Die Statistik wies im Februar 1932 bereits die Zahl von 6,1 Millionen deutscher Menschen aus, die in verzweifelter Sorge vor der Zukunft an den Stempelstellen Schlange standen. Allein Berlin, die Reichshauptstadt mit da-

mals 4,2 Millionen Einwohnern hatte 650000 Arbeitslose. Diese Elendszahlen erfaßten die grausame Wirklichkeit nicht einmal ganz. Sowohl die landwirtschaftlich wie die häuslich Bediensteten waren von der Erwerbslosen-Unterstützung ausgeschlossen, wurden also überhaupt nicht gezählt. 847000 galten im Februar 1932 bereits als „ausgesteuert". Unter Hinzurechnung der betroffenen Familien, der Frauen und Kinder der Arbeitslosen, mußte ohne Übertreibung gesagt werden, daß etwa 20 Millionen deutsche Menschen von der Massenerwerbslosigkeit betroffen waren. Sie alle, bei denen Hunger und Verzweiflung zum ständigen Gast geworden waren, hatten den Glauben an die Verheißungen und Versprechungen nicht nur der Staatsrepräsentanten sondern auch der Parteien verloren, denen sie bisher gefolgt waren. Man war nicht nur bereit, in der Stille einer Wahlzelle anders als bisher zu entscheiden, die Massen der Enttäuschten, die sich betrogen und verraten fühlten, gerieten in eine echte revolutionäre Spannung. Unser Ruf „Deutschland erwache!" wurde zum alarmierenden Signal – aber unüberhörbar war auch das Sturmlied der Internationale: „Völker höret die Signale – auf zum letzten Gefecht!"

Der Kampfplatz des deutschen Schicksals war nicht mehr nur das Parkett der Parlamente, er hatte sich überallhin verlagert: in die Familien und auf die Straße, in die Versammlungssäle und in die Werkshallen, nicht zuletzt zu den Stempelstellen.

Der rückblickende Historiker mag von „Fanatismus" sprechen – Egoismus war es nicht. Die Leidenschaften des Hungers und der Hoffnung waren – wie so oft in Zeiten umwälzender Geschehnisse – die Triebkräfte im Aufbegehren zweier sich auf Tod und Leben bekämpfenden Bewegungen, sowohl der von „links" wie der von „rechts", geworden.

*

Schon am Anfang des Jahres 1932, am 11. Januar, hatte Brüning auf der Reparations-Konferenz in Lausanne offiziell erklärt, daß Deutschland zu weiteren Zahlungen nicht mehr fähig sei. Das war die späte, allzu späte Bankrotterklärung der langjährigen Erfüllungspolitik aller Reichsregierungen seit 1919. Die warnende Voraussage Hitlers war damit bestätigt.

Nun begannen auch die führenden Männer der deutschen Industrie, die bisher den nationalsozialistischen Parolen argwöhnisch und ablehnend gegenübergestanden hatten, hellhörig zu werden. Sie begriffen zumindest, daß die kommunistischen Bürgerkriegs-Ankündigungen ernst zu nehmen seien. Hitler wurde eingeladen, im Industrieklub in Düsseldorf zu sprechen, und er hatte auch vor diesem kritischen Forum erstaunlichen Erfolg. Die kommunistische Presse eiferte, an jenem 27. Januar 1932 habe Hitler vor den Mächtigen der Industrie „kapituliert". Genau das aber tat er nicht. In Wirklichkeit verkündete er den Wirtschaftsführern in überzeugender Weise den „Primat der Politik" und entwickelte in diesem Kreis den Zukunftsgedanken einer auf gemeinsame Leistung ausgerichteten Volkswirtschaft, in der weder das Profit- noch das Klassenkampfdenken als Maxime herrschen dürfe.

Die Düsseldorfer Veranstaltung, der in Godesberg und Hamburg noch zwei ähnliche folgten, gewann politische Bedeutung dadurch, daß Hitler in Kreisen, die eigentlich der Reaktion zuzurechnen waren, nunmehr als ein Mann anerkannt wurde, der nicht nur den drohenden kommunistischen Bürgerkrieg verhindern sondern auch neue Wege zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg zeigen konnte.

In den gleichen Wochen war eine wichtige innenpolitische Frage akut geworden: am 12. Mai 1932 ging die Amtszeit Hindenburgs zu Ende. Der Reichspräsident mußte verfassungsgemäß neu gewählt werden – wieder auf sieben Jahre. Nur aus der Situation dieses ungewöhnlichen Jahres heraus war der Plan Brünings und des in dieser Angelegenheit besonders tätigen Reichswehrgenerals Schleicher verständlich, den bereits 85jährigen Generalfeldmarschall zur Wiederwahl zu nominieren.

In den ersten Januartagen verhandelte Brüning mit Hitler: ohne die vorgeschriebene Volkswahl sollte die Amtszeit Hindenburgs mit verfassungsändernder Mehrheit im Reichstag verlängert werden.

Es war begreiflich, daß die NSDAP einem solchen Plane nicht zustimmen konnte. Brüning stützte sich auf Hindenburg, es stand in Wirklichkeit die Reichsregierung zur Debatte, und diese zu stürzen war unser Ziel.

Allerdings entschloß sich Hitler erst nach längerer Überlegung am 12. Februar, selbst gegen Hindenburg für das Reichspräsidentenamt zu kandidieren. Das war nicht nur ein politisch waghalsiger Entschluß, es stand ihm auch ein formelles Hindernis im Wege: Hitler wurde in Deutschland als „staatenlos“ geführt. Von Geburt österreichisch-ungarischer Staatsbürger hatte er – bereits vor 1914 in München wohnhaft – dem Wehrdienst in der Habsburger Armee nicht Folge geleistet, war aber statt dessen im August 1914 als Freiwilliger in ein deutsches Regiment eingetreten. Nach fast fünfjähriger Dienstzeit in der damals noch bayerischen Armee wurde er im Zuge der Demilitarisierung 1919 entlassen, ohne formell die deutsche Staatsbürgerschaft erworben zu haben. Als er sich dann der Politik verschrieb, wurde er 1925 aus dem österreichischen Staatsverband ausgebürgert, daher die formelle „Staatenlosigkeit“.

Zur Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl war jedoch die deutsche Staatsangehörigkeit unerläßlich. Für die übliche Prozedur einer Einbürgerung stand nicht mehr genügend Zeit zur Verfügung. Man mußte auf eine staatsrechtliche Sonderbestimmung zurückgreifen, nach der die Einbürgerung mit der Berufung in ein Beamtenverhältnis des Reiches oder der Länder automatisch verbunden war.

Auch in dieser Angelegenheit erwies sich die Tatsache, daß in Braunschweig ein Nationalsozialist Innenminister war, von Nutzen: Mit Billigung des deutschnationalen Ministerpräsidenten Küchenthal wurde Hitler am 24. Februar 1932 zum braunschweigischen Regierungsrat ernannt und formell mit der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen des Landes bei der damals noch bestehenden braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin beauftragt. Hitler trat dieses „Amt“ durch einen Besuch beim braunschweigischen Gesandten von Boden in Berlin formell auch an, schied jedoch bereits am 4. März unter Verzicht auf jegliche Bezüge aus dem Staatsdienst wieder aus – es ging eben nur darum, die formelle Einbürgerung ohne Zeitverlust zu bewirken.

Durch die Reihen der Partei ging nach der Verkündung der Kandidatur Hitlers ein neuer hoffnungsvoller Schwung. Wir wußten freilich alle, daß die getroffene Entscheidung gewagt

war. Für unendlich viele deutsche Menschen war der Name Hindenburgs von einem Mythos umwoben.

Aber wir waren durch die seit dem September 1930 immer wieder steigenden Erfolge ermutigt; so gingen wir mit großen Hoffnungen in einen Wahlkampf, der schon deshalb nicht gewonnen werden konnte, weil diesmal für Hindenburg auch diejenigen Großparteien antraten, die ihn 1925 bekämpft hatten: die Sozialdemokraten und die Zentrumspartei.

Es stellten sich insgesamt fünf Kadidaten zur Wahl: Hindenburg, Hitler, Thälmann (der Kandidat der Kommunisten), Düsterberg als Kandidat des „Stahlhelm" und ein Herr Winter, der Führer einer kleinen Aufwertungspartei, die sich zur Aufgabe gestellt hatte, einer bestimmten Gruppe von Vorkriegs-Tausendmark-Scheinen die volle Einlösung in neue Reichsmark zu verschaffen. Nicht nur Düsterberg sondern auch dieser Kandidat Winter war im Gau Halle-Merseburg wohnhaft.

Am 13. März 1932 fand der erste Wahlgang statt:

Hindenburg	erhielt	18,65 Millionen Stimmen	(49,6 Prozent)
Hitler	erhielt	11,33 Millionen Stimmen	(30,1 Prozent)
Thälmann	erhielt	4,98 Millionen Stimmen	(13,2 Prozent)
Düsterberg	erhielt	2,56 Millionen Stimmen	(6,8 Prozent).

Für den Kandidaten Winter stimmten 110000 Wähler – immerhin mehr als alte rotgestempelte Tausendmark-Scheine zur Debatte standen.

Dieses Wahlergebnis hatte noch keine endgültige Entscheidung gebracht. Hindenburg fehlten 200000 Stimmen zur erforderlichen absoluten Mehrheit; ein zweiter Wahlgang war notwendig geworden.

Nur nach dem Maßstab allzu hochgespannter Erwartungen war das Hitler-Ergebnis enttäuschend. In Wirklichkeit war unsere Stimmenzahl im Reich seit dem September 1930 von 6 auf 11 Millionen, also fast auf das Doppelte gestiegen. Immerhin: wir hatten unser Ziel nicht erreicht und es war gewiß, daß wir es auch im zweiten Wahlgang nicht erreichen würden.

Trotzdem entschloß sich Hitler, nicht nur erneut zu kandidieren, sondern sich auch im Wahlkampf verstärkt einzusetzen –

sein erster „Deutschland-Flug" führte ihn in einer Woche zu nicht weniger als 21 Großkundgebungen.

Diese unerwartete Taktik erwies sich als richtig: Beim zweiten Wahlgang – am 10. April 1932 – wurde zwar Hindenburg erwartungsgemäß wiedergewählt, aber Hitler verzeichnete einen Stimmenzuwachs auf 13,4 Millionen, das waren über zwei Millionen mehr Stimmen als einen Monat vorher. Wir in Halle-Merseburg waren besonders stolz: Bei uns lag Hitler mit 42,8 Prozent der Stimmen nun sogar vor Hindenburg, der im Wahlkreis 11 nur 37,1 Prozent erhielt. Auf den Kommunisten Thälmann, der am 13. März bei uns einen Stimmenanteil von 23,2 Prozent verzeichnet hatte, entfielen am 10. April nur noch 20,1 Prozent – das war zwar für Halle weniger als bisher, im Schnitt aber doch immer noch doppelt soviel als im Reich (10,2 Prozent für Thälmann). Für die Wahl Hitlers traten in diesem zweiten Wahlgang unter anderen 48 prominente Persönlichkeiten ein, die erklärten, nicht Mitglieder der NSDAP zu sein, sich aber trotzdem öffentlich für ihn aussprechen wollten. Unter diesen Aufrufern befanden sich nicht nur bekannte Industrielle und Wissenschaftler (wie der berühmte Arzt Geheimrat Bier) sondern auch ein Schwager des englischen Königs, der Herzog Carl Eduard von Sachsen-Coburg-Gotha. Aufsehen erregte, daß auch der deutsche Kronprinz Wilhelm offen erklärte: „Wir wählen Hitler!"

Nur zwei Wochen nach dieser zweiten Reichspräsidentenwahl stand ein nicht minder wichtiger Tag an: die Neuwahl des Preußischen Landtages, außerdem die Landtagswahlen in Bayern, Württemberg, Anhalt, Hamburg.

Preußen war mit Abstand das größte Bundesland. Man sagte in der Weimarer Republik nicht zu unrecht: Wer Preußen hat, hat das Reich. Einschließlich der anderen Landtage, die an diesem Tag neu gewählt wurden, waren am 24. April 1932 von insgesamt 43 Millionen Wahlberechtigten im Reich nicht weniger als 35 Millionen zu den Urnen gerufen.

Uns Nationalsozialisten war die Preußenwahl vor allem deshalb wichtig, weil die rote Preußen-Regierung, deren Ministerpräsident Braun und deren Innenminister Severing besonders hartnäckige Gegner waren, uns als die letzte Bastion des Marxismus sozialdemokratischer Couleur erschien.

Unser Landtagswahl-Vorschlag für Halle-Merseburg war bereits zur Einreichung vorbereitet – wie üblich mit dem Namen des Gauleiters an der Spitze der Kandidatenliste, als mir in einem Schreiben der Reichsleitung der Wunsch Strassers übermittelt wurde, seinen Stabsleiter Oberleutnant a.D. Schulz als Spitzenkandidat der NSDAP im Gau Halle-Merseburg zu benennen.

In dem von Schulz selbst unterschriebenen Brief wurde dieser Wunsch damit begründet, daß es wünschenswert sei, mit Rücksicht auf die Stärke des „Stahlhelm“ in unserem Gau einen bekannten Frontsoldaten herauszustellen.

Schulz, den ich – wie bereits erwähnt – in München am Tag meiner Ernennung zum Gauleiter kennengelernt hatte, war in der Tat eine bekannte Persönlichkeit, wenn auch erst durch das Nachkriegsgeschehen der sog. Fememord-Prozesse. Er war Anfang der 20er Jahre Offizier in der sog. schwarzen Reichswehr gewesen, wegen der Tötung eines mutmaßlichen Spitzels nach 1923 zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Ein im Herbst 1930 vom Reichstag mit zwei Drittel Mehrheit beschlossenes Amnestie-Gesetz hatte ihm die Freiheit gebracht. Es war das eines der wenigen Gesetze, die unter der Regierung Brüning parlamentarisch ordnungsgemäß verabschiedet worden waren. Im Fall Schulz hatte die Tatsache eine Rolle gespielt, daß er es während seines Prozesses ablehnte, Aussagen zu machen, die die Reichswehr-Führung hätten belasten können. Dieser Hintergrund war zwar für die preußischen Landtagswahlen nicht von Bedeutung, wohl aber für die politische Rolle, die Schulz noch im Herbst 1932 im „Fall Strasser“ spielen sollte – davon wird noch zu sprechen sein.

Der Zwei-Wochen-Wahlkampf wurde von uns angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit besonders aktiv geplant und geführt. Seinen dramatischen Akzent erhielt er vonseiten der Reichsregierung durch das am 13. April – drei Tage nach Hindenburgs Wiederwahl – auf Veranlassung des Reichswehr- und Innenministers Groener verfügte Verbot der SA und SS. Die Kampfformation der Sozialdemokraten, das „Reichsbanner“, blieb dagegen erlaubt. Diese sehr einseitige Maßnahme – sie fand in überfallartiger Polizeibesetzung aller SA-Dienst-

stellen ihren sichtbaren Ausdruck – führte zu lebhafter Kritik auch in Kreisen, die bisher der NSDAP ferngestanden hatten. Aktive Reichswehr-Generale – unter ihnen der spätere Reichswehrminister von Blomberg und der spätere Generalfeldmarschall von Bock – wandten sich an Hindenburg und wiesen darauf hin, daß durch die Auflösung der SA auch die Einsatzkraft der Grenzschutzverbände gefährdet werde.

Die Besetzung der SA-Dienststellen in unserem Gau fand uns nicht unvorbereitet. Auch der Zusammenhalt der SA blieb gesichert. Die SA-Männer zogen seelenruhig ihre Braunhemden aus und ersetzten sie durch weiße Zivilhemden. Nachts klebten an den Häuserwänden in Halle – vor allem in den Kommunistenvierteln – unsere Klebestreifen, auf denen zu lesen war: „Trotz Verbot – nicht tot! Die SA lebt!"

Unverkennbar war aber die Belebung der Rotfront-Aktivität – in den Kommunisten-Quartieren wußte man natürlich, daß unsere Gegenwehr nun nicht mehr so gut organisiert sein konnte wie bisher. Andererseits ergab sich, daß wir gerade in der Verbotszeit manchen jungen Überläufer in unsere Reihen aufnehmen konnten, der gerade durch das Verbot von unserer revolutionären Ehrlichkeit überzeugt wurde. Auch zahlreiche Verbote unserer Zeitung wirkten trotz wirtschaftlicher Schäden indirekt für uns.

Unsere Redner kamen in diesen aufregenden zwei Wochen des Preußen-Wahlkampfes kaum aus den Stiefeln. Nachts schlichen die Klebekolonnen durch die Straßen mit den üblichen Begegnungen, mit Handgemenge und Schlägereien.

Mit dem Wahlergebnis konnten wir zufrieden sein: Im „roten Preußen" hatten 8 Millionen Wähler der NSDAP ihre Stimme gegeben, das waren genau 36,3 Prozent aller Wähler. Die NSDAP, die bis dahin mit nur acht Abgeordneten im Preußischen Landtag vertreten war, zog nach dieser Wahl mit 162 Abgeordneten als stärkste Partei in das Preußenhaus ein.

In den anderen Landtagswahlen des 24. April 1932 sah es ähnlich aus: Im „schwarzen" Bayern: 32,5 Prozent, in Württemberg 26,4 Prozent, in Anhalt 40,0 Prozent, im „kühlen" Hamburg 31,3 Prozent! Auch in München, bisher eine Hochburg der „Bayerischen Volkspartei" war die NSDAP mit

knappem Vorsprung (112214 gegen 111256 der BVP) stärkste Partei geworden.

*

Ich war nun – wenn auch an zweiter Stelle nach Schulz auf unserem Wahlvorschlag plaziert – preußischer Landtags-Abgeordneter geworden und nahm am 24. Mai an der konstituierenden Sitzung dieses Parlamentes teil. Sie war von der erstaunlichen Tatsache gekennzeichnet, daß die preußische Regierung zu dieser Sitzung überhaupt nicht erschien! Daraufhin beschloß der Landtag – unmittelbar nachdem er den Nationalsozialisten Kerrl (den späteren Kirchenminister) zum Präsidenten gewählt hatte – mit überwiegender Mehrheit, die Regierung Braun-Severing zum unverzüglichen Erscheinen aufzufordern, dennoch blieben die Regierungsbänke leer. Daß sie einst bei ihrem Amtsantritt die Weimarer Verfassung beschworen hatten, deren Kernsatz lautete: „Alle Gewalt geht vom Volke aus" beunruhigte diese Herren Minister offenbar nicht. Sie wollten an der Macht bleiben und handelten nach dem Grundsatz: Was Demokratie ist, bestimmen wir.

Angesichts dieses grotesken Zustandes war die Stimmung im Preußenhaus begreiflicherweise gespannt.

Schon zwei Tage nach dem Zusammentritt dieses von der eigenen Regierung mißachteten Parlamentes kam es dann zu einer Explosion, die ich nicht nur deshalb erwähne, weil ich tätiger Teilnehmer war, sondern auch, weil sie grell die politische Landschaft jenes Jahres beleuchtet.

Während einer Geschäftsordnungs-Debatte war es zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen uns und den Kommunisten gekommen. Am Rednerpodium beginnend ging die Diskussion in Sekundenschnelle in eine tätliche Auseinandersetzung über. Ich weiß heute nicht mehr, was ich selbst als Signal empfunden habe, ich weiß nur, daß ich als einer der Jüngsten auf unserer Seite vorne mit dabei war, die 57 kommunistischen Abgeordneten buchstäblich aus dem Saal zu jagen.

Es gab, wenn auch keine Schwer- so doch eine ganze Anzahl Leichtverletzte auf beiden Seiten. Auf der „Verlustliste" der NSDAP-Fraktion stand auch mein Name: Verletzungen an Arm

und Bein. Wir hatten knapp eine Minute benötigt, um die sonst so aggressiven Jünger Moskaus zu vertreiben.

Nach dem Handgemenge sah es im Plenum wie auf einem Schlachtfeld aus. Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Abgeordneten hatten sich während des Zusammenstoßes an die Wände des Saales geflüchtet; nun standen sie verängstigt, zum Teil völlig sprachlos an den Ausgängen.

In der anschließenden Fraktionssitzung der siegreichen NSDAP herrschte Kampfstimmung. Der Fraktionsführer Wilhelm Kube – Gauleiter der Mark Brandenburg – erklärte unter begeisterter Zustimmung: „Die Kompanie Kube hat sich heute gut geschlagen. Ich bin stolz, Euer Kompanieführer zu sein. Jetzt wissen es die Moskowiter in diesem Hause, mit wem sie es in Zukunft zu tun haben.“ Weitere Aufmerksamkeit erregte ein „Fraktions-Kollege“, dem ein Kommunist vom Tisch des Präsidiums ein volles Tintenfaß ins Gesicht geworfen hatte und der nun wie ein afrikanischer Abgesandter unter uns Bleichgesichtern saß.

Schon damals hatte ich das seither beträchtlich verstärkte Gefühl, daß dieses Geschehen mit Parlamentarismus nichts mehr zu tun hatte und daß unsere Wähler uns nicht zum Zwecke solcher Saalschlachten gewählt hatten. Freilich wurden derartige schüchterne Anwandlungen der Selbstkritik durch die damaligen Zeitumstände nicht gefördert – im Gegenteil, in diesem neuen Stil gefielen sich auch altgediente Parlamentarier. So erlebte ich nach der Berliner Affäre einen ähnlichen, diesmal von Sozialdemokraten provozierten Zusammenstoß im Provinzial-Landtag unserer preußischen Provinz Sachsen.

Auch hier waren wir stärkste Partei geworden. In der konstituierenden Sitzung wurde der Nationalsozialist Detlef von Kalben zum Präsidenten gewählt. Zum neuen Landeshauptmann der Provinz, dem Leiter der provinziellen Selbstverwaltung, hatte die überwiegende Mehrheit des Hauses ebenfalls einen Nationalsozialisten gewählt. Es war ein allseits geschätzter Berufsbeamter, Leiter des Finanzamtes in Eisleben. Ich hatte als Fraktionsführer der NSDAP die Verhandlungen über die Wahl unseres Kandidaten mit den bürgerlichen Parteien geführt und deren volle Zustimmung zur Person des neuen Landeshauptmanns gefunden. Als Kurt Otto in seiner neuen

Eigenschaft die Antrittsrede hielt – in einer sachlichen (für manche unserer Angeordneten viel zu sachlichen) Art, kam es aus den Reihen der Sozialdemokraten zu immer neuen, völlig unmotivierten Störungsmanövern. Der Präsident hatte bereits mehrmals mit seiner Glocke eingegriffen, hatte sachliche Zwischenrufe als zulässig erklärt, Beleidigungen jedoch im Interesse der Würde des Hauses untersagt. Dieser Appell, von der Mehrheit des Plenums mit Beifall unterstrichen, hatte wenig Erfolg. Schließlich begann ein offenbar betrunkener Sozialdemokrat sich aus den Reihen der SPD-Fraktion mit Beschimpfungen auf den Redner zu stürzen. Als der Präsident eingriff und den provozierenden Abgeordneten aus dem Saale weisen wollte, stellten sich die SPD-Abgeordneten schützend vor den randalierenden Provokateur. So kam es auch hier zum Handgemenge und zur Räumung des Saales.

Wenn auch in diesem Fall die Sozialdemokraten die Angreifer waren, so will ich dennoch nicht die Tatsache leugnen, daß in den nationalsozialistischen Fraktionen jener Tage meist mehr Herausforderer saßen als auf anderen Bänken.

Wir waren insbesondere in unserer „Kompanie Kube" so sehr von den Impulsen der überall draußen geführten außerparlamentarischen Auseinandersetzungen bewegt, daß ein Witzbold sich sogar über unsere in ihrem Verhalten gemäßigteren Abgeordneten im Wallot-Bau mit einem geflügelten Wort ausließ: „Im Landtag kämpft das tapfere Heer – im Reichstag sitzt die Feuerwehr!"

*

Dort freilich hatten inzwischen wichtigere Ereignisse stattgefunden. Am 10. Mai entwickelte Gregor Strasser ein vielbeachtetes Wirtschaftsgesundungs-Programm der NSDAP, in dem er auch unsere grundsätzliche Einstellung umriß: Das Volk protestiere gegen eine Wirtschaftsordnung, die nur in Gold, Profiten und Dividenden denke, die aber vergessen habe, an Arbeit und Leistung zu denken. Dann sprach Göring scharf gegen die Brüning-Regierung als das „Kabinett der Illusionen" und charakterisierte das SA-Verbot als „moralische Abrüstung des deutschen Verteidigungswillen". Der hauptsächlich angegrif-

fene Reichsminister Groener verteidigte dieses Verbot und das Nicht-Verbot des linken „Reichsbanners“ so konfus, daß er anschließend von der Generalität gezwungen wurde, seinen Rücktritt als Reichswehrminister zu erklären. Groener blieb zwar noch Reichsinnenminister, aber der Anfang vom Ende des Brüning-Regimes war gekommen.

Mit dessen Sturz am 30. Mai begann eine neuerliche, diesmal offen vom Reichswehrgeneral Schleicher gesteuerte Politik gegen die NSDAP. Die Taktik des bislang unbekannten neuen Reichskanzlers von Papen war nicht sofort durchschaubar. Zunächst schien er vor unserem Vordringen zurückzuweichen – noch am Sonntag vor Brünings Sturz hatte die NSDAP bei der Landtagswahl in Oldenburg die absolute Mehrheit errungen, die in diesem Land zur Ministerpräsidentschaft des dortigen Gauleiters Röver führte.

Von München aus bekamen wir zunächst das Stichwort „Stillhalten gegenüber Papen“. Die Gegenleistungen der neuen Regierung waren nicht unbedeutend: Das SA-Verbot wurde aufgehoben, der Reichstag aufgelöst, Neuwahlen wurden für den 31. Juli ausgeschrieben.

Einige Tage vor diesem Wahlgang griff Papen in Preußen durch. Nachdem die dortige rot-schwarze Regierung Braun-Severing aus dem Landtagswahl-Ergebnis keinerlei Konsequenzen gezogen hatte, dem Landtagsbeschluß, der sie zum Rücktritt und zum Erscheinen vor dem Parlament aufgefordert hatte, nicht gefolgt war, erließ der Reichspräsident am 20. Juli 1932 eine Notverordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Preußen. Der Reichskanzler wurde zum Reichskommissar ernannt. Dieser Schritt kam nicht unerwartet; auch die Gegenseite hatte sich darauf eingestellt. Man munkelte nicht ohne Grund von einem Putschplan, den der preußische stellvertretende Ministerpräsident Hirtsiefer bereits mit einigen Ministerpräsidenten anderer Länder besprochen hatte: Danach sollten im Falle eines Eingriffes des Reiches in Preußen das „Reichsbanner“ mobilisiert, die Führerschaft der NSDAP verhaftet und der Reichspräsident kaltgestellt werden. Papens erster Schritt war dementsprechend die Verhängung des Ausnahmezustandes über Berlin und die Mark Brandenburg; der zuständige Wehrkreis-Befehlshaber, der damalige General-

leutnant und spätere Generalfeldmarschall von Rundstedt wurde mit der vollziehenden Gewalt beauftragt.

„Ein Leutnant und zehn Mann" genügten dann, um die bisherigen preußischen Machthaber zum Verlassen ihrer seit Monaten verfassungswidrig behaupteten Machtpositionen zu veranlassen. Ministerpräsident Braun, Innenminister Severing und der Berliner Polizeipräsident Grzesinski – sie hatten sich gegen die NSDAP besonders hervorgetan – verschwanden von der politischen Bühne. Auf die geplante Gegenaktion wurde verzichtet. Die „Reichsbanner"-Leute, die am Abend des 20. Juli in ihren Bereitschaftslokalen saßen und auf Kampfparolen warteten, wurden nach Hause geschickt. Die Gewerkschaften gingen auch nicht auf den von den Kommunisten gemachten Vorschlag ein, den Generalstreik auszurufen. Sie fühlten sich der tatsächlichen Lage nicht gewachsen. Ich selbst war am Abend dieses Entscheidungstages in Berlin und hörte bei den lebhaften Diskussionen der Bevölkerung auf den Straßen nur spöttische Bemerkungen über das Ende der Preußen-Regierung. Einige Tage später sagte mir ein Kommunist in Halle in einer öffentlichen Diskussion über die Preußen-Aktion enttäuscht: „Mit Rucksack- und Schrebergarten-Sozialisten kann man keine Revolution machen – und auch keiner anderen den Weg versperren." Er hatte recht: Die in Preußen seit Jahren von der SPD aufgebaute und von der Regierung stets wohlwollend geförderte „antifaschistische Front" hätte an diesem 20. Juli die Stunde ihres Handelns erkennen müssen – aber sie trat nicht an.

Bei uns in Halle gab es noch ein fast komisches Nachspiel: Die Reichswehrführung – General Schleicher war jetzt Reichswehrminister – hatte sich entschlossen, in die bisher verwaisten aber von der latenten Bürgerkriegsgefahr besonders bedrohten Garnisonen der mitteldeutschen Industriestädte Truppen zu verlegen.

Der Einmarsch der für die alte Garnisonstadt Halle bestimmten Reichswehr-Einheiten war für die Hallesche SA-Standarte 36 natürlich ein besonderer Tag. Wer hätte die jungen Reichswehr-Soldaten ehrlicher und herzlicher an den Toren der Stadt begrüßen und empfangen können, als die freiwilligen SA-Männer Halles, die die Traditionsnummer des alten Halleschen

Heimatregimentes schon seit Jahren an ihren Kragenspiegeln trugen. So marschierten unsere SA-Männer und eine Einheit der Hitler-Jugend den anrückenden Soldaten bis zur Stadtgrenze entgegen. Nach der Begrüßung setzte sich unsere Musik an die Spitze des Zuges, und unter den Klängen des heimatlichen Regimentsmarsches ging es zurück in die Stadt. Die Bevölkerung stand zu Tausenden am Straßenrand und klatschte Beifall. Das Bild änderte sich in der Innenstadt; hier hatten sich die Kommunisten massiert versammelt; das militärische Ereignis paßte ihnen nicht ins Programm.

Die Polizei hatte gegen diese Ansammlungen nichts unternommen; aber unsere SA-Männer reagierten um so leidenschaftlicher, als sie der ihnen nur allzu bekannten kommunistischen Störtrupps ansichtig wurden und den einmarschierenden Soldaten die ersten Pfui-Rufe und Sprechchöre „Halle bleibt rot" entgegen geschrien wurden und geballte Fäuste drohten.

Die SA-Männer hielten es nun für ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, was bisher unterlassen worden war, die Straße für die mit festem Schritt einrückende Truppe freizumachen. Das wiederum gefiel der Polizei nicht. Es kam zu Wortwechseln zwischen SA-Führern und Polizei-Offizieren und schließlich zu einem massiven Eingreifen der Polizeibereitschaft.

Ich war in der Gauleitung von den Vorkommnissen alarmiert worden und fuhr nun eilig mit handfester Begleitung zum „Kampfgelände" rund um den Roßplatz. Dorthin hatten sich die Auseinandersetzungen zwischen SA, Polizei und Kommunisten verlagert. Als ich eintraf, fand ich den Platz bereits abgeriegelt; unter gewaltigem Hupenlärm fuhren Überfall-Kommandos der Polizei durch die Straßen. Im Polizei-Transportwagen wurden verhaftete SA-Männer zur Polizei-Kaserne am Roßplatz transportiert. Trotzig sangen sie ihre Lieder.

Die Affäre endete grotesk. Unsere Leute hatten es schließlich als Scherz empfunden, verhaftet zu werden und so hatte man schließlich mehrere Hundert in die Kaserne der Bereitschaftspolizei gebracht. Als ich mir dort Eingang verschaffte, um den Zwischenfall zu regeln, herrschte auf dem Gelände aufgeregtes Menschengewimmel. Gänge und Stuben der Kaserne waren mit SA-Männern überfüllt, die in ausgelassenster Stimmung Sprechchöre erschallen ließen und sich mit Witzen erheiterten. Von

den Polizei-Offizieren erfuhr ich, daß sie alle verhört werden und solange in polizeilichem Gewahrsam verbleiben sollten. Tatsächlich hatten die Verhöre auch schon begonnen – nach althergebrachter kameralistischer Art. In vier Zimmern saßen Innendienst-Beamte und nahmen Protokolle auf. Bei der Anzahl der vorläufig Festgenommenen wäre wohl eine ganze Woche vergangen, bis diese Prozedur abgeschlossen war.

Der aufsichtführende Polizei-Offizier leugnete das Unmögliche der Situation nicht, beklagte sich aber bei mir darüber, daß unsere Leute durch ihr Verhalten den Betrieb noch weiter verzögerten. Wer vernommen sei, werde sofort entlassen.

Die an mich gerichtete Bitte, ordnend einzugreifen, ließ ich mir nicht zweimal sagen: Es war nicht schwierig, dafür zu sorgen, daß diejenigen SA-Männer, deren Personalien bereits festgestellt waren, sich mehrmals zum Verhör anstellten und statt deren andere zur Entlassung kamen.

Bis die Polizeibeamten merkten, daß sie genarrt wurden, verging geraume Zeit. Schließlich hatten wir die Lacher auf unserer Seite. Und in den Sturm-Lokalen der SA von Halle herrschte an diesem Abend frohe Siegerstimmung.

*

Niemand ahnte damals, welche Bedeutung das Datum „20. Juli" zwölf Jahre später erhalten sollte; für Preußen bedeutete der 20. Juli 1932 bereits einen Einschnitt von beträchtlicher Wirkung. In den Provinzen und Regierungsbezirken wurden weitreichende Personalveränderungen vorgenommen. Viele Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Oberbürgermeister, Polizeipräsidenten, Landräte und sonstige von der bisherigen Regierung nach parteipolitischen Gesichtspunkten eingesetzte örtliche Machthaber mußten bereits damals ihre Posten verlassen. An ihre Stelle traten keine Nationalsozialisten, sondern meist Persönlichkeiten, die den Deutschnationalen oder dem „Stahlhelm" nahestanden. Wir begrüßten zwar die Verabschiedung ihrer Vorgänger, aber unter den Nachfolgern waren die wenigsten nach unserem Geschmack. Ganz offen gesagt: diese Beamten Papenscher Couleur verperrten unserer eigenen Personalpolitik dann 1933 den Weg, als wir in der Lage gewesen

wären, Männer unseres unmittelbaren Vertrauens in Schlüsselstellungen zu berufen. Im Gau-Halle-Merseburg wurde kein einziger der im Jahre 1932 durch Papen bestallten höheren Beamten nach unserer Machtübernahme abgelöst; die meisten von ihnen verblieben bis 1945 auf ihren Posten.

Im Sommer 1932 hatten wir weder den Wunsch noch die Zeit, noch die Macht, an derartige Personalien zu denken.

Zunächst ging es darum, am 31. Juli die NSDAP so massiv in den Reichstag zu bringen, daß unser Regierungsanspruch nicht mehr bestritten werden konnte.

So kam es dann auch. Mit einer Stimmenzahl von 13,74 Millionen gelang es, Hitlers Rekordziffer vom 10. April nochmals zu überbieten. 37,3 Prozent aller Wähler stimmten für die NSDAP; sie erhielt 230 von den 608 Mandaten des Reichstages – mehr als doppelt soviel als am sensationellen 14. September 1930. Die Kommunisten erreichten 5,25 Millionen Stimmen, 700000 Stimmen mehr als 1930. Das war ein ernstzunehmender Zuwachs, aber doch nicht vergleichbar mit dem explosionsartigen Aufstieg des Nationalsozialismus. Es konnte nicht übersehen werden, daß die beiden radikalen Flügelparteien, die bei aller Gegensetzlichkeit in ihrer Ablehnung des „Weimarer Systems“ übereinstimmten, zusammengenommen beträchtlich mehr als die Hälfte aller Wähler auf sich vereinigt hatten. Absolut geschlagen war das bisherige Regime.

Hitler verfügte nicht nur über diese Wählerstimmen und Abgeordnetensitze, sondern auch über eine Partei von jetzt mehr als 1 Million Mitgliedern und eine organisierte SA von mehr als 500000 Mann. Damit war er die unbestreitbar mächtigste Figur der politischen Szene im damaligen Deutschland.

Nach den Regeln der parlamentarischen Demokratie konnte es nach dem 31. Juli 1932 keinen Zweifel mehr geben: die NSDAP war stärker geworden als jede andere Partei in der Weimarer Republik seit 1919 jemals gewesen war; ihr Führer mußte zumindest den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten.

Es ist eine nicht uninteressante historische Frage, was geschehen wäre, wenn der Reichspräsident im August 1932 Adolf Hitler gerufen und ihm gesagt hätte: „Suchen Sie sich eine Mehrheit und bilden Sie die Reichsregierung. Ich werde Sie zum Reichskanzler ernennen, sobald Sie mir eine tragfähige

Koalitionsregierung vorstellen." Da Hitler immerhin nicht über die absolute Mehrheit verfügte, hätte er mit einem solchen Auftrag zu anderen Parteien gehen und deren Mitwirkung an seiner Regierung gewinnen müssen. Wäre das noch eine „Machtergreifung" geworden?

Der General Schleicher, der bereits Brüning gestürzt und Papen in den Sattel gesetzt hate, glaubte freilich, Hitler an seine Zügel nehmen zu können. Nur aus solchen Motiven läßt sich das seltsame „Angebot" erklären, das Hitler am berühmt gewordenen 13. August 1932 zunächst aus Schleichers Mund (den er an diesem Tag zunächst aufsuchte), dann von Papen und schließlich von Hindenburg selbst erfuhr: er möge sich mit dem Posten eines „Vizekanzlers" zufriedengeben. Da nach der Weimarer Verfassung nur der Reichskanzler die Richtlinien der Regierungspolitik zu bestimmen hatte, konnte Hitler – wollte er nicht vor seinen Millionen Anhängern als Postenjäger dastehen – nur „Nein" sagen. Das tat er zu unserer Befriedigung unumwunden. Die Regierungs-Propaganda aber lief sofort auf vollen Touren: „Hitler verlangt die ganze Macht – vom Reichspräsidenten zurückgewiesen"; so schrieen die Schlagzeilen. Die Richtigstellungen unserer Partei-Zeitungen drangen nicht durch: „Der schwarze Tag der NSDAP" so hieß es beim Gegner und auch bei manchen Bedächtigen in unseren Reihen.

Wir Aktivisten freilich dachten anders. Wenn nicht heute, dann morgen, wenn nicht morgen, dann übermorgen – es war unsere felsenfeste Überzeugung und Hoffnung zugleich, daß wir das Staatsruder übernehmen konnten und mußten.

Am 30. August trat der neugewählte Reichstag zum ersten Mal zusammen. Deutschland und die Welt erlebten das Schauspiel, daß die achtzigjährige Kommunistin Clara Zetkin zum Präsidentenpult hinaufstieg und als Alterspräsidentin mit schwacher, doch fanatischer Stimme den deutschen Reichstag mit einem Gruß an das revolutionäre „Weltproletariat" eröffnete.

Kurz darauf stand der Nationalsozialist Hermann Göring, vom Reichstag mit absoluter Mehrheit gewählt, als Präsident und Hausherr des Reichstages an der gleichen Stelle.

Der Parlamentarismus hatte aufgehört, in Deutschland zu funktionieren; er war am Ende. Schleichers Hintergrund-Spiel freilich ging weiter.

Ein Auflösungsdekret des Reichspräsidenten für den soeben neugewählten Reichstag hatte Papen bereits in der Hand, als er am 12. September im Plenum erschien. Dort war ein Mißtrauens-Antrag gegen die Regierung eingebracht worden, dem der Reichskanzler durch Bekanntgabe der Auflösung zuvorkommen wollte. Göring durchkreuzte den Plan durch ein Gegenmanöver: er brachte den Mißtrauens-Antrag zur Abstimmung, bevor er dem Reichskanzler das Wort erteilte. Das Ergebnis war: 512 Abgeordnete gegen Papen – 42 für die Regierung.

Die neue Reichstagswahl, die zweite im Jahre 1932, die fünfte große Wahl in diesem Jahr, wurde auf den 6. November festgesetzt.

Seit dem 13. August gab es für uns nun keinen Zweifel und kein „Stillhalten" mehr. Wir standen erneut im Zweifronten-Kampf: auf der einen Seite die Kommunisten, die leidenschaftlicher als jemals zuvor auftraten, auf der anderen Seite die „Konservativen", die Notverordnungsregierung Papen, das „Kabinett der Barone". Auf den Straßen unseres Gaues bekamen wir es nun gelegentlich auch noch mit dem „Stahlhelm" zu tun.

Das Ergebnis dieser „Zermürbungswahlen" brachte uns einen fühlbaren Rückschlag. Wir verloren rund 2 Millionen Wähler, unsere Reichstagsmandatzahl sank von 230 auf 196 Mandate. Auch die Sozialdemokraten und das Zentrum hatten Verluste zu verzeichnen (SPD: 121, bisher 133, Zentrum 90, bisher 97 Mandate). Der Mandatgewinn der einzigen „Regierungspartei", der Deutschnationalen, die ihre Sitze um 15 auf 52 vermehren konnte, fiel weniger ins Gewicht als der beträchtliche neuerliche Anstieg der KPD. Den Kommunisten war es gelungen, fast 6 Millionen Wähler zu mobilisieren. In zwei Wahlkreisen (Berlin und Düsseldorf) waren sie stärkste Partei geworden. In weiteren neun Wahlkreisen konnten sie erstmals die SPD überrunden. Wir im Gau Halle-Merseburg verzeichneten für die NSDAP 34,5 Prozent an Wählerstimmen und lagen damit um 1,4 Prozent höher als im Reichsdurchschnitt. Die Kommunisten erreichten bei uns 27,1 Prozent und lagen damit wie üblich um gute 10 Prozent höher als im Reich.

Das politische Fazit war eindeutig: das Papen-Experiment war vom Wählervolk zurückgewiesen worden, die kommuni-

stische Drohung hatte sich ernstlich verstärkt, die nationalsozialistische Bewegung war zwar parlamentarisch geschwächt, aber in ihrer politischen Spitzenstellung dennoch bestätigt worden.

Für den nüchternen Beobachter war die Alternative offenkundig: Nachdem der Versuch, die NSDAP „zu Tode zu wählen“, gescheitert war, mußte die Kanzlerschaft Hitlers zum Gebot der Stunde werden – oder eine Militärdiktatur, gestützt auf ein Heer von nur 100000 Mann und mit dem Risiko eines Bürgerkrieges.

Dennoch gab Schleicher nicht auf – er ließ nur Papen fallen und trat selbst ins Scheinwerferlicht.

Nochmals hatte er einen „Plan“ gegen das zwingende „Hitler-ante-portas“.

Krise in letzter Stunde: Gregor Strasser

Nach seiner unbestreitbaren Wahlniederlage hatte der abgetretene Reichskanzler von Papen Hindenburgs Vollmacht für Diktatur und Verfassungsänderung erbeten. General Schleicher ließ daraufhin dem Reichspräsidenten vortragen, daß die Reichswehr nicht in der Lage sei, einen solchen Kurs militärisch abzusichern. Gleichzeitig erbot er sich, das Reichskanzleramt selbst zu übernehmen – das bedeutete, daß er einen politischen Ausweg ohne Bürgerkriegsgefahr zu erkennen glaubte. Sein Ziel war nichts Geringeres als den „sozialoppositionellen Flügel" der NSDAP mit den Gewerkschaften in Verbindung zu bringen und derart durch Abspaltung einer Anzahl von Nationalsozialisten unter Einbeziehung der Sozialdemokraten im Reichstag eine Regierungsmehrheit zu finden.

Am 2. Dezember 1932 erhielt Herr von Schleicher seine Ernennung zum Reichskanzler, am 6. Dezember wurde der neugewählte Reichstag eröffnet, und bereits am 8. Dezember platzte die „Bombe".

Nachdem Gregor Strasser, der allgemein als der „zweite Mann nach Hitler" galt und es in der Partei auch war, sich bereits mehrmals – zuletzt am 3. Dezember – mit Schleicher getroffen und von diesem das Amt des Vizekanzlers in Aussicht gestellt erhalten hatte, schrieb er an Hitler einen Brief, in dem er alle seine Parteiämter niederlegte.

Bis heute ist die Geschichte dieser Strasser-Krise dunkel und legendenhaft geblieben. Fest steht nur, daß sie die letzte Etappe vor der Reichskanzlerschaft Hitlers bezeichnet, und daß ihre Auswirkungen auch innerhalb der NSDAP beträchtlich gewesen sind. Gregor Strasser war unzweifelhaft eine bedeutende Persönlichkeit; er fehlte uns in den ernsten Jahren, die nun folgen sollten.

Da ich einer der Gauleiter war, die als „Strasser-Leute" galten und zudem einer der wenigen, die bis heute überlebten, kann in meinen Erinnerungen das Strasser-Kapitel nicht fehlen – auch wenn es nur Streiflichter auf das Geschehen wirft. Zu

dieser Darstellung steht mir nicht nur mein eigenes Gedächtnis sondern auch eine Niederschrift zur Verfügung, die der verstorbene frühere Gauleiter von Schleswig-Holstein und spätere Reichskommissar Ostland Hinrich Lohse – einst ebenfalls ein „Strasser-Mann" – hinterlassen hat.

Hat mit Strassers Abgang „der Sozialismus in der NSDAP eine Niederlage erlitten, sein Ende gefunden" (wie die einen sagen), oder war Strasser nichts anderes als ein „treuloser Verräter", der am 30. Juni 1934 seinen Erschießungstod moralisch verdient hat (wie andere meinten)? Mein Bericht kann dazu keine abschließenden Antworten bieten, aber er liefert vielleicht doch einige kennzeichnende Mosaiksteine für das historisch-politische Gesamtbild.

Es war im Spätherbst 1932 – wenn ich mich recht erinnere kurz nach der Wahl des 6. November – als ich von München angerufen wurde: Gregor Strasser werde am nächsten Tag mit der Bahn nach Berlin unterwegs sein. Er bitte mich, in Halle zuzusteigen, um mit ihm für den Rest der Fahrt zusammenzutreffen.

Ich fand Strasser in einem Sonderabteil allein zwischen ausgebreiteten Stößen von Denkschriften, Zeitungen und Zeitschriften aller politischen Richtungen.

Es stellte sich heraus, daß Strasser nur wenige aktuelle Fragen mit mir besprechen wollte; er suchte offenbar einen allgemeinen Gedankenaustausch, der freilich mehr ein Monolog war, nicht ohne pessimistischen Beiklang.

Den Eintritt der NSDAP in die politische Verantwortung bezeichnete er als nahe bevorstehend. Aber grade das bereitete ihm Sorge. Mit der persönlichen und politischen Qualität des Führerkorps – und nicht nur an der Spitze, sondern auch in den mittleren Rängen und auf der breiten Basis der organisatorischen Pyramide – stehe und falle die Zukunft der nationalsozialistischen Bewegung. Gewiß sei die Leistung der bisherigen Führung, die die Partei aus schwierigsten Anfängen heraus aufgebaut habe, einmalig und beispiellos. Mit einer Machtübernahme würden sich jedoch unausweichlich andere Aufgaben stellen. Idealismus, Aktivität und missionsbereite Hingabe an die Bewegung seien auf die Dauer nicht mehr ausreichend zur Bewältigung der auf die Partei zukommenden Aufgaben in der

Führung des Volkes. Dies müsse vorhergesehen und dafür Sorge getragen werden, daß das alte Parteiführer-Korps durch einen neuen Typus des Parteifunktionärs ergänzt und verjüngt werde – ihm schwebe ein Typus des politischen Leiters vor, der sich nicht nur als Idealist sondern auch als Realist, nicht nur vom Glauben sondern auch durch Wissen gestärkt der Volksgemeinschaft als unanfechtbarer Anwalt ihrer Interessen darstelle.

Das nationale und soziale Erleben an den Fronten des Weltkrieges dürfe nicht mehr, wie bisher meist, die allein anerkannte Herkunft der neuen Führungs-Elite sein. Gerade die jüngeren Menschen, die an der Schwelle der Zeiten herangewachsen seien und in den politischen Nachkriegswirren als revolutionäre Menschen den Weg zu uns gefunden hätten, müßten organisch in die Partei-Hierarchie hineinwachsen ...

Strasser kam mehrmals auf diesen Grundgedanken zurück: Soldatische Gesinnung, Aktivismus und Draufgängertum alleine genügten nicht für politisches Führertum. Charakter und Wissen, Leidenschaft und Disziplin, auch Selbstdisziplin, Instinkt und Verstand, Erkenntnis und Tat, vor allem aber Verbundenheit mit dem ganzen Volk müßten den nationalsozialistischen politischen Leiter kennzeichnen. Die Zeit für politisches Rabaukentum sei vorbei, wir müßten die politischen Richtungsmänner für das denkende Volk werden.

Daß er diese Überlegungen gerade mir gegenüber ausspreche, habe seinen besonderen Grund: Schon bei meiner Ernennung als junger Gauleiter hätten diese Gedanken Pate gestanden, er habe damit den Anfang zur Schaffung eines neuen Führungskaders setzen wollen. Meine bisherigen Erfolge in einem politisch so schwierigen Gau bestätigten ihm, daß seine Konzeption richtig und notwendig sei. Ich möge Vertrauen haben und ihm helfen, daß er seinen Plan verwirklichen könne.

Strassers Ausführungen waren mehr und mehr zu einem Vortrag geworden – die Ankunft des Zuges am Anhalter Bahnhof beendeten ihn. Ich verabschiedete mich und fuhr mit dem nächsten Zug nach Halle zurück. Begreiflicherweise war ich beeindruckt von den Gedanken, die Strasser mit so eindringlich mitgeteilt hatte, obwohl er – wie ich mir gestehen mußte – nichts eigentlich Neues sagte. Ähnliche Überlegungen bewegten damals jeden Nachdenklichen in unseren Reihen. In kri-

tischem Rückblick fiel mir auf, daß in den zwei Stunden nie von Hitler die Rede gewesen war.

Noch eine andere – zeitlich weiter zurückliegende – Szene, die gewiß nicht direkt, aber vielleicht doch mittelbar mit dem „Fall Strasser“ zu tun hatte, ist mir in Erinnerung. Es war Ende 1931, als ich – ebenfalls durch Anruf aus München – zu einem Gelegenheitstreffen gebeten wurde. Nicht von Strasser selbst, sondern von seinem Stabsleiter, dem Oberleutnant a. D. Schulz und nicht in ein Zugabteil, sondern in die Gaststätte des Leipziger Hauptbahnhofes. Dort trafen wir uns zur verabredeten Stunde an einem abgelegenen Tisch. Schulz begann die Unterredung mit einer längeren schmeichelhaften Einleitung über den bisherigen Erfolg meiner Tätigkeit als Gauleiter. Der Reichsleitung – sprich ihm – sei überdies bekannt, daß ich interessante Pläne für den Aufbau eines Partei-Schulungswesens entwickelt habe. Darin drücke sich offenkundig meine Begabung und Leidenschaft als Erzieher aus. Das war richtig: Ich träumte schon damals von der Einrichtung mehrerer organisierter Gauschulen.

Ich sei mir – so fuhr Schulz fort – sicherlich darüber im klaren, daß für solche Vorhaben im normalen Partei-Etat keine Mittel zur Verfügung stünden und daß dies wohl auch noch längere Zeit so sein werde. Andererseits sei mein Gau – wenn ich ihn richtig beurteilen würde – gar nicht so arm. Im Gegenteil: die hier ansässige Industrie sei in ihrem Kern gesund und ich könnte meine Pläne möglicherweise unschwer und sogar schnell verwirklichen, wenn ich mich ihr gegenüber etwas freundlicher zeigen würde; er meinte: „zumindest taktisch“. Er wisse von maßgeblichen Leuten in den Industrie-Zentralen meines Gaues, daß sie nicht abgeneigt seien, mir behilflich zu sein, wenn nur die Partei in ein besseres Verhältnis zu ihnen, die sie doch selbst auch Anti-Bolschewisten seien, treten wolle. Verstimmung aber habe die mancherorts betriebene Kritik der Partei – insbesondere der nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation – gegen einzelne Persönlichkeiten und Maßnahmen der industriellen Führung hervorgerufen. Ich persönlich genieße in dem von mir geführten Kampf gegen die Kommunisten alle Hochachtung, aber es wäre gar nicht unklug, wenn ich auf einige besonders radikale NSBO-Funktionäre dämpfend einwirken würde.

Hinsichtlich der aufgetretenen „Mißverständnisse“ erklärte sich Schulz zu Vermittlungsdiensten bereit.

Ich war nicht wenig verblüfft, solche Anregungen ausgerechnet aus dem Munde des engsten Mitarbeiters Gregor Strassers zu erhalten. Auf seine forschende Frage, wie ich selbst darüber denke, antwortete ich Schulz zunächst ausweichend. In einem Satz ließe sich das nicht zum Ausdruck bringen. Dann aber wurde ich deutlicher: So sehr mir meine Schulungspläne am Herzen lägen, so verböte es mir doch meine Auffassung von dem sozialistisch betonten politischen Kampf im Gau, mich jemals in eine verpflichtende Abhängigkeit gegenüber irgendeinem außerparteilichen Einfluß zu begeben. Bislang basiere die finanzielle Kraft der Partei einzig und allein auf der Opferbereitschaft ihrer Mitglieder und der mit ihr ehrlich Sympathisierenden. Eine noch so unsichtbare Gegenleistung sei ausgeschlossen. Wer uns im Gau helfen wolle, sei stets willkommen, allerdings nur, wenn er diese Hilfe uneigennützig, also ehrlich anbiete. Unsere Kampfparole im Gau Halle-Merseburg heiße: Gegen Bolschewismus und Reaktion. Das sei keine Klassenkampf-Parole; aber Industrielle, die ihrerseits den Gedanken der Volksgemeinschaft noch nicht begriffen hätten, müßten von uns daran erinnert werden. An dieser meiner politischen Linie werde sich nichts ändern.

Als ich Schulz schließlich fragte, ob seine Auffassung auch den Ansichten Gregor Strassers entspreche, antwortete er vorsichtig: Er führe diese Unterredung ohne Strassers Kenntnis, lediglich als persönlicher Freund meines Gaues. Auch wenn ich auf seinen Vorschlag nicht eingehe, solle ich ihn als Zeichen seiner Bereitschaft werten, mir in meinen Sorgen stets kameradschaftlich zu helfen. Falls ich meinen Standpunkt nochmals überdenken würde, werde er, Schulz, nach wie vor bereit sein, seine guten Beziehungen zu maßgebenden Kreisen gerne einzusetzen.

Ich verabschiedete mich von Schulz mit dem unguten Gefühl, daß dieser Mann mehr ein Akteur zwischen den Fronten als ein Kämpfer auf unserer Seite sei.

Als ich später über den tragischen Fall Strasser nachdachte, verstärkte sich mein Empfinden, daß der Einfluß dieses Unterhändlers auf Strasser nicht ohne Wirkung geblieben sein mochte.

Ich hielt es schon damals für wahrscheinlich, daß Schulz es war der Strasser in die Einflußsphäre des Generals Schleicher führte.

Schon einmal hatte der Name „Strasser" unmittelbar vor einer bedeutenden politischen Entscheidung Schlagzeilen gemacht: das war im Sommer 1930, wenige Wochen vor der September-Wahl. Damals verließ Dr. Otto Strasser – ein Bruder Gregor Strassers und bis dahin namhafter Publizist der nationalsozialistischen Presse – nach einer Aussprache mit Hitler demonstrativ die Partei und gründete mit der Parole „Die Sozialisten verlassen die NSDAP" zunächst eine „Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten", später die „Schwarze Front". Dr. Otto Strasser verließ Deutschland im Jahr 1933 und verblieb bis nach dem Zweiten Weltkrieg in der Emigration. Weniger wegen seiner eigenen Bedeutung als wegen der Tatsache, daß es sich um den Bruder des bereits sehr bekannten Reichstagsabgeordneten Gregor Strasser handelte, gab sein Abfall im Sommer 1930 der gegnerischen Presse das willkommene Stichwort, den nunmehr eingetretenen „Niedergang der NSDAP" zu verkünden.

Gregor Strasser sagte sich damals demonstrativ in einer der Presse übergebenen Erklärung von seinem Bruder los, legte die Herausgeberschaft der von Dr. Otto Strasser weiterhin veröffentlichten Zeitschriften nieder, beschuldigte seinen Bruder wissentlich falscher Darstellungen und stellte fest: „Ich stehe nach wie vor in voller Loyalität hinter Adolf Hitler und der von ihm geführten NSDAP."

Damit hatte Dr. Otto Strasser seine begonnene Schlacht verloren, die NSDAP verblieb intakt. Der wenige Wochen später erfolgende Einzug von 107 nationalsozialistischen Abgeordneten im Reichstag bedeuteten einen politischen Sieg, wie er in diesem Ausmaß weder vom Gegner noch von uns selbst erwartet worden war. Die Otto-Strasser-Episode geriet in Vergessenheit.

Das war 1930.

An Gregor Strassers Autorität in der Partei hatte sich nichts geändert. Der als Frontoffizier aus dem Ersten Weltkrieg in seine bayerische Heimatstadt Landshut zurückgekehrte junge Apotheker war schon in den frühen 20er Jahren ein Mitstreiter Hitlers geworden. Während des Hitler-Putsches im November 1923 war er mit seiner Sturmabteilung mit im Einsatz.

Nach dem damaligen Verbot der Partei – als sich ein „Völkischer Block“ gebildet hatte – vertrat Gregor Strasser in dieser Wahlgemeinschaft die Interessen des skeptisch gewordenen Hitler.

Als Hitler nach seiner Entlassung aus der Festungshaft am 27. Februar 1925 die NSDAP wieder gründete, trat Gregor Strasser – damals bereits Reichstagsabgeordneter – mit Gottfried Feder, Dr. Frick und einigen anderen Abgeordneten sofort ostentativ zur NSDAP über.

Hatte Strasser bereits in der „führerlosen Zeit“ (1924) mit den vereinzelten nationalsozialistischen Organisationsgruppen im norddeutschen Raum Fühlung aufgenommen, so wurde er nun zum Organisator der NSDAP in den außerbayerischen Gebieten, vor allem im roten Ruhrgebiet.

Für den dortigen politischen Kampf gründete er zusammen mit seinem Bruder die Wochenzeitung „Der nationale Sozialist“. Eng zusammen mit den beiden Brüdern Strasser arbeitete damals auch der junge Dr. Goebbels. Dieser zeichnete als Schriftleiter der von Gregor Strasser herausgegebenen „Nationalsozialistischen Briefe“. In diesen Blättern wurde in sozialen Fragen oft eine schärfere Sprache gesprochen als in den mehr bürgerlichen Spalten des Münchner Zentralorgans, des „Völkischen Beobachters“. Hitler hatte Strasser für sein Wirken im norddeutschen Raum besondere Selbständigkeit eingeräumt – und das war notwendig. Das Ergebnis war, daß sowohl Dr. Otto Strasser, als auch der junge Dr. Goebbels und nicht zuletzt – wenn auch zurückhaltender – gelegentlich Gregor Strasser selbst in diesen Blättern mit planwirtschaftlichen und halb marxistischen Parolen aufwarteten.

Als im Jahre 1926 von kommunistischer Seite zu einem – nach der Weimarer Verfassung zulässigen – Volksbegehren aufgerufen wurde, das die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen deutschen Fürstenhäuser forderte, sprach sich die Strasser-Gruppe für eine Unterstützung dieses Begehrens aus – im Gegensatz zu Hitler, der sich von Anfang an dagegen entschieden hatte.

Die damit in der Partei intern ausgebrochene Auseinandersetzung führte zunächst zu einer am 5. Januar 1926 von Gregor Strasser nach Hannover einberufenen Besprechung führender

Parteigenossen in der Wohnung des dortigen Gauleiters Bernhard Rust. Die meisten der etwa dreißig Versammelten waren ebenfalls Gauleiter der NSDAP. Hitler selbst war bei dieser Besprechung nicht anwesend; er hatte als seinen Beauftragten Gottfried Feder entsandt. Es ging – nach dem Bericht von Hinrich Lohse – in dieser Sitzung sehr lebhaft zu, man warf sogar Hitler vor, er sabotiere die sozialistische Haltung der Partei. Der feurigste Sprecher für die Fürstenenteignung, für die sich Strasser aussprach, war der junge Dr. Josef Goebbels. Die Besprechung endete mit einem Mißklang; Gottfried Feder verließ sie mit der Bemerkung, daß die Angelegenheit noch ihre Folgen haben werde.

So war es auch: für den 14. Februar 1926 berief Hitler eine offizielle Führertagung nach Bamberg ein. In seiner dortigen Rede beschäftigte er sich zunächst kurz mit außenpolitischen Fragen, dann wandte er sich der „weltanschaulichen Einheit der Bewegung“ zu. Er nannte das Programm der NSDAP ein unantastbares Glaubensbekenntnis. An diesen Thesen zu rütteln – gleich aus welchem Grunde – sei Verrat. Ausdrücklich verwarf er die von KPD, SPD und den Gewerkschaften propagierte entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürsten, statt dessen formulierte er die Parole einer „Enteignung der Bank- und Börsenfürsten“.

Hitler verstand es, seine Auffassung so überzeugend vorzutragen, daß weder Gregor Strasser noch Dr. Goebbels ihm auch nur mit einem Wort widersprachen – sie waren jetzt von der Richtigkeit seiner Entscheidung überzeugt.

Für Hitler war die Auseinandersetzung Anlaß, auf der nächsten Mitglieder-Generalversammlung der NSDAP einen Beschluß herbeizuführen, wonach die Gauleiter der NSDAP in Zukunft nicht mehr – wie bis dahin – in den Gauen gewählt wurden, sondern von der Reichsleitung in München zu ernennen waren.

Nicht lange nach der Bamberger Tagung ernannte Hitler den jungen Dr. Josef Goebbels zum Gauleiter von Berlin – das hatte nicht nur eine engere persönliche Bindung des feurigen Redners an Hitler, sondern auch seine – damals noch untergründige – Entfremdung von Strasser zur Folge.

Gregor Strasser stürzte sich nach dem Zwischenfall – das Volksbegehren zur Fürstenenteignung war zudem erfolglos – leiden-

schaftlich in die tägliche Parteiarbeit, sprach in hunderten von Versammlungen – nicht so faszinierend wie Goebbels, wohl aber überzeugend, schrieb Artikel und entwarf die Richtlinien für den Aufbau der Partei als umfassende Volksorganisation.

Im Spätwinter 1930–31 – kurz nach meiner Ernennung zum Gauleiter – erlitt Strasser in den bayerischen Bergen einen schweren Skiunfall und lag wochenlang in einer Klinik. Einige Zeit vorher hatte es erneut eine „Revolte" in der Partei gegeben: Der Berliner SA-Führer Stennes sagte sich los, nicht ohne daß ihm Hitler vorher Gregor Strasser als Beispiel der Treue vorgehalten hatte. Die Stennes-Affäre hinderte den innenpolitischen Aufstieg der NSDAP ebensowenig wie die vorhergegangenen Auseinandersetzungen mit Dr. Otto Strasser.

Der Fall Gregor Strasser begann dagegen bereits Ende April 1931 die deutsche Öffentlichkeit zu beschäftigen. Am 14. April war Gregor Strasser – noch auf einen Stock gestützt – erstmals wieder in einer Gauleiter-Tagung erschienen. Daraufhin erschien in einigen Zeitungen eine Meldung, Strasser sei auf dieser Tagung zum „Leiter sämtlicher Gaue in Preußen" berufen worden. Als Begründung wurde angegeben: Die NSDAP in Preußen müsse im Rückblick auf die für 1932 bevorstehenden Wahlen unter eine „einheitliche und straffe Führung" gestellt werden. Die Herkunft dieser unzutreffenden Meldung – nichts dergleichen war auf der Gauleiter-Tagung besprochen worden – ist nie geklärt worden. Man hatte den Kreis um Strasser im Verdacht; Dr. Goebbels witterte Gefahr: Was will Strasser – will er Ministerpräsident von Preußen werden? Auch andere Parteiführer wurden mißtrauisch.

Nach seiner Wiederherstellung war Strasser allerdings wieder in gewohnt ruhiger und überlegener Weise ans Steuerrad der Parteiorganisation getreten. In unzweifelhafter Weise proklamierte er immer wieder den Primat Hitlers für alle politischen Zukunftsentscheidungen. Allerdings fiel auf: In Harzburg (vgl. Seite 43 f.) sprachen viele – Strasser nicht. Diese politische Verlobung paßte ihm nicht, aber damit stand er nicht allein. Ihm waren die Gewerkschaften sympathischer als der Reaktionär Hugenberg und seine industriellen Manager. Hitler dagegen paktierte solange mit dieser „nationalen" Umgebung, bis er sie überwunden hatte.

In seiner großen Reichstagsrede am 10. Mai 1932 sagte Gregor Strasser nicht nur den Satz: „Die große antikapitalistische Sehnsucht, die durch das Volk geht, ist der Protest gegen eine entartete Wirtschaft"; er wandte sich auch ausdrücklich an die Sozialdemokraten: „Nach siebzig Jahren, in denen Millionen deutscher Arbeiter Ihnen die Besserung ihres Lebens in Hoffnung anvertraut haben, wissen Sie nichts anderes zu sagen als: Arbeitszeit-Verkürzung – Völkerfrieden – und Klassenhaß ... Es ist nicht damit gedient, daß Sie hier lediglich als die Parterre-Akrobaten der Tolerierungspolitik herumlaufen."

Zu Recht oder zu Unrecht las man in solche Worte eine „Annäherung" hinein und Strasser sah sich veranlaßt, am 20. Mai 1932 im Zirkus Krone in München berichtigend zu erklären:

„Meine Rede war kein Koalitions-Angebot an eine Partei, ich wollte vor dem deutschen Volke nur das aussprechen, was allein die Rettung bringen kann und was durchzuführen allein wir in der Lage sind. Sie war aber auch eine Absage an die, die nur an Zins und Dividende denken können. Mein Name wird immer wieder mit einer Minister-Kandidatur in Verbindung gebracht. Über diesen Punkt wurde in der Partei noch nie gesprochen, weil dafür die Voraussetzungen fehlen. In der NSDAP entscheidet der Führer – Ministerschmerzen sind uns unbekannt. Ich verbitte mir außerdem, daß mein Name in Beziehung einer angeblichen ‚Richtung' innerhalb der Partei gebracht wird. Bei uns gibt es keine Richtung, sondern nur eine Partei – und sie führt Adolf Hitler, wir alle sind seine Gefolgsleute ..."

Sogar noch nach der Wahl des 6. November 1932 sprach Gregor Strasser dieselbe Sprache. Einen großen Artikel im „Völkischen Beobachter" über „Die Lage in Deutschland" beendete er mit einer Erklärung:

„Das Gebot der Stunde heißt: Die außerordentlich starken, aufbauwilligen, opferbereiten, energiegeladenen Kräfte des Nationalsozialismus in die Staatsführung einschalten. Und zwar ganz ohne Widerspruch, ungeteilt und uneingeschränkt, garantiert allein durch den Entscheid des Schöpfers und Führers der Bewegung." (Völkischer Beobachter, 16. 11. 1932)

*

In der Zwischenzeit hatte Gregor Strasser – in dieser Angelegenheit ganz offenkundig von Oberleutnant a.D. Schulz beeinflußt, der zum „Reichsinspekteur I" ernannt worden war – eine vielfach umstrittene Partei-Reform durchgeführt.

Sie sollte zwar einer „Straffung" dienen, war aber von einem Bürokratismus gekennzeichnet, der einer politischen Kampforganisation schlecht anstand. Die wesentlichste Neuerung betraf uns Gauleiter. Seit Anfang September 1932 wurde unsere bisherige direkte Unterstellung unter Hitler dadurch geändert, daß das Reichsgebiet in „Landesinspektionen" gegliedert wurde, denen jeweils mehrere Gaue zugeordnet waren. Einige alte bewährte Gauleiter wurden zu „Landesinspekteuren' ernannt, die zwar kein ausdrückliches Weisungsrecht gegenüber den im Inspektionsgebiet amtierenden Gauleitern besaßen, aber doch eine Mittelinstanz zwischen der Reichsleitung und den Gauleitern bildeten. Die bisherige Einheitlichkeit des Gauleiterkorps – gleiche Rechte nach unten, gleiche Pflichten gegenüber der Partei-Zentrale – war damit sichtbar geändert. Es gab nunmehr zwei Sorten von Gauleitern: solche, die außer ihrem Amt im Gau noch zusätzlich die Funktion eines Landes-Inspekteurs ausübten, und andere, deren Funktion auf die politische Führung ihres Gaues begrenzt war. Wir Betroffenen reagierten hellhörig und mißtrauisch. Wir hielten nichts von einer solchen „Reform", die offenbar zum Ziele hatte, eine bürokratische Isolierschicht zwischen Hitler und seinen Paladinen draußen im Lande einzufügen. Oder sollte es sich gar um den Versuch handeln, im Vorstadium der nationalsozialistischen Machtergreifung eine Strassersche Hausmacht organisatorisch zu begründen?

Tatsache ist, daß Hitler noch im Dezember 1932 – nach Strassers Beurlaubung – die Funktion der „Landesinspekteure" außer Kraft setzte und den bisherigen Zustand wieder herstellte: wir Gauleiter waren und blieben – jedenfalls in der „Kampfzeit" und in den ersten Jahren danach – seine unmittelbare politische Garde.

Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage: Im damals noch bestehenden wechselseitigen persönlichen Verhältnis zwischen Hitler und seinen Gauleitern lag mit das Geheimnis des Erfolges der NSDAP. Nach außen hin wirkten sie gemeinsam als einheitlich geschlossene Kraft; in den Gauleiterta-

gungen allerdings ging es stets lebhaft zu. Hier wurden alle Probleme des politischen Kampfes offen und hart – oft sehr hart – diskutiert. Hier kam die politische Front zu Worte. Wir selbst hatten das Gefühl, daß dieses unser „Revolutions-Parlament" Hitlers Denken stark beeinflußte.

Aus diesem Erleben hat Hitler offenkundig die Bedeutung eines beratenden und in Schicksalsfragen auch beschließenden Führergremiums für die Zukunft erkannt, denn er bestimmte bereits im Jahre 1931 die Einrichtung eines zentralen Parteisenates. In dem damals nach Umbau von der Parteizentrale bezogenen „Braunen Haus" in München war als größter repräsentativer Raum der „Senatoren-Saal" eingerichtet, in dem 21 Senatoren-Sessel auf ihren zukünftigen Inhaber warteten. Hitler selbst hat mir bei einem Rundgang durch das Gebäude versichert, die Idee dieses Senates sei ihm eine „Lieblingsidee" und der einzige „Trost", wenn er an die Stunde seines eigenen Abgehens denke. Bekanntlich hat er noch später in seiner Rede vor dem Reichstag am 1. September 1939 angekündigt, daß er „durch Gesetz nunmehr den Senat berufen" werde, der den Würdigsten zu seinem Nachfolger bestimmen solle, falls die von ihm damals genannten Nachfolger – Göring und Hess – ausfallen würden. Dieses angekündigte Gesetz ist freilich nicht mehr zustande gekommen.

Nach dieser Abschweifung, die beleuchtet, wie weit die Strassersche Reißbrett-Parteiform sich von Hitlers persönlichen Vorstellungen entfernt hatte, zurück zum Dezember 1932:

Nach meiner Kenntnis gab es nur ein einziges Mal eine politische Zusammenkunft der Parteiführung, deren Teilnehmer auf die neuernannten „Landesinspekteure" begrenzt war: am 8. Dezember 1932 im Berliner Reichstagsbüro Gregor Strassers. Ich zitiere aus dem mir darüber vorliegenden Bericht von Hinrich Lohse, der zu dieser Besprechung kurzfristig eingeladen worden war und daran teilgenommen hat:

„Niemand weiß was los ist. Strasser erscheint in Begleitung seines engsten Mitarbeiters, des früheren sogenannten Fememörders Oberleutnant Paul Schulz, jetzt Reichsinspekteur I der NSDAP.

Strasser begrüßt mit sehr ernstem Gesicht die Anwesenden und mustert sie zunächst sehr kritisch. Erschienen sind: Reichs-

inspekteur II Dr. Robert Ley, die Landesinspekteure Rust, Haake, Sprenger, Mutschmann, Lohse und Loeper. Dr. Goebbels fehlt. Ist er absichtlich nicht geladen?

Strasser fängt langsam mit seiner stets heiseren Stimme und in bewegten Worten zu sprechen an und sagt sinngemäß folgendes: ‚Meine Parteigenossen! Ich habe Sie zu einer sehr ernsten und entscheidenden Besprechung hierher gebeten. Seit längerer Zeit habe ich schwere seelische Kämpfe durchgefochten, die nunmehr einen gewissen Abschluß gefunden haben. Ich habe heute morgen dem Führer einen Brief geschrieben und im Kaiserhof abgeben lassen, in dem ich meine sämtlichen Ämter in der Partei niedergelegt habe. Ich habe Sie hierher gebeten, um Ihnen die Gründe auseinanderzusetzen, die mich zu diesem schwersten Schritt meines Lebens nach langer und reiflicher Überlegung bewogen haben. Diese Gründe sind sowohl sachlicher als auch personeller und persönlicher Natur. Beginnen wir mit den sachlichen Gründen: Sie alle sind alte Parteigenossen und Kämpfer. Ich kenne Sie – Sie kennen mich –, wir sind teilweise befreundet und sind nunmehr viele Jahre in mehr oder weniger Verbundenheit den schweren Weg des nationalsozialistischen Kampfes gegangen. Aus meinen vielen Reden, Artikeln und Schriften kennen Sie alle meine nationalsozialistische Grundeinstellung, an der sich auch heute nichts geändert hat. Ich sehe aber seit langem, nicht so sehr programmatisch und im Endziel, wohl aber in dem Weg zu diesem Ziel, eine Entwicklung, die ich nicht mehr mitmachen kann. Auf diesem Weg zur Macht hat der Führer mindestens seit August, seit seiner ersten Besprechung mit Papen, Schleicher und Hindenburg keine klare Linie mehr. Nur in einem ist er sich klar, er will unter allen Umständen selbst Reichskanzler werden. Er sollte aber erkannt haben, daß ihm dieser Posten von allen Seiten konsequent verweigert wird und daß auf lange Sicht keine Aussicht besteht, dieses Ziel dennoch zu erreichen. Die Bewegung wird dadurch großen Belastungen ausgesetzt, die sie in ihrer Geschlossenheit erschüttern und womöglich der Absplitterung und dem Verfall aussetzen. Wir können bei der unerhörten Notlage unserer Anhänger unsere SA-Männer und kleinen Parteigenossen nicht endlos warten lassen, wenn sie nicht ungeduldig werden sollen, um am Ende die Bewegung enttäuscht zu verlassen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß unsere Gegner auf diesen Moment nicht erst seit heute, sondern schon lange Zeit warten. Die Partei muß deswegen, so oder so, zu einer Entscheidung kommen.

Es gibt zwei Wege, die zu einer Lösung dieser ernsthaften Krise führen und von denen einer beschritten werden muß, wenn der Zusammenbruch der Bewegung vermieden werden soll: Das ist der legale oder der illegale Weg. Beide Wege mitzugehen, wäre ich bereit gewesen. Abzuwarten aber, bis der Führer dennoch zum Reichskanzler berufen wird, muß ich ablehnen, denn bis dahin ist der Zusammenbruch Tatsache geworden. Wenn man den legalen Weg gehen wollte, so mußte der Führer das Angebot Hindenburgs im August, ihn zum Vizekanzler zu machen, annehmen. Von dieser Warte aus mußte dann der Versuch unternommen werden, neue Positionen zu erringen Der Vizekanzler hätte dem Koalitionskabinett unter nationalsozialistischer Beteiligung klarmachen müssen, daß es ohne Verwirklichung des nationalsozialistischen Gedankengutes keinen Aufstieg in Deutschland geben könne. In einer preußischen Koalitionsregierung und in anderen Länderregierungen hätte das gleiche zu geschehen.

Gelingt dem Vizekanzler Hitler diese Aufgabe nicht, so ist er eben gewogen und zu leicht befunden, sein Abtritt von der politischen Bühne und der Zusammenbruch der Bewegung dann aber auch verdient. Es wird in der Geschichte nicht nach dem Weg, sondern nach dem Erfolg gefragt.

Der zweite Weg ist der illegale. Ich wäre bereit gewesen, auch diesen Weg zu gehen. Die nationalsozialistischen Sturmabteilungen der SA und SS sind noch intakt, sie sind zum letzten Marsch bereit und werden augenblicklich antreten, wenn befohlen wird. Auch diese gewaltsame Machteroberung hätte Aussicht auf Erfolg, auch wenn sie blutig wäre und staatlicherseits ernsthafter Widerstand entgegengesetzt werden sollte. Wer will jedoch dieser wohlorganisierten, vom festen Glauben an die Idee beseelten Armee, die zahlenmäßig die erste Million überschritten hat, und durchweg unter der Führung von Frontoffizieren und Soldaten steht, widerstehen? Aber auch dieser Weg wird abgelehnt und so sehe ich keine Möglichkeit der erfolgreichen Betätigung mehr für mich.

Die personelle und persönliche Seite des Problems sehe ich in einem immer mehr um sich greifenden Intrigenspiel in der engeren Umgebung des Führers und in persönlichen Kränkungen und Zurücksetzungen, die ich mir in meiner Position einfach nicht mehr bieten lassen konnte. Ich habe natürlich auch das Bedürfnis gehabt, den Führer gelegentlich zu sehen und zu sprechen, dies sowohl aus rein menschlichen als auch dienstlichen Gründen. Wenn ich in den Kaiserhof gehe oder in das

‚Braune Haus‘ in München, so finde ich immer die gleichen Leute vor. Bei solchen Besuchen erfahre ich dann meistens wenig, mindestens nichts Genaues über die schwebenden Tagesfragen, über politische Besprechungen und den jeweiligen Stand der Beratungen, die mit Einzelpersonen oder Gruppen und Parteien geführt werden.

Ich habe aber keine Lust, hinter Göring, Goebbels, Röhm und anderen zu rangieren, wenn diese eingeladen werden, muß auch ich erwarten, daß man mich mit solchen Einladungen beehrt. Das aber ist seitens des Führers noch niemals geschehen. Ich empfinde das als eine Zurücksetzung, als eine Demütigung meiner Person, die ich nicht verdient habe und die ich hinzunehmen nicht mehr gewillt bin. Ich bin im übrigen am Ende meiner Kraft und Nerven und gehe nun zur Erholung in die Berge. Ich bitte Sie alle, aus meiner Handlung keine Konsequenzen für sich selbst zu ziehen, vielmehr Ihre Arbeit und Ihren Dienst weiterhin zu leisten.“

Lohse berichtet, daß sich der Versammelten begreifliche Erregung bemächtigt habe; sie versuchten Strasser von seinem Schritt abzubringen, was aber nicht gelang. Oberleutnant a.D. Schulz habe die dramatische Szene vom Hintergrund des Zimmers aus scharf beobachtet, in der offenbaren Absicht, die Reaktion jedes Einzelnen zu bewerten.

Man sei dann verwirrt auseinandergegangen; der erste, der sich gefaßt habe, sei der „Landesinspekteur“ von Niedersachsen, Gauleiter Rust – der spätere Reichserziehungsminister – gewesen. Dieser ging zu Hitler in das Hotel „Kaiserhof“ und machte Meldung. Darauf wurden die Teilnehmer an der Strasser-Sitzung für 12 Uhr mittags in den „Kaiserhof“ gebeten. Strasser und Schulz fehlten.

Lohse berichtet über die zweite, nicht minder dramatische Szene dieses 8. Dezember 1932:

„Hitler empfing die Landesinspekteure in seinem Salon mit äußerster Reserve. Er bot keinen Platz an, die Geladenen standen im Halbkreis um ihn herum. Auch ihm merkte man größte Erregung, wenn nicht Erschütterung an. Seine scharfen und forschenden Augen gingen von einem zum anderen und schienen in abwägender Konzentration der aufgewühlten Empfindungen zu fragen: Gehörst Du noch zu mir? Oder stehst auch Du bereits auf der Seite der treulosen Verräter und

Gegner? Seine Gesichtszüge arbeiteten, der Blick war durchdringend. Nach einigem Überlegen begann er, langsam sich steigernd, das Gespräch folgendermaßen:

‚Nachdem ich heute morgen das Schreiben Strassers, in dem er mir Mitteilung von der Niederlegung seiner Parteiämter macht, ohne nähere Begründung erhalten habe, ist es notwendig, daß wir uns aussprechen, meine Herren, damit wir wissen, wie wir ab jetzt zueinander stehen. Sie sind die Säulen der Bewegung – wenn eine dieser Säulen bricht, so braucht deswegen noch nicht notwendigerweise der ganze Bau einzustürzen. Wenn einer untreu wird und mich in der schwersten Stunde der Partei verläßt, so kann ich das ertragen und auch überwinden. Wenn Sie mich aber alle verlassen wollen, so hat die Arbeit meines Lebens und der Kampf dafür keinen Sinn mehr. Denn dann bricht die Bewegung zusammen. Außer dieser Bewegung und der damit gestellten Lebensaufgabe habe ich nichts mehr, was mich noch an diese Erde binden könnte. Ich werde dann die Konsequenzen ziehen und nur noch bitten, meinen Leichnam und meinen Sarg mit der Fahne zu schmücken und zu versenken, die ich einst für die Bewegung und als Symbol für ein neues Deutschland geschaffen habe. Da Strasser es nicht für nötig befunden hat, mir die Gründe für seinen unverständlichen Schritt selbst auseinanderzusetzen, bitte ich nunmehr Sie, die Sie seine Gründe heute vormittag von ihm selbst gehört haben, mir offen und ehrlich zu sagen, was Strasser gegen mich hat und was gegebenenfalls auch Sie gegen mich persönlich und gegen meine Politik einzuwenden haben. Wer will von Ihnen das Wort nehmen?‘

Darauf gab Dr. Ley eine ziemlich wortgetreue Wiedergabe der Strasserschen Darstellung, die hier und da von den übrigen Teilnehmern ergänzt wurde. Hitler schüttelte gelegentlich den Kopf, gab durch stete Veränderung der Miene seinem Unwillen oder seinem Erstaunen Ausdruck und erklärte, nachdem Ley geendet hatte, zu Strassers Ausscheiden folgendes:

‚Ich hatte Gregor Strasser für wesentlich klüger gehalten und bin erschüttert über seinen Standpunkt, noch viel mehr aber darüber, daß er es nach einer zwölfjährigen Bekanntschaft und kameradschaftlicher Verbundenheit in der Partei nicht für nötig hielt, sich über diese Dinge mit mir selbst ins Benehmen und auseinanderzusetzen. Es fällt mir sehr schwer, diese Darstellung als stichhaltige Begründung für seinen folgenschweren Schritt anzuerkennen. Ich will Ihnen punktweise Rede und Antwort stehen:

Erstens:

Der Weg zur Machteroberung hängt von Imponderabilien ab, die Strasser nach seinen eigenen Darlegungen entweder völlig übersieht, nicht sehen will oder nicht kennt. Bei einem Manne von seinem bewiesenen Format sollte das unmöglich sein. Er hat zu Ihnen über den legalen Weg zur Machteroberung gesprochen und erklärt, es wäre im August meine Pflicht gewesen, das mir angetragene Amt des Vizekanzlers anzunehmen. Herr Strasser weiß genau, daß Herr von Papen oder Herr von Schleicher keine Nationalsozialisten sind, also auch nicht gewillt, nationalsozialistische Politik zu betreiben. Nach den bisherigen Maßnahmen und Ergebnissen der Politik des Reichskanzlers von Papen hätte ich als Vizekanzler in den ersten acht Tagen Differenzen schwerwiegender Natur mit ihm bekommen. Wenn ich nicht meine Bewegung und mich selbst aufgeben und im Volke unmöglich machen wollte, so hätte ich gegen seine Politik protestieren müssen. Ich hätte zu den verschiedensten brennenden Fragen in Wirtschaft und Verwaltung, in der Sozial-, in der Arbeits- und Finanzpolitik Forderungen stellen müssen, die man mir rundheraus abgelehnt hätte. Herr von Papen würde lächelnd erklärt haben: ‚Verzeihen Sie vielmals, Herr Hitler, Kanzler und Kabinettchef bin ich, wenn Ihnen mein politischer Kurs und die daraus entspringenden Maßnahmen nicht passen, bitte, ich halte Sie nicht. Sie können Ihr Amt zur Verfügung stellen. Ihre Forderungen und Anträge lehne ich jedenfalls ab!‘

Meine Herren! Können Sie sich die Wirkung eines solchen Ausganges meiner Vizekanzlerschaft in der Partei und im Volke vorstellen? Herr von Papen und seine Hintermänner aber hätten ihr Ziel erreicht, der Beweis für die Unfähigkeit Hitlers und seiner Führerschaft wäre dem Augenschein nach erbracht gewesen. Die Parteigenossen und die Wählerschaft aber hätten mir wutentbrannt den Rücken gekehrt, die Bewegung wäre zerfallen und über ihre Leiche am Ende wohl nicht Herr von Papen, wohl aber, wie die letzten Wahlen zeigen, der immer mehr erstarkende Bolschewismus der Sieger gewesen. Ich lehne diesen Weg ab und warte, bis man mir das Kanzleramt anbietet. Dieser Tag kommt, er ist wahrscheinlich näher als wir glauben.

Der Zerfall der Bewegung hängt nicht von der Parteigenossenschaft ab, er wird auch nicht von ihr gefördert. Er liegt allein in unseren Fäusten, in unserer Geschlossenheit und in unserem durch nichts zu beirrenden Glauben an den Sieg. Er liegt in unserer Führung.

Zweitens:

Der illegale Weg zur Eroberung der Macht ist noch weit gefährlicher und verhängnisvoller. Man soll mir nicht nachsagen, daß ich nicht den Mut zum gewaltsamen Umsturz und wenn nötig, zur blutigen Revolution hätte. Ich habe das 1923 schon einmal in München versucht. Herr Strasser weiß das. Er war ja dabei.

Aber wie war das Ergebnis und wie wäre es heute? Unsere Formationen sind ohne Waffen; soferne solche gegen meinen Willen und ohne mein Wissen hier und da vorhanden und versteckt sind, spielen sie gegenüber dem geschlossenen Einsatz der mit modernen Waffen ausgerüsteten Polizei und Reichswehr keine Rolle. Sie glauben doch nicht, daß diese Gewehr bei Fuß stehen werden?

Die Polizei wird auf Befehl von Herrn von Papen schießen und die Reichswehr auf Befehl ihres Oberbefehlshabers, des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, denn diesem haben sie den Eid geleistet und nicht mir.

Die Polizei hat in der Geschichte bisher immer noch, völlig abgesehen von der politischen Richtung im Staatswesen, der jeweils herrschenden politischen Macht im Staate gehorcht.

General von Reichenau hat mir vor einiger Zeit einmal gesagt: ‚Herr Hitler, Sie haben eine wunderbare, in Selbstdisziplin auf freiwilliger Grundlage aufgebaute Truppe. Ihr Wert ist um so höher anzuerkennen, als sie nicht gesetzlich verankert ist und ihre Führer keine staatliche Befehlsgewalt besitzen. Anders die Reichswehr, die vereidigt ist und dem Feldmarschall als Reichspräsidenten unterstellt ist. Sollten Ihre Kolonnen gegen Recht und Gesetz marschieren, die Reichswehr müßte und würde befehlsgemäß, wenn auch blutenden Herzens, schießen. Wären Sie Reichspräsident und wir auf Ihre Person vereidigt, so würden wir genauso Ihrem Befehl gehorchen und auf die Feinde Ihres Staates schießen, wenn Sie den Befehl dazu geben würden. Wir sind unpolitisch, gehorchen dem Gesetz, dem Befehl und halten den geleisteten Eid. Ich bitte Sie dringend, bleiben Sie legal, die Macht muß Ihnen eines Tages zwangsläufig in den Schoß fallen.‘

Ich bin nicht verantwortungslos genug, meine Herren, die deutsche Jugend und die Frontgeneration als das beste Mannestum der Nation in die Maschinengewehre der Polizei und der Reichswehr zu jagen, Gregor Strasser wird das nicht erleben.

Drittens:

Die politischen Aufgaben meiner engsten Mitarbeiter sind von mir bewußt nach bestimmten Richtlinien und Grundsätzen

geteilt. Je mehr wir uns der Entscheidung nähern, je größer sind die Anstrengungen der Gegner, uns im eigenen Lager zu verfeinden, in Gegensätze zu bringen und uns zu zerbrechen. Ich lasse dahingestellt, ob das bei Gregor Strasser bereits gelungen ist.

Wenn ich hier in der Reichshauptstadt bin, so führe ich wichtigste Besprechungen mit Ministern, Generalen, Partei- und Verbändeführern selbst. Wenn ich nicht hier bin, so ist es unmöglich, daß Strasser heute mit dem Zentrum in bestimmter Richtung verhandelt, morgen Goebbels mit Hugenberg in anderer Richtung und übermorgen Göring etwa mit der Reichswehr völlig entgegengesetzt. Während meiner Abwesenheit von Berlin ist mein bevollmächtigter Vertreter Reichstagspräsident Göring, der meine Intentionen kennt, der weiß, wo ich bin, der mich darum sofort über jede wichtige Besprechung informieren kann und dem ich nötigenfalls dann auch augenblickliche Gegenorder geben kann. Wollte Goebbels – was nahe liegt – als Gauleiter von Berlin in gleicher Weise verhandeln, und ebenso Gregor Strasser wieder als namhaftes Mitglied der Reichsleitung und Reichstagsfraktion, so gäbe es bald ein Durcheinander, eine Mehrzahl von verschiedenen Auffassungen in der gleichen Frage, sowie verschiedene Äußerungen der Führerschaft in privater und amtlicher Eigenschaft über Probleme, über die es aber nur eine Auffassung und eine Entscheidung gegenüber Dritten und Außenstehenden geben kann. So ist es schon wiederholt vorgekommen, daß mich Außenstehende gefragt haben, wie es möglich und zu verstehen sei, daß ihnen Strasser oder Goebbels, Göring, Frick oder Röhm in der gleichen Frage verschiedene anscheinend verbindliche Erklärungen abgegeben hätten und daß sie nun von mir einen abermals abweichenden oder gegenteiligen Standpunkt erfahren müßten. Solche Vorgänge lassen eine klare und überlegene Führung vermissen, sie sind dann für mich ebenso peinlich wie unmöglich. Es entstehen dann die Parolen der Uneinigkeit und Meinungsverschiedenheiten in unserer Führung, ein Zustand, wie die gegnerische Pressemeute und ihre politischen Drahtzieher sich ihn wünschen, und wie er jetzt durch den Abgang Strassers – ich kann es immer noch nicht glauben – erstmalig Erfolg gehabt hat. Hüten auch Sie sich, meine Herren, vor Äußerungen gegenüber Dritten, zu denen Sie im Rahmen Ihres Arbeitsbereiches nicht befugt sind. Ich habe meine Mitarbeiter und Berater auf den verschiedensten Sach- und Arbeitsgebieten in der Partei, die Leitung und Entscheidung

aber, die über den Rahmen der Partei hinausgehen, habe einzig und allein ich selbst zu treffen.

Auch die von Strasser vorgeschlagene Neugliederung der Parteileitung und ihrer Arbeitsgebiete gefällt mir nicht. Um Auseinandersetzungen darüber zu vermeiden, habe ich sie zwar genehmigt. Es ist völlig verfehlt, daß Sie als Landesinspekteure unter Aufgabe Ihres Gauleiter-Amtes völlig in der Luft hängen. Sie sind die ältesten und bewährtesten Gauleiter. Sie müssen in dem Boden verwurzelt bleiben, in dem Sie mit Ihrer Aufgabe gewachsen und groß geworden sind. Ich werde meinen diesbezüglichen Erlaß rückgängig machen, um Erschütterungen und Schaden für die Bewegung zu verhindern.

Viertens und letztens ein Wort über mein persönliches Verhältnis zu meiner engeren Umgebung und zu Ihnen. Ein Privatleben kenne ich nicht mehr, ich bin ständig von irgendwelchen fremden Menschen umgeben. Ich kann mich auch nirgends sehen lassen und darum auch nicht ausspannen, weil ich sofort von Menschen und Massen umlagert bin, die keine Ruhe geben. Sie können das in diesen Tagen wieder täglich vor und im Kaiserhof beobachten.

Persönliche Einladungen an irgendwelche Parteigenossen lasse ich nicht ergehen. Wer mich besucht, ist mir willkommen. Wer mich sprechen will und muß, den empfange ich, sobald ich frei bin. Selbstverständlich steht mir der eine oder andere menschlich näher, als dieser oder jener. Wo wäre das im menschlichen Leben nicht der Fall? Mir ist schon länger aufgefallen, daß Gregor Strasser mich meidet und wenn wir uns sehen, reserviert, ernst und zurückhaltend ist. Ist das meine Schuld? Kann ich dafür, wenn Göring und Goebbels mich ohne Einladung öfter besuchen als Strasser? Habe ich Sie nicht empfangen, wenn Sie mich sprechen wollten? Habe ich Sie nicht zu Tisch gebeten, wenn Sie bei mir waren und ich Zeit für Sie hatte? Sind das Gründe für einen meiner engsten und ältesten Mitarbeiter, aus persönlicher Verärgerung die Mitarbeit in der entscheidenden Stunde der Bewegung zu versagen?"

Lohse, der diesen Bericht niederschrieb, urteilte über jene Stunde im Kaiserhof: Hitler habe den Kreis dieser mit mancher Skepsis und unter inneren Vorbehalten hier Erschienenen „gefühls- und verstandesmäßig überzeugt". „Während seiner Rede versank Strasser mit seiner dunklen Prophezeiung mehr und mehr in nebelhafte Ferne."

So habe Hitler „seine schwankenden Kämpen wieder aufgerichtet“ und in schwerster Belastungsprobe gezeigt, „daß er der Meister war und Strasser der Geselle“.

Dennoch kann nicht bezweifelt werden, daß Hitler selbst von Strassers Schritt sehr betroffen war. Noch am Abend des 8. Dezember suchte Rust mit ausdrücklicher Billigung Hitlers Verbindung zu Strasser, um ihn zur Rückkehr in sein Amt zu bewegen. Er traf ihn in einem Restaurant, wurde aber schroff und fast zynisch abgewiesen.

Am nächsten Tag ließ Hitler durch die Pressestelle der NSDAP bekanntgeben, daß Strasser „mit Genehmigung des Führers einen Krankheitsurlaub von drei Wochen antritt. Alle daran geknüpften Gerüchte und Kombinationen sind unzutreffend und entbehren jeglicher Grundlage“. Mit diesen Formeln sollte Strasser die Rückkehr ermöglicht werden.

Am gleichen Tag freilich sprach Hitler zur nationalsozialistischen Reichstagsfraktion und den in Berlin anwesenden Gauleitern in ähnlich rückhaltloser Weise wie am Tage vorher zu den „Landesinspekteuren“ – und mit gleichem Erfolg.

Bald wurde auch der Öffentlichkeit nicht mehr verheimlicht, daß es sich um eine ernste Krise in der Parteiführung handelte. Der „Völkische Beobachter“ veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 11. Dezember 1932 eine von sämtlichen Gauleitern gebilligte „Erklärung“, in der es hieß:

„Die Beurlaubung des Reichsorganisationsleiters Gregor Strasser wird von allen Feinden Deutschlands dazu benutzt, die Hoffnung zu nähren, daß das deutsche Bollwerk der NSDAP, das kein Angriff von außen erschüttern konnte, durch Spaltung sich selbst vernichten könnte. Die Feinde Deutschlands hoffen vergebens. Die Landesinspekteure und Gauleiter der NSDAP, die als die ältesten und treuesten Mitarbeiter die Organisation aufbauten und heute verantwortlich leiten, stehen in nie zu erschütternder Treue zu dem Schöpfer und Führer der Bewegung ...“

In den folgenden Tagen wurde dann mitgeteilt, daß Hitler die Leitung der „Politschen Organisation“ selbst übernommen und zu seinem Stabsleiter den bisherigen Reichsinspekteur II Dr. Robert Ley ernannt habe. In offenkundiger Auflösung der

bisherigen Stellung des Reichsorganisationsleiters wurde eine „Politische Zentralkommission der NSDAP“ berufen, deren Leitung Rudolf Hess übernehmen sollte.

Trotzdem bemühte sich Hitler nochmals um den „verlorenen Sohn“. Anfang Januar sandte er den sächsischen Gauleiter Mutschmann zu Strasser, der sich in die Berge zurückgezogen hatte und der Dinge wartete, die da kommen sollten: nämlich zum Reichspräsidenten gerufen und als „Aufbau-Minister“ ins Kabinett Schleicher ernannt zu werden. Als Mutschmann als alter Freund bei Strasser erschien und ihm erklärte, Hitler sei bereit, sich mit ihm auszusprechen und ihn in allen Ehren in seine Ämter wieder einzusetzen, da ließ Strasser auch diesen Friedensboten barsch und kaltschnäuzig ablaufen. Damit war die Tür krachend ins Schloß gefallen. Hitler war unterdessen mit Papen zusammengetroffen und hatte mit vollem Einsatz den zum 15. Januar 1933 anstehenden Landtags-Wahlkampf im kleinen Land Lippe geführt. Die Parole der gegnerischen Presse lautete abschätzig: „Hitler geht auf die Dörfer.“ Er sprach wirklich in allen Kleinstädten des Landes mit dem Ergebnis, daß am 14. Januar 47,8 Prozent der Lippeschen Wähler NSDAP wählten.

Noch für den gleichen Tag hatte er eine Gauleitertagung nach Weimar einberufen.

Sie begann zunächst in seiner Abwesenheit unter dem Vorsitz von Rudolf Hess. Nochmals wurde das Strasser-Thema in diesem Kreise heiß diskutiert.

Hitler selbst sprach dann nur noch indirekt davon – in weit ausholender Rede überzeugte er uns davon, daß der von ihm bestimmte Weg zur politischen Macht der Richtige sei. Wir dürften nur keine Sekunde locker lassen, sondern müßten am Feind bleiben. Braunschweig und dann Hessen wurden als die nächsten Schwerpunkte für Wahlschlachten in Aussicht genommen. Es wurde eine fast sakrale Bekenntnisstunde: Als Hitler geendet hatte stand er in einer Männerrunde, in der jeder bereit war, ihm bis in den Tod zu folgen.

Nicht nur Strassers, auch Schleichers politisches Spiel war zu Ende.

Genau zwei Wochen später berief der Reichspräsident Hitler zum deutschen Reichskanzler.

Als er an diesem schicksalshaften Tag sich mit einigen seiner engsten Mitarbeiter im Berliner „Kaiserhof" unterhielt, soll er plötzlich gedankenversunken gesagt haben „Einer fehlt hier an meiner Seite – warum hat Gregor Strasser das getan?"

Die Frage stellt sich heute noch so wie damals. Angesichts der starken Persönlichkeit Gregor Strassers ist sie für einen alten ehemaligen Nationalsozialisten nach wie vor von Tragik umwittert.

*

Wie fast jedes bedeutende innenpolitische Geschehen jener Jahre, so stellte sich auch der „Fall Strasser" im Gau Halle-Merseburg in besonderer Schärfe und nicht ohne eigenartige Zwischenfälle dar. Zunächst organisierte Dr. Otto Strasser – der bereits vor zweieinhalb Jahren aus der NSDAP ausgeschiedene Bruder Strassers (vgl. S. 74) – eine öffentliche Versammlung seiner „revolutionären Nationalsozialisten". In der Vorpropaganda kündigte er „Enthüllungen" an. Diese provozierende Ansage durfte von uns nicht unbeachtet und unbeantwortet bleiben. Ich entschloß mich, mit einer Gruppe handfester Parteigenossen die Versammlung zu besuchen und mich der Diskussion zu stellen.

Schon lange vor der angesetzten Zeit war der Saal im „Gesellschaftshaus" in der Leipziger Straße, in dem wir uns erst kürzlich in einer Saalschlacht mit einer kommunistischen Agitprop-Truppe auseinandergesetzt hatten, sowohl von Anhängern Strassers, wie von sympathisierenden Kommunisten, als auch von Nationalsozialisten überfüllt. Mitglieder der Antifa, darunter bekannte Schlägertypen, stellten gemeinsam mit Strasser-Leuten den Saalschutz.

Daß wir es mit dem schwächeren der beiden Brüder zu tun hatten – sowohl an Gestalt wie an rednerischer Kraft – wurde wohl allen klar, als Dr. Otto Strasser zu reden begonnen hatte. Das war nicht die wuchtig-mächtige Gestalt des populären Volkstribunen, wie wir Gregor Strasser kannten, sondern eine schmächtige Figur aus den Redaktionsstuben, dessen rednerische Formulierungen weit weniger kämpferisch wirkten als seine Leitartikel. Von der revolutionären Dynamik die wir

erwartet hatten, war wenig zu spüren. Dennoch verlief die Versammlung unruhig; bei den Redewendungen, die gegen die NSDAP gerichtet waren, hagelte es Zwischenrufe von unserer Seite; die Kommunisten dagegen versuchten den Redner durch herausfordernde Parolen auf ihre Linie festzulegen.

Des langen und breiten erörterte Dr. Otto Strasser das Thema, das wir längst kannten: daß und warum „die Sozialisten" die NSDAP verlassen hätten. Nur zum Schluß wartete er mit den angekündigten „Enthüllungen" auf. Dabei versuchte sich der Redner als Schauspieler, indem er eine dem Abgange Gregor Strassers angeblich vorausgegangene Aussprache mit Hitler zur Darstellung brachte. Melodramatisch wurde Hitlers „Verrat an der sozialistischen Revolution", seine „bürgerliche Unterwerfung unter die Mächte des Kapitalismus", nicht zuletzt seine „Treuelosigkeit gegenüber den alten Mitkämpfern" verkündet.

Es fiel mir nicht schwer, in meiner Antwortrede die pseudorevolutionären Phrasen anzugreifen Ich wandte mich gegen „wurzelloses politisierendes Literatentum", dem eine realpolitische Schau der Wirklichkeit nicht gegeben sei, und das letztlich – gewollt oder ungewollt – nur den Moskauer Weltrevolutions-Plänen Vorschub leiste. Die „egozentrische Revolte des Ich" werde sich gegen die begonnene „Revolution des Wir" nicht mehr durchsetzen. Wenn einer in letzter Stunde aus Mangel an Disziplin die Reihen dieser angetretenen Revolution verlasse, so würden wir diesem „Auch-Nationalsozialisten keine Träne nachweinen".

Die „Enthüllungen" fertigte ich rasch und polemisch ab. Da Dr. Otto Strasser zugegebenermaßen nicht selbst dabei war, werde ihm sein Phantasiebericht mit all seinen Widersprüchen nicht einmal von den im Saale anwesenden Kommunisten abgenommen werden.

Die Geschichte dieser Versammlung wäre nicht weiter erwähnenswert, hätte sie nicht noch ein Nachspiel gehabt. In unseren Parteiblättern erschienen Berichte in denen Dr. Otto Strasser Beleidigungen zu erkennen glaubte. Das Ergebnis war eine gerichtliche Klage; die Zeugenladung sowohl Hitlers wie Gregor Strassers wurde beantragt. Das bedeutete einen politischen Prozeß, der – wie immer auch der Ausgang sein

würde – eine innenpolitische Sensation sein mußte. Die Affäre fand sofort lebhaftes Presse-Echo und erregte begreiflicherweise auch das Interesse der Münchner Reichsleitung.

Zunächst setzte man sich dort mit Gregor Strasser selbst in Verbindung mit dem Ergebnis, daß am 21. Dezember 1932 auf der ersten Seite des „Völkischen Beobachters" die folgende Notiz erschien:

„Parteigenosse Gregor Strasser bittet uns mitzuteilen, daß er allen in der Presse erschienenen Veröffentlichungen und Kombinationen über die Beweggründe, die ihn zum Rücktritt von seinem Parteiamt veranlaßt haben, völlig ferne steht. Zu den ‚Kombinationen' gehört hiernach auch die Behauptung in der marxistischen Presse, daß er seinen Bruder Dr. Otto Strasser über Vorgänge in der Parteileitung unterrichtet hat."

Das war glaubhaft. Eine Einbeziehung seines leidenschaftlichen Bruders in die Auseinandersetzung konnte auch Strassers Verhandlungen mit dem Reichskanzler Schleicher nicht dienlich sein.

Ich erhielt eine persönliche Vollmacht Hitlers, ihn in allen Angelegenheiten des anstehenden Prozesses zu vertreten. Der Leiter des Rechtsamtes der Reichsleitung und persönlicher Anwalt Hitlers, der spätere Reichsminister und Generalgouverneur Dr. Hans Frank instruierte mich: Unter Beiziehung örtlicher mit uns sympathisierender Juristen möge die Abweisung der Klage oder – falls das nicht durchsetzbar sei – jedenfalls eine Verzögerung oder Vertagung der Verhandlung erreicht werden.

Mein Einfluß reichte aus, um das letztere zu bewirken. Nur wenige Wochen trennten uns noch vom Sturz Schleichers und vom 30. Januar 1933. Dann wurde das Verfahren eingestellt – und so sahen sich Adolf Hitler und Gregor Strasser auch vor Gericht nicht wieder.

Im Rückblick finde ich es bedauerlich: durch mein Zutun ist eine Szene verhindert worden, die vielleicht nicht so dramatisch verlaufen wäre, wie Dr. Otto Strasser sie sich wünschte, die aber doch zeitgeschichtlich manches hätte klären können, was nun wohl für immer im Dunkeln bleibt.

*

Nicht nur wegen Dr. Otto Strasser mußte sich Hitler in jenen Wochen mit einem Vorgang in meiner Gau-Hauptstadt befassen. In der gleichen Ausgabe des „Völkischen Beobachters", in der die erwähnte Stellungnahme Gregor Strassers berichtet wurde (21. 12. 32) erschien auch eine Erklärung Hitlers gegen Zeitungsmeldungen, wonach er in Halle vor Amtswaltern erklärt habe, Gregor Strasser sei „bestraft" worden und in der Veranstaltung sei es zu einer Prügelei gekommen, die „Opposition" habe sich „gewaltsamen Eintritt in den Saal verschafft". Hitler stellte dazu mit persönlicher Unterschrift fest:

„Diese Meldung des ‚Vorwärts' und der ‚Frankfurter Zeitung' ist von Anfang bis zum Ende frei erfunden. Der Fall Strasser wurde von mir überhaupt nicht berührt, der Name Gregor Strasser nicht erwähnt ..."

Die beiden genannten Zeitungen hatte Hitler aus einer ganzen Flut von entstellenden Berichten herausgegriffen. Ausgangspunkt dieser Kampagne war ein Vorfall, der die marxistischen Zeitungen Halles zu dramatischen Schlagzeilen veranlaßt hatte: „Die revolutionäre SA von Halle gab Hitler ihre Antwort – Hitler-Appell vor leeren Stühlen – Der Faschisten-Häuptling verließ fluchtartig das rote Halle."

Der wirkliche Sachverhalt war folgender:

Hitler, der – wie gesagt – die Strasser-Krise sehr ernst nahm, hatte sich noch vor Weihnachten 1932 zu einer eiligen Rundfahrt durch jene Gaue entschlossen, von denen er wußte, daß sie bisher von Strasser stark beeinflußt waren.

Halle schien ihm besonders wichtig. Bei uns sagte er sich für Sonntag, den 18. Dezember, zu einem „Appell der politischen Leiter" an. Unsere Organisation war inzwischen so angewachsen, daß wir den großen Saal des Stadt-Schützenhauses mieten mußten, um die politischen Leiter des Gaues aus allen Kreisen versammeln zu können. Einen zweiten – den unteren – Saal hatten wir für die SA vorgesehen, damit deren Führer und Unterführer wenigstens durch Lautsprecher-Übertragung Hitlers Rede mit anhören könnten. Den SA-Männern hatte ich sagen lassen, daß Hitler nach Beendigung seiner Rede im oberen Saal zu einer kurzen Begrüßung auch noch nach unten kommen werde. So war jede der beiden Gruppen, die politi-

schen Leiter und die SA-Führer zufrieden und in allen Sälen – oben und unten – die Erwartung groß.

Hitler war mit seiner Auto-Kolonne angesagt, der ich einen Lotsen-Wagen zur Stadtgrenze entgegenschickte. So fuhr er mit nur einem Begleitwagen unauffällig am Stadt-Schützenhaus vor, wo ich ihn erwartete. Er sah ernst, bleich und übernächtig aus und begrüßte mich wortlos. Als ich die Autotüre öffnete, fiel er mir erschöpft fast in die Arme. Aber seine Schritte strafften sich, als wir über die Treppen den großen Saal erreichten, die Musik den Badenweiler-Marsch intonierte und die Heil-Rufe der über tausend politischen Leiter ihn begrüßten.

Hitler sprach nicht allzu lange, er ging rasch in „medias res". Mit einfachen Worten dankte er den Versammelten für ihren bis jetzt so aktiven, selbstlosen und opfervollen Dienst in der Bewegung. Er wisse um die Härte des Kampfes im „Hölz-Gau". Viele von seinen Gefolgsmännern aus frühen und späteren Tagen seien nun in schwachen Stunden der Meinung, die Partei habe jetzt ihren Höhepunkt überschritten, sie werde in den künftigen Wahlen langsam aber sicher zermürbt werden, nachdem er Hindenburgs Angebot, die Vizekanzlerschaft zu übernehmen, abgelehnt habe.

In Wirklichkeit sei die Lage anders. Am Ende und zwar unwiderruflich am Ende seien die reaktionären Herren und Generale in Berlin, die da glaubten, eine vom Volk geforderte Revolution mit Intrigen aufhalten zu können. Bei seiner letzten Unterredung habe er dem Reichspräsidenten gesagt: Als die stärkste Partei Deutschlands habe die NSDAP auf die politische Führung im Staat einen legalen Anspruch. Der in der Verfassung niedergelegte Grundsatz besage, daß alle Macht vom Volke ausgehe und nicht von einer konspirierenden Clique reaktionärer Ministerial-Bürokraten und Büro-Generale. Man habe ihm zugemutet, auf der Lokomotive des bisherigen Systems nur der Heizer zu sein. Er aber lehne es ab, Bankrotteure zu retten, das System des Volksbetrugs sei im Fallen – wenn nicht heute, so morgen werde es in seiner ganzen Verlogenheit zusammenbrechen. Dann werde man ihn rufen müssen, ob man wolle oder nicht. Er und mit ihm die nationalsozialistische Bewegung könnten warten, „die da oben aber nicht oder die Sturmflut eines Bürgerkrieges fegt sie hinweg".

Unser Kampf sei in den letzten vierzehn Jahren nicht um Ministersessel geführt worden, sondern um die Macht „mit der wir unseren so lange und opferreich erkämpften Staat der nationalen Ehre und sozialistischen Gerechtigkeit aufbauen werden".

Hitler beendete seinen Appell: „Kapitulieren war nie unsere Sache – in der Vergangenheit nicht, und heute nicht. Die Schicksalsuhr hat nunmehr die Stunde der Entscheidung geschlagen, für sie und für uns. Für sie kündet sie das Ende – für uns den Sieg!"

Den Namen Strasser hatte er in der Tat kein einziges Mal erwähnt. Nur indirekt hatte er einmal von „Kompromiß-Politikern" gesprochen und gesagt: „Die wirklichen Nationalsozialisten werden der Fahne folgen, auch wenn sie durch die letzte Schlacht getragen werden muß."

Die faszinierende Kraft solcher Sätze und die Persönlichkeit Hitlers taten wieder ihre Wirkung: befreit von allen Zweifeln und Ängsten grüßte ihn das Führerkorps des Gaues.

Als ich Hitler aus dem Saal geleitete, unterrichtete ich ihn, daß im unteren Saal die SA-Männer seine Rede über Lautsprecher gehört hätten; ich bäte ihn nun, sich ihnen – ohne noch einmal zu sprechen – kurz persönlich zu zeigen. Er war damit einverstanden, er begrüßte das.

Unten hatte sich mittlerweile ein Vorgang abgespielt, der im Programm nicht vorgesehen war. Der damalige SA-Gruppenführer Hans von Tschammer und Osten (der spätere Reichssportführer), der im oberen Saal die Rede unmittelbar gehört hatte, war nach ihrer Beendigung begeistert zu seinen Männern in den unteren Saal geeilt und hatte sie aufgefordert, Hitler am Ausgang des Stadt-Schützenhauses zu erwarten und dort zu begrüßen. Die SA-Führer waren daraufhin eilig – die Stuhlreihen wirr hinter sich lassend – hinausgestürzt. In wenigen Minuten war der Saal geleert. Als ich mit Hitler über eine Nebentreppe den Saal betrat, sahen wir uns verblüfft an: Keine Menschenseele war zu sehen, offenkundig war der Saal aufbruchartig verlassen worden. Niemand – auch ich nicht – vermochte diese Situation zu erklären bis dann von Tschammer-Osten erschien und Hitler meldete, daß die SA am Ausgang des Hauses ihren obersten SA-Führer begrüßen wolle. So geschah

es dann auch: unter einem Sturm von Heil-Rufen begab sich Hitler zu seinem Wagen.

Wir hätten die organisatorische Panne gewiß rasch wieder vergessen, wären wir nicht durch groteske Zeitungs-Schlagzeilen tagelang daran erinnert worden.

*

Als ich Hitler, der am gleichen Tag noch in Magdeburg und Hamburg sprechen wollte, verabschiedete, sagte er mir noch einige sehr persönliche Sätze: „Ich weiß, Parteigenosse Jordan, Sie haben Strasser sehr geschätzt – und er auch Sie. Ich weiß aber auch, daß Sie wie Ihre braven Männer im Gau mir auch jetzt in dieser letzten schweren Phase die Treue halten werden ... Glauben Sie mir: In wenigen Wochen sind wir am Ziel. Sie werden mich rufen müssen. Es gibt für sie keinen anderen Ausweg mehr. Dann werde ich Kanzler des Reiches sein!“

Der Umsturz

Die Woche begann wie gewohnt. Wir wußten, daß der Reichskanzler von Schleicher zurückgetreten war, daß Hitler sich wieder in Berlin befand und über die Regierungsbildung erneut verhandelt wurde. Aber das hatten wir seit Jahresfrist nun schon zweimal erlebt. Wir waren nicht mehr neugierig.

Da brachte in der Mittagszeit der in einem unserer Büros routinemäßig eingeschaltete „Drahtlose Dienst" die Nachricht: „Der Herr Reichspräsident hat den Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Reichskanzler ernannt und mit der Regierungsbildung beauftragt."

Mir selbst erschien diese Nachricht nicht so sensationell wie allen denen, die in den Nachmittagsstunden des 30. Januar 1933 nun die Gauleitung bestürmten.

„Hitler Reichskanzler": das war mir seit dem letzten Gespräch mit ihm und seit der Weimarer Gauleitertagung vor 14 Tagen fast selbstverständlich geworden.

Daß es keinen anderen Ausweg aus der innerdeutschen Lage mehr gab, war mir in besonderer Weise bewußt geworden, als um die Jahreswende 32-33 sogar noch die Bauern rebellisch wurden.

An den trostlosen Anblick schlangestehender Arbeitsloser, an ihre Sprechchöre und Spruchbänder war man in Halle schon seit Jahren gewohnt. Später hatten sich auch Organisationen des gewerblichen Mittelstandes, in dessen Reihen die Konkurse grassierten, schüchtern und unbeholfen auf die Straße gewagt. Nun waren eines Sonntags Tausende von Bauern und Bäuerinnen zu Protest-Aktionen in die Gaustadt gekommen – alarmiert von der Not und der Sorge um ihre berufliche Existenz, um den Ertrag ihrer Scholle. Allenthalben kam alter, bäuerlicher Besitz zur Versteigerung; die sonst so konservativen Bauern folgten in einer Stimmung der Verzweiflung dem Ruf der national-oppositionellen Führung.

In unserer Industrie-Metropole muteten sie in ihren bäuerlichen Gewändern wie ein Bild aus der Vergangenheit an. Sie hatten Hacken, Rechen, Gabeln, Dreschflegel und Sensen ge-

schultert. Manche der malerischen Gruppen erinnerten an das berühmte Defregger-Bild „Das letzte Aufgebot". Ein weißbärtiger Bauer trug eine schwarze Fahne voran. Auf Schildern waren die Namen der alten Revolutionäre aus den deutschen Bauernkriegen zu lesen: Thomas Münzer und Florian Geyer.

Der Aufmarsch galt der Landwirtschaftskammer, zu der die anklagenden Reden drohend hinaufklangen.

Wer den deutschen Bauern kennt, weiß wie schwer er sich zu solchen Aktionen entschließt, wie fremd revolutionäres Pathos seiner Lebensart ist.

Ich wußte: Wenn der Bauer hinter der schwarzen Fahne zu marschieren beginnt, dann steht der Zeiger der Schicksalsuhr auf fünf Minuten vor Zwölf.

An diesen letzten Protestmarsch gegen das bisherige Regierungssystem mußte ich denken, als ich mich am Nachmittag des 30. Januar 1933 aus der Gauleitung, in der die Telefonzentrale sich der Glückwunsch-Anrufe kaum noch erwehren konnte, zu einem unbeobachteten Gang durch die Stadt aufmachte. Dort freilich stellte ich keine Veränderungen im Straßenbild fest, außer daß ich häufiger und freundlicher gegrüßt wurde als sonst, und daß man mich in meinem Stammcafé mit strahlenden Augen bediente.

War das nun unsere so lange ersehnte, so opferreich erkämpfte nationale Revolution?

In die zweifelnden Gedanken mischten sich freilich Stolz, Dank und Hoffnung.

*

Zurück in die Gauleitung. Dort stürmten zunächst Fragen auf mich ein: Was war hier bei uns in Halle, in unserem Gau zu veranlassen, zu prüfen, zu überlegen?

Aus München war inzwischen die Anregung durchgesagt worden, am nächsten Abend – dem 31. Januar – in allen größeren Städten die Bedeutung des Ereignisses durch Aufmärsche und Kundgebungen zu feiern. So konnten sich unsere Organisations- und Propaganda-Leute in eine eilige Aufgabe stürzen.

Für den heutigen Abend hatte Berlin den Vortritt – eine Rundfunk-Übertragung war angesagt; sie übertraf alle Erwartungen. Die Reportage über den Fackelzug der Berliner SA und der sich ihr anschließenden nationalen Verbände durch das Brandenburger Tor und die Wilhelmstraße, vorbei an Hindenburg und Hitler, die Jubelstürme der Menschenmassen ließen uns andächtig werden.

Das war mehr als eine Regierungsneubildung, der politische Umsturz hatte begonnen.

Mit dieser Erkenntnis drängten sich außer den propagandistisch-organisatorischen auch ernste politische Fragen auf, die im Gau Halle-Merseburg Antwort heischten. Neue, bisher noch nicht durchdachte Eventualitäten forderten meine und meiner Mitarbeiter sofortige Aufmerksamkeit. Wie würde sich nunmehr die Führung der roten Gewerkschaften verhalten? Sie hatten für den Fall einer Kanzlerernennung Hitlers mit dem Generalstreik gedroht. Werden sie die Drohung wahrmachen? Wie wird das sozialdemokratische „Reichsbanner“ reagieren? Wie die kommunistische Partei? Wird das Berliner Ereignis den so lange angedrohten und sorgfältig vorbereiteten bewaffneten Aufstand auslösen?

Nach einigen Stunden freudiger Hingabe an die Berliner Jubelberichte kam die politische Wirklichkeit bedrängend auf uns zu.

Ich ordnete zunächst an, daß SA- und SS-Streifen in Zivil die Stimmung und Situation in den Rot-Front-Zentralen erkunden sollten. Als nach einigen Stunden die ersten Meldungen bei uns eingingen, erwiesen sie sich als nicht besorgniserregend. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Funktionäre beschränkten sich in ihren Stammlokalen auf die Prophezeiung: Hitler werde nicht länger als acht Wochen regieren, dann kämen sie an die Reihe.

Das klang beruhigend: man plante also keine Sofort-Aktion. Allerdings vermochte ich mir nicht vorzustellen, daß aus den kommunistischen Revolutions-Strategen über Nacht friedfertige Staatsbürger geworden seien. Wer jahrelang auf Marx und Lenin geschworen hatte, konnte nicht über Nacht eine Regierung Hitler tolerieren. Wir mußten wachsam sein und bleiben, ohne unsererseits zu provozieren.

Nicht in mein Programm der unauffälligen Beobachtung paßte es, daß in der Nacht bei einigen Partei-Dienststellen der KPD die Fenster eingeschlagen wurden. Dabei hatte es einige Zusammenstöße und Verletzte gegeben, die Auseinandersetzungen hielten sich jedoch in Grenzen.

Am Abend des nächsten Tages stand dann auch Halle – wie die meisten anderen Städte Deutschlands – im Zeichen der von uns vorbereiteten Demonstration des nationalen Aufbruches. In zwei gedrängten mächtigen Marschsäulen bewegten sich die braunen Kolonnen der NSDAP und die grauen Marschblöcke des „Stahlhelm" unter dem Vorantritt der Musikzüge hinter flatternden Fahnen zum Hallmarkt.

Die am Vortage noch so ruhige Stadt war nun in Bewegung geraten: Die Stürme, Sturmbanne und Standarten rückten wie auf einer Parade in ihre Standplätze ein.

Auf der steinernen Empore an der Marktkirche erwarteten mich die Vertreter der nationalen Organisationen. Als wir uns im Scheinwerferlicht demonstrativ kameradschaftlich die Hand reichten und unter dem Eindruck der Stunde eine Weile so verharrten, erhob sich aus den Reihen der Aufmarschierten langer spontaner Beifall.

Der Hallmarkt – flankiert von unseren Fahnen, umrahmt von einer vielköpfigen Menschenmenge, dazu ein Flammenmeer brennender Fackeln – bot ein feierliches Bild des Zusammenfindens.

Politisch bedeutsam war die erste Rede: Max Jüttner (er wurde später Stellvertreter des Stabschefs der SA und vertrat ihr Anliegen mit Erfolg noch vor dem Nürnberger Tribunal) sprach als der örtliche Führer des „Stahlhelms". Er hatte seit Jahren mit uns sympathisiert und war über die im Jahr 1932 aufgetretenen Spannungen wenig glücklich gewesen. Jetzt gab er seiner Freude darüber Ausdruck, daß nunmehr der Tag der nationalen Erhebung, auf den die Frontsoldaten Deutschlands vierzehn Jahre lang sehnsüchtig gewartet hätten, angebrochen sei. Für ihn und die Männer seiner Organisation sei es eine besondere Freude, zu wissen, daß in der Person Adolf Hitler nun ein politischer Frontsoldat an der Spitze der Regierung stehe.

Dann war die Reihe an mir, zur Kundgebung zu sprechen. Ich hatte kein Konzept, verließ mich ganz auf die Eingebung

und Stimmung der Stunde. Mit dem Einzug Hitlers in die Berliner Wilhelmstraße sei ein politisches System in Konkurs gegangen, das Deutschland keine Gegenwart und keine Zukunft zu geben gewußt habe. Hitler – so sagte ich voraus – sei in die Reichskanzlei nicht eingezogen, um sie nach einigen Monaten wieder zu verlassen, sondern mit der Entschlossenheit, in dieser politischen Zentrale des Reiches unsere nationalsozialistische Revolution zu vollziehen. Diese feiere damit ihren ersten großen Sieg.

Mein Appell galt all den Menschen, die gewillt seien, ehrlich und aufrichtig beim Aufbau eines neuen Staates mitzuwirken: „Wir werden jedem die Hand reichen, gleichgültig wo er einstmals stand – auch unserem Gegner in der Rot-Front, wenn er bereit ist, dem Klassenkampf zu entsagen und sich in die Volksgemeinschaft einzureihen. Wir fragen nicht: ‚Wo kommst Du her?' sondern ‚Wo willst Du hin?' ‚Willst Du das ganze Deutschland?' Dann sei uns willkommen im neuen Reich."

Ich glaubte noch eine konkretere Aussage machen zu müssen und kündete auf dem traditionsreichen Aufmarschplatz im Schatten des bisher roten Polizei-Präsidiums an, daß in Kürze auf den öffentlichen Gebäuden unserer Gaustadt das „Hakenkreuz-Banner den Wandel der Zeit allen sichtbar demonstrieren" werde.

Während dieser Ankündigungen, die von den auf dem Platz versammelten Massen mit lautem Beifall aufgenommen wurden, waren in den Seitenstraßen kommunistische Störungen versucht worden, gegen die Polizei und SA – erstmals gemeinsam – vorgingen.

Der anschließende Fackelzug verlief ohne Störung. Stundenlang dröhnten die Straßen von den Marschweisen der Musikzüge und den Kampfliedern der marschierenden Kolonnen. Die Marschsäule war riesenlang. Als ich sie am Ende der Ludwig-Wucherstraße – von der Spitze der Demonstration rückblikkend – überschaute, ging mein Blick über eine unübersehbare Lichterschlange. Ganz Halle schien sich eingereiht zu haben, um Hitler und seiner neuen Regierung eine Huldigung zu bringen.

*

Umsturzzeiten haben ihre eigenen Gesetze: Ich war damals der Meinung, daß wir Blut sparen, wenn wir selbstsicher, ja herausfordernd auftreten. Als mir wenige Tage nach unserer Kundgebung am Hallmarkt die Äußerungen eines leitenden Beamten im Polizei-Präsidium hinterbracht wurden, wenn auch der Gauleiter angekündigt habe, daß auf dem Polizei-Präsidium bald die Hakenkreuzfahne flattern werde, so werde das nicht ganz ohne ihn vonstatten gehen können. Dieser zweideutige Ausspruch reizte mich zu einer demonstrativen Antwort. Ich ließ einen SA-Sturm antreten, eine eingerollte Fahne in Bereitschaft halten und marschierte unter Vorantritt eines Musikzugs zum Polizei-Präsidium. Während der SA-Sturm unten gegenüber dem Gebäude Front machte, begab ich mich – vom Kreisleiter und dem örtlichen SA-Führer begleitet – in das Büro jenes Beamten und eröffnete ihm, daß ich nun die Absicht habe, meine ihm ja bekannte Ankündigung wahrzumachen! Und so geschah es denn auch ...

Wir hatten noch eine zweite Fahne bei uns: sie war für das Rathaus bestimmt, wo uns – alarmiert durch die Vorgänge im Polizeipräsidium – bereits eine große Menschenmenge erwartete. Der Oberbürgermeister war nicht anwesend; sein Vertreter erklärte, er könne zu einer Fahnenhissung sein Einverständnis nicht geben. Telefonische Rückfrage bei seinem Vorgesetzten: dessen Antwort war eindeutig, er lehnte ebenfalls ab. Nun war meine Antwort nicht minder eindeutig: „Wir hissen die Fahne ohne ihn und Sie."

In einer kurzen Ansprache vom Balkon des Rathauses verkündete ich noch: ein neuer Oberbürgermeister werde in Kürze hier Einzug halten und es werde ein Nationalsozialist sein.

*

Was ich im Stillen befürchtet hatte: daß die Zurückhaltung des Gegner trügerisch sei, bewahrheitete sich bald.

In den einzelnen Kreisstädten folgte man dem Beispiel der Reichshauptstadt und der Gauhauptstadt. Es fanden Siegesfeiern und Demonstrationsmärsche statt – und dabei gab es die ersten ernsten Zwischenfälle.

Wie konnte es auch anders sein: die alten kommunistischen Revolutionäre, die an den bewaffneten Aufstand glaubten, mußten fast unvermeidlich zu der Ansicht kommen, daß mit Hitlers Kanzlerschaft die Stunde gekommen sei – jetzt oder nie!

Wie auch immer der Zusammenstoß am 12. Februar 1933 historisch einzuordnen ist: dieser Tag ist als „Blut-Sonntag von Eisleben" sowohl in der Geschichte der NSDAP wie auch der KPD im Gau Halle-Merseburg verzeichnet. Noch nach 1945 hat ein sowjetzonales Tribunal darüber verhandelt.

Für diesen Tag war von der dortigen Kreisleitung einer der örtlichen Aufmärsche in der Metropole des Mansfelder Bergbau-Reviers angesetzt. Unprogrammäßig war ich auf einer Dienstfahrt den schon marschierenden Demonstrations-Einheiten in Eisleben begegnet und hatte mich an ihre Spitze gesetzt. Unter dem Vorantritt einer munteren Musik marschierten wir durch die Straßen der Lutherstadt und wurden dabei von herzlichem, ja erstaunlich starkem Beifall der Bevölkerung begrüßt. Auch in den grauen Arbeiterstraßen in der Nähe der Fördertürme und der Halden fand unsere Demonstration freundliche Aufnahme. Aus keinem ihrer Fenster war noch, wie vordem so oft, eine drohende geballte Faust zu erkennen. Viele Arbeiterfrauen und Arbeiterkinder winkten uns zu; sie hofften, daß nunmehr ihre arbeitslosen Männer bald wieder in die Schicht fahren würden. Ich erinnere mich noch deutlich eines in solchen Gegenden bis dahin ganz ungewohnten Vorganges: An der Hand seiner Mutter drängte sich ein kleines Mädchen zu mir und drückte mir fast andächtig ein Sträußchen Zimmerblumen in die Hand.

Auffällig war, daß – außer ein paar älteren – kaum Männer auf den Straßen zu sehen waren. Dabei waren die Jünger Moskaus in Eisleben besonders stark vertreten, unter ihnen auch manche fanatisierte Veteranen aus der Zeit von Max Hölz. Man hätte meinen können, Rot-Front sei von der Straße verschwunden – dieser Eindruck jedoch trog.

Unser Demonstrationszug hatte ohne Zwischenfall gerade das örtliche Parteihaus der KPD passiert und war schon fast ganz in eine Seitenstraße eingebogen. Nur noch eine Schlußkolonne – die Hallesche SS – marschierte an dem kommunistischen Hauptquartier vorbei, als aus dem Gebäude Schüsse peitschten und

ein regelrechter Feuerüberfall unsere zuletzt marschierenden Männer traf. Ich hörte die Schüsse und die fernen Schreie; der Zug kam zum Stehen. Wir konnten gerade noch sehen, wie auf dem Dach des roten Parteihauses Gestalten flüchteten und in Nachbarhäuser verschwanden.

Folgendes hatte sich ereignet: Nach den ersten Schüssen aus dem Hause waren unsere SS-Männer in instinktiver Abwehr in das Gebäude eingedrungen, wo sie ein erneuter Kugelregen empfing. Dort waren die Kader der Mansfeldischen Antifa zum fanatischen Kampf auf Leben und Tod versammelt. Gleich am Eingang sank, von einer Kugel ins Herz getroffen, der SS-Mann Paul Berk tot in sich zusammen. Das löste einen minutenlangen Kampf von Mann zu Mann aus. Als ich von der Spitze des Zuges zurück durchgedrungen war, sah es hier wie auf einem Schlachtfeld aus. Auch die Kommunisten hatten drei Tote zu beklagen. Nun waren SA-Sanitäter am Werk und sammelten die Verletzten. Unter ihnen befand sich auch der kommunistische Landtagsabgeordnete Koenen aus Merseburg. Er war unzweifelhaft der Initiator der ganzen Aktion gewesen. Ich kam gerade dazu, als ein SS-Mann ihn erkannte und mit dem Ruf „Das ist der Bursche, der das alles organisiert hat“ auf ihn losgehen wollte; ich griff ein: „Halt – der Mann ist verwundet.“ Ich ordnete an, daß Koenen mit den anderen Verwundeten in das nahegelegene Knappschafts-Krankenhaus überführt wurde.

Koenen, der sich seiner Schuld sicherlich bewußt war, gelang es, in der ersten Nacht aus dem Krankenhaus zu entfliehen und anschließend in die Sowjetunion zu emigrieren. Nach 1945 tauchte er aus Moskau in der Sowjetzone als roter Machthaber wieder auf!

Kurz nach dem Zwischenfall mit Koenen stand ich im Knappschafts-Krankenhaus an der Bahre des toten SS-Mannes Paul Berk. Sein Gesicht strahlte den Frieden des Todes aus. In dicken, dunklen Tropfen hing das Blut auf seinem braunen Hemd. Zwei mörderische Kugeln hatten sein junges Herz durchschlagen.

Ich nahm die Blumen, die mir kurz vorher das Arbeiterkind in die Hand gedrückt hatte aus meinem Koppel und legte sie still und andächtig auf den toten Kameraden.

Als wir ihn am anderen Morgen in sein Heimatdorf überführten, standen an den Straßenecken und auf den Dächern von Eisleben Polizeibeamte mit dem Karabiner im Anschlag; an Kreuzungspunkten waren Maschinengewehre installiert. Der Regierungspräsident von Merseburg hatte diese besondere Maßnahmen nicht ohne Grund angeordnet – in der Nacht hatten kommunistische Gruppen versucht, den Toten aus dem Leichenhaus zu entführen ...

Die folgenden Wochen waren nicht nur bei uns geschwängert von der Psychose eines täglich zu erwartenden bewaffneten Aufstandes der Kommunisten. Illegale Flugblätter der KPD-Führung forderten sofortiges Handeln, riefen auf zur Aktion; ein klarer Befehl – auf die Stunde ausgerichtet – ließ freilich auf sich warten. Um so unsicherer und hektischer wurde die Stimmung in beiden Lagern: sowohl bei der SA als auch bei der Antifa.

In diese Spannung platzte am späten Abend des 27. Februar 1933 wie eine Bombe die Nachricht vom Berliner Reichstagsbrand. Als ich von auswärts kommend in der späten Nachtstunde in der Gauleitung auf dem Thiele-Platz eintraf, fand ich das Gebäude bereits auf Verteidigung eingerichtet. An den Fenstern waren SA- und SS-Männer mit Gewehren und Handgranaten postiert und am Eingang zum Gebäude war ein schweres Maschinengewehr in Stellung gegangen. Fast gleichzeitig mit der Nachricht aus Berlin waren Beobachtungen aus den Vororten Halles gemeldet worden, die auf eine kommunistische Aktion deuten ließen. Man hatte Leuchtsignale festgestellt, die man als Alarmzeichen der kommunistischen Häuserblock-Organisationen deutete. Die sofort eingeleitete Überwachung der roten Wohnbezirke erbrachte jedoch keine weiteren Verdachtsmomente für einen unmittelbar bevorstehenden kommunistischen Aufstand.

Inzwischen war von Berlin aus eine Verhaftungs-Aktion angelaufen, die die Polizei noch im Laufe der Nacht durchführte.

Diese Sofort-Aktion wurde nach Verhaftungslisten durchgeführt, die bei den Polizei-Dienststellen bereits vor längerer Zeit angelegt worden waren. Sowohl ihrer Identität wie ihrer Zahl nach waren die jetzt Verhafteten bereits von den Organen der Weimarer Republik als mutmaßliche Staatsfeinde festgestellt

worden. Es handelte sich nach meiner Kenntnis um insgesamt etwa 4000 Funktionäre der kommunistischen Partei, darunter etwa 1800 im Lande Preußen. Bei dieser Verhaftungsaktion war die Gauleitung auf eine Zuschauerrolle beschränkt; wir konnten unseren Einfluß nur dahin geltend machen, daß in den folgenden Tagen wenigstens die kleineren Funktionäre wieder zu ihren Familien entlassen wurden.

Auch das nun erlassene Verbot der KPD war Reichs-Sache. Ich leugne nicht, daß uns damals ein Stein vom Herzen fiel. Wir spürten: nun waren wir nicht mehr nur auf uns selbst gestellt.

Die staatsrechtliche Deckung des Geschehens erfolgte durch den Reichspräsidenten von Hindenburg. Seine Notverordnungen vom 28. Februar 1933 zum Schutze von Volk und Staat (sie behielten bis 1945 Geltung) erteilten der Reichsregierung die Vollmacht, sogar Verfassungsrechte aufzuheben.

Das ging gewiß sehr weit. Wir in Halle urteilten damals schlicht nach der Frage: Was hätte wohl der Kommunistenführer Ernst Thälmann getan, wenn er am 30. Januar 1933 in Deutschland an die Macht gekommen wäre? Hätte er Hitlers NSDAP bestehen lassen? Wir, die wir mit dem militanten Kommunismus in kämpferischer Tuchfühlung, um nicht zu sagen: in Feindberührung gestanden haben, wußten es: Stehende und fliegende kommunistische Erschießungs-Kommandos hätten in den deutschen Städten und Dörfern gewütet wie allerorts, wo Kommunisten im Bürgerkrieg zur Macht gekommen sind – in erster Linie aber wären wir Nationalsozialisten an der Reihe gewesen.

*

Es sei nicht geleugnet, daß es in jenen Wochen vielfach turbulent zuging – es gab Gaue, in denen bisherige politische Gegner illegal in „Schutzhaft“ genommen und „wilde“ Konzentrationslager eingerichtet wurden. Das hat dem Reich in einer bereits im März 1933 schlagartig einsetzenden weltweiten deutschfeindlichen Propagandawelle ernsten Schaden zugefügt. Man übertrieb draußen maßlos – aber ein Korn Wahrheit lag zugrunde.

Auch ich fühlte mich in meinem persönlichen Tatendrang in jenen Tagen zu einem Vorfall gereizt, den ich nicht verschweigen will, denn diese Geschichte – obwohl nebensächlich – gehört mit zum Bild der Zeit:

Ich erwähnte schon, daß die Landwirtschaft im Gau Halle-Merseburg sehr ungleichmäßig strukturiert war. Das mittlere und Kleinbauerntum konnte in der Produktion mit dem Großgrundbesitz nicht Schritt halten; der letztere dominierte dementsprechend in der Landwirtschaftskammer in Halle.

Das war ein änderungsbedürftiger Zustand; meine Agrar-Politiker im Gau drängten mich mit guten Gründen und organisierten eine neuerliche Bauerndemonstration. Sie richtete sich gegen die bisherige Landbundführung und besonders gegen deren Spitzen-Persönlichkeiten, zwei über die Provinz Sachsen hinaus als „Agrar-Experten" bekannte Professoren.

Die aufmarschierenden Bauern-Delegationen, ihre Forderung auf sofortige Absetzung der verhaßten Funktionäre veranlaßten mich zu einer persönlichen Aktion.

Nicht ohne revolutionäre Pose erklärte ich den Demonstranten ich selbst werde dafür sorgen, daß ihrem Willen Genüge geschehe; die Stunde der bauernfeindlichen Reaktionäre habe geschlagen.

Gemeinsam mit dem Gau-Bauernführer begab ich mich in die Amtsräume der Gewaltigen, erklärte sie „in Schutzhaft" und führte sie anschließend unter dem brausenden Beifall der vor dem Gebäude aufmarschierten tausendköpfigen Menge zu einem bereitstehenden Auto, um sie – wie versprochen – höchst persönlich beim Polizeipräsidium abzuliefern. Nach dieser Krönung der Aktion traten die Bauern-Abordnungen im Bewußtsein ihres Sieges die Heimfahrt in die Dörfer an; sie konnten als Augenzeugen berichten, wie wirksam und eigenhändig der Gauleiter für ihre bäuerlichen Interessen eingetreten war und revolutionäre Tatsachen geschaffen hatte. Die daraufhin neu eingesetzte Leitung der Landwirtschaftskammer war nationalsozialistisch und sich deshalb bewußt, daß die Lebensfragen des Bauerntums von nationaler und allgemeiner Bedeutung sind und nicht nur von großwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus beurteilt werden dürfen.

Der weitere Verlauf der Verhaftungs-Angelegenheit kann freilich nicht ohne Ironie verzeichnet werden: Im Halleschen

Polizeipräsidium übergab ich die beiden Deliquenten einem diensttuenden Beamten mit dem – angesichts der drohenden Haltung der Demonstranten berechtigten – Hinweis, daß es sich hier um Schutzhaft in des Wortes unmittelbarer Bedeutung handle; er möge für sachliche Weiterbehandlung des Falles Sorge tragen. Man wartete im Polizeipräsidium nur darauf bis die Bauern sich zerstreut hatten und nach Hause fuhren – bereits am Abend des Tages wurden die beiden prominenten Häftlinge wieder in Freiheit gesetzt. Dann wurde die Affäre durch eine großzügig gehandhabte Pensionierung geregelt.

Einige Wochen später hörte ich noch einmal von den beiden Herren: sie waren mittlerweile in Berlin tätig geworden; agrarpolitische Denkschriften aus ihrer Feder erreichten sogar Hitlers Schreibtisch! Erst nach dem Ausscheiden Hugenbergs aus seinen Ministerämtern gaben die beiden Herren sich endlich mit dem wohldotierten Ruhestand zufrieden, in den ich sie revolutionär-terroristisch versetzt hatte.

*

Mittlerweile hatte – am 5. März 1933 – nochmals eine Reichstagswahl stattgefunden. Trotz des inzwischen erfolgten Verbotes der KPD wiesen die Stimmzettel noch eine Abstimmungsrubrik für die Kommunisten aus; sie erhielten im Reichsgebiet nochmals 4841000 Stimmen, davon (wie schon erwähnt) 194127 in Halle-Merseburg.

Die bei dieser Wahl auf die KPD entfallenen 81 Reichstags-Mandate wurden nicht mehr zugeteilt – immerhin rechneten sie indirekt mit bei einem historisch-politischen Ereignis von weittragender Bedeutung: Bei der Verabschiedung des sog. Ermächtigungs-Gesetzes vom 23. März 1933. Dessen Annahme legalisierte nicht nur die vorangegangenen grundsätzlichen Notverordnungen des Reichspräsidenten vom 28. 2. 1933 (vgl. Seite 107) sondern gab auch der Regierung Hitler eine unbeschränkte Gesetzgebungs-Vollmacht, genau gesagt: durch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes schaltete sich der Reichstag selbst aus der Legislative aus.

Natürlich war dazu eine verfassungsändernde Mehrheit nötig. Um die Annahme des Ermächtigungsgesetzes nach der Weimarer

Verfassung gültig zu machen, mußten mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Reichstages anwesend sein und von den anwesenden Abgeordneten wiederum zwei Drittel zustimmen. Bei einer Gesamtabgeordnetenzahl von 647 Abgeordneten – wohl gemerkt: einschließlich der nicht anwesenden kommunistischen Abgeordneten – errechnete sich die maximal erforderliche Zweidrittel-Mehrheit auf 431 Stimmen. Die beiden Regierungsparteien (NSDAP und Deutschnationale Volkspartei) verfügten nach den Wahlen über insgesamt 340 (288 plus 52) Mandate. Das reichte zur normalen Gesetzgebungstätigkeit, nicht aber zur Durchsetzung eines verfassungsändernden Gesetzes aus!

Bei der Reichstags-Abstimmung am 23. März 1933 stimmten 441 Reichstagsabgeordnete für und 94 Abgeordnete gegen die Annahme des Ermächtigungsgesetzes. Für das Ermächtigungsgesetz stimmten also außer den Abgeordneten der Regierungskoalition nicht weniger als noch 101 Abgeordnete der anderen Parteien. Es waren dies die Abgeordneten der Zentrums-Partei, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Staatspartei, des Christlichen Volksdienstes, der Deutschen Landvolk- und Bauernpartei. Zusammen mit NSDAP und DNVP stellten sie insgesamt 444 Abgeordnete. Nur drei Abgeordnete dieser Parteien waren in der Sitzung nicht anwesend. Gegen das Ermächtigungs-Gesetz stimmte als Partei allein die SPD mit 94 Abgeordneten; von den Sozialdemokraten fehlten 26 Abgeordnete in der Sitzung.

Zu denen, die erschienen waren, um Hitler die Vollmacht zu erteilen, gehörte kein Geringerer als der spätere Bundespräsident Dr. Theodor Heuss.

Wie auch immer man die Situation der damaligen Zeit rückblickend beurteilen will: Adolf Hitler ist nicht durch einen Verstoß gegen die von ihm bei Antritt des Kanzleramtes beschworene Verfassung, sondern durch freien Entschluß demokratischer Politiker in die staatspolitische Rechtstellung eingesetzt worden, aus der dann seine Diktatur fast zwangsläufig erwachsen mußte. Um diesen Streifblick auf eine gewiß ernste historische Angelegenheit mit einer ironischen Anmerkung zu beenden: Ich gehörte nicht zu jenen Ermächtigungs-Parlamentariern, denn ich war damals nur preußischer Land-

tags-Abgeordneter (und das nur bis zur Auflösung der Länderparlamente).

Damit will ich natürlich nicht behaupten, daß ich mit „Nein“ gestimmt hätte, wäre ich damals MdR gewesen.

Ich befand mich in ähnlicher Lage wie der spätere Bundeskanzler Dr. Adenauer – er gehörte zwar der Zentrums-Partei, aber nicht ihrer Reichstagsfraktion an. Seine Parteifreunde im Wallot-Bau stimmten geschlossen für Hitler – aber sein Name blieb ungenannt, obwohl er als führender Kopf der Partei an ihrer Entscheidung gewiß nicht unbeteiligt war.

Es mag sein, daß die im Reichstag versammelten meist langjährigen Berufsparlamentarier nicht unbeeindruckt waren von Hitlers Persönlichkeit – er hatte am 21. März erstmals vor dem Reichstag gesprochen. Eine tiefergreifende Erklärung für die historische Tatsache der Annahme des Ermächtigungs-Gesetzes ist aber wohl darin zu suchen, daß die deutschen Parlamentarier nach dem katastrophalen Scheitern jeglicher Bemühung, die Folgen des Ersten Weltkrieges und des mißratenen Friedens mit den bisherigen Methoden am Ende ihres Lateins angelangt und zufrieden waren, daß ein „starker Mann“ sie aus ihrem Dilemma und ihrer Verantwortung entließ.

Auch die Sozialdemokraten strichen schließlich ihre Segel: Am 17. Mai 1933 stimmten sie geschlossen Hitlers erster außenpolitischen Erklärung zu, in der er den Versailler Siegermächten bereits den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund androhte.

Das alles sollten die „Zeitgeschichtler“ zur Kenntnis nehmen, die sich seit 1945 damit beschäftigen, dem deutschen Volk die politischen Tatsachen von 1933 mehr zu verschleiern, als sie so lehrreich zu zeigen, wie sie wirklich waren.

*

Zu dem, was die Befürworter des Ermächtigungs-Gesetzes als langjährige politische Kämpfer gegen die NSDAP wußten, gehörten nicht nur die politischen Ansichten, die Hitler in seinem Buch „Mein Kampf“ niedergelegt hatte, sondern auch die Tatsache, daß im Parteiprogramm der NSDAP seit 1920

der Antisemitismus im Sinne einer Forderung der Ausschließung der Juden aus der deutschen Staatsbürgerschaft formuliert war. Wir Nationalsozialisten galten als – und waren auch – entschiedene Gegner des damals nicht nur starken, sondern allgemein sichtbaren jüdischen Einflusses auf das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben in Deutschland.

Das hatte schon bald nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zu scharfen Erklärungen insbesondere des amerikanischen Judentums geführt. Man rief zunächst (das war angesichts der katastrophalen deutschen Wirtschaftslage zu Anfang des Jahres 1933 eine beunruhigende Drohung) zu einem internationalen Boykott deutscher Waren auf. Bereits im März 1933 wurde eine von führenden Vertretern der jüdischen Organisation in USA einberufenen Kundgebung in New Yorks berühmtem Madison Square Garden einberufen, die weltweites Echo fand und den Londoner „Daily Express“ veranlaßte, von einer „jüdischen Kriegserklärung gegen Deutschland“ zu sprechen.

Die Überlegung, wie man die leidenschaftlich entschlossenen jüdischen Führer in Amerika – sie ließen sich von warnenden Stimmen besorgter Juden in Deutschland nicht zurückhalten – zu einer Einstellung ihrer Boykott-Propaganda zwingen könnte, veranlaßte die Münchner Parteileitung zur Proklamierung eines eintägigen „Warn-Boykotts“ gegen alle jüdischen Geschäfte in Deutschland.

Zur Durchführung dieser Aktion waren örtliche Aktions-Ausschüsse gebildet worden, in denen die „NS-Hago“ – eine kurzlebige Mittelstands-Organisation der Partei – dominierte. Es kann kaum bestritten werden, daß in dieser Organisation weniger politische Gedanken als örtliche Konkurrenz-Motive dominierten.

Bereits in der Nacht vor dem 1. April wurden entsprechend den Auskünften der NS-Hago die meisten jüdischen Geschäfte mit Aufschriften „Kauft nicht bei Juden“ gekennzeichnet. Für den Tag selbst hatte man sich der Unterstützung durch die SA versichert, die vor einige jüdische Geschäfte Posten in Uniform stellte. Zwischenfälle gab es bei uns nicht – aber es war offenkundig, daß die Bevölkerung der Aktion keine Sympathie bekundete.

Die innerparteilichen Folgen waren ausgesprochen unerfreulich: Denunzianten-Briefe verdächtigten Personen, bei Juden gekauft zu haben; fanatische Mittelstands-Funktionäre forderten sogar Partei-Ausschlußverfahren gegen Parteimitglieder, die jüdische Geschäfte betreten hatten u.a.m.

Die meisten Gauleiter waren sich in der Beurteilung dieser Aktion einig: „unpopulär und nicht erfolgversprechend."

*

Ganz anders verlief die nächste innenpolitische Großaktion: Wohl für die meisten damaligen Zeitgenossen war es eine Überraschung, als der 1. Mai – bisher streitbarer Bekenntnistag der international-sozialistischen Bewegungen – von der neuen Regierung nicht nur nicht verboten sondern sogar als künftiger staatlicher Feiertag angekündigt wurde.

Das verblüffte vor allem unsere hartgesottenen Klassenkämpfer, die immer noch glaubten, Hitler sei ein „Kapitalisten-Knecht". Das fühlte auch der Verbohrteste: Daß dieser neue nationale Festtag nicht von Hugenberg oder anderen reaktionären Wirtschafts-Kapitänen angeordnet war. Immerhin war unser Entschluß riskant. Man hätte erwarten müssen, daß der 1. Mai – nur wenige Wochen nach der nationalsozialistischen Regierungsübernahme – von den bisherigen marxistischen Organisationen zum Anlaß sichtbarer Opposition genommen werden konnte, als Gelegenheit wirksamer Demonstrationen gegen Hitler.

Nichts dergleichen geschah.

Schon nach dem Verbot der „Eisernen Front" und des „Reichsbanners" am 7. März 1933 war von den bis dahin noch wortgewaltigen Linken nicht einmal ein Protest zu verzeichnen gewesen. Nun, als bekanntgegeben wurde, daß der 1. Mai in diesem Jahr unter nationalsozialistischem Vorzeichen staatlicher Feiertag sein werde, begrüßte es der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund" in einem besonderen Aufruf, „daß die Reichsregierung diesen unseren Tag zum Volksfeiertag" erklärt habe. Nur die paar Mitglieder des SPD-Parteivorstandes, die sich inzwischen nach Prag abgesetzt hatten, riefen aus der dortigen sicheren Etappe ihre zuhause ge-

bliebenen Genossen zum „Generalstreik“ auf, was der ADGB am 19. April mit der entgegengesetzten Empfehlung an seine organisierten Mitglieder beantwortete, sich an den von der Regierung veranstalteten Feiern festlich zu beteiligen!

So marschierten dann am 1. Mai sowohl die sozialdemokratischen wie auch die kommunistischen Arbeiter und Arbeiterinnen in Reih und Glied der von den nationalsozialistischen Funktionären geführten Kolonnen zu den Aufmarschplätzen und lauschten willig, ja begeistert den Parolen des neuen Regimes.

Die unter der Führung der nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO) und unter dem konzentrierten Einsatz unseres Propaganda-Apparates in allen größeren Städten durchgeführten Feiern des 1. Mai nahmen dann in ihrer Gestaltung Ausmaße an, gegen die die Maifeiern der Vergangenheit wie kleine Vereinsfeierlichkeiten anmuteten.

Das gesamte namhafte Rednerkorps der Partei stand an diesem Tag auf den mit dem Hakenkreuzbanner geschmückten Tribünen der Massenkundgebungen und sprach zu den auf den großen Plätzen geschlossen aufmarschierten Betriebsgefolgschaften über das sozialpolitische Programm des neuen Staates.

In Berlin, wo auf dem Tempelhofer Feld die größte dieser Kundgebungen stattfand, marschierte sogar die Schalmeienkapelle der Gewerkschaftsschule mit Marschmusik hinter den Hakenkreuzfahnen zur Kundgebung. Und selbst für den verbohrtesten linken Klassenkämpfer mußte es wie eine Krönung des Maifeiertages wirken, als Hitler hier inmitten des Großberliner „Proletariats“ als Teil seines Regierungs-Programms eine allgemeine Arbeitsdienstpflicht für die deutsche Jugend ankündigte.

Das war für uns in Halle ein besonderes Ereignis. Wir hatten nach längeren Vorbereitungen in der Gauleitung bereits im Oktober 1932 eine Organisation für freiwilligen Arbeitsdienst im Regierungsbezirk Merseburg geschaffen, und so konnten wir – auf diese Organisation aufbauend – später bei der Einführung der Arbeitsdienstpflicht, die nach unserer Ansicht eine national-erzieherische Notwendigkeit war, organisatorisch vorangehen. Bereits im Oktober 1933 war der Arbeitsgau 14 Merseburg offiziell eingesetzt, ein halbes Jahr danach

hatten schon 5000 junge Männer unseres Gaues freiwillig den Spaten geschultert – noch vor Einführung der gesetzlichen Arbeitsdienstpflicht.

Die denkwürdige Berliner Kundgebung am 1. Mai 1933 fand nachmittags statt. Am Vormittag des Tages wurden die örtlichen Aufmärsche organisiert. Noch nie hatte ich zu einer solchen Menschenmenge gesprochen: In unserer Gauhauptstadt Halle waren über 100000 Arbeiter und Arbeiterinnen aufmarschiert, um mein Bekenntnis des nationalen Sozialismus zu hören. Stärker als jemals zuvor glaubte ich im ehrlichen Beifall der Massen die Gewißheit unseres Sieges als einer in allen Schichten des Volkes erwachten Volksgemeinschaft zu empfinden.

Nachmittags ging es in den Sälen der Städte und Dörfer fröhlich und ausgelassen zu. Ich fuhr mit einigen Begleitern in Zivil über Land; wir mischten uns unter die tanzenden Runden – und erlebten die ehrliche Wirklichkeit: aller Haß der letzten Jahre war vergessen, keine Parteitrennung stand mehr zwischen uns. Es mag manche bisherige Kommunistin unter den Arbeiterinnen gewesen sein, die ich beim Tanzen schwenkte, während die Umstehenden Beifall klatschten. Unter den vielen Händen, die ich an diesem Tage drückte, waren gewiß manche, die mir noch wenige Wochen vorher als geballte Faust entgegengedroht hatte.

Als der lange Tag zu Ende war, wußte ich: das war mehr als vordem die gewonnenen Saalschlachten. Jetzt erst war unser politischer Umsturz wirklich geschehen. Wir hatten den Weg zum Herz des deutschen Arbeiters gefunden.

Die Barrikaden waren gefallen: mein Traum von der Volksgemeinschaft schien Wirklichkeit zu werden.

Die „Gleichschaltung“

Am Tage, nachdem die Millionen-Kolonnen der deutschen Arbeiter hinter wallenden Hakenkreuz-Fahnen zu unseren Kundgebungen marschiert waren und der 1. Mai offiziell Aufnahme in das Kalendarium der deutschen Feiertage gefunden hatte, erfolgte unangekündigt die Übernahme der Gewerkschaften – mit dem Ziel der anschließend erfolgten Überführung in die neugeschaffene Organisation der „Deutschen Arbeitsfront“.

Zu deren Führer hatte Hitler Dr. Robert Ley berufen, der auch die handstreichartige Aktion gegen die Gewerkschafts-Dienststellen organisierte. Ausgangspunkt und Trägerin der Planung war die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO). Sie galt als „angeschlossener Verband der NSDAP“ und war wie die Partei in Gaue und Kreise gegliedert.

Bereits vor dem 1. Mai hatte Dr. Ley die Gauamtsleiter der NSBO nach Berlin bestellt und ihnen genaue Anweisungen erteilt.

In den Morgenstunden des 2. Mai – genau um 10 Uhr – wurden im ganzen Reich schlagartig sämtliche Gewerkschaftshäuser und -Dienststellen durch NSBO-Trupps oder durch SA-Abteilungen umstellt; der örtlich zuständige NSBO-Leiter eröffnete dem verantwortlichen Funktionär der Gewerkschaften, daß deren Leitung von dieser Stunde an auf die NSBO übergehe und deren Anweisungen unverzüglich Folge zu leisten sei.

Wir hatten Anlaß zu erwarten, daß es keine Schwierigkeiten geben würde.

Bereits am 21. März hatte Theodor Leipart als Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an Hitler geschrieben und ihm nachgiebig mitgeteilt, daß die Gewerkschaften nicht beabsichtigten, sich in die Politik des Staates einzumischen. Sie sähen ihre Aufgabe nur darin, berechtigte Wünsche der Arbeiterschaft in bezug auf Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung zuzuleiten und ihr mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen dienlich zu sein.

Nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes – am 29. März – schrieb Leipart noch einmal an Hitler und bot ihm die restlose Lösung der Gewerkschaften von der SPD an. Schließlich hatte am 9. April der gesamte Bundesvorstand des ADGB der Reichsregierung offiziell die Erklärung abgegeben, den Gewerkschaftsbund „in den Dienst des neuen Staates zu stellen". Falls es für notwendig gehalten werde, sei der Bundesausschuß auch mit der Einsetzung eines Reichskommissars für die Gewerkschaften einverstanden.

Hitler verfuhr auch hier nach dem Satz: „Was fällt, das soll man stoßen."

Angesichts dieser Vorgeschichte konnte die Präzision, mit der die Aktion des 2. Mai ablief, kaum noch überraschen. Innerhalb einer knappen Stunde war die Übernahme fast aller Gewerkschaften im ganzen Reich erfolgt.

Das konnte nicht mehr als Umsturz oder gar als Revolution gelten – hier war das damals durch Verordnung des Reichspräsidenten zur Einsetzung von Reichskommissaren in den süddeutschen Ländern am 9. März 1933 amtlich geprägte Wort von der „Gleichschaltung" am Platze. Dieses Schlagwort charakterisierte treffend eine monatelange Entwicklung, die schließlich nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens erfaßte.

„Gleichschaltung" das bedeutete: Übernahme der Verantwortung durch Nationalsozialisten oder – in zunehmendem Maße – durch Personen, die sich als solche erklärten und uns ihre Dienste anboten.

Im Wellenschlag dieser „Gleichschaltung" hatte sich unsere Gauleitung aus einer ruhigen Dienststelle in eine überlaufene Behörde verwandelt. Es waren weniger mehr die alten Parteigenossen, die zu uns kamen, um politisch Neues zu erfahren und sich Weisungen zu holen, als vielmehr Nicht- oder Nochnicht-Parteigenossen. Die meisten von ihnen hatten „schon immer der NSDAP beitreten wollen", waren „innerlich stets Gegner der November-Republik gewesen", waren jedoch aus beruflichen oder gesellschaftlichen Gründen gehindert, ihre Sympathie für uns öffentlichen Ausdruck zu geben; jetzt stellten sie um so beredter den Antrag auf Partei-Mitgliedschaft – nicht selten bereits ausgerüstet mit Denkschriften und Vorschlägen wofür oder gegen wen „etwas geschehen" müsse.

Unter dem Eindruck solcher Bewerbungen und Bekenntnisse sandte ich an die Reichsleitung nach München einen mehrseitig begründeten Antrag, die Aufnahme neuer Partei-Mitglieder zunächst ab dem 30. Januar 1933 einzustellen, um die Homogenität der Partei zu wahren und sie vor dem Ansturm von Opportunisten und spekulierenden Nutznießern abzuschirmen.

Solche Anträge waren auch von anderen Gauleitern gestellt worden. Es dauerte aber eine ganze Weile, bis die von uns gewünschte und zweifellos nötige Mitgliedersperre ausgesprochen wurde: einerseits war dem Reichsschatzmeister aus finanziellen Gründen ein Mitgliederzustrom dringend erwünscht, andererseits brauchte die Partei unzweifelhaft eine Verstärkung durch fachlich brauchbare Kräfte.

Das hinderte mich nicht, meine persönliche Einstellung zu dem Problem im Gau Halle-Merseburg anschaulich dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß ich in den Wartezimmern der besonders bestürmten Parteidienststellen einen derben Wandspruch aushängen ließ:

„Die über Nacht sich umgestellt,
und sich zu jedem Staat bekennen,
das sind die Praktiker der Welt,
man könnte sie auch Lumpen nennen."

Das war eine harte Sprache (ich glaube mich zu entsinnen daß dieser Sinnspruch vom damaligen Reichsjugendführer von Schirach in Umlauf gesetzt wurde). Vielleicht hat dieses grobe Wort sogar manchen abgestoßen, den wir mit gutem Gewissen hätten aufnehmen sollen – wie überhaupt zu sagen ist, daß doch auch sehr viele der Spätgekommenen – man nannte sie ironisch die „Märzgefallenen" – sich im Laufe der Jahre und nicht zuletzt unter den harten Belastungen des Krieges als ehrliche und tüchtige Mitarbeiter erwiesen haben.

Was die Gewerkschaften betraf, so vollzog sich ihre „Gleichschaltung" nicht nur aus allgemeinen politischen Gründen so reibungslos. Was wir zunächst nicht ahnten: sie waren dem finanziellen Ruin nahe gewesen.

Unsere NSBO-Funktionäre hatten einerseits die Weisung, das Personal der Gewerkschafts-Dienststellen möglichst weiter zu beschäftigen, andererseits unter Heranziehung fachlicher Experten eine genaue Bestandsaufnahme durchzuführen. Dabei

stellte sich heraus, daß unsere bisherigen Vorstellungen von der finanziellen Machtstellung der gewerkschaftlichen Organisationen Irrtum waren. Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit hatten auch hier katastrophal gewirkt. In einer Besprechung, die kurze Zeit nach der Übernahme der Gewerkschaften in Berlin stattfand und in der Dr. Ley über den Verlauf und das Ergebnis der Aktion Bericht erstattete, bewies er an Hand von Zahlen, daß diese nur äußerlich imponierenden Organisationen finanziell nahezu bankrott waren. Die „Deutsche Arbeitsfront" erhielt an Aktiva als Gewerkschaftsvermögen ganze 50 Millionen Mark, denen Hypotheken und andere Schulden in etwa gleicher Höhe gegenüberstanden. Der Zinsendienst für diese Schulden verschlang beträchtliche Teile der laufenden Beitragseinnahmen.

Diese Beträge werden erst richtig deutlich, wenn man weiß, daß die heutigen Gewerkschaften nach 1945 aus dem DAF-Vermögen durch die Alliierten Vermögenswerte von 1650 Millionen Mark zugewiesen erhielten!

Nach der Übernahme der Gewerkschaften war im Wellenschlag der „Gleichschaltung" das wichtigste und folgenreichste Ereignis die Auflösung der sog. „bürgerlichen" Parteien.

Ihr vorangegangen war eine merkwürdige Entwicklung bei den Sozialdemokraten: deren bekanntesten Führer waren nach Prag emigriert, ohne auf ihre Ämter zu verzichten, offenbar mit der Absicht, von der Tschecho-Slowakei aus weiterhin auf die deutsche Innenpolitik einzuwirken. Das bot der Reichsregierung Anlaß, die Rest-SPD im Reichsgebiet aufzulösen. Auch das geschah ohne jeglichen Widerstand. Die im Reich verbliebenen Führer der alten Klassenkampf-Partei brachten nicht einmal mehr den Mut und die Kraft zu einem formalen Protest auf. Der damalige Untergang der SPD trug keinerlei heroische Züge. Einer ihrer Landesverbände empfahl sogar den Inhabern sozialdemokratischer Abgeordneten-Mandate, „ihre Tätigkeit in einem Sinne auszuüben, der weder einen Zweifel an ihrer nationalen Gesinnung noch an dem guten Willen zuläßt, die politische Neubildung Deutschlands nach den Plänen der nationalen Revolution zu unterstützen".

Das war ein Bekenntnis aus dem gleichen Geiste freiwilliger Selbstaufgabe, der in jenen Wochen dann auch die sog. bürger-

lichen Parteien befiel. Durch Regierungsakte waren die beiden marxistischen Parteien ausgeschaltet worden. Alle anderen politischen Organisationen schritten in den ereignisreichen Wochen des Juni und Juli 1933 ungezwungen, aus eigenem Ermessen, aus eigener Entscheidung ihrer Führung zur Selbstauflösung. Man mag darin ein taktisches Zuvorkommen gegenüber Plänen Hitlers sehen – es bleibt trotzdem die Feststellung eines widerstandslosen Abtretens aus der politischen Arena.

Den Anfang machte die im Kabinett Hitler als Koalitionspartei vertretene Deutschnationale Volkspartei. Einige ihrer Abgeordneten kandidierten später auf den Wahlvorschlägen der NSDAP und galten als Hospitanten der NSDAP-Fraktion im Reichstag.

Die katholische Bayerische Volkspartei gab in ihrem Auflösungsbeschluß ihren seitherigen Mitgliedern die Aufforderung auf den Weg: „unter der unmittelbaren Führung Adolf Hitlers am Aufbau des neuen Deutschlands mitzuwirken".

Die seit Bismarcks Zeiten einflußreiche, seit 1919 geradezu beherrschende Zentrums-Partei – ohne ihre Mitwirkung war in der Weimarer Republik fast keine Regierung denkbar – gab am 5. Juli 1933 den Auflösungsbeschluß des Parteivorstandes in einer Erklärung kund, in der sie ihre Anhänger aufforderte, „ihre Kraft und Erfahrungen der unter Führung des Herrn Reichskanzlers stehenden nationalen Front zur positiven Mitarbeit im Sinne der Festigung unserer nationalen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Ordnung rückhaltlos zur Verfügung zu stellen".

Derart war auch diese weltanschaulich so konstante Partei am Ende ihres Selbstbewußtseins und ihres eigenen politischen Willens angelangt.

Es waren das nicht etwa zweideutige, sondern eindeutige Erklärungen – wir alten Gauleiter kamen damals aus dem Staunen nicht heraus. Ich weiß aus einem späteren Gespräch: auch Hitler selbst war verblüfft. Eine derart kampflose Selbstaufgabe der bürgerlichen Parteien, so weitgehende Beteuerungen der Loyalität und Bereitschaft zur Mitarbeit hatte er um so weniger erwartet, als in seiner Regierung die nationalsozialistischen Minister – zunächst nur Frick und Göring – in der Minderheit waren. Zu seiner eigenen überraschten Verwunde-

rung war ihm der Weg in die Diktatur kampflos freigegeben worden.

Wie stets handelte Hitler sofort: Am 14. Juli 1933 erließ er das Gesetz, durch das die NSDAP zur einzigen politischen Partei des Reiches erklärt und die Weiterführung oder Neugründung jeder anderen politischen Partei verboten wurde.

Dieses Gesetz wurde von einem Reichskabinett in Kraft gesetzt, in dem nur wenige Minister Nationalsozialisten waren. Der Vizekanzler, der Außen-, Finanz-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Arbeitsminister mußten nach der Konstellation des Vorjahres 1932 sogar als bisherige Gegner der NSDAP beurteilt werden. Es gibt für mich keinen Zweifel, daß die Auflösung der bisherigen und das Verbot neuer Parteien ein ernster und folgenschwerer innenpolitischer Fehler war. Dadurch wurden unsere Gegner unsichtbar, die offene Auseinandersetzung unmöglich, die Partei erstarrte, Diktatur wurde zur Konstitution.

Trotzdem blieb Hitler auch in diesen Tagen der Segen der Kirche nicht versagt. Am 22. Juli 1933 erfolgte zur Überraschung der ganzen Welt der Abschluß eines Konkordates zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich. Die noch vor Jahresfrist als Neuheiden verschrieenen Nationalsozialisten waren nunmehr als Vertragspartner des Papstes anerkannt.

Mir – dem einstigen katholischen Junglehrer – bedeutete es etwas, als ich erfuhr, was der Münchner Kardinal Faulhaber am 24. Juli 1933 an Hitler schrieb:

„Was die alten Parlamente und Parteien in 60 Jahren nicht fertigbrachten, hat Ihr staatsmännischer Weitblick in sechs Monaten weltgeschichtlich verwirklicht."

*

Alles dieses überraschende Geschehen war und bleibt natürlich nur dadurch erklärbar, daß sich damals im deutschen Dasein eine ernstliche Veränderung vollzog. Wir blieben nicht bei Reden, Flaggenhissungen und Aufmärschen stehen, sondern waren uns vom ersten Tag der Machtergreifung an bewußt, daß nun eine deutsche Gesundung einsetzen mußte.

Mit der Frage, ob es uns gelingen würde, unserer Parole „Arbeit und Brot“ in der Wirklichkeit Geltung zu verschaffen, mußte sich die Existenz unseres Regimes entscheiden.

Im Arbeitergau Halle-Merseburg fühlten wir uns geradezu als „Werkstätte des Aufbaus“, und ich betrachtete es als wichtigste Aufgabe der Partei, in der „Arbeitsschlacht“ als treibende Kraft zu wirken. Wir hatten uns schon im Jahre 1932 gedanklich darauf vorbereitet.

In unserem Raume mit seiner massierten und doch hochspezialisierten Industrie einerseits und einer Riesenarmee von politisch radikalisierten Arbeitslosen konnte die Maschinerie der Wirtschaft nur unter dem gelenkten Einsatz aller Kräfte angekurbelt werden. Dazu gab es keine gesetzlichen Grundlagen, wohl aber die Initiative und permanente Führung der Partei und ihrer in alle Lebensbereiche eindringenden Organisationen.

Die mit dem Ziel der wirtschaftlichen Belebung, der Wiederingangsetzung stillgelegter und der Schaffung neuer Arbeitsplätze angesetzten Besprechungen am runden Tisch jagten sich geradezu in jenen Jahren nach 1933. Wohl zum ersten Male fanden sich hier die bisher in Klassenkampf und Klassenhaß verfeindeten Funktionäre der Unternehmer und der Arbeitnehmer zusammen, um über ein gemeinsam erkanntes Ziel und die gemeinsame Durchsetzung nüchtern zu beraten.

Was man heute „konzertierte Aktion“ nennt, das wurde damals schon vorexerziert. Allen – vom Generaldirektor bis zum Mann an der Gießmulde war klar geworden – und wurde notfalls klargemacht –, daß es galt, gemeinsam in die Speichen des Räderwerks der Wirtschaft zu greifen, um den gelähmten Prozeß von Erzeugung, Verteilung und des Konsums wieder in Bewegung zu bringen.

In allen diesen Besprechungen gab es keine Betriebs- oder Branchen-Geheimnisse mehr. In offener, ehrlicher Diskussion wurde über Leistungsmöglichkeiten, Produktionszahlen und Absatzbewegungen gesprochen; wir politischen Starthelfer gewannen einen ungeschminkten und gründlichen Überblick. Für mich persönlich war diese damalige Kooperationstätigkeit die beste Vorbereitung für meine spätere Aufgabe als Reichsverteidigungskommissar während des Krieges, als der ich die

Rüstungswirtschaft eines ganzen Wehrkreises und noch dazu die gesamte zivile Produktion mit den militärischen Belangen in Übereinstimmung bringen mußte. Damals – in den Jahren 1933–1935 – dachten wir freilich noch nicht an die Rüstung; sie spielte volkswirtschaftlich noch keine Rolle, es ging lediglich darum, die brachliegende Arbeitskraft wieder in Leistung umzusetzen.

Unser wichtigstes Kapitel war damals jene Welle des Vertrauens in die Gegenwart und in die Zukunft des neugeschaffenen Staates, die auch die einzige Erklärung des Phänomens der „Gleichschaltung" gewesen ist. Wirtschaftlich erbrachte sie eine kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen politischer Führung, der Industrie, dem Handwerk, den Finanzierungs-Organen und nicht zuletzt den in Betracht kommenden Dienststellen des Reiches. In der amerikanischen Manager-Sprache von heute wäre das, was uns damals im Gau Halle-Merseburg und in allen anderen Industrie-Gauen des Reiches zur Selbstverständlichkeit wurde, mit dem Begriff „nationales team-work" treffend bezeichnet.

Der Erfolg blieb nicht aus. Von Monat zu Monat sanken die Arbeitslosen-Zahlen, und mit jeder neuen Zwischenbilanz stieg die Zuversicht, die Überzeugung, daß Hitlers Staat Ordnung und Aufbau bedeutete.

Es war nicht nur in Halle-Merseburg so. Die Entwicklung der Arbeitslosenzahl für das ganze Reichsgebiet spricht eine eindeutige Sprache; die Zahlen der statistisch erfaßten Arbeitslosen im Reichsgebiet betrugen:

am 31. Januar 1933	6,013 Millionen
am 30. Juni 1933	4,856 Millionen
am 31. Dezember 1933	4,059 Millionen
am 31. Januar 1934	3,773 Millionen
am 30. Juni 1934	2,880 Millionen
am 31. Januar 1935	2,947 Millionen
am 30. Juni 1935	1,710 Millionen (einschl. Saargebiet).

Erst ab Ende 1935 – nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht – machten sich die Rüstungsaufträge wirtschaftlich bemerkbar. Noch ohne eine solche Konjunkturhilfe waren inner-

halb von zwei Jahren nicht weniger als vier Millionen Arbeitslose wieder in den Wirtschaftsprozeß eingegliedert worden.

So hatte die Gleichschaltung nicht nur Barrieren beseitigt, sondern auch Kräfte mobilisiert. Wir hatten nicht nur Ansprüche angemeldet, sondern auch Erwartungen erfüllt und Leistungen erbracht. Und das war nicht durch „faschistische Befehle“ geschehen, sondern durch Einsicht und Willensbildung, an der alle Schichten des Volkes Anteil nahmen und Anteil hatten.

Eine zweite Revolution?

Im Frühsommer 1933 – es muß im Juni oder Juli gewesen sein – lud Hitler uns Gauleiter erstmals nach Berlin in die Reichskanzlei ein.

Bei der Einfahrt in den Vorhof salutierten die Posten des Wachregiments vor uns, den „Generalen der Revolution". Hitlers Chefadjutant Brückner erwartete uns und führte uns zu Hitler, der uns mit strahlenden Augen begrüßte. Er war ganz Kamerad und Gastgeber, erzählte im kleinen Kreise ungezwungen von seinen ersten Eindrücken in seinem nunmehrigen Dienstsitz. Er ließ uns auch einen Blick werfen in die damals von ihm noch nicht bewohnten, später zur sog. Führerwohnung umgestalteten Räume der alten Reichskanzlei; angesichts der verstaubten Stuckarchitektur meinte er: „Hier lebte bisher noch das 19. Jahrhundert."

Dann sprach er zu uns über die tiefgreifend veränderte politische Lage und über die Funktion, die der Partei in Zukunft zugewiesen sei. Aus dem Glauben, den Opfern, dem Willen und der Disziplin der nationalsozialistischen Bewegung habe sich die politische Wende, die nationale Erhebung vollzogen. Nun müsse der neue – unser – Staat aufgebaut werden.

Hitler ließ uns nicht im Unklaren: Dem Staat – ihm eindeutig und ihm allein – komme die Aufgabe der Exekutive zu, während es die Aufgabe der Bewegung sei und bleiben müsse – ebenso eindeutig und allein –, für die politische Führung und Erziehung des Volkes zu wirken und den Staat mit dem politischen Gedankengut des Nationalsozialismus zu durchdringen.

Die staatliche Verwaltung bezeichnete Hitler als eine „sehr diffizile Maschinerie", mit ihren vielen einzelnen Sachgebieten ineinander verzahnt; sie funktioniere mehr nach dem statischen als nach dem dynamischen Prinzip. Beim behördlichen Apparat komme es auf die Spitzenpersönlichkeiten an den Schalt- und Hebelstellen an. Auch der nationalsozialistische Staat – und gerade er – bedürfe einer sauberen und gut funktionierenden Verwaltungsapparatur, einer „vernunftgemäßen Bürokratie". Deshalb sei die staatliche Hierarchie für die nationalsoziali-

stische Revolution kein Experimentiergelände, auf dem sich der Sturm und Drang permanenter Pseudo- und Super-Revolutionäre austoben dürfe. In der komplizierten staatlichen Organisation müsse die Reform an Haupt und Gliedern sowohl personell wie sachlich mit besonderer Überlegung und Bedachtsamkeit begonnen und durchgeführt werden.

Die Entfernung staatsfeindlicher Elemente sei selbstverständlich und unumgänglich. Für aktive und unversöhnliche Gegner des Nationalsozialismus sei im Beamtentum kein Platz. Wir dürften aber in unserer Personalpolitik nicht dieselben Fehler begehen, die wir den Parteien des Novemberstaates mit Recht und Empörung zum Vorwurf gemacht hätten. Manchem möge sich im revolutionären Umbruch der Vater Staat mit seinen wohldotierten Planstellen als eine angenehme Versorgung anbieten – seien es die vielen nunmehr in allen unseren Vorzimmern sich aufdrängenden Stellenjäger, oder seien es in vereinzelten Fällen „unterbringungsbedürftige" Parteigenossen, deren sachliche Eignung nicht gegeben ist. Unser Staat werde aber nur dann in Zukunft Träger unseres Willens sein, wenn sein Beamtentum nicht nur gewillt, sondern auch imstande ist, uneigennützig Diener des Volksganzen zu sein. Ein besonderes Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums im staatlichen und kommunalen Leben sei in Vorbereitung. Der Reichsinnenminister Dr. Frick – sowohl alter Parteigenosse als auch erfahrener Verwaltungs-Fachmann – werde dieses Gesetz ausarbeiten. Sobald es vorliege, müßten alle willkürlichen und ungesetzlichen Eingriffe in die Zuständigkeiten und in die Personalien des Staates beendet sein.

Wir begriffen, was Hitler meinte: Der turbulente Umsturz war beendet, die Ordnung sollte wieder beherrschendes Gesetz sein – und wir, die Gauleiter, mußten dafür sorgen, daß die Partei nicht dagegen verstieß.

Hitler wurde ganz deutlich: Jede Revolution unterliege dem Gesetz, daß sie nur Mittel zu einem höheren fortschrittlichen Zweck sein dürfe. „Eine permanente Revolution gibt es nicht, sie wäre ein Widerspruch in sich selbst." Jede verantwortliche Führung einer revolutionären Bewegung müsse frühzeitig den Zeitpunkt erkennen, an dem die Phase des Umsturzes beendet werden und die evolutionäre Phase beginnen müsse. Daß

unsere Revolution unblutig verlaufen sei, erschwere gerade diese Feststellung, sie dennoch rechtzeitig zu treffen, sei jedoch von schicksalhafter Bedeutung.

Karl Marx habe einmal – und in diesem Punkt ausnahmsweise mit Recht – die Revolutionen im Leben der Völker die „Lokomotiven der Geschichte" genannt. Wenn unsere Revolution als die Antriebskraft der sich nunmehr vollziehenden deutschen Geschichte ihren Weg über fast unüberwindbare Hindernisse, an Abgründen vorbei, gegen die Abwehr einer massiv gegnerischen Welt, unter Aufbietung aller Vorwärtskräfte den Weg zum Gipfel gefunden habe, nunmehr aber mit gleicher Dynamik, gewissermaßen unter Volldampf, von keinem Widerstand mehr gehindert, diese Fahrt so fortsetzen wollte, so könnte das zu einer „rasenden Todesfahrt ins Tal" werden. Für solche selbstmörderische Todesfahrten revolutionärer Aufstände gebe es in der Geschichte der Menschheit Beispiele genug.

Hitler erklärte: „Wir haben unsere Revolution nicht um ihrer selbst willen gemacht, sondern um die deutsche Volksgemeinschaft politische Wirklichkeit werden zu lassen. Sie ist und bleibt das Ziel, das auch den weiteren Weg bestimmen wird. Damit ist die bisherige revolutionäre Phase des Kampfes beendet und die evolutionäre Phase des Aufbaues hat begonnen."

Die Devise dieses Aufbaues laute: „Mit dem Volk – für das Volk." Ihm zu dienen sei sowohl die Aufgabe der Partei als auch die des neuen Staates. Unser wirklicher Sieg werde davon abhängen, ob es gelinge, die dynamischen Kräfte der Bewegung diszipliniert und gezügelt in den Aufbau dieses Staates einmünden zu lassen.

Diesmal hatte Hitler ganz anders als bisher zu uns gesprochen; er hatte uns neue, nunmehr staatspolitische Aufgaben gezeigt – und uns auch damit überzeugt.

Anschließend lud Hitler uns – auch das eine Neuerung – zu einem einfachen Essen ein; von da ab galt jeder von uns, wenn er in Berlin war, als stillschweigend zu seiner Tischrunde geladen; mir ist sie als immer erlebnisreich, anregend, ja erwärmend in unvergeßlicher Erinnerung.

*

Hitlers Worte von der Evolution, die eine Revolution beenden müsse, von der „rasenden Lokomotive", die „zerschellen" könne, gewannen innerhalb Jahresfrist – am 30. Juni 1934 – blutige Bedeutung.

Während wir Gauleiter von der uns gestellten neuen Aufgabe nicht nur unschwer überzeugt werden sondern sie auch im Rahmen unserer politischen Organisation erfüllen konnten, stellte die Veränderung der innenpolitischen Lage die bislang neben der Partei nach militärischen Gesichtspunkten organisierte SA vor ein Existenzproblem, an dem sie schließlich auf tragische Weise gescheitert ist.

Seit ihrem Bestehen hat die SA ihre wichtigste Aufgabe darin gesehen und gehabt, unsere innenpolitischen Gegner zu bekämpfen. Ihr Leitwort war Hitlers Satz: „Terror kann nur durch Gegenterror gebrochen werden" – das hatte sie aktiviert, gehärtet und schlagfertig gemacht. In Versammlungen, auf den Straßen und in den Betrieben war sie „der starke Arm der Bewegung".

Nun waren die Gegner fast blitzartig von der Bildfläche verschwunden; ihre aktiven Führer waren aus dem politischen Leben ausgeschaltet, die breite Masse aber als „Arbeiter der Stirn und der Faust" unter dem Vorzeichen der nationalen Versöhnung in die anlaufende Aufbau-Organisation eingeschaltet worden. Für die SA als militante Kampforganisation gab es keine Aufgabe mehr – und gerade in diesem Stadium war ihre zahlenmäßige Stärke auf vier Millionen Mann angewachsen.

Die Führung der SA fühlte sich überdies – gemessen an ihrem vorhergegangenen harten Einsatz – bei der Verteilung der neuen Machtpositionen benachteiligt, wenn nicht übergangen. Es war der begreifliche Wunschtraum vieler höherer SA-Führer, die Keimzelle einer nationalsozialistischen Wehrmacht zu bilden. Das scheiterte zunächst daran, daß an Aufrüstung noch nicht zu denken war – die deutsche Gleichberechtigungs-Forderung richtete sich noch nach den Regeln von Versailles; erst als die Siegermächte von 1918 die versprochene eigene Abrüstung verweigerten, begann der ernsthafte Ausbau des 100000-Mann-Heeres. Von Bedeutung war auch, daß Hitler bei der Regierungsbildung dem Reichspräsidenten ausdrücklich zugesagt hatte, politische Eingriffe in die Reichswehr zu

unterlassen. Auf diese Zusage gestützt, lehnte der neue Reichswehrminister von Blomberg trotz allen Drängens sowohl Görings wie des Stabschefs Röhm eine Übernahme von SA-Führern in die Reichswehr ab.

Obwohl Hitler sich als Führer der NSDAP gedanklich zur Idee des „politischen Soldaten" bekannte, hat er dennoch die prinzipiell unpolitische Reichswehr schon frühzeitig klar und unmißverständlich zum „einzigen Waffenträger der Nation" erklärt. Das entsprach dem, was er uns über die Beendigung der „Revolution" und den Übergang zur „Evolution" gesagt hatte. In unseren Reihen wurde freilich schon damals die Frage gestellt, ob nicht in diesem Bereich der Umbruch zu früh beendet worden sei.

Nach dem am 14. Oktober 1933 erfolgten demonstrativen Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund – mit dem berechtigten Argument, daß dem Reich trotz seiner Erfüllungspolitik bislang die Gleichberechtigung versagt worden war – trat immerhin eine Situation ein, in der die Reichswehr-Führung sich selbst auf die SA stützte: Um in dem gemäß dem Friedensvertrag von 1919 immer noch „entmilitarisierten" Rheinland gegen ein mögliches Eingreifen Frankreichs Sicherung zu schaffen, gab der – später durch seine Rolle am 20. Juli 1944 bekanntgewordene – damalige Generalstabschef des Heeres Generalleutnant Beck den Auftrag an die SA, die wehrtauglichen Männer der linksrheinischen Gebiete zu erfassen und sie im Falle eines französischen Einmarsches nach Osten zu dirigieren, um – gemeinsam mit der preußischen Landespolizei – auf dem Westufer des Rheines wenigstens Brückenköpfe zu bilden und sie im Ernstfall zu verteidigen.

Der Stabschef der SA Ernst Röhm, den Hitler im Dezember 1933 zum „Reichsminister ohne Geschäftsbereich" ernannte, um ihm eine Geste der Anerkennung für die politische Leistung der SA in der Kampfzeit zu erweisen, gab sich freilich nicht zufrieden. Er versuchte nach dem Scheitern der Abrüstungs-Konferenz ein eigenes wehrpolitisches Konzept zu entwickeln: neben der Reichswehr sollte eine etwa 300000 Mann starke „Miliz" enstehen.

Die Gegensätze spitzten sich zu, als Hitler in einer vertraulichen Tagung, zu der die Wehrmachts-Befehlshaber und die SA-

Führer zusammengefaßt worden waren, sich klar und scharf gegen eine solche Miliz aussprach. Sein wehrpolitisches Programm zielte auf eine moderne motorisierte Armee aufgrund der allgemeinen Wehrpflicht. Deutlich genug sagte er, wer ihm „bei der Verwirklichung dieses seines Programmes in den Arm falle, den werde er zerschlagen".

Diese Rede wurde von einer Reihe von SA-Führern kritisiert, und diese Kritik blieb weder Hitler noch der Reichswehr-Generalität verborgen.

Auch im persönlichen Gespräch – im März 1934 – machte Hitler Röhm gegenüber seinen Standpunkt unmißverständlich klar.

In jenen Wochen wurde dennoch fühlbar, daß die SA-Führung sich einem wehrpolitischen Konzept, das ihr keine neue Aufgabe zuwies, nicht beugen wollte. Hitler – darauf angesprochen – meinte: „Wir müssen die Sache ausreifen lassen." In größerem Kreis erklärte er: „Ich werde einer zweiten Revolutionswelle mich energisch widersetzen, denn sie würde unweigerlich ein Chaos bewirken."

Mittlerweile wurden die Spannungen zwischen SA und Wehrmacht, zwischen SA und politischer Parteiorganisation, zwischen SA und SS immer deutlicher sichtbar.

Gerüchte über die homosexuelle Veranlagung Röhms und mancher, meist seiner „wildesten" SA-Führer mehrten sich und drangen auch in die parteiinternen Diskussionen ein. Pompöses Auftreten dieser Führer, Trunkenheits-Exzesse beunruhigten die Partei. Solcher Kritik traten höhere SA-Führer unbeherrscht entgegen, sie sprachen provozierend genau von der „zweiten Revolution", die Hitler ablehnte.

Im engen Kreise dramatisiert sich die Spannung: Himmler und Heydrich stellen Listen von Leuten auf, die „eines Tages" verhaftet werden sollen. Göring – damals oberster Chef der Geheimen Staatspolizei in Preußen – und der Generalmajor von Reichenau, Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, billigen diese Listen. Vom früheren Reichskanzler von Schleicher verlautet, daß er sich bereits mit einer neuen Ministerliste beschäftigt, auf der Röhm als Reichswehr-Minister fungiert. Röhm wiederum besucht Gregor Strasser, den seit dem Dezember 1932 Verfemten.

Jeder beobachtet jeden, jeder Schritt hat politische Bedeutung.

Mitte Juni ist Hitler in Venedig; er trifft sich dort erstmals mit Mussolini, dem einzigen Regierungschef der Versailler Mächte, den er aus der Siegerfront auf die deutsche Seite zu ziehen hofft. Zweifellos verdeutlicht ihm Mussolini, wie deutschfeindlich die französische Politik und wie stark die französische Armee geblieben ist.

Unbeantwortet ist die historische Frage, ob Mussolini in seinen Gesprächen unter vier Augen Hitler direkt auf das Röhm-Problem angesprochen hat. Bei seiner Rückkehr aus Italien sagt Hitler schon auf dem Flughafen Tempelhof: „Mit dem Gerede von der ‚zweiten Revolution' trennt mich die SA von allen vernünftigen Elementen in Deutschland. Ich bin kein Lenin – ich will Ordnung."

Am 23. Juni ist Hitler zu Besuch bei Hindenburg. Der Reichspräsident unterrichtet ihn von Schleichers Plänen und warnt ihn erneut vor Röhm; er rät Hitler dringend „in seinem Hause Ordnung zu schaffen". Zwei Tage später spricht Rudolf Hess öffentlich gegen eine „zweite Revolution".

Am 27. Juni scheint Hitler sich endgültig entschlossen zu haben; er verteilt die Rollen für die bevorstehende Aktion zwischen sich und Göring. Hitler übernimmt Wiessee, Göring Berlin.

Am 28. Juni wird für die Reichswehr Alarmbereitschaft befohlen.

Am 29. Juni ist Hitler Hochzeitsgast in Essen bei der Hochzeit des Gauleiters Terboven.

In Bad Godesberg, wo er den Abend verbringt, erreicht ihn eine Meldung, die aus dem Amt „Abwehr" im Reichswehrministerium stammt: Man habe einen Befehl Röhms gefunden, „sich zu bewaffnen" – der Tag sei gekommen.

Soweit die inneren Zusammenhänge, wie sie mir bekannt geworden sind und sich in meiner Erinnerung abzeichnen.

Die weiteren allgemeinen Ereignisse sind zu bekannt, als daß ich sie hier notieren müßte.

In meiner Gauleitung wurde ich ebenso wie die deutsche Öffentlichkeit um die Mittagszeit des 30. Juni 1934 überrascht von einer Rundfunkmeldung aus München, die von standrecht-

lichen Erschießungen berichtete und auch bereits Namen von hingerichteten SA-Führern nannte.

Erst im Laufe des Nachmittags kommt aus München durch Rundruf kurze Nachricht über die eingetretene Situation. Im ganzen Reichsgebiet ist unterdes die Fahndung gegen namhaft gemachte SA-Führer angelaufen. Unter den Gesuchten ist auch der für meinen Gau zuständige SA-Gruppenführer Schragmüller genannt. Man berichtet mir, daß hinter dem Namen Schragmüllers noch zusätzlich der Vermerk steht: „Ist tot oder lebendig nach Berlin zu überführen."

In Berlin hat inzwischen das von Hermann Göring bestellte Standgricht seine Arbeit aufgenommen; es fällt Todesurteile am laufenden Band. Ihre Vollstreckung erfolgt unmittelbar nach dem Urteilsspruch; die meisten der Verurteilten werden in der Kaserne Lichterfelde erschossen. Einige der verurteilten SA-Führer treten vor das Erschießungskommando in der irrigen Meinung, es sei eine SS-Revolte ausgebrochen und sterben unter den Kugeln mit dem Rufe „Heil Hitler".

In Halle lösen schon die ersten Nachrichten von dem furchtbaren Geschehen große Erregung aus. Überall sind in Erwartung weiterer Meldungen die Rundfunkgeräte umringt. In den Gaststätten wird das Geschehen leidenschaftlich diskutiert. An den konservativen Stammtischen ist das Leitmotiv der Kommentare: „Die Revolution frißt ihre Kinder."

*

Ich verbrachte den erregenden Nachmittag in einem Konferenzzimmer des Hotels „Goldene Kugel" (wo ich in jenen Jahren als Dauergast wohnte). Die örtlichen SS-Führer und Polizeioffiziere unterrichteten mich über die Vorgänge im Gau: Fast alle mittleren SA-Führer wurden in diesen Stunden verhaftet und füllten die Gefängnisse.

Ich selbst, der ich in den frühen Kampfjahren der Partei SA-Mann gewesen war, gehörte der SA als Ehrenführer im Range eines Gruppenführers an. Umsomehr ging mir das Geschehen zu Herzen.

Meine Rückfragen ergaben, daß sich in meinem Gau keinerlei Vorgang ereignet hatte, der auch nur im entferntesten mit einer

SA-Revolte in Beziehung gesetzt werden konnte. Die Einheiten der SA waren bei uns von dem plötzlichen Ereignis ebenso überrascht worden wie die Partei und die Bevölkerung.

In den Abendstunden erreichten uns Alarmmeldungen aus der Bevölkerung: Die SA plane eine „Aktion“, sie sammle auf dem Flugplatz.

Ich zweifelte zwar an der Richtigkeit dieser aufgeregten Nachricht, wollte ihr aber doch auf den Grund gehen. Begleitet vom Halleschen SS-Standort-Führer bestieg ich in Eile meinen vor dem Hotel in Bereitschaft wartenden offenen Wagen und fuhr – von einigen auf den Trittbrettern stehenden SS-Männern schützend flankiert – in scharfer Fahrt in Richtung auf den angeblichen Alarmplatz davon. Dort stellten wir – wie erwartet – fest, daß es sich um eine Falschmeldung gehandelt hatte.

Das Ergebnis meiner Erkundungsfahrt war ein neues Gerücht: Passanten, die meine eilige Abfahrt aus dem Hotel beobachtet hatten, verbreiteten in der Stadt, ich sei von der SS überfallartig verhaftet und außerhalb der Stadt erschossen worden.

Es war dies das erste, aber nicht das letzte Mal in meinem politischen Leben, daß ich totgesagt wurde. Fast ein Jahrzehnt später – während meiner langjährigen Gefangenschaft in der Sowjetunion – hat mich ein bundesdeutsches Gericht sogar amtlich für tot erklärt.

Am 30. Juni 1934 genügten in Halle immerhin einige Telefongespräche mit den wichtigsten Dienststellen des Gaues, um die Falschmeldung zu widerlegen.

Die düstere Spannung des Ungewissen löste sich erst am Abend des darauffolgenden Tages. Es wurde bekannt gegeben, daß Hitler Befehl zur Einstellung aller Erschießungen erteilt habe. Für die in den Gefängnissen noch festgehaltenen SA-Führer bedeutete diese Nachricht zunächst elementare Befreiung von der Erwartung der Exekution, jedoch nicht die Befreiung vom Erleben einer grausamen Passion.

Aus dem „Völkischen Beobachter“ erfuhren wir als Blutbilanz:

„Es wurden erschossen: 19 höhere SA-Führer, 31 SA-Führer und SA-Angehörige, 3 SS-Führer, 13 SA-Führer und Zivil-Personen, die bei der Verhaftung Widerstand leisteten ...“

Röhm selbst war als einer der letzten am 1. Juli um 18 Uhr, nachdem er von dem Angebot, sich selbst zu erschießen, keinen Gebrauch gemacht hatte, in seiner Zelle im Münchner Gefängnis Stadelheim erschossen worden.

General Schleicher war gemeinsam mit seiner Frau, als er bei der Verhaftung Widerstand zu leisten versuchte, erschossen worden.

Auch Gregor Strasser befand sich unter den Toten des 30. Juni. Er wurde kurz nach seiner Einlieferung in das Gefängnis der Berliner Staatspolizei in der Prinz Albrecht-Straße in seiner Zelle erschossen. Ich habe nie herausgebracht, wer für diese Tat verantwortlich war und weshalb sie in dieser hinterhältigen Form begangen wurde. Wurde Strasser erschossen, weil jemand fürchtete, Hitler könnte ihn doch wieder heranziehen, vor allem jetzt, nachdem Schleicher nicht mehr lebte? Diese Frage stellt sich mir, ohne daß ich hoffen darf, jemals noch Antwort zu erhalten.

Die ersten Stellungnahmen zu den Geschehnissen kamen von höchster Stelle – vom greisen Reichspräsidenten von Hindenburg, vom Heros der Nation. Am 2. Juli veröffentlichten die Zeitungen sein an Hitler gerichtetes Telegramm:

„Aus dem mir erstatteten Berichten ersehe ich, daß Sie durch Ihr entschlossenes Zugreifen und durch die tapfere Einsetzung Ihrer Person alle hochverräterischen Umtriebe im Keime erstickt haben. Sie haben das deutsche Volk aus einer schweren Gefahr gerettet. Hierfür spreche ich Ihnen meinen tiefgefühlten Dank und meine aufrichtige Anerkennung aus.
Mit besten Grüßen gez. von Hindenburg."

Auch an Göring sandte der Reichspräsident „mit kameradschaftlichen Grüßen" eine Botschaft, in der er „Dank und Anerkennung" übermittelte.

Der unmißverständliche Text dieser beiden Telegramme des alten Generalfeldmarschalls ließ bei den deutschen Menschen keinen Zweifel aufkommen: Deutschland hatte am Vorabend eines Bürgerkrieges gestanden; im drohenden Kampf zwischen SA und Reichswehr wäre das Blut von Tausenden auf beiden Seiten geflossen; Hitler hatte in letzter Stunde durch ein hartes Gericht, bei dem er auch gegenüber seinen einstigen Kampf-

genossen nicht zögerte, den inneren Frieden des Reiches gerettet. So etwa lautete der allgemeine Eindruck.

Schließlich erfuhren wir noch, daß am 3. Juli eine außerordentliche Sitzung des Reichskabinettes stattfand. Vor dem Beginn der Tagesordnung erhob sich der Reichskriegsminister von Blomberg, um Hitler persönlich den Dank der Regierung und der Wehrmacht auszusprechen. Das Reichskabinett beschloß in dieser Sitzung ein vom Reichsjustizminister Dr. Gürtner – auch er war wie die meisten Minister kein Nationalsozialist – ein Gesetz, das nur aus einem einzigen Satz bestand und wie folgt lautete:

„Die zur Niederschlagung des hoch- und landesverräterischen Angriffes am 30. Juni und 1. Juli 1934 vollzogenen Maßnahmen sind als Staats-Notstand rechtens."

Damit hatten die von Hitler ergriffenen Maßnahmen, die zuerst schreckerregend an ein revolutionäres Blutbad erinnerten, nicht nur die Anerkennung und den Dank der höchsten nationalen Instanz, des Reichspräsidenten, gefunden. Sie waren auch von den Juristen als gesetzlich erklärt worden.

*

Zum 13. Juli war der Deutsche Reichstag einberufen worden – seit der Neuwahl im November 1933 war auch ich dessen Mitglied. Einziger Tagesordnungspunkt war: Berichterstattung des Reichskanzlers über die Vorgänge am 30. Juni 1934.

Ich werde nie vergessen, mit welch erwartungsvoller, erregender Gespanntheit sich die Abgeordneten damals in der Berliner Kroll-Oper einfanden, wo das Parlament seit der Zerstörung des Plenarsaales im Reichstagsgebäude tagte.

„Wer ist denn nun wirklich erschossen worden?" „Wieviele sind es insgesamt?" Bei keiner Frage aber fehlt der Zusatz: „Aus welchen Gründen?" Während die wenigen aus der Haft entlassenen SA-Führer schweigend und betreten im Hintergrund verharren und nur zögernd von ihren Erlebnissen berichten, treten einige an der Aktion persönlich beteiligte SS-Führer – von neugierigen Gruppen umringt – mit betontem Selbst-

bewußtsein in Erscheinung. Den meisten aber ist auch jetzt – nach fast zwei Wochen – ihre seelische Benommenheit anzumerken. Nachdem wir unsere Plätze eingenommen haben, gehen die Blicke prüfend die einzelnen Reihen durch. Manche sind unbesetzt, Plätze von Toten oder Verhafteten?

Dann klingt draußen vor dem Gebäude der Badenweiler-Marsch auf. Kurz darauf betritt Hitler mit ernstem Gesichtsausdruck den Saal. Das Haus begrüßt ihn dieses Mal stumm mit erhobenem Arm.

Göring eröffnet kurz die Sitzung; dann ergreift der Reichsjustizminister Dr. Gürtner das Wort und läßt sein „Gesetz" sanktionieren.

Schließlich spricht Hitler. Wie immer holt er weit aus, dann kommt er auf den Kern zu sprechen, auf seine These von der Evolution, die die Revolution ablösen müsse. Er wendet sich der Frage der Wehrpolitik zu – sowohl sachlich wie persönlich. In ihrem Mittelpunkt habe die am 30. Januar 1933 intakt übernommene Reichswehr als Wehrorganisation des Volkes zu stehen. Er bezieht sich ausdrücklich auf das von ihm dem Herrn Reichspräsidenten damals gegebene Wort: „Mein Versprechen, die Armee als unpolitisches Instrument des Reiches zu bewahren, ist für mich bindend aus innerer Überzeugung und aus einem gegebenen Wort."

Dann umreißt Hitler in atemloser Stille den nach seiner Ansicht von Röhm und Schleicher geplanten Angriff gegen diese seine Politik. Es sei die Gefahr eines Bürgerkrieges heraufbeschworen worden, die nur in allerletzter Stunde mit außergewöhnlichen Mitteln hätte verhütet werden können: „Ende Juni war ich entschlossen, dieser unmöglichen Entwicklung ein Ende zu setzen und zwar ehe noch das Blut zehntausender Unschuldiger die Katastrophe besiegeln würde."

Hitlers rednerisch stärkster Satz war politisch sein schwächster Punkt:

„Wenn mir jemand den Vorwurf entgegenhält, weshalb wir nicht die ordentlichen Gerichte zur Aburteilung herangezogen haben, dann kann ich ihm nur sagen: In dieser Stunde war ich verantwortlich für das Schicksal der deutschen Nation und damit war des deutschen Volkes Oberster Gerichtsherr in diesen 24 Stunden ich selbst."

Er fügte hinzu: „Meuternde Divisionen hat man zu allen Zeiten durch Dezimierung wieder zur Ordnung gerufen."

Damals haben mich diese Sätze überzeugt. Heute stehe ich auf dem Standpunkt: es wäre gewiß richtiger gewesen, wenn durch eine tief angelegte Untersuchungs-Aktion die heute noch undurchsichtigen Hintergründe des 30. Juni wirklich aufgehellt worden wären.

*

Mit der Reichstagssitzung war das Kapitel „30. Juni" nur äußerlich abgeschlossen.

In Wirklichkeit hatte sich eine tiefgreifende Veränderung – nicht nur für die unmittelbar betroffene SA – vollzogen.

Hitlers entschiedene Hinwendung zur Wehrmacht unter Verzicht auf deren Revolutionierung, die Röhms Programm gewesen war, mag außenpolitisch gerechtfertigt gewesen sein: In der Tat hätte eine Wehrmachtskrise oder gar ein Zusammenstoß zwischen Reichswehr und SA das Eingreifen der damals noch übermächtigen Versailler Siegerstaaten herausfordern müssen.

Innenpolitisch aber bedeutete der 30. Juni 1934 eine Art Kapitulation der nationalsozialistischen Bewegung vor der Armee – und so wirkte sie sich auch aus. Vielleicht wurde schon damals die Saat zum späteren Geschehen des 20. Juli 1944 gelegt. Heute kennt man die an diesem Tag in später Stunde sichtbar gewordene historische Bedeutung der jahrelangen Verschwörung und ihre Rolle in der Vorgeschichte und Geschichte des Zweiten Weltkrieges.

Auf den ersten Blick mochte Himmler als der Sieger des 30. Juni gelten. Bis dahin hatte er mit seiner zahlenmäßig begrenzten SS – in Stärke von etwa zehn Prozent der Gesamtstärke der SA – dem Befehl des Stabschefs der SA unterstanden. Jetzt wurde er nicht nur selbständiger Reichsführer-SS sondern bald darauf auch Chef der deutschen Polizei, die er zum stärksten, schließlich beherrschenden Instrument des inneren Geschehens im Reich ausbaute. Himmler begnügte sich nicht mit der negativen Kontrolle; mit dem Anwerben maßgeblicher Führungs-Persönlichkeiten aus Industrie, Wirtschaft und Ver-

waltung, die er als „Ehrenführer“ in seinen Kreis zog, drang er immer mehr in fast alle Schlüsselstellungen des innerdeutschen Lebens vor.

Die Veränderung ging langsam, aber unverkennbar vor sich. Seit dem 30. Juni 1934, dem Tage, an dem der Staat in seiner Ordnung gerettet worden war, trat er immer mehr in den Mittelpunkt. Der „Primat der Partei“ wurde abgelöst von der „Totalität“ des Staates. Die Techniker der Organisation der Rüstung wurden wichtiger als die politischen Idealisten.

Der zweite Sieger des 30. Juni war unbezweifelbar die Führung der Wehrmacht: Nach der großen Enttäuschung mit der SA-Führung brachte Hitler nunmehr der Generalität sein ganzes Vertrauen entgegen. Das wehrpolitische Denken faszinierte ihn um so mehr als er wenige Wochen später, nach Hindenburgs Tod, Oberster Kriegsherr geworden war.

Das alles freilich muß im großen Zusammenhang gesehen werden: Es gab zwingende Gründe für die damalige Militarisierung des deutschen Lebens – unsere sichtbare innere Wiedererstarkung hatte in aller Welt Gegenkräfte geweckt. Man kann nicht einfach jene verurteilen, die zur Eile trieben, die gewissermaßen als Manager der Macht das Reich „um jeden Preis“ und so rasch wie möglich verteidigungsbereit machen wollten.

Aus diesem Wechselspiel zwischen äußerer Drohung und innerer Militarisierung ergab sich als historische Tatsache, daß, nachdem die nationalsozialistische Bewegung mit dem 30. Juni 1934 in ihrem Ansturm auf Nahziele gelähmt worden war, die Fernziele früher als einst gedacht – vielleicht allzu früh – in den Blickpunkt rückten.

An diesen Fernzielen – nur an ihnen – sind wir gescheitert.

Von Halle nach Dessau: Reichsstatthalter

Eine in der Sache nicht sehr wichtige Affäre verdeutlichte mir bereits unmittelbar in den Tagen des 30. Juni 1934, was die Stunde geschlagen hatte.

Im Frühsommer des Jahres 1934 waren zwischen dem „Agrarpolitischen Apparat“ der NSDAP und dem Reichsforstamt, das Göring unterstand, forstwirtschaftliche Streitfragen aufgetreten, die von beiden Seiten leidenschaftlich vertreten wurden. Die Entscheidung lag freilich zweifellos bei den Reichsdienststellen; in Gaubereichen konnten die Probleme nur zur Diskussion stehen, aber gerade dadurch geklärt werden.

Mein forstwirtschaftlicher Berater, der selbst als Beamter in der Reichsforstverwaltung tätig war, trug mir im Mai 1934 den Stand der Auseinandersetzung vor. Dabei wies er darauf hin, daß für den 1. Juli in Halle eine Tagung anberaumt sei, in der unsere Partei-Stellungnahme zu der Streitfrage aus der Perspektive des Gaues formuliert werden sollte. Das Reichsforstamt habe von dieser Tagung Kenntnis erhalten und beabsichtige, einen Delegierten zu entsenden, um die staatlichen Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen.

Mein gewissenhafter und sachlich denkender Forstberater befürchtete, daß der angekündigte Bevollmächtigte Görings in der Tagung das Wort ergreifen und in seiner Eigenschaft als indirekter Vorgesetzter der in der Partei nur ehrenamtlich, im Staatsdienst aber hauptamtlich tätigen Teilnehmer diese in einen Gewissenskonflikt bringen und damit die Tagung stören könne.

Die Entscheidung der Angelegenheit fiel mir nicht schwer: Ich stellte mich auf den Standpunkt, daß die Austragung der auf Reichsebene aufgetretenen Streitfrage keinesfalls in der Gauebene zulässig sei. Falls also der Beauftragte des Reichs-Forstamtes erscheine und lediglich darum ersuche, als Hospitant an der Tagung teilnehmen zu dürfen, so solle ihm das in höflicher Weise zugebilligt werden. Erhebe er jedoch den Anspruch, rednerisch aufzutreten und auf diese Weise die Dis-

kussion zu beeinflussen, so sei ihm dies – notfalls in meinem Namen – zu verwehren.

Am Sonntag, dem 1. Juli – mitten in der Spannung der noch nicht abgeschlossenen Ereignisse des vorangegangenen Tages – dachte begreiflicherweise weder ich noch einer meiner engeren Mitarbeiter an diese kleine Tagung forstwirtschaftlichen Charakters.

Einige Tage später hatte ich mich – nicht zuletzt, um irgendwie mit dem Erlebnis des 30. Juni fertig zu werden und meine innere Ruhe wieder zu finden – für zwei Tage auf die Insel Sylt zurückgezogen.

Ich saß in einem kleinen See-Hotel gerade zum ersten Mal am ruhigen Mittagstisch, als ich zu einem Staats-Gespräch an das Telefon gerufen wurde: der Herr Ministerpräsident Göring wolle mich persönlich sprechen. Ich hatte keinen blassen Schimmer, worum es sich handeln könne; aber ich hatte mich kaum respektvoll am Apparat gemeldet, als ich von Göring in lauten Worten belehrt wurde:

„Gauleiter Jordan! Sie haben am 1. Juli in Halle meinem persönlichen Beauftragten ein Redeverbot erteilt. Stimmt das?"

Das anderthalb Monate zurückliegende Gespräch mit meinem forstwirtschaftlichen Berater kam mir immer noch nicht ins Gedächtnis. An „einen persönlichen Beauftragten Görings" ausgerechnet am 1. Juli war mir nicht das geringste erinnerlich und ich sagte das.

„Dann will ich Ihrer Erinnerung einmal etwas nachhelfen. Am 1. Juli entsandte ich meinen staatlichen Vertreter zu einer forstwirtschaftlichen Tagung nach Halle – das ist doch wohl Ihre Gauhauptstadt. Auf Ihre besondere Anweisung wurde diesem meinem Vertreter dort ein Redeverbot erteilt. Und das am 1. Juli – inmitten der schandbaren Röhm-Revolte gegen den Staat."

Um die Wirkung dieser Mitteilung zu verstärken, machte Göring eine kleine Pause, dann fuhr er drohend fort: „Vergessen Sie es nicht – Gauleiter Jordan – der 30. Juni ist noch nicht vorbei, auch nicht für Sie! Ich lasse den Staat nicht desavourieren, am wenigsten an einem solchen Tage."

Ton und Inhalt dieser Rede hatten nun auch mich erregt. Ich antwortete: „Ich muß mich in meinem Gau zunächst nach

dem tatsächlichen Vorgang erkundigen, dann will ich Ihnen Rede und Antwort stehen. Im übrigen bin ich als Gauleiter der Partei nicht Ihr Untergebener und Sie sind nicht mein Vorgesetzter."

Darauf Göring: „Himmel Donnerwetter, Sie sind preußischer Staatsrat und in dieser Eigenschaft bin ich als preußischer Ministerpräsident Ihr staatlicher Chef, haben Sie das vergessen?"

Das stimmte: Ich war in der Tat ein Jahr vorher zum „Preußischen Staatsrat" ernannt worden. Das war ein angebliches Beratungs-Organ der preußischen Staatsregierung. Die Mitglieder des neuen Staatsrates setzten sich aus Vertretern aller Lebens- und Landschaftsbereiche zusammen; sie wurden in einem feierlichen Staatsakt, der über alle deutschen Sender übertragen wurde, berufen, traten aber, soweit ich mich erinnere, nur einmal zu einer Sitzung zusammen. Gelegentlich wurden einzelne Experten für sachliche und landschaftliche Probleme herangezogen. Ich habe als „Preußischer Staatsrat" gelegentlich Denkschriften zu mitteldeutschen Verwaltungsfragen eingereicht. Ansonsten war mir der Titel „Preußischer Staatsrat" bei Verhandlungen in preußischen Ministerien von Nutzen, in deren verbliebener Mentalität er mehr respektiert wurde als die Parteibezeichnung „Gauleiter".

Nochmals donnerte Göring in das Telefon: „Herr Staatsrat Jordan – ich erwarte von Ihnen Rede und Antwort."

Ich darauf: „Jetzt im Augenblick ist das nicht möglich, wann wollen Sie von mir Rede und Antwort?"

Göring: „Morgen früh hier in Berlin."

Meine Antwort: „Wenn Sie es wünschen, jawohl!"

Das Problem war nur auf dem Luftwege zu lösen – und das war damals gar nicht so einfach. Immerhin: Ich traf am nächsten Morgen in Tempelhof ein. Zur Stunde der Landung hatte ich meinen Gau-Forstberater auf den Flugplatz bestellt, um mich noch vor der Berichterstattung bei Göring über den strittigen Vorgang zu unterrichten.

Beim Eintreffen auf dem Flugplatz erwartete mich in Begleitung meines Fahrers statt des Forstberaters eine Dame. Weinend erklärte sie mir, ihr Mann befinde sich seit einigen Tagen unter Hausarrest! Es handle sich um „Ehrenhaft" – bis zur Klärung des Falles.

Das war keine erfreuliche Botschaft – sie roch ganz nach „30. Juni“.

In dieser Atmosphäre und ohne genaue Kenntnis dessen, was in Halle eigentlich vorgegangen war, hatte die Aussicht auf die bevorstehende Auseinandersetzung mit Göring wenig Verlockendes.

Als ich durch Anruf in seinem Büro erfuhr, daß der Ministerpräsident mittlerweile in die Schorfheide gefahren war, ergriff ich die Gelegenheit: ich ließ Göring ausrichten, ich hätte mich für Berlin eingerichtet, werde in Halle erwartet und würde mich in den nächsten Tagen zum Bericht melden.

Am 13. Juli fand dann die Reichstags-Sitzung statt, in der Hitler über die Vorgänge des 30. Juni sprach. Als ich nach Schluß dieser denkwürdigen Sitzung die Kroll-Oper verlassen wollte, trat ein Parlamentsdiener auf mich zu mit der Mitteilung, der „Herr Präsident“ erwarte mich. Der „Präsident“ war Göring, der seit meinem Rekordflug von Westerland auf mich gewartet hatte. Jetzt also war es so weit – ich mußte in die Höhle des Löwen.

Im Vorzimmer, zu dem der livrierte Parlamentsdiener mich geleitete, sind 6–8 Polizei-Offiziere in großer Uniform versammelt. Alle verhalten sich, wie es sich in der Antichambre eines Gewaltigen geziemt: Es wird nur leise gesprochen, die Minen verraten ständige Bereitschaft, die Blicke gehen von Zeit zu Zeit nach der Tür, durch die jederzeit Göring erscheinen kann.

Ich bin der einzige Nicht-Polizist im Raum, fast scheint es, als sei bereits eine Polizei-Eskorte bereitgestellt. Jedenfalls ist mir der Rückweg abgeschnitten.

Da werde ich aufgerufen. Ich betrete das Dienstzimmer des Reichstagspräsidenten – er steht spreizbeinig vor seinem Schreibtisch, die Arme in Cäsarenpose ineinander verschränkt, die Augen mit strengem Blick auf mich gerichtet.

Ich melde mich soldatisch: „Zur Stelle.“

Und nun zittern fast die Möbel des Präsidentenzimmers unter der Lautstärke der Göring-Stimme. Ich bin freilich nach dem vorangegangenen Telefonat sowohl darauf wie auch auf den Inhalt vorbereitet und bleibe ruhig.

„Gauleiter Jordan! Ich wiederhole noch einmal: Sie haben am 1. Juli – also am Tage nach dem 30. Juni – in Halle durch

Ihren Beauftragten meinem nach dort entsandten staatlichen Vertreter Redeverbot erteilt. Das ist eine Desavouierung meiner Person, des Staates, der Autorität schlechthin – in den Tagen der gefährlichsten staatlichen Belastungsprobe eine symptomatische Handlung, die Sie mir zu erklären haben."

Wie ein brüllender Löwe schreitet Göring auf und ab. Eine Ordonnanz, von der Lautstärke aufgeschreckt, blickt neugierig durch die Türspalte – Göring winkt ab.

Dann fährt er fort: „Solange ich Statthalter Adolf Hitlers in Preußen bin, dulde ich keinerlei Insubordination, jetzt, nachdem der Verrat führender Männer den Staat fast an den Abgrund gestoßen hat, weniger denn jemals. Staatsrat zu sein heißt ein Diener des Staates zu sein.... Ich weiß, Gauleiter Jordan, daß Sie ein Freund Gregor Strassers waren. Sie werden mir das nicht abstreiten wollen – und Sie werden wissen, auch Gregor Strasser wurde im Zusammenhang mit der Parteirevolte von seinem Schicksal ereilt – auch er ist erschossen worden!"

Das genügte mir. Nun unterbrach ich Göring mit derselben Lautstärke: „Herr Ministerpräsident! Jetzt bitte ich ums Wort."

Göring verstummte.

„Sie haben mich um Rede und Antwort gebeten. Dazu bin ich hier, nicht als Angeklagter, sondern als verantwortlicher Führer in der Partei. Als solcher stehe ich auch heute noch zu meiner Weisung, dem von Ihnen entsandten staatlichen Beauftragten in einer internen Partei-Tagung das Reden untersagt zu haben.... Sie, Herr Ministerpräsident, vertreten den Staat – den von der Partei geführten Staat. Ich vertrete die Partei – die von Adolf Hitler geführte Partei. Beides schließt sich nicht aus, sondern ist zusammen eine Einheit. Sie machen mir eine Anordnung zum Vorwurf, zu der ich als Gauleiter nicht nur berechtigt sondern sogar verpflichtet war!"

Göring ruft dazwischen: „Wieso?"

Ich fahre fort: „Sie ziehen mich wegen einer Maßnahme zur Rechenschaft, für die ich nur dem Führer der Partei verwortlich bin. Was ich in Halle getan habe, entsprach einer Anordnung der Reichsleitung der NSDAP. Nach dieser Anordnung – hier ist sie – dürfen in parteiamtlichen internen Tagungen nur Redner mit dem Redner-Ausweis der Partei gast-

weise Reden halten. Der Beauftragte hatte keinen solchen Ausweis. Wollen Sie mich dafür, daß ich einer Anordnung der Reichsleitung diszipliniert Folge leistete, zur Rechenschaft ziehen? Wollen Sie mich zwingen, in Zukunft den Anordnungen der Partei den Gehorsam zu verweigern?"

Ich steigerte meinen Ton: „Was im Sinne der Partei ist, muß logischerweise auch im Interesse des von der Partei geführten Staates sein. Es gibt keinen Staat an sich. Ich kann nicht als Staatsrat unter Anklage stehen, wenn ich als Gauleiter meine Pflicht erfüllt habe."

Dann erläuterte ich Göring den Sachverhalt und den zeitlichen Ablauf des Vorganges, der ja nun wirklich mit dem 30. Juni keinerlei Verbindung gehabt hatte.

Görings Minenspiel hatte sich dabei verändert, sein Gesicht die Härte verloren.

Er macht ein Zeichen zum Tisch und meint in ruhigem Ton: „Herr Jordan, setzen wir uns." Eine friedliche Unterhaltung beginnt; schließlich erbitte ich von Göring die Zusage, auf einer Parteikundgebung unter freiem Himmel in Halle zu sprechen.

Völlig versöhnt nimmt Göring die Einladung an und führt mich mit freundlichem Abschied durch die Tür ins Vorzimmer, wo die überraschten Augen der Polizei-Offiziere verraten, daß sie nach dem dramatischen Beginn diesen Ausgang nicht erwartet haben.

Einige Tage später fand dann die vereinbarte Großkundgebung in Halle statt, wo an die 200000 Menschen Göring erwarteten, merklich in Form sprach er anderthalb Stunden lang – immer wieder von Beifall unterbrochen – gut und überzeugend.

Später – beim Empfang im Rathaus – bedienten die Halloren in ihrer alten Tracht bei einem Ehrenessen. Der Wein wurde aus historischen Trinkgefäßen kredenzt. Göring trank aus dem Becher, den einst Friedrich der Große den Halloren schenkte – er strahlte.

Ich benützte die Gelegenheit und machte Göring darauf aufmerksam, daß die alte Martin-Luther-Universität in Halle in Gefahr sei, im Zuge einer geplanten Universitäts-Reform durch das Reichserziehungs-Ministerium aufgelöst zu werden. In dieser Sache hatte ich bereits mit dem Reichserziehungsminister

Rust ein energisches Gespräch geführt, jetzt versicherte mir Göring: „Jordan, solange ich Preußischer Ministerpräsident bin, wird die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg blühen, wachsen und gedeihen!“

Erst spät brach Göring zum Abschied auf, aber dafür hatte er sich eine Pointe ausgedacht. Bevor er in den Wagen stieg, wandte er sich noch mit ironischem Lächeln an mich: „Parteigenosse Jordan – Sie haben mich ja gar nicht nach meinem Redner-Ausweis gefragt!?“

So endete die ganze Affäre im Stil einer heiteren Anekdote. Immerhin war sie nicht ohne tiefere Bedeutung: es kam immer weniger darauf an, was in den Gauen vor sich ging. Wir waren politisch zur „Provinz“ geworden.

*

Umsturz und Gleichschaltung der Jahre 1933 und 1934 hatten sich im Kreise der Gauleiter unterschiedlich ausgewirkt. Einer von uns, Gauleiter Rust-Hannover, war zum Reichserziehungsminister ernannt worden, ohne daß er zunächst sein Amt als Gauleiter aufgab. Sein Gau wurde jahrelang von einem Stellvertreter geführt. Mehrere andere Gauleiter, deren Gaugebiete mit „Ländern“ übereinstimmten, wurden nach dem Gesetz vom 9. April 1933 zu „Reichsstatthaltern“ ernannt; sie kontrollierten anstelle der aufgelösten Länder-Parlamente die Länder-Regierungen und verkündeten die Länder-Gesetze. Im Lande Preußen war Hitler selbst Reichsstatthalter – was nur die Gesetzeskundigen wußten. Nach außen trat für Preußen allein Göring in Erscheinung. Die Spitzen der staatlichen Verwaltung Preußens waren die „Oberpräsidenten“ – einige Gauleiter wie Terboven in Essen, Koch in Ostpreußen, wurden in diese Ämter berufen.

Mein Gaugebiet war weder ein „Land“, noch war Halle Sitz eines Oberpräsidiums. Das bedeutete, daß ich zu jenen Gauleitern gehörte, die nach wie vor nur ein Parteiamt innehatten – abgesehen vom Titel des „Preußischen Staatsrats“, der nur in Görings Phantasie eine Funktion bedeutete.

Freilich gab es auch nach 1934 für einen Nur-Gauleiter kein Unbeschäftigtsein. Drängende Probleme gab es immer noch

genug. Bei uns war besonders der Aufbau und die Durchsetzung der „Deutschen Arbeitsfront“ wichtig – von ihrem Erfolg hing es ab, ob wir uns das Vertrauen der Arbeiterschaft in unserem Industrie-Gau erhalten würden. Die von der DAF verkündeten Sozialwerke „Kraft durch Freude“, „Schönheit der Arbeit“, der Volksgesundheit, des Heimstätten-Baus, einer reformierten Altersversorgung für alle Schaffenden u.a., durften nicht nur papierene Forderungen bleiben.

Ganz zu Anfang ging es um die bescheidene aber dennoch wichtige Frage der innerbetrieblichen Sozialeinrichtungen. Das begann mit der Verbesserung der sanitären Einrichtungen bis zur Abschaffung des bis dahin üblichen täglichen „Henkeltopfes“ durch die Einrichtung von Werkskantinen und zur Einführung betrieblicher Kindergärten.

Schon in den ersten Jahren – als es noch darauf ankam, die Arbeitslosen unterzubringen – hatten wir solche Forderungen bei der Industrie angemeldet. Sie wurden als „luxuriös“ verschrieen oder bösartig als „Abort-Sozialismus“ apostrophiert. Es waren die verächtlich bezeichneten „kleinen Hitlers“ in Partei und DAF, die den Mächtigen der Industrie in zähem Kleinkampf solche Zugeständnisse Zug um Zug abrangen. Aber da wir ihnen entscheidend geholfen hatten, das volkswirtschaftliche Räderwerk wieder in Gang zu setzen, konnten sie nicht umhin, uns in all dem ernst zu nehmen, was wir mit Nachdruck forderten.

Der bis dahin und seither wieder übliche Preis-Lohn-Kampf zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft war dabei fast ausgeklammert. Schon im Mai 1933 – zwei Wochen nach der Übernahme der Gewerkschaften – waren durch Gesetz „Treuhänder der Arbeit“ eingesetzt worden, die die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen zu regeln und den Arbeitsfrieden zu sichern hatten. Am 20. Januar 1934 wurde diese Regelung in einem Gesetz zur „Ordnung der nationalen Arbeit“ noch erweitert. Das Wirken der „Treuhänder“ zielte einerseits auf volkswirtschaftliche Stabilität und andererseits auf einen „gerechten Leistungslohn“. Der in einer aufblühenden Wirtschaft nahezu unvermeidlichen sog. Lohn-Preisspirale wurde seit Herbst 1934 durch einen „Reichskommissar für die Preisbildung“ entgegengewirkt. Es entbehrt nicht eines

gewissen Beigeschmackes: Der erste von Hitler berufene Reichspreiskommissar war der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Karl Goerdeler – später durch seine Teilnahme an der 20. Juli-Verschwörung weltbekannt geworden.

Die „Deutsche Arbeits-Front“ war in ihrem Wirken darauf angewiesen, den Lebensstandard der Arbeiterschaft in allen Bereichen zu verbessern, die nicht unmittelbar unter das nahezu festgeschriebene Kapitel des Nominal-Lohnes fielen.

Zwar konnte der aus Hitlers technischer Phantasie entwikkelte und von der DAF organisierte Bau des „Volkswagens“ infolge des Kriegsausbruchs nicht mehr zur beabsichtigten Breitenwirkung kommen, aber eine andere bedeutende Organisation wurde doch schon in den wenigen Friedensjahren zu ersten beträchtlichen Erfolgen geführt. Bereits im Jahre 1937 zählte man mehr als drei Millionen Urlaubsreisende, die durch „Kraft-durch-Freude“, die Freizeit-Organisation der DAF in neuer, der Arbeiterschaft bis dahin fast unbekannter Weise Urlaub erlebten. Zehntausende DAF-Mitglieder fuhren bereits in diesem Jahr über See – nach Norwegen, Italien und Madeira.

Auch ich nahm an einer dieser Reisen teil – nicht nur deshalb, weil mich dort kein Telefon-Anruf Görings erreichen konnte, sondern aus ehrlichem Interesse; ich wollte wissen, ob die „Kraft-durch-Freude“-Organisation wirklich ihr Versprechen erfüllte, das gelautet hatte: „alle Vorrechte des Besitzes auf die Kulturgüter der Nation und die Schönheiten der Welt zu brechen.“

Inmitten von Hunderten braver Arbeiter aus den Industrie-Zentren meines Gaues an Bord eines Schiffes der KDF-Flotte dahin reisen zu können, wo sonst nur die „oberen Zehntausend“ sich ein Stelldichein gaben, erschien mir als sozialistischer Realismus.

Die Teilnehmer dieser Fahrt waren keineswegs nach parteipolitischen Gesichtspunkten ausgesucht; jeder Arbeiter konnte sich auch an den Schiffsreisen zu erstaunlich billigen Tarifen beteiligen.

Als unsere „Oceana“ unter den Klängen der Bordkapelle von der Pier im Hamburger Hafen ablegte, waren die meisten der Passagiere Zeit ihres Lebens noch nicht einmal aus dem Bereich unseres Industrie-Reviers herausgekommen – nun ver-

teilten sie sich staunend auf einem Schiff, das dem modernsten Komfort gerecht wurde, mit Ladenstraßen, Kinos, Sportsaal, Speisesälen und – nicht zuletzt: Speisezettel von lukullischer Reichhaltigkeit.

Ich war keineswegs in einem „Appartement" untergebracht, sondern bewohnte wie alle anderen Passagiere eine normale Kabine mit rundem Bullauge. Auch im Speisesaal war mein Platz irgendwo unter den Urlaubern, von denen sich manche im Gespräch als einstige politische Gegner zu erkennen gaben.

Zunächst hatten wir ruhige See, so daß sich am Abend das Fest-Programm mit Tanz und Musik ungestört entfalten konnte.

Als wir den Kanal passierten bestaunten wir nicht nur die berühmten Kreidefelsen von Dover, sondern hatten auch ein besonderes Erlebnis: ein Schiff unserer Kriegsmarine auf Heimfahrt hatte Funkverbindung mit unserem Kapitän aufgenommen, der durch Lautsprecher die Passagiere auf die bevorstehende Begegnung aufmerksam machte. Als wir uns näherten sahen wir, daß auf dem Kriegsschiff die gesamte Mannschaft in Paradeaufstellung angetreten war. Von der Brücke wurde uns der Funkgruß übermittelt:

„Die Kriegsmarine grüßt auf hoher See die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen und wünscht ihnen frohe und glückliche Fahrt."

Während das stolze graue Kriegsschiff an uns vorüberglitt, sahen wir, daß die Offiziere und Mannschaften wie im Manöver vor einem Admiral salutierten; unsere Bordkapelle grüßte mit dem Deutschland-Lied hinüber.

Manche von unseren Passagieren starrten stumm wie die Säulen hinüber – das hatten sie nicht erwartet. Auch ich war innerlich aufgewühlt. Das war eine Begegnung, die dem Ausdruck verlieh, was sich bei uns vollzogen hatte.

Die weitere Reise verlief wie im Bilderbuch, auch mit Sturm- und Seekrankheitseinlage in der Biskaya – doch das bleibt auch reisenden Millionären nicht erspart! Dafür wartete dann auf der Pier von Lissabon der deutsche Gesandte von Hoyningen-Huene um die – gesundheitlich wieder hergestellten – KDF-Urlauber zu begrüßen, die sich anschließend über die portugiesische Hauptstadt verteilten, um sich nachmittags in der

Arena als Zuschauer eines landesüblichen Stierkampfes (der freilich mehr Hallensische Kritik als Bewunderung auslöste) wieder zu versammeln. Die persönlichen Begegnungen, die unsere Urlauber in Lissabon und einige Tage später am Reiseziel in Funchal auf Madeira mit der dortigen Bevölkerung suchten und fanden, konnte man bei aller Unbeschwertheit beiderseits als politisch registrieren. Für die armen Portugiesen erschien dieses Deutschland wie ein Wunderland. Wo anders konnten Arbeiter und Arbeiterinnen solche Urlaubsreisen unternehmen?

Was den Portugiesen Anlaß zum Staunen war, mochte Gästen aus anderen Ländern ärgerlich gelten. Sie fühlten sich auf Madeira bisher „unter sich". Was konnte bei ihnen zuhause entstehen, wenn dieses deutsche Beispiel Schule machte?

*

Die Erinnerung des Alternden wendet sich gerne den hellen Szenen zu; doch auch die dunkleren sollen nicht ausgelöscht werden.

Die politische Verhaftungswelle des Jahres 1933 war aus der damals bis zum Zerreißen gespannten innenpolitischen Lage erklärlich.

Bevor die Regierung Hitler im Frühjahr 1933 einige tausend Kommunisten isolierte, gab es seit anderthalb Jahrzehnten bereits Millionen lebender und toter Opfer sowjetischer Konzentrationslager. Ein nach dem Normalrecht ausgerichtetes staatspolitisches Handeln hätte die Gefahr eines roten Bürgerkrieges nicht ausschalten können. Um das zu verdeutlichen, genügt die Erinnerung daran, daß die in Berlin von Göring aufgestellte Polizei-Abteilung Wecke im Frühjahr 1933 bei ihren Razzien in kommunistischen Wohngebieten der Reichshauptstadt Vorräte von Gewehren, Maschinengewehren, Pistolen und Sprengstoffen beschlagnahmen konnte, die ausgereicht hätten, zwei Heeres-Divisionen infanteristisch auszurüsten.

Nach späterer sachkundiger Auskunft gab es im ganzen Reichsgebiet am 1. Oktober 1933 26789 Polizei-Gefangene, davon 14906 in Preußen. Zu Weihnachten 1933 wurden beträchtliche Entlassungen durchgeführt; die Zahl der politischen Gefangenen in Preußen verringerte sich im Frühjahr 1934 auf etwa 1800.

Nach den beim Internationalen Suchdienst in Arolsen vorliegenden Häftlingslisten sämtlicher deutscher Konzentrationslager waren in den 12 Jahren von 1933 bis 1945 in ihnen insgesamt 530000 Personen inhaftiert – einschließlich der zwischenzeitlich Entlassenen, der Verstorbenen und der bei Kriegsende Befreiten. Nach einem im großen Nürnberger Prozeß vorgelegten Dokument betrug die Zahl der KZ-Häftlinge am 30. April 1942 – also im dritten Kriegsjahr – einschließlich der sicherheitsverwahrten Kriminellen, der Homosexuellen und der Asozialen insgesamt 21900, davon 4500 in Dachau, 6500 in Sachsenhausen, 5300 in Buchenwald, 1500 in Mauthausen, 1600 in Flossenbürg, 2500 in Ravensbrück.

Die Inhaftierungen aus rein politischen Gründen erschienen mir nach 1933 nicht mehr nötig – und sie waren es auch nicht. Das läßt sich nicht nur historisch-politisch, sondern auch zahlenmäßig beweisen.

Am 2. August 1934 – fünf Wochen nach den Ereignissen des 30. Juni – war bekanntlich Reichspräsident von Hindenburg gestorben, das Reichskabinett hatte Adolf Hitler zum Nachfolger bestimmt – unter Vereinigung des Amtes des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers. Dieser Beschluß war der Bestätigung durch eine Volksabstimmung unterworfen worden. Gewiß wäre es überzeugender gewesen, nach den Bestimmungen der Weimarer Verfassung vorzugehen, den Präsidenten des Reichsgerichtes mit der vorläufigen Wahrnehmung des Präsidentenamtes zu betrauen und eine Volkswahl auszuschreiben. Es wäre in der damaligen Lage kein anderes Ergebnis zustande gekommen. Kein Zweifel besteht hinsichtlich der Wahrung des Abstimmungsgeheimnisses, denn es haben am 19. August 1934 nicht weniger als 4294654 deutsche Wähler mit „Nein" – also ausdrücklich gegen Hitler – gestimmt, und weitere 872296 haben ihren Stimmzettel ungültig gemacht. Die entsprechenden Zahlen lauteten in meinem Gau: 78471 Nein- und 19514 ungültige Stimmen.

Ausdrücklich für Hitler lauteten 89,93 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen; alle diese Wähler hätten ebenso wie die fast 5 Millionen Gegner mit „Nein" stimmen können. Ein ähnlich überzeugendes Ergebnis von 89,8 Prozent erbrachte bekanntlich die Saar-Abstimmung

am 15. Januar 1935; sie fand sogar unter internationaler Kontrolle statt.

Angesichts dieser eindeutigen politischen Willensbildung in den breiten Volksschichten hätte man – im Gegensatz zur Lage im Frühjahr 1933, wo alles undurchsichtig war und auf das „Messers Schneide" stand – ohne ernstes Wagnis die Bekämpfung der verbliebenen Umsturz-Interessenten den ordentlichen Gerichten überlassen können. Damit wäre freilich dem inzwischen entwickelten Apparat der Staatspolizei ein Einschüchterungsmittel entzogen worden, auf das Himmler nicht verzichten wollte. Und da er aus dem Geschehen des 30. Juni als „Sieger" hervorgegangen war, konnte von einer Beeinträchtigung seiner Machtstellung keine Rede mehr sein.

Es bezeichnet die Situation, daß ich von der Einrichtung eines Konzentrationslagers in meinem Gaugebiet nur durch Zufall erfuhr.

Es handelte sich um das Konzentrationslager Lichtenburg bei Torgau. Die Berliner Zentrale der „Geheimen Staatspolizei" hat die Errichtung dieses Schutzhaft-Lagers mit dem für die staatliche Verwaltung meines Gebietes zuständigen Regierungs-Präsidenten Sommer vereinbart. Dieser – keineswegs ein Nationalsozialist –, der unter Papen im Sommer 1932 Regierungspräsident geworden war und mit mir nur ungern zusammenarbeitete – hatte sich dem Berliner Plan gegenüber willfährig und dienstbeflissen gezeigt. Das eingerichtete Lager war in einem kleinen Schloß untergebracht und machte zunächst wenig von sich reden. Bald wurden jedoch aus örtlichen Parteikreisen Klagen über die Zustände in diesem Lager an mich herangetragen. Ich forderte den Regierungspräsidenten auf, den Klagen nachzugehen und – gegebenenfalls unter Berufung auf mich – die zuständigen Stellen zum Eingreifen aufzufordern. Das ist dann auch geschehen mit dem Erfolg, daß die bisherige Lagerleitung abgelöst wurde.

Vom neueingesetzten Lagerleiter erhielt ich die Einladung, mich durch einen persönlichen Besuch von den Verhältnissen zu unterrichten. Ich folgte dieser Einladung; bei meinem Besuch wurde ich darauf hingewiesen, daß das Lager sowohl verwaltungsmäßig wie disziplinär direkt der Staatspolizei in Berlin

unterstehe und daß weder der Regierung in Merseburg noch der Gauleitung in Halle Eingriffsrechte zuständen.

Der Besuch vermittelte immerhin den Eindruck von Sauberkeit und Ordnung. Ich konnte mich auch mit zwei mir aus der Kampfzeit bekannten politischen Persönlichkeiten unterhalten. Es war der ehemalige hessische Ministerpräsident Leuschner, sowie der sozialdemokratische Theoretiker Carlo Mierendorf. Den letzteren hatte ich in meinen eigenen Versammlungen bereits als Diskussionsredner erlebt und als einen sachlich fairen Gegner in Erinnerung. Um so mehr interessierte ich mich für sein persönliches Schicksal.

Man hatte ihm das Amt eines Bibliothekars übertragen, Leuschner war in der Lagerverwaltung tätig. Beide gaben mir auf meine Frage nach ihrer persönlichen Behandlung zur Antwort, daß sie – solange sie diese ihre Ämter behalten dürften – keine besonderen Beschwerden vorzubringen hatten.

Sowohl Leuschner wie Mierendorf wurden später auf freien Fuß gesetzt. Mierendorf kam in Leipzig bei einem Luftangriff ums Leben – mit ihm verloren die Sozialdemokraten zweifellos einen ihrer fähigsten Köpfe. Leuschner betätigte sich nach seiner Entlassung wieder politisch; er wurde als prominentes Mitglied der Verschwörung des 20. Juli 1944 erneut verhaftet und nach einem Todesurteil des Volksgerichtshofes hingerichtet.

Meine zwar nicht erfreulichen, aber auch nicht alarmierenden Eindrücke im Konzentrationslager Lichtenburg wurden bestätigt, als im Herbst 1935 in das Programm einer in München einberufenen Reichsleiter- und Gauleiter-Tagung unvorhergesehen eine Besichtigung des Konzentrationslagers Dachau eingeschoben wurde. Einige Gauleiter hatten von den Gerüchten berichtet, die über die Vorgänge in den KZ im Lande verbreitet waren, und hatten vom verantwortlichen Reichsführer-SS Himmler Auskunft verlangt. Himmler antwortete, daß es in den Konzentrationslagern keine Geheimnisse gäbe, die die Öffentlichkeit zu scheuen hätten. Er habe schon wiederholt internationalen Persönlichkeiten Besuchserlaubnis erteilt; also sei es am besten, wenn die Reichsleiter und Gauleiter am nächsten Vormittag das nahegelegene Lager Dachau besichtigen würden. Er werde dort zu allen ihm gestellten Fragen Stellung nehmen.

Dachau war damals das in der gegnerischen Propaganda meist genannte Lager, obwohl es zu dieser Zeit nur etwa 3000 Häftlinge aufwies.

Als wir es betraten, sahen wir zunächst den riesengroß sichtbar gemachten Spruch: „Es gibt einen Weg in die Freiheit – er heißt Arbeit." Das klang vertrauenerweckend, heute würde man vielleicht sagen: „Resozialisierung." Der düstere erste Eindruck der Wachtürme und Stacheldrahtzäune trat zurück. Himmler selbst erläuterte uns die Zusammensetzung der Belegschaft: Es gab da politische Häftlinge, außerdem sog. „Sicherheitsverwahrte" d.h. Kriminelle, die auf Grund richterlichen Urteils nach Verbüßung ihrer Strafe als Rückfallverbrecher nicht in die Freiheit entlassen wurden, weiter gab es sog. Asoziale, Homosexuelle, „Ernste Bibelforscher", d.h. grundsätzliche Wehrdienstverweigerer, schließlich Juden – damals zahlenmäßig etwa 10 vom Hundert der Gesamtbelegschaft. Jede Kategorie dieser Häftlinge war äußerlich durch ein Abzeichen gekennzeichnet.

Himmler hatte uns eingeräumt, daß wir mit jedem Häftling sprechen und jede beliebige Frage an ihn richten dürften. Um nicht abgehört oder beeinflußt zu werden, durchstreiften wir allein oder in Gruppen die einzelnen Barackenstraßen.

Viele von uns hatten selbst in den Jahren des politischen Kampfes Gefängniszeiten erlebt und waren deshalb kritische Beobachter. Unsere zahlreichen Gespräche führten uns zu dem Ergebnis, daß außer dem Wunsch, bald wieder in Freiheit zu sein, keine konkreten Beschwerden feststellbar waren, ja einige von uns meinten, daß die Haft in einem solchen Lager dem Zwangsaufenthalt in einer sonnenlosen Gefängniszelle vorzuziehen sei, und daß auch das Gemeinschaftsleben im Lager die Härten des Freiheitsentzuges mildere. Das war alles im Jahre 1935 sicher richtig. Später im Kriege – und vor allem in der Periode vor dem Kriegsende – hat nicht nur das Lager Dachau sein Gesicht ins Grauenhafte verändert.

Ich vermochte damals weder das zu ahnen, noch: daß ich zehn Jahre danach selbst als Häftling Insasse dieses Lagers sein würde ...

*

Nur einmal schwebte über dem Gau Halle-Merseburg der drohende Schatten einer unmittelbar auf uns gezielten staatspolizeilichen Aktion. Das war im Sommer 1935 in Verbindung mit einem tragischen Unglück.

Wir waren in Halle an einem heißen Junitag mit den letzten Vorbereitungen für einen großen Gau-Parteitag beschäftigt, als ich die Nachricht erhielt, daß sich in der WASAG in Rheinsdorf – einem großen Sprengstoff-Werk – eine Explosion ereignet habe. Bereits der erste Bericht sprach von einem Trümmerfeld auf dem Werksgelände und einer noch nicht übersehbaren, aber voraussichtlich hohen Zahl von Toten und Verletzten.

Als erstes wurden in benachbarten Krankenhäusern Betten freigemacht, ein überörtlicher Einsatz von Sanitätswagen organisiert usw. Dann fuhr ich selbst nach Rheinsdorf; was sich dem Auge darbot, war grauenerregend. Das völlig zerstörte Gelände lag noch unter den Dämpfen der Explosion, die Rettungsmannschaften arbeiteten in wirklich todesmutigem Einsatz an der Bergung von Verletzten und Toten; dabei bestand die Gefahr, daß weitere Explosionen folgen konnten.

Noch herrschte völlige Unklarheit über die Ursache und die Hauptausgangsstelle des Unglücks. Das Rheinsdorfer Werk nahm in der mitteldeutschen Industrie einen besonderen Platz ein; es produzierte unter strengster Geheimhaltung Sprengstoffe neuester Entwicklung, war infolgedessen ein wichtiger Rüstungsbetrieb. Andererseits lag es in einer Landschaft, die sich bis 1933 als kommunistisch stark durchsetzt auswies. In der Belegschaft mußte auch für das Jahr 1935 noch die Existenz und die Aktivität einer kommunistischen Betriebs-Organisation als wahrscheinlich angenommen werden. Nicht lange vor dem Unglück waren der Gauleitung Beschwerden darüber zugegangen, daß in der Rheinsdorfer Belegschaft einerseits frühere Kommunisten in anormal hoher Zahl tätig seien, andererseits mehreren höheren Funktionären der DAF das Betreten des Betriebsgeländes verboten worden sei. Die Berichte schlossen mit Warnungen vor der Gefahr eines Verrates militärischer Geheimnisse oder auch etwaiger Sabotageakte.

So war von der ersten Stunde dieser riesigen Explosion an der ernste Verdacht einer kommunistischen Aktion in Betracht

zu ziehen. Ich konnte angesichts dieser Situation nichts dagegen einwenden, im Gegenteil, ich hielt es auch für richtig, daß die Staatspolizei zunächst die in der Umgebung bekannten ehemals führenden Kommunisten vorsichtshalber verhaftete.

Noch während ich mich auf dem Unglücksgelände aufhielt, traf der von Hitler persönlich nach Rheinsdorf entsandte SS-Obergruppenführer Sepp Dietrich ein. Auch er war zutiefst ergriffen von all dem Leid, das sich dem Auge darbot. Bereits Hunderte von Schwerst- und Schwerverletzten waren abtransportiert worden, die Toten wurden gesammelt, die Einsatzmannschaften arbeiteten ohne Pause.

Über allem aber stand dumpf und drohend die von Sepp Dietrich auch aus Berlin mitgeteilte Frage: War das ein kommunistischer Sabotageakt – und wenn ja, was könnte sich noch ereignen, wenn Rheinsdorf nur ein Startschuß wäre?

Hitler bestimmte, daß für die Toten auf dem Werksgelände eine würdige Trauerfeier zu veranstalten sei und kündigte seine persönliche Teilnahme an. Als sie einige Tage später stattfand, lagen in den 125 Särgen tote Frauen und Männer, die ein grausamer Tod jäh aus ihrem arbeitsamen Leben gerissen hatte. In manchen Särgen konnten nur noch unkennbare Teile der in der Explosionsglut versengten Menschen verwahrt werden.

Hitler kam über Dessau in Begleitung des Nachbar-Gauleiters Reichsstatthalter Loeper. Mit todernstem Gesicht entstieg er dem Wagen. Als ich ihm die Trauerfeier meldete, sagte er nur: „Das ist eine nationale Katastrophe."

Zum Abschluß der Feier, die ich einleitete und zu der Dr. Goebbels die Ansprache hielt, ging Hitler zu den Hinterbliebenen, um jedem Einzelnen die Hand zu drücken. Oft habe ich ihn in bewegenden Situationen gesehen – nie jedoch so aufgewühlt, wie hier inmitten der Frauen und Kinder von Rheinsdorf.

Nur langsam löste er sich aus den Gruppen der vom Schicksal so schwer Getroffenen. Noch einmal verneigte er sich vor allen diesen Unglücklichen, während sie ihm ihren Gruß entboten.

Während die Totenwagen die Särge aufnahmen, um sie in ihre Heimatdörfer zu fahren, begleitete ich Hitler zum Ausgang des Werksgeländes. Er schritt schweigend neben mir, rang sichtlich

nach Worten, dann kam stoßhaft der Satz: „Jordan! ... Wenn das das Werk der Kommunisten war ... dann Gnade Gott! Dann werden für jeden dieser braven toten Arbeiter und Arbeiterinnen zehn dieser Bestien sterben ... Jordan! ... das schwöre ich Ihnen ..."

Von Seiten der Reichsdienststellen war eine Experten-Kommission eingesetzt worden, die sich sofort an Ort und Stelle begab, um die Ursache des Unglücks mit aller Sorgfalt zu untersuchen. Nach einiger Zeit stand das Ergebnis der Untersuchung fest: Die Explosion war durch die Fahrlässigkeit eines Arbeiters verursacht worden. Ein mit einem Wollflicken ausgebesserter Handschuh war am Rande eines Behälters hängengeblieben, in dem sich hochexplosives Material befand; es entzündete sich durch die Verbindung mit der Faser. Lediglich Unachtsamkeit, leichtfertiges Außerachtlassen der Sicherheitsvorschriften war die Ursache der Katastrophe. Der Schuldige konnte nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden; er befand sich unter den Toten.

Nachdem diese Feststellung getroffen war, wurden die aus Anlaß des Unglücks verhafteten Kommunisten wieder auf freien Fuß gesetzt.

Bei einer späteren Unterredung sagte mir Hitler, als wir auf das Rheinsdorfer Unglück zu sprechen kamen: Das Untersuchungsergebnis habe ihn von einem „plagenden Alpdruck" befreit.

Mir ging es nicht anders.

*

Aus den schweren Tagen des kämpferischen Ringens und im Rhythmus des Aufbaues war mir die mitteldeutsche Landschaft zwischen Harz und Lausitz mit ihrem so aktiven Zentrum Halle zum selbstverständlichen Mittelpunkt meines Denkens und Fühlens geworden. Ich glaubte, diesem traditionsreichen Gau wie von einem höheren Schicksal zugeordnet zu sein. Vielleicht war ich so eitel, meinen Namen schon in die politische Geschichte dieser für Gegenwart und Zukunft gleich wichtigen Landschaft eingereiht zu sehen.

Da wurde erneut in ganz unerwarteter Weise in mein Leben eingegriffen.

Das Hallesche Parteiführerkorps war am 19. April 1937 – am Vorabend von Hitlers 48. Geburtstag – zu einem Kameradschafts-Abend in der Saalschloß-Brauerei versammelt. Ich saß in gemütlicher Runde, als ich kurz nach 10 Uhr abends in störender Weise an das Telefon gerufen wurde. Am Apparat war unser Landeshauptmann Kurt Otto (von dessen Antrittsrede 1932 ich in einem früheren Kapitel berichtet habe). Auch diesmal erwies sich Otto als ein etwas umständlicher Beamter; ich verstand überhaupt nicht, was er wollte: er brachte seine „große Freude" und – ich staunte immer mehr – seine „von Herzen kommende Gratulation" zum Ausdruck. Als ich ihn ungeduldig mit der Frage unterbrach, was seine langschweifigen Komplimente zu bedeuten hätten, war es an Otto, überrascht zu sein. Wisse ich denn nichts von der soeben verbreiteten Rundfunk-Meldung, daß der Führer mich zum Reichsstatthalter in den Ländern Braunschweig und Anhalt ernannt habe?

In der Gauleitung war bis dahin noch keine derartige Mitteilung eingegangen. Seit dem Tode meines Nachbar-Gauleiters, des Reichsstatthalters Loeper in Dessau, war dessen Staatsamt vom Thüringer Reichsstatthalter Sauckel mitwahrgenommen worden. Mein erster Gedanke war, daß mit dieser meiner Berufung auch der Abschied von Halle verbunden sein würde. Das bestätigte sich kurz darauf; mitten in der Nacht kam das Telegramm, aus dem ich außer meiner Ernennung im Staatsdienst noch erfuhr, daß ich gleichzeitig zum Gauleiter der NSDAP im Gau Magdeburg-Anhalt ernannt worden war.

Später erfuhr ich, daß in Berlin bereits seit Jahresfrist, seit dem Tode Loepers (23.10.1935) – meine Ernennung zum Reichsstatthalter bei den federführenden Stellen in der Reichskanzlei und im Reichsinnenministerium ins Auge gefaßt worden war. Aber niemand fand es nötig, mich selbst dazu zu hören ...

Einige Tage später wurde ich in Anwesenheit des Reichsinnenministers Dr. Frick und des Staatssekretärs Dr. Lammers im Arbeitszimmer des Führers in der Reichskanzlei vereidigt. Nach diesem zeremoniellen Akt unterrichtete mich Hitler beim Mittagessen über die Beweggründe, die für meine Ernennung maßgebend gewesen waren. Es waren nicht – wie ich selbst er-

wartet hatte – Rücksichten auf einen „alten verdienten Parteiführer" sondern verwaltungspolitische Gesichtspunkte. Hitler hatte einige der Denkschriften gelesen, die ich im Laufe der letzten Jahre zu Fragen der Verwaltungsreform ausgearbeitet hatte. Er ließ durchblicken, daß meine ausgleichende Vermittlung in Streitfragen zwischen Partei- und Staatsdienststellen bei den Berliner Zentralstellen Beachtung gefunden hatte. Schließlich erwähnte er noch ein menschliches Argument: Ich sei ja schon einmal als junger Lehrer Staatsdiener gewesen, man habe mir im „Parteienstaat" meine Laufbahn lediglich wegen meiner politischen Gesinnung zerstört. Durch die jetzige Ernennung und Verpflichtung sei mir der Weg in die praktische staatliche Arbeit wieder eröffnet und er hoffe, daß ich mich ihr mit ehrlicher innerer Freude widmen werde.

Ich verließ die Reichskanzlei mit der Ernennungs-Urkunde eines Statthalters des Reiches – im Range eines Reichsministers. Mit meinen 35 Jahren war ich begreiflicherweise stolz – aber ich war auch fest entschlossen zu sachlicher und gerechter Arbeit für das allgemeine Wohl. Ich war bereit, zu dienen und in diesem Dienst nicht nur des Reiches, sondern auch des Volkes Statthalter zu sein.

*

Meine Dienstgeschäfte im neuen Amt begannen noch in dem Hotelzimmer des Hotels „Goldene Kugel" in Halle, in dem ich seit Jahren wohnte. Hier meldeten sich die Ministerpräsidenten der beiden Länder Braunschweig und Anhalt zu ihren ersten Vorträgen. Dienstsitz des Reichsstatthalters – und auch Sitz des für einen wesentlich größeren Bereich zuständigen – Gauleiters der NSDAP war Dessau. Mein Umzug dorthin verzögerte sich, da bauliche Veränderungen in der Dienstwohnung des Reichsstatthalters vorzunehmen waren, aber mit den politischen Fragen meines neuen Tätigkeitsbereiches beschäftigte ich mich natürlich sofort. Es ergab sich noch eine besondere Verknüpfung dadurch, daß der bisherige stellvertretende Gauleiter von Magdeburg-Anhalt, Joachim Eggeling, zu meinem Nachfolger in Halle ernannt worden war.

Die beiden Gaue grenzten zwar aneinander, sie gehörten beide (außer – wie gesagt – das Land Anhalt) zur preußischen Provinz Sachsen, aber trotz ihrer geographischen Nachbarschaft waren sie in ihrer politischen Struktur sehr verschieden.

In dem für mich neuen Bereich der mittleren Elbe gab es im Westen die herrliche Landschaft des östlichen Harz, dessen sagenhafter höchster Berg – der Brocken – noch zum Gau gehörte. Ferner das liebliche Harzvorland mit seinen geschichtlichen Stätten, die Magdeburger Börde – eines der fruchtbarsten Gebiete des ganzen Reiches –, die Altmark, die Wiege Preußens, das Jerichower Land mit den sandigen Kiefernflächen und den Havelarmen und jenes immer noch von der höfischen Tradition geprägte Anhalter Land der Askanier. In der tausendjährigen deutschen Vergangenheit war von dieser einstigen Grenzmark die Ostkolonisation der Sachsen-Könige ausgegangen. Davon erzählt Quedlinburg, in dessen Dom Heinrich I. mit seiner Gemahlin beigesetzt sind. Davon kündet Magdeburg, wo Otto der Große seine Kaiserpfalz hatte und seine letzte Ruhestätte fand. Sein Kampfgenosse, Markgraf Gero ruht in der Stiftskirche Gernrode; nicht weit davon in Ballenstedt Albrecht der Bär – sie alle frühe Kolonisatoren des deutschen Ostens.

Seither sind aus dieser Landschaft immer wieder große deutsche Männer erwachsen.

Ein Eike von Repkow schuf auf der Burg Falkenstein seinen berühmten Sachsenspiegel, der später als „Magdeburger Recht" über die deutschen Grenzen hinaus bis weit nach Rußland hinein Geltung gewinnen sollte.

In Zerbst wurde die anhaltinische Prinzessin geboren, die als Kaiserin Katharina II. von Rußland in die Weltgeschichte eingegangen ist. Ihr Zeitgenosse der „Alte Dessauer" war einer der großen Soldaten dieser Landschaft. Ein weiterer war Steuben, der Heerführer des amerikanischen Freiheitskrieges, und der bedeutendste war der bis in unsere Gegenwart geistig wirkende deutsche Kriegsphilosoph Carl von Clausewitz. Er stammte aus Burg bei Magdeburg. Und im Gutshof von Schönhausen an der Elbe wurde Deutschlands großer Kanzler Otto von Bismarck geboren!

Diese Traditionen deutscher Vergangenheit waren im Gau Magdeburg-Anhalt in vielfacher Weise lebendig geblieben.

Sogar die Industrien: die Zucker-, Kali- und Braunkohlen-Industrie blickten auf eine lange Vergangenheit zurück. Über die Gegenwart in die Zukunft hinaus wiesen bereits einige modernste Werke – unter ihnen die Junkers-Flugzeug- und Motorenwerke mit ihrem Stammsitz in Dessau.

Von großer Bedeutung waren die Wasserstraßen: die Elbe – der deutsche Schicksalsstrom, der den Gau in seiner Mitte von Süden nach Norden durchfloß und der in meiner Zeit nach langen Kämpfen um Zuständigkeiten und landschaftliche Interessen endlich vollendete Mittelland-Kanal. Die Verbindung zwischen diesen beiden großen Wasserverkehrsstraßen wurde 1937 durch das von Rudolf Hess eingeweihte Schiffshebewerk Rotensee bei Magdeburg hergestellt.

Innenpolitisch war Magdeburg in den 20er Jahren einerseits durch seinen sozialdemokratischen Oberpräsidenten Hörsing, gleichzeitig Bundesführer des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, wie auch durch den „Stahlhelm“ geprägt, dessen erster Bundesführer Franz Seldte in Magdeburg wohnte.

„Gemäßigt links“ und „gemäßigt rechts“ – in diesem Gau hatten sich die Gegensätze nicht so hart ausgeprägt wie in Halle. In Dessau wehte mir schließlich eine noch fast höfische Tradition entgegen; hier erwartete mich zudem die alte Führungsmannschaft meines Vorgängers Loeper, der in der Partei und auch im Bürgertum als der „alte Hauptmann“ in gemütlicher Erinnerung war.

Um die Jahreswende 1937/38 hatte ich mich – nach herzlichem, aber irgendwie doch bitterem Abschied von Halle – in den so anders gearteten Gau und in meine neuen Aufgaben eingelebt. Ich wußte, daß ich mich umzustellen hatte, vor allem im Stil und in der Taktik. Aber ich sah auch Aufgaben vor mir, die einem Aktivisten zum Lebensinhalt werden konnten.

Ein langer Weg schien vor mir zu liegen.

Es sollte anders kommen.



Dessau, 29. Mai 1938

Das Großdeutsche Jahr

Die politische Vereinigung aller Deutschen zu einem „großdeutschen“ Staatswesen – das war ein bereits im Programm der NSDAP von 1920 unmißverständlich proklamiertes nationalsozialistisches Ziel. Jeder Schritt dorthin bedeutete freilich einen Verstoß gegen die Bedingungen der Friedensverträge von 1919. Sie haben nicht nur beträchtliche deutsche Siedlungsgebiete vom Reich abgetrennt, sondern auch das – später mehrfach bekräftigte – Verbot eines Anschlusses Österreichs an die Weimarer Republik konstituiert.

Schon am 30. Januar 1937 hatte Hitler in offener Reichstagssitzung erklärt:

„Ich ziehe die deutsche Unterschrift feierlich zurück von jener damals einer schwachen Regierung wider deren besseres Wissen abgepreßten Erklärung, daß Deutschland die Schuld am Kriege trage.“

Die Konsequenzen aus dieser an alle Staatsmänner der damaligen Welt gerichteten Erklärung war offenkundig. Da die meisten Versailler Regelungen sich auf die „Schuld“-These gründeten, bedeutete die Erklärung nichts weniger als die Aufkündigung des Friedensvertrages. Sie konnte allerdings niemanden überraschen. Seit den ersten Tagen seiner politischen Tätigkeit hat Hitler nie einen Zweifel darüber entstehen lassen, daß er die Liquidierung des Gewaltfriedens von Versailles als sein elementares Ziel ansah. Mit diesem Thema hatte er bereits seine ersten Münchener Massenversammlungen als Volks- und Parteiredner bestritten. Und dieser Kampfansage an die Sieger des Ersten Weltkrieges verdankte er nicht zuletzt seinen innenpolitischen Erfolg.

Vieles mag man Hitler zum Vorwurf machen: aber über seine Absicht, den Versailler Vertrag zu zerreißen, hat er niemanden getäuscht. Das wußte nicht nur jede ausländische Regierung, viele Politiker in der ganzen Welt stimmten ihm darin zu, nicht zuletzt sein späterer harter Gegner Winston Churchill, der noch 1935 bekanntlich über Hitler schrieb:

„In 15 Jahren ist es Hitler gelungen, Deutschland wieder zu einer Großmacht in Europa zu machen; er hat aber damit nicht nur seinem Volke diese Stellung wieder errungen, er hat in beträchtlichem Maße sogar die Ergebnisse des großen Krieges in ihr Gegenteil umgekehrt: Die Besiegten sind daran, die Sieger zu werden und die Sieger die Besiegten. Was man auch über diese Erfolge denken mag, sie gehören doch zu den bemerkenswertesten der gesamten Weltgeschichte."

Mit diesen Worten hat der spätere britische Kriegspremierminister freilich auch die Spannung angesprochen, die sich damals weltpolitisch entwickelte. Die Fronten zwischen denen, die die Berechtigung der deutschen Absage an Versailles anerkannten, und jenen, die keinesfalls dulden wollten, daß dieser mißratene Friedensvertrag revidiert werde, gingen quer durch die Länder. So äußerte der frühere USA-Präsident Hoover, als er 1938 von einer Europa-Reise zurückkehrte:

„Die Drachensaat, im Jahre 1919 gesät, ist jetzt aufgegangen; nur aus den Zwangsmaßnahmen des Versailler Vertrages heraus ist das Entstehen der europäischen Diktaturen zu verstehen."

Hoovers Nachfolger, der seit 1933 amtierende amerikanische Präsident Roosevelt, war zu solchen Einsichten nicht bereit; er rief bereits am 5. Oktober 1937 in seiner berühmt-berüchtigten Chicago-Rede zu jener internationalen Frontbildung gegen Deutschland auf, die dann im Zweiten Weltkrieg Tatsache wurde.

Unvermeidlich nahm Hitlers Kampf gegen Versailles internationales Format an, als nicht mehr nur innerdeutsche Vorgänge zur Diskussion standen – etwa die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die militärische Wiederbesetzung des Rheinlandes –, sondern als sich auch das programmatische Fernziel der NSDAP – die großdeutsche Forderung – deutlich abzeichnete.

Das in dieser Richtung auf den ersten Blick einfachste Revisionsproblem war die Österreich-Frage. Hier stand theoretisch nur das „Anschluß-Verbot" im Wege. Es gab in den 20er Jahren keinen Staatsmann in Berlin oder Wien, der nicht da-

gegen protestiert hätte. Noch in der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 war gesagt worden:

„Deutsch-Österreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmenzahl. Bis dahin haben die Vertreter Deutsch-Österreichs beratende Stimme."

Dieser Absatz 2 des Artikels 61 der Weimarer Verfassung mußte 1920 nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages ebenso gestrichen werden, wie die Republik Deutsch-Österreich aufgrund ihres Friedensvertrages von Saint Germain in ihrem offiziellen Staatsnamen das Wort „Deutsch" streichen mußte.

Die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarregierungen kühlten sich just von dem Tag an ab, an dem Adolf Hitler, ein Sohn Oberösterreichs, deutscher Reichskanzler geworden war. Die weltanschaulichen Gegensätze zwischen den Regierungsparteien waren die Ursache der Entfremdung; sie verschärften sich, als im Juni 1933 die NSDAP in Österreich verboten wurde und viele Anhänger der österreichischen „Hitler-Bewegung" (wie sie sich dort nannte) in eigens zu diesem Zweck eingerichtete Konzentrationslager eingeliefert wurden. Die Spannung erreichte ihren Höhepunkt, als eine Gruppe illegaler Nationalsozialisten am 25. Juli 1934 in Wien einen Putsch-Versuch unternahm, bei dem der österreichische Bundeskanzler Dollfuß erschossen wurde. Dollfuß' Nachfolger Schuschnigg suchte und fand machtpolitischen Rückhalt bei Mussolini in Italien – was die Österreich-Frage noch mit zusätzlicher Spannung erfüllte. Erst im Zusammenhang mit dem italienischen Abessinien-Abenteuer erfolgte auf Wunsch Roms eine zaghafte Wiederannäherung Wiens an Berlin; im Juli 1936 brachte die österreichische Regierung in einem Abkommen mit dem Deutschen Reich immerhin zum Ausdruck, daß sich Österreich als deutscher Staat bekenne.

Aufgrund vielfacher Dokumentar-Veröffentlichungen läßt sich heute ziemlich deutlich die Vorgeschichte dessen überblicken, was sich dann im März 1938 innerhalb weniger Tage in Gestalt des stürmischen „Anschlusses" und eines „Blumenfeldzuges" vollzog.

Hitler wollte – auch diesmal im Gegensatz zu einer revolutionären Gruppe österreichischer Nationalsozialisten – den Zusammenschluß Österreichs mit dem Reich in stufenweiser Entwicklung, also „evolutionär" erreichen und glaubte, Anfang Februar 1938 diesen Weg durch eine Übereinkunft mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Schuschnigg vorbereitet und abgesichert zu haben.

Durch Schuschniggs dramatischen „Umfall" wurde die Reichsregierung nach dem 9. März 1938 überraschend einer Krise konfrontiert, die wohl schon damals zu einem europäischen Konflikt führen konnte, wenn nicht gerade in Frankreich ein Regierungswechsel stattgefunden und Mussolini sich nicht zu einer Preisgabe seiner bis dahin fast unverhüllt antideutschen Politik in Österreich bereitgefunden hätte.

Schließlich entstand am Spätnachmittag des 11. März 1938 infolge der mehrstündigen Weigerung des österreichischen Bundespräsidenten, statt des zurückgetretenen Dr. Schuschnigg den von Berlin gestützten Dr. Seyss-Inquart zum Bundeskanzler zu ernennen, eine so undurchsichtige Situation, daß – um Wien vor einem etwaigen tschechischen Vorstoß und Tirol vor Italien abzusichern – auf Görings Betreiben in der Nacht zum 12. März deutschen Truppen der Einmarsch nach Österreich befohlen wurde, was sich international zu einem „Überfall" umstilisieren – um nicht zu sagen: umlügen – ließ.

Wie wohl auch alle anderen Gauleiter – Adolf Wagner vielleicht ausgenommen, in dessen Gau München-Oberbayern sich nach Schuschniggs Innsbruck-Rede ein überstürzter Truppenaufmarsch vollzog – so wurde auch ich von den Österreich-Geschehnissen nur durch Zeitung und Rundfunk unterrichtet. Noch die Morgenblätter des 11. März berichteten zurückhaltend; erst im Laufe des Nachmittags und am Abend dieses Tages wurde deutlich, daß in den größeren österreichischen Städten und schließlich in Wien sich ein revolutionärer Umbruch vollzog. Überall wurden Hakenkreuz-Fahnen gehißt, große Demonstrationen kündigten das Ende des Schuschnigg-Regimes an.

Als ich am Morgen des 12. März am Rundfunk vom Einmarsch deutscher Truppen hörte, war ich überrascht. Angesichts des offenkundigen populären Umsturzes in ganz Österreich hielt

ich diese Maßnahme für unnötig, freilich war mir die Zuspitzung und die internationale Verflechtung der Krise nicht ganz klar geworden. Meine Zweifel gingen unter im Erlebnis der Rundfunkberichterstattung, aus der sich eine geradezu leidenschaftliche Begrüßungsbegeisterung der österreichischen Bevölkerung darbot.

Später hörte ich: der Einmarsch wäre nicht erfolgt, wenn der österreichische Bundespräsident Miklas auch nur eine Stunde früher, als er es dann schließlich doch tat, das durch Schuschniggs Rücktritt freigewordene Amt des Bundeskanzlers dem Innenminister Seyss-Inquart übertragen hätte.

Es wiederholte sich die Verfahrensweise des August 1934: bereits am 13. März wurde der staatsrechtliche Anschluß Österreichs an das Reich proklamiert und für den 10. April ein Bestätigungsplebiszit angesetzt.

Auch dies hätte – ohne zu einem anderen Ergebnis zu führen – nützlicher in umgekehrter Reihenfolge angeordnet werden können. Die nachträgliche Erklärung dazu lautete: in der Welt seien die Ereignisse in Österreich und insbesondere der stürmische Empfang der deutschen Truppen bereits als ein „Anschluß" gewertet worden, vor allem aber habe Hitler die neue Lage mit Rücksicht auf Italien und Mussolini sofort „verfestigen" wollen.

Von Dessau aus ließ sich das nicht beurteilen. Hier empfanden wir nur eines: in diesen Tagen war die 90 Jahre zuvor an den deutschen Fürsteninteressen und nicht zuletzt an den Habsburgern gescheiterte großdeutsche Revolution von 1848 zur staatsrechtlichen Vollendung geführt worden!

In den folgenden Wochen und Monaten vollzog sich dann in Gauen Österreichs im Eilzugtempo, was wir in der Gleichschaltungs- und Aufbauperiode der Jahre 1933 bis 1935 erlebt hatten – wie immer, wenn etwas zu rasch geschieht, mit manchen Mängeln. Schließlich wurde dort auch noch die unter uns Gauleitern des „Alt-Reiches" seit Jahren ergebnislos diskutierte „Reichsreform" vorweggenommen und die bisherige Verwaltungseinheit Österreichs in sieben „Reichsgaue" aufgelöst; dort war nun jeder Gauleiter gleichzeitig „Reichsstatthalter".

Darüber und über manches andere Thema des überstürzten Anschlusses gab es bei uns und drüben in den „Alpen- und

Donau-Reichs-Gauen", wie wir Österreich später zusammengefaßt bezeichneten, noch manche Meinungsverschiedenheit; an der Reichstreue der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Deutschen aber gab es damals und dann im Kriege ebensowenig Zweifel, wie an der Tapferkeit der österreichischen Soldaten, die von Narvik bis nach Kreta für Groß-Deutschland gekämpft haben.

*

Dessau war – wie gesagt – kein Platz, an dem die große Politik des nun fast über Nacht mächtig gewordenen neuen Deutschlands in ihren inneren Zusammenhängen überblickt werden konnte. Dennoch gehört zu meinen Erinnerungen ein Erlebnis, das sich mir damals tief eingeprägt hat und das auch im Rückblick zumindest ein Streiflicht auf die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges wirft.

In den Wochen nach dem Österreich-Anschluß näherte sich bei uns der Tag der Fertigstellung und damit der feierlichen Eröffnung des neuen Dessauer Theaters. Hitler selbst hatte an der Planung und der architektonischen Ausgestaltung dieses ersten Theater-Neubaues im Dritten Reich ein besonderes Interesse bekundet, seinen Besuch für die Eröffnungsvorstellung zugesagt und dafür die Oper „Der Freischütz" von Carl Maria von Weber bestimmt.

Um dem Ereignis einen besonderen politischen Hintergrund zu geben, hatte ich die gleichzeitige Abhaltung eines zweitägigen Gau-Parteitages vorgesehen und – schon Wochen vor dem Ereignis – Hitlers Zusage für eine politische Rede auf einer Massenkundgebung erhalten.

Am 28. Mai 1938 sollte der Parteitag beginnen; am Sonntagvormittag mit einer Riesenveranstaltung auf der „Braunschen Lache" sollte die mitteldeutsche Bevölkerung Gelegenheit haben, Adolf Hitler unmittelbar zu sehen und zu hören. Anschließend war ein Vorbeimarsch von Partei und Wehrmacht vor Hitler vorgesehen; der Abend war dann für die Theatereinweihung reserviert.

Die Hitler-Kundgebung in Dessau wurde mit großen Plakaten in den Städten und Dörfern des Gaues angekündigt. Die eingehenden Anmeldungen ergaben eine Größenordnung

von etwa 300000 Besuchern, das waren fast dreimal so viel Menschen als Dessau Einwohner hat. Allein der An- und Abtransport dieser Menschenmassen innerhalb von 24 Stunden erwies sich als eine schwierige organisatorische Aufgabe, zumal Dessau nur an einer Eisenbahnnebenstrecke liegt.

Da Hitler selbst im Mittelpunkt des Sonntags-Programmes stand, mußten ihm bzw. seiner Adjutantur die einzelnen Programmpunkte des Tagesablaufes zur Genehmigung vorgelegt werden. In wiederholten Telefonaten sprach ich darüber mit dem SS-Brigadeführer Schaub als dem zuständigen Hitler-Adjutanten und erhielt von ihm das Placet. Erst in den letzten Tagen schaltete sich noch die Abteilung „Feiergestaltung“ des Reichspropagandaministeriums ein, die auch für die technische Übertragungsanlage zuständig war.

Im Fieber der organisatorischen Vorbereitungen achteten wir in Dessau damals wenig auf die politischen Ereignisse. Ich war mir kaum der internationalen Spannungen bewußt, die in jenen Tagen dadurch entstanden, daß der tschecho-slowakische Präsident Benesch am 20. Mai – zwei Tage vor den schon einmal verschobenen Gemeindewahlen in seinem Lande – eine gegen Deutschland gerichtete Mobilmachung angeordnet hatte. Er glaubte, damit auch auf das Wahlergebnis in den sudetendeutschen Gebieten einwirken zu können. Diese Erwartung wurde freilich enttäuscht: Die Sudetendeutsche Partei Konrad Henleins erhielt am 22. Mai nicht weniger als 91,44 Prozent aller deutschen Stimmen.

Unsere Zeitungen hatten über die Vorgänge in der Tschecho-Slowakei kritisch, aber zurückhaltend berichtet. Ich persönlich hatte kaum einen Blick darauf geworfen, als ich am Abend des 28. Mai in dramatischer Weise daran erinnert wurde, daß Dessau keine Insel im Weltgeschehen und unser Gau-Parteitag nicht das allein wichtige Zeitereignis war.

Die Stadt war geschmückt wie nie zuvor – ein einziges Fahnenmeer. Selbst die Schaufenster der Geschäftsstraßen standen im Zeichen des Hitler-Besuches – mehr oder weniger geglückte Blumendekorationen umrahmten Hitler-Bilder und Hitler-Büsten. In den Sälen der Stadt fanden die Appelle der einzelnen Parteiämter statt, und durch die Straßen drängten sich die Uniformträger der verschiedensten Parteigliederungen.

Für den Abend hatte ich die an der Organisation des bevorstehenden großen Tages beteiligten Führer in den Saal eines Dessauer Hotels gebeten, um das Minutenprogramm noch einmal bis in die letzte Einzelheit durchzusprechen. Um diese Zeit machten sich in den weit entlegenen Kreisen bereits die ersten Teilnehmer der Hitler-Kundgebung auf den Weg in die Gau-Hauptstadt, die Sonderzüge zur Abfahrt nach Dessau standen schon unter Dampf.

Als ich gerade die abschließende Besprechung beendet hatte, erreichte mich ein dringendes Staatsgespräch aus der Reichskanzlei in Berlin. Es meldete sich Schaub, der Adjutant des Führers. Er leitete sein Gespräch mit der Bemerkung ein, leider müsse er mir eine betrübliche Mitteilung machen. Dann meinte er noch beschwichtigend, ich möge mich nicht allzu sehr darüber aufregen; schließlich rückte er heraus: der Führer ließe mir bestellen, daß er unmöglich auf der Großkundgebung sprechen könne.

Ich glaubte, meinen Ohren nicht zu trauen und fragte: „Ja warum denn nicht? Ist er krank?"

Schaub darauf rätselhaft: „Nein, der Führer ist wohlauf." Ich versuchte es mit der Beschwörung: „Schaub – die Menschen sind ja schon unterwegs nach Dessau, um den Führer zu sehen und zu hören. Wir haben seine Rede ja in Tausenden von Plakaten bis ins letzte Dorf angekündigt!"

Darauf Schaub: „Parteigenosse Jordan! Der Führer kann morgen aus grundsätzlichen Erwägungen, die sich aus der eingetretenen außenpolitischen Situation ergeben, keinesfalls sprechen. Ich kann Ihnen, lieber Jordan, das am Telefon nicht erklären. Sie dürfen mir glauben: Es sind wirklich wichtige Vorgänge, die den Führer zu seinem plötzlichen Entschluß bewogen haben. Er wird Ihnen das morgen selbst erklären, denn er kommt auf jeden Fall nach Dessau, nur eine Stunde später, als es im Programm vorgesehen war. An seiner Stelle wird Dr. Goebbels in der Kundgebung sprechen – der Führer hat das so bestimmt. Das ganze andere Programm bleibt, wie es festgelegt wurde. Der Führer läßt Sie schön grüßen und wünscht Ihnen einen recht guten Erfolg zum morgigen Tag. Also, auf Wiedersehen bei Ihnen in Dessau!"

Das dringende Staatsgespräch war beendet. Die Mitteilung wirkte auch auf meine Mitarbeiter wie eine Bombe. Seit

Wochen hingen im ganzen Gau die Plakate, auf denen es hieß: „Adolf Hitler spricht in Dessau" – Hunderttausende machten sich in diesen Stunden bereits auf den Weg in die Gauhauptstadt. Gut – Dr. Goebbels würde zu den enttäuschten Massen sprechen. Aber das war – bei aller Wertschätzung Goebbels' als genialer Redner – kein Ersatz für Hitler selbst.

Schließlich konnte ich mir nicht im Unklaren darüber sein, daß es meine eigene Aufgabe war und blieb, der Riesenkundgebung die enttäuschende Nachricht bekanntzugeben.

So verbrachte ich eine kurze und unruhige Nacht; geweckt wurde ich von der Marschmusik der anrückenden Kolonnen: Politische Leiter – SA – SS – NSKK – Reichsarbeitsdienst, Marschblöcke der Deutschen Arbeitsfront – aus dem Ostharz, aus Magdeburg, aus der Börde, aus der Altmark, dazu Hitler-Jungen aus Stadt und Land marschierten formationsweise zum Kundgebungsplatz. Bald trafen auch die ersten Gäste aus Berlin in der Reichsstatthalterei ein: der Reichsführer SS Himmler, der Reichsarbeitsführer Konstantin Hierl und vor allem Dr. Joseph Goebbels, um Hitler in der Kundgebung als Redner zu vertreten.

Als wir rund um den Kaffeetisch saßen, schien Goebbels sich an meinem Lampenfieber zu weiden. Ironisch zitierte er aus Schillers „Wallenstein": „Herr Jordan! Spät kommt er – aber er kommt!"

Glücklicherweise hatte auch ich den „Wallenstein" im Kopf und konnte ihm antworten: „Vor Tische las man's anders!"

Goebbels stichelte weiter: „Ich werde mich als der unerwünschte Redner dieser Kundgebung Ihrer vortrefflichen Leitung unterordnen." Dann aber wurde er ernster und packte mich am Portepee: „Herr Jordan – es ist natürlich eine psychologisch nicht einfache Situation; Sie werden sie aber meistern. In zwei Stunden ist für Sie die Goebbels-Kundgebung vorbei."

Schon während dieses Frühstückgespräches erfuhr ich wenigstens skizzenhaft, was Hitler zu seiner Absage veranlaßt hatte. Ursache war die Situation in der Tschecho-Slowakei; dem kriegsdrohenden Benesch wollte Hitler nicht durch irgendeine rednerische Äußerung Anlaß geben, die tschechische Mobilisierung zu begründen.

Wir fuhren dann durch die feierlich geschmückte Stadt zum Kundgebungsplatz, wo uns ein Orkan von Heil-Rufen empfing.

Die Menschenmassen glaubten ja noch, daß nunmehr der Führer eingetroffen sei. Ich geleitete Goebbels zur Rednertribüne; seine Anwesenheit genügte, um die Massen noch in Bewegung zu halten.

Mir war klar, daß ich nun keine langen Worte machen durfte. Als ich mir etwas Ruhe verschafft hatte, begann ich mit der Mitteilung, daß der Führer sich auf dem Wege zu uns nach Dessau befinde. Er werde in einer Stunde in der Gau-Hauptstadt eintreffen und den Vorbeimarsch der Parteiformationen abnehmen. Damit wußten nun wenigstens diese Männer, daß sie ihn sehen würden. Nun erwähnte ich noch rasch die bedauerliche Tatsache, daß Adolf Hitler aus wichtigen politischen Gründen leider nicht mehr auf dieser Kundgebung erscheinen und sprechen könne, dann begrüßte ich Goebbels als einen seiner getreuen Paladine und gab ihm sofort das Wort.

Die Überraschung gelang; Goebbels bekam mächtigen Begrüßungsbeifall, er hielt eine gute Rede mit zündenden Gedanken in gefeilten Formulierungen. In wenigen Minuten beherrschte er das ganze Feld. Schließlich endete die Kundgebung unter einem Orkan von Heilrufen.

Nach kurzem Zwischenaufenthalt in der Reichsstatthalterei fuhr ich weiter zum Bahnhof, wo nun Hitlers Sonderzug zu erwarten war.

Mit den Vertretern der Partei, des Staates und der Wehrmacht stand ich auf dem geschmückten Bahnsteig bereit, als der Zug langsam in die Halle einrollte. Als erste lösten sich die Männer des Begleitkommandos aus den Türen, ihre sonst heiteren Gesichter waren beherrscht und ernst, sie ließen bereits auf eine ungewöhnliche Stimmung schließen.

Dann erschien Hitler selbst.

Tief ernst, mit grimmigem Gesicht schritt er langsam auf uns zu. Die Adjutanten verblieben mehr als sonst in respektvoller Entfernung; auch auf ihren Mienen stand Spannung geschrieben.

Hitler begrüßte uns fast geistesabwesend. Als ich ihm zur Seite trat, um ihn aus dem Bahnhof zu begleiten, sagte er mir mit gedrückter Stimme: „Es tut mir leid, daß ich Sie heute so enttäuschen muß. Noch bis gestern Abend wollte ich auf jeden Fall mein Wort halten und hier in Dessau sprechen. Aber die

seit Tagen aus der Tschechei drohende Gefahr zwingt mir das Gesetz des Handelns auf. Die Tschecho-Slowakei, das heißt richtiger: Herr Benesch, hat seit einer Woche die Mobilmachung gegen uns befohlen. Ich darf und will diesem Kriegshetzer keine Handhabe geben, einen Weltkrieg gegen unseren jungen Staat zu entfesseln. Er wartet nur darauf. Jedes Wort, das ich jetzt spreche, kann von diesem Burschen gefälscht und dazu mißbraucht werden, den gewünschten Funken in das Pulverfaß zu werfen. Sie werden mich also verstehen, wenn ich Ihre Kundgebung hier in Dessau den großen Fragen unterordnen mußte. Diesem Kriegsapostel darf kein auch nur scheinbarer Anlaß gegeben werden."

Hitler blieb bei diesen Worten sehr ernst und verriet in Ton und Miene, daß er in gespanntester Stimmung war. Die nächsten Stunden sollten das noch deutlicher zeigen.

Vor dem Bahnhof stehen die Ehreneinheiten der Wehrmacht angetreten und begrüßen nach der Meldung des Standortkommandanten ihren obersten Kriegsherrn mit präsentiertem Gewehr und gesenkten Fahnen in der alten traditionellen Soldatenstadt Dessau. Aber auch dieser imposante Empfang vermag Hitlers Miene nicht aufzuhellen.

Mit düsterem Blick besteigt er den Wagen, um stehend durch die Straßen zum Platz des Vorbeimarsches zu fahren. Von allen Seiten branden ihm jubelnde Heil-Rufe entgegen, Hitler jedoch bleibt starr im Wagen stehen, wie geistesabwesend. Nur mit mechanischen Gesten dankt er auf den Willkommensgruß der Bürger Dessaus aus den umlagerten Fenstern und hinter den kaum den Andrang zurückhaltenden Straßenspaliers.

Die Ehrentribüne war gegenüber dem „Alten Theater" errichtet, Hitlers Gesicht bleibt steinern.

Ich hoffe auf ein Auftauen dieser Stimmung, wenn der Vorbeimarsch mit klingendem Spiel ihn aus seinen düsteren Gedanken herausreißen würde. Die Spitze des Vorbeimarsches kommt heran, ich melde „Mein Führer! Ihr Gau Magdeburg-Anhalt im Vorbeimarsch!"

Dann trete ich vor seinen Wagen zu seiner Rechten, um mit ihm die Kolonnen vorbeidefilieren zu lassen.

Nun marschieren unter klingender Marschmusik die Standarten der SA in strammem Schritt hinter ihren Fahnen vorbei,

die Augen der Männer frei, offen und freudig auf Hitler gerichtet. Die alten schneidig mitreißenden Militärmärsche unterstreichen die kraftvollen Marschschritte. Es folgen hinter einem Fahnenwald die Kolonnen der politischen Leiter, dann mit ihren Musikzügen und den Clairons die Marschblöcke des NS-Kraftfahr-Korps, das NS-Flieger-Korps, die Werkscharen in der DAF in ihren blauen Uniformen, die Männer aus den Betrieben; in der Ferne sieht man den riesigen Fahnenwald der Hitler-Jugend im Anmarsch, schon werden die ersten Blondköpfe sichtbar.

Da ereignet sich eine unerwartete Sensation: Hitler ruft einen Adjutanten zu sich, erteilt ihm einen Befehl und verstärkt ihn mit einem unmißverständlichen Zeichen in Richtung auf die anmarschierende HJ. Aus seiner Umgebung lösen sich ein halbes Dutzend Gestalten, die mit schnellen Schritten der Hitler-Jugend entgegeneilen. Kein Zweifel: Hitler greift höchstpersönlich in die Marschfolge ein. Ich habe keine Ahnung, was das bedeuten soll und schaue Hitler mit fragenden Augen an. Er richtet an mich die strenge Frage: „Gauleiter Jordan! Kennen Sie nicht meinen Befehl, daß die HJ in einem Vorbeimarsch nicht an mir vorbeigeführt werden darf?" Ich bin wie vor den Kopf geschlagen und kann nur antworten: „Mein Führer – ein solcher Befehl ist mir nicht bekannt."

Die anmarschierenden Hitler-Jungen werden – ehe sie sich dem Platze ganz genähert haben – nach rechts und links in die Seitenstraßen abgelenkt, nein: abgedrängt und ihre jungen Kolonnen mit den vielen großen Fahnen müssen – einige hundert Meter, ehe sie mit freien und frohen Augen an ihrem Führer, ihrem Halbgott, vorbeimarschieren wollen, aus dem Anmarschwege ausscheren und im Eilschritt in die noch menschenfreien Nebenstraßen geradezu flüchten.

Durch die Menschenmenge geht ein Staunen. Mir selbst ist unheimlich zu Mute.

Die Anmarschstraße bleibt nun zunächst für eine Weile unvermeidlich frei, die der HJ folgenden Marschblöcke des Reichsarbeitsdienstes sind ja noch nicht aufgeschlossen. Auf dem Platz tritt eine betretene Pause ein, nachdem der Musikzug der letzten Einheit abgerückt ist, herrscht Totenstille über der tausendköpfigen Menschenmenge.

Hitler steht wie eine unbewegliche Säule in seinem Wagen in Erwartung der nun im Eiltempo herangeführten Abteilung des Reichsarbeitsdienstes. Mir selbst werden die Minuten zur Ewigkeit. Die Menschen auf dem Platz schauen in stummer Enttäuschung fast hörbar fragend auf den Führer.

Da auf einmal wird diese Stille plötzlich unterbrochen – durch eine klare Kinderstimme. Ein kleines unschuldiges Mädchen wird zum Sprecher von uns allen, indem es im sprechchorartigen Rhythmus zu Hitler hinüberruft: „Lie-ber Füh-rer – lach doch mal!"

Da kann nun auch Hitler seine Maske nicht mehr wahren und lächelt zum ersten Mal an diesem Tag in sich hinein. Die Menschen reagieren mit Lachgemurmel; wir alle danken heimlich dem kleinen Mädchen; es sagte Hitler, was keiner von uns ihm zu sagen gewagt hatte.

Dann ist endlich die unheimliche Pause zu Ende. In beschwingten Schritten, den Spaten geschultert, kommen die Abteilungen des Reichsarbeitsdienstes anmarschiert und paradieren an Hitler vorbei. Ihnen folgen die Standarten der SS, und dann als Höhepunkt die Heereseinheiten, den Kompanien voran die Offiziere mit gesenktem Degen.

Fast zwei Stunden lang hatte diese Demonstration politischen Willens und der Wehrkraft des neuen Staates die Straßen der alten Soldatenstadt beherrscht, bis ich melden konnte: „Mein Führer – Vorbeimarsch zu Ende!"

Das Programm sah nunmehr einen Aufenthalt im Hause des Reichsstatthalters vor, das nur etwa hundert Meter entfernt war. Wir gingen diesen Weg zu Fuß.

Ich geleitete Hitler in meiner Dienstwohnung in einen Salon und überließ ihn zunächst sich selbst. Im Speisesaal und im angrenzenden Wintergarten hatten die prominenten Gäste Platz genommen. Auch über ihren Unterhaltungen lag der Schatten des Tages. Das Thema der Gespräche war natürlich die Verstimmung Hitlers und ihre außenpolitische Veranlassung. Lebhaft wurde das neue Marschverbot für die HJ diskutiert – niemandem war von einem solchen Befehl etwas bekannt.

Meine ursprüngliche Vermutung, daß die hohen Gäste Hitler an diesem Tag so sehr in Beschlag nehmen würden, so daß ich ihn kaum sprechen könnte, erwies sich als unbegründet. Das

Gegenteil war eingetreten. Niemand hatte auch nur das leiseste Bedürfnis, zu ihm zu gehen. Sogar Goebbels winkte ab, als ich ihm sagte, der Führer sei allein, ob er ihm Gesellschaft leisten wolle?

Die Zeit des Essens war gekommen; nun war es meine Aufgabe als Gastgeber, in die „Höhle des Löwen“ zu gehen, und Hitler zu bitten, am gemeinsamen Tisch Platz zu nehmen.

Als ich eintrat, ging Hitler im Zimmer auf und ab, mit seinen Gedanken offenbar in einer ganz anderen Welt. Ich fragte nach seinen Wünschen; er hatte keine. An unserem Essen werde er nicht teilnehmen; er warte auf Staatsgespräche aus Berlin. Durch seinen Diener hatte er etwas Tee und einige Zwiebäcke kommen lassen.

Dann kamen wir ins Gespräch. Natürlich erwähnte ich zunächst den mysteriösen Befehl wegen des Vorbeimarsches der Hitler-Jugend. Ich erkärte Hitler, ein solcher Befehl sei nicht nur mir unbekannt, sondern auch allen anderen anwesenden Parteiführern. Das Programm mit der vorgesehenen Marschfolge habe ihm bzw. seiner Adjutantur vorgelegen und sei unbeanstandet genehmigt worden. Mir täten die Jungen leid, die jetzt wie Verfemte durch die Straßen von Dessau schleichen müßten.

Mit Leidenschaft sagte er: „Jordan! Die Weltpresse – die Judenpresse – wirft mir vor, und die halbe Welt glaubt es, ich lasse die Jugend bis auf die Kleinsten, die kaum laufen können, als das Kanonenfutter der Zukunft an mir vorübermarschieren und mustere dabei schon den Kriegseinsatz bis zum letzten Säugling unseres Reiches. Ich will auch dieser Haß- und Hetzpropaganda die Voraussetzung und Veranlassung nehmen. Deshalb habe ich vor einigen Wochen angeordnet, daß die Jugend nicht mehr an mir vorbeimarschieren soll. Auch Ihnen konnte ich am heutigen Tage keine Ausnahme einräumen. Dafür muß meine Jugend Verständnis aufbringen. Ich bekenne mich dabei um so mehr zu ihr. Daß das von Ihnen eingereichte Programm nicht entsprechend geändert wurde, ist auf eine Bummelei in meiner eigenen Umgebung zurückzuführen, die ich klären werde!“

Unsere Unterhaltung wurde unterbrochen durch die angemeldeten Staatsgespräche mit dem Reichsaußenminister, der

Reichskanzlei, dem Oberkommando der Wehrmacht, und ich ließ Hitler allein.

Als ich dann später wieder eintrat, um Hitler einige Programmpunkte des Nachmittags vorzutragen, schien ihm plötzlich bewußt geworden zu sein, wie merkwürdig er bisher aufgetreten war; er versuchte, mir sein Verhalten zu erklären: „Lieber Jordan, Sie haben heute sicher mit innerem Verdruß festgestellt, daß ich mit meinen Gedanken so gar nicht richtig bei Ihnen und Ihrem Gauparteitag bin. Bitte nehmen Sie mir das nicht übel. Eigentlich hätte ich mich heute in Berlin in der Reichskanzlei vergraben sollen, um darüber nachzudenken, wie ich diesem Kriegshetzer Benesch und seinen internationalen Auftraggebern ein Schach-Matt bieten kann. Die wollen uns nicht zur Ruhe kommen lassen. Nachdem unser Reich jetzt von innen heraus gesund und zukunftsstark geworden ist, wollen sie es jetzt von außen her wieder zu Fall bringen. Schon kreisen sie Deutschland wieder ein, durch die Prager Chauvinisten wollen sie einen Krieg provozieren. Wenn ich nicht so starke Nerven hätte, könnte ihnen das auch gelingen. Benesch hat behauptet, wir hätten an den Grenzen seines zusammengeraubten Staates mobilisierte Truppen aufmarschieren lassen. Und eine sogenannte demokratische Weltpresse trompetet das freudestrahlend in alle Welt. Ich habe diplomatischen Vertretern Englands Gelegenheit gegeben, sich an der Grenze zur Tschecho-Slowakei mit eigenen Augen und Ohren von der Verlogenheit dieser Parolen zu überzeugen – und sie haben das getan. Aber auch das wird Benesch nicht einschüchtern. Die Henlein-Partei hat am letzten Sonntag 90 Prozent aller deutschen Stimmen auf sich vereinigt. Jetzt kommt Benesch mit seinen pseudo-demokratischen Sprüchen nicht mehr weiter, jetzt muß er seine Rettung im Krieg suchen. Ich darf nicht müßig zuschauen, wie im Wetterloch Europas der Krieg geschürt wird – ich muß dem wehren. Und ich werde dem wehren! Verlassen Sie sich darauf. Verstehen Sie also, daß ich mich nicht ganz der Freude Ihres Gau-Appelles hingeben kann. Ich habe die Absicht, noch in den nächsten Stunden – heute und hier – einige wichtige Entschlüsse zu fassen. Ich werde den Leuten zeigen, daß das Großdeutsche Reich kein europäischer Dorftrottel mehr ist, sondern die größte Nation dieses Kontinents repräsentiert!"

Wieder wird ein Staatsgespräch durchgestellt und Hitler greift zum Apparat.

Ich lasse ihn erneut allein. Wir essen unterdessen draußen im Speiseraum. Während wir Kaffee trinken, wird der Reichsarbeitsdienstführer Hierl zu Hitler befohlen; erst nach einer Stunde kommt er ernst und verschwiegen zurück.

Schließlich läßt sich Hitler durch mich bewegen, sich doch noch im Kreise der so lange harrenden Gäste niederzulassen. Wir sitzen an einem kleinen Ecktisch bei Tee und Gebäck, und wenn auch anfangs die Unterhaltung nur stockend anläuft, so lockert sich doch Hitlers Miene langsam wieder auf. Wir sprechen von den landschaftlichen Problemen meines Gaues; er zeigt sich nicht nur unterrichtet, er erwähnt historische Einzelheiten, die auch mi nicht bekannt waren. Das Thema der Ostkolonisation unter Heinrich I. ist für ihn eines der bemerkenswertesten Kapiter der deutschen Geschichte. Er sagt dazu: „Was diese Männer dlamals begannen, werden wir fortsetzen und vollenden. Es ist der größte und letzte Auftrag, der uns vom Schicksal gestellt ist."

Währenddessen hat sich draußen vor dem Hause eine dichte Menschenmenge angesammelt, die immer wieder nach Hitler ruft. Jetzt ist er auch bereit, aufzustehen und auf den Balkon zu treten. Das wiederholt sich wohl ein Dutzend Mal.

Ich benütze eine solche Unterbrechung, um ihm im Musiksaal vorbereitete Modelle geplanter großer Bauvorhaben zu zeigen. Mein Städteplanungsreferent und die beteiligten Architekten stehen zu Informationen in Bereitschaft. Es geht um die Stadtplanung von Dessau und Magdeburg, die Verlagerung mehrerer Dörfer im Braunkohlengebiet, den Mittellandkanal, das Verkehrsachsenkreuz von Magdeburg, um ein Schnellbahnprojekt von und zum Harz, um das von mir persönlich geplante und leidenschaftlich vertretene „Dorfgemeinschaftshaus" um Arbeitersiedlungen, eine bildliche Darstellung zum Versteppungsproblem der Magdeburger Börde im Regenschatten des Harzes usw. Hitler ging von Tisch zu Tisch. Bei der Erörterung der hier dargestellten Zukunftsaufgaben belebt er sich zusehends; mit Interesse und Frische stellt er Fragen und gibt Urteile von sich.



Im neuen Theater

Zwischen diesen Modellen und Ausstellungsobjekten kam Hitler plötzlich auf den Gedanken, jetzt am Nachmittag schon einmal in das neue Theater zu fahren und – unbeeinflußt vom Publikum – den Neubau kritisch zu besichtigen. Als ich sah, daß er sofort aufbrechen wollte, war mir nicht wohl zumute. Noch waren im Theater die Handwerker mit allerletzten Arbeiten beschäftigt. Außerdem mußte ja der Weg zum Theater und zurück abgesichert werden. Vor der Reichsstatthalterei wogte noch ein einziges Menschenmeer. Trotzdem gelang es innerhalb einer Viertelstunde durch Einsatz einiger Bereitschaftseinheiten der SS die Anfahrt zum Theater halbwegs frei zu machen. Das Führerauto konnte freilich durch die andrängenden Menschenmassen nur im Schrittempo vorwärtskommen. Bei unserer Ankunft vor dem Theaterbau huschten gerade noch einige Gestalten im weißen Malerkittel mit ihren Farbtöpfen aus den Seitentüren.

Hitler waren die Baupläne des Theaters gut vertraut. An einem Modell hatte ich ihm vor einiger Zeit noch die letzten Probleme vorgetragen. Damals ging es um die farbliche Gestaltung des Innenraumes. Auf seinen Rat entschied ich mich für Elfenbein und Gold und bei Vorhang und Gestühl für die dankbarste Universalfarbe Rot. Jetzt bei dem Gang durch das Gebäude, von den Architekten und dem Intendanten begleitet, war Hitler voll von Lob und Zustimmung. Ihn interessierte nun nur noch die akustische Qualität des Hauses, die sich am Abend bewähren mußte. Er meinte, die alten Griechen hätten um die Geheimnisse der Akustik mehr gewußt als wir; ihnen seien die akustischen Gesetze in viel größeren Bereichen als uns Heutigen bekannt gewesen.

Schließlich betraten wir noch das große Bühnenhaus, in dem die Vorbereitungen für den festlichen Abend bereits voll im Gange waren. Hitler bemerkte, neben anderen Gründen habe er den „Freischütz" als Eröffnungsoper gewählt, weil gerade diese Oper die vielseitige moderne Bühnenhaustechnik voraussetze, die Dessau ja nun besitze. Nach der Theaterbesichtigung fuhren wir wieder in die Reichsstatthalterei zurück – eine Fahrt, die ein bereits in Umlauf gesetztes Gerücht beendete: Hitler sei wütend abgefahren, habe die Gaustadt bereits in Richtung Berlin verlassen und Jordan werde „in die Wüste geschickt".

Die abendliche Festveranstaltung verlief dann zu allseitiger Zufriedenheit. Es fiel mir leichter als am Morgen, die Begrüßungsansprache zu halten. Dann sprach Dr. Goebbels als Präsident der Reichskulturkammer; schließlich folgte eine meisterhafte Aufführung. Am Ende gab es vor dem stehenden Publikum unendlich viele Vorhänge – in Blumen gehüllt verneigten sich die Solistinnen und Solisten immer wieder in alle Richtungen des großen Hauses. In der Garderobe fanden sie dann in den Blumenangebinden Hitlers Karte vor. Schon während der Vorstellung war er wieder der begeisterte Kunstfreund geworden, wie ich ihn von früher kannte. Schließlich versprach er mir, sich gelegentlich überraschend zu einer Aufführung einzufinden – ein Versprechen, das freilich nie mehr eingelöst wurde.

Unmittelbar nach der Vorstellung fuhren wir zum Bahnhof, wo der Sonderzug zur Rückfahrt nach Berlin bereitstand. Alle Trübnis des Tages schien verschwunden. In gelöster Stimmung entboten wir bei der Abfahrt Hitler unseren Gruß.

Der Leser dieses Berichtes wird es entschuldigen, daß mich die Erinnerung an jenen Tag zu einer zuletzt lockeren Erzählung verführt hat. In Wirklichkeit bezeichnet jener 29. Mai 1938 ein schicksalhaftes Datum deutscher Geschichte. Bereits im September sprach Hitler öffentlich davon, daß er am 28. Mai den Bau des Westwalles zur Absicherung gegenüber einem französischen Angriff befohlen hatte. Und unmittelbar nach der Rückkehr nach Berlin, am 30. Mai 1938, unterzeichnete Hitler die geheime Weisung zum „Fall Grün“, mit der die militärische Bedrohung der Tschecho-Slowakei im Sommer 1938 vorbereitet wurde. Die spätere Folge war dann die Loslösung der sudetendeutschen Gebiete aus dem tschechischen Staatsverband und die Münchener Konferenz.

Daß Hitlers Forderung nach Einbeziehung der Sudetendeutschen in das Reich – ihr Regierungsbezirk „Sudetenland“ war bereits vom Oktober bis Dezember 1918 selbständig gewesen und erst dann von den Tschechen annektiert worden – begründet war: darüber kann es für keinen rechtlich Denkenden einen Zweifel geben. Die Historiker haben wohl nur zu prüfen, ob die friedliche Lösung dieser beträchtlichen Veränderung der europäischen Landkarte damals auch ohne kriegerische Drohung durchsetzbar, ob ohne eine solche auch eine Art Münche-

ner Abkommen erreichbar gewesen wäre. Könnte die Antwort auf diese Frage mit „Ja" lauten, dann wären Hitlers Entschlüsse vom 28. und 29. Mai 1938 zu verurteilen, andernfalls wären sie nur zu verständlich.

Heute jedenfalls weiß ich, was ich damals nur ahnte: daß ich an jenem „schwarzen Tag von Dessau" (wie wir ihn angesichts der Zwischenfälle empfanden) Zeuge einer geschichtlichen Entscheidung gewesen war.

*

Eine weitere persönliche Erinnerung aus dem dramatischen Geschehen jenes „großdeutschen Jahres" verdient angesichts ihrer historisch-politischen Bedeutung eine genauere Schilderung.

Am Morgen des 8. November 1938 berichteten die Zeitungen von einem blutigen Geschehen in Paris: In der dortigen deutschen Botschaft hatte ein junger Jude vorgesprochen, den Botschafter zu sehen verlangt und auf die – zutreffende – Mitteilung, daß Graf Welczek sich nicht im Hause befinde, den Attaché Ernst vom Rath kurzer Hand niedergeschossen. Dieser war schwer verletzt in eine Klinik eingeliefert, der Täter Herschel Grünspan von der französischen Polizei verhaftet worden. Die Tat erinnerte an die unter ähnlichen Umständen erfolgte Ermordung des seinerzeitigen Landesgruppenleiters Schweiz der nationalsozialistischen Auslandsorganisation Wilhelm Gustloff (Davos, 4. 2. 1936). Diesmal war der politische Hintergrund noch offenkundiger: Ein Verständigungsbesuch des Reichsaußenministers von Ribbentrop in der französischen Hauptstadt stand bevor; er sollte offenbar durch die Ermordung des deutschen Botschafters gestört werden. Man hat später die Schüsse des Herschel Grünspan als „die ersten Schüsse des Zweiten Weltkrieges" bezeichnet.

Für den 9. November standen in München die alljährlichen Erinnerungsfeiern an den seinerzeitigen Marsch zur Feldherrnhalle bevor, wozu – wie stets – die Gauleiter eingeladen waren, diesmal ein erweiterter Kreis: mit den neuernannten Gauleitern von Wien, Nieder- und Oberdonau, Steiermark, Kärnten, Salzburg, Tirol-Vorarlberg und Sudetenland.

Kurz bevor ich aus diesem Anlaß nach München abreiste, ereigneten sich in meinem Gau zwei antisemitische Zwischenfälle: in Magdeburg hatten Straßenpassanten das Schaufenster eines jüdischen Geschäftes eingeschlagen und in einem anderen Falle einen Juden auf offener Straße tätlich angegriffen. Beide Vorfälle schienen tatsächlich spontane Aktionen aus der Bevölkerung zu sein; die Beteiligten waren nicht einmal Parteigenossen. Die Vorfälle waren mir von der Kreisleitung Magdeburg gemeldet worden mit dem Zusatz, daß das Pariser Attentat unter der Bevölkerung stark diskutiert werde. Ich bemerkte kurz dazu, daß die Polizei solche Vorgänge im Auge behalten und notfalls einschreiten müsse.

Vermutlich hat die Gaupropagandaleitung über die Angelegenheit auch der Münchener Reichspropagandaleitung berichtet, mit der sie in Fernschreibverbindung stand.

Die Feierlichkeiten in München – stets beginnend mit einer Hitler-Rede am Abend des 8. November vor der alten Garde im Bürgerbräu-Keller, fortgesetzt am Vormittag des 9. November mit dem Traditionsmarsch durch die Stadt zur Feldherrnhalle und anschließender Gedenkstunde an der „Ewigen Wache" am Königsplatz – waren ohne Besonderheit verlaufen. Am Abend versammelte sich das Parteiführerkorps in ebenfalls gewohnter Weise zu einem kameradschaftlichen Zusammensein mit Hitler im großen Saal des alten Rathauses in München.

Wenn auch kurz vor Beginn dieser Veranstaltung die Nachricht vom Tode des Legationsrats vom Rath bekannt gegeben war und begreiflicherweise Aufmerksamkeit erregte, so war die Unterhaltung in den Reihen der Partei- und Staatsprominenz an diesem Abend doch schleppend und müde. Für die Mitternachtsstunde hatte Himmler noch zur Vereidigung junger Rekruten der Waffen-SS eingeladen, die vor der Feldherrnhalle angesetzt war und bei der Hitler noch sprechen wollte.

Auch Hitler schien – wie wir alle – müde nach den zwei Tage langen anstrengenden Veranstaltungen; er verabschiedete sich bereits frühzeitig – es mag etwa 9 Uhr abends gewesen sein; offensichtlich wollte er sich ausruhen bevor er nochmals zur Feldherrnhalle fuhr.

Während dieses ersten Teils des Abends hatte ich den Eindruck, als ob Goebbels, der oben am Quertisch neben Hitler

saß, diesem lebhaft über neueste Geschehnisse berichtete; mich überkam das Gefühl, daß ich den Reichspropagandaminister meinerseits über die Vorfälle in Magdeburg informieren müsse, um einer etwa entstellenden Berichterstattung zuvorzukommen. Mein Tischnachbar, ein mir seit Jahren bekannter Amtsleiter der Reichsleitung, meinte, auch aus Hessen seien ähnliche Vorfälle bekannt geworden.

Solange ich freilich Goebbels im Gespräch mit Hitler sah, glaubte ich, mit meiner Bagatelle nicht stören zu sollen.

Als sich dann Hitler frühzeitig erhob, die Veranstaltung verließ und die Tischrunden sich auflockerten, ging ich nach einer Weile zu Goebbels und berichtete ihm von den beiden Magdeburger Vorfällen. Er sah mich spöttisch an und meinte: „Machen Sie sich über diese kleinen Miniaturausschreitungen keinerlei Gedanken. Aus anderen Gauen liegen ähnliche und auch aufregendere Berichte vor. Das sind erst die kleinen verschämten Antworten des Volkes auf das feige Juden-Attentat von Paris. Das ist erst der allererste Anfang. Das deutsche Volk hat noch so viel Ehrbewußtsein, um nach dem feigen Terrormord dem Judentum eine ganz andere Antwort zu erteilen. Warten Sie noch fünf Minuten. Dann werde ich zu dem Thema Stellung nehmen. Gehen Sie nicht früher fort. Ich werde zu dem Fragenkomplex wichtige Informationen geben."

Ich ging zurück an meinen Platz. Und tatsächlich wurde bald darauf zwanglos von Mann zu Mann in der Tischrunde durchgegeben, Dr. Goebbels werde in wenigen Minuten sprechen; es werde gebeten, nicht vorher wegzugehen.

Außer mir wußte wohl kaum ein anderer Teilnehmer, worum es sich handeln werde.

Nachdem er ein längeres Gespräch mit dem SS-Gruppenführer Heydrich – Himmler war nicht anwesend – beendet hatte, erhob sich Goebbels zur angekündigten Erklärung. Ich habe sie sinngemäß in Erinnerung: Zahlreiche Meldungen aus dem Reiche ließen erkennen, daß das deutsche Volk zu dem schändlichen Attentat des internationalen Judentums in Paris spontan seine Empörung kundtue. In den nächsten Stunden werde sich diese Abwehraktion „sicherlich noch steigern". Hinsichtlich dieser sich entwickelnden stürmischen Volksaktion gegen die Juden müsse die Führerschaft der Partei und des Staates sich

bewußt sein, daß wir uns ihr auch dann nicht entgegenstellen dürften, wenn formal-juristische Erwägungen solchen Aktionen entgegenstünden. Noch ehe wir in unsere Gaue zurückgekehrt seien, würden sich Akte spontaner Volksempörung überall ereignet haben. Im Einverständnis mit dem Chef der deutschen Polizei gebe er die inzwischen den einzelnen zuständigen Dienststellen übermittelten Verhaltensregelungen bekannt: Bei spontanen Ausschreitungen der Bevölkerung gegen jüdische Geschäfte, jüdische Organisationszentralen oder auch Synagogen habe sich die Polizei reserviert zu verhalten. Es sei „unmöglich", daß staatliche Organe jüdische Interessen gegen eigene Volksgenossen schützen würden. Falls jüdische Gebäude in Brand gerieten, habe die Feuerwehr Anweisung, den Feuerschutz auf die benachbarten deutschen Grundstücke zu beschränken.

Zum Schluß meinte Goebbels: Jedes Volk habe außer dem geschriebenen auch ein ungeschriebenes Recht, seinen Willen kundzutun. Von der Partei könne man in dieser Stunde wahrlich nicht erwarten, daß sie sich einer berechtigten Volksempörung entgegenstelle.

Goebbels hatte sich zwar auf den „Chef der Deutschen Polizei" berufen, Himmler selbst aber war – wie gesagt – nicht anwesend. Stattdessen sprach Heydrich und wiederholte mit seiner knabenhaften hohen Diskantstimme noch einmal: Die Polizei im Reich habe Anweisung, sich bei spontanen Empörungsaktionen der Bevölkerung reserviert zu verhalten. Zusammenstöße zwischen Polizei und empörter Bevölkerung müßten unter allen Umständen vermieden werden.

Wir schauten uns zunächst eine Weile gegenseitig an. Alle Müdigkeit des Abends war verscheucht. Während wir hier als passive Zuhörer saßen, tat sich draußen in unseren Hoheitsgebieten vielleicht schon irgend etwas, von dem wir keine klare Vorstellung hatten. Wir alle hatten unsere Rückfahrt erst für den nächsten Tag, die meisten sogar erst für die Schlafwagenzüge am nächsten Abend vorgesehen.

Just zu der Zeit, in der wir von den Kommandobrücken unserer Gaue abwesend waren, ging in diesen Gebieten offenbar Sturmwind auf. Zwar glaubten wir angesichts der alarmierenden Nachricht aus Paris an die Möglichkeit gelegentlicher

Bevölkerungsempörung auch in unseren Gebieten, aber wir bezweifelten, daß diese jetzt mitten in der Nacht ausbrechen würden. Und nun wußten wir zusätzlich, daß der ganze Polizeiapparat bis hinunter in die Kleinstädte in merkwürdiger Weise alarmiert worden war. Es bewegte uns gewiß keine Sentimentalität, wohl aber das unsichere Gefühl, in einer offenbar unübersichtlichen Situation nicht an Ort und Stelle zu sein, wo wir die politische Führungsverantwortung trugen.

Bis jetzt in der Geschichte der Partei waren alle Befehle klar gewesen und präzise gegeben worden. Was Goebbels und Heydrich hier verkündeten, erhob die Unklarheit zum taktischen Mittel einer uns nicht durchschaubaren Strategie.

An den Telephonzellen entstand starker Andrang.

Ich ging eilig in mein Hotel, um von dort aus in Dessau anzurufen. Vom Gaugeschäftsführer erfuhr ich, daß sich zwar einige kleinere antisemitische Rüpeleien ereignet hätten, daß ihm jedoch von Verfügungen an die Polizei noch nichts bekannt geworden sei. Er versprach mich anzurufen, falls ernstere Vorkommnisse zu berichten seien. Das beruhigte mich zunächst einmal, obwohl ich mir einige Gedanken machte. Was sollte die offenbar von oben organisierte „Spontaneität" ausgerechnet in einem Zeitpunkt, in dem wir in unserer heimatlichen Arena nicht zugegen waren. Und es stellte sich die Frage, wer hier „oben" war: Goebbels oder Himmler, oder beide gemeinsam? Schließlich auch noch die Frage: wer „unten" wirklich tätig werden sollte.

Dem zentralen Aktions-Duo Goebbels-Himmler mochten die Gauleiter mit ihrer sehr unterschiedlichen Führungspraxis als unberechenbarer Faktor gelten, den auszuschalten im Interesse einer einheitlichen Durchführung lag. Die verkündete Sekundärmaßnahme polizeilichen Verhaltens setzte etwas Primäres, etwas zunächst Geschehendes – zumindest als Wunsch – voraus. Die diesbezügliche Wunscherfüllung auf breiter Front aber war nur dann gesichert, wenn sie zentral gesteuert zustande kam. Wie aber kam sie zustande? Diese Frage ist weder damals noch seither geklärt worden.

Es war mittlerweile spät geworden, ich konnte die für die Mitternachtsstunde angesetzte Vereidigung an der Feldherrnhalle nicht mehr wahrnehmen, zog mich in Zivil um und rüstete

mich zu einem nächtlichen Bummel durch die Straßen der Innenstadt. Es reizte mich, zu beobachten, wie es in der „Hauptstadt der Bewegung" – wir sprachen ironisch oft von der „Hauptstadt gegen die Bewegung" – mit der Goebbelschen Spontaneität bestellt sei.

Tatsächlich stieß ich bereits in der Kaufingerstraße auf eine Gruppe neugieriger Menschen, die vor den eingeschlagenen Schaufenstern eines jüdischen Warenhauses herumstanden. Die lange Schaufensterreihe war offensichtlich in schneller Folge eingeschlagen worden. Die Glasscherben mit den Dekorationsteilen waren über den ganzen Bürgersteig verstreut. Von den ausgestellten Gegenständen war nur noch ein Restbestand sichtbar. Nach den Pogrom-Helden waren offensichtlich bereits plündernde Nutznießer am Werk.

Von der Münchener Polizei war nirgends eine Spur zu sehen.

Wenig später sah ich einen gespenstischen Trupp mit einem zwei Meter langen Balken in eine Gasse huschen, dann hörte ich aus der selben Richtung das Klirren von Schaufensterscheiben. So war es wohl auch mit den Schaufenstern in der Kaufingerstraße geschehen.

Nirgends ein polizeilicher Streifendienst, kein Überfallkommando: die Straßen waren frei für die „spontane Empörung".

Bald ging ich wieder in mein Hotel zurück, um den versäumten Schlaf der letzten Tage nachzuholen und telephonisch erreichbar zu sein. Ich blieb ungestört.

Am anderen Morgen beim Frühstück erfuhr ich von den Nachbartischen, daß nicht nur in München die Schaufenster jüdischer Geschäfte geklirrt hatten, sondern auch anderswo. Ein höherer SA-Führer teilte nach einem Telephonat mit, daß in seinem Gebiet zwei Synagogen in Brand aufgegangen seien.

Die Morgenausgabe der „Münchener Neueste Nachrichten" enthielt noch keinerlei Bericht über die Vorgänge, stattdessen zu meiner Überraschung auf der zweiten Seite eine offenbar bereits gestern bei der Redaktion eingegangene einschlägige Meldung; sie stammte ausgerechnet aus meiner Gauhauptstadt und lautete:

„In Dessau ist es zu spontanen Demonstrationen gegen die Juden gekommen. Die Bevölkerung machte ihrem Abscheu der

feigen Mordtat in Paris gegenüber Luft. Die Polizei wurde zum Schutze der Juden eingesetzt. Trotz ihrer Empörung hielten sich die Massen so weit zurück, daß es zu keinen ernsthaften Ausschreitungen kam."

Mein Blick blieb hängen an dem Satz: „Die Polizei wurde zum Schutze der Juden eingesetzt" – das war der Sachverhalt, mit dem sich Goebbels' Rede am Abend vorher befaßt hatte. War er deshalb mir gegenüber so kurz angebunden? Natürlich hatte er als Propagandaminister die Pressemeldung, die im Morgenblatt stand, bereits gestern abend in der Hand. Hat die Dessauer Meldung vielleicht die sonderbaren Anordnungen an die Polizei im Reich ausgelöst? Oder war vorher schon etwas organisiert gewesen? Auch auf diese Fragen kenne ich bis heute keine Antwort.

Bei meinen Besuchen in den verschiedenen Dienststellen der Reichsleitung, bei denen ich Angelegenheiten zu erledigen hatte, war eine unklare und undurchsichtige, reservierte Meinung über die Geschehnisse im Umlauf. Die meisten Amtsleiter schienen nur von den Vorkommnissen in München unterrichtet zu sein. Spärlich sickerten die Meldungen aus anderen Gauen durch. Immer deutlicher formulierte sich die Kritik. Am Nachmittag hörte ich, der oberste Parteirichter, Reichsleiter Buch, beabsichtige, die parteigerichtliche Bestrafung aller an den Pogromen beteiligten Parteigenossen zu fordern.

Endlich erhielt ich von meinem Stellvertreter im Gau einen telephonischen einstweiligen Bericht über die Vorgänge im Gau Magdeburg-Anhalt. Hier hatte es einzelne Schaufensterexzesse und einen Synagogenbrand gegeben. Das war zum Vergleich zu den inzwischen aus anderen Gauen bekannt gewordenen Aktionen noch ein verhältnismäßig „bescheidenes" Ergebnis. Mein Stellvertreter bestätigte mir auf meine Rückfrage nochmals, daß die Aktionen ohne Beteiligung der Gauleitung stattgefunden hätten und daß ihr gleichzeitiger Ablauf auf eine von außerhalb des Gaues erfolgte zentrale Steuerung schließen lasse. In mehreren Fällen waren den Akteuren, die nach dem Klirren der Schaufensterscheiben meist fluchtartig in der Dunkelheit verschwanden, nach kurzer Zeit – Gruppen asozialer Elemente – darunter auch Frauen, gefolgt, die Schaufenster plünderten.

Als ich am nächsten Tag in die Gauhauptstadt zurückgekehrt war, ergaben die mir vorgelegten Berichte ein noch genaueres Bild. In einem Falle hatten sich zwei SA-Männer in einer jüdischen Wohnung an Personen und Sachwerten vergriffen. Der zuständige Staatsminister Freyberg erbat meine Entscheidung in dieser Sache. Die beiden wurden wegen parteischädigenden Verhaltens aus der SA ausgeschlossen, vor ordentliche Gerichte gestellt und zu Freiheitsstrafen verurteilt.

In der ausgebrannten Dessauer Synagoge hatte die Polizei Utensilien der verbotenen anhaltinischen Freimaurerlogen vorgefunden. Dieser Nachweis der Verbindung zwischen Freimaurerei und Judentum erschien uns berichtenswert.

Da sich noch vereinzelte nächtliche Aktionen ereigneten, gab ich eine Anordnung an die Kreisleitungen heraus und kündigte für jeden Parteigenossen, der sich an ähnlichen Aktionen weiterhin beteilige, Parteiausschlußverfahren an.

Trotz der einheitlichen Steuerung waren die einzelnen Landschaften Deutschlands an den Pogromaktionen nicht gleichmäßig beteiligt. Allerdings: Berlin, die Reichshauptstadt, Goebbels' Gau, demonstrierte – allen Auslandsvertretungen anschaulich sichtbar – an Ausschreitungen in Form und Folgen den Reichsrekord, allen anderen Gauen weit voran.

Wer das Ohr am Volke hatte, wußte freilich, daß das Geschehene zutiefst abgelehnt wurde.

Unsere Empörung über den Grünspan-Mord war berechtigt, diese Antwort darauf aber war es nicht; auch die Mitglieder der NSDAP, einschließlich ihrer Funktionäre, empfanden sie als dem Wesen des Deutschen unwürdig.

Wenige Tage später berief Hermann Göring die Partei- und Staatsführerschaft nach Berlin. Das einzige Thema dieser Tagung war der Judenpogrom und seine Folgen. In schärfsten und lautesten Worten verurteilte er die Aktionen als eine „einzige Schweinerei", ihre Initiatoren und Akteure als illegale Partei- und Staatsschädlinge. Praktisch schilderte er die wirtschaftlichen Auswirkungen des Pogroms. Dazu kamen die Fragen der Versicherungsleistungen für die eingetretenen Sachschäden, und so wurde Göring ein sehr temperamentvoller Ankläger gegen die „Reichs-Kristallnacht", wie sie im Volksmund bald hieß. Seine Argumente waren freilich rein wirtschaftlicher Art. Die Rege-

lung, die er sich dann ausdachte, war allerdings seltsam. Er belegte das deutsche Judentum mit einer Geldstrafe in Höhe von einer Milliarde Mark. Diese Maßnahme hatte den Charakter einer Kontribution mitten im Frieden. Vergleichbares hatte es nur einmal gegeben: Im Rußland von 1918 verhängte Lenin ebenfalls eine „Kontribution" in Höhe von 10 Milliarden Rubel – sie war von der „Bourgoisie" aufzubringen. War Göring sich wohl bewußt, daß er Lenin kopierte?

Der für Deutschland 1938 angerichtete wirkliche Schaden ist mit dieser Kritik, die ich nicht erst heute übe und mit der ich schon damals nicht allein war, nur angedeutet.

Es gibt zwar nach den seither immer deutlicher sichtbar gewordenen weltpolitischen Hintergrundgeschehnissen keinen Zweifel darüber, daß nicht etwa die Straßenereignisse des 9. November 1938 sondern die vorhergegangene Veränderung der europäischen Machtverhältnisse die Frontenbildung des Zweiten Weltkrieges hervorgerufen hat, aber nun hatten wir selbst die seit 1933 gegen unser Reich gerichtete jüdische Propaganda demonstrativ unterstützt – ein bitterer Vorwurf, zu dem es nur eine nachforschende Untersuchung, aber keine Rechtfertigung geben kann.

So endete das „großdeutsche Jahr", das uns so viele unerwartete, kaum glaubhafte politische Triumphe beschert hatte, mit einem unheilschwangeren Ausklang.

Weltfront gegen Deutschland

Am 20. April 1939 beging Hitler seinen 50. Geburtstag. Schon seit Jahren hatten wir den „Führer-Geburtstag“ als politischen Feiertag wahrgenommen; diesmal aber stand das Ereignis nicht nur unter dem besonderen Zeichen der Zahl „Fünfzig“ – es markierte auch eine atemberaubende Erfolgsbilanz, der sich noch in den vorhergegangenen Wochen neue Positionen hinzugefügt hatten.

Daß am 23. März die litauische Regierung der Rückgliederung des 1919 vom Reich abgetrennten Memellandes zugestimmt hatte, war als längst fällige Versailles-Revision fast selbstverständlich hingenommen worden, nachdem wenige Tage vorher bereits die tschechische Bastion Prag dem deutschen Machtbereich eingegliedert worden war.

Es ist nicht meine Aufgabe, Geschichte zu schreiben; zum Meinungsstreit zwischen denen, die den Beginn der politisch-militärischen Frontbildung gegen das stark gewordene Reich bereits auf 1937 oder auf den Herbst 1938 datieren, und jenen, die die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges erst mit der Erklärung des deutschen Protektorates über Böhmen und Mähren beginnen lassen wollen, kann ich nur mit allgemeinen Erinnerungen Stellung nehmen.

Wenn Hitler – wie mir seit dem „Schwarzen Tag von Dessau“ bewußt war – von der Sorge beherrscht wurde, unser junges Reich sei von außen und besonders von Prag her ernstlich gefährdet, dann mußte ihm die Gelegenheit wie eine Erleichterung erscheinen, als Mitte März 1939 die Slowakei seine Hilfe anrief, um sich unabhängig zu erklären, der tschechische Staatspräsident Hacha dann um Empfang in Berlin bat und dort feierlich „das Schicksal des tschechischen Volkes“ in Hitlers Hand legte. Die staatsrechtliche Regelung „Protektorat“ hatte den Vorteil, daß dem Reich nicht fremdes Volkstum einverleibt, dennoch aber der geographisch-strategische Schwerpunkt Mitteleuropas deutscher Kontrolle unterstellt wurde.

Außerdem erbeutete die deutsche Wehrmacht bei ihrem raschen Zugriff ohne eigenen Verlust ein Potential an militäri-

schen Waffen und Geräten, das ernstlich ins Gewicht fiel, wenn man an eine mögliche kriegerische Bedrohung dachte. Bei der Entwaffnung der tschechischen Armee – die damals immer noch durch die Benesch-Verträge sowohl mit der Sowjetunion wie mit Frankreich verbündet war – wurden nicht weniger als 1582 Flugzeuge, 469 Panzer, 2757 Geschütze und 44000 Maschinengewehre sichergestellt. Das war ein größeres Arsenal moderner Bewaffnung, als es die deutsche Reichswehr mit ihrem 100000-Mann-Heer bis 1933 besaß!

Auf diesen alarmierenden Griff Hitlers nach Prag reagierten die europäischen Mächte und die USA heftig – aber hatten sie sich nicht schon vorher zur Kriegsvorbereitung entschlossen?

Wie dem auch sein mag, und welche Antworten die Forschung in den Archiven der Mächte noch entdecken wird – zumindest wurde der 15. März 1939 zu einem schrillen Signal: nun wurde in aller Welt offen dazu aufgerufen, Hitler Schach zu bieten – und sei es durch einen europäischen Krieg.

*

In festlicher, aber ernster Stimmung versammelten wir uns am Vormittag des 20. April 1939 in den hohen prunkvollen Räumen der erst vor Jahresfrist fertiggestellten Neuen Reichskanzlei.

Nach dem offiziellen Geburtstagsempfang des Diplomatischen Corps und der Spitzen des Staates trat die Führerschaft der Partei zu ihrer Gratulation an.

Rudolf Hess überreichte für uns als Geschenk der Partei eine Sammlung von Briefen Friedrichs des Großen. Hitler antwortete mit einer sehr persönlichen Ansprache: Er bezeichnete seinen 50. Geburtstag als einen Schritt über den Zenit seines Lebens, über das er bereits eine Art Bilanz zog. „Stolz und dankbar" meinte er: „Das Reich, das wir uns zu schaffen vornahmen, ist nunmehr konsolidiert ... Niemand vermag es noch als Realität des 20. Jahrhunderts zu leugnen. Wenn auch die uns noch feindliche Welt nicht aufhört, es zu behaupten – ich habe keinen Ehrgeiz, dieses unter unendlichen Opfern und Mühen errichtete Reich einem kriegerischen Experiment auszuliefern. Persönlich und politisch wünsche ich nichts anderes mehr als eine lange

segensreiche Zeit friedlichen Daseins – unser fleißiges Volk soll Gelegenheit haben, dieses Reich noch schöner, noch zukunftsträchtiger auszugestalten."

Nach einer Pause der Ergriffenheit: „Möge nun die Göttin Pallas Athene den Schutz unseres geschichtlichen Werkes übernehmen – das für alle Zeiten."

Hitler fügte noch eine persönliche Bemerkung hinzu: Wenn das Schicksal ihm eine Altersgnade erweisen wolle, dann möge es ihm Gelegenheit geben, eines Tages losgelöst von den Pflichten der Staatsführung das geschaffene Werk in beschaulicher Weise zu besichtigen, die deutschen Städte und ihre Bauwerke zu bewundern, die kulturellen Zentren des Reiches in vollem Wirken zu erleben und schließlich mit stiller Befriedigung von einem inhaltsreichen Leben Abschied zu nehmen.

Wir alle waren damals ergriffen von diesen nicht nur mit Überzeugung, sondern fast sehnsüchtig gesprochenen Worten. Es konnte scheinen, als sähe Hitler selbst in diesem 20. April 1939 so etwas wie eine Zäsur zwischen der Vergangenheit und der Zukunft seines politischen Lebenswerkes. Selten hat Hitler in uns alten Parteiführern so sehr das Gefühl geweckt, er habe uns sein Innerstes offenbart.

Sicher war auch damals schon Hitler zu einem ihm zur Erhaltung des Reiches notwendig erscheinenden Krieg bereit – er hat sich niemals als Pazifist ausgegeben – doch in keinem Wort und in keinem Ausblick dieses Tages hätte auch der kritischste Hörer ein Anzeichen erkennen können, daß er ihn w o l l t e.

Draußen in der Welt brandeten bereits die Wellen des Hasses gegen ihn und uns – wir spürten fast körperlich die Spannung zwischen Hoffnung und Furcht.

Nach diesem Zusammensein im vertrauten Kreise seiner alten Kameraden fuhr Hitler zur großen Wehrmachtsparade auf der Berliner „Achse". Der stundenlange Vorbeimarsch stand im Zeichen der militärischen Macht. Nachdem die drei Wehrmachtsgattungen – Heer, Luftwaffe, Marine – an Hitler vorbeidefiliert waren, endete das Schauspiel mit einer imposanten Huldigungszeremonie: in einem Halbrondell senkten sich die Regimentsfahnen vor dem obersten Befehlshaber, Symbol des Dankes der neuen Wehrmacht für all das, was Hitler ihr an Geist und Wehr gegeben hatte.

Als seltsame, aber zutreffende historische Anekdote mag verzeichnet werden: Auch der spätere Ministerpräsident des östlichen Teils Deutschlands, der Gesprächspartner des Bundeskanzlers Brandt in Erfurt und Kassel 1970, Willi Stoph war am 20. April 1939 in Berlin mit dabei und hat in einem Blatt der Deutschen Arbeitsfront* die „Geburtstagsparade vor dem Führer" als „ein Erlebnis von bleibendem Wert" gefeiert. Und die Anordnung der katholischen Bischöfe zum Glockengeläut im ganzen Reichsgebiet am Vorabend des Hitler-Geburtstages konnte man mit den Sätzen begründet finden**:

„Wir haben wahrlich Grund genug, Gottes Vorsehung zu danken, daß sie dem Volke der Deutschen wieder gnädig war und die Führung des Reiches einem Staatsmanne anvertraute, der es verstand, eine in der Geschichte beispiellose Machtfülle in seiner Hand zu vereinigen. Nur dadurch war es möglich, in entscheidender Stunde das Haupt gegen den Bolschewismus zu erheben und alle Kräfte auf den Plan zu rufen. Wie sein Leben seither aufging in der Sorge um die Größe und die Zukunft des Volkes, so wird er auch weiterhin Deutschland seine ganze Kraft schenken."

Wenige Tage nach den Feiern zu Hitlers 50. Geburtstag befand ich mich wieder einmal auf hoher See: Diesmal allerdings nicht als Passagier in freundschaftlicher Runde eines KdF-Schiffes, sondern als Alleinreisender auf dem Fährschiff von Vlissingen nach Harwich.

Schon in den vorhergegangenen Jahren hatte ich in halbdienstlicher Mission fast ganz Europa bereist. Die „Auslandsorganisation der NSDAP" entsandte jeweils zu nationalen Feiertagen Redner aus dem Reich, um draußen zu den im Ausland lebenden Reichsdeutschen zu sprechen. Die Veranstaltungen wurden von den deutschen diplomatischen Vertretungen organisiert und waren ausschließlich für reichsdeutsche Staatsangehörige bestimmt.

---

* In einem ganzseitigen Aufsatz „Vom Bauplatz zum Kasernenhof" im Fachorgan der Betriebsgemeinschaft „Bau" der Deutschen Arbeitsfront. Stoph hatte zwischen 1937 und 1939 seiner Wehrpflicht im Artillerie-Regiment 59 in Brandenburg genügt. Obwohl vor 1933 organisierter Altkommunist nahm Stoph später am Rußland-Feldzug teil und erwarb sich dort das Eiserne Kreuz.

** Münchner Katholische Kirchenzeitung.

Es scheint, daß meine Reden bei solchen Veranstaltungen guten Anklang fanden, denn ich wurde von der Leitung der AO – an ihrer Spitze stand Gauleiter Bohle – immer wieder zu solchen Rede-Reisen eingeladen. Derart besuchte ich – nach einer ersten Ansprache anläßlich des 1. Mai 1934 vor den in Amsterdam lebenden Reichsdeutschen – im Laufe der Zeit Rumänien, die Schweiz, Italien, Polen, Spanien – dieses kurz nach der Einnahme Madrids durch die Truppen Francos.

Zum 1. Mai 1939 war ich als Redner zur Festveranstaltung der deutschen Kolonie in der britischen Hauptstadt eingeladen, eine weitere Veranstaltung war für Birmingham vorgesehen. Begreiflicherweise sah ich meiner ersten Englandreise mit besonderer Aufmerksamkeit entgegen. Das Generalrezept der britischen Europa-Politik war es jahrhundertelang gewesen, sich gegen die stärkste Macht auf dem Kontinent zu wenden. Nun war Deutschland wieder groß geworden. Was bedeutete es, daß Hitler seit mehr als einem Jahrzehnt ein „Bündnis mit England" als sein politisches Ziel verkündet hatte, daß mit dem deutsch-englischen Flottenvertrag 1935 ein Schritt in diese Richtung bereits getan war? War die Anfang April verkündete „Garantie" für Polen und ein halbes Dutzend weiterer Staaten – auch solcher, die eine derartige Garantie gar nicht haben wollten –, ein Zeichen dafür, daß die britische Führungsschicht – in den „Tories" verankert, aber auch in Labour-Partei nicht einflußlos – trotz mancher bisher verständnisvoller, ja lobender Erklärungen für Hitler nun eine Weltfront gegen uns mobilisierte?

Von Hitler selbst wußte ich, daß er der im Dezember 1936 nach kurzer Regierungszeit erzwungenen Abdankung des Königs Eduard VIII. große Bedeutung beimaß. Später meinte er sogar, es wäre nicht zum Kriege gekommen, wenn der nunmehrige Herzog von Windsor (er unternahm nach seinem Thronverzicht eine längere Deutschlandreise und besuchte auch Hitler) hätte König bleiben dürfen. Unmittelbar vor meiner Abreise hatte ich noch Hitlers Reichstagsrede vom 29. April gehört, in der er sich nicht nur mit dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt auseinandersetzte, sondern auch kritisch bemerkte: die Politik Englands ließe „inoffiziell und offiziell" keinen Zweifel mehr; in London sei man der Meinung,

„daß, ganz gleich in welchen Konflikt Deutschland einmal verwickelt werden würde, Großbritannien stets gegen Deutschland Stellung nehmen müßte". Man sehe dort „den Krieg gegen Deutschland als etwas Selbstverständliches an" – er bedauere dies tief.

Als mein Zug in der Liverpool Street Station in London eintraf, erwartete mich eine Überraschung: ich wurde nicht – wie üblich – vom Landesgruppenleiter der A.O., sondern – außer von einem Attaché unserer Botschaft – nur von einem Amtswalter erwartet. Landesgruppenleiter Karlowa – seit vielen Jahren in London ansässig und als Geschäftsmann tätig – war am Vortag von der britischen Regierung mit 48-stündiger Frist ausgewiesen worden und hatte England bereits verlassen.

Am Abend, als wir in den Straßen Londons spazieren gingen, berichteten die Zeitungen in Großaufnahme von der Abberufung des langjährigen sowjetischen Außenkommissars Litwinow und von der Ernennung Molotows. Man war beunruhigt: die Sowjetunion galt als sicherer Posten in der Einkreisungsfront gegen Deutschland.

Die von der Botschaft anläßlich des Maifeiertages veranstaltete Zusammenkunft der in London lebenden und tätigen Deutschen verlief in gewohnter Weise. Es war für mich eine dankbare Aufgabe, vor diesem weltoffenen und doch sich zur deutschen Heimat bekennenden Zuhörerkreis zu sprechen.

In persönlichen Gesprächen mit diesen kritischen und unterrichteten Beobachtern der englischen Szene fand ich bestätigt: die englische Führungsschicht sah den kommenden Krieg gegen Deutschland bereits „als etwas Selbstverständliches" an.

Auf der Fahrt nach Birmingham konnte ich persönlich beobachten, wie in Vorgärten und öffentlichen Anlagen Engländer in Hemdsärmel mit Hacke und Schippe an der Arbeit waren, um Luftschutzvorbereitungen zu treffen; die allgemeine Nervosität war unverkennbar, die Stimmung gereizt.

In einigem Kontrast dazu stand die Zusammenkunft der kleinen Birminghamer deutschen Kolonie, die in Form eines Mai-Ausfluges stattfand. Hier gewann ich bemerkenswerte Einblicke in die Probleme der englischen Industrie, die vor allem an einem weltweiten Wirtschaftsboykott gegen Deutschland interessiert war.

Auf der Rückreise traf ich mich in London noch mit einem kleinen Kreis von deutschen Jugendlichen, die auch einige englische Freunde – meist Mosley-Anhänger – mitbrachten. Wir hatten einen Frage-Abend vereinbart – und diese jungen Deutschen hatten viel auf dem Herzen. Alle ihre Fragen waren von der Spannung gezeichnet, die die englische Wirklichkeit damals erfüllte und die in jeder Zeitungsnummer geschürt wurde: „Will Hitler den Krieg?“ Ich hatte Hitlers Geburtstagsansprache frisch in Erinnerung, so war meine Antwort nicht zögernd. Richtiger wäre es gewesen, zu fragen: „Könnte England nicht doch noch auf den Konflikt verzichten und sich mit dem großen Deutschland abfinden?“

Meine Englandreise, die mir so viele nachdenkliche Eindrücke vermittelte, hatte nach Jahren noch ein merkwürdiges Nachspiel: Ich war (allerdings nicht allein: ein weiterer deutscher Redner, der Journalist Helmut Sündermann, hatte zum 1. Mai in Liverpool und Glasgow zu den dort lebenden Deutschen gesprochen) der letzte A.O.-Redner vor Kriegsausbruch in England gewesen, und das interessierte später wochenlang einen russischen Vernehmungskommissar. Dem sowjetischen NKWD waren vermutlich Niederschriften früherer Verhöre in englischen und amerikanischen Gefangenenlagern mit übergeben worden, als ich 1946 von den Amerikanern an die Sowjets ausgeliefert wurde. Darin waren Hinweise auf meine Englandreise enthalten. Nun wollte der vernehmende Kommissar von mir wissen, ob ich aus England Postkarten oder gar einen Brief nach Deutschland geschrieben habe, ob ich nach meiner Rückkehr einer deutschen Dienststelle über meine Reise berichtet hätte – das alles konnte ich bejahen und bejahte es auch.

Der Kommissar war tief beeindruckt: ich war also nicht nur ein überführter, sondern auch ein geständiger faschistischer „Spionski“. Er schaute mich verdutzt an, als ich bemerkte: „Ich kann mir nicht denken, daß etwa ein kommunistischer Funktionär nach Rückkehr aus dem Ausland seine Erlebnisse für sich behalten und seiner Partei nicht berichten würde – das ist doch einfache patriotische Pflichterfüllung.“

Mit Spionage hatte es in der Tat nichts zu tun, daß ich meine Sorge von der Kriegsstimmung in England zu Hause berichtete.

Nach einigen weiteren Verhören begriff das sogar der Kommissar des sowjetischen NKWD.

Im Gegensatz zu den Engländern hatte das deutsche Volk sich auf einen ereignislosen Sommer 1939 eingerichtet. Nur wer die Zeitungen genauer las, wurde unruhig. Es fehlte nicht an diplomatischem Hin und Her in der seit der britischen „Garantie"-Erklärung und Hitlers Reichstagsrede öffentlich zur Debatte stehenden Polenfrage. Genauer gesagt, handelte es sich um die Frage, ob die Polen der ihnen vom Reichsaußenminister seit Herbst 1938 angebotenen Regelung – formelle Rückkehr Danzigs (wo schon seit 1934 eine nationalsozialistische Regierung an der Macht war) zum Reich und Bau einer exterritorialen Autobahn durch den sog. polnischen Korridor nach Ostpreußen – zustimmen würden. Wir erachteten dieses Angebot einer begrenzten Versailles-Revision nach den drastischen Veränderungen der Landkarte, die inzwischen stattgefunden hatte, als annehmbar.

Heute weiß man, daß Hitler überdies den Polen noch Anfang August 1938 die Anregung übermitteln ließ: die Streitfrage zwei Jahre hindurch ruhen zu lassen.

Ich überlasse es wieder den Historikern, nach Öffnung und Prüfung aller in Betracht kommenden Regierungsarchive, genau zu klären, weshalb es dann ab Mitte August 1939 dennoch zur dramatischen Zuspitzung, schließlich zu Krise und Krieg gekommen ist.

Uns wurde der Ernst der Lage klar, als ab Anfang August Deutsche aus den polnischen Grenzbezirken über die Reichsgrenze zu flüchten begannen. Schon im Juli hatten die Polen in Ost-Oberschlesien eine große Verhaftungswelle durchgeführt, jetzt wollte man offenbar die in den militärischen Aufmarschräumen lebenden Deutschen los werden. Die Verfolgung nahm hektische Ausmaße und die Flüchtlingsströme chaotischen Charakter an. Schon Mitte August hatten unsere Flüchtlingslager 70000 Deutsche aufgenommen. Der polnische Chauvinismus raste. Seine radikalsten Hetzapostel träumten nicht nur von einem „Marsch auf Berlin", sie redeten und schrieben auch davon. Alles das gipfelte schließlich am 29. August in einer mit britischer Billigung öffentlich angekündigten polnischen General-Mobilmachung, der längst ein Truppenaufmarsch vorangegangen war.

Eine Woche vorher hatte man noch an einen tiefgreifenden Wandel der europäischen Lage glauben können: völlig überraschend für die deutsche Öffentlichkeit, ebenso überraschend für die Führerschaft der Partei, gleichsam wie ein Blitz aus einem mit düsteren Wolken umdräuten politischen Himmel kam am 23. August die Nachricht vom Abschluß eines deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes. Die drohende Einkreisung schien damit durchbrochen, ein Erwachen Polens aus seinen Träumen bewirkt und damit der Frieden gesichert.

Nicht veröffentlicht, aber in der Folgezeit wirksam wurde ein geheimes Zusatzprotokoll, in dem die baltischen Staaten im Norden und Bessarabien im Süden deutscherseits als sowjetische „Interessenssphäre" anerkannt wurden. Dies war ein „Wenn"-Papier: es galt für den Fall, daß es zu „Veränderungen" kommen werde. Der Weg für eine deutsche Verständigung mit den Polen in letzter Stunde – wie sie dann eine Woche lang versucht wurde – blieb für Hitler offen. Ein anderer – ebenfalls geheimer – „Zusatzvertrag" wurde ebenfalls erst Jahre später bekannt: die britische Regierung hatte sich abgesichert – ihre Garantie-Erklärung für Polen galt nur „gegenüber Deutschland".

In unseren Kreisen herrschte nach der überraschenden Nachricht vom Ribbentrop-Flug nach Moskau die Stimmung vor: selbst wenn es jetzt doch noch zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Polen kommen würde, ein großer Krieg könnte nun nicht mehr entstehen.

Für diejenigen unter uns, die das monatelange Bemühen Englands, ja das Antichambrieren einer Militärmission in Moskau beobachtet hatten, maßen dem Gegenzug Hitlers große Bedeutung bei. Es schien, daß Hitlers Diplomatie erfolgreicher als die Englands gewesen war.

Allerdings bedeutete der Hitler-Stalin-Pakt, der Vertrag mit dem bisherigen „Weltfeind Nr. 1", für uns Nationalsozialisten ein ideologisches Problem: seit den ersten Tagen der Bewegung war sie auf den antibolschewistischen Kampf ausgerichtet. Mancher mochte mit gemischten Gefühlen Fragen stellen: hatten wir nun den Anspruch Moskaus auf „Weltrevolution" anerkannt? Bedeutete das Abkommen auch innenpolitisch einen „Burgfrieden mit den Kommunisten?"

Ängstliche Gemüter wurden bald beruhigt. Hitler selbst gab die Richtlinie: Der Vertrag war „Außenpolitik" und nicht „Innenpolitik", die Publizistik beider Vertragspartner enthielt sich der bisherigen Polemik. Das war alles.

Viele Nationalsozialisten – auch ich – sahen in dem neuen Verhältnis zu Rußland eine Wiederaufnahme der Bismarckschen Außenpolitik gegenüber dem größten Lande im Osten. Bereits seit dem Befreiungskrieg gegen Napoleon waren gemeinsame Interessen erkannt und wahrgenommen worden. Die Sowjetunion war kein Vertragspartner des Versailler Diktates: Moskau hatte sogar öffentlich dagegen Stellung genommen. Unter Generaloberst Seeckt hatte die deutsche Reichswehr sogar geheime Vereinbarungen mit der Roten Armee getroffen und realisiert. Deutsche Offiziere konnten in Rußland Waffen und Geräte erproben, die uns durch den Versailler Vertrag verboten waren. Auch an den Tributforderungen, die dem Reich 1919 aufgezwungen worden waren, hatte Rußland keinen Anteil. Für viele von „links" kommende Nationalsozialisten, die aus „antikapitalistischer Sehnsucht" zu Hitler gestoßen waren, befanden sich die Zentralen der Weltbedrohung nicht in Moskau, sondern in der kapitalistischen Wallstreet in New York und in der City von London.

Was die innenpolitische Seite betraf: am Verbot und an der Unterdrückung der kommunistischen Partei in Deutschland war nicht zu rütteln. Genau genommen bedeutete der Paktabschluß von Seiten Stalins eine Sanktionierung der Auslöschung des Kommunismus in Deutschland.

Ich dachte an Clausewitz und Bismarck – beide Söhne meines Gaues – und deren Einstellung zu Rußland; mir schien der Pakt von Moskau sowohl die konservativen als auch die revolutionären Elemente der deutschen Politik zu vereinigen, als die Kunst des Möglichen und des Notwendigen zugleich.

Im Unterbewußtsein allerdings stellte sich die Frage, ob dieser Pakt von Stalins Seite ehrlich, d.h. ohne hinterlistige Spekulation auf eine Schwächung Deutschlands in einem Kriege, dessen Bevorstehen ihm von seiten der britischen Delegation deutlich genug angekündigt worden war, und einen erst später zu planenden Angriff auf das „faschistische" Deutschland gemeint war.

Im Jahre 1958 gab die Sowjetunion selbst im Moskauer Partei-Organ „Kommunist“ (Nr. 5/58 Seite 73ff.) eine eindeutige Antwort auf unsere damaligen Zweifel:

„Der Nichtangriffspakt mit Deutschland war darauf berechnet, Zeit zu gewinnen und unsere Verteidigungsmacht zu stärken, mehr als 20 Monate zu gewinnen, in deren Verlauf die strategische Lage unseres Landes bedeutend verbessert und die Streitkräfte sowie ihre wehrwirtschaftliche Basis ernstlich verstärkt wurden ...“

*

Das bis heute kaum Erklärliche der damaligen Situation bleibt, daß auch nach dem Hitler-Stalin-Pakt kein Anzeichen polnischen Einlenkens erkennbar wurde. Am 25. August widerrief Hitler sogar – ein einmaliger Vorgang in der bisherigen Militärgeschichte – einen bereits erteilten Vormarschbefehl. Die schon angelaufene Kriegsmaschinerie wurde noch einmal zum Stehen gebracht.

Doch die Kräfte, die den Krieg wollten, erwiesen sich als stärker. Am 29. August erklärte sich Hitler trotz der in Polen inzwischen angelaufenen und bald darauf öffentlich angekündigten Generalmobilmachung noch einmal zu Verhandlungen bereit, Er ersuchte die britische Regierung, den Polen die Entsendung eines Bevollmächtigten dringend zu empfehlen. Henderson, der britische Botschafter in Berlin, sprach zwar auf seinen polnischen Kollegen, den Botschafter Lipski in diesem Sinne ein, die Londoner Regierung tat jedoch nichts dergleichen.

Der 30. August verging, ohne daß ein polnischer Bevollmächtigter erschien. Am 31. mittags hatte man in Berlin statt des erwarteten Bevollmächtigten nur die – aus einem Telephongespräch abgehörte – Information, daß der Botschafter Lipski zwar im Auswärtigen Amt vorsprechen sollte, aber deutsche Vorschläge nicht entgegennehmen durfte. In diesen Mittagsstunden des 31. August gab Hitler dann endgültig den Befehl an die 52 deutschen Divisionen, die in Bereitschaft standen, am nächsten Morgen die Grenzen nach Polen zu überschreiten.

Von da ab regierte Gott Mars die Stunde.

*

Einige Tage vor dem schicksalhaften 1. September 1939 erging an alle Reichstagsabgeordneten die Weisung, sich auf schnellstem Wege in die Reichshauptstadt zu begeben, um zu einer überraschend einzuberufenden Reichstagssitzung zur Verfügung zu stehen. Angesichts der weiten Strecken – bis von Memel und von Klagenfurt mußten die Abgeordneten anreisen – war das angesichts der entstandenen politischen Lage nicht weiter verwunderlich. Die angeordnete „Sitzbereitschaft" des Reichstages wurde durch besondere organisatorische Maßnahmen noch verschärft: alle anreisenden Abgeordneten wurden zusammengefaßt in einigen Hotels in der Nähe der Kroll-Oper untergebracht. Jedes dieser Hotels hatte einen von der Reichstagsfraktion gestellten „Hauskommandanten". Nur stundenweise durften sich die Abgeordneten aus dem Hotel entfernen, um bei plötzlicher Einberufung sofort den Gang ins Plenum antreten zu können. Die Gerüchte gingen hin und her. Einmal hieß es: in einigen Stunden ist es soweit. Dann wieder: „alles abgeblasen". Jeder von uns wußte inzwischen, daß in der Reichskanzlei die Verhandlungen noch schwebten.

Am zweiten Tag unseres „Wartestandes" wurden wir gerufen: allerdings nicht zu einer öffentlichen Reichstagssitzung in der Kroll-Oper, sondern zu einer vertraulichen Zusammenkunft in einem Saal der Neuen Reichskanzlei. Hitler orientierte uns in einer Ansprache im wesentlichen dahin, daß sich noch nichts Endgültiges sagen lasse. Seine Forderung sei: Anschluß des deutschen Danzig an das Reich und eine Regelung der Korridor-Frage, vielleicht durch Volksabstimmung, wobei den Polen aber jedenfalls der von ihnen geschaffene Hafen Gdingen belassen werden würde. Er habe auch zugestanden, daß eine etwaige Konferenz außerhalb des Reichsgebietes stattfinden könne.

Am Abend des 31. August saßen wir in unseren Hotels und hörten über den Rundfunk die Bekanntgabe der Vorschläge Hitlers zur Beilegung des Konfliktes. Sie entsprachen dem, was er uns vor einigen Tagen gesagt hatte und erschienen uns versöhnlich und für die Polen annehmbar.

Kurz nach Mitternacht erreichte uns dann die Kunde: Vormittags 10.00 Uhr Reichstagssitzung in der Kroll-Oper. Noch wußten wir nicht, ob in dieser Sitzung der noch einmal gerettete Friede oder ausgebrochener Krieg verkündet werden würde.

Erst unmittelbar vor der Sitzung in den Wandelgängen erfuhren wir, daß der Kampf gegen Polen begonnen hatte. Im Vorübergehen sagte uns General Milch vom Reichsluftfahrministerium „Die ersten Bomben sind bereits gefallen."

Dann erschien Hitler – ernst, todernst – diesmal nicht im gewohnten braunen Uniformrock der Partei, sondern erstmals in feldgrauer Uniform. Stumm – wie damals am 19. Juli 1934 – erheben sich die Abgeordneten. Über dem Plenum liegt erwartungsvolle, spannungsgeladene Stille. Die Diplomaten- und die Presseplätze im Rang über unseren Sitzen sind bis auf den letzten Platz gefüllt. Dann spricht Hitler – nur nach Notizen, in freier Rede; kurz umreißt er die Geschichte des deutsch-polnischen Konfliktes, schildert die Ereignisse der letzten Tage. Dann fällt der Satz: „Ich habe mich daher nun entschlossen, mit Polen in der gleichen Sprache zu reden, die Polen seit Monaten uns gegenüber anwendet." Und einige Minuten später folgt die Erklärung: „Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen".

Der sorgfältig Zuhörende konnte freilich bemerken, daß Hitler in seiner ganzen Rede das Wort „Krieg" vermieden hatte.

Der in den Mittagsstunden bekanntgegebene Bericht des „Oberkommandos der Wehrmacht" lautete ebenfalls in sorgfältiger Formulierung:

„Auf Befehl des Führers und Reichskanzlers hat die Wehrmacht den aktiven Schutz des Reiches übernommen. In Erfüllung ihres Auftrages, der polnischen Gewalt Einhalt zu gebieten, sind Truppen des deutschen Heeres Freitag früh über alle deutsch-polnischen Grenzen zum Gegenangriff angetreten. Gleichzeitig sind Geschwader der Luftwaffe zum Niederkämpfen militärischer Ziele in Polen gestartet. Die Kriegsmarine hat den Schutz der Ostsee übernommen."

Die Phase der Diplomatie war noch nicht ganz abgeschlossen. Noch lief ein Vermittlungsversuch Mussolinis mit dem Vorschlag eines Waffenstillstandes. In Paris wurde diesem Vorschlag zugestimmt. Zwei Tage lang konnte es scheinen, als würde der Kampf mit Polen doch noch durch einen Kompromiß beendet werden.

Als Ziele hatte Hitler in seiner Reichstagsrede proklamiert:

„Ich bin entschlossen: 1. die Frage Danzig, 2. die Frage des Korridors zu lösen und 3. dafür zu sorgen, daß im Verhältnis Deutschland zu Polen eine Wendung eintritt, die ein friedliches Zusammenleben sicherstellt. Ich bin dabei entschlossen, solange zu kämpfen, bis entweder die derzeitige polnische Regierung dazu geneigt ist, diese Änderung herzustellen, oder bis eine andere polnische Regierung dazu bereit ist. Ich will von den deutschen Grenzen das Element der Unsicherheit, die Atmosphäre ewiger bürgerkriegsähnlicher Zustände entfernen. Ich will dafür sorgen, daß im Osten der Friede an der Grenze kein anderer ist, als wir ihn an unseren anderen Grenzen kennen."

Besonders aufgefallen war mir noch Hitlers Erklärung zur Frage eines Luftkrieges:

„Ich will die notwendigen Handlungen (auch hier vermied er das Wort „Krieg") so vornehmen, daß sie nicht dem widersprechen, was ich Ihnen hier, meine Herren Abgeordneten, im Reichstag selbst als Vorschläge an die übrige Welt bekannt gab. D.h. ich will nicht den Kampf gegen Frauen und Kinder führen. Ich habe meiner Luftwaffe den Auftrag gegeben, sich bei den Angriffen auf militärische Objekte zu beschränken."

Daran habe ich später noch oft denken müssen. Zu den seit 1945 verschwiegenen historischen Tatsachen gehört die britische, genauer gesagt des späteren Premierministers Churchill persönliche Verantwortung für den Beginn und die spätere Eskalation des Bombenkrieges gegen die Zivilbevölkerung.

Ebenso war es eine britische Entscheidung, den (von den Franzosen bereits akzeptierten) Mussolini-Vorschlag abzulehnen und stattdessen am 3. September 1939 einen Krieg zu erklären, der dann zur Katastrophe wurde: nicht nur für Deutschland.

Die nach meiner Ansicht treffendste Charakterisierung jener verhängnisvollen Tage stammt von dem polnischen General Sosnowski. Er erklärte noch während des Krieges am 31. August 1943 aus Anlaß des vierten Jahrestages des polnischen Kriegseintrittes vor alliierten Pressevertretern:

„Der Entschluß Polens vom 30. August 1939, der dem Befehl zur allgemeinen Mobilmachung zugrunde lag, kennzeichnet einen Wendepunkt in der Geschichte Europas. Hitler wurde damit vor die Notwendigkeit gestellt, Krieg zu führen zu einem Zeitpunkt, da er weitere unblutige Siege zu erringen hoffte."

Als wir – innerlich noch erregt – die Kroll-Oper verlassen hatten und in unsere Hotels zurückgingen, schien es mir, als sei die politisch sonst so regsame Berliner Bevölkerung von der Verkündung des Angriffs auf Polen wenig berührt, obwohl die Rede Hitlers durch den Rundfunk in alle Wohn- und Arbeitsstätten übertragen worden war. Das war alles ganz anders als 1914.

Auch die Extra-Blätter der Zeitungen brachten kaum eine Veränderung in das noch friedensmäßige Straßenbild. Ich schlenderte um die Mittagsstunde durch die Berliner Innenstadt, um die Stimmung zu beobachten. Würde es einen Sturm auf die Geschäfte geben, um bezugsscheinfreie Vorräte aufzukaufen? Nichts dergleichen: ganz sachlich, schweigsam ging das deutsche Volk in den Krieg.

Die Zeitungen wurden mit Aufmerksamkeit, aber ohne Aufregung studiert.

Auch die Ankündigung der Lebensmittelbewirtschaftung, die Einführung von „Marken" schien kein Gemüt in Wallung zu bringen

Zuhause, in Dessau, empfing mich meine Haushälterin in der Reichstatthalterei allerdings mit besorgter Miene und meinte im Bewußtsein ihrer Verantwortung: sie müsse mir sagen, daß wir keinerlei Vorräte im Keller hätten. Nur wenige Konservendosen, kaum ein Dutzend Flaschen Wein. Hätte ich ihr wenigstens im Vertrauen ein warnendes Wort gesagt, dann hätte sie vorgesorgt. Jetzt sei es dazu zu spät. Sie hatte recht.

Die Stimmung im Volk wurde ernster, aber sie schlug nicht um, als am 3. September – Sonntag, um die Mittagsstunde – zuerst die Kriegserklärung Englands und abends die Frankreichs bekanntgegeben wurde. Bleiern schienen diese Nachrichten über dem Spätsommertag zu liegen.

Einige Tage danach wurde – in den Zeitungen nur nebenbei erwähnt – noch bekannt, daß der Zionistenführer, Dr. Chaim Weizmann, in einem von Chamberlain bestätigten Staatspapier dem britischen Premierminister erklärt hatte:

„Ich wünsche in nachdrücklichster Form die Erklärung zu bestätigen, daß wir Juden an der Seite Großbritanniens stehen und für die Demokratie kämpfen werden. Aus diesem Grunde stellen wir uns in den kleinsten und größten Dingen unter die

zusammenfassende Leitung der britischen Regierung. Die jüdische Vertretung ist bereit, in sofortige Abkommen einzutreten, um alle menschlich-jüdische Kraft, ihre Technik, ihre Hilfsmittel und alle Fähigkeiten nützlich einzusetzen."

Ich konnte den Text nicht anders begreifen, als die Ankündigung des Eintrittes einer weiteren Großmacht in den Krieg gegen Deutschland.

Sowohl der kritische Rückblick auf den Ersten Weltkrieg als auch der Ausblick auf die inzwischen entwickelten modernen Kriegsführungsmethoden zwangen zu der Einsicht, daß der Krieg nicht mehr nur eine Angelegenheit der kämpfenden Truppe sein, sondern auch dem Staat und der Partei entscheidende Aufgaben stellen würde.

In Berlin war ein „Ministerrat für die Reichsverteidigung" gebildet worden, der am 1. September für jeden Wehrkreis im Reich – 18 an der Zahl – die Ernennung eines „Reichsverteidigungskommissars" verfügte.

Als ich von Berlin nach Dessau zurückgekehrt war, fand ich auf meinem Schreibtisch bereits meine Ernennung zum Reichsverteidigungskommissar im Wehrkreis XI vor. Dieser Wehrkreis XI überschritt die Grenzen des Gaues Magdeburg-Anhalt beträchtlich, er umfaßte auch die Gaue Hannover-Süd-Braunschweig und Hannover-Ost. Mein Amtssitz als Reichsverteidigungskommissar war Hannover.

Die Aufgabe der Reichsverteidigungskommissare, als einer neugeschaffenen zivilen staatlichen Mittelinstanz war es, die Tätigkeit aller zivilen Behörden auf die Erfordernisse des Krieges auszurichten. Der RVK war gewissermaßen der staatliche Richtmann, an den sich die militärischen Stellen bei der Durchsetzung ihrer Bedürfnisse zu halten hatten. Andererseits waren die Reichsverteidigungskommissare in den Wehrkreisen Organe des Ministerrates für die Reichsverteidigung. Sie hatten dessen Weisungen für die Reichsverwaltung, für die Wirtschaft und für die sonstigen zivilen Lebensgebiete Folge zu leisten. Ausgenommen von unserem Zuständigkeitsbereich waren nur die Reichsfinanz-, die Reichsjustiz- und die Reichsverkehrsverwaltung.

Zu unserer Unterstützung und Beratung wurde für den Bereich jedes Reichsverteidigungskommissars ein Ausschuß be-

stellt, dem kraft ihres Amtes angehörten: die Reichsstatthalter, die Gauleiter, die Oberpräsidenten, die Ministerpräsidenten und Minister der Länder, die höheren SS- und Polizeiführer, die Regierungspräsidenten und die Reichstreuhänder der Arbeit. An den Beratungen nahmen zusätzlich auch die Leiter der Rüstungsinspektionen, die Leiter der DAF, NSV in den einzelnen Gauen, die Leiter der Ernährungsämter, der Wirtschaftsämter sowie von Fall zu Fall Experten für einzelne zur Entscheidung anstehende Sachfragen teil.

Die Tätigkeit als Reichsverteidigungskommissar bedeutete eine Konfrontation mit allen Problemen des Krieges, zunächst mit den sofort eintretenden und bald ständig steigenden „Engpässen" auf allen Sektoren des Wirtschaftslebens.

Meine bisherige Tätigkeit in Staat und Partei trat unvermeidlich in den Hintergrund gegenüber der umfassenden Aufgabe, vor die ich nun gestellt worden war. Als erstes stattete ich dem Stellvertretenden kommandierenden General Muff in Hannover meinen Antrittsbesuch ab. Ich konnte mich dabei des Eindruckes nicht erwehren, daß das organisatorische Novum eines „Reichsverteidigungskommissars" dem General nicht erwünscht war. In Wehrmachtskreisen lebte man noch in den Vorstellungen der im Ersten Weltkrieg geübten Praxis, nach der der Stellvertretende kommandierende General in der Heimat die „vollziehende Gewalt" auszuüben hatte. Man war der Meinung, daß im Kriegsfalle die Führung der Heimat in die Hände der Militärs überzugehen habe. Ich spürte instinktiv, daß derartige Pläne in den Panzerschränken des Wehrkreiskommandos bereit gelegen hatten und nun durch die Ernennung von Reichsverteidigungskommissaren unerwartet und „revolutionär" durchkreuzt wurden. Dies bedeutete, daß die Kommandeure der inneren Front durch die Partei gestellt wurden.

Nach dem frostigen Anfang spielte sich die Zusammenarbeit jedoch bald ein. Der Umfang der einstürmenden Probleme, ihre Vielgestaltigkeit und Verzahnung auf den Gebieten der Produktion, der Verteilung und des Verbrauchs, ihre oft unlösbar erscheinende Kompliziertheit, ließen die militärischen Teilnehmer an den Sitzungen unseres Reichsverteidigungsausschusses bald erkennen, daß traditionelle Methoden zur Erfolglosigkeit verurteilt gewesen wären. Den Militärs wurde

klar, daß die meisten der auftretenden Fragen für sie nur am Rande interessant waren und sie froh sein konnten, dafür keine Verantwortung übernehmen zu müssen: Probleme der herbstlichen Ernte und der Frühjahrsbestellung in der Landwirtschaft, Fragen der industriellen Rohstoffbeschaffung, des zivilen Bauvolumens, des Nahverkehrs und der kriegsbedingten Verwaltungsvereinfachung u.a.m. Später traten Fragen des Luftschutzes in den Vordergrund, Bauten von öffentlichen Bunkern, Organisierung des Selbstschutzes, der Bergungsmannschaften, des Warndienstes, der Verpflegung von Bombengeschädigten, Unterbringung von Obdachlosen usw. Das Schwergewicht verlagerte sich so sehr auf die Kriegsleistung der zivilen Behörden, daß im Jahre 1942 die organisatorische Bindung der Reichsverteidigungskommissare an die Wehrkreise aufgegeben und jeder Gauleiter in seinem Gebiet zum Reichsverteidigungskommissar bestellt wurde. Das war eine richtige Regelung, die sich insbesondere in der zweiten Kriegshälfte bewährt hat. Die Reichsverteidigungskommissare wurden und waren zweifellos die Motore der heimatlichen Verteidigungskraft. Ohne ihre Improvisationen wären die Katastrophensituationen, wie sie der gesteigerte Bombenkrieg mit sich brachte, nicht zu meistern gewesen.

In der letzten Kriegsphase wurde den Reichsverteidigungskommissaren auch die Aufgabe der Mannschafts-Gestellung für die sog. Volksgrenadier-Divisionen übertragen. Es ging dabei darum, den Personalbedarf der Rüstungsindustrie und der Wehrmacht miteinander in Einklang zu bringen, was durch die bis dahin alleinige Zuständigkeit der Wehrersatz-Organisation nicht mehr gewährleistet war.

*

Die „innere Front“ hatte sich kaum organisiert, als der Polenfeldzug schon zu Ende war.

Am 6. Oktober sprach Hitler im Bewußtsein seines so schnellen Sieges im Reichstag. Er erklärte, daß er keine Kriegsziele gegen England und Frankreich habe, und daß er eine Weiterführung des Krieges – wenn er nur dem Sturze der nationalsozialistischen Regierung gelte – für sinnlos und der vielen Opfer nicht für wert halte.

Hitlers Friedensangebot blieb damals nicht ganz ohne Wirkung. Kein Geringerer als Lloyd George, einst der britische Sieges-Premierminister des Ersten Weltkrieges, schrieb in der Londoner „Sunday Times“:

„Die letzte Rede Hitlers kann als Grundlage einer Friedenskonferenz dienen. Der richtige Krieg zwischen Großbritannien und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits hat noch gar nicht begonnen. Alle Völker wünschen aufrichtig die Vermeidung eines neuen Weltkrieges. ... Weshalb also keine neue Konferenz der wichtigsten Weltmächte vorschlagen, um die Lage zu untersuchen? Hitler scheint einen solchen Gedanken zu hegen ... er hat schon einige Diskussionspunkte aufgeführt, so die Abrüstung, die Kolonien, den polnischen Staat. Wir haben die Freiheit, andere Diskussionspunkte vorzulegen. Nichts kann verloren sein, vieles kann mit Hilfe einer solchen Konferenz gewonnen werden.“

Diese und andere Stimmen verständigungsbereiter Briten wurden bald zum Schweigen gebracht. Im Frühjahr 1940 verhaftete man unter Außerachtlassung aller „liberalen“ Traditionen sogar mehrere hundert dieser Friedenspropagandisten und hielt sie jahrelang in Gefängnissen und Internierungslagern fest – darunter Sir Oswald Mosley und den Unterhausabgeordneten Ramsey.

In der englischen Kriegführung gewannen endgültig die Kreuzfahrer die Oberhand. Schon im September 1939 veröffentlichte die Londoner „Times“ den richtungsweisenden Aufruf eines englischen Bischofs:

„Wir stehen auf Seiten der göttlichen Weltordnung ... Er handelt sich um einen Kreuzzug für die Wiedererrichtung der christlichen Zivilisation – wir brauchen den Glauben und die Glut von Kreuzfahrern, wenn wir den Sieg erringen wollen.“

Auch auf unserer Seite fehlten leidenschaftliche Bischofsworte nicht ....

Historische Episode: der Fall Hess

War 1938 das Jahr der politischen Überraschungen gewesen, so wurde 1940 ein Jahr der militärischen Wunder.

Nach dem Abschluß des Polenfeldzuges hatte es weder Frieden gegeben noch war im Westen der Krieg wirklich begonnen worden. An der Maginot-Linie und am Westwall lagen sich die Armeen fast untätig gegenüber – eingedenk der blutigen Materialschlachten des Ersten Weltkrieges sannen drüben und bei uns die Führungen über eine neue Strategie nach und bereiteten sie vor.

Die englisch-französische Planung richtete sich auf den nordeuropäischen Raum. Norwegen mit seiner 2000 Kilometer langen Küste schien für einen Zugriff der überlegenen britischen Seemacht offen zu liegen. Es ging nicht nur darum, die deutsche Kriegswirtschaft von lebenswichtigen Erzzufuhren abzuschneiden, auch ein aus Skandinavien geführter Luftkrieg gehörte zu dieser Konzeption.

Hitler wurde vom Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine, Großadmiral Raeder, auf die drohende Gefahr hingewiesen, der nur mit einer tollkühnen militärischen Operation begegnet werden konnte: an der bereits nach Norwegen auslaufenden, weit überlegenen britischen Flotte vorbei fuhren unsere schwachen Marineverbände bis nach Narvik und setzten in ganz Norwegen deutsche Divisionen ab – bis zur Kapitulation 1945 blieb Nordeuropa vom Gegner frei.

Noch waren diese Kämpfe im hohen Norden nicht abgeschlossen, als am 10. Mai 1940 bereits der nächste deutsche Schlag folgte. Während jedermann sich eine Kriegsführung im Westen nur unter dem düsteren Vorzeichen der Flandern- und Verdun-Schlachten von 1916–1918 vorstellen konnte, führte die von Hitler gegen manchen Widerspruch unterstützte Panzerstrategie der Generale Manstein und Guderian zu einem überraschenden Durchbruch. Bereits nach zehn Tagen war die Atlantikküste bei Abbeville erreicht, die ganze belgische Armee abgeschnitten, die bald darauf kapitulierte. Eine zweite,

groß angelegte Operation führte die deutschen Armeen nach Südfrankreich – am 17. Juni – knapp sechs Wochen nach Feldzugsbeginn – ersuchte die französische Regierung um Waffenstillstand. Nicht nur wir hielten angesichts dieses Geschehens den Atem an, die ganze Welt stand unter dem Eindruck, daß ein Wunder geschehen sei. Aus dem eingekreisten, todgeweihten Hitler-Deutschland war die beherrschende Macht Europas geworden. Vom Nordkap bis zu den Pyrenäen standen die siegreichen deutschen Divisionen.

Am 19. Juli versammelte sich der großdeutsche Reichstag wieder in der Kroll-Oper, um aus Hitlers Mund nicht nur die Würdigung des errungenen Sieges und eine Ehrung der Heerführer – in offener Sitzung beförderte er zwölf Generaloberste zu Generalfeldmarschällen – sondern auch um erneut einen Friedensappell an England zu vernehmen. Mir klingen seine Worte heute noch im Ohr:

„In dieser Stunde fühle ich mich verpflichtet, vor meinem Gewissen, noch einmal einen Appell an die Vernunft auch in England zu richten. Ich glaube dies tun zu können, weil ich ja nicht als Besiegter um etwas bitte, sondern als Sieger nur für die Vernunft spreche. Ich sehe keinen Grund, der zur Fortführung dieses Kampfes zwingen könnte. Ich bedauere die Opfer, die er fordern wird. Auch meinem eigenen Volk möchte ich sie ersparen. Ich weiß, daß Millionen deutscher Männer und Jünglinge bei dem Gedanken glühen, sich endlich mit dem Feind auseinandersetzen zu können, der ohne jeden Grund uns zum zweiten Mal den Krieg erklärte. Nein, ich weiß auch, daß zuhause viele Frauen und Mütter sind, die trotz höchster Bereitwilligkeit, auch das Letzte zu opfern, doch mit ihrem Herzen an diesem Letzten hängen. Herr Churchill mag nun diese meine Erklärung wieder abtun mit dem Geschrei, daß dies nur die Ausgeburt meiner Angst sei und meines Zweifels am Endsieg. Ich habe dann jedenfalls mein Gewissen erleichtert gegenüber den kommenden Dingen."

Die Polemik gegen Churchill – er war seit dem 10. Mai britischer Premierminister – war nicht unbegründet. Aus Schweden hatte Hitler Informationen darüber erhalten, daß sich schon im Juni in London eine verhandlungsbereite Gruppe im Regierungslager durchzusetzen versucht hatte; sie war aber von Churchill in einer Geheimsitzung des Unterhauses überspielt worden.

Diesen, mir erst seither bekannt gewordenen, in Hitlers engstem Kreis aber gewiß beobachteten Hintergrund muß mit ins Auge fassen, wer über das abenteuerlichste politische Ereignis unseres Zeitalters – den Hess-Flug nach Schottland – urteilen will.

Man weiß heute, daß Hess schon Ende Juni 1940 erstmals an ein solches Unternehmen gedacht hat, er hat es dann in aller Stille und mit Sorgfalt vorbereitet, mehrmals zum Abflug angesetzt (ein erster Abschiedsbrief an seine Angehörigen war vom 4. 11. 1940 datiert) und er ist schließlich am Abend des 10. Mai 1941 zu seiner selbstgewählten Mission gestartet.

*

Am Abend des 12. Mai 1941 saß ich im Dunkel einer Loge des Dessauer Theaters, als man mir während der Vorstellung ein soeben eingetroffenes Fernschreiben der Münchner Parteileitung hereinreichte. Was ich zu lesen bekam, stimmte wörtlich mit der Meldung überein, die fast zur gleichen Zeit über die Rundfunksender der deutschen und der Weltöffentlichkeit bekannt gegeben wurde:

„Parteiamtlich wird mitgeteilt: Parteigenosse Hess, dem es aufgrund einer seit Jahren fortschreitenden Krankheit vom Führer strengstens verboten war, sich noch weiter fliegerisch zu betätigen, hat, entgegen diesem vorliegenden Befehl, es vermocht, sich in letzter Zeit wieder in den Besitz eines Flugzeugs zu bringen.

Am Samstag, dem 10. Mai, gegen 18.00 Uhr startete Parteigenosse Hess in Augsburg wieder zu einem Flug, von dem er bis zum heutigen Tage nicht mehr zurückgekehrt ist. Ein zurückgelassener Brief zeigte in seiner Verworrenheit leider die Spuren einer geistigen Zerrüttung, die befürchten läßt, daß Parteigenosse Hess das Opfer von Wahnvorstellungen wurde.

Der Führer hat sofort angeordnet, daß die Adjutanten des Parteigenossen Hess, die von diesen Flügen allein Kenntnis hatten, und sie entgegen dem ihnen bekannten Verbot des Führers, nicht verhinderten bzw. sofort meldeten, verhaftet wurden.

Unter diesen Umständen muß also leider die Nationalsozialistische Bewegung damit rechnen, daß Parteigenosse Hess auf seinem Flug irgendwo abgestürzt bzw. verunglückt ist.“

Diese ungewöhnliche Meldung, die Ziel und Motive des Unternehmens geheimnisvoll offen ließ, schlug in der Bevölkerung wie eine Bombe ein.

Rudolf Hess, eine der markantesten Gestalten in Hitlers Umgebung galt in seiner streng beherrschten Haltung als einer der sachlichsten und prägnantesten Interpreten unseres Wollens; aufgrund seiner persönlichen Einfachheit und menschlichen Überzeugungskraft erfreute er sich beträchtlicher allgemeiner Beliebtheit.

Galt Gregor Strasser bis zu seinem Ausscheiden aus der Parteiführung für uns alle als ein Symbol des Sozialismus, so repräsentierte Rudolf Hess nach Hitlers Berufung zum Kanzler des Reiches in seiner Eigenschaft als „Stellvertreter des Führers der NSDAP" als eine Art Gewissen der Partei – und er war es wohl auch.

Die aus Berlin datierte Meldung gab viele Rätsel auf. Sowohl der Start als auch eine Notlandung oder ein Absturz mußten ja wohl von den deutschen Luftüberwachungsstellen bemerkt worden sein. Und mit schlichtem Menschenverstand ließ es sich nicht zusammenreimen, wie ein „im Wahn lebender" Mensch in der Lage sein sollte, ein Flugzeug zu starten und offenbar längere Zeit zu steuern. Als einige Tage später Hess' Landung in England bekannt gegeben wurde, ging der Vers politischer Spaßvögel von Mund zu Mund:

„Es klingt und singt im ganzen Land:
wir fahren gegen Engelland,
doch wenn mal einer wirklich fährt,
dann wird er für verrückt erklärt."

Kurz nach der ersten Verlautbarung traf die Weisung ein, daß die Reichsleiter und Gauleiter sich auf dem Berghof beim Führer einzufinden hätten. Thema: Der Fall Hess.

Auf der Fahrt zum Obersalzberg, bei einem kurzen Aufenthalt im Autobahnrasthaus am Chiemsee, traf ich mit den ersten Parteiführern zusammen – unter ihnen mit dem Reichsführer SS Himmler. Er wußte: die Engländer hatten zunächst Stillschweigen bewahrt und erst unsere Meldung abgewartet. Dann hatten sie bekannt gegeben, daß Hess in Schottland nach Fallschirmabsprung leicht verletzt gelandet war.

In spannender Erwartung kamen wir auf dem Berghof an. Wir versammelten uns in der großen Halle mit dem Fernblick auf die Veste Salzburg – von Bormann, dem bisherigen Stabsleiter im Stabe des Stellvertreters des Führers geschäftig empfangen. Als Hitler später erschien, sahen wir auf den ersten Blick, daß das ungewöhnliche Ereignis ihn schwer getroffen hatte.

Erregt sprach Hitler einige einleitende Worte, mit denen er uns bestätigte, was wir bereits wußten: Hess war allein in einer Messerschmitt-Maschine nach England geflogen, und er hatte sein Ziel nur erreicht, weil die Maschine mit Zusatztanks versehen worden war.

Hitler trug den Brief in der Hand, den Hess ihm durch seinen Adjutanten hatte überbringen lassen. Jetzt übergab er diesen Brief an Bormann und bat ihn, uns den Text vorzulesen.

Wir vernahmen nun, was Hess selbst über die Beweggründe seiner Tat zu sagen hatte.

Hess ging in seinem Brief vom Geschehen des Krieges aus, in dessen weiterer Entwicklung er keinen klaren Ausweg mehr sah. Auf den beiden Seiten des Krieges – er meinte die deutsch-englische Auseinandersetzung – werde beste Volkssubstanz vernichtet; aus der Schwächung Europas könne nur der Weltbolschewismus gewinnen und am Ende der Sieger dieser Auseinandersetzung sein.

Die auf eine deutsch-englische Allianz zielende deutsche Bündnispolitik sei mit den herkömmlichen Mitteln der Diplomatie ohne Erfolg geblieben; wenn es noch eine Chance gäbe, England zur Einsicht in die großen europäischen Notwendigkeiten zu bringen, so könne es nur durch die außerordentliche persönliche Initiative eines Einzelnen geschehen. Sie sei zum Gebot der Stunde geworden. Er selbst sei aufgrund seiner Herkunft und Erziehung in einem englisch regierten Lande (Hess war als Sohn deutscher Eltern in Alexandria–Ägypten aufgewachsen), aufgrund seiner Kenntnis englischen Denkens und vor allem aufgrund seiner Bekanntschaft mit maßgeblichen englischen Persönlichkeiten zu der Erkenntnis gekommen, dieser „Einzelne" zu sein. Inmitten des europäischen Bruderkrieges fühle er sich von der geschichtlichen Verantwortung angesprochen; er glaube, einen außerordentlichen Einsatz wagen zu müssen. Da er sich aus einer Verbindung mit der zuständi-

gen ministeriellen Apparatur keinerlei Erfolg versprechen könne, sei er gezwungen, alleine, aus eigenem Gewissen zu handeln. Er hoffe, in England glücklich abzuspringen und durch Verhandlungen mit ihm bekannten politischen Persönlichkeiten zur Beendigung dieses Krieges beitragen zu können. Er tue dies unter dem Einsatz seines Lebens im Bewußtsein, damit dem Ziele zu dienen, dem er auch weiterhin sein persönliches Leben untergeordnet habe.

Fast wie ein Sohn seinen Vater, so bat er Hitler, er möge ihm dieses eigenwillige Vorgehen nicht als Untreue auslegen, auch in dieser Mission denke er als Nationalsozialist; als solcher wolle er handeln und – wenn auch in ungewöhnlicher Weise – seine Pflicht erfüllen.

Die Verlesung des Hess-Briefes beeindruckte uns stark, und seine Wirkung wäre tief gewesen, hätte Hitler nun nicht erregt ein scharfes Verdikt gesprochen. Er begann mit der Feststellung, dieser Tag sei für ihn einer der schwärzesten seines politischen Lebens. Sein eigener Stellvertreter habe in der Stunde schwerster Entscheidungen seinen Platz verlassen, um einer romantischen Idee folgend eigene Politik zu machen. Der nach ihm höchste Führer der Partei begehe einen beispiellosen Vertrauensbruch in einem Augenblick, in dem es mehr als jemals auf Gehorsam ankomme. Hess irre, wenn er glaube, in England im Gespräch mit irgend einem englischen Politiker erreichen zu können, was ihm – Hitler – trotz heißesten Bemühens in vielen Jahren nicht gelungen sei. Den britischen Lords klar zu machen, daß das konservative Empire und das nationalsozialistische Deutschland in eine Front gegen den Bolschewismus gehöre, sei leider ein Traum abseits von den realen Gegebenheiten. Dieser Krieg sei, wie Churchill es einmal programmatisch gesagt habe, ein Krieg Englands mit dem Ziel der Vernichtung Deutschlands als führende Macht im Konzept der europäischen Völker. Deshalb sei der Krieg ein Kampf um Sein oder Nichtsein geworden, ihn mit Gesprächen beenden zu wollen, sei kindliche Phantasie.

Hitler steigerte seine Stimme und wies uns in eine politische Lage ein, die uns völlig zum Verstummen brachte: „Meine Parteigenossen, Hess hat mich in einem Augenblick verlassen, in dem an den deutschen Ostgrenzen unsere Divisionen in Alarm-

bereitschaft stehen und die Kommandeure zu jeder Stunde den Befehl zum bisher schwersten militärischen Einsatz erhalten können. Wie soll ich erwarten, daß meine Generale diesem Befehl folgen, wenn mein höchster politischer Leiter auf eigene Faust seinen Kampfplatz verläßt und wegen einer fixen Idee Vertrauen und Disziplin zu Schanden werden läßt. Der Befehl, den ich in Kürze meinen Generalen erteilen werde, ist ein aus politischer Überzeugung geborener militärischer Befehl, der von jedem einzelnen Soldaten blinden Gehorsam und letzte Hingabe verlangt. Wie soll die Wehrmacht härtestem Gesetz Folge leisten, wenn die politische Führung in ihrer Spitze Insubordination vorexerziert. Jeder von uns weiß: wenn das am grünen Holz geschieht, was soll dann erst an dürrem Holz zu erwarten sein? Meine Parteigenossen, es ist mehr als der wahnsinnige Flug, der hier zur Debatte steht, es ist das eherne Gesetz unserer Disziplin gegenüber uns selbst und der uns feindlichen Welt."

Er habe angeordnet, so fuhr Hitler fort, daß der Name Hess gelöscht werde, sämtliche Bilder seien aus den Dienststellen der Partei zu entfernen. Er werde sich auch nicht darauf beschränken, die bereits verhafteten unmittelbar Beteiligten an der Vorbereitung des Fluges zu bestrafen. Zu den Mitschuldigen dieser Wahnsinnstat gehörten auch sektiererische Kreise, nicht zuletzt geopolitische Phantasten wie der Professor Haushofer.

Zu der verbreiteten Meldung habe man ihm gesagt, daß sie im Volk nicht überzeuge. Hess sei doch zweifellos gar nicht so verrückt gewesen, wie es in der parteiamtlichen Meldung zum Ausdruck kam. Wieder erhob Hitler die Stimme: „Meine Parteigenossen! Was können wir dagegen tun, wenn eines Tages im englischen Rundfunk die Stimme von Hess ertönt? Wenn diese allen Deutschen bekannte Stimme seine Motive zum England-Flug der Mitwelt darlegt – nicht etwa sachlich, wahrheitsgetreu, sondern in der üblichen Hetze gegen Deutschland – und das dann täglich! Die Frauen in Deutschland hören dann diese Stimme, die sie in den Weihnachtsansprachen so gerne hörten und glauben ihr. Meinen Sie nicht etwa, ich glaubte, daß Hess selbst am feindlichen Rundfunk steht. Das wird Hess nie tun. Aber können wir den englischen Secret Service daran hindern, eine geeignete Stimme auszumachen und den wirkli-

chen Hess zu imitieren? Es war unerläßlich, dem vorzubeugen. Das haben wir, so hoffe ich, dadurch erreicht, daß wir diese Stimme von vornherein als die Stimme eines Wahnsinnigen erklärt haben."

Nachdem Hitler mitgeteilt hatte, daß er die Dienststelle von Hess aufgelöst und als „Parteikanzlei" der Leitung Bormanns unterstellt habe, kam er nochmals auf die bevorstehenden Entscheidungen zu sprechen: „Sie, meine Parteigenossen, haben dafür zu sorgen, daß diese Wahnsinnstat schnellstens aus der politischen Diskussion verschwindet, der Name Hess vergessen wird, und die gesamte Kraft unseres Volkes sich auf jenen gigantischen Kampf konzentriert, der nunmehr in wenigen Wochen beginnen wird. Es wird ein Kampf um Leben und Tod sein. Wir unternehmen das Wagnis, unserem eigentlichen Weltfeind Bolschewismus an die Gurgel zu springen, ehe er selbst als der Nutznießer dieses Krieges vollkommen vorbereitet dem im Kampf geschwächten Europa an die Gurgel springt. Unsere Gegner von heute werden dann selbst entscheiden müssen, ob sie sich für einen Sieg Deutschlands oder für einen Sieg des militanten Weltbolschewismus weiter einsetzen wollen. Ich habe Wochen und Monate in schlaflosen Nächten mit diesem Entschluß gerungen; alles was wir seither erkämpft und erschaffen haben, war nur die Vorgeschichte zu diesem letzten entscheidenden Ringen. In ihm wird die Schlacht um das kommende Jahrhundert geschlagen werden."

Hitler hatte geendet. Sein Blick war während der letzten Worte in weite Ferne gerückt und fast erschöpft sank er in seinen Stuhl. Der Fall Hess, um den unsere Gedanken bisher fieberhaft gekreist hatten, versank unter der Wucht dieser Erklärungen.

Niemand sagte auch nur noch ein Wort über Hess, und doch waren wir uns alle sicher, daß Hess kein Verräter und kein Verbrecher war, sondern ein eigenwilliger Aktivist in der weltgeschichtlichen Arena. Mir selbst drängte sich das Gefühl einer Gemeinsamkeit dieser beiden Männer auf: sowohl Hess als auch Hitler waren einsam und allein.

Für uns alle aber wich nun das Geheimnis des Hess-Fluges dem größeren uns erstmals bekannt gegebenen Geheimnis eines bevorstehenden gigantischen Kampfes um Leben und Tod.

Der „totale Krieg"

„Dem eigentlichen Weltfeind an die Gurgel springen, ehe er selbst als der Nutznießer dieses Krieges vollkommen vorbereitet dem im Kampf geschwächten Europa an die Gurgel springt" – so hatte Hitler uns seinen bevorstehenden Angriff auf die Sowjetunion begründet. Sein vertrautester militärischer Mitarbeiter, Generaloberst Jodl, hat später in Nürnberg von einem „reinen Präventiv-Krieg" gesprochen.

Politisch ist die Entscheidung Hitlers, sich gegen die Sowjetunion zu wenden, nach dem Besuch des sowjetischen Außenministers Molotow in Berlin – Anfang November 1940 – gefallen. Damals haben sich die Bestrebungen gekreuzt: Hitler versuchte, die Sowjetunion zum Beitritt zum sog. Drei-Mächte-Pakt (Deutschland – Italien – Japan) zu bewegen, d.h. zur klaren Stellungnahme für den weiteren Kriegsverlauf zu zwingen. Molotow dagegen stellte mehrere Forderungen auf: Endgültiger deutscher Interessenverzicht an Finnland, russisches Protektorat über Bulgarien mit Anspruch auf die Dardanellen. Das war eine offenkundig stretegische Forderung, die sich nun nicht mehr auf Osteuropa beschränkte, sondern eine weitere Stoßrichtung, zumindest in das Mittelmeer, erkennen ließ.

Nicht lange nach diesem sowjetischen Staatsbesuch in Berlin, über dessen politischen Verlauf die Zeitungen nur wenig berichteten, sagte Hitler in kleinem Kreis in meiner Gegenwart: „Die Erfüllung der Molotow-Forderungen hätte gegenüber Europa schnödesten Verrat, für uns aber eine verstärkte Bedrohung bedeutet. Ich mußte diese Forderungen ablehnen, der Preis für eine nur vorübergehende Bundesgenossenschaft Rußlands erschien mir zu hoch. Aber das war noch nicht das Wesentliche. Ich habe in diesen Gesprächen erneut die eigentlichen Ziele der Sowjets gespürt – sie sind und bleiben auf Europa und Deutschland gerichtet. Sie wollen Krieg – allerdings nicht sofort. Nein, nein – sie bereiten sich aber auf den Augenblick vor, in dem sich der Westen in dem wahnsinnigen Bruderkrieg abgekämpft hat. Dann, glauben sie, daß ihre Stunde gekommen ist, um mit ihren Menschenmassen wie Dschingis Khan über das

geschwächte Europa herzufallen, und wie Steppenwölfe die Beute dieses Krieges für sich zu holen. Das ist kein neues Rezept der Herren im Kreml – das ist uralte russisch-panslawistische Politik. Im Westen, wo man nicht europäisch zu denken vermag, ist man zu blind, um das zu erkennen. Von seiten Rußlands ist unser Nichtangriffspakt – das weiß ich jetzt – nur eine Tarnung, nur ein Manöver zu dem Zweck, für die Vorbereitungen Zeit zu gewinnen und um sich den Zeitpunkt des kriegerischen Eingreifens aussuchen zu können."

Obwohl Hitler damals noch kein Wort darüber sagte, welche Folgerungen er aus diesen Erkenntnisssen ziehen wollte, so hat er doch wohl seit damals einen Krieg gegen die Sowjetunion ernstlich in seine Überlegungen einbezogen.

Und gewiß trat in seinem Denken wieder das Bewußtsein in den Vordergrund, daß er einst als Antipode der bolschewistischen Weltrevolutions-Idee angetreten war. Hatte er uns doch schon vor Jahren einmal in vertrauter Stunde davon gesprochen: nicht als ein „Staatsmann" wolle er in die Geschichte eingehen, sondern als der „Vernichter des marxistisch-bolschewistischen Weltfeindes".

Später ist Hitlers ablehnende Haltung gegenüber den Molotow-Forderungen kritisiert worden: durch sein „Nein" habe er Rußland den westlichen Alliierten in die Arme getrieben und so den späteren Zwei-Fronten-Krieg verursacht, der im Zweiten wie im Ersten Weltkrieg unser Untergang wurde. Ein – wenn auch nur taktisches – „Ja" gegenüber den sowjetischen Wünschen hätte die Geschichte anders verlaufen lassen. Er sei zugrunde gegangen, weil er zuviel an „Europa" gedacht habe. Bei diesem Argument ist freilich außer acht gelassen, daß die Westmächte auch nach der Sensation des Hitler-Stalin-Paktes von 1939 nie aufgehört haben, sich um die Sowjetunion politisch zu bemühen. Als Stalin im September 1939 ganz Ost-Polen besetzen ließ, sah man in London wortlos zu. Und von der geheimen Unterhaussitzung am 20. Juni 1940 ist zwar nicht der Wortlaut der Churchill-Rede, wohl aber der Stichwort-Zettel für die Rede erhalten geblieben, mit der Churchill damals seinem Parlament angesichts des Zusammenbruches Frankreichs wieder Hoffnung einflößte. Das größtgeschriebene Wort auf diesem Notiz-Zettel lautete: „RUSSIA".

Das waren die politischen Aspekte des Angriffes auf die Sowjetunion; sie wurden noch verstärkt durch die Geschehnisse, die sich anläßlich des Putsches abspielten, durch den in Belgrad Ende März 1941 die jugoslawische Regierung gestürzt wurde, nachdem sie gerade ihren Beitritt zum Drei-Mächte-Pakt vollzogen hatte. Dort wurde bereits damals ein amerikanisch-sowjetisches Zusammenwirken gegen Deutschland offenkundig. Dem Reichsaußenminister von Ribbentrop, der noch nach Molotows Besuch glaubte, Hitler für eine nachgiebigere Politik gegenüber Stalin gewinnen zu können, erklärte Hitler im April 1941 während des Jugoslawien-Feldzuges seine Absicht, Rußland anzugreifen, sei nunmehr „feststehend".

Unvermeidlich stellt sich die Frage, ob und inwieweit sich Hitler des militärischen Risikos dieses „Präventiv-Krieges" bewußt war. Aus dem Frühjahr 1941 erinnere ich mich eines erstaunlichen Gespräches mit dem damaligen deutschen Luftwaffen-Attaché in Moskau, General Aschenbrenner. Ich traf mit ihm zufällig in einem Berliner Hotel zusammen – und da wir uns aus Halle kannten, ergab sich eine längere vertrauliche Unterhaltung.

Aschenbrenner durfte als Rußland-Kenner gelten: Nach dem Ersten Weltkrieg war er im Zuge der Seecktschen Zusammenarbeit mit der Roten Armee längere Zeit als militärischer Instrukteur in der Sowjetunion tätig gewesen. Später war er stellvertretender Kommandeur der Luftwaffen-Nachrichtenschule in Halle und dann nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes nach Moskau entsandt worden. Als keineswegs engstirniger, sondern geistig beweglicher Offizier stellte er während seiner Dienstzeit in Halle in Diskussionen manche falsche Vorstellung über Rußland so eindringlich richtig, daß er im Bekanntenkreis mit dem Spitznamen „Bolschewik" bezeichnet wurde.

Bei unserem Gespräch in Berlin – der General war zur Berichterstattung aus Moskau kurzfristig in der Reichshauptstadt – erörterten wir die wirkliche Qualität der Roten Armee. Ich hörte – und mußte staunen: die Sowjetwehrmacht sei unterdurchschnittlich ausgebildet, ihre innere Geschlossenheit werde nur durch das Regime der Politruks aufrechterhalten; ein sowjetischer General entspräche in seinem

geistigen Format etwa einem deutschen Leutnant. Die Technik sei vorsintflutlich und die militärische Kampfkraft dementsprechend gering. Im Falle eines Krieges mit Deutschland schätze er – Aschenbrenner – die Zeit bis zum restlosen Zusammenbruch der sowjetischen Armee auf höchstens drei bis vier Monate.

Das war das Urteil eines in Moskau tätigen deutschen Berufsoffiziers, zu dessen Dienstobliegenheiten das Studium und die Beurteilung des sowjetischen Militär-Apparates gehörte.

Hitler selbst war – wie er uns im Mai am Obersalzberg verdeutlichte – skeptischer. Schon einige Jahre vorher hatte er nicht der damals weitverbreiteten Meinung zugestimmt, Stalins brutale „Säuberungen" hätten die Kampfkraft der Roten Armee ernstlich geschwächt. Ich erinnere mich noch daran, wie Hitler in meiner Gegenwart bei einem Mittags-Tischgespräch in der Reichskanzlei die sensationellen Moskauer Prozesse besprach. Er meinte, diese Prozesse seien nur ein ungewöhnlich theatralischer Rahmen für eine Reinigungsaktion, aus der die Rote Armee sowohl qualitätsmäßig wie auch politisch gestärkt hervorgehen werde. Stalin verfolgte offenbar das Ziel, die gesamte russische Führung in Staat, Partei und Armee von allen nicht hundertprozentig zuverlässigen Elementen zu befreien und meinte, gerade diese Aktion weise auf militärische Vorbereitungen hin.

Eine seither viel diskutierte Frage ist es, ob Stalin im Jahre 1941 vom deutschen Angriff wirklich „überrascht" worden ist. Bekanntlich hat der seither gestürzte und verstorbene sowjetische Partei-Chef Chrustschow in seinen Anklagen gegen Stalin auch behauptet, die militärischen Vorbereitungen gegenüber Deutschland seien sträflich vernachlässigt worden. Dieser Behauptung wurde später in Moskau nachdrücklich widersprochen. So hat das sowjetische Gewerkschaftsorgan „Trud" zum 30. Jahrestag des deutschen Angriffs am 22. Juni 1971 einen Tagesbefehl des damaligen sowjetischen Generalstabchefs Shukow und des Volkskommissars für Verteidigung Timoschenko veröffentlicht, der noch mehrere Stunden vor dem deutschen Angriff an alle sowjetischen Truppenteile durchgegeben wurde. In dem Befehl heißt es ausdrücklich: „Am 22. und 23. Juni besteht die Möglichkeit eines unerwarteten Überfalls der Deutschen ..."

Für alle Einheiten wurde volle Kampfbereitschaft befohlen; die Flugzeuge sollten auf dem Boden getarnt werden, in den Städten für Verdunkelung gesorgt werden. Mit der Veröffentlichung von Zahlenmaterial über die sowjetische Rüstungsindustrie am Vorabend des Krieges wurde die Stalin-Kritik Chrustschows ebenfalls widerlegt.

Auch seinerzeitige internationale Pressemeldungen bestätigten, daß nicht nur Stalin, sondern auch die sowjetische Armee-Führung genau unterrichtet waren und sich auf den bevorstehenden deutschen „Überfall“ sorgfältig vorbereiteten. Das sowjetische „Tass“-Büro gab bereits am 13. Juni 1941 die „Einberufung russischer Reservisten“ zu. Die Londoner „Times“ berichtete schon in ihrer Ausgabe vom 21. Juni 1941:

„Gestern beschäftigte sich der Moskauer Rundfunk mit den sowjetischen militärischen Vorbereitungen. Der Sprecher erklärte, daß in vielen Teilen der Sowjetunion Manöver abgehalten werden. In ihnen werden die Lehren des sowjetisch-finnischen Krieges und des deutschen West-Feldzuges berücksichtigt. Ganze Regimenter unternehmen umfangreiche Marschbewegungen durch Sumpfgegenden.“

Der „diplomatische Korrespondent“ der „Times“ erwähnte damals, daß Ortsbezeichnungen nicht genannt worden seien, er fügte vielsagend hinzu: „Aber die berühmten Pripet-Sümpfe liegen im Westen.“ Diese Hinweise – in London 24 Stunden vor dem deutschen Angriff veröffentlicht – beweisen deutlich genug, wie sehr die Rote Armee vorbereitet war.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob Hitler in den vorhergegangenen Monaten nicht von seinem eigenen Nachrichtendienst getäuscht worden ist. Da dieser unter der Leitung des Admirals Canaris stand, der ein politischer Gegner Hitlers war, ist diese Frage nicht unberechtigt. Falschmeldungen über sowjetische Vorbereitungen konnten ebenso wie Falschberichte über den Kampfwert der Roten Armee dazu bestimmt sein, Hitler in eine Katastrophe zu stürzen.

Es ist zwar sehr wahrscheinlich, daß ebenso wie im April 1940 die Norweger, vier Wochen später die Holländer, Belgier und Franzosen durch Verrats-Informationen aus der Berliner Bendlerstraße vorgewarnt worden sind, so auch das Angriffsdatum 22. Juni von hier aus dem Kreml bekannt gegeben wor-

den ist; aber was die Stärke des sowjetischen Aufmarsches betrifft, so sind diese Zahlen nachgeprüft worden. Hitler erklärte in seiner Proklamation an das deutsche Volk am 22. Juni 1941: „Heute stehen rund 160 russische Divisionen an unserer Grenze." Bereits in den ersten Wochen des deutschen Vormarsches wurden dann auf der Gegenseite etwa 200 sowjetische Divisionen festgestellt, die der deutschen Wehrmacht in West-Rußland gegenüber standen. Besonders interessant war, daß die Sowjetunion in den anderthalb Jahre vordem von der Roten Armee besetzten ost-polnischen Gebieten nicht weniger als 80 neue Flugplätze angelegt hatte.

Die Gefangenen- und Beute-Zahlen der ersten Monate waren ein weiterer Beweis dafür, daß Hitlers Vermutung eines sowjetischen Aufmarsches gegen Deutschland ernstlich begründet war. Bis zum 1. Dezember 1941 wurden nicht weniger als 3,8 Millionen sowjetische Soldaten gefangen genommen, über 20000 Panzer und über 32000 Geschütze vernichtet oder erbeutet. Nirgends auf der riesenlangen Front ist das deutsche Heer in einen offenen Raum gestoßen – überall standen die sowjetischen Armeen in Bereitschaft.

Besonders bemerkenswert war, daß die große Masse der in den ersten Wochen in Gefangenschaft geratenen sowjetischen Soldaten aus mittelasiatischen Standorten stammten – offensichtlich hatte eine weiträumige Aufmarschbewegung stattgefunden.

Wenn uns Hitler nach dem Molotow-Besuch sagte: „Sie wollen Krieg – zwar nicht sofort – aber sie bereiten sich vor", so war diese Deutung ungeniert und offen bestätigt worden in einem Neujahrs-Aufruf des alten sowjetischen Reitergenerals Budjenny, gerichtet an die russische Jugend, veröffentlicht in der Komsomolskaya Prawda vom 1. Januar 1941; er forderte darin die junge Generation seines Landes auf, immer daran zu denken:

„daß im Augenblick, in dem fast die ganze Erdkugel vom Krieg ergriffen ist, die Weisung Stalins heilig erfüllt werden muß: unermüdlich das ganze Land im Zustand ständig kämpferischer mobilisierter Bereitschaft zu halten."

In einem gleichzeitig erschienenen – damals ebenfalls weltweit beachteten – Artikel in der Zeitschrift „Bolschewik" war Budjenny noch deutlicher geworden:

„Unsere prinzipiell friedliche Politik schließt keineswegs Angriffs-Operationen der Roten Armee im strategischen und taktischen Sinne aus. Im Gegenteil: Lenin und Stalin lehren, daß die beste Verteidigung der Angriff auf den Gegner ist, die Vernichtung des Gegners in seinem Lande. Auf dem fremden Territorium sein eigenes Land schützen, so lehrte Lenin, so lehrte Stalin. Das ist unsere Strategie und Taktik. Wenn man uns sagt, daß wir nur einen Verteidigungskrieg führen sollen, so bedeutet das, die alten Phrasen des kleinbürgerlichen Pazifismus zu wiederholen, die schon lange ihren Sinn verloren haben. Wenn wir uns verpflichten würden, wie man uns das vorschlägt, daß wir niemals zu jenen Handlungen schreiten, die man in kriegsstrategischer Beziehung Angriffshandlungen nennen kann, so wären wir nicht nur Dummköpfe sondern auch Verbrecher. Das wurde schon vor 20 Jahren gesagt."

Worauf Budjenny sich berief, war unschwer festzustellen. Stalin hatte schon am 17. Januar 1925 vor dem Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion erklärt:

„Wenn aber ein Krieg ausbricht, stünde es uns schlecht an, untätig zuzuschauen. Wir müssen dann vielmehr eingreifen, aber erst ganz zuletzt eingreifen. Und wenn wir eingreifen, dann nur, um unser entscheidendes Gewicht in die Waagschale zu werfen."

Und in allen heutigen Nach-Betrachtungen taucht wie eine gespenstische Prophetie das Wort Lenins auf: „Der Weltkrieg gab uns Bolschewisten Rußland – ein nächster Weltkrieg wird uns Europa geben."

*

Ich wußte im Juni 1941 zwar, daß dieser Entscheidungskampf bevorstand und daß Hitler entschlossen war, Stalin zuvorzukommen – aber Näheres war keinem von uns bekannt. So war auch ich überrascht, als ich – bei einem Zufallsbesuch in Berlin – morgens im Hotel geweckt wurde mit dem Hinweis auf eine Rundfunkdurchsage: die Proklamation mit der Ankündigung unseres Antretens über den Bug.

Als ich auf das Kalenderblatt blickte, erschrak ich: an einem 22. Juni hatte auch Napoleon den Marsch in das große geheimnisvolle Land angetreten.

Ich war nicht abergläubisch – aber es ging nicht nur mir so. Für die deutschen Menschen kam der Rußlandkrieg überraschend. Er löste Erschrecken, quälende Ahnungen aus, und auch uns hartgesottenen Nationalsozialisten erschien er als das große Wagnis.

Soviel war gewiß, der Krieg war in eine neue Dimension eingetreten, als die deutsche Wehrmacht von Nord bis Süd zum Marsche in die unendlichen Weiten des mächtigsten Staates des eurasiatischen Kontinents aufbrach.

*

Wenn Hitler uns bei der Gauleitertagung anläßlich des Hess-Fluges die Möglichkeit, wenn auch nicht ausgedrückt, so doch angedeutet hatte, angesichts unseres Zusammenstoßes mit der Sowjetunion könnte sich England doch noch besinnen, so wurde diese untergründige Hoffnung rasch zerstört. Nicht nur die Churchill-Regierung erklärte sich am 22. Juni zu einem Bündnis mit Stalin bereit, auch Präsident Roosevelt ließ für die in diesem Zeitpunkt noch angeblich neutralen Vereinigten Staaten durch seinen Unterstaatssekretär Sumner Welles erklären:

„jeglicher Kampf gegen den Hitlerismus, von welcher Seite aus er immer geführt würde, ist von Vorteil für unsere eigene Verteidigung und Sicherheit."

Kurz darauf entsandte der amerikanische Präsident seinen Sonderbotschafter Hopkins nach Moskau, um der Sowjet-Regierung die materielle Hilfe der USA anzubieten.

Der im Juni 1941 in breiter Front vorgetragene Angriff der deutschen Wehrmacht ging wie ein Sturm über das russische Land; nach fünf Monaten stand bereits eine deutsche Stoßarmee vor den Toren Moskaus. Dort hatte einst schon Napoleon im Flammenmeer der brennenden Stadt den Traum eines Sieges über das russische Reich begraben müssen.

Dem Besuch des Sonderbotschafters Hopkins waren rasch Taten gefolgt. Am 2. Oktober 1941 unterzeichneten der amerikanische Botschafter Harriman und der britische Minister Lord Beaverbrook im Kreml ein „Protokoll" über die anglo-

amerikanischen Waffenlieferungen. Bereits in den folgenden zehn Monaten wurden nicht nur versprochen, sondern auch geliefert: 3000 Kampfflugzeuge, 4000 schwere Panzer, 30000 Motorfahrzeuge, Schützenpanzerwagen usw.

Am 10. Oktober saßen Amerikaner, Engländer und Russen bei Kaviar und Krimsekt zusammen und tranken auf Stalin und den Sieg. Aber fünf Tage später mußte Molotow den in Moskau akkreditierten Diplomaten die niederschmetternde Mitteilung machen, daß die sowjetische Regierung die Hauptstadt verlasse und auch das gesamte diplomatische Korps nach Kuybischew – 850 Kilometer östlich von Moskau – evakuiert werde.

Nur Stalin blieb in Moskau. Die Schornsteine des Kreml rauchten Tag und Nacht – man verbrannte die Geheimarchive. Als dann sogar der Sarg Lenins aus dem Mausoleum am Roten Platz abtransportiert wurde, brach in Moskau eine Panik aus. Die Bevölkerung erwartete den Einmarsch der „Germanski", Plünderungen begannen, die Miliz war machtlos. Am 20. Oktober verhängte Stalin den Belagerungszustand; die Standgerichte traten in Tätigkeit.

Der Krieg schien zugunsten Hitlers bereits entschieden zu sein. In dieser Situation wendete Stalin das Schicksal. Er verkündete den „vaterländischen Krieg" – nicht mehr Karl Marx, nicht mehr der „Klassenkampf" und die „Diktatur des Proletariats" waren die Parolen, mit denen Stalin Rußland aufrief, sondern der Appell zur Verteidigung der Heimat. Mit dem Weckruf des Patriotismus gab Stalin dem schon hoffnungslos gewordenen Kampf gegen die deutsche Wehrmacht einen neuen Auftrieb, einen nationalen Sinn.

„Väterchen Zar" und „Mütterchen Rußland" riefen – und nun trat das große Wunder ein. Anstelle blutloser Ideologien trat das Vaterland. In seinem Namen entstand eine neue organische Verbindung zwischen der Sowjetunion und der alten russischen Geschichte. Nationale Politik wurde zum rationalen Leitmotiv eines gemeinsamen Handelns.

Dazu gewann die materielle Hilfe der Westmächte steigende Bedeutung. Im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges erhielt die Sowjetunion von ihren Verbündeten 21866 Flugzeuge, 12218 Panzer, 461780 Motorfahrzeuge, 19081 Eisenbahnlokomotiven, 11155 Güterwagen, 90 Frachtschiffe, außerdem 2,6 Millionen

Tonnen Stahl, 3 Millionen Tonnen Erdölprodukte, 5 Millionen Tonnen Nahrungsmittel usw.

Allein die gelieferten Panzer reichten aus, um etwa 50 sowjetische Divisionen auszurüsten. Zum Vergleich: mit 25 Panzer-Divisionen trat die deutsche Wehrmacht am 22. Juni 1941 gegen die Sowjetunion an. Die von den Amerikanern gelieferten Motorfahrzeuge stellten drei Viertel des gesamten sowjetischen Kraftfahrzeugbedarfes während des ganzen Krieges. Die Nahrungsmittellieferungen reichten aus, um die Sowjet-Armee mindestens zwei Jahre lang zu ernähren.

Das war keine nebensächliche materielle Hilfe. Sie erlaubte es Stalin, seine in den Sommermonaten 1941 fast zerschlagenen Armeen wieder zu reorganisieren und ermöglichte den späteren Vormarsch der Sowjets nach Mitteleuropa.

Das Erstaunlichste jener Hilfsmaßnahmen der Roosevelt-Regierung für Stalins Kriegsführung war es, daß der Sowjetunion in den letzten Kriegsjahren sogar die Rohmaterialien für die Entwicklung der Atom-Bombe aus Amerika geliefert wurden!

Das alles ahnten wir damals in Deutschland nicht. Im Gegenteil: Nach den riesigen Kesselschachten in der Anfangsphase des großen Ringens durften wir glauben und hoffen, daß die sowjetische Kampfkraft zumindest schwer angeschlagen war. Wir rechneten nicht damit, daß das amerikanische Industrie-Potential in solchem Umfang eingesetzt werden würde, um Stalin zu retten.

*

Weder unmittelbar vor noch nach dem schicksalhaften 22. Juni 1941 hat Hitler uns Gauleiter zu sich gerufen. Seine ganze Aufmerksamkeit galt nun der militärischen Kriegführung; mit unseren Problemen zuhause mußten wir jetzt selbst fertig werden.

Eine Frage, die angesichts der neuen Frontrichtung für den kritisch Nachdenklichen wichtig erscheinen mußte, erwies sich in der Folgezeit als nahezu gegenstandslos: erst acht Jahre waren vergangen, seit noch fast 6 Millionen wahlberechtigte Deutsche sich zur kommunistischen Partei bekannt hatten.

Das waren nicht alte Leute gewesen, sondern in ihrer Masse junge Menschen. Hunderttausende von ihnen waren nach dem Gesetz der allgemeinen Wehrpflicht jetzt Soldaten, die meisten anderen standen im Produktionsprozeß. Wie würden sie sich verhalten – als Kämpfer gegen das einst von ihnen angebetete „Vaterland aller Werktätigen", als Arbeiter einer Kriegsindustrie, die gegen Stalin produzierte? In Erinnerung an meine Jahre im Gau Halle-Merseburg beunruhigte mich diese Frage. Ich kann mich freilich auf diesen Hinweis beschränken; in keiner meiner weiteren Erinnerungen taucht die Kommunistenfrage nochmals auf. Diesbezüglich gab es bis 1945 weder in unserer Wehrmacht ein Überläufer-, noch in unserer Kriegsindustrie ein Sabotage-Problem, so sehr auch die feindliche Propaganda dahin wirkte und darauf hoffte.

Meine Tätigkeit als Reichsverteidigungskommissar gewann freilich wieder neue und größere Bedeutung. Die Kriegswirtschaft, deren Einregelung im Herbst-Winter 1939–40 so schwierig gewesen war, hatte sich im Siegesjahr 1940 gelockert, nun mußte der Riemen wieder fester angezogen werden.

Bald trat eine Entwicklung ein, die uns vor zwar erwartete, aber doch in ihrem Ausmaß nur geahnte enorme Aufgaben stellte. Ich kann ohne Übertreibung sagen, daß meine Tätigkeit ab 1942 bis zum Kriegsende immer mehr und schließlich fast nur noch der Abwehr des feindlichen Luftkrieges, der Aktivierung des zivilen Luftschutzes, der Mobilisierung aller Rettungs- und Hilfsmittel gegolten hat.

Keiner der Nachkriegs-Ankläger ist bisher der Frage auf den Grund gegangen, auf welcher Seite im Zweiten Weltkrieg die Verantwortung für den Beginn und die mörderische Steigerung des Luftkrieges gegen die Zivilbevölkerung festzustellen ist. Es würde sich nämlich ergeben, daß in diesem Falle die Schuld ganz gewiß nicht auf deutscher Seite liegt.

Daß Hitlers Ankündigung am 1. September 1939, er wolle keinen Krieg „gegen Frauen und Kinder" führen, von der deutschen Luftwaffe respektiert wurde, dafür gibt es das Zeugnis des französischen Militärattachés in Warschau, der am 14. September 1939 – noch während der Kampfhandlungen – nach Paris meldete:

„Ich muß unterstreichen, daß die deutsche Luftwaffe nach den Kriegsgesetzen gehandelt hat. Sie hat nur militärische

Ziele angegriffen. Es ist wichtig, daß man dies in Frankreich und England erfährt, damit keine Repressalien unternommen werden und nicht von uns aus ein totaler Luftkrieg entfesselt wird."

Außer diesem Text fiel uns aus französischen Regierungsakten im Juni 1940 auch noch ein Protokoll in die Hand, aus dem hervorging, daß der weithin als Pazifist deklarierte britische Premierminister Chamberlain im November 1939 die Franzosen zu Luftangriffen auf das Ruhrgebiet überreden wollte, bei denen es „offensichtlich unmöglich wäre, den Verlust menschlichen Lebens unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden". Der Plan scheiterte damals am Widerspruch der Pariser Regierung, die befürchtete, daß die Gegenschläge der damals noch starken deutschen Luftwaffe vor allem französische Städte treffen würden. So blieb der Winter 1939–40 auch in der Luft im wesentlichen ein „drôle de guerre" – ein „drolliger Krieg"; so lautete ein französisches Witzwort jener Tage.

Der Genauigkeit halber muß freilich festgestellt werden: der erste britische Luftangriff gegen Deutschland erfolgte mit dem Ziel Wilhelmshaven und Cuxhaven bereits am 4. September 1939. Dabei verfehlte eine englische Maschine das Ziel und warf Bomben auf die dänische Stadt Esbjerg. Der erste Luftkriegstote des Zweiten Weltkrieges war eine dänische Frau.

Später fielen in der Nacht vom 11. zum 12. Januar 1940 einige britische Bomben auf die Insel Sylt. Diese und einige kleinere Zwischenfälle ließen sich noch als Episoden ohne größere Bedeutung registrieren. Die deutsche Luftwaffe griff kein einziges Bodenziel in England an. Auch noch der ganze deutsche Norwegen-Feldzug wurde ohne Terror-Angriffe geführt und gewonnen.

Erst mit Churchills Regierungsantritt änderte sich die Situation – und zwar sofort. Bereits auf den 11. Mai 1941 datiert der damalige Unterstaatssekretär im britischen Luftfahrtministerium, I. M. Spaight, in seinem noch während des Krieges erschienenen Buch: „Bombing vindicated" den Beginn des britischen Luftkrieges, über den er stolz berichtete:

„Wir begannen Städte-Ziele in Deutschland zu bombardieren, ehe dies die Deutschen in England taten. Das ist eine historische Tatsache, die auch öffentlich zugegeben ist. Doch

weil wir im Zweifel waren über die psychologische Wirkung der Wahrheit, daß wir es waren, die die strategische Luftoffensive starteten, sind wir davor zurückgeschreckt, diesen Entschluß vom Mai 1940 der Öffentlichkeit, die ein Recht darauf gehabt hätte, bekannt zu geben. Das hat sich nachträglich als schwerer Fehler erwiesen, denn es war ein wahrhaft großer, ein heroischer Entschluß, ähnlich dem der russischen Politik der verbrannten Erde."

An anderer Stelle seines Buches erklärte der britische Luftwaffenchef:

„Hitler fürchtete die Auswirkungen von Bombenangriffen auf Deutschlands Kriegsanstrengungen und die Moral der Bevölkerung. Er hätte es bei weitem vorgezogen, den Krieg auf eine andere Weise durchzuführen. Er wollte unsere Art Krieg nicht. Von der Idee weitzielender Luftangriffe war er so wenig angetan, daß er in den ersten zehn oder mehr Kriegsmonaten keinen Luftangriff durchführte. Und damals war die deutsche Luftwaffe die stärkste der Welt."

Über das, was die Engländer im Sinne hatten, ließ Churchill keinen Zweifel. Er hoffte, der Luftkrieg werde „die Herzen der Deutschen brechen". Das sollte die Kriegsentscheidung bringen.

Die Konzeption einer in diesem Sinne „strategischen" Luftkriegführung war in London bereits lange vor Hitlers Machtergreifung durchdacht und geplant worden. So hat sich schon in den 20er Jahren der britische Feldmarschall Robertson über die Perspektiven eines künftigen Krieges wie folgt geäußert:

„Da der moderne Krieg hauptsächlich ein Krieg gegen das Wirtschaftsleben ist, hat er sich mehr und mehr gegen die Heimat des Feindes gewendet und das alte Prinzip, daß ein Krieg nur gegen Armeen und Flotten geführt wird, ist in den Hintergrund verwiesen. Angriffe auf nicht-militärische Ziele mag man als barbarisch betrachten, aber sie werden in den nächsten Auseinandersetzungen notwendigerweise einen bedeutenden Platz einnehmen und eine viel ausgedehntere Rolle spielen als im letzten Kriege."

Auch Churchill schrieb bereits 1925 über den kommenden Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung:

„Vielleicht wird es sich im nächsten Kriege darum handeln, Frauen und Kinder oder die Zivilbevölkerung überhaupt zu töten. Und die Siegesgöttin wird sich zuletzt voll Entsetzen dem vermählen, der dies im gewaltigen Ausmaß zu organisieren versteht."

Diese Perspektiven des Gegners waren uns ein Begriff, als wir uns ab 1941 nicht nur auf einen längerdauernden Krieg, sondern auch darauf einrichten mußten, daß unsere Luftwaffe nun im Osten benötigt wurde, zu Gegenschlägen gegen England nicht mehr wie seit August 1940 (so lange hatte Hitler gewartet, auf Churchills Luftoffensive zu antworten) einsatzbereit war, ja auch unseren Luftraum nicht mehr ernstlich würde schützen können.

Ohne meine damalige Stellung und Rolle als einer von nun mehr als vierzig Gauleitern übertrieben darzustellen, darf ich für mich in Anspruch nehmen, die auf uns zukommenden Luftkriegsprobleme frühzeitig erkannt und mich mit ihnen besonders sorgfältig beschäftigt zu haben.

Bereits bei Kriegsbeginn 1939 war mir klar geworden, daß der in den Friedensjahren organisierte „Reichsluftschutzbund" weder personell noch organisatorisch den Kriegsaufgaben gewachsen sein konnte. Offenkundig oblag es der Partei als der bis in die einzelnen Hausgemeinschaften verzweigten Organisation, an der Durchsetzung einer wirksamen Luftschutzbereitschaft entscheidend mitzuwirken. Es war auch klar, daß der Staatsapparat in fast allen seinen Behörden mit Luftkriegs-Problemen konfrontiert werden würde. Eine vernünftige Koordination war unerläßlich; sie durchzusetzen, war jeder Reichsverteidigungskommissar berufen.

Es kam hinzu, daß alle bisherigen Planungen zu sehr auf Einzelangriffe und Sprengbomben, weniger jedoch auf Brandbomben, d. h. Feuerschäden ausgerichtet waren. Daß ein Großangriff nicht nur die betroffene Stadt anging, sondern eine großräumige Rettungsgemeinschaft aus der nachbarlichen Landschaft kurzfristig mobilisiert werden mußte – das alles waren Überlegungen, die sich bei genauerem Durchdenken des Problems ergaben. Sowohl in meinem Gau wie gegenüber den Reichsbehörden entwickelte ich die Ansicht, daß der Zivile Luftschutz einer operativ-geplanten, alle Einsatzkräfte umfassende Be-

reitschafts- und Schadensbekämpfungsorganisation bedürfe. Gewiß war es wichtig, in der kleinen oder großen Wohngemeinde den Selbstschutz sowohl materiell wie willensmäßig zu organisieren. Aber es durfte damit nicht sein Bewenden haben. Im Angriffsfall konnte die Führung jeder kleineren Einheit selbst ausgefallen und damit personell und mit ihren Hilfsmitteln blockiert sein. Es galt, nach einem erfolgten Angriff die Schadensbekämpfung durch Einsatz von überörtlichen Organisationen automatisch zu ergänzen. Das große Umland der Schadenstelle mußte nach einem vorbereiteten und eingespielten Plan zur wirksamen Sofort-Hilfe eingreifen. Die Dienststelle des Reichsverteidigungskommissars hatte generalstabsmäßig eine dementsprechende Organisation zu schaffen, wenn große Katastrophen gemeistert und die Verluste an Menschenleben und Sachschäden begrenzt werden sollten.

Als eine der wesentlichsten Voraussetzungen einer realistischen Luftschutzorganisation sah ich die Schaffung eines wirksamen technischen Nachrichtendienstes an. Der Befehlsstand des Reichsverteidigungskommissars mußte bei Gefahr und im Falle eines Großangriffes möglichst bis in den letzten Luftschutzraum in irgend einem Keller einer Hausgemeinschaft Warnungen und Weisungen durchgeben können. Zu diesem Zweck wurde im Gau Magdeburg-Anhalt der in das Telefonnetz eingeordnete Drahtfunk eingerichtet. Ohne neue Streckenkabel wurde so die akustische Verbindung zwischen dem Gau-Einsatzstab und den einzelnen bedrohten Volksgenossen hergestellt – eine Einrichtung, die später im ganzen Reich vielerorts Nachahmung fand.

Mein „Gau-Einsatzstab“ faßte alle für den aktiven zivilen Luftschutz wesentlichen Kräfte zusammen. Im Alarmfall versammelten sich alle Verantwortlichen im Obergeschoß eines am Rande der Gauhauptstadt Dessau gelegenen Gemeinschaftsbunkers, dessen untere Geschosse der Bevölkerung zum Schutze dienten. Hier war der Apparat der überörtlichen Luftschutzleitung mit Beauftragten für die polizeilichen Einsatzkräfte einschließlich der Räumungs- und Bergungstrupps, für das Sanitätswesen, das Transportwesen, Verbindungsmänner des Wirtschaftsamtes, des Ernährungsamtes, des technischen Versorgungswesens (Strom, Gas, Wasser) und nicht zuletzt der NS-

Volkswohlfahrt vertreten. Die NSV hatte zunächst für die Verpflegung und erste Versorgung von Obdachlosen nach Angriffen sowie für die Unterbringung ausgebombter Familien in ländlichen Gebieten zu sorgen.

Diese Aufgaben der NSV wuchsen in der letzten Kriegsphase ins Gigantische; schließlich mußten Millionen Menschen teils evakuiert, teils versorgt werden.

Den Gau-Einsatzstab faßte ich bereits vor dem Einsetzen der großen Luftangriffe zu Übungen, ja zu Planspielen zusammen. Unter Teilnahme aller verantwortlichen Experten wurde dabei in fast schulmäßiger Weise die Eingrenzung und Behebung von Schäden in immer wechselndem Rahmen durchgesprochen. Das war schon deshalb wichtig, um das Funktionieren des Zusammenwirkens der verschiedensten Sparten zu überprüfen und sicherzustellen. Nach den ersten Großangriffen des Sommers 1942 – auf Lübeck und Köln – unterrichteten wir uns über die dortigen Erfahrungen und verarbeiteten sie bei unseren Übungen. Auch die Kreisleiter wurden hinzugezogen; der Grundgedanke der überörtlichen Gegenoffensive gegen Massenschäden erfaßte den ganzen Gau.

Die im Gau Magdeburg-Anhalt derart geschaffene Luftschutz-Organisation fand die Aufmerksamkeit der Reichsbehörden, vor allem auch meine Bemühungen um den Erfahrungsaustausch: Es war von großer Bedeutung, daß jede gefährdete Großstadt präzise Berichte über den Ablauf von Großangriffen und die bei der Bekämpfung der Schäden aufgetretenen Probleme erhielt. Aus dem Führerhauptquartier kam die Weisung, daß nach jedem Angriff vom Gau-Befehlsstand sofort eine Fernschreibmeldung durchgegeben werden mußte. Darin waren sowohl die Sachschäden wie auch genaue Angaben über Tote und Verwundete mitzuteilen. Hitler ließ sich diese Meldungen der Gauleiter durch seinen Adjutanten Schaub persönlich vorlegen. Hitler beurteilte die Verantwortlichkeit und beobachtete das Verhalten der Gauleiter im Luftkrieg sehr scharf. Nach einem besonders verlustreichen Angriff auf Kassel wurde der dortige Gauleiter abgesetzt.

Schließlich wurde auf Betreiben des Reichsministers Dr. Goebbels und unter seiner Leitung eine „Reichsinspektion zur Durchführung ziviler Luftkriegsmaßnahmen“ geschaffen.

Diese setzte sich aus allen Luftschutzexperten auf Reichsebene zusammen – Dr. Goebbels berief auch mich in diesen Kreis und beauftragte mich mit der Durchführung mehrerer Inspektionsfahrten in gefährdete Gebiete. Sie dienten einerseits dem Erfahrungsaustausch, andererseits auch der Durchsetzung der erforderlichen Bauvorhaben. Es war nicht immer leicht, die nötigen „Kontingente" für großzügige Bunkerbauten zum Schutze der Bevölkerung zu beschaffen, aber es ist doch gelungen, in sehr erheblichem Ausmaße auch auf diesem Gebiete einigermaßen rechtzeitig das Menschenmögliche zu tun.

Wenn auch diese Tätigkeit auf Reichsebene – schließlich wurde noch in Berlin eine zentrale Luftschutz-Akademie ins Leben gerufen, vor der ich Vorträge zu halten hatte – meine Arbeitskraft sehr beanspruchte, so gewann ich doch wichtige Einblicke in die Luftschutzeinrichtungen der meisten Gaue, konnte deren Erfahrungen für meinen eigenen Gau mitverwerten und gewann einen weiten Überblick über die Probleme des Bombenkrieges, der sich ab 1943 in massierten Terror-Angriffen zu immer größeren Dimensionen steigerte.

Ein besonderes Problem bildeten die in einigen Städten als notwendig erkannten Zwangs-Evakuierungen besonders brandgefährdeter Stadtteile. Wir hatten in Magdeburg eine solche Situation. Ein Teil der Altstadt – im Volksmund das „Knatter-Gebirge" genannt – mußte im Fall eines Großangriffes zu einem Massengrab werden. Es gab keinen Ausweg, diese alten baufälligen Behausungen, fast ausschließlich von den Ärmsten der Armen bewohnt, mußten geräumt und die Menschen anderswo untergebracht werden – und das nicht etwa nur mit der notwendigsten Habe, sondern mit dem gesamten Mobilar, mit allem Zubehör, mit Wäsche und Geschirr.

Wir hatten die Aktion immer und immer wieder verschoben; aber schließlich wurde mir angesichts mancher Katastrophen in anderen Städten unheimlich zumute. Ausweichquartiere in der ländlichen Umgebung waren vorbereitet, die erforderlichen Transportmittel bereitgestellt. Ich erteilte den Befehl zur Durchführung und mußte erleben, daß das fast die schwierigste Aufgabe meines politischen Lebens wurde. Den Betroffenen war zwar schon Wochen vorher immer wieder dargelegt worden, daß ihre Behausungen im Falle eines Luftangriffes besonders

gefährdet seien und daß sie all ihr Haushaltsgut mitnehmen könnten. Für den Transport sei bestens gesorgt. Es fanden Versammlungen in Gaststätten und Kinos statt, in denen die Evakuierung ausführlich begründet, besprochen und auf alle Fragen Antwort gegeben wurde. Trotz allem: die Reaktion war negativ. Ich mußte erkennen: eher ist ein Millionär unter Verzicht auf seine Villeneinrichtung zu einer Evakuierung zu bewegen, als Menschen in ärmlichster Behausung auch nur zum Umzug unter Mitnahme aller Habseligkeiten. Unsere Vorbereitungen der Evakuierung arteten zu einer Bitt- und Bettelaktion aus, und trotzdem wurden unsere Amtswalter mit Schimpfworten und Verbannungsflüchen empfangen. Ich hatte mich selbst zum Wortführer der Aktion gemacht, und so zeterten sie nicht nur gegen die Partei, sondern auch gegen mich und gegen alle, die sie aus ihren alten, liebgewordenen Behausungen „verdrängten". Und die Flüche sind wohl auch in den neuen Quartieren nicht zum Schweigen gekommen – bis in die Tage des Februar 1945. Als damals – wenige Tage nach Dresden – auf Magdeburg der neue taktische Misch-Wurf von Spreng- und Brandbomben niedergegangen war, bot sich dem Auge dort, wo sich die zwangsevakuierte Altstadt befunden hatte, ein einziges erdbodengleiches Trümmerfeld; es wäre wirklich zur Todesfalle für Tausende von Menschen geworden ...

Prüft man heute im zeitlichen Abstand nüchtern die Ergebnisse dieses jahrelangen feindlichen Luftkrieges, so sind zunächst die nachstehenden, von alliierter Seite veröffentlichten Zahlen über die Bombenlasten und ihr Vergleich mit den deutscherseits ermittelten Todesopfern von bezeichnender Bedeutung.

Danach wurden im ersten Großeinsatz-Jahr 1943 über dem Reichsgebiet etwa 120000 Tonnen Spreng- und Brandstoffe abgeworfen, und dabei etwa 130000 Zivilpersonen getötet, d.h. je Tonne Sprengstoff ein Todesopfer. Bei der Steigerung des Luftterrors im Jahre 1944 – unter gleichzeitiger Intensivierung unserer Schutz- und Hilfsmaßnahmen – fanden bei Einsatz von 600000 Tonnen Spreng- und Brandstoffen noch 201000 Menschen den Tod – gewiß eine furchtbare Bilanz: aber doch im Verhältnis eine entscheidend niedrigere Opferzahl – ein Toter auf drei Tonnen Feind-Sprengstoff!

Die Meinung der Alliierten, die deutsche Bevölkerung werde durch den Bombenkrieg kapitulationsreif, bestätigte sich nicht. Das Opfer aller dieser Nicht-Soldaten war bitter, die tägliche Bedrohung war nervenzermürbend, Churchills Ziel aber wurde nicht erreicht: Die Herzen brachen nicht, das deutsche Leben ging weiter, die erhoffte moralische Wirkung blieb aus.

Auch dafür, daß die deutsche Industrie, insbesondere die Rüstungsindustrie, nicht ernstlich getroffen wurde, gibt es überzeugende Zahlen. Verglichen mit einem angenommenen Index der deutschen Rüstungsproduktion von 100 im Jahre 1940 ergab sich für 1943 die Vergleichszahl 229; sie erreichte – so unwahrscheinlich es auch klingt – im Jahre 1944 sogar 285 Prozent, fast das Dreifache der Rüstungsproduktion des Jahres 1940, in dem der englische Luftkrieg kaum mehr als Störbedeutung hatte.

Die menschliche Bilanz war dennoch erschreckend: mindestens 600000 deutsche Menschen – zum großen Teil Frauen und Kinder – kamen bis Kriegsende im Bombenhagel und in den Feuerstürmen um, vier Millionen Wohnungen wurden zerstört, 13 Millionen Deutsche wurden obdachlos.

Bis heute hat dieser große Opfergang nicht die Würdigung gefunden, die er verdient – im Gegenteil, es hat den Anschein, als sollte unter dem Verdammungsurteil über den Nationalsozialismus auch der nationale Erfahrungsschatz begraben werden, der sich im Deutschland von damals manifestiert hat und der sich in den Satz fassen läßt: der Zweite Weltkrieg wurde nicht in der deutschen Heimat verloren.

*

Während über die alliierte Bombenoffensive des Zweiten Weltkrieges heute Schweigen herrscht, weil sie kein Ruhmesblatt für die Siegermächte bedeutet, wird ein anderes – gewiß ebenso düsteres – Kapitel des Kriegsgeschehens bis in die Tagespolitik der Gegenwart immer neu apostrophiert, denn es geht zu deutschen Lasten: die Verfolgung der Juden.

Auch hier bedeutete das Jahr 1941 einen Wendepunkt. Im September dieses Jahres – die deutschen Stoß-Armeen waren inzwischen weit ins Innere Rußlands vorgedrungen – wurden in

der täglichen Ministerbesprechung bei Dr. Goebbels extreme Forderungen gestellt:

Erstens: Die Berliner Juden sollten evakuiert und in einem Ghetto zusammengefaßt werden.

Zweitens: Alle Juden in Deutschland sollten durch einen „Judenstern" äußerlich gekennzeichnet werden.

Als Begründung für diese Forderung wurde vorgebracht, daß diese Maßnahme angesichts der sich mehrenden Fälle von Spionage und Sabotage aus Abwehrgründen nötig seien.

Diese Anträge und ihre Begründung stammten nicht etwa von irgendeiner radikalen antisemitischen Parteidienststelle, sondern von niemand anderem als dem verantwortlichen Leiter der militärischen deutschen Abwehr, dem Admiral Wilhelm Canaris. Er war durch einen Oberst seiner Dienststelle in der täglichen Ministerkonferenz vertreten.

Wohl in Erinnerung an die „Kristallnacht" lehnte Dr. Goebbels die vorgeschlagenen Maßnahmen zunächst mit Nachdruck ab; ich hörte später sogar, er habe sie als „völlig indiskutabel" bezeichnet.

Die Dienststelle Canaris drängte jedoch weiter; es fand zunächst eine Sonderbesprechung im Propagandaministerium statt, in der auch der Vertreter der Geheimen Staatspolizei sich gegen den „Judenstern" aussprach. Man war sich einig, daß solche Maßnahmen in der Bevölkerung unerwünschte Wirkungen zeitigen werde. Die Entscheidung sei – so hörte ich – schließlich dadurch zustande gekommen, daß Canaris sich an Hitler wandte und sich dieser von den vorgetragenen Argumenten zur Einführung des Judensterns bewegen ließ, die Schaffung eines Berliner Ghettos jedoch ablehnte.

Angesichts dieser – in Parteikreisen damals viel diskutierten und kritisierten – Vorgeschichte des „Judenstern" stellt sich die Frage, welche Absichten Canaris, der ja – wie sich später herausstellte – ein zwar getarnter, aber leidenschaftlicher Gegner unseres Regimes war, mit dem hartnäckigen Beharren auf seinem Vorschlag wirklich verfolgte.

Das zugrunde liegende Argument; daß die jüdischen Bürger nicht unsere Kriegsanstrengungen unterstützen, sondern ihnen wahrscheinlich entgegenwirken würden, war gewiß zutreffend und durch die zu Kriegsbeginn veröffentlichte Weizmann-Er-

klärung auch dokumentiert. Die Vereinigten Staaten standen ab Dezember 1941 – nach Pearl Harbour – vor einem vergleichbaren Problem: Sie beurteilten und behandelten ihre in Kalifornien lebenden Staatsbürger japanischer Abstammung als eine Art „fünfte Kolonne" und internierten sie für die Kriegsdauer.

In Berlin war man in der jüdischen Frage bald zu ähnlicher Einstellung gekommen. Die Canaris-Aktion hatte die erwarteten unerwünschten Wirkungen gezeitigt. Jedermann erinnerte sich beim Anblick eines „Judensterns" der würdelosen Vorgänge vom 9.–10. November 1938. Eine Sicherungswirkung war kaum festzustellen.

Waren wir Gauleiter schon im November 1938 nicht gefragt worden, so auch diesmal nicht. Wir hörten nur, daß die bisher verfolgte Politik, die jüdische Auswanderung zu fördern, abgelöst werde von einer Kriegsinternierung der Juden in den besetzten Ostgebieten. Diese Maßnahmen – eingeleitet durch die seither berühmt gewordene sog. Wannsee-Konferenz vom Januar 1942 (zu der nur Reichsbehörden und keine Gauleiter geladen waren) wurden zentral und so geschickt gesteuert, daß keinerlei öffentliches Aufsehen erregt wurde. Auch ich erhielt niemals eine Meldung, aus der ich etwa auf die Durchführung einer „Verhaftungswelle" hätte schließen können. Die Staatspolizei verfuhr offenbar ähnlich wie bereits mehrmals im Kriegsverlauf bei Staatsangehörigen von Feindstaaten: Sie forderte vermutlich die Betroffenen auf, sich zur Internierung mit Gepäck bereitzuhalten bzw. zu versammeln. Niemand dachte im Entferntesten daran, daß dieser kriegsbedingte Freiheitsentzug im Tod enden konnte.

Ich persönlich hatte den „Judenstern" ernstlich kritisiert und überdies bald darauf durch einen Besuch in einem der im Osten eingerichteten Ghettos den Eindruck einer im Verhältnis dazu erträglichen Regelung gewonnen.

Es muß im Sommer 1942 gewesen sein: Ich war zu einer Versammlungsrede nach Litzmannstadt eingeladen worden. Der Oberbürgermeister dieser nach dem deutschen General Litzmann neubenannten Stadt, dem früheren Lodz, war ein ehemaliger Mitarbeiter aus meinem Gau Halle-Merseburg. Da ich schon im Laufe des Vormittags eintraf, hatte man für mich einen Be-

such im neu-eingerichteten Ghetto eingeplant. Es handelte sich in Wirklichkeit um einen ganzen Stadtteil, in dem die hier lebenden Juden sich selbst verwalteten. Der sog. „Judenvorsteher" arbeitete mit Hilfe eines ebenfalls jüdischen Führungsstabes und einer jüdischen Polizei, die mit beträchtlicher Energie für Ordnung sorgte.

Unsere kleine Besuchergruppe wurde durch die Straßen zu den großen Arbeitshallen geführt, in denen jüdische Frauen und Mädchen zu Hunderten an langen Tischen saßen und mit der Herstellung von Zeltplanen und Brotbeuteln für die deutsche Wehrmacht beschäftigt waren. Das „Betriebsklima" schien gut zu sein. An manchen Tischen wurde zur Arbeit gesungen, fast schien es, als wollte man sich da und dort mit anzüglichen Schlagertexten über uns lustig machen.

An einem der Tische fiel mir die Frankfurter Mundart auf. Selbst ein Hesse, befragte ich die Frau nach ihrer Herkunft. Ja, sie sei „ein Frankfurter Schlippche", so wurde ich neckisch belehrt. Eine Weile blieb ich bei den Frankfurterinnen stehen und fragte sie weiter, ob denn ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse erträglich seien. Man war nicht nur zufrieden, ein junges Mädchen meinte sogar: es wolle jetzt gar nicht in Frankfurt sein, denn da müsse man ja nun wohl fast jede Nacht in den Luftschutzkeller. Hier im Ghetto sei das nicht der Fall. Ich glaubte sogar einen Schimmer spöttischer Schadenfreude in dem kecken Gesicht zu erkennen. Die junge Jüdin hatte zweifellos recht: Die nächtliche Ruhe in Litzmannstadt wurde von Alarmsirenen nicht gestört.

Ich erinnerte mich daran, daß in Gesprächen bereits der Gedanke aufgetaucht war, die internierten Juden nicht in den Ostgebieten, sondern unter öffentlicher Ankündigung mitten in den deutschen Großstädten – jedenfalls in den kulturell bedeutenden Altstädten – zu internieren. Vielleicht stünde dann heute noch Alt-Nürnberg, Alt-Würzburg ...

Beim Abschluß unseres Besuches fragte ich den uns begleitenden General, ob er mit der Produktion im Ghetto zufrieden sei. Er meinte: sowohl arbeitsmäßig wie geographisch – in der unmittelbaren Nähe unserer Nachschubstrecken – sei das Litzmannstädter Ghetto für ihn von größter Bedeutung. Man könne fast sagen, die Ghetto-Mannschaft sei „eine ganze Division wert".

Das überzeugte mich sehr. Hätte mir jemand die späteren Geheimvorgänge in einigen Vernichtungslagern des Ostens vorausgesagt, ich hätte ihn für einen Irren oder einen Agenten der Feindmächte gehalten. Noch heute werde ich den Gedanken nicht los, ob nicht doch auch in solche Richtung zu blicken wäre, wenn einmal das Geheimnis der „Endlösung“ wirklich untersucht wird – von objektiven Historikern, nicht nur von eifernden „Zeitgeschichtlern“.

*

Himmlers Judenmachenschaften – wie man heute weiß, ließ er nicht nur morden, er sandte auch Juden ins Ausland, stellte andere unter seinen Schutz, bot Tauschgeschäfte an usw. – vollzogen sich hinter der Tarnwand strengster Geheimhaltung, die auch die feindliche Propaganda nicht durchbrach. Nur so konnte er nach Willkür verfahren, nur dadurch blieben Partei und Heimat bis zuletzt eine abwehrbereite „innere Front“.

Sie wurde zwar in ihrer organisatorischen Einsatzbereitschaft durch den immer härteren Luftkrieg jeden Tag, politisch aber nur ein einziges Mal auf die Probe gestellt: durch das Geschehen, das man heute unter dem Stichwort „20. Juli 1944“ zusammenfaßt.

Bereits zu Beginn des Jahres 1944 – angesichts der sich vollziehenden ernstlichen Wende auf den Kriegsschauplätzen hatte Hitler in einer am 30. Januar von seinem Hauptquartier Wolfschanze ausgesendeten Rundfunkrede über die Bedeutung des großen Ringens gesagt:

„Die Frage ist nicht mehr die, ob in dem heutigen Krieg das alte Gleichgewicht der Kräfte erhalten oder wieder hergestellt wird, sondern sie lautet: Wer am Ende dieses Kampfes in Europa die Vormacht sein wird. Entweder die europäische Völkerfamilie, repräsentiert durch ihren stärksten Staat oder der bolschewistische Koloß. Der erste Fall aber ist nur denkbar, wenn Deutschland diesen Krieg, der ein Kampf nicht nur für es selbst, sondern für ganz Europa ist, gewinnt. Im zweiten würde Sowjetrußland Sieger sein ... Eines ist deshalb ganz sicher: in diesem Kampf kann es nur einen Sieger geben, und der wird

entweder Deutschland oder Sowjetrußland sein! Der Sieg Deutschlands bedeutet die Erhaltung Europas, der Sieg Sowjetrußlands seine Vernichtung."

Die dieser Proklamation vorausgegangenen und bald darauf folgenden Ereignisse wirkten wie eine drohende und dröhnende Begleitmusik: das Kriegsglück hatte sich von Deutschland gewandt. Dem Fall Stalingrads folgte der Verlust unserer Stellung in Nordafrika, die Invasion in Süditalien und der Sturz Mussolinis. Unsere Front im Westen wurde schwächer, sie bewegte sich langsam, aber sicher zurück. Am 6. Juni 1944 war dann auch die von Stalin so lange geforderte Invasion alliierter Massenkräfte in Frankreich erfolgt.

Wenige Wochen später explodierte im Führerhauptquartier während einer Lagebesprechung die von einem deutschen Offizier gezündete und dort niedergelegte Bombe englischen Fabrikats. Sie sollte Hitler töten. Doch Ungeschick und mangelnde persönliche Einsatzbereitschaft des Attentäters ließen auch diesen Anschlag auf Hitlers Leben scheitern.

Ich befand mich am 20. Juli 1944 in meinem Dienstzimmer in der anhaltischen Landesregierung in Dessau, als mich am Nachmittag die erste Nachricht von dem Ereignis erreichte. In der Fernschreibmitteilung war noch nichts von dem Komplott berichtet, das hinter dem Attentat stand, nichts von den Maßnahmen der in der Berliner Bendlerstraße versammelten Verschwörer, von der geplanten Verhaftung der Parteiführer. Auf diesen Hintergrund wurde ich erst aufmerksam, als sich die Kommandeure mehrerer Wehrmachtsstandorte bei mir telephonisch meldeten und mir ihre Loyalität und ihren Abscheu über das Geschehen im Führerhauptquartier versicherten. Nach mehrmaliger Ankündigung im Rundfunk wurde nach Mitternacht eine kurze Ansprache Hitlers gesendet, aus der die deutsche Öffentlichkeit erfuhr, worum es sich gehandelt hat. Von einer Verschwörung in der Heimat – an den Stätten der Arbeit – war nichts zu spüren. Im Gegenteil: auch in nüchternster Erinnerung läßt sich nichts anderes feststellen, als daß die alarmierende Kunde in der breiten Bevölkerung mit Erschrekken und Abscheu aufgenommen wurde. Nie habe ich so viel Ergebenheit, Anrufe und Adressen aus Staat und Wirtschaft erhalten, wie am 21. Juli 1944. Am Abend sprach ich unter

freiem Himmel am Domplatz in Magdeburg zur Bevölkerung; die ganze Stadt nahm ergriffen an dieser Treuekundgebung teil. Es schien mir, daß – angesichts der schicksalhaften Situation des Krieges um Sein oder Nicht-Sein – das Volk mit Entschlossenheit hinter Adolf Hitler stand. Es kam dazu, daß der erstaunliche Ablauf des Attentates wie ein Werk der Vorsehung empfunden werden konnte. Das hat auch die höchsten Würdenträger beider Konfessionen stark bewegt. In den Kirchen fanden Dank-Gottesdienste statt, und der dem Nationalsozialismus nicht wohlgesonnene Landesbischof für die evangelisch-lutherische Landeskirche Hannover, ordnete sogar den Wortlaut eines Dank-Gebetes an, das auch in den evangelischen Kirchen meines Gaues an dem darauffolgenden Sonntag von den Gemeinden gesprochen wurde. Es hieß darin:

„Heiliger, Allmächtiger Gott! Vom Grunde unseres Herzens danken wir Dir, daß Du unserem Führer bei dem verbrecherischen Anschlag Leben und Gesundheit bewahrt und ihn unserem Volke in einer Stunde höchster Gefahr erhalten hast. In Deine Hände empfehlen wir ihn; nimm ihn in Deinen gnädigen Schutz. Sei und bleibe Du sein starker Helfer und Retter ..."

Zwei Wochen nach dem Attentat waren die Reichsleiter und Gauleiter der Partei beim Führer in seinem Hauptquartier „Wolfschanze" bei Rastenburg in Ostpreußen. So sehr sich Hitler auch bemühte, die Spuren des Attentates uns nicht merken zu lassen, so konnte er uns doch nicht täuschen: sein Rücken erschien gebeugt, sein Gesicht fahl, seine Augen übernächtig trübe, eine Hand zitterte deutlich. Hitler selbst führte uns zu der Baracke, in der die Explosion stattgefunden hatte, erläuterte den Hergang und bezeichnete es selbst als ein „sichtbares Werk der Vorsehung", daß er noch lebe.

Wir versammelten uns dann in einem kleinen Raum; seine Augen erhellten sich, als er uns gegenüber sich niederließ. Zum ersten Mal sprach er sitzend zu uns. In Umrissen skizzierte Hitler den Hintergrund der Verschwörung, wie er sie sah, und ging dann auf die Probleme der Kriegführung ein; durch waffentechnische Entwicklungen hoffte er auf eine „Wiederherstellung des technischen Gleichgewichtes" und unterstrich die Notwen-

digkeit, die „moralische Krise" zu überwinden, die das Attentat enthüllt habe. Die Front der Feinde werde von ihrem Vernichtungswillen nur dann ablassen, wenn sie erkenne, daß ihr die ganze Kraft der deutschen Nation geschlossen gegenüberstehe.

In der innenpolitischen Wertung der Verschwörung, die nach Stauffenbergs Tat erstmals greifbar geworden war, erfaßte Hitler ihr Ausmaß und ihre Bedeutung noch nicht so, wie sie seit 1945 sichtbar wurde. Bei den handelnden Politikern der Gegenfront – vor allem in London – wußte man vom „Widerstand" in höchsten Kreisen der deutschen Wehrmacht und Diplomatie mehr als bei uns. Die Erwartung eines Putsches in Berlin hat wohl schon zum britischen Kriegsentschluß 1939 beigetragen. Für das rückschauende Urteil bleibt die Frage unbeantwortbar, ob die britische Regierung damals nicht doch einem deutschen Danzig und einem Plebiszit im polnischen Korridor zugestimmt hätte, würde sie gewußt haben, daß der „20. Juli" erst im Jahre 1944 stattfand – nach Stalingrad und nach der amerikanischen Invasion in Frankreich.

Heute wird in der deutschen Regierungspropaganda das Geschehen des 20. Juli 1944 als „Aufstand des Gewissens" gepriesen, als ein Protest gegen die Schmach der Konzentrationslager und der Gaskammern, gegen Terror und Massenmord. In Wirklichkeit beschäftigten sich die führenden Verschwörer bereits 1938 mit Hoch- und Landesverrat, als noch niemand in Deutschland und in der Welt etwas von Gaskammern gehört hatte und die Zahl der KZ-Gefangenen des Großdeutschen Reiches einschließlich der sicherheitsverwahrten Gewohnheitsverbrecher unter 80 Millionen Deutschen nicht viel mehr als 20000 betrug. Und wenn die militärischen Köpfe dieses „Widerstandes" so viele Jahre hindurch der Ansicht waren, Hitler müsse um Deutschlands willen gestürzt werden, so ist nicht einzusehen, weshalb sie jahrelang unterlassen und dann nur erfolglos versucht haben, was sie ihren Soldaten täglich befahlen: unter Einsatz ihres eigenen Lebens zu handeln.

Von Gaskammern und Massenmord wußten die Verschwörer auch 1944 noch ebenso wenig wie wir – nicht einmal Churchill oder Roosevelt haben in ihren damals fast täglichen Reden gegen Hitler derartiges behauptet.

Dann und wann argumentiert man: der Krieg sei ja schon verloren gewesen; nur durch die Tötung, sprich Ermordung Hitlers hätte er schneller beendet werden können. Dazu stellt sich die Frage: in welchem Lande könnte es dem Ermessen einzelner Offiziere überlassen sein, festzustellen, ob und wann ein so weiträumiger Kampf als absolut verloren gelten muß – und das angesichts der öffentlich verkündeten alliierten Forderung nach „bedingungsloser Kapitulation" des Reiches.

Ich halte es mit Generaloberst Jodl, Offizier von hohen Graden und schärfster Kritiker des Attentates – er hat noch angesichts des Todes in Nürnberg seine Meinung in einer Aufzeichnung niedergelegt, in der er urteilte:

„Seine militärischen Ratgeber – hört man heute noch oft sagen – hätten Hitler doch früher klar machen müssen, daß der Krieg verloren sei. Welch ein naiver Gedanke! Früher als irgend ein Mensch in der Welt ahnte und wußte Hitler, daß der Krieg verloren war. Aber kann man ein Reich und ein Volk früher verloren geben als sie verloren sind?"

Das war in der Tat die Schlüsselfrage der letzten Kriegsphase. Deutlich knisterte es auch damals schon in der Alliierten-Front – eine Ahnung der Stalinschen Europa-Ziele beunruhigte manche vorausschauenden Köpfe in England und Amerika. Eine vorzeitige Kapitulation, wie sie wahrscheinlich das Ergebnis eines erfolgreichen Umsturzes gewesen wäre: würde sie nicht heute härtester Kritik ausgesetzt sein?

Kein anderer als der jahrelange geistige Kopf der Verschwörung, Karl Goerdeler, der frühere Leipziger Oberbürgermeister und Hitlers Reichspreiskommissar, der „Reichskanzler" der Putschisten schrieb im August 1944:

„Wenn wir das Vaterland über alles stellen, was doch unser Glaube ist, so haben wir den 20. Juli als ein endgültiges Gottesurteil zu achten. Der Führer ist vor fast sicherem Tode bewahrt. Gott hat nicht gewollt, daß Deutschlands Bestand, um dessentwillen ich mich beteiligen wollte und beteiligt habe, mit einer Bluttat erkauft wird; er hat auch dem Führer diese Aufgaben neu anvertraut. Das ist alte deutsche Auffassung."

*

Eine indirekte innenpolitische Folge des Attentates war die Berufung des Reichsministers Dr. Goebbels zum „Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz".

Nachdem vorher ein „Ministerausschuß" tätig gewesen war, sollte nun der Mann, der schon im Frühjahr 1943 in einer Kundgebung im Berliner Sportpalast in rednerisch faszinierender Weise zum „totalen Krieg" aufgerufen hatte, nun auch organisatorischer Leiter eines gesteigerten Kriegseinsatzes der Heimat werden.

Der Ausdruck und Begriff „totaler Krieg" war nicht von uns Nationalsozialisten erfunden worden. General Ludendorff, der zwar in den ersten Jahren der Bewegung mit Hitler sympathisierte, später aber seinen politischen Gegnern zuzurechnen war, hatte einem kriegswissenschaftlichen Werke diesen Titel gegeben. Wir nahmen das Wort „totaler Krieg" in unseren Sprachschatz erst auf, als wir nach der Niederlage von Stalingrad gezwungen und gewillt waren, die Ursachen für die allzuvielen Engpässe unserer Kriegs-Produktion genau zu untersuchen und mit radikalen Maßnahmen zu überwinden. Wir kamen zu dem Ergebnis und zu der Erkenntnis, daß auch im fünften Kriegsjahr noch keineswegs das gesamte menschliche und materielle Potential des Reiches für den Krieg und den erhofften Durchhalte-Sieg mobilisiert war. An der Heimatfront existierten immer noch – oft sogar aufdringlich wahrnehmbar – manche vom Kriege und seinen Gesetzen unberührte Inseln: Energiereserven, die in der Kriegswerkstätte fehlten.

Das Ziel der Aktion „totaler Krieg" war ein voller Kriegseinsatz in allen Bereichen der zur Front gewordenen Heimat, eine rationelle Eingliederung aller vorhandenen Energien zur Verteidigung und zur Unterstützung der kämpfenden Front.

In einer bereits im Jahr 1941 erschienenen Broschüre, die unter dem Titel „Vom Sinn dieses Krieges" in der Schriftenreihe der NSDAP erschienen war, hatte ich das Wort vom „totalen Krieg" bereits in einer Kapitelüberschrift formuliert und dazu geschrieben:

„Nicht im totalen Einsatz aller todbringenden Vernichtungsmaschinerie sehen wir das Wesen des totalen Krieges – ein solcher Krieg würde keiner Zukunft, sondern nur einer kriegerisch-strategischen Augenblickssituation verpflichtet sein –,

sondern im total gelenkten Einsatz alles augenblicklichen Lebens für das Leben aller in der Zukunft erblicken wir Deutschen das Kriterium dessen, was unter der Wahrung der großen politischen Notwendigkeiten eines zwanzigsten Jahrhunderts totaler Krieg genannt werden kann ... Es ist ein Krieg, in dem alle Faktoren mit um die Entscheidung antreten, jedoch geordnet durch einen Willen, der jedem einzelnen sinnvoll und solidarisch den Platz anweist, an dem seine Fähigkeiten am besten dem Endsieg dienstbar sein können. Ob dieser Einsatz an der kämpfenden Front oder in der schaffenden Heimat getätigt werden muß, darüber entscheidet allein das soldatische Gesetz des Krieges."

Im Jahre 1944 bedeutete das einerseits die radikale Eingliederung aller Tätigkeiten in der Heimat in die „Werkstatt des Krieges" als eine sozialistische Verpflichtung, andererseits die Verteilung der Kriegslasten und Kriegsopfer auf möglichst alle Schultern. Ein Krieg, in dem das Schicksal aller zur Entscheidung stand, mußte auch mit der aktiven Teilnahme aller geführt werden.

Tatsächlich gab es nach der Katastrophe von Stalingrad, nach der unüberhörbaren Warnung an der Wolga noch ganze Wirtschaftsbereiche, an denen der Krieg fast spurlos vorübergegangen war. In einem Großbetrieb meines Gaugebietes entdeckte ich z.B. noch eine ganze Abteilung von Hunderten von Spezialkräften, die sich mit einer rein friedensmäßigen Entwicklung beschäftigte, die erst nach Jahren zum Tragen kommen konnte. Während wir aus den Belegschaften der Rüstungswerke immer mehr Facharbeiter als Soldaten für neu aufzustellende Divisionen freistellen mußten, es an Kohle und elektrischem Strom mangelte, sah man in den Straßen noch Juwelierläden, für die im Kriege die Käufer fehlten, Briefmarken-Handlungen, Parfümerien, Bars und andere Luxuseinrichtungen, deren Menschen- und Materialverbrauch nicht mehr zu verantworten war. Die Aktion „totaler Krieg" griff hier ein, und sie fand beim schaffenden Volk Beifall. Auch der Einsatz der Frauen – viele von ihnen konnten sogar Aufgaben wahrnehmen, für die bisher Soldaten eingesetzt waren – wurde bei uns erst in dieser letzten Kriegsphase systematisch organisiert, im Gegensatz zu England und Rußland, wo dies bereits selbstverständlich geworden war.

Wie man heute aus den Dokumenten weiß, hat unsere Aktion „totaler Krieg“ auch Himmler zur Vernunft gebracht. Im Herbst 1944 wollte er keine Tötung von Juden mehr, nun stellte er sie alle „unter seinen persönlichen Schutz“. In der Tat war während des ganzen Krieges jede Arbeitskraft im deutschen Machtbereich für die Kriegsführung direkt oder indirekt nötig und schon deshalb jeder Gefangenenmord ein unentschuldbares Verbrechen.

*

Man mag es heute mit Staunen vernehmen, aber doch ist es so: In all der Anspannung des Entscheidungsjahres 1944 beschäftigten wir uns auch noch mit Nachkriegsproblemen. So war mir zu Ohren gekommen, daß Hitler die Ansicht äußert habe, nach dem Kriege sollte der Bedarf an Volksschullehrern vor allem durch verdiente Unteroffiziere der Wehrmacht gedeckt werden. Durch ihren Einsatz würde bereits in der Schule das soldatische Ideal im persönlichen Leitbild des Lehrers repräsentiert.

Diese Vision vom alten ehrlichen Kriegsinvaliden als Lehrer in der Schulstube war preußisch-soldatische Romantik, das Schulrezept des Vaters von Friedrich dem Großen.

Ich gehörte selbst einmal dem Lehrerstande an – für mich waren diese Gedankengänge geradezu Verrat an der pädagogischen Sendung des Lehrberufes.

Ich nahm mir nicht nur vor, Hitler bei passender Gelegenheit in dieser Sache anzusprechen, sondern habe auch mit den Referenten der Parteikanzlei gründlich über eine völlig andersgeartete Schulreform gesprochen sowie einige Niederschriften darüber eingereicht.

Das Ergebnis war, daß man – wie ich durch Mittelsmänner erfuhr – für einen seit längerer Zeit geplanten Wechsel an der Spitze des Reichserziehungsministeriums zwei Kandidaten ins Auge faßte: zunächst den Salzburger Gauleiter Scheel, den früheren Reichsstudentenführer, an zweiter Stelle mich, den einstigen Lehrer mit entschiedenen Auffassungen.

Inzwischen trieb freilich der Krieg einem Furiosum entgegen. In der atemberaubenden Schlußphase blieb keine Zeit mehr für

Personalfragen und Nachkriegsplanungen. Erst später erfuhr ich, daß in der von Hitler in seinem Testament am 29. April 1945 genannten Kabinettsliste der bisherige Reichserziehungsminister Rust fehlte. Als Nachfolger war der Kandidat No. 1 genannt: Scheel.

So entging ich dem Schicksal, Reichsminister zu werden ohne es zu wissen – in den Tagen, in denen das Reich zugrunde ging.

Frühjahr 45: das deutsche Inferno

Ende des Jahres 1944 – die Rote Armee hatte in Ostpreußen bereits die deutschen Grenzen überschritten – stattete ich anläßlich eines Aufenthaltes in Berlin dem bisherigen „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“ Alfred Rosenberg einen Besuch ab. Zu dieser Zeit war Rosenberg praktisch ein Minister ohne Ministerium, ein König ohne Land. Sein Quartier befand sich in einem Sonderzug in der Nähe von Potsdam, durch eine Waldlandschaft getarnt, wenige Meter vor dem Eingang in ein gegen Fliegerangriffe schützendes Tunnel.

Rosenberg erwartete mich vor seinem Sonderzug in gedankenvoller Stimmung; offensichtlich freute er sich, daß ich ihn in seiner Einsamkeit nicht vergessen hatte. In früheren Jahren war ich mit einigen anderen Gauleitern gelegentlich in seiner Berliner Villa zu Gast gewesen. Dort pflegte bei scharfen Spirituosen und Schallplatten mit französischen Songs eine gelöste, fast bohèmehafte Stimmung zu herrschen. Die nächtlichen Diskussionen im Hause Rosenberg hatten mich manchmal an Szenen aus russischen Romanen erinnert – so kannte ich den Reichsleiter und Minister nicht nur in seiner offiziellen Stellung sondern auch als Mensch, als Sonderling und Einzelgänger.

Als Rosenberg kurz nach Ausbruch des Rußlandfeldzuges zum „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“ ernannt worden war, erschien wohl den meisten, die ihn kannten, diese Berufung als eine Fehlentscheidung Hitlers. Aufgrund seiner Herkunft aus dem Baltikum mochte Rosenberg ein guter Kenner der sowjetischen Revolution und des kommunistischen Imperiums sein, mit der russischen Sprache und Geschichte vertraut. Ein Minister für die Besatzungsaufgaben im sowjetischen Raum, in dem immer harte Gesetze des Lebens gegolten hatten, konnte mit Aussicht auf Erfolg wohl keiner weniger als er sein. Hierzu fehlte ihm – dem philosophierenden Ästheten und Theoretiker — die konzentrierte Zielstrebigkeit und die Durchsetzungskraft, die organisatorische Befähigung, die Dynamik

eines Vollblut-Politikers, wie sie gerade diese Aufgabe gefordert hätte.

Jetzt saßen wir uns allein in dem ganz und gar nicht mehr bohêmehaften nüchternen Speisewagenabteil des Sonderzuges gegenüber. Rosenberg hatte einen Imbiß und eine Flasche Wein bereitstellen lassen; offensichtlich wollte er mir sein Leid von der Seele reden.

Dann kam die große Beichte auf das immer wiederkehrende: „Mußte das so kommen?" Es war ein düsteres Klagelied über das Mißlingen seiner Mission. Er begann mit dem Hinweis auf die „manische Hofschranze" Bormann – er habe um Hitler einen Sperrkreis errichtet und auch ihm, Rosenberg, den Zutritt zu Hitler verlegt. Zweimal im ganzen Krieg habe er – der Minister für die Ostgebiete – bei Hitler Vortrag halten können. Er wiederholte: „Zweimal!" In Himmler, der schon 1941 das wichtigste Exekutiv-Organ, die Polizei, Rosenbergs Zuständigkeit entzogen und sich selbst unterstellt hatte, bezeichnete Rosenberg jetzt mit dem historischen Vergleich eines „Herzog Alba in den Niederlanden". Ohne den zuständigen Minister zu respektieren, habe er im Osten „wie Max Hölz" ein „illegales Bandenwesen" betrieben. Der Reichskommissar Koch in der Ukraine erschien ihm im Rückblick als die teuflischste Gestalt im östlichen Raum. Er sprach von ihm als von einem „hemdsärmeligen Narren" und „arroganten Machtprotzen".

Daß die Kritik an Koch berechtigt war – davon hatte ich bereits gehört; überrascht aber war ich, daß in Rosenbergs Klagerede auch die Wehrmachtführung mit scharfen Anschuldigungen bedacht wurde.

Für mich wurden in diesem sehr einseitigen Gespräch – ich hatte zu wenig Einblick gehabt, um Sachfragen zu stellen, Rosenberg sprach fast allein – manche düsteren Ahnungen bestätigt und Illusionen zerstört. Unvergeßlich wird mir bleiben, daß Rosenbergs Stimme ihm manchmal den Dienst versagte. Einmal mußte er aufstehen, um mich nicht merken zu lassen, daß ihm die Tränen in die Augen traten.

Auch Hitler war ihm in dieser Stunde nicht mehr sakrosankt. Er beklagte dessen „Mangel an Menschenkenntnis". Damit hatte er sicher recht – nicht zuletzt Rosenbergs Berufung in dieses Ministeramt erhärtete das.

Der Schlußtenor von Rosenbergs Monolog, mit dem er sich wohl einen Ohrenzeugen seiner tragischen Bilanz sichern wollte, war: „Wir besaßen alles, um unsere Revolution zu gewinnen. Wenn wir sie verlieren werden, sind wir selbst schuld.“

Als ich mich von dem niedergeschlagenen Einsamen des Sonderzuges im Walde bei Potsdam verabschiedete, war mir bleischwer zumute. Ich fühlte freilich auch instinktiv: die geschichtliche Frage, ob der Kampf um die Erhaltung des Großdeutschen Reiches gegen die antigermanische Weltfront wirklich zu gewinnen war, ließ sich schon damals nicht mit der Verbitterung eines gescheiterten Ministers beantworten. Gewiß war vieles politisch falsch gesteuert worden und geschehen, aber auch die von einem Reichsminister nicht beeinflußbare militärische Entwicklung, schließlich die „zweite Front“ im Süden und im Westen Europas haben ihre selbständige geschichtliche Bedeutung. Es wird auch den späteren Historikern noch schwer fallen und wahrscheinlich ebenso wie uns unmöglich sein, zu entscheiden, ob das, was 1945 über Deutschland hereinbrach, von unserer Seite aus wirklich vermeidbar war oder nicht.

*

Kurz vor Weihnachten 1944 erklangen im deutschen Rundfunkt – nach langer Pause und deshalb erregender als jemals zuvor – die Fanfaren einer Sondermeldung. Die Menschen horchten auf. Deutsche Panzereinheiten waren im Raum der Ardennen zum Angriff angetreten und bereits tief in die feindlichen Stellungen eingedrungen. Im Interesse der Operationen sei es notwendig, daß über den weiteren Verlauf der Kampfhandlungen zunächst keine Einzelheiten gebracht würden. Nach Monaten enttäuschender Nachrichten belebte diese Meldung die Herzen von Millionen mit neuen Hoffnungen. In der nachklingenden Wirkung dieser Fanfaren beging die deutsche Heimat die Weihnacht des Jahres 1944.

Ich besuchte die Weihnachtsfeier einer besonders erfolgreichen Flak-Einheit, bescherte in mehreren Lazaretten die Verwundeten, war dann noch bei bombengeschädigten Familien

unterwegs, die im Gau Aufnahme gefunden hatten; erst spät kehrte ich zu meiner eigenen Familie nach Schierke im Harz zurück. Es waren die letzten geruhsamen Tage, ehe alle Hoffnungen zerbrachen und die unbarmherzige Wirklichkeit des Frühjahres 1945 uns überrollte.

Als wir an einem sonnigen Morgen allein zusammen saßen und durch die Fenster nachdenklich in die schöne Winterlandschaft mit den schneebehangenen hohen Tannen und den Brockenfelsen schauten, stahlen sich Tränen in die Augen meiner Frau: „Wo werden wir im nächsten Jahr zu Weihnachten sein? Was wird 1945 uns bringen?“ Es war die Frage der Mutter unserer Kinder, die Frage nach dem Schicksal der Familie – sie wurde im Hause des Gauleiters ebenso gestellt wie überall sonst in deutschen Landen.

Ich erschrak, denn ich fühlte, daß die Antwort, die ich hier in der kleinen Stube unter dem Weihnachtsbaum ebenso zuversichtlich zu geben mich bemühte, wie ich dies den Menschen in Stadt und Land offiziell predigte, nicht mehr überzeugte. Aber ich mußte auch hier derselbe bleiben, der ich in meinem Amte war: der Statthalter Hitlers, der Sprecher deutscher Hoffnung bis zum Ende.

Ich weiß heute, daß es der Glaube an das Wunder war. Aber aus diesem Glauben heraus waren wir ja einmal angetreten, mit diesem Glauben standen wir und mit diesem Glauben fielen wir. Hinter diesem Glauben lag für uns die undurchsichtige Nacht – der Untergang einer Welt, in der wir lebten.

*

Immer häufiger heulten die Alarmsirenen über unseren Städten. Wie gewaltige Lastwagenkolonnen der Luft dröhnten die massierten alliierten Bomberpulks ihr unheimliches Lied; erbarmungslos gurgelte aus den Bombenschächten die todbringende Last von Brand- und Sprengbomben, von Phosphorkanistern und Luftminen im neuartigen „Mischwurf“ auf die Wohnviertel der deutschen Groß- und Mittelstädte.

Die wenigen noch einsatzfähigen Jäger der deutschen Luftwaffe versuchten in wagemutigen Gegenangriffen verzweifelt der Luftoffensive Einhalt zu gebieten. Aber schon werden die

„Fliegenden Festungen", die sowieso gepanzert und fast unverwundbar waren, von feindlichen Begleitjägern abgeschirmt.

Übernächtigt und verängstigt flüchten sich Frauen und Kinder in mancher Nacht oft zweimal in die Luftschutzräume, um nach rollenden Detonationen sich zitternd herauszuwagen, aufatmend aber doch beklommen angesichts der Frage: „Wann wird es uns treffen?" Die Heimat erlebte den Krieg in seiner unmenschlichsten Gestalt. Stadt für Stadt – ohne jede Rücksicht auf militärische Bedeutung – erhält die Dornenkrone des Leides aufs Haupt gedrückt. So blindwütig schlägt die alliierte Luftwaffe alles zusammen, daß noch am 3. Mai 1945 in der Lübecker Bucht zwei Ziviltransportschiffe mit 7000 politischen Häftlingen aus 24 europäischen Nationen nach einem Bombenangriff der RAF den Tod in den Fluten finden.

Trotz dieser entfesselten Terrorfurie, die die Städtenamen Dresden und Würzburg in die Geschichte eingetragen hat, und die von zusammenstürzenden Häuserblocks und Feuerstürmen gekennzeichnet war, blieb immer noch eine elementare Ordnung aufrechterhalten. Die Rettungs- und Hilfsdienste funktionierten bis zur letzten Stunde. Das Gesetz einer fast blinden Pflichterfüllung bewährte sich derart, daß auch für diese letzten Wochen gesagt werden kann: die deutsche Heimat ist nicht zusammengebrochen.

Inzwischen hatte freilich von Ost und West die letzte Kesselschlacht der feindlichen Massen-Armeen begonnen. Die deutsche Frage zeigte sich schon als dominierendes Problem Europas. Strategisch und politisch war klar zu erkennen, daß nur noch ein hinhaltender Kampf bis zum Letzten die sowjetische Invasion von den innersten Bastionen unseres Kontinents fernhalten konnte. Kühne Hoffnungsgedanken klammern sich an eine Schicksalswendung in letzter Stunde, an den Traum von den deutschen Wunderwaffen, und es gab sie sogar. Heute fliegen die aus der deutschen V-2 entwickelten Raketen bis zum Mond. Es war ein Kampf mit der Zeit – wir haben ihn verloren.

Wir brauchen uns unserer damaligen Wunschträume nicht zu schämen; angesichts der brutalen Feindforderungen und -drohungen waren es die Wunschträume vom Überleben des Reiches.

*

Mitte Februar 1945 erging von Berlin die schon lange erwartete Weisung: die Reichsleiter und Gauleiter haben sich am 24. Februar in der Reichskanzlei beim Führer einzufinden.

Es war dies der Jahrestag, an dem ein Vierteljahrhundert vorher in München das Parteiprogramm verkündet wurde. Selbst in dieser Stunde dachte Hitler noch an die parteigeschichtliche Tradition; aber welcher Kontrast: damals – und heute.

Bereits am frühen Morgen des 24. Februar fuhr ich in spannender Erwartung in die zur Front gewordene Reichshauptstadt. Nachts zuvor war wieder ein Luftangriff über Berlin hinweggegangen. Rauchwolken standen noch über der Stadt und die Luft war geschwängert von brandigem Geruch. Die Feuerwehrfahrzeuge und Transportwagen mit Einsatzkommandos rasten durch die Straßen zu den Schadensstellen.

In der Reichskanzlei – sie war inzwischen Führerhauptquartier geworden – wurde uns eröffnet, daß die genaue Stunde des Empfanges noch nicht feststehe. Wir sollten uns in verschiedenen Lokalen in der näheren Umgebung für einen Abruf in Bereitschaft halten. Mit einigen Gauleitern wartete ich in einem bombenbeschädigten, aber teilerhaltenen Restaurant unter den Linden. Bereits nach einer Stunde wurden wir durch einen Kradmelder in die Wilhelmstraße berufen.

Nachdem wir in der Garderobe außer unseren Mänteln auch die Dienstpistolen abgegeben hatten – eine Neuerung seit dem 20. Juli 1944 – versammelten wir uns zunächst in Gesprächsgruppen in einem der großen Empfangsräume der Neuen Reichskanzlei. In aller Munde war zunächst nur das eine Thema: „Endlich!“ Jetzt mußten wir wohl letzte unerbittliche Antwort auf die Fragen erhalten, die uns auf den Nägeln brannten.

Unter den braunen Uniformen fällt Gauleiter Robert Wagner aus Karlsruhe im grauen Rock eines Gau-Volkssturm-Führers auf; ihm ist auch das Elsaß unterstellt, und in diesem Gebiet stehen bereits die Stoßarmeen der Westalliierten.

Der sächsische Gauleiter Mutschmann ist von Fragestellern umringt – erst vor wenigen Tagen waren Dresden und die dort zusammengeströmten Flüchtlinge aus Schlesien in barbarischer Weise bombardiert worden. Was Mutschmann von diesem Massenmord berichtet, ist grauenerregend. Er hält nicht mit

harter Kritik zurück: in der Programmierung des Luftschutzes durch die zentralen Reichsstellen waren die östlichen Grenzgebiete vernachlässigt worden.

Auch um den Thüringer Gauleiter Sauckel bildet sich ein Kreis: er war als Reichsbevollmächtigter mit dem Einsatz von Millionen Fremdarbeitern betraut. Welche Gefahren lauern hier für die deutsche Zivilbevölkerung im Falle einer Feindannäherung?

Die rheinischen Gauleiter müssen Rede und Antwort stehen über den Verlauf der mißglückten Ardennen-Offensive. Ihr Bericht ist eindeutig. Sondermeldungen aus dem Westen sind nicht mehr zu erwarten.

Harte Worte fallen. Man kritisiert die Isolierung des Führers in den Bunkern des Hauptquartieres, und man nennt den Namen Bormann als den vermeintlichen Regisseur dieser Isolierung.

Über der noch ungezwungenen Versammlung der Kommandeure unserer inneren Front liegt eine Stimmung temperamentvoller Anklage und verhaltener Sorge. Nur die Tatsache, daß sie jetzt endlich doch noch gerufen wurden, beruhigte.

Zwei Gauleiter fehlen in der Runde: der Gauleiter von Ostpreußen, Erich Koch – sein Gebiet ist schon fast ganz von den Russen besetzt –, und der Gauleiter von Schlesien, Hanke. Er ist in der bereits belagerten Festung Breslau mit eingeschlossen.

Die Reichsleiter der Partei, deren Ressorts im „totalen Krieg" meist an Bedeutung verloren haben, sind nur noch wie Hospitanten unter uns.

Reichsleiter Martin Bormann erscheint. Seit er nach dem Hess-Flug im Mai 1941 kometenartig an die Spitze der Parteiführung aufgestiegen ist, war sein Wirken offenkundig darauf ausgerichtet, seine persönliche Stellung in ständiger und unmittelbarer Nähe Hitlers zu festigen. Bei den Gauleitern, den alten Fahnenträgern der Partei aus schlechten und guten Tagen, spürte er heimliche Gegenwehr. Ihre Zusammenkünfte sind nicht nach seinem Sinn, und heute sicherlich weniger denn je.

Bormann begrüßt uns kurz und unpersönlich; wie stets versucht er seine Unsicherheit durch Betriebsamkeit zu tarnen:

„Parteigenossen! Bitte einmal herhören! Der Führer befindet sich im Augenblick in wichtigen, um nicht zu sagen wichtigsten militärischen Besprechungen. Trotzdem wird er sich die Zeit nehmen, um zu Ihnen zu sprechen. Nach seiner Ansprache wird er mit Ihnen gemeinsam das Essen einnehmen; er kann jedoch heute nur kurze Zeit in Ihrer Mitte bleiben, denn er wird anschließend sofort wieder bei entscheidenden militärischen Besprechungen erwartet. Ich kann es verstehen, daß Sie gerade heute vieles dem Führer unterbreiten wollen. Aber er darf in der augenblicklichen Situation nicht abgelenkt werden. Ich appelliere an Ihre Disziplin: Verschonen Sie den Führer heute mit allen Ihnen auch noch so wichtig erscheinenden Fragen. Was ich Ihnen jetzt gesagt habe, ist der Wunsch des Führers, und ich bin gewiß, daß Sie ihn erfüllen werden!"

Nach dieser Mitteilung herrschte zunächst betretenes Schweigen. Sogar noch in dieser Stunde eine Sperrmauer? Einer von uns richtet an Bormann mit entschlossener Stimme die Frage: „Parteigenosse Bormann! Was Sie soeben gesagt haben, ist das der Wunsch des Führers oder sein Befehl?"

Bormann schaltet schnell: „Meine Herren! Das, was ich Ihnen gesagt habe, ist der Wunsch des Führers – und ich glaube, damit für uns auch sein Befehl."

In diesem Augenblick erhält Bormann von einer herbeigeeilten Ordonnanz eine Mitteilung ins Ohr geflüstert. Mit einer schnellen Wendung verläßt er den Raum: kurz vorher wendet er sich noch einmal an uns: „Ich bitte nunmehr, in gewohnter Weise anzutreten. Der Führer ist bereits unterwegs und wird gleich erscheinen."

Dr. Ley unternimmt es, die sichtlich unzufriedenen Parteigenerale in einem Karree zur Aufstellung zu bringen.

Dann öffnet sich die Türe. Dr. Ley gibt das Kommando: „Achtung! Der Führer!" Unsere Augen sind zur Türe gewendet. Langsamen Schrittes betritt Adolf Hitler, von Bormann geleitet, den Saal.

Wie unter einer schweren Last gebeugt, mit ernstem Gesicht, tritt er in unsere Mitte, entbietet uns zunächst stumm seinen Gruß. Dann drückt er jedem einzelnen von uns die Hand. Es sind traurige müde Augen, in die wir blicken, nicht mehr die lebendigen, alles durchdringenden von ehedem. Länger als ge-

wohnt und fester tauscht er mit uns den Händedruck, aber mir scheint etwas vom einstigen Fluidum zu fehlen.

Hitler benützt zunächst die Gelegenheit, um Konstantin Hierl, den Schöpfer und Führer des Reichsarbeitsdienstes, der am heutigen Tage sechzig Jahre alt wird, mit kurzen Worten zu würdigen. Er überreicht ihm den höchsten Orden, der aus seiner Hand vergeben werden kann.

Nach dieser Zeremonie gehen wir gemeinsam in den anschließenden Reichskabinettsaal, in dem Hitler zu uns sprechen wird. Wir sitzen dicht um ihn herum, es herrscht Totenstille. Der Eindruck der Erschöpfung verstärkt sich. Hitlers Schultern hängen schlaff herunter, der Rücken ist stark gekrümmt und die Gesichtsfarbe blaß und fahl, die Haare merklich ergraut. Während er sich auf den Beginn seiner Rede konzentriert, geht sein Blick suchend über unsere Köpfe hinweg, als halte er Ausschau in einen fernen leeren Raum.

Langsam, stockend, mit tiefer schleppender Stimme beginnt er: „Meine Kampfgenossen."

Als wenn es kein Drängen in dieser Stunde gäbe, keine gebietende Gegenwart, verweilt er in einer geschichtlichen Betrachtung des Ersten Weltkrieges und seines Endes. Sein Entschluß, als namenloser Soldat die nationalsozialistische Bewegung zu schaffen, ihr erster, schwerer und fast aussichtsloser Kampf, ihr Ende in den Gewehrsalven an der Münchener Feldherrnhalle, ihr Verbot – alles das ruft er wie in einem Nekrolog in unsere Erinnerung. Dann folgt in ähnlich müder, epischer Breite eine Analyse der Weimarer Republik, und nur ganz langsam nähert er sich den Tagen unserer Machtübernahme im Jahre 1933 – als wenn es nur noch eine Vergangenheit gäbe.

Während seiner gequälten Rede überlaufen ihn mehrmals Schulterzuckungen, die er durch nervöse Gegenbewegungen abzureagieren versucht. Seine linke Hand hält er unter der Tischkante verborgen. Gelegentlich greift er mit der rechten Hand nach ihr, gleichsam um sie zur Räson zu bringen. Wir wissen um diese Nachwirkungen des Attentates vom 20. Juli 1944; unvermeidlich aber ziehen die peinlichen Vorgänge die Blicke der Versammelten auf sich.

Hitlers Rede belebt sich etwas, als er die Etappen des Aufbaues und der Begründung Großdeutschlands in die Erinnerung

ruft. Dann endlich kam er auf den großen Krieg zu sprechen, dessen tragisches Ende nun abzusehen ist. Hitler spricht von den soldatischen Leistungen der deutschen Wehrmacht auf allen Kriegsschauplätzen, und diese Betrachtungen scheinen ihn mit neuem Elan zu beleben. Höchsten Ruhm zollt er der tapferen Heimat, der inneren Front, der Front der Partei. Dann zeichnet er in einigen Sätzen die Frontenstellungen dieses Krieges. Er wiederholt uns nochmals: „Wenn eine ganze Welt uns den Sieg zu schanden macht, dann kann der Sieger in diesem Kriege nur der Bolschewismus sein – und er wird es dann endgültig sein."

Nur mit wenigen Worten streift er die eingetretene militärische Lage: „Wir stehen jetzt in der Entscheidungsstunde dieses Krieges, und diese Entscheidung wird in unserem Lande ausgetragen. Sie wird nicht nur eine europäische, sondern eine Weltentscheidung sein. In diesem Jahr 1945 wird bereits über das kommende Jahrhundert entschieden."

So sehr wir von der Richtigkeit dieser fast seherisch vorgebrachten Argumente überzeugt sind – das, worauf wir in dieser Stunde warten: auf klare und konkrete Weisungen und Parolen für unser Verhalten in diesen Tagen, in denen der Feind bereits auf deutschem Boden steht – wir warten vergebens. Hitler beendet seine Ansprache mit einigen kurzen Hinweisen auf „neue Waffen". Als solche bezeichnete er die „neuen" U-Boote, die bereits in umfangreiche Serienproduktion genommen seien. Sie würden wie die Wolfsrudel in Kürze wieder auf die Weltmeere gehen und damit den europäischen Kontinent abschirmen für die letzte Schicksalsschlacht um ein europäisches Europa. Ich selbst wußte freilich, daß das erste Boot der neuen Serie erst vor kurzem fertiggestellt worden war, und ich wußte auch, daß die zuerst erfreulich angelaufene Serien-Produktion durch die Kriegsentwicklung bereits beeinträchtigt war. Und selbst wenn das nicht der Fall wäre; von welchen Stützpunkten, von welchen Häfen aus sollten diese neuen U-Boote in der erhofften Massierung noch auslaufen können?

Auch im Hinblick auf das Flugzeugbauprogramm gab Hitler der felsenfesten Hoffnung Ausdruck, daß die neuen Düsenmaschinen den deutschen Himmel wieder freikämpfen würden. Meine persönliche Kenntnis von der Flugmisere sagte mir frei-

lich, daß auch dieser Einsatz kaum mehr zum Tragen kommen konnte. Ich war zutiefst erschrocken gerade über diese Prognose. Sie war durch die Ereignisse der letzten Wochen längst überholt. Wie konnte Hitler, der die Einzelheiten des komplizierten Rüstungsgeschehens früher so genau beherrscht hatte, uns mit derart irrigen Angaben abspeisen. Mir wurde schwer ums Herz. Hier stimmte etwas nicht. War auch in diesen letzten Tagen wieder Verrat im Spiel, wie schon so oft im Verlaufe dieses Krieges?

Hitler raffte sich noch einmal zu einem Appell auf an den Einsatz aller moralischen und materiellen Reserven in entscheidender Stunde. Er endete mit dem Bekenntnis, daß das Schicksal uns nicht habe dazu berufen können, die Letzten einer großen deutschen Vergangenheit zu sein, sondern die im größten aller Kriege gehärteten Bahnbrecher einer noch zu beginnenden größeren Zukunft.

Wir erheben uns still zum Gruß – und wissen eines: das war nicht mehr unser Hitler, wie wir ihn gekannt hatten, sondern ein vom Schicksal, vom politischen, vom militärischen und nicht zuletzt von menschlichem Schicksal gezeichneter und fast schon gebrochener Mann – ein dem Tode Verfallener, ein Einsamer, ein Verlassener, der bereits auf den Trümmern seines Werkes stand, ohne daß es ihm schon voll zum Bewußtsein gekommen war.

Als wir Hitler in den Eßraum folgen, befreit sich einer der alten Kämpen von dem Alpdruck der Stunde mit dem gequälten Wort: „Um Gotteswillen!“

Im Eßraum stehen bereits die Ordonnanzen in Bereitschaft: die Ordnung an den runden Tischen war zwanglos, lediglich die nächsten Plätze neben Hitler sind dem Reichsarbeitsführer Hierl und einigen Reichsleitern, darunter Bormann, Dr. Goebbels, Dr. Ley vorbehalten. Selten wohl hatte eine Tafelrunde so appetitlose Gäste aufzuweisen, wie diese letzte Tischgesellschaft Hitlers mit seinem politischen Führerkorps. Es gibt wie gewöhnlich in der Reichskanzlei ein einfaches Essen, bestehend aus Suppe, einem Fleischgericht und rohem Obst.

Unsere Aufmerksamkeit ist nach dem bedrückenden Erlebnis der letzten Stunde unvermeidlich weiterhin auf Hitler gerichtet. Bald verstummen die kritischen Einzelgespräche an den Tischen.

In Hitler hat sich offensichtlich ein merkwürdiger Wandel vollzogen: er scheint in dem zwanglosen Milieu der Tischgesellschaft merklich aufzuleben. Seine körperliche Haltung wird gelöster, kaum noch sind Zuckungen zu sehen, sein Gesicht gewinnt Farbe und auch seine Augen werden wieder lebendig und ausdrucksvoll. Während der Unterhaltung hat er sich offenbar wieder „freigeredet", was während der ganzen Ansprache nicht der Fall war. Schließlich verstummen wir an den Nebentischen fast ganz, um einiges mitzuhören, was er in seiner Tischrunde bespricht. Unsere deprimierte Stimmung verflüchtigt sich unter dem Eindruck der bruchstückartigen Sätze, die nun wieder hitlerischer klingen als im Vortragssaal. Klar für uns alle ist, daß Hitler den Kampf bis zum bitteren Ende führen wird. Die Begründung dafür formuliert er in Zukunftsausblicken. Die Passion Deutschlands sieht er überschattet von der – in gewissem Gegensatz zu seiner vorherigen Perspektive – noch nicht endgültig gefallenen Entscheidung über Europa. Jetzt meint er, daß dieser Zweite Weltkrieg nur eine Art Ausscheidungskampf für die bereits jetzt sich abzeichnende dritte große Auseinandersetzung gewesen sei.

Einige dieser bruchstückhaften Tischbemerkungen sind mir heute noch deutlich in Erinnerung:

„In diesen Tagen und Stunden geht es nicht mehr nur um Deutschland, sondern um den gesamten europäischen Kontinent ... Ob mich die Gegenwart verstehen wird, ist nicht von Belang; ich bin nie ein Tagespolitiker gewesen ... Das alles sieht nach einem Ende aus und ist trotzdem ein Anfang ... Die Allianz des Wahnsinns wird zerbrechen und die heutigen Sieger in zwei unversöhnliche Fronten zwingen. In dieser unaufhaltbaren Entwicklung ist jeder gewonnene Tag von politischer Bedeutung ... Das heutige militärische Entgegenmarschieren unter den Fanfaren eines scheinheiligen Kreuzzuges ist bereits ein Gegeneinandermarschieren, und so sehr man auch von der Niederwerfung des nationalsozialistischen Staates redet, in Wirklichkeit bedeutet die militärische Besetzung Mitteleuropas aus Ost und West bereits die Frontbildung für den nächsten Kampf ... Wehe der Welt, wenn Europa zum Brückenkopf des Weltbolschewismus geworden ist ... Die Leute im Westen

meinen zu siegen, aber dieser Pyrrhus-Sieg wird sie teuer zu stehen kommen. Die Enkel der heutigen Sieger werden ihre Großväter wegen dieses Krieges und dieses ‚Sieges' im Grabe verfluchen. Denn sie haben den Bolschewismus in den Sattel gehoben und ein ganzes Jahrhundert wird sich der bolschewistischen Kavalkade erwehren müssen. Sie werden unser geschichtliches Erbe antreten, sie werden unsere Aufgaben übernehmen müssen, ob sie wollen oder nicht. Das Jahrhundert hat diese Aufgabe gestellt, nicht ich und nicht wir. Wir haben sie als erste aufgegriffen und zu lösen versucht, die Aufgabe aber bleibt, auch wenn wir nicht mehr sein werden."

Hitler hat sich in der Unterhaltung – wie so oft – in einen Monolog geredet. Wir alle sind stumm geworden. Die Enttäuschung der letzten Stunden ist verflogen. Wir erleben noch einmal den Hitler von ehedem.

Die Erinnerung daran, daß Hitler auch damals – in seine Reichskanzlei zurückgedrängt, dem Tode verfallen, körperlich gebrochen – wohl der erste und einzige politische Kopf war, der die bevorstehende europäische Entwicklung ahnend voraussah und ihr in seiner Haltung Rechnung zu tragen gewillt war, ist nur bei aller Tragik des Geschehens ein nicht wegzudiskutierendes Argument gegen das billige Modewort vom „wahnsinnigen Hitler", der „das deutsche Volk mit sich in den Abgrund reißen wollte".

Auch ein klarsichtiges, selbstkritisches innenpolitisches Wort Hitlers klingt mir aus dieser letzten Zusammenkunft noch im Ohr: „Wir haben den Klassenkampf von links liquidiert – aber leider dabei vergessen, auch den Klassenkampf von rechts zur Strecke zu bringen. Das ist unsere große Unterlassungssünde gewesen."

Inzwischen war Bormann mehrere Male aus dem Raum geeilt und wieder zurückgekommen. Schließlich unterbricht er den Führer mit einer Meldung, die ihm eine Ordonnanz gereicht hat. Hitler steht spontan auf, erhebt die Hand zum gemeinsamen Gruß an uns alle, die wir uns mit ihm erhoben haben. Im Hinausgehen sagt Bormann noch zu den Umstehenden: „Also, in vierzehn Tagen." ...

Aber wir wurden nicht mehr gerufen. Es war das letzte Treffen des Führerkorps der Partei.

*

Mitte März 1945 fiel mir auf einer Fahrt über die Hauptstraße in Richtung auf den Brocken auf, daß Nachrichtentruppen damit beschäftigt waren, eine zusätzliche Feldtelefonleitung in Richtung auf den Ort Elbingerode zu legen. Es stellte sich heraus, daß die „Strippenzieher" zu einem Vorkommando des Generalfeldmarschalls Kesselring gehörten, des damaligen Oberbefehlshabers der Westfront. Bereits wenige Tage später kam dieser in einem Sonderzug mit seinem Stab und schlug sein Hauptquartier in diesen, in einem Waldstück abgestellten Eisenbahnwagen auf. Obwohl der aus dem Westen angreifende amerikanische Gegner noch im hessischen Raum operierte, war nun schon bald mit Kampfhandlungen in meinem Gaugebiet zu rechnen.

Kesselring hatte kaum seinen neuen Befehlsstand bezogen, als sich die feindlichen Aufklärungsflugzeuge bereits auf der Suche nach diesem neuen Quartier des Oberbefehlshabers bemerkbar machten. Feindliche Jagdbomber beschossen die Straßen des Oberharzes, an den Straßenrändern häuften sich die Opfer der plötzlichen Angriffe auf fahrende Autos: brennende oder schon ausgebrannte Fahrzeuge.

In meiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar stattete ich dem Generalfeldmarschall meinen Besuch ab, um seine Wünsche entgegenzunehmen. Ich kannte Kesselring aus früheren Begegnungen; jetzt stand er begreiflicherweise stark unter dem Eindruck der militärischen Situation. Er empfing mich offenkundig übernächtigt, blaß, mit Säcken unter den Augen, jedoch ruhig und beherrscht in seinem Befehlswagen. Seine Wünsche waren zahlreich; er ließ sie mir anschließend vom beigezogenen Generalquartiermeister genau notieren. Ich hatte mir schon vorher einen Überblick über alle im Bereich meines Reichsverteidigungsbezirkes greifbaren Lagerbestände verschafft, und so konnte ich mehrere „Engpässe" im dringendsten Bedarf des Oberbefehlshabers überwinden helfen. Den großen entscheidenden Mangel an Menschen und Material vermochten wir freilich auch in gemeinsamer Anstrengung nicht mehr auszugleichen. Es fehlte an Benzin, an Fahrzeugen, an Waffen, Munition, vor allem aber an starken vollausgerüsteten Kampfverbänden.

Fast lethargisch bemerkte Kesselring, daß von einer geordneten Kriegführung keine Rede mehr sein könne. Die Westfront

bestehe nur noch aus zerstreuten, zum Teil schlecht ausgerüsteten Verbänden, die es von einem Brennpunkt zum anderen zu dirigieren gelte. Die ganze noch mögliche Verteidigung sei von Improvisationen und Notbehelfen gekennzeichnet. Unter möglichster Vermeidung größerer Menschenverluste sei Hinhalten und Zurückgehen seine letzte Strategie und Taktik. Jeder hinhaltende Kampftag an der westlichen Front sei ein Rettungstag für Abertausende von Menschen, die sich damit im Osten vor dem drohenden Zugriff der eingebrochenen Sowjets zu retten vermöchten. Dieser Russeneinbruch zwinge zu einer unkonventionellen Taktik. Einerseits müsse er im Westen den aus dem Osten flüchtenden Massen genügend feindfreien Raum garantieren, um ihnen Aufnahmemöglichkeiten zu sichern, andererseits müsse er die Besetzung möglichst großer Teile deutschen Gebietes durch die westlichen Mächte ermöglichen, um den noch für die Russen zur Verfügung stehenden Raum möglichst zu verkleinern. Das sei höhere Politik, für ihn als Militär schwer zu verstehen.

Kesselring wußte damals offenbar noch nichts von den zwischen den Alliierten getroffenen Vereinbarungen über die künftigen Besatzungszonen in Deutschland. Dementsprechend zogen sich bekanntlich die Westalliierten Ende Juni 1945 aus zahlreichen wichtigen Gebieten (u.a. aus meinen Gau-Hauptstädten Dessau und Halle, aus ganz Thüringen, aus Leipzig und dem West-Sudetenland) wieder zurück, die sie dank der deutschen Taktik in den letzten Kriegswochen nahezu kampflos hatten besetzen können.

Ende März mußte Kesselring die Frage der Verteidigung des Harzgebirges entscheiden. Schon in unserer ersten Unterredung hatte ich darauf hingewiesen, daß eine Belagerung und militärische Verteidigung dieses Gebirgszuges für die Bevölkerung schwerwiegende Folgen haben müßte. Ich konnte rein sachlich argumentieren, daß in diesem Gebiet keinerlei Reserven für die Verpflegung der Zivilbevölkerung und der Wehrmacht zur Verfügung stehen würden. Außerdem war zu erwarten, daß das im Falle einer Verteidigung des Harzes zu erwartende unbarmherzige Bombardement der vielen kleineren und mittleren Talorte der Harzlandschaft furchtbare Opfer unter der Zivilbevölkerung fordern würde.

Die Harzfrage berührte allerdings mehrere Gauleiter; deshalb wurde eine gemeinsame Besprechung vereinbart. Kesselring wollte das Ergebnis dieser Zusammenkunft abwarten, bevor er seinen Entschluß faßte. Für ihn war der Harz natürlich wichtig, weil er rein militärisch leichter zu verteidigen war und damit die Möglichkeit zu einem länger dauernden Widerstand bot.

Die rasch einberufene Zusammenkunft fand in meiner Wohnnung in Schierke statt; es kamen dazu die Gauleiter Lauterbacher aus Hannover, Eggeling aus Halle, Sauckel aus Weimar, außerdem nahm der Hauptbereichsleiter Helmut Friedrichs von der Parteikanzlei teil.

Alle Gauleiter, die den Weg in den Harz z.T. nur unter mehreren Jabo-Angriffen hatten zurücklegen können, standen sichtbar unter dem Eindruck der Stunde. Lauterbacher hatte eine Verletzung am Bein und mußte beim Gehen gestützt werden. Sauckel, sonst sprechlustig, war wortkarg und verschlossen. Mein Nachfolger Eggeling aus Halle, ein alter Berufsoffizier, war bleich und voll schwermütiger Gedanken; er schien mit dem Leben schon abgeschlossen zu haben, das er wenige Wochen später selbst beendete.

Zu Beginn der Besprechung wiederholte ich, was ich bereits dem Feldmarschall Kesselring gesagt hatte: der Harz sei ein reines Versorgungsgebiet, auf die tägliche Belieferung mit Lebensmitteln angewiesen, in keiner Weise bevorratet; falls der Harz von der Außenwelt abgeschlossen werde, was im Falle einer längeren Belagerung bzw. Verteidigung unvermeidlich sei, müsse eine Ernährungskatastrophe eintreten. Außerdem sei der Harz leicht zu umgehen, durch massierte Luftangriffe besonders verwundbar.

Es gab kaum eine Diskussion; die drei Gauleiter schlossen sich meinen Ansichten rückhaltlos an, und die hinzugezogenen Offiziere aus dem Stab des Oberbefehlshabers nahmen diese einhellige Stellungnahme zur Kenntnis. Kesselring faßte daraufhin den Entschluß, von der Verteidigung des Harzgebietes abzusehen. Mehrere Orte im Harz wurden unter Bekanntgabe an den Gegner sogar berechtigterweise zu Lazarett-Städten erklärt.

Wenige Tage später wurde das Kesselring-Quartier wieder abgebaut. Die Reichsverteidigung war inzwischen neu geglie-

dert worden: in einen nördlichen und einen südlichen Abschnitt. Kesselring wurde Oberbefehlshaber Süd. Die Trennungslinie entsprach ungefähr der Autobahnstrecke Magdeburg-Braunschweig.

Inzwischen näherten sich die feindlichen Armeen aus dem Westen nun auch den Grenzen meines Gaues. Es war kein Ahnen mehr, sondern ein Wissen, daß in diesem Gau sowohl gegen Westen als auch gegen Osten würde gekämpft werden müssen. Dieser Kampf gegen beide Fronten gab den letzten Tagen des Krieges in Magdeburg-Anhalt eine tragische Note. Die Elbe wurde, wie schon oft in der deutschen Geschichte, zum Schicksalsstrom. An ihren Ufern – bei Torgau – reichten sich am 25. April 1945 die Yankees und die Iwans ihre damals noch brüderliche Hand. Damit endete eine Periode der europäischen Geschichte – und eine neue, keineswegs friedliche, nahm ihren Anfang.

*

Bereits am 12. April hatten amerikanische Vorhuten bei Schönebeck, südlich von Magdeburg, das Ufer der mittleren Elbe erreicht – und waren dort stehen geblieben. Obwohl der Raum jenseits des östlichen Ufers der Elbe für ein weiteres Vordringen und eine Angriffsoperation gegen Berlin geradezu einlud und trotz eines bei Barby am östlichen Elbufer bereits gebildeten Brückenkopfes amerikanischer Einheiten, zeichnete sich auch dort – für uns überraschend – ein amerikanischer Halt ab.

Ich hatte – als die Amerikaner den westelbischen Teil meines Gaues, und damit die für das Gaugebiet östlich der Elbe zuständige Verwaltungs- und Versorgungszentralen besetzt hatten – meine Residenz Dessau verlassen, um mit einem kleinen, beweglichen Sonderstab möglichst frontnah die notwendigen organisatorischen Sondermaßnahmen ergreifen zu können.

In einem feuchtkalten Saal eines Landschlosses lagen wir auf dem Strohlager in der Nacht zum 13. April in tiefem Schlaf, als mir gemeldet wurde, die Reichskanzlei sei am Apparat, Reichsleiter Bormann wolle mich persönlich sprechen.

Schon glaubte ich, jetzt eine klare Weisung für mein Verhalten im Falle des weiteren Vordringens des Gegners zu erhalten. Aber es war eine ganz andere Nachricht, die mir Bormann – mitten in der Nacht – übermittelte: „Parteigenosse Jordan! Ich möchte nicht versäumen, Ihnen eine sensationelle Nachricht zukommen zu lassen. Sie werden es noch nicht wissen: der amerikanische Präsident Roosevelt ist gestorben. Die Bedeutung dieses Ereignisses kann gar nicht überschätzt werden. Wir glauben, daß es die Wende bringen wird. Der Tod Roosevelts wird einen totalen Umschwung in der Auffassung der westlichen Mächte über die sowjetische Offensive in Europa zur Folge haben. Die weltgeschichtliche Stunde ist angebrochen, in der sich das Bündnis des Westens mit dem Bolschewismus nicht mehr aufrechterhalten läßt. Es ist die beste Nachricht, die wir seit Jahren erhalten haben. Ich will sie Ihnen gleich zur Kenntnis geben, denn Sie stehen an der Elbe, gerade an dem Platz, an dem sich die Wende dieses Krieges bald sichtbar zeigen wird. Sagen Sie es allen Ihren Männern, denn: der gefährlichste Mann dieses Krieges ist tot. Ich hoffe, daß Ihnen diese Nachricht Kraft und neue Zuversicht geben wird. Der Führer läßt Sie grüßen! Heil Hitler!"

Aus dem Schlaf gerissen, wie ich war, antwortete ich auf Bormanns Mitteilungen lediglich mit einem „Hoffentlich".

Auch ich war unvermeidlich ermutigt, ja elektrisiert; Roosevelt war mit seiner Politik der materiellen und Prestige-Unterstützung des Bolschewismus zweifellos der Mann, der den Einbruch der Roten Armee nach Mitteleuropa überhaupt erst ermöglicht hatte.

Als ich später dann in Rußland erlebte, welche Verehrung Roosevelt in den Reihen selbst der bolschewistischen Funktionäre genoß, die unausgesprochene Verehrung des Retters in höchster, allerhöchster Not, mußte ich an den nächtlichen Anruf Bormanns denken.

Er, Hitler und wir alle begingen damals nur den Fehler, daß wir die politischen Strategen des Westens für klüger einschätzten, als sie in Wirklichkeit waren. Keiner von ihnen hatte den Mut, das Steuerruder in letzter Stunde herumzureißen.

*

Am Ostermontag, dem 2. April 1945 – zehn Tage vor jenem nächtlichen Telephongespräch – hatte Bormann uns folgenden „Befehl an die Parteigenossen“ übermittelt:

„Nach dem Zusammenbruch von 1918 verschrieben wir uns mit Leib und Leben dem Kampf um die Daseinsberechtigung unseres Volkes. Jetzt ist die höchste Stunde der Bewährung gekommen: Die Gefahr erneuter Versklavung, vor der unser Volk steht, erfordert unseren letzten und höchsten Einsatz. Von jetzt ab gilt: Der Kampf gegen den ins Reich eingedrungenen Gegner ist überall mit aller Unnachgiebigkeit und Unerbittlichkeit zu führen. Gauleiter und Kreisleiter, sonstige politische Leiter und Führer der Gliederungen kämpfen in ihrem Raum und Kreis, siegen oder fallen. Ein Hundsfott, wer seinen vom Feind angegriffenen Gau ohne ausdrücklichen Befehl des Führers verläßt, wer nicht bis zum letzten Atemzuge kämpft; er wird als Fahnenflüchtiger geächtet und behandelt. Reißt hoch die Herzen und überwindet alle Schwächen. Jetzt gilt nur noch eine Parole: Siegen oder Fallen! Es lebe Deutschland! Es lebe Adolf Hitler!“

Wir hören diese Parole – sie wird auch durch die noch intakten Rundfunksender verbreitet – und schauen uns gegenseitig in die übernächtigten Augen; fast monoton wiederholen wir die letzten drei Worte: „Siegen oder Fallen!“

„Siegen“ – das klingt in dieser Lage wie eine Aufforderung zum Vollbringen eines Wunders, wie eine Beschwörungs- und Zauberformel.

„Oder Fallen“ – das ist klar, und das wäre auch konsequent, würdig einer großen Revolution ... wenn wir die Alleinüberlebenden des bisherigen Kampfes geblieben wären.

Um uns herum aber lebt noch das Volk, für das wir angetreten sind und das noch eine Zukunft hat. Um uns leben die Millionen Menschen in unseren Gauen, die Hunderttausende von Flüchtlingen, die nur einen einzigen Gedanken der Hoffnung haben, die weiterleben wollen und sollen, und die uns in ihren Nöten und Lebensforderungen bis zur letzten Stunde an das Gesetz der Pflicht erinnern. Bis zur Stunde des „hands up“ oder des „ruky werch“ würde es gelten, Leben und Ordnung dieser Menschen zu erhalten.

Nicht nur das – auch in der letzten angstvollen Arbeit vor dem Eintreffen der ersten feindlichen Panzer und über diesen

Augenblick hinaus müssen wir vorausdenken, ein elementares Funktionieren der – wenn auch nur primitivsten – Versorgung für die erste Zeit der Besatzung ermöglichen, ein Chaos nach dem Einmarsch der Sieger verhindern.

Dazu gehören letzte Vorräte an Ernährung, ein Apparat für ihre Verteilung, die Sicherung des notwendigsten Verkehrs mit Transportmitteln, die Aufrechterhaltung oder Wieder-in-Gangsetzung der notwendigsten Energieversorgung, dazu gehört die Fortdauer der nötigsten Produktion, einer ordnenden Verwaltung, schließlich eine vernünftige Information der Bevölkerung über die Notwendigkeiten der Stunde.

Aus diesen Verpflichtungen konnte uns kein Befehl, auch nicht der Gedanke an den Märtyrerschein eines gefallenen Revolutionärs entlassen.

Um in letzter Stunde zu „fallen" – dazu gab es nicht einmal eine sichere Möglichkeit. Meist war der Feind unverhofft in unerwarteter Stunde plötzlich da. Dann noch kämpfen zu wollen, mußte Vergeltungsmaßnahmen der Sieger provozieren.

Viele führende Nationalsozialisten haben den Ausweg in den Freitod gesucht und gefunden, ohne daran zu denken, daß der Bormannsche Befehl eine Kapitulation vor der Zukunft bedeutete. Mir wurde das in meiner russischen Gefangenschaft klar, als man mir nicht glauben wollte, daß ich in den Wochen nach Kriegsende nicht mehr illegal weitergewirkt habe. Ein sowjetischer Kommissar erklärte mir: „Eine revolutionäre Partei bekennt sich niemals zu ihrem Ende – auch nicht nach einer militärischen Niederlage; dann arbeitet sie erst recht – illegal – weiter, sonst ist sie keine revolutionäre Partei."

Bormanns Parole hieß nicht: „Die NSDAP geht nach der militärischen Niederlage in den Untergrund und kämpft dort weiter", sondern sie lautete dem Sinne nach: „Fallen ist die letzte Pflicht."

Viele – nach meiner Meinung allzuviele – folgten dieser Parole, sie fielen, wie Bormann es befohlen hatte. Die meisten aber bekannten sich doch zum Weiterleben für das Deutschland nach dem Kriege. Viele hatten weder im Jahre 1933 das Jahr Null der deutschen Geschichte gesehen, noch sahen sie es im Jahre 1945. Sie waren deshalb nicht feige, sondern vielleicht tapferer, als es den Anschein haben mag. Sie hielten die Hölle

der letzten Tage aus und waren dazu auch noch bereit, die auf sie wartende Hölle der Jahre nach dem Kriege durchzustehen.

*

Es mag wohl um den 15. April 1945 gewesen sein. Wieder lagen die Männer meines Gau-Einsatzstabes in mitternächtlicher Stunde auf ihrem Strohlager in bärenschwerem Schlaf. Nur einige Horchposten waren in Stellung gegangen. Wir hatten – leider falsche – Meldungen erhalten, die Amerikaner könnten jede Minute die Elbe überschreiten Die Horchposten achteten deshalb vor allem auf Fahrgeräusche in Richtung der nahen Autobahn. Wieder schrillte das Telefon und erneut meldete der Telefonist einen Anruf des Reichsleiters Bormann. Diesmal war seine Stimme unfreundlich: „Parteigenosse Jordan! Dem Führer ist gemeldet worden, daß Sie sich aus der Gauhauptstadt abgesetzt und ein Quartier an der Elbe bezogen haben. Entspricht diese Meldung den Tatsachen?"

Ich antwortete: „Abgesetzt habe ich mich nicht, aber das letztere stimmt. Ich habe an der Elbe ein Quartier bezogen, um mit meinem Sonderstab an Ort und Stelle der größten Bedrängnis Ordnung zu schaffen und zu erhalten. Hier sind Zehntausende von Flüchtlingen, die sich panikartig auf die vielleicht noch möglichen Übergänge über die Elbe konzentrieren. Hier entstehen fast stündlich neue Probleme, die nur durch überörtliche Steuerung gelöst werden können. Ich stehe auf dem Standpunkt, der Gauleiter gehört in solchen Stunden dorthin, wo er am nötigsten ist. Und das ist in meinem Falle direkt dort, wo ich bin, hier an der Elbe."

Bormann ließ sich nicht überzeugen: „Der Führer ist über Ihr Verhalten empört und hat geäußert: während die Generale vorwärtsgehen, gehen die Parteiführer zurück."

Ich antwortete scharf und deutlich: „Sagen Sie dem Führer, daß ich hier 15 Kilometer vor den amerikanischen Linien stehe und daß der vorderste General in meinem Gebiet sich immer noch 30 Kilometer hinter meinem augenblicklichen Quartier befindet."

Eine kurze Gesprächspause trat ein – ich hörte in der Nähe Bormanns eine tiefe Stimme – es war Hitlers Stimme. Darauf

Bormann nochmals: „Der Führer wünscht jedoch, daß die Gauleiter in der Gauhauptstadt verbleiben und daß damit sichtbar die Festigkeit der Parteiführung für alle demonstriert wird."

Ich fragte prägnant zurück: „Wünscht der Führer persönlich, daß ich meinen jetzigen Platz verlasse und nach Dessau zurückgehe?" Wieder trat eine Pause ein, und nochmals hörte ich in der Nähe Bormanns eine müde, tiefe Stimme.

Darauf Bormann: „Der Führer wünscht es!"

„Gut, wenn der Führer persönlich das wünscht, dann werde ich noch in dieser Stunde mit meinem Sonderstab den jetzigen Standort verlassen und in die Gauhauptstadt zurückkehren. Führerbefehl ist Führerbefehl!"

Ich hielt mich daran und machte mich mit meiner aufgeschreckten Mannschaft noch in der gleichen Stunde in Richtung Dessau auf den Weg. Dort freilich waren wir zur Untätigkeit verurteilt, während sich an der Elbe das Chaos weiter entwickelte. Die noch funktionierenden Nachrichtenverbindungen waren von der Wehrmacht für das Armee-Oberkommando XII in Beschlag genommen. Ich setzte mich also hin und schrieb an den Führer einen mehrseitigen Brief, in dem ich die Unmöglichkeit dieser Situation schilderte und um die Freiheit meines Handelns bat. Ich müsse mich in dem mir verbliebenen Restgebiet meines Gaues bewegen können, wie ich das angesichts der Lage für notwendig erachte. Mangels einer Verbindung nach Berlin sandte ich das Schreiben mit einem Motorradfahrer in die Reichskanzlei. Und nun warteten wir auf die Antwort. Am 19. April, spät nachmittags, gerade als in einem Autorundfunkgerät die Goebbels-Rede zum letzten Hitler-Geburtstag angekündigt wurde, kam ein Anruf aus der Reichskanzlei. Mein Kurier war durchgekommen, und jetzt wurde mir durchgesagt: Der Führer habe meinen Brief mit großem Interesse gelesen; er ließe mir mitteilen, daß er meinen Standpunkt billige.

Ohne die Goebbels-Rede noch anzuhören, versammelte ich sofort meinen Einsatzstab; wenige Stunden später war ich wieder an der Elbe, wo es nun darum ging, nicht nur Flüchtlingsmassen zu versorgen, sondern auch Panikstimmung zu verhindern und militärisch wichtige Straßen, die zum Teil vermint waren, vom Flüchtlingsstrom freizuhalten.

In der gleichen Nacht, in der wir nach Bormanns Anruf nach Dessau zurückfahren mußten, hatte die sowjetische Offensive gegen Berlin begonnen. In einem sowjetischen Tagesbefehl hieß es:

„Sowjetsoldat, räche Dich! Verhalte Dich so, daß der Einbruch unserer Armeen nicht nur den heutigen Deutschen, sondern auch ihren fernen Enkeln in Erinnerung bleibt. Denke daran, daß alles, was die Deutschen besitzen, Dir gehört. Sowjetsoldat – habe kein Mitleid im Herzen!"

Wir erfuhren es von vielen Flüchtlingen: die anstürmenden Sowjet-Divisionen hielten sich an diesen Tagesbefehl!

*

Kurz nach dem 20. April kam als letzter Kurier aus Berlin ein früher im Gau tätiger und zur Dienstleistung in der Parteikanzlei abgestellter Kreisleiter in das Quartier meines Sonderstabes an der Elbe und brachte zu unser aller Erstaunen zehn Personalausweise mit.

Ich erinnerte mich: irgendwann im März hatte die Parteikanzlei in einem geheimen Fernschreiben die Gauleitung aufgefordert, zehn sorgfältig ausgewählte Parteigenossen namhaft zu machen, die sowohl charakterlich sowie körperlich für besonderen Einsatz fähig und bereit seien, „mehr als ihre Pflicht" zu tun. Mit den Personalien sei ein Paßbild in Zivil einzusenden. Ich nahm an, daß es sich um eine letzte Aufgabe handle, die ein tatkräftiges Vorbild verlange; deshalb wurde auch meine Unterlage mit eingesandt.

In den Aufregungen der letzten Wochen hatte ich die Angelegenheit längst aus dem Gedächtnis verloren und jetzt lag ein seltsamer Ausweis vor mir: nur mein Bild stimmte, alle anderen Angaben auf der Kennkarte waren falsch. Neben meinem Bild – es war meine bekannteste, in den Zeitungen oft veröffentlichte Aufnahme – stand der Name „Richard Gabriel", als Wohnort war Berlin mit einer Straße in der Nähe des Kurfürstendamms angegeben.

Irgendeine Weisung oder ein Auftrag war mit der Sendung der Ausweise nicht verbunden. Es fiel nur uns auf, daß mehrere Ausweise auf jüdisch klingende Namen ausgestellt waren.

Diese gefälschte Kennkarte, die mir nur in den ersten Wochen nach dem Zusammenbruch Dienste leistete, hat später noch manche Verwirrung angerichtet. Der Kommandant eines englischen Internierungslagers glaubte, der Name „Gabriel“ sei mein echter, und „Jordan“ ein später angenommener Name; es wurde verbreitet, ich hätte mich damit in der Haft als „Halb-Jude“ ausgegeben. Später, in sowjetischer Haft, sah man die mysteriöse Kennkarte als einen Beweis für eine illegale Reichsstatthaltertätigkeit nach der Kapitulation an ...

Die unerwartete und kommentarlose Zustellung dieses merkwürdigen Dokumentes hat aber doch irgendwie die Weichen meines weiteren Lebens mitbestimmt: es hat mich in den letzten Tagen an der Elbe von dem Gedanken abgelenkt, die Pistole gegen mich selbst zu richten, und es hat mich zu einer gemeinsamen Flucht mit meiner Familie in den Westen ermuntert.

*

Als sich am 25. April amerikanische und sowjetische Truppen bei Torgau an der Elbe getroffen und im Siegestaumel noch brüderlich die Hände gereicht hatten, war Deutschland in eine südliche und eine nördliche Hälfte zweigeteilt.

Neu aufgestellte deutsche Kampf-Divisionen hatten in dem noch feindfreien ostelbischen Raum zwischen Dessau und Tangermünde den sich immer mehr nähernden Ansturm der Roten Armee aufzuhalten versucht. Bei Magdeburg blieben die Amerikaner wie festgenagelt stehen.

Schließlich waren nur wenige Quadratkilometer östlich der Elbe von den sowjetischen Stoßarmeen noch nicht überschritten worden. Immer noch zogen ganze Kolonnen von Flüchtlingen in dieses letzte feindfreie Stückchen an der Elbe – in der Hoffnung, doch noch über den Strom in das bereits amerikanisch besetzte westelbische Gebiet zu entkommen. Ihre Gesichter waren von Leid und Entsetzen gekennzeichnet. Wer ihnen begegnete, dem mußte das Herz bluten beim Anblick all des menschlichen Unglückes, das über Deutschland hereingebrochen war. Bilder aus dem Schulunterricht über die einstige Völkerwanderung vor dem Hunnensturm tauchten in der Erinnerung auf.

Hier in dem von Flüchtlingen überfluteten, täglich mehr ein geengten ostelbischen Bereich war auch der Versammlungsraum, in dem die Armee Wenck und ihre tapferen Divisionen gegen die anbrandende Flut der roten Stoßarmeen nochmals anzutreten versuchten. Aus dieser letzten heißumkämpften und umdrängten Elbelandschaft erhoffte das eingeschlossene Berlin – und nicht zuletzt Hitler selbst – das Wunder seiner Befreiung. Und hier am Ufer der Elbe brach dann auch diese letzte Hoffnung zusammen – nicht nur für Berlin, sondern auch für die aus dem Osten kommenden Flüchtlinge. Zu Hunderttausenden haben sich die Unglücklichen in einem brodelnden Menschenstau in der weiten Uferlandschaft gelagert. Täglich und stündlich kamen neue Flüchtlinge an – ihre Berichte von Vergewaltigungen, von Brandstiftungen, von Raub und Mord klangen schreck- und furchterregend.

Die zentralen Versorgungsbehörden befanden sich in der Provinzialhauptstadt Magdeburg, die bereits von den Amerikanern besetzt war. Die Betreuungsprobleme, die sich dadurch diesseits der Elbe ergaben, waren fast unlösbar. Es ging nicht nur um die notdürftige Ernährung und um einen primitiven Schutz vor den Unbilden der Witterung, sondern auch um möglichste Aufklärung über die Feindlage, um die Verhinderung einer Panik.

Der Sonderstab von Partei und Staat, der in Ringelsdorf, in der Nähe von Altengrabow sein Quartier aufgeschlagen hatte, leistete an dieser Front des Schreckens und des menschlichen Elends in letzter Stunde ohne Pathos eine übermenschliche Betreuungsarbeit.

Ich konnte mich am Kartentisch im Befehlsstand des Generals Wenck täglich über den Verlauf der Schlacht um Berlin und dem mehr und mehr gegen die Elbe drängenden sowjetischen Vormarsch unterrichten.

Ich erinnere mich noch unseres letzten Gespräches: General Wenck erklärte mir mit wenigen Worten, daß seine Armee – auf engstem Raum zusammengedrängt – nicht mehr in der Lage sei, noch operativ zu planen; angesichts der zahlenmäßig vielfachen Überlegenheit der Russen sei jeder weitere Kampf militärisch sinnlos geworden. Um seine Armee nicht in die Hände der Russen fallen zu lassen, habe er mit den Ameri-

kanern Verhandlungen aufnehmen lassen und einen Vertrag vereinbart, nach dem seine Truppen an drei Stellen über die Elbe in die amerikanische Gefangenschaft geführt werden. Sein Beauftragter, General von Edelsheim, habe die Verhandlungen geführt. Wenck las mir die einzelnen Bestimmungen der getroffenen Vereinbarungen vor und bat mich um meine Meinung. Angesichts der eingetretenen Situation stimmte ich ihm zu: das Ende des Krieges an der mittleren Elbe war gekommen.

*

Nachdem ich mich von General Wenck verabschiedet hatte, versammelte ich noch einmal die Männer meines Gau-Einsatzstabes um mich. Wir hatten am Tage vorher – am Abend des 1. Mai 1945 – durch den Norddeutschen Rundfunk die Nachricht vom Tode Adolf Hitlers gemeinsam gehört. Für uns war damit eine Welt untergegangen. Keiner hatte in dieser Stunde auch nur ein Wort gefunden. Wir waren schweigend nochmals an unsere Arbeit gegangen.

Jetzt nach der letzten Auskunft der Generals mußte ich sagen, was die Stunde gebot. So etwa waren meine Worte: „Ich spreche jetzt zum letzten Male zu Ihnen. Sie wissen, unser Führer ist tot. Noch wissen wir nichts über die näheren Umstände, aber es ist wohl sicher, daß die bolschewistischen Sturmkolonnen in unsere Reichskanzlei eingedrungen sind. Mit dieser, uns noch nicht faßbaren Kunde, stehen wir mit unserem Volk am Ende eines weltgeschichtlichen Kampfes. Bis jetzt gab uns der Wille Adolf Hitlers die Weisung für unser Tun. Von nun ab wird der Feind unserem Volke seine harten Gesetze diktieren. Im Augenblick stehen wir noch im letzten Kessel dieses Krieges an der Elbe; am westlichen Ufer haben die Panzer-Divisionen der Amerikaner Halt gemacht, auf der Elbbrücke bei Torgau haben sie sich mit den Rotarmisten verbrüdert. Nach dem Fall von Berlin kann es nicht mehr lange dauern, bis die sowjetischen Einheiten – nur noch ein Dutzend Kilometer von hier entfernt – auch uns überrollen. Angesichts der Aussichtslosigkeit der Lage habe ich den Volkssturm aufgelöst, und Aktionen eines ‚Wehrwolf‘ müssen wegen der

Gefährdung unschuldiger Menschen unbedingt unterbleiben. Jetzt geht es nur noch um die Erhaltung unserer volklichen Substanz und für jeden Einzelnen von ihnen auch um sein eigenes Schicksal und um das seiner Familie. Wir haben einst Adolf Hitler unseren Eid geschworen; wir haben ihn bis zu seiner Todesstunde gehalten. Als ranghöchster Beauftragter des Führers in diesem Gau entbinde ich Sie hiermit von Ihrem einstmals geleisteten Eid. Sie alle sind damit frei für Ihre persönlichen Entscheidungen. Für den Weg, den Sie von nun ab gehen werden, kann ich Ihnen keine Weisungen mehr erteilen. Mögen Sie die Gefangenschaft, die uns allen bevorsteht und die Verfolgungen, die uns angekündigt sind, anständig und ehrenhaft überleben, in den Kreis Ihrer Familien zurückkehren und sich ein neues Leben aufbauen. Manche von Ihnen werden versuchen, über die Elbe westwärts zu gelangen. Wir werden uns dabei etwa noch mögliche Hilfe in kameradschaftlicher Weise gewähren. Ich selbst bleibe hier als Letzter und behalte mir meine persönlichen Entschlüsse vor. Und wenn es in den nächsten Jahren niemand anderer tun wird: Ich danke Ihnen bei diesem letzten Appell für Ihre tapfere, treue Mit- und Zusammenarbeit, für Ihren Einsatz im Dienste unserer deutschen Heimat. Was auch kommen mag – die Taten unseres weiterlebenden Volkes in Heimat und Front, die Toten eines Schicksalkampfes können nicht vergessen sein. Auch in dieser Unglücksstunde wollen wir an die Zukunft denken. Möge den Deutschen – wenn auch nicht mehr uns selbst – nach der jetzt hereinbrechenden finsteren Nacht einmal wieder die Sonne der Freiheit leuchten!"

Zum letzten Mal grüßten wir uns mit stummem Hitler-Gruß.

Von Stunde zu Stunde verabschiedeten sich die einzelnen Männer meines letzten Stabes von mir, sei es, um noch zu einer Einheit der Wehrmacht einzurücken, oder um sich über die Elbe nach Westen durchzuschlagen. Als Letzter verabschiedete sich mein Stabsleiter, ein alter Offizier aus dem Ersten Weltkrieg, mit Tränen in den Augen.

Dann war ich allein – und war es doch nicht. Ich wußte, daß die Meinen hilflos und verängstigt auf mich warteten. Im Anblick meiner Familie, der um die Mutter gescharten Kinder, blieb die Pflicht des Mannes und des Vaters bestehen. Vor ihr

durfte ich nicht fliehen. Es gab keine andere Lösung mehr. Ich mußte meine Familie dem Zugriff der Russen zunächst entziehen, mußte sie über die Elbe bringen, möglichst noch nach München, der Heimatstadt meiner Frau, dann konnte ich wieder „Gauleiter“ sein und mich der Besatzungsmacht stellen.

*

Es kam nicht ganz so, wie ich es geplant hatte, aber zunächst stand uns ein guter Engel bei.

General Wenck hatte mich noch eingewiesen: ich sollte mich mit meiner Familie dem mit den Amerikanern vereinbarten Elbübergang seiner Truppen anschließen.

Mit Frau und Kindern übernachtete ich noch einmal im Luftschutzraum eines Privathauses in Genthin. Dann fuhren wir zur Schleuse Parey, wo die Wehrmacht die großen Elbkähne für den geplanten Bau der Übergangsbrücke bei Ferchland versammelt hatte. Der Platz war militärisch abgesperrt. Pioniere der Pionierschule Dessau-Rosslau standen hier mit allem Pioniergerät in Bereitschaft. Inmitten all des Chaos schien die Organisation fast wie ein Wunder. Ein Offizier erwartete uns und er führte uns unverzüglich auf eines der großen Boote, auf das noch weitere zivile Gruppen eingewiesen waren.

Kurze Zeit darauf liefen die Boote befehlsgemäß aus der Schleuse aus und nahmen Kurs stromabwärts. Ruhig und ohne einen Laut, fast geheimnisvoll schwamm diese letzte Rettungsflotte auf der Elbe ihrem Ziele zu: dem Ufer bei Ferchland. Dann und wann hörten wir im Osten Kampflärm, von weitem zeigte sich uns Burg als brennende Stadt.

Bald waren wir bei Ferchland angekommen; dort begann sofort der Brückenbau, wie im Manöver beherrscht und korrekt: das erste Boot legte am Ufer an, das zweite legte sich daneben, die weiteren folgten; mit starken Bohlen wurde der Bau der Schiffsbrücke begonnen. Das rettende Westufer begann Minute um Minute näherzurücken.

Und da geschah das Unerwartete, das unmöglich Scheinende.

Schon während der Fahrt hatten wir bemerkt, daß die amerikanischen Posten auf dem Westufer uns mit Ferngläsern kritisch beobachteten. Nun löste sich von drüben ein amerikani-

sches Sturmboot mit der weißen Parlamentär-Flagge und nahm Kurs auf unsere, mittlerweile bis zur Strommitte vorgetriebene Brücke. Deutlich war im amerikanischen Boot ein deutscher General in Uniform zu sehen, ich erkannte den General von Edelsheim. Er war es, der im Auftrag des Generals Wenck mit den Amerikanern verhandelt und drei Übergangsstellen an der Elbe vereinbart hatte, an denen die Armee Wenck in amerikanische Gefangenschaft gehen sollte.

Die Nachricht, die General von Edelsheim überbrachte, als das Sturmboot ihn bei uns abgesetzt hatte, war dramatisch: der Brückenbau sei sofort einzustellen, falls auch nur ein einziges Boot westlich der Strommitte zu operieren versuche, werde es von amerikanischer Artillerie beschossen.

Für uns und die Männer der Wehrmacht, die sich angesichts des rettenden Ufers den Russen bereits entronnen fühlten und sich nunmehr verraten sahen, erlosch alle Hoffnung. Nun wurde den bolschewistischen Bundesgenossen auch noch die Menschenbeute zugeschanzt.

Unter grausamen Flüchen bauten unsere Pioniere die bereits begonnene Brücke wieder ab.

Erschüttert und trostlos betrat ich mit meiner Familie wieder den östlichen Uferboden. Niemand von uns wußte: wohin? Von ferne war bereits Kampflärm zu hören. Am Himmel tauchten Jabos auf. Jetzt fehlte nur noch ein Beschuß mit Bordwaffen auf die auf der bloßen Erde gelagerten unglücklichen Menschen. Alles ging in Deckung, soweit das möglich war. Die von Grauen und Schrecken Gejagten klammerten sich an die uralte Mutter Erde.

Die Flugzeuge verschwanden wieder – offensichtlich beobachteten sie nur, ob die Elbe wirklich nirgends überschritten wurde.

Als ich Umschau hielt, kam mir ein Kreisamtsleiter, der mit seinem Wagen und seiner Familie ebenfalls auf dem Fluchtweg war, wie ein rettender Engel in den Weg; nach vielerlei Zwischenfällen fuhren wir anderntags zur Schleuse Parey zurück.

Ich wußte: dort lag noch ein weiterer, unter Wehrmachtsbefehl stehender Schiffskonvoi. Es waren die Schiffe der am östlichen Ufer wohnenden Schiffersleute, die dem Russen entzogen werden und in letzter Minute das amerikanische Ufer

anlaufen sollten. Das war in Kürze zu erwarten. Ein Junker der Pionierschule sagte mir: die Russen seien nur noch 8 Kilometer von der Schleuse entfernt. Die meisten Laufstege der Schiffe waren bereits eingezogen – wir rannten um unser Leben und kamen gerade noch auf das letzte Schiff, bevor es ablegte. Ein Befehl trieb uns ins Innere: „Alles nach unten, es darf auf den Schiffen niemand zu sehen sein."

Zum zweiten Mal in diesen Tagen trieben wir auf einem Schiff in die Elbe hinaus. Unter den vielen Menschen, die hier im Dunkel versammelt lagen, wurde es still. Wir hatten uns schon ein Stück vom Ufer entfernt, fuhren etwas schneller und einmal kam eine Stimme von oben: „Wir sind bereits in der Mitte". Soweit waren wir bereits gestern schon gekommen! Aber die Fahrt ging diesmal weiter, wir verharrten in stummer Erwartung; die Fahrt wurde langsamer, dann stand das Schiff und legte an: wir waren am Westufer!

Durch eine Luke blickte ich nach oben; ich sah den ersten „Ami", einen Negersoldaten mit einer Maschinenpistole über das Deck klettern. Man interessierte sich für die Fracht ...

Es dauerte nicht lange, da kam auch schon – in deutscher Sprache – ein amerikanischer Befehl: „Niemand darf das Schiff verlassen."

Ich ahnte, was das bedeutete und war fest entschlossen, diesmal das rettende Ufer zu betreten. Trotz des Befehls kletterte ich auf das Deck und sprang über das neben uns vertäute Schiff zum Ufer. Dort, an der einzigen Brücke stand in autoritärer Pose ein Zivilist mit weißer Armbinde. Sie wies die deutschen Vertrauensmänner der Besatzungsmacht aus. Das waren meist ehemalige Gegner des Nationalsozialismus, Sozialdemokraten, oft auch Kommunisten oder Leute, die sich als solche ausgaben. Der Kontrolleur sah nicht vertrauenerweckend aus: ein älterer Mann mit einem Spitzbart, wie ihn einst Lenin getragen hatte.

Ich fragte ihn, warum wir nicht an Land könnten. Er sagte nur: „Befehl der Amerikaner." Auf mein „Warum?" zuckte er verlegen mit den Achseln.

Da kam mir ein rettender Einfall: Ich sagte dem Mann – zutreffend – daß ich mit meiner Familie als Flüchtling an Bord sei mit zwei Kindern und einem erst fünf Monate alten Baby.

Dieses sei von den Flüchtlingsstrapazen krank, so daß es unverzüglich im nächsten Dorf ärztlich behandelt werden müsse, wenn es überleben solle. Wir seien bereit, nach dem Arztbesuch wieder auf das Schiff zurückzukehren. Ich fügte hinzu: er habe doch an diesem Ufer wohl schon genügend menschliches Elend erlebt und gesehen. Der Mann sagte nichts, aber er gab mir ein Zeichen ...

Im Sturmschritt holte ich Frau und Kinder aus ihrem Versteck, eine Arbeitsmaid half uns beim hastigen Aufbruch und beim Überklettern des Schiffsdecks. So erreichten wir außer Atem das westliche Ufer. Der brave Mann wies uns die Richtung zum nächsten Dorf und mahnte uns zur Eile: „Schnell-schnell!"

Von ferne sahen wir schon eine Kommission auf dem Wege zu den Schiffen. Wir machten einen Umweg – und waren fürs erste gerettet.

Später erfuhren wir: wir waren damals nicht nur die einzigen Passagiere, die die Schiffe am westlichen Elbeufer verlassen hatten, sondern auch die letzten.

Die Kommission hatte die grausame Entscheidung gefällt: „Die Annahme der Schiffe und ihrer Besatzung wird abgelehnt – alle Schiffe haben sofort wieder Kurs auf das östliche Ufer zu nehmen." Schließlich wurden noch Maschinengewehre in Stellung gebracht und so die Schiffsführer mit Hunderten von verzweifelten Frauen und Kindern an Bord zur Rückfahrt an das andere Ufer gezwungen, wo die Rote Armee sie bereits erwartete.

So geschehen am 7. Mai 1945.

Der Krieg war zu Ende, aber nicht das deutsche Inferno.

Vae Victis

„Vae Victis" – „Wehe den Besiegten": diese alte Regel römischer Feldherren war dem Deutschland des 20. Jahrhunderts bereits 1918–19 bestätigt worden. Im Jahre 1945 wiederholte sich die bittere Erfahrung – sie ist noch heute nicht beendet.

*

Kurz vor dem Abend eines schönen, sonnigen Maientages waren wir müde und zerschlagen, hungrig und mit schmerzenden Füßen in dem Dorfe Dannstedt im östlichen Harz angekommen.

Drei leidvolle und verängstigte Wochen währte nun schon unsere ruhelose Flucht auf den Straßen des menschlichen Elends inmitten vieler Tausender namenloser Schicksalsgenossen.

Hier in Dannstedt hatten wir Glück. Der Bürgermeister wies uns ein Quartier im Schulhaus an – sogar für drei Tage und dazu noch Lebensmittelkarten für die gleiche Zeit. Im ruhigen Schulhaus angekommen, atmeten wir auf. Die beiden Kleinkinder – die zweijährige Sigrid und die sechs Monate alte Astrid waren am Ende ihrer Kräfte. Nun durften wir auf einige Tage Ruhe hoffen.

Noch immer war der Strom der Flüchtlinge Richtung Westen nicht zum Abklingen gekommen. Für längere Zeit gab es daher keine Unterkunft. Erst vor wenigen Tagen hatte uns ein Arzt dringend ermahnt, das Leben der beiden Kleinkinder nicht weiter zu riskieren.

Noch waren wir in meinem alten Gaugebiet; meine Frau erinnerte sich alter Freunde, die uns vielleicht in entlegener Gegend für einige Wochen unterbringen könnten.

Als sie am nächsten Morgen früh von einer Fahrgelegenheit hörte, wollte sie ihr Glück versuchen und machte sich auf den Weg. Mittags, so hoffte sie, würde sie wieder zurück sein. Ich blieb mit den Kindern allein zurück, spielte mit Hans-Jürgen und Sigrid alle möglichen Einfälle durch, gab dabei acht, daß das

schlafende Baby nicht allzu sehr gestört wurde. Die Stunden verflogen schnell; als meine Spielgenossen gegen 11 Uhr müde geworden waren, griff ich nach einem uns von der Hausfrau freundlich bereitgelegten Buch. Es war „Das Bildnis des Dorian Grey“ von Oscar Wilde. Seit langem hatte ich kein schöngeistiges Buch mehr in der Hand gehabt – nun wollte ich mich zur Ablenkung zwingen.

Mein versuchter Ausflug aus der Wirklichkeit sollte nicht von langer Dauer sein. Von der Dorfstraße drang Motorenlärm herauf, mehrere schnellfahrende Autos waren zu hören. Bremsen kreischten unmittelbar vor dem Schulhaus; ich blickte aus dem Fenster und sah einen englischen Soldaten mit der Maschinenpistole im Anschlag. Im Treppenhaus donnerten bereits die Stiefel einer hastig die Treppe heraufstürmenden Gruppe. Blitzartig wurde mir klar: das war mein Fang-Kommando. Schon flog die Zimmertür auf, meine bleiche, verängstigte Frau wurde von drei englischen Soldaten mit vorgehaltenen schweren Colts hereingeschoben. Sie konnte nur noch die Worte hervorstoßen: „Ich habe es nicht mehr verhindern können“ – dann wurde sie weggezerrt. Unter der Führung eines Captains in englischer Bluse, aber mit polnischer Militärmütze drangen die Soldaten unter den Rufen „hands-up“ in das Zimmer und richteten ihre Waffen schußbereit auf mich.

Ich folgte der Aufforderung und hob die Hände ...

Der Anführer schrie mich an: „Sind Sie Gauleiter Jordan?“ Ich antwortete: „Jawohl, das bin ich – vielmehr das war ich bis vor ganz kurzer Zeit.“

Darauf der britisch-polnische Captain: „Dann Sie verhaftet sind!“

Bereits während dieses kurzen Dialogs war ich mit derben Griffen nach Waffen abgetastet worden. Ich hatte keine Waffe bei mir. Wozu auch? Ich beabsichtigte nicht, meinen auf die Dauer nicht vermeidbaren Gang in die Gefangenschaft mit der Theatralik eines Kugelwechsels zu umrahmen. Noch glaubte ich an eine zumindest formale Gerechtigkeit der Sieger im Westen. Meine bisherige Tätigkeit konnte ich verantworten. Die Besatzungsmächte waren nach dem geltenden Völkerrecht durchaus berechtigt, mich und Meinesgleichen zu internieren – mehr aber auch nicht.

Meine Uhr, Geld, der Schmuck meiner Frau verschwanden in gierigen Händen. Übelriechende Finger griffen mir gewaltsam in den Mund und suchten vergebens nach der „Himmlerschen Giftampulle".

In meinen Taschen fand man die falsche Kennkarte, den Ausweis, der mich als „Richard Gabriel" bezeichnete und der mir in den Fluchtwochen nützlich gewesen war. Ein frohlockendes „Aha" war das Echo auf diesen Fund.

Die Suche nach Waffen, Wertsachen und Dokumenten erstreckte sich nun auf das übrige Zimmer, die Garderobe meiner Frau; auch die beiden Kinder wurden abgetastet, selbst das Körbchen des nunmehr weinenden Babys blieb nicht verschont. Auf dem Tische sammelten sich die Beutestücke: Familienphotos, Wertsachen, Geldscheine.

Nachdem die Festnahme und Durchsuchung beendet waren, durfte meine Frau, die als „Kugelfang" nun nicht mehr benötigt wurde, nochmals hereinkommen, um sich von mir zu verabschieden. Die Stunde der Trennung war gekommen.

Ich riß mich zusammen, wollte die Qual des Augenblickes nicht verlängern; nach einigen Trostworten verließ ich in aufrechter Haltung – von den Soldaten mit gezogenen Pistolen umkreist – das letzte Asyl meiner Flucht in den Westen. Unten wartete schon das Auto auf den „großen Fang".

*

Wir fuhren durch mir wohlbekannte Dörfer. Die Landschaft lag in der erleuchteten Sonne eines selten schönen Maientages, zu beiden Seiten der Straße prangten die Obstbäume in herrlichster Blütenpracht. Der Führer des Kommandos – von Nationalität ein Pole, angeblich einstmals Anführer im Warschauer Aufstand, später wiederum angeblich Häftling in einem deutschen Arbeitslager und nunmehr in Diensten des britischen „Secret Service" – blätterte während der Fahrt in den mir abgenommenen Dokumenten; gelegentlich unterbrach er diese interessante Beschäftigung mit einem „Aha ... der Gauleiter als Familienvater ... hahaha ... der Gauleiter als unschuldiger Jüngling, hahaha, der Wolf im Schafspelz ... hihihi".

Dann wandte er sich mir zu: „Wir haben Sie schon lange gesucht ... Ich kenne Sie ... Ich war in den letzten Monaten bei Ihnen in einem Arbeitslager ... Jetzt haben sich Gott sei dank die Zeiten geändert. Mit Ihnen ist es jetzt zu Ende ... Machen Sie ruhig schon Ihr Testament."

Ich schwieg und dachte: das wird wohl nicht von einem solchen Greiferkommando entschieden werden.

Unser Ziel war eine „Villa Margarete" in Wernigerode, in der sich der „Secret Service" eingerichtet hatte. Wie ich später erfuhr, nannte man das Haus im Volksmund bereits die „Blutvilla", seit vor einigen Tagen ein Ortsgruppenleiter dort zu Tode geknüppelt worden war.

Man brachte mich in einen schmalen Raum, der fast ganz von einem langen Tisch ausgefüllt war. Am Kopfende mußte ich Platz nehmen. Mir gegenüber postierte sich ein englischer Soldat; er legte seine Maschinenpistole demonstrativ auf einen Sandsack, die Mündung auf mich gerichtet. Umständlich hantierte er an seinem Schießapparat herum, operierte mit allen möglichen Griffen am Mechanismus, richtete die Waffe genau auf mich ein, spielt mit dem Fingerabzug ... Seine Zielübungen begleitete er mit munteren Worten: „You son of a bitch" (Du Sohn einer Hündin) und in gebrochenem Deutsch: „Du Faschist bald tot."

Offenbar erwartete er Angstschweiß auf meiner Stirne. Ich bemühte mich, ihm so verächtlich wie möglich in seine Visage zu schauen. Nur einmal reagierte ich auf sein Geschrei; ich nahm meine Sprachkenntnisse zusammen und fragte ihn betont langsam: „Are you an Englishman" (Sind Sie ein Engländer)?

Er zischte einen wütenden Fluch.

Inzwischen hatte man zwei englische Offiziere telephonisch herbeigerufen. Ich wurde abgeholt und von einem Sergeanten mit Gummiknüppel in das Dienstzimmer des Polen, der die Rolle eines Captains spielte, geführt. Siegesbewußt saß der Kerl hinter seinem Schreibtisch. Mir schien, als glänze bereits einer der bei meiner Festnahme beschlagnahmten Ringe an seinem Finger.

Auf einem Sofa saßen die englischen Offiziere, auf dem Tisch lagen die beschlagnahmten Dokumente und Bilder. Vom abgenommenen Geld und dem Schmuck meiner Frau war nichts mehr zu sehen.

Mich ließ man im Raume stehen.

Die Vernehmung begann mit einer dramatischen Frage: „Wo sind Ihre Kameraden?"

Ich antwortete wahrheitsgemäß, daß ich das nicht wisse, und auch nicht wissen könne; bereits seit dem 6. Mai sei ich mit meiner Familie allein unterwegs.

Darauf Auflachen in der ganzen Runde: „Sie wissen das und wollen es uns nur nicht sagen. Sie sind nicht allein."

Ich erklärte: genau das sei ich; meine Antwort sei zutreffend und könne nur wiederholt werden.

Der „Captain" erhob sich wutschnaubend und brüllte mich an: „Wo sind Ihre Kameraden? ... Ihre Helfershelfer? ... Ihre Komplizen? ... Ihre Mitverbrecher? ..."

Als ich darauf nun keine Antwort mehr gab, gab der Pole dem Sergeanten einen Wink – mit seinem Gummiknüppel schlug er wohl ein halbes Dutzend Mal auf mich ein. Ich blieb verbissen stehen. Dann wandte ich mich an die englischen Offiziere: „Ich nehme an, meine Herren, daß Sie eine derartige Behandlung eines Gefangenen nicht dulden werden."

Ich befand mich im Irrtum. Die beiden „Offiziere" brachen in schallendes Gelächter aus und nun schlug der Sergeant mit seinem Gummiknüppel gezielter zu: in den Nacken, in die Nierengegend, schließlich von vorne gegen das Zwerchfell, so daß mir der Atem stockte.

Wieder gab der Pole dem Prügel-Sergeanten einen Wink. Es wurde mir ein Stuhl angeboten – aber das war nur ein Trick: als ich mich setzen wollte, wurde der Stuhl blitzschnell weggezogen; ich stürzte zu Boden.

Wieder brachen die Offiziere Seiner Majestät in schallendes, wie mir schien tierisches Gelächter aus.

Ich versuchte zu protestieren – meine Worte wurden durch Gummiknüppelschläge auf den Kopf erstickt. Mit letzter Kraft erhob ich mich. Dann trat eine Pause ein. Ich stand halb zusammengesunken – von vier bestialisch blickenden Augenpaaren angestiert.

In den letzten Kriegsmonaten hatte ich einmal mit einem meiner beamteten Mitarbeiter über die uns eines Tages unvermeidlich bevorstehende Gefangennahme gesprochen. Er war ein welterfahrener Mann und meinte: Wenn man die Wahl

habe zwischen russischer, amerikanischer und britischer Gefangenschaft, dann müsse man jedenfalls der russischen zu entgehen versuchen, auch der amerikanischen sollte man sich möglichst entziehen; bei den Engländern dagegen gäbe es die Gewähr, fair und europäisch behandelt zu werden.

Nun war ich also bei den „fairsten“ unserer Gegner gelandet. Innerhalb von Sekunden wußte ich, daß von diesen fanatischen Akteuren des Hasses keine Gerechtigkeit zu erwarten war.

Diese Belehrung behielt ich fest im Gedächtnis.

Ich überlebte diese Stunden, weil ich mit meinen 43 Jahren noch als jung gelten durfte. Von den anderen, die wie ich in die Hände solcher Leute fielen und nicht überlebten, schweigt die Geschichte. Im 20. Jahrhundert gilt nicht nur der Satz: „Vae Victis“, sondern auch: „Dem Sieger ist alles erlaubt.“

In jenen Wochen wälzte sich die größte Verhaftungswelle aller Zeiten durch die deutschen Lande; nur dank Roosevelts rechtzeitigem Tod kam es wohl nicht zur Katyn-Erschießung von „49900“ Nationalsozialisten, wie der amerikanische Präsident dies nach einem Wortwechsel mit Stalin und Churchill in Teheran und Jalta gewünscht hatte (was wir damals noch nicht wußten, aber mitterweile dokumentarisch belegt ist).

•

Die Szene in der „Blutvilla‘ war nur der Auftakt. Man fesselte mich und warf mich mit „Hau-ruck“ in einen im Hofe stehenden Lastwagen, um mich solcherart zur nächsthöheren Dienststelle des „Secret Service“ zu transportieren. Sie war in Magdeburg in der Villa des bisherigen Reichsarbeitsministers und ehemaligen Stahlhelm-Bundesführers Seldte untergebracht.

Bei der Ankunft wurde ich wieder von einem „Offizier“ beäugt; das Ergebnis der wortlosen In-Augenscheinnahme war eine zusätzliche Fußfessel mit Kette. Nun erst schien ich der britischen Besatzungsmacht ungefährlich zu sein.

Man schleppte mich über den Hof in ein Rückgebäude, das zu Franz Seldtes Zeiten wohl für die Wirtschaftsräume und für Dienstpersonal eingerichtet worden war. Nach längerer Be-

trachtung, wie man meine „Sonderbehandlung“ besonders sinnreich gestalten könnte, beschloß man, mich in den engen Personalabort dieses Wirtschaftsgebäudes zu stoßen. An Füßen und Händen gefesselt, konnte ich nur stehen oder auf dem Becken sitzen.

Ich hatte nun Zeit, über das Geschehene nachzudenken. Unvermeidlich beunruhigte mich der Gedanke an Frau und Kinder: alles Geld war mir abgenommen und offenbar gestohlen worden – wie würden sie sich weiter durchschlagen können? Wie würden sie nach München kommen? Würde dort die Hilfe von Verwandten und Freunden ausreichen, um die Existenz meiner Familie zu sichern?

Was meine eigene Lage betraf, so war ich ganz ruhig geworden. Ich wußte – und dieses Wissen hat mich dann zehn weitere Jahre hindurch abwehrbereit gemacht: entehren kann der Mensch nur sich selbst, eine äußere Macht ist dazu nicht imstande. Wer versucht, einen ehrlichen Menschen zu erniedrigen, entehrt nur sich selbst. Über dieses Gesetz vermochten sich auch die nicht zu erheben, die derzeit Gewalt über mich hatten.

Tage und Nächte vergingen. Die Tage mit weiteren „Vernehmungen“ und immer neuen Gummiknüppel-Attacken, die Nächte in gekrümmtem Hocken. Nur jeden zweiten Tag gab man mir eine Tasse Tee und etwas Brot, gelegentlich ein Stück Käse. Langsam fühlte ich die Kräfte schwinden, mein Körper begann zu zittern; es wäre wohl nicht mehr lange so weitergegangen, auch die gesündeste Natur findet ihre Grenze.

Da wurde eines Tages wieder die Türe aufgeschlossen, und statt des Gummiknüppel-Sergeanten standen zwei unbekannte Offiziere draußen. Sie fragten mich nach meinem „Befinden“. Ich nannte es mit dem richtigen Namen und sah, wie die beiden bei meinem Anblick erschraken.

Man nahm mir zunächst die Fesselung ab, führte mich in ein Zimmer des Vorderhauses, bot mit Platz an einem Tisch an. Schon beim Betreten des gewärmten Zimmers wurde mein ganzer Körper von einem Schüttelfrost erfaßt. Man flößte mir Tee ein; dann durfte ich mich endlich einmal waschen und rasieren.

Zum ersten Male seit meiner Festnahme hatte ich den Eindruck, wieder Menschen begegnet zu sein. Die Nacht konnte ich wenigstens ausgestreckt auf einem Zimmerboden verbrin-

gen; ich schlief wie ein Toter und wachte erfrischt wieder auf. Nach dem Frühstück: Abtransport. Es sollte in ein Internierungslager gehen, aber wir landeten zunächst im Gefängnis Oschersleben.

Außer rotbemützten englischen Militärpolizisten tat hier auch noch ein seitheriger Beamter weiterhin seinen Dienst. Er stand am Eingang, erkannte mich sofort und meinte erschrocken: „Das ist ja unser Gauleiter." Mitleidig flüsterte er mir zu: „Aber haben Sie es denn gar nicht verhindern können, daß Sie denen in die Hände fielen?" Traurig schüttelte er seinen weißhaarigen Kopf.

Die Militärpolizisten brachten mich durch düstere Eisengittersperren die Treppe hinauf auf den Dachboden des Gefängnisses. In diesem, von Staub erfüllten großen Raum waren Dutzende von gefangenen politischen Leitern und SA-Führern aus meinem Gau untergebracht. Sie erkannten mich freudig, neugierig und wissensdurstig. Manche hatten noch Zigaretten, Kekse und sonstige Leckerbissen, mit denen ich gelabt wurde.

Gerade hatte ich auf dem bis zum letzten Platz belegten Dachboden noch eine Liegestelle eingeräumt bekommen und war dabei, mich einzurichten, als ein Militärpolizist erschien und mich wieder abholte. Er führte mich die Treppe hinunter in eine Einzelzelle und sagte dazu mit Blickrichtung zum Dachboden: „Kameraden ... nix gut ... nix gut." Ich mußte lachen; der Mann hatte es erfaßt!

Die Zelle war miserabel, stinkend, voll krimineller Wandschmierereien, eine quietschende Bettstelle. Im Treppenhaus und auf dem Korridor herrschte ständiger, lärmender Verkehr. Zum erstenmal hörte ich das später so vertraute „Let's go", das „Snell, snell", das „Come on boy" – die eisernen Vokabeln des Gefangenenlebens in britischer Haft.

Von den Kameraden auf dem Dachboden hatte ich noch erfahren, daß das Gefängnis Oschersleben nur ein Durchgangsgefängnis war, in dem die Sammeltransporte für die verschiedenen Internierungslager zusammengestellt wurden. Jeden Tag gingen solche Transporte ab. Ich hoffte zuversichtlich, recht bald dabei zu sein.

Früh am Morgen gab es gleich Hochbetrieb im ganzen Hause. Die Zellen wurden aufgeschlossen, die Gefangenen zum Reini-

gungsdienst eingeteilt. Mir wurden ein Eimer voll Wasser und einige Lumpen zum Aufwaschen des Korridorbodens in die Hand gedrückt.

Unvermeidlich gab es Zuschauer, darunter viele Bekannte aus meinem Gebiet, mit denen ich kurze Begrüßungsworte wechseln konnte. Es fehlte nicht an humorvollen Bemerkungen.

Ein Zuruf freilich war bitter, er traf mich wie ein Geschoß. Aus irgendeiner Zelle hörte ich: „Gauleiter, Du hättest Dir auch einen schöneren Tod aussuchen können!“ Ich vermochte keine andere Antwort zu geben als: „Vielleicht hast Du recht.“

Kaum war die Reinigungsarbeit beendet, kam die Weisung: „Alles fertigmachen zum Transport ... Antreten im Hof.“

Lastkraftwagen fuhren ein, das Aufsteigen begann. Meinem Versuch, mich anzuschließen, wurde von einem Militärpolizisten Einhalt geboten: „No, no.“

Erst als der Wagen voll besetzt, besser gesagt: voll bestanden war, erhielt ich die Weisung, vorn neben dem Fahrer Platz zu nehmen. Das war kein Vorzug: direkt hinter mir saß ein Posten mit einer Maschinenpistole.

Wir fuhren in nördlicher Richtung durch das Niedersachsenland. Unser Transport mit den zu einem Klumpen zusammengepferchten Menschen erregte Aufmerksamkeit. Oft winkte man uns wehmütige Abschiedsgrüße zu; wir empfanden das als ein Bekenntnis des anständigen deutschen Volkes zu uns und zu unserem Schicksal.

In einem Bauerndorf wurden wir aufgehalten, offenbar waren wir „unterirdisch“ angekündigt worden. Eine ganze Bauernfamilie hatte sich auf der Straße aufgestellt und unserem Begleitkommando durch Zeichen bedeutet, daß die auf langen Tischen aufgestellten Kannen mit Milch und die daneben liegenden Brote für uns bestimmt seien. Bauer, Bäuerin, Kinder und Mägde beteiligten sich an der Aktion.

Nach kurzem Halt fuhren wir weiter. Jenseits der Weser waren wir bald am Ziel, dem Eingang des Gefangenenlagers Westertimke. Noch ehe der Wagen stand, wurden wir von einem Schwarm englischer Soldaten umzingelt. Mit Holzknüppeln in der Hand und großem Stimmaufwand inszenierten sie eine Art Indianertanz. Mit dem Gebrüll „Snell, snell“ unter Einsatz ihrer Holzknüppel, vor allem gegen die Langsameren, d.h.

gegen Verletzte und Gebrechliche, vollzog sich unsere Einlieferung in das Lager. Drinnen wurden unsere Sachen, soweit sie die Vorstationen überlebt hatten, nochmals einer genauen Untersuchung unterzogen. Das besondere Interesse war auf Uhren, Zigarettenetuis, Feuerzeuge, Ringe und dgl. gerichtet' die – so alt und primitiv sie sein mochten – in den Augen auch dieser unserer Befreier hohen Kurswert besaßen.

Westertimke war zu Kriegszeiten ein deutsches Kriegsgefangenenlager gewesen; es hatte aber auch bereits seine besondere Nachkriegsgeschichte, denn hier hatte sich einige Wochen vorher der frühere Reichsführer SS, Heinrich Himmler, nachdem er sich zunächst unter falschem Namen in Kriegsgefangenschaft begeben hatte, dem Lagerkommandanten in seiner richtigen Identität offenbart. Er hatte die Absicht und den Wunsch geäußert, dem Feldmarschall Montgomery gegenübergestellt zu werden. Nach einigen Stunden der Isolierung im Lager war Himmler abtransportiert worden; später soll er durch eine in einer Zahnlücke versteckten Giftampulle Selbstmord verübt haben.

Die wahllosen Verhaftungsmethoden der Besatzungsmacht hatten die Folge, daß die meisten der hier Internierten nur „Mitläufer" gewesen waren. Nur wenige gaben zu, „dabei gewesen" zu sein. Die meisten hatten „alles gewußt", und viele hatten „alles schon lange kommen sehen". Ich mußte an meine Vorschläge im Frühjahr 1933 denken, als ich die Ansicht vertrat, es wäre besser, wenn wir eine Minderheit geblieben wären, wenn wir Neuaufnahmen in die Partei abgelehnt hätten, als die Macht und ihre Vorteile winkten. Aber auch eine entgegengesetzte Auffassung meldete sich. Hatte sich unsere große Volksgemeinschaft nicht doch buchstäblich bis zur letzten Stunde bewährt? Gab es nicht auch Anständige, die einfach nur aus weichem Holz geschnitzt sind? Das erschütternde Erlebnis der letzten Wochen konnte wahrlich auch Standhafte ins Wanken bringen. Eine massive Propaganda hatte eingesetzt; wir wurden Vorgängen konfrontiert, die als unglaublich gelten und als grauenhaft anerkannt werden mußten. Mir selbst hatte man in den Vernehmungen schon das Konzentrationslager Buchenwald vorgehalten. Das lag bei Weimar, also nicht in meinem Gau: dennoch konnte ich nicht unberührt sein von

den Zuständen, die die amerikanischen Truppen dort beim Einmarsch angetroffen hatten. Gewiß ließ sich dazu einwenden, daß hier und in anderen Konzentrationslagern offenbar während der letzten Kriegsmonate eine Katastrophe stattgefunden hatte, deren die Verantwortlichen nicht Herr geworden waren. Aber konnte man von jedem schlichten Deutschen erwarten, daß er so genaue Unterscheidungen traf, daß er das Politische und Einseitige in der massiven Greuelpropaganda durchschaute? Daß er erkannte, wie wichtig es dem Gegner sein mußte, uns im Streit über die Vergangenheit auseinanderzureißen und gegen einander zu hetzen?!

Die Vergangenheit war nun nicht mehr zu ändern. Es blieb die Pflicht, an die Zukunft zu denken. Das konnten wir nur, wenn wir nicht den haßerfüllten Gegner, sondern ausschließlich unser eigenes Gewissen als Richter anerkannten.

Gegenwartsgeschehnisse waren es, die uns damals beunruhigten: Durch neu eingelieferte Gefangene erfuhren wir Ende Juni, daß sich zum 2. Juli das sowjetische Besatzungsgebiet beträchtlich nach Westen erweitere. Mein ganzes ehemaliges Tätigkeitsgebiet wurde damit durch die Rote Armee besetzt. Viele von uns hatten ihre Familien dort; sie rätselten beunruhigt über die Zukunft. Auch ich hatte meine Frau und meine Kinder in einem Ort zurücklassen müssen, in dem jetzt die Russen ihren Einzug hielten.

Es waren nicht nur solche persönlichen Sorgen, die uns dabei bedrückten. Wir aus Mitteldeutschland wußten um das industrielle und landwirtschaftliche Potential, das hier den Russen in die Hände fiel. Vergeblich suchten wir eine Antwort auf die bange Frage, welcher politische Gedanke hier Pate gestanden hatte. Was sollte angesichts solcher Teilung aus Deutschland werden?

Wenige Wochen später hörten wir Meldungen von der Konferenz von Potsdam, auf der die Siegermächte sich angeblich über das deutsche Zukunftsschicksal geeinigt hatten – keine einzige deutsche Stimme war dazu gehört worden.

Und wir erfuhren nicht zuletzt die Einsetzung eines interalliierten Gerichtshofes in Nürnberg und die bekannten Namen der Angeklagten, die dort als „Hauptkriegsverbrecher" verurteilt werden sollten. Weitere Prozesse sollten folgen.

Bald freilich wurde die Erregung über Nachrichten dieser Art mehr und mehr gedämpft durch das dominierende Erlebnis des allgemeinen Hungers. Die Verpflegung bewegte sich im untersten Bereich des Existenzminimums und fast täglich erlebten wir bei den Zählappellen, daß Kameraden zusammenbrachen und weggetragen werden mußten. Das Problem der Kalorien wurde zum Gesprächs-Thema Nummer Eins.

Trotz des Hungers wurde das Lager freilich mehr und mehr „typisch deutsch"; es entfaltete sich ein lebhafter Lehr- und Lernbetrieb, schließlich auch ein erstaunlich reiches Kulturleben. Vorträge fanden statt, die sich mit den verschiedenartigsten Themen beschäftigten, Astronomie und Geographie, deutsche Dichter und Maler, Kunst und Philosophie – bis zur Atomphysik: alles wurde von Fachleuten erörtert, an denen das Lager ebensowenig Mangel hatte wie an Lehrkräften, die Fremdsprachenunterricht, Stenographie, kaufmännische Lehrgänge usw. durchführten.

Ein unvergeßlicher Abend ist mir in der Erinnerung geblieben: einer der bekanntesten Berliner Pianisten hatte einmal ein Lied komponiert, das dem Reichsjugendführer von Schirach besonders gefallen hatte. Der Komponist war darob zum Ehrenführer in der Hitler-Jugend ernannt worden. Wegen dieser „Belastung" befand er sich nun bei uns.

Von rührigen Kameraden war in der Kommandobaracke ein altes Klavier entdeckt und – da es sehr verkommen war – mit viel Geduld in einen ordnungsmäßigen Zustand versetzt worden. Nun lud der Pianist zu einem Beethoven-Abend ein. Ich hatte mancherorts in großen Konzertsälen bedeutende Beethoven-Interpreten gehört. Nie aber war ich so aufgewühlt von der Botschaft des großen deutschen Musiktitanen, wie an diesem Abend. Vielen, die in der prallgefüllten Holzbaracke an diesem Erlebnis teil hatten, liefen die Tränen der Ergriffenheit von den Wangen. Das Spiel war meisterhaft – als der letzte Ton verklungen war, verließen wir alle lautlos den Saal. Draußen wölbte sich ein herrlicher Sternenhimmel.

*

Bald nach diesem Konzert – an einem Septemberabend – wurde zusammen mit einigen Dutzend anderer auch meine Ge-

fangenennummer aufgerufen. Wir hatten uns für den nächsten Morgen zum Abtransport bereitzuhalten. Wohin – das wußte niemand.

Abends machte ich noch einige Abschiedsbesuche in den verschiedenen Baracken; am nächsten Morgen stand ich mit einem kleinen Häuflein auf dem Appellplatz zum Abtransport bereit. Erneut fuhren wir dann über die Straßen des schönen norddeutschen Landes, an winkenden Frauen vorüber, durch saubere, schmucke Dörfer. Wir passierten eine Kleinstadt und erlebten bereits das Gedränge ausländischer Reporter, die in diesen Tagen zu dem dort beginnenden Belsen-Prozeß eingetroffen waren.

Wie einige von uns vermutet hatten, war unser Ziel das Lager Fallingbostel.

Kurz vor der Ankunft gab es noch eine kleine Aufregung. Ein Mitgefangener hatte im Ort Fallingbostel heimlich einen Brief an seine Frau vom Wagen fallen lassen. Kurz vor dem Lager überholte uns eine Kraftfahrpatrouille. Wir mußten anhalten. Ein Offizier wollte den „Täter" feststellen. Auf die Drohung, daß der gesamte Transport mit Karzer gestraft werde, meldete sich der Unglückliche; er wurde sofort vom Wagen geholt.

Sein „Verbrechen" war mehr als verständlich. Wir waren nun schon Monate von der Außenwelt abgeschnitten; wiederholte Anträge auf Schreiberlaubnis waren stets abgelehnt worden. Schon in Westertimke waren Frauen und Kinder von Gefangenen im hohen Getreide mühsam an die Stacheldrahtumzäunung herangeschlichen, um durch Zurufe wenigstens einige Mitteilungen mit uns auszutauschen. Meist wurden sie von einem patroullierenden Jeep ergriffen, oft auch von den Wachtürmen herunter beschossen.

*

Auch das Lager Fallingbostel war ein ehemaliges Kriegsgefangenenlager gewesen; das Lager war größer als Westertimke, der Betrieb ähnlich.

Eine Besonderheit gab es im Lager Fallingbostel: im Frauenlager, das von dem unsrigen nur durch eine hohe Zeltplanenwand getrennt war, hatte sich ein munterer Chor zusammengefunden; wir lauschten ergriffen den Weisen aus einer anderen Welt und dankten mit wildem Bravissimo.

Ein weiterer Vorzug des Lagers war der Blick in die uns umgebende herbstliche Landschaft – in ihrer friedlichen Anmut erschien sie uns wie ein romantischer Traum.

Ich traf auch in Fallingbostel alte Bekannte – sogar einen einstigen Schulkameraden. Eines Tages begegnete ich zu meiner Überraschung dem ehemaligen Gauleiter von Danzig, Albert Forster. Seine Frau hatte ich im Frauenlager Westertimke von ferne gesehen – so konnte ich von ihrem dortigen Aufenthalt berichten. Natürlich besprachen wir das Kriegsgeschehen. Forster vertrat die Ansicht, der Polenkrieg sei unvermeidlich gewesen, auch wenn Hitler sich ihm mit allen Mitteln weiter hätte entziehen wollen. Durch die englische Garantie seien die Polen in ihrer antideutschen Haltung so bestärkt worden, daß kein Kompromiß möglich war. In bezug auf seine eigene Zukunft gab sich Forster einem erstaunlichen Optimismus hin. Über seine bisherige Behandlung durch die Engländer habe er nicht zu klagen. Er sei ja eine Zeit lang das Staatsoberhaupt von Danzig gewesen; deshalb glaube er nicht, daß die Westmächte ihn an die Polen ausliefern würden. Ich warnte Forster: noch sei der Friede nicht ausgebrochen. Leider behielt ich mit meiner Warnung recht. Forster wurde schon am nächsten Tage in einen anderen Teil des Lagers verlegt und bald an die Polen ausgeliefert, die ihn nach dem üblichen Schauprozeß hinrichteten.

*

Auch mir war die Station Fallingbostel nur kurze Zeit bestimmt. Es war noch im September: ich ging ahnungslos nachmittags mit einem Kameraden auf der Lagerstraße spazieren, als der jüdische Master-Sergeant, den wir Sally nannten, im Eilschritt auf mich zukam und mich aufforderte, sofort transportbereit zur Lagerleitung zu kommen. Mein Bündel war schnell geschnürt. Gerade konnte ich noch einigen Barackenkameraden die Hand drücken, dann ging es im Eilmarschtempo zur Kommandantur. Auf meine Frage nach dem Fahrtziel antwortete „Sally“ ausweichend und siegesbewußt: „Sie sind ein großer Kriegsverbrecher und werden nunmehr Ihrer Bestrafung zugeführt.“

Wider Erwarten ging es jedoch nicht auf Transport, sondern in eine Arrestzelle. Erst nach zwei Nächten, als ich gerade zu einem mageren Stück Brot eine Tasse erfreulicherweise guten Kaffee genoß, wurde ich von zwei Posten abgeholt und zum Lagertor gebracht. Also doch: Transport, wenn auch mit Verzögerung. Am Lagertor mußte ich eine Weile warten. Grimmig aussehende Gestalten lungerten herum. Als ich einen dieser Gesellen fragte, wohin der Transport wohl gehe, tat er erstaunt und fragte höhnisch: „Transport?“ Er machte eine Geste um den Hals und deutete auf die Halle in der Nähe und verkündete lachend: „Death by hanging“ (Tod durch Erhängen).

Das Gefangenenleben ist nicht frei von Überraschungen; statt des angekündigten Henkers erschienen zwei Offiziere, die soeben aus einem eleganten Personenwagen ausgestiegen waren; sie verhandelten kurz mit dem Wachhabenden, führten mich dann zu ihrem Auto und forderten mich auf, im Fond des Wagens Platz zu nehmen. Der jüngere – im Range eines Oberleutnants – setzte sich ans Steuer, der ältere, ein Major, erklärte mir: sie seien kanadische Offiziere und, da sie nach Hessen unterwegs seien, beauftragt worden, mich nach Marburg an der Lahn mitzunehmen, wo ich bei den amerikanischen Behörden „benötigt“ werde. Die beiden hatten offenbar sonst nichts mit Häftlingen zu tun, sie sahen zivilisiert aus, sprachen gut Deutsch und zeigten sich im Gespräch überdurchschnittlich gebildet. Ich gewann den Eindruck, daß es sich um Presse-Offiziere oder Angehörige einer kriegsgeschichtlichen Kommission handelte.

Mit sportlichem Elan fuhren wir in einen schönen herbstlichen Tag hinein. Ich saß fast wie ein Privatmann im eleganten Polster des Wagens, nur meine abgenützte dürftige Kleidung paßte nicht so recht.

Wir kamen bald ins Gespräch; die beiden interessierten sich für meinen Lebensweg, sie wollten meine Meinung über Göring, Himmler, Bormann und Ribbentrop wissen. Unerschöpflich war ihr Interesse an Hitler. Was ich von den großen Verbrechen hielte, die begangen worden seien?

Ich sagte offen meine Meinung. Das meiste, was jetzt „enthüllt“ werde, sei mir völlig unbekannt und auch unbegreiflich. Zunächst müßte untersucht werden, was wirklich war. Von

Rachejustiz hielte ich nichts, am allerwenigsten von einer kollektiven, wie man sie jetzt mit dem „Automatic Arrest“ betreibe. Das angekündigte Nürnberger Gericht sei doch offenkundig kein internationales, sondern ein alliiertes Siegergericht. Nicht nur die Sowjetunion sei darin vertreten, die Katyn zu verantworten habe – auch Dresden und Hiroshima seien Kriegsverbrechen gewesen. Man könne nicht überzeugend nur auf der einen Seite Verbrechen suchen und bestrafen. Ganz abgesehen davon könne man politisch-geschichtliche Taten – und auch Untaten – nicht mit den Maßstäben der Friedensmoral messen. Ebensowenig wie sich das Christentum nur unter dem Kriterium mittelalterlicher Inquisitionsverbrechen bewerten ließe, könne man Hitler und sein Drittes Reich nur aus der KZ-Perspektive beurteilen. Oder sollten wir die westliche Welt allein an der Roosevelt-Forderung nach „bedingungsloser Kapitulation“ oder gar nach den Zielen des Morgenthau-Planes messen?

Den Historikern der Zukunft werde Hitler sicher anders erscheinen als jetzt in den Tagen seines Unterganges.

Meine Worte stießen zwar fühlbar auf inneren Widerspruch, aber die beiden versicherten mir: „Wir wollten nur Ihre Ansicht hören; wir nehmen sie Ihnen nicht übel. Wir sind keine Morgenthau-Boys.“

Ich nahm die Gelegenheit wahr, um zu fragen: „Was geschieht nun mit mir?“ Der Major sah mich prüfend an: „Wenn Sie kriminelle Taten zu verantworten haben, werden Sie verurteilt. Wenn nicht, werden Sie sicher bald entlassen.“

Ich konnte mich nicht enthalten, zweifelnd zu antworten: „Ich wünschte, Sie hätten recht!“

Darauf der Major: „Wir bestrafen nur Taten, keine Gesinnung!“

Das war ein ermutigendes Wort – aber die beiden Kanadier waren nicht die „Alliierten“, und so erwies sich ihre zuversichtliche Antwort als wohlgemeint, aber falsch.

In Marburg angekommen, fuhren wir nach einigen Irrfahrten vor einem roten Backsteingebäude mit vergitterten Fenstern vor. Wir waren am Ziel.

Ich dankte meinen ritterlichen Begleitern für die anständige Behandlung während der Fahrt – ein Picknick im Walde hatte

nicht gefehlt; auch sie wünschten mir trotz allem alles Gute.

Die nunmehrige Station meiner Gefangenschaft war das Gefängnis Marburg an der Lahn. Ich war jetzt Gefangener der amerikanischen Besatzungsarmee, und mein weiteres Schicksal lag in den Händen des C. I. C. – der amerikanischen Kollegen des „Secret Service".

In der ersten Zeit meiner Marburger Zelleneinsamkeit beruhigte mich der Gedanke, daß ich mich doch nun wenigstens in meiner hessischen Heimat befand. Nur hundert Kilometer von hier war Fulda, wo meine Geschwister lebten. Marburg selbst war mir aus den Jahren des politischen Kampfes bekannt. Hier hatte sich unser Hauptquartier befunden, wenn wir im Rahmen einer Redneraktion mit bepackten Rucksäcken auf dem Rad in die benachbarten Orte fuhren, um abends in Arbeiter- und Bauernversammlungen zu sprechen – damals in den dürren Jahren unseres Kampfes um die Macht.

Gelegentlich drang durch die Gitter meines Fensters Hausmusik aus einer bürgerlichen Wohnung in der Nachbarschaft: Klavier und Geige, die Barcarole, das Largo von Händel, das Ständchen von Haydn, und unvergeßlich eines Abends das Ave Maria von Gounod.

Eines Tages kam ich endlich zum Verhör: ein amerikanischer Offizier mit einer deutschen Dolmetscherin fragte mich ausführlich nach meinen Personalien, und wieder – wie schon im englischen Lager – mußte ich die Aufgaben der Ämter umreißen, die ich innegehabt hatte.

Als ich zum zweiten Mal zum Verhör gerufen wurde, erklärte mir der Offizier, in meinem Gaugebiet seien „große Verbrechen gegen die Menschlichkeit" begangen worden. Ein besonderer Prozeß darüber werde stattfinden. Ich solle alles eingestehen. Ich wußte von keinem „großen Verbrechen" in meinem Gebiet und glaubte, es handle sich nur um eines der üblichen Vernehmungsmanöver. Meine Fragen, um was für ein Verbrechen es sich handeln solle, blieben unbeantwortet. Als der Offizier dann gar noch von „einigen hundert Menschen" sprach, die bei Kriegsende in meinem Gebiet erschossen worden seien, konnte ich mit gutem Gewissen sagen, daß mir davon nicht das geringste bekannt sei. Ich wurde in meine Zelle zurückgebracht.

Wenige Tage später hieß es wieder: „Fertig machen." Ziel des Transportes, immer wieder unterbrochen von Zwischenaufenthalten vor Gefängnissen, aus denen wir einzelne Häftlinge aufnahmen, war das Lager Zuffenhausen bei Stuttgart. Spät abends trafen wir dort ein.

Die zu unserem Empfang angetretenen Posten trieben uns ohne jegliche individuelle Behandlung in einen Holzschuppen, der offenbar für späte Zugänge als vorläufiges Nachtasyl diente. Es gab kein Licht darin, wohl aber drang durch die Ritzen Kälte und Regen ein, der auf dem Boden Pfützen bildete. An Liegen war nicht zu denken, es hätte nur der nasse Lehmboden zur Verfügung gestanden. Zum Glück hatten ein paar Kameraden noch einige Essensvorräte bei sich, von denen sie mir etwas abgaben. Ich hatte den ganzen Tag über noch nichts bekommen. Sogar einige Zigaretten wurden organisiert. Gedrängt auf den Bündeln unserer kleinen Habe sitzend, tauschten wir im Dunkel die wichtigsten Neuigkeiten aus den alliierten Gefängnissen und Lagern aus. Gefangene aus allen drei westlichen Besatzungszonen waren unter uns vertreten – ihr Bericht von der „Umerziehung" war ebenso anschaulich wie düster. Ich erfuhr, daß Zuffenhausen, das amerikanische „Camp 78" – in einer Wehrmachtskaserne untergebracht – als ausgesprochenes „Kriegsverbrecher-Lager" bereits einen Namen hatte.

In den frühen Vormittagsstunden kam Bewegung auf. Schlepper des C. I. C. drangen lärmend in unseren Schuppen ein, holten uns in Gruppen von jeweils etwa 10 Mann heraus und trieben uns unter lebhaftem „let's go" und unter drohendem „snell, snell" in das naheliegende „Administrationsbuilding".

Dort wurde von einer Kommission jedem Einzelnen Block und Stube zugewiesen. Bei diesem Vorgang, bei dem die C.I.C.-Schlepper ihren „Einbringling" bereits zum Weitertransport umstanden, war für sie mein bisheriger Dienstgrad hörbar geworden. „Oih, ein Gauleiter" tanzten sie indianerhaft um mich herum, jagten mich mit Stößen und Tritten die Treppe hinunter. Dort wartete eine Gruppe von Häftlingen, die die Neuankömmlinge im Lager zu den bestimmten Blöcken zu bringen hatten. Sie schauten mich mitleidig an, und einer der Landser

meinte auf berlinerisch: „Da biste bei die richtigen Demokraten gelandet.“

Unser Weg auf der breiten Lagerstraße war nicht lang. Ich war bereits beim zweiten Block links am Ziel. Die Blocks waren durch Stacheldrahtzäune voneinander getrennt, ihre Eingänge einzeln von Soldaten bewacht.

Am Eingang unseres Blocks stand ein amerikanischer Neger. Sein Gewehr hatte er in das Schilderhaus gestellt, davor hatte sich der schwarze Sohn aus Manhattan ein Feuerchen angemacht, trotzdem zitterte er vor Kälte.

Ich wurde in eine bereits belegte Mannschaftsstube eingewiesen – dort waren wir nunmehr zwölf Mann: Soldaten, Zivilisten, auch Auslandsdeutsche aus Serbien und dem Banat.

Alles Mobiliar aus dem Kasernement – auch die Soldatenbetten – war herausgerissen worden: stattdessen hatten die Häftlinge des Lagers aus frisch geschlagenem Tannenholz zweistöckige Bettstellen angefertigt, die rasch zusammengenagelt, im Raume standen.

Zwar waren für uns Neuangekommenen noch keine Strohsäcke vorhanden, doch waren wir nach der feuchten Nacht im Schuppen froh, in einem festen Bau Quartier bezogen zu haben.

Das interne Lagerleben verlief – soweit es nicht durch Verhöre unterbrochen wurde – nach dem Prinzip der Selbstverwaltung: unserem Gebäudeblock stand ein prominenter deutscher Kriegsgefangener vor: der General der Waffen-SS Gille – ein stiller Gelehrtentyp und trotzdem Träger höchster Kriegsauszeichnungen. Noch einem weiteren hohen SS-Führer begegnete ich in meinem Block: dem Obergruppenführer Prinz Josias von Waldeck, außerdem dem früheren Bürgermeister und dem Polizeipräsidenten von Wien, dem ehemaligen Chef des Wehrmachts-Sanitätswesens, Generalarzt Dr. Handloser u.a.

Es war unverkennbar: die meisten der Häftlinge hatten in der Vergangenheit irgendwann und irgendwie eine Funktion ausgeübt: als Offiziere, Beamte, als Industrielle, Wissenschaftler oder als Parteifunktionäre. In anderen Blocks sollen – so hörte ich, noch zwei meiner Gauleiter-Kollegen Karl Wahl (aus Schwaben) und Franz Hofer (Tirol), außerdem der ehemalige Reichsstatthalter von Bayern, General Ritter von Epp und der Reichs-

postminister Dr. Ohnesorge untergebracht gewesen sein. In einem besonderen Block des Lagers waren Offiziere und Männer der SS-Leibstandarte „Adolf Hitler" untergebracht – aus ihnen rekrutierte sich später der berüchtigte „Malmedy-Prozeß".

Es gab freilich nicht nur bekannte und wichtige Persönlichkeiten im Lager, auch viele „kleine Fische" – einfache Männer, denen vorgeworfen wurde, daß sie im Kriege irgend einem polnischen Fremdarbeiter eine Ohrfeige gegeben hätten und nun deshalb eines „Verbrechens gegen die Menschlichkeit" angeklagt wurden. Zahlreich waren Gendarmeriebeamte, Landjägermeister u.ä., denen meist kollektiv die Mitwirkung an der Verfolgung, gelegentlich auch Tötung von abgesprungenen feindlichen Terror-Fliegern vorgeworfen wurde.

Es war offensichtlich, daß in Zuffenhausen nach „Sachverhalten" gesucht wurde, um eine möglichste Vielzahl von weltpropagandistisch verwertbaren „Kriegsverbrecher"-Prozessen zustande zu bringen, die alle nur deutsche Untaten plakatieren und damit die alliierten Verbrechen der Vergessenheit überantworten sollten.

Ich rätselte herum, warum und wieso ich hierher verlegt worden war. Es war mir zwar längst klar, daß den Alliierten nichts erwünschter sein konnte, als einen Gauleiter krimineller Handlungen zu bezichtigen. Aber mir fehlte – außer den undeutlichen Bemerkungen des Marburger Vernehmungs-Offiziers – jeglicher Anhaltspunkt. Erst durch ein in das Lager geschmuggeltes Zeitungsblatt und einem darin enthaltenen Schreckensbericht erfuhr ich, daß in Gardelegen, einer Kreisstadt im westlichen Teil meines Gaues, in den letzten Kriegstagen eine Kolonne von KZ-Gefangenen auf dem Fußmarsch nach Westen niedergemacht worden war.

Diese Nachricht traf mich schwer. Bis jetzt hatte ich im besten Glauben gelebt, daß in dem von mir politisch geleiteten Gebiet selbst bis in die letzten Minuten vor dem Einmarsch der Besatzer keines der seither so laut verkündeten Verbrechen begangen worden war. Jetzt wußte ich endlich, was der amerikanische Offizier in Marburg meinte, als er von einem „Monstre-Verbrechen" sprach, ohne es konkret zu nennen. Ich hörte nun, daß mehrere Häftlinge sich wegen der Teilnahme an den Gardelegener Geschehnissen im Lager Zuffenhausen befänden. Und daß

in der Reihe der in Aussicht genommenen großen Prozesse auch ein „Gardelegen-Prozeß“ genannt worden sei.

Jetzt war mir endlich klar, weshalb ich hier war: der Gauleiter und Reichstatthalter an der Spitze der Angeklagten – so mußte der Prozeß die gewünschte Aufmerksamkeit in der Weltpresse finden.

Nach langen Wochen ungewissen Wartens wurde ich eines Morgens zur Vernehmung bestellt. Im C.I.C.-Gebäude galt ein strenges Zeremoniell: in einem Flur hatten wir mit dem Gesicht zur Wand zunächst bis zum Abruf in das Vernehmungszimmer in „Bereitschaft“ zu stehen. Jede Unterhaltung war verboten. Posten mit Maschinenpistolen patroullierten auf und ab und achteten darauf, daß unsere Fußspitzen die Wand berührten und auch unsere sonstige Haltung „respektvoll“ war. Der Abruf zum Verhör konnte – wenn man Glück hatte – schon in der ersten Stunde erfolgen, vielleicht aber auch erst mittags. Mich stieß nach zwei Stunden ein Sergeant an und führte mich mit einem „Come on boy“ in ein Vernehmungszimmer.

Dort stand ich einem C.I.C.-Offizier gegenüber, der hinter einem Schreibtisch saß, neben sich einen Scheinwerfer installiert hatte und mich sachlich musterte. Zunächst mußte ich einen Meter vor der Tür, genau an einem dicken Kreidestrich stehen bleiben; erst nach einer längeren Weile stiller Beobachtung wurde ich an den Tisch befohlen. Der C.I.C.-Offizier sprach fließend Deutsch; nach seinem Erscheinungsbild und aus seinen äußeren Manieren war er zweifellos ein Emigrant, der nun als „deutscher Spezialist“ beim C.I.C. in Diensten stand.

Das erste Verhör war nicht problematisch – nur eine Vernehmung zur Person. Gegen Mittag war ich entlassen. Ich hatte mich dann wieder in die Reihe der auf dem Gang stehenden lebenden Wand-Statuen einzureihen; erst als alle Häftlinge aus dem Verhör entlassen waren, ging es in geschlossenen Kolonnen wieder auf die Lagerstraße und in die Blocks zurück.

Nach dieser ersten Vernehmung trat wieder eine wochenlange Pause ein bis ich erneut eines morgens ab 9 Uhr in der ausgerichteten Galerie der Vernehmungsdelinquenten mit den Fußspitzen an der Wand und mit dem Gesicht zur Wand auf das „Come on boy“ wartete.

Dieses Mal wurde ich von einem anderen C.I.C-Offizier vernommen. Er schien ein „Psychologe“ zu sein und ein Experiment mit mir zu beabsichtigen. Nachdem ich wieder eine Zeitlang an dem Kreidestrich vor der Tür in Habt-acht-Stellung gestanden hatte, begann das Verhör mit einer geheimnisvollen Zeremonie. Ich mußte sämtliche Taschen meiner Kleidung entleeren und alle Gegenstände auf zwei Stuhlsitze legen. So lagen mein Taschentuch, mein Beutelchen mit Tabak, mein Zigarettenpapier, mein Bleistift und mein Eßlöffel in einer von dem Offizier dirigierten magischen Anordnung auf den Stuhlsitzen ausgebreitet. Die Sache wurde noch spannender, indem die Gegenstände mehrmals neu angeordnet wurden.

Nach dieser Einleitung kamen die ersten verwunderlichen Fragen: Ob ich verheiratet sei? Ob ich Kinder habe? Und wieviele? Ob ich meine Frau auch liebe? Ob ich sie sehr liebe? Ob ich auch meine Kinder liebe? Ob ich sie sehr liebe?

Und dann nach einer Pause, bedächtig langsam gesprochen die Frage: Ob ich meine Frau und meine Kinder noch einmal in meinem Leben wiedersehen wolle?

Ich antwortete: „Das hoffe ich sehr, und zwar sogar bald.“ Ich habe kein kriminelles Verbrechen begangen und könne nicht recht glauben, daß ich von den Amerikanern wegen meiner politischen Gesinnung bestraft werde.

Während dieses Gespräches bediente der Offizier wieder einen grellen Scheinwerfer, um in der heißen Bestrahlung meines Gesichtes jedes Mienenspiel deutlich beobachten zu können.

Dann endlich kam der Vernehmer auf den Kern der Sache: Er wollte wissen, welche Stellen der Partei, des Staates und der Wehrmacht für den Raum Gardelegen zuständig waren.

Und dann: ich solle nicht leugnen. Die Schuldigen an dem unmenschlichen Verbrechen befänden sich bereits alle in amerikanischer Haft, hätten auch schon ausgesagt, und nun sei die Reihe an mir. Im Bewußtsein seiner Mitschuld habe der Standortälteste der Garnision Gardelegen bereits Selbstmord begangen. Ich sei – das könne ich wohl nicht abstreiten – für den Bereich, in dem sich das „Monstre-Verbrechen“ ereignet habe, der zuständige Reichsverteidigungskommissar gewesen.

Ich erklärte, zu dieser zweifellos abscheulichen Untat keinerlei aufklärende Aussagen machen zu können. Ich habe erst-

malig in Zuffenhausen davon gehört und nicht einmal hier daran glauben können. Es habe mich sehr betroffen, daß das in meinem ehemaligen Gebiete geschehen sein soll.

Der Offizier: das alles genüge nicht. Wenn ich meinen Kopf retten wolle, dann müsse ich den Beweis für meine Unschuld erbringen.

Es stehe schlecht, sehr schlecht um mich.

Ich verließ den Raum in dem Gefühl, in den Strudel einer Hexenjagd geraten zu sein ...

*

Mittlerweile – es war Anfang Dezember – hatte die Lagerführung bekannt gegeben, daß endlich Schreiberlaubnis erteilt worden sei. Jeder Gefangene dürfe einmal im Monat einen Brief an seine Angehörigen richten. Ebenso dürften Sendungen von zu Hause empfangen werden. Der Jubel im Lager war groß, und man hörte, daß die Änderung durch das mutige Eingreifen des Kölner Bischofs Frings erwirkt worden sei.

Offizielle Briefbogen wurden verteilt, die Zeilenzahl war beschränkt, aber sie genügte, um unsere ersten Lebenszeichen seit Kriegsende an unsere Familien zu senden. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Briefe der Zensur durch den C.I.C. unterlägen und nur Nachrichten rein familiären Inhalts zulässig seien.

So saßen denn in allen Stuben die Häftlinge still und konzentriert in Gedanken, um ihre Grußbotschaft in wenigen Worten zum Ausdruck zu bringen.

Ich hatte keine Ahnung, wo meine Frau sich befand, so richtete ich meine Mitteilung an meine Schwiegermutter nach München. Wenn überhaupt jemand vom Schicksal meiner Familie wußte, dann war sie es.

Wir zählten dann in banger Erwartung die Tage – wie ein Alarmruf wirkte bald die Nachricht: die erste Post ist da! Der Lagerleiter war umringt, als er die Namen der Glücklichen verlas. Es waren zunächst nur wenige. Für mich war nichts dabei gewesen.

Als aber einige Tage später die ersten Pakete in unseren Block kamen, traute ich meinen Ohren nicht: mein Name war aufgerufen worden. Als Absender las ich die vertrauten Schriftzüge

meiner Frau und die Münchener Anschrift ihrer Mutter – ein Alpdruck wich von mir. Im Paket waren die brauchbaren Dinge, die ich in meinem Brief an die Oma genannt hatte: ein englisches Lehrbuch, Schreibhefte, Bleistifte, Goethes Faust ..., aber auch ein hausgebackener Kuchen und ein Stück niederbayerisches Rauchfleisch!

Einige Tage später, kurz vor Weihnachten, kam dann auch noch der Brief, der eigentlich zum Paket gehörte. Nun erfuhr ich zum ersten Mal vom Schicksal meiner Frau: sie hatte tatsächlich noch das Einrücken der Roten Armee im Harz miterleben müssen. Erst im Herbst war es ihr gelungen, unter elenden Strapazen nach München durchzukommen. Ein dumpfer Schmerz klang aus ihren Zeilen. Die nun knapp einjährige Astrid hatte sie krank in einem Wernigeroder Stift zurücklassen müssen, um das Leben dieses Kindes nicht aufs Spiel zu setzen. Nun wartete sie auf eine Gelegenheit, die Kleine durch eine charitative Organisation nach München bringen zu lassen. Aus dem Brief klang die Hoffnung, mich bald wieder in Freiheit zu sehen und dann gemeinsam ein neues Leben zu beginnen.

Das war in der traurigen ersten Weihnacht der Gefangenschaft meine Weihnachtsbotschaft.

Es wurde im Lager Zuffenhausen eine merkwürdige, aber doch deutsche Weihnacht. In jedem Block, auch in unserem, hatten die Häftlinge eine gemeinsame Feier vorbereitet. Von geschickten Händen war in den einzelnen Stuben Baumschmuck gebastelt worden, sogar Kerzen wurden fabriziert: von den ausgegebenen amerikanischen Tropenpackungen war das Wachs abgeschabt, und aus Stoffresten waren Dochte gefertigt worden. Solche Kerzen in allen möglichen Formen brannten am Weihnachtsabend in unseren Stuben. Unser aller Gedanken wanderten weit weg von der düsteren Gegenwart.

*

Am Ausgang unsererс Blocks war eine Bekanntmachung des Nürnberger „Internationalen Tribunals" zu lesen! Wer eine wichtige Aussage zur Entlastung der in Nürnberg angeklagten Personen und Organisationen zu machen habe, könne sich melden. Zusätzlich wurde mitgeteilt, die in Nürnberg tätigen Verteidi-

ger kämen von Zeit zu Zeit in das Lager; zu Besprechungen mit ihnen könnten sich Häftlinge melden, die hinsichtlich der angeklagten Organisationen wichtige Aussagen zu machen hätten.

Als „verbrecherisch“ sollten in Nürnberg außer dem Generalstab, der Reichsregierung, der Gestapo, der SS und SA auch das „Korps der politischen Leiter“ erklärt werden. Selbstverständlich fühlte ich mich zur Mithilfe verpflichtet.

Eines Tages wurde ich aufgerufen und mit anderen Häftlingen, die sich ebenfalls gemeldet hatten, zum C.I.C.-Gebäude geführt. Dort waren mehrere Nürnberger Verteidiger anwesend und machten uns mit dem Problem vertraut. Es ging vor allem um die in der Anklage enthaltenen Unklarheiten und falschen Hypothesen über die Ziele und Methoden der von einer Kollektiv-Verurteilung bedrohten Organisation. Dem gegenüber wünschte die Verteidigung eine klare, objektiv richtige Übersicht sowohl über die tatsächlichen Aufgaben jeder dieser Organisationen, über die Zuständigkeit und den Entscheidungsbereich jeder einzelnen Funktionärsstufe, über Freiwilligkeit und Pflicht, kurz über alles, was wenigstens der Eingrenzung der offenbar zu weitereren Massenverfolgung dienenden „Verurteilung“ dienen konnte.

Bei der Besprechung mit dem für das Korps der politischen Leiter bestellten Verteidiger, dem Kölner Rechtsanwalt Dr. Servatius, gab es ein Wiedersehen mit manchen ehemaligen Kameraden, die ebenfalls wie ich in Zuffenhausen gelandet waren. Außer den Gauleitern Wahl und Hofer, von denen ich bereits gehört hatte, traf ich den früheren Gauleiter und Reichsstatthalter von Mecklenburg Hildebrandt und den ehemaligen höheren SS- und Polizei-Führer meines Gaues, Höfle. Die beiden letzteren ahnten noch nicht, daß schon das Jahr 1946 ihnen den Tod bringen würde.

Bis zu einer weiteren Besprechung wurden wir beauftragt, im Lager einschlägige Sachverhalte zu ermitteln. Was wir bekamen, war bemerkenswert: nüchterne Berichte über unglaubliche Mißhandlungen bei und nach der Gefangennahme. In unserem Block gab es kaum einen, der nicht körperlich verletzt worden war, manche sogar mit Dauerschäden. Alle diese Berichte, so ehrlich, anschaulich und zuverlässig sie niedergeschrieben

waren, Dokumente einer erschreckenden Gegenanklage – waren für Dr. Servatius ohne praktischen Wert. In Nürnberg ging es nicht um das, was die Sieger getan hatten.

Und was unsere Verteidiger betraf, so mußten sie sich mit ihren Sekretärinnen beim Passieren des Lagertores einer strengsten persönlichen Leibesvisitation unterziehen.

Immerhin hatte sowohl dieser Kontakt zur Außenwelt wie auch der Paketempfang zur Folge, daß wir nunmehr erfuhren, was „draußen" vor sich ging.

Aus der Kenntnis der Pressepropaganda, der Berichterstattung über den Nürnberger Prozeß, die nur die Ankläger zu Wort kommen ließ und aus den Nachrichten über die auch anderen Orts angelaufenen Massenprozesse konnten wir uns ein Bild machen über das, was uns bevorstand.

Kurz nach Ostern erfuhren wir, daß der frühere Gauleiter und Reichsstatthalter von Baden, Robert Wagner, von einem französischen Militärgericht in Straßburg zum Tode verurteilt und kurz darauf durch Erschießen hingerichtet worden war.

Ich kannte Robert Wagner – er war älter als ich und im Ersten Weltkrieg bereits Offizier gewesen; ich wußte, daß das Todesurteil nicht diesem Ehrenmann, sondern seiner Stellung und seinem Amte galt.

Wann würde es an mir sein, den letzten Gang zu gehen?

*

Wieder einmal wurde ich zum Verhör in das C.I.C.-Gebäude geführt. Im Verhörraum erwartete mich ein korpulenter jüdischer C.I.C.-Offizier mit einer Reitpeitsche in der Hand. Er sprach Frankfurter Dialekt.

Als ich auch ihm gegenüber jegliches Geständnis ablehnte, hob er jähzornig die Hand, als ob er mit seiner Reitpeitsche auf mich einschlagen wolle. Dann besann er sich plötzlich und faßte seinen Sadismus in Worte, er schrie mich an:

„Jetzt machen wir Schluß mit Ihnen! Sie sollen es wissen: Jetzt schicken wir Sie nach Sibirien! So ist es mit den Russen vereinbart! Dort können Sie mit Ihren nazistischen Mitver-

brechern eine neues Viertes Reich errichten ... bei Wasser und Brot ... in Schnee und Eis ... bei 47 Grad Kälte! Dort werden Sie dann wie ein räudiger Hund begraben sein!"

Ich gab ihm zur Antwort: „Im Namen der Demokratie ... im Namen der Menschlichkeit ... als Automatic-Häftling nach Sibirien ... mir scheint: bei Gott und den Amerikanern ist kein Ding unmöglich!"

Im Stillen dachte ich an die beiden kanadischen Offiziere, die mir gesagt hatten: „Wir sind keine Morgenthau-Boys". Der mir da entgegenschnaubte – das aber war einer. In Zuffenhausen gaben er und Seinesgleichen den Ton an – und nicht nur hier.

Als ich nach dieser „Vernehmung" wieder draußen an der Wand stand, glaubte ich zunächst in dem erlebten affektierten Wutanfall nur einen neuen Einschüchterungsversuch zu erkennen.

Später – in den russischen Gefängnissen mußte ich oft an die prophetischen Worte des Menschendompteurs von Zuffenhausen denken.

*

Einige Zeit vor dieser unvergeßlichen Szene hatte es ein aufregendes Intermezzo gegeben. Vor dem Administration Building war ein fremdartiges Auto vorgefahren, dem mehrere sowjetische Offiziere mit breiten, goldenen Achselstücken entstiegen. Von Block zu Block ging es rund: „Die Russen sind da."

Für die vielen Häftlinge, die in der sowjetisch besetzten Zone zu Hause oder in diesem Gebiet früher tätig gewesen waren, mußte dieser Besuch alarmierend wirken. Es hieß, daß nun Listen erstellt und Auslieferungen beginnen würden.

Im Lager breitete sich eine stille, unheimliche Panik aus: in fast allen Blocks ereigneten sich Selbstmorde, und darüber gerieten sogar die Amerikaner in Aufregung. Der für die Lagerverwaltung zuständige „Provost-Marshal" besprach die Situation mit dem deutschen Lagerarzt. Das Ergebnis war ein

mündlicher Rundspruch durch das Lager: seitens der Amerikaner würden keinerlei Auslieferungen mehr an die Russen erfolgen.

Das stimmte mit den Eindrücken überein, die wir aus den Zeitungen über die allgemeine weltpolitische Entwicklung gewonnen hatten. Die Selbstmordepidemie kam wieder zum Stillstand.

*

Der Sommer 1946 hatte begonnen; trotz allem Menschenleid, trotz Tod und Elend in den deutschen Landen schien irgendwo am Horizont der Schimmer kommenden Friedens aufzuleuchten.

Ganz unverhofft wurden eines Abends die Nummern einer größeren Anzahl von Häftlingen aufgerufen, auch die meine. Wir sollten uns für den nächsten Morgen mit allen Sachen zum Abtransport marschbereit machen.

Es begann das Rätselraten: Warum? ... Wohin? ... Wozu? Also, Packen der geringen Habe, dann Abschied nehmen von den einzelnen guten Kameraden in den Stuben; mit dem stummen Zapfenstreich um 10 Uhr begann die letzte Nacht im „Kriegsverbrecher"-Lager Zuffenhausen.

Am nächsten Morgen stellte sich heraus, daß auch in anderen Blocks zahlreiche Häftlinge mit Gepäck transportbereit vor dem Tore standen. Eine lange Reihe von Lastwagen fuhr auf. Inmitten einer großen Zahl polnischer Wachsoldaten liefen C.I.C.-Offiziere mit langen Transportlisten geschäftig umher. Die Lastwagenfahrt endete schon am Bahnhof. Was folgte, war ein eingepferchter stundenlanger Güterwagentransport, der spät abends dort landete, wo ich unter ganz anderen Umständen schon einmal als Besucher gewesen war (vgl. Seite 153), im weltberüchtigten Konzentrationslager Dachau.

Der Eisenbahntransport über die nicht allzu lange Strecke hatte den ganzen Tag gedauert. Lange standen wir auf dem Bahngelände in München-Pasing; nur wenige Kilometer von hier lebte meine Familie: ob sie ahnen mochte, wie nahe ich ihnen war?

Als wir über ein Seitengleis in das Lager Dachau eingefahren waren, konnte es nicht schnell genug gehen. Eingekreist von einem starken Aufgebot polnischer Wachposten wurden wir zu hektischer Eile angetrieben.

Unter ohrenbetäubendem „Snell, snell, let's go, let's go"-Geschrei wurde eine Marschkolonne gebildet: mit dem gebündelten Gepäck unter dem Arm oder auf dem Rücken humpelten wir wildumdrängt über die Lagerstraße.

Nach dem Eintrieb waren wir im „Sonderlager" angekommen. Am nächsten Morgen sah ich mich um: hier waren wir nicht barackenweise eingezäunt, sondern dieser Lagerteil war in seiner Gesamtheit mit Stacheldraht umgeben. Zwischen unserem Lager und der großen Lagermauer befand sich eine gut gepflegte gärtnerische Anlage, auf deren Beeten Gemüse und Salate für die Lagerküche gezogen wurden. Von einer etwas abseits stehenden Baracke wurde die tolldreiste Geschichte erzählt, hier sei zu Himmlers Zeiten das berühmte KZ-Bordell untergebracht gewesen, in dem Prostituierte aus fast allen Ländern Europas liebeshungrigen KZ-Häftlingen gegen ein Entgelt ihre Dienste geleistet hätten. Ein ehemaliger KZ-ler, der schon früher hier inhaftiert und nun als sog. Kapo erneut verhaftet worden war, bestätigte uns die Geschichte und schmückte sie noch mit deftigen Einzelheiten über das „Maison des Nations" aus, wie die Bordell-Baracke damals unter den Häftlingen genannt worden sei. Von den „Damen" des Hauses sei viel Geld verdient worden und manche habe sich außer dem Nimbus einer „Verfolgten des Naziregimes" auch noch ein Vermögen erworben.

Bereits am zweiten Tag wurde ich zur Lagerkommandantur geholt. Unser Weg führte über den großenPlatz, hinter dem noch der große Spruch „Es gibt einen Weg in die Freiheit – er heißt Arbeit" zu lesen war, zum langgestreckten, niedrigen „Bunker", über dessen Geheimnisse aus den Tagen vor 1945 und auch seither schaurige Gerüchte in Umlauf waren. Hier saßen nicht nur die Angeklagten bevorstehender, sondern auch die zum Tode Verurteilten bisheriger Kriegsverbrecher-Prozesse. Wir mußten in einem langen Gang warten; als ich an der Reihe war, stellte sich heraus, daß nur meine Personalien noch einmal umständlich aufgenommen wurden.

Auf dem Rückweg begegnete ich kurz dem ehemaligen Reichsleiter und Obersten Parteirichter, Walter Buch, und dem früheren Staatssekretär im Reichsinnenministerium, Stuckart. Auch sie waren dieser Tage in Dachau eingeliefert worden.

Aus dem Lager fuhren gelegentlich einige Arbeitskommandos nach München: so konnte ich meiner Frau einen längeren und persönlicheren Brief hinausschmuggeln lassen. Bald erhielt ich auch von ihr wieder Nachricht – eine freudige und eine traurige: die kleine Astrid war zwar noch blaß, aber gesund aus der Ostzone nach München gebracht worden. Das junge Leben war gerettet, aber ein altes war erloschen: meine 84jährige Mutter hatte sich zwar ebenfalls aus der Ostzone, wo sie bei Kriegsende gelebt hatte, über die Zonengrenze in ihre Heimat retten können; aber sie war dann völlig allein im Juni in einem Heim in Fulda gestorben.

In Freud und Leid – fast schien es, als stünde ich wieder mitten im Leben.

Eine Woche verging, herrlich heiße Sommertage verbreiteten ihren Glanz auch über uns.

Eines Mittags – wir warteten schon auf die Essensträger – wurde ich eilig aufgefordert, mich „mit allen Sachen" wieder marschfähig zu machen.

Gerade, als ich mit heißhungrigem Magen meinen Seesack schulterte, wurden die dampfenden Suppenkessel hereingetragen.

Dann ging es im Eilschritt die Lagerstraße entlang über den großen Platz wieder in Richtung auf den Bunker. Dort wurde ich bereits erwartet und unter Stößen und Beschimpfungen zu einer Zelle getrieben.

Als ich mich umsah, war mein Erstaunen groß: die Zelle war in allerbestem Zustand. Nie vorher in meiner nun schon über ein Jahr dauernden Gefangenschaft hatte ich so feudal gewohnt. Die Tür war aus gebeiztem Eichenholz, das Zellenbett anständig mit guter Matratze und drei Decken belegt. Ein Waschbecken mit fließendem Wasser – fast ein Hotelzimmer.

Auch das Essen war besser als im Lager. Es wurde während der Ausgabe auf einer Laufschiene lautlos herangebracht, ging schnell von Zelle zu Zelle und war daher auch richtig warm. Dazu gab es echten Bohnenkaffee.

Mir war bedeutet worden: gehen, stehen und sitzen sei verboten. So lag ich denn wie das Gesetz der Sieger es befahl, auf meinem Bett und ließ meine Gedanken um die Frage kreisen: Was wird nunmehr werden? Kam nun der Prozeß? Weshalb aber dann die Hektik? Warum vor meiner Zelle ein Posten mit Stahlhelm und Gewehr, der durch die geöffnete Klappe der Zellentür jede meiner Bewegungen beobachtete?

So ging es einige Tage. Da wurde eines Nachts – ich befand mich gerade im tiefen Schlaf – hastig meine Zellentür aufgeschlossen Ein amerikanischer Offizier stand vor mir, fragte barsch nach meinem Namen und befahl mir, mich eiligst anzuziehen. Während ich aufstand, merkte ich, daß im Flur bereits großer Betrieb herrschte. Dann wurde ich mit mehreren Posten aus der Zelle geholt. Draußen fielen mir die erstaunten, ja erschrockenen Gesichter der polnischen Wachmannschaften auf. Am Ausgang des Bunkers war durch ein lückenloses Spalier von Soldaten mit Maschinenpistolen eine schmale Gasse gebildet, mit grellen Scheinwerfern ausgeleuchtet. Wieder hieß es „snell, snell".

Ich landete in einem großen Transportwagen, in dem sich schon einige Gefangene befanden. Keiner von ihnen hatte bisher einen solchen Abtransport erlebt, keiner wußte etwas über das Ziel. Das vordere Drittel des Kastenwagens war durch eine Gittersperre abgesondert. Es trennte die Gefangenen vom Begleitpersonal wie die wilden Tiere von den Wärtern im Zoo.

In Eile bekamen wir Marschverpflegung ausgehändigt – etwas Weißbrot und etwas Butter. In der Erregung aß ich meine Portion auf einen Rutsch auf – für alle Fälle.

Um unseren mysteriösen Wagen hatten sich, das konnten wir sehen bevor die Türe sich schloß, eine größere Zahl amerikanischer Offiziere und Soldaten versammelt. Es mußte etwas nicht Alltägliches, etwas Sehenswürdiges sein, was sich hier tat.

Es wurde eine stundenlange, qualvolle Fahrt in dem heißen, kaum belüfteten Transportwagen. Nur durch einige Ritzen konnten wir die Fahrtrichtung ausmachen. Wir waren auf der Autobahn Stuttgart-Karlsruhe unterwegs. Als endlich ein Halt gemacht wurde, durften wir nur einzeln den Wagen verlassen, um vor der gezogenen und entsicherten Pistole eines Offiziers unser drängendes Wasser zu lassen. Dann krochen wir einzeln

wieder in den fahrenden Käfig zurück. Nach Abschluß der Aktion gefiel es dem Begleitoffizier, demonstrativ einige Schüsse durch den Lauf seiner gezückten Pistole in die Luft zu jagen.

Als wir mittags Frankfurt am Main passiert hatten, merkten wir, daß wir nun auf der Autobahn Richtung Kassel weiterfuhren. Bei Bad Hersfeld verließen wir die Autobahn und fuhren nun in östlicher Richtung. Diese Gegend war mir gut bekannt. Ich beobachtete scharf und sah die Fachwerkbauten der mir so vertrauten hessischen Heimat. Ortsschilder huschten vorbei. Als ich die ersten Ortsnamen deutlich lesen konnte, gab es keinen Zweifel mehr: wir fuhren zur thüringischen Grenze.

„Sie übergeben uns den Russen!" – ich war der erste, der es ausrief. Die anderen, die in böser Ahnung bisher geschwiegen hatten, brachen in Flüche aus. Ein alter Mann, der schon die 70 auf dem Buckel hatte, sank fast ohnmächtig in sich zusammen und murmelte: „Im Namen der Menschlichkeit" ...

Ein Pole, der einstmals Kapo in einem deutschen KZ gewesen war und nun unter uns „Faschisten" als Gefangener saß, meinte trocken: „Nun können wir alle nur noch drei Kreuze machen. Jetzt ist es aus."

Als letztes Ortsschild las ich „Vacha" – das war unmittelbar an der Zonengrenze. Der Wagen fuhr langsamer, die Bremsen quietschten, wir standen. Die Tür wurde geöffnet; wir sahen den Schlagbaum mit der roten Fahne, daneben einen lachenden sowjetischen Soldaten mit Gewehr.

Damit schien alles klar zu sein, aber es war es doch nicht. Der polnische Kapo, der etwas Russisch konnte, übersetzte uns Satz für Satz, was draußen in einer spannungsvollen und unerwarteten Szene verhandelt wurde.

Der russische Grenzposten lehnte die Annahme unseres Transportes ab! Er meinte, die Russen wollten keine Kriegsverbrecher mehr haben, sie hätten schon genug. Wir sollten wieder zu den Amerikanern zurückkehren, woher wir gekommen waren.

Unser Begleitoffizier wandte seine ganze Überredungskunst auf, um uns doch noch anzubringen. Doch der Iwan lehnte mit einem lächelnden „Njet – Njet" standhaft ab.

Unser Offizier versuchte nunmehr in einem Telephongespräch mit einer russischen Dienststelle, doch noch zum Erfolg zu kommen.

Er kam ergebnislos zurück; wir atmeten hörbar auf. Anscheinend entschied am russischen Schlagbaum ein höheres Schicksal in letzter Minute noch für uns.

Langsam wendete unser Wagen – für uns viel zu langsam; aber endlich fuhren wir doch wieder ab in Richtung Westen. Zusammengeduckt saßen wir noch alle im Banne des fast unglaublichen Geschehens. Gab es wirklich noch Wunder, oder war das, was wir soeben erlebt hatten, nur ein kleines Versagen in der großen gemeinsamen west-östlichen Maschinerie?

In der Gegend von Frankfurt am Main wurde Rast gemacht, und die Fahrer erhielten Kaffee und Zigaretten. Der mißvergnügte Begleitoffizier fragte sie, ob sie noch eine ganze Nacht am Steuer sitzen könnten.

Wir sahen uns wieder an – was sollte diese Frage bedeuten: eine ganze Nacht?

Wieder fuhren wir los: es verging Stunde um Stunde und wir merkten, die Fahrtrichtung war wieder nach Osten abgebogen.

Noch einmal hielten wir vor einer amerikanischen Militärstation. Die Tür wurde geöffnet: wir erhielten eine Brotration. Ein Dutzend amerikanischer Militär-Polizisten stand neugierig herum. Einige blickten ernst – andere aber machten uns mit schadenfrohem Gelächter die Gebärde des Aufhängens. Die Tür wurde daraufhin wieder geschlossen. Wir fuhren dem Morgengrauen entgegen.

Nicht lange danach verlangsamte sich unser Tempo. Wieder quietschten die Bremsen. Wieder standen wir. Von draußen erhob sich ein schauriges Gebell von Dutzenden von Hunden. Wir hörten die ersten russischen Laute. Erneut waren wir an der Zonengrenze; es muß in der Gegend von Hof gewesen sein.

Wenn auch unter unerwarteten Schwierigkeiten, so war es den Amerikanern nun doch gelungen, uns als menschliche Kriegsbeute ihren russischen Verbündeten aufzudrängen.

Die Türe wurde geöffnet, wir blickten in einen geschlossenen Kreis sowjetischer Soldaten. Alle hatten Hunde, meist Schäferhunde, neben sich; das aufgeregte Gebell hallte schaurig durch das Morgengrauen.

Eine Kommission russischer Offiziere beobachtete uns von weitem. Einer der Offiziere näherte sich mit unserem ameri-

kanischen Begleiter der Wagenöffnung. Beide hatten eine Liste in der Hand: den Frachtbrief. Wir wurden einzeln aufgerufen und mußten den Wagen über ein schräggelegtes Brett verlassen. Ein Konvoi russischer Soldaten nahm jeden der Aufgerufenen in Empfang.

Dann fiel auch mein Name. Ich antwortete mit einem lauten, trotzigen: „Hier" und schritt ruhig über das Brett wie über eine Richtstätte.

In einem in der Nähe stehenden Gefangenenwagen mußte ich in einer Einzelzelle Platz nehmen. Zum ersten Mal hörte ich um mich herum das später so gewohnte „Dawaj – dawaj – bistraj – bistraj".

Der sowjetische Offizier überprüfte noch einmal die Platzanordnung im Inneren des Gefangenenwagens, dann ging er von Zelle zu Zelle und erklärte in deutscher Sprache: „Wer versucht zu fliehen, wird sofort erschossen." Das war klar und deutlich.

Anschließend überreichte der Offizier jedem von uns ein Stück schwarzes Brot – für unterwegs.

Die Türen des Wagens wurden geschlossen. Wir hörten ein mehrfaches „Gottov – Gottov", was offenbar „Fertig" bedeutete. Dann begann unter verklingendem Hundegeheul die Fahrt in die letzte Etappe meines Schicksals; ich war fest überzeugt: die Fahrt in den sicheren und baldigen Tod.

Als dieses sich zutrug, stand auf dem Kalender: 26. Juli 1946.

Endstation Moskau

Um uns war es ruhig geworden. Unser Gefangenenwagen rumpelte mit seiner an der Zonengrenze frischgefaßten Menschenfracht eintönig über Straßen zweiter Ordnung gegen Osten, Gelegentlich wurde die trostlose Fahrt unterbrochen, wir hielten dann unter irgend einem an der Straße stehenden Obstbaum und konnten aus dem Inneren des Wagens hören, wie die Begleitmannschaft eine vergnügte Jagd auf die erreichbaren Früchte veranstaltete. Einmal hielten wir an einer russischen Militär-Station, die Soldaten hielten Brotzeit; die unterwegs gesammelten Äpfel knackten zum Nachtisch.

Durch das Gitterfenster des Gefängniswagens hatte ich Stadtnamen des Vogtlandes und beim Durchfahren der Straßen gelegentlich rote Spruchbänder mit kommunistischen Parolen lesen können. Nach einigen Stunden fuhren wir durch die Straßen einer zerbombten Stadt. Ruinen, nichts als Ruinen huschten vorbei – das mußte Dresden sein.

Vor einem der wenigen stehengebliebenen massiven Gebäude war unsere Fahrt zu Ende; von außen sah man zunächst nicht, daß es ein Gefängnis war.

Als Erster wurde ich einzeln aus dem Gefangenen-Wagen durch einen Vorgarten in das Gebäude geführt. Dort warteten Zivilisten – aber man sah den kräftigen Gestalten ihre Funktion an: Pistolen in den Gesäßtaschen und tätowierte Zahlen auf der Handoberfläche wiesen sie als NKWD-Leute aus.

Die Greifer-Typen waren routiniert. Nicht nur Kleidung und Wäsche, auch mein ganzer Körper wurde mit flinkgeübten Fingergriffen Zentimeter für Zentimeter durchsucht, jede Naht, jede Kante, die Achselhöhlen, der geöffnete Mund – alles wurde abgetastet.

Nach dieser gewissenhaften Prozedur, die ich später unter der Bezeichnung „Obüsk“ noch oft erleben sollte, wurde ich einem bereitstehenden uniformierten russischen Sergeanten übergeben – nach einem langen Gang durch einen hohen Gefängnisbau über viele eiserne Treppen schloß sich hinter mir wieder einmal die Türe einer Einzelzelle. Später erfuhr ich:

ich befand mich im ehemaligen deutschen Untersuchungs-Gefängnis am Münchner Platz in Dresden.

Nach einiger Zeit kam der „Etagen-Chef“ – wieder ein Sergeant. Er drang mit russischen Fragen auf mich ein, die ich ihm nur mit einem Achselzucken beantworten konnte. Dann las er stotternd aus einer mitgeführten Liste meinen Namen vor: „I-I-I-ordan“ – ich nickte. „Ru-dolf?“ – ich nickte wieder. Er schrieb dann an die Zellenwand mit dem Finger mein Geburtsdatum. Ich antwortete noch aus Gewohnheit „Okay“. Mit einem „Porjadne“ verließ er die Zelle; bald kam er mit drei wichtigen Utensilien wieder: einer verbeulten Blechschüssel zum Waschen, einer Schale für das Essen – die „Miska“ – und einer blechernen Tasse: die „Kruschka“. So lernte ich meine ersten russischen Worte. Dazu gab es einen Löffel, der aus zwei Teilen, einem hölzernen Stiel und dem Mundstück, bestand und zusammengesetzt werden mußte: „Loschka“. Bald darauf hörte ich das Geklappere von Eßnäpfen, durch die Zellentür drang ein aufdringlicher scharfer Geruch. Das Schließen der Zellen kam näher. Ich hörte wiederholtes Plätschern – es gab also Suppe.

Wieder öffnete sich meine Zelle; der Kalfaktor – ein russischer Gefangener – griff nach meiner Miska; auf besondere Weisung des Wärters wurde eine doppelte Portion „Supp“ eingegossen – scheinbar zum Einstand. Es war eine Fischsuppe – „Rybi-Supp“, wie die Russen sagen. Obenauf schwammen die Häute von Fischen, die als Trockenfische dem kochenden Wasser beigegeben waren, am Boden hatten sich die Gräten und das zugegebene Fischmehl abgesetzt. Mich ekelte zunächst vor diesem Trunk; aber langsam, Löffel für Löffel, begann die Rybi-Supp zu schmecken ...

Nach kurzer Zeit mußte die leere Miska wieder abgegeben werden; ich legte mich auf die harte Bettstelle und ließ die Erregungen des Tages abklingen. Aus irgendeinem Hof des großen Gefängniskomplexes hörte ich lebensfrohe Stimmen. Auf einer Ziehharmonika erklangen fremde, aber anmutige Tanzweisen. Dazwischen war der Steppschritt einzelner und paarweiser Tänzer und Tänzerinnen zu hören. Im Chorgesang erklangen russische Volks- und Soldatenlieder, gelegentlich unterbrochen von temperamentvollen Einzelstimmen. Erst,

als es schon lange dunkel war, verklang das akustische Erlebnis dieses ersten Abends in sowjetischer Gefangenschaft. Ich spürte es mit jedem Nerv: Mitten in Deutschland befand ich mich in einer fremden Welt.

Gegen 10 Uhr abends ging der Wärter von Zelle zu Zelle, schob die Klappe am „Spion“ beiseite, und sagte leise: „Spatj! – Schlafen!“ Es war das Signal zur Bettruhe. Von nun an hatte jeder Gefangene auf seiner „Koika“, zu deutsch: Bettstelle, zu liegen. Das grelle Licht blieb brennen. Auch das war für mich eine neue Erfahrung. Der russische Gefangene kennt keine dunklen Nächte. Auch in der Nacht wird in regelmäßigen Abständen die Klappe am Spion beiseitegeschoben und das Auge des Wärters vergewissert sich, daß der Gefangene die Nacht vorschriftsmäßig verbringt.

*

Die Tage vergingen; ich gewöhnte mich an die tägliche Ordnung des neuen Daseins und hatte wieder einmal Zeit, über meine Lage nachzudenken. Ich erneuerte meinen Entschluß: Mir selbst treu zu bleiben. In allen Situationen, die nun wohl meiner harrten, denn „Treue ist das Bekenntnis zu einem Schicksal“! Diesen Satz hatte ich einmal gelesen und mir gemerkt.

In einer feindlichen Welt hatte ich mehr zu vertreten als meine Vergangenheit. Ich war ein Deutscher, wenn auch ein besiegter, und als solcher nunmehr dem erbarmungslosesten Gegner ausgeliefert. Auch in den Händen des NKWD wollte ich es nicht anders halten als wie bisher dem Secret Service und dem C.I.C. gegenüber: nur von meiner Vernunft mich leiten lassen, nur meinem Gewissen gehorchen, als Mann in die Schranken treten. Das war die einzige Aufgabe, die mir noch verblieben war.

Eines Tages wurde ich endlich zur ersten Vernehmung geführt, gefesselt, wie bei jeder späteren Vorführung. Vor den Zimmern des NKWD mußte ich – wie vordem in Zuffenhausen – zunächst mit dem Gesicht zur Wand warten. Dann holte mich ein Leutnant, der als Dolmetscher fungierte, in einen Raum,

in dem hinter seinem Schreibtisch ein sowjetischer Oberst mir entgegensah. Er war nicht der übliche Typ eines Vernehmungsoffiziers. Sein ruhiges Wesen und sein beherrschtes Gesicht verriet einen geschulten Juristen, im Zivilleben war der Oberst vielleicht Amtsrichter in einer russischen Provinzstadt. Der erste Eindruck beruhigte mich; aus meiner politischen Lebenserfahrung wußte ich, daß nicht die klugen Menschen die gefährlichen sind, sondern die dummen – so paradox das auch klingen mag.

Mit einem „Saditjes", zu deutsch: „Setzen Sie sich", forderte mich der Oberst auf, auf einem entfernt stehenden Stuhl hinter einem kleinen Tisch Platz zu nehmen.

Die erste Frage war: „Kak djela?" – „Wie geht es Ihnen?"

Ich wollte nicht mit Klagen beginnen und antwortete: „Danke – den Verhältnissen entsprechend."

Es folgte eine genaue Befragung über die einzelnen Daten meines menschlichen und politischen Werdeganges: Von der Geburt bis in die Tage der Wehrmachtskapitulation und darüber hinaus bis zur Übergabe an die Sowjets. In einer an altpreußisch-kameralistische Geruhsamkeit erinnernden Sorgfalt wurde der Inhalt des Verhörs in Frage und Antwort durch den Leutnant niedergeschrieben. In dieser ohne jede Hast erfolgenden Protokollierung meiner Lebensdaten – zwischen Frage und Antwort immer wieder für längere Zeit durch das Geräusch einer fleißigen Schreibfeder unterbrochen – hatte ich unwillkürlich das Gefühl, Menschen mit einem uns fremden Zeitbegriff gegenüber zu sitzen. Das Verhör dauerte drei Stunden – es war sachlich und korrekt vonstatten gegangen, kein böses Wort war gefallen.

Wieder vergingen viele Tage. Dazwischen wurde ich einmal zum „Friseur" geführt, der freilich keinerlei handwerkliche Kenntnisse, sondern nur eine Haarschneide-Maschine besaß. Damit nahm er mir nicht nur meinen Bart ab, sondern schor mir meine in westlicher Gefangenschaft verbliebenen Kopfhaare ratzebutz ab. Damit hatte ich nun auch noch das letzte Wahrzeichen eines freien Menschen verloren; auch ohne Spiegelkontrolle wußte ich, daß ich in meinem äußeren Aussehen nun dem Erscheinungsbild eines schweren Verbrechers nähergekommen war.

Eines Nachts wurde ich geweckt und durch einen Schlepper wieder in das Zimmer des Obersten geführt, der mir eröffnete, daß „der General" mich sehen wolle.

Im Hofe bestiegen wir ein Personenauto, und im Schatten einer auf mich gerichteten Maschinenpistole erlebte ich eine unvergeßliche Nachtfahrt durch die Ruinenstadt Dresden. Am Hauptbahnhof vorbei über den Dipoldiswalder Platz zum Trompeter-Schlößchen, nach der Hofkirche über die Elbe zur Neustadt in die Große Bautzener Straße. Hier befand sich in der ehemaligen Dr. Madaus'schen Villa das Quartier des Generals. In der Pförtnerloge saß ein uniformierter Komsomolze mit roter Armbinde und verbuchte unsere Passage.

In einem Vorraum, in dem mehrere Offiziere in zwangloser Unterhaltung zusammenstanden, mußte ich auf einem abseitsstehenden Stuhl Platz nehmen. Ich wurde gefragt, ob ich rauchen wolle und ein Offizier – es war der Dolmetscher – bot mir aus geöffneter Schachtel die erste „Papyrossi" meines Lebens an.

Nach längerer Wartezeit erhielt ich – vermutlich zur psychologischen Vorbereitung der Verhörs wieder einen Stehplatz mit dem Gesicht zur Wand angewiesen; dann führte mich der Posten fast theatralisch in das Zimmer des Generals.

Vor einem mit roten Tüchern drapierten Hufeisentisch saß ein ganzes Gremium ordensgeschmückter russischer Offiziere, in ihrer Mitte gravitätisch der General. Ihm gegenüber wurde mir ein Stuhl angewiesen.

Es folgte eine Pause des Schweigens. Die Runde der Offiziere beobachtete mich. Auch ich blickte kritisch von einem zum anderen.

Dann aus dem Munde des Generals die übliche Einleitung jedes russischen Verhörs: „Kak djela – Wie geht es Ihnen?" Ich antwortete wieder: „Den Verhältnissen entsprechend." Der General war mit dieser Antwort zufrieden. (Später stellte ich fest, daß sowjetische Vernehmungsoffiziere über eine solche Antwort ärgerlich werden, weil sie gerne das weitere Verhör an eine geäußerte Unzufriedenheit anknüpfen.)

In offensichtlicher Anlehnung an das ihm vorliegende erste Vernehmungs-Protokoll stellte er nun Fragen über meinen politischen Werdegang: Eintritt in die NSDAP? Rednertätigkeit? Pressetätigkeit? Funktionen in der Partei vor der Macht-

übernahme? Funktionen nach der Machtübernahme in der Partei, im Staate? Funktionen im Krieg: In der Partei, im Staate, im Volkssturm, im „Wehrwolf?" Gefangennahme: Wann und wo, durch wen? Vernehmungen in westlichem Gewahrsam: Wann, wo, wie oft, über was?

Ich beantwortete auch hier alle Fragen offen und eindeutig; ich hatte nichts zu verschweigen; was ich war und getan hatte, wußten Tausende von Menschen und das wußten längst auch die Russen.

Nach einer Pause des Schweigens fragte mich der General: Ob ich „die Wahrheit" sagen wolle. Ich erklärte, daß ich mich zur geschichtlich wahrheitsgemäßen Aussage nicht nur als Mensch und Deutscher verpflichtet fühle; die Wahrheit sei und bleibe auch meine beste Verteidigung.

Der General meinte: „Karascho!" und ließ mir die vor ihm stehende geöffnete Schachtel mit „Kasbek"-Papyrossi zur gefälligen Bedienung reichen.

Der Dolmetscher übersetzte weiter: Ob der Herr General mich zu einer Tasse Tee einladen dürfe. Ich nahm die Einladung an. Meine Skepsis sagte mir, daß diese ungewöhnliche Geste etwas zu bedeuten habe.

Eine Ordonnanz brachte auf einem Tablett mit einer Serviette überdeckt Tee und Konfitüre. Das kleine Gedeck wurde mit Eleganz serviert – wie in einem Grand-Hotel.

Nach einem „Priadne Appetitta" des Generals und meinem „Ich bedanke mich" löffelte ich in der Konfitüre und trank dann schluckweise den aromatischen grusinischen Tee.

Währenddessen herrschte wieder Schweigen; die Psychologen des Gremiums studierten offenbar die Art und Weise, wie ich mich gab, wie ich die Konfitüre aß und wie ich den Tee trank.

Dann nahm der General wieder das Wort; der Dolmetscher übersetzte die Sätze: „Sie sind im Hitler-Deutschland ein großer Mann gewesen ... Wir wissen das genau ... Wir wissen aber auch alles, was Sie begangen haben ... Mehr als Sie ahnen ... Wir haben alle Beweise gegen Sie bereits in unserer Hand ... Ich frage Sie nunmehr: Sind Sie bereit, uns die volle Wahrheit zu sagen?"

Ich wiederholte: Natürlich sei ich dazu bereit. Die Darlegung der Wahrheit liege in meinem persönlichen, aber auch im allgemeinen geschichtlichen Interesse.

Wieder bemerkte der General: „Karascho!" Dann fuhr er mit Pathos fort. „Sie sind für die Sowjetunion ein großer Kriegsverbrecher, ein Militärverbrecher und ein Kriminalverbrecher dazu."

Ich erwiderte: Ich sei weder ein Kriegsverbrecher, noch ein Militärverbrecher, noch gar ein Kriminalverbrecher. Im Frieden wie im Kriege hatte ich lediglich meine Pflicht gegenüber meinem Lande getan, und das im Rahmen der bestehenden und für mich allein gültigen Gesetze.

Diese Antwort war dem General nicht angenehm, er winkte verärgert ab und meinte: „Davon später . . ."

Dann erhob er die Stimme: „Jetzt hören Sie gut zu: Wir haben Sie bis jetzt wie einen richtigen Herrn behandelt . . . Solange Sie uns die Wahrheit sagen, wird das auch so bleiben. Wenn Sie uns aber die Unwahrheit sagen oder die Wahrheit zu verschweigen suchen, dann werden wir Sie wie einen gemeinen Verbrecher behandeln. Wie das sein wird, wissen Sie selbst. Die Sowjetunion kennt Humanität auch gegenüber ihrem politischen Gegner, wenn er ihr Gefangener ist. Dem reuelosen Gegner bietet sich die Sowjet-Humanität aber nur für ganz kurze Zeit an, für ganz kurze Zeit: das gilt auch für Sie – und gerade für Sie! Sie haben jetzt Ihr Schicksal in der Hand, Sie können selbst entscheiden was Sie erwarten soll. Haben Sie mich ganz und vollkommen verstanden?"

Ich antwortete: „Jawohl, ich habe begriffen."

Darauf der General: „Ich werde Sie bald wieder holen lassen."

Die Vernehmung war zu Ende. Schweigend fuhren wir durch die dunkle Trümmerstadt in das Gefängnis zurück.

Nach einigen Tagen saß ich wieder vor dem General. Ob ich mir das in der letzten Vernehmung Gesagte genau überlegt habe? Ich antwortete, daß ich da nichts zu überlegen habe.

Darauf der General: Er werde mir nunmehr die erste Frage stellen. Ich müsse sie nicht gleich beantworten. Er gäbe mir Zeit zum Überdenken und zur genauen Formulierung meiner Antwort. Die Fragen mußte ich mir schriftlich notieren. Sie betrafen wieder meinen Lebenslauf, dann meine Aufgaben als Gauleiter der NSDAP, als Reichsstatthalter, als Chef der anhaltischen Landesregierung, als Oberpräsident, als Reichsverteidigungs-Kommissar, als Gau-Volkssturmführer.

Außer diesen allgemeinen sollte ich noch spezielle Fragen beantworten. Insbesondere: die letzten Befehle vor Kriegsende, den Plan der illegalen Fortführung der NSDAP nach dem Kriege, geheime Verstecke und Lagerungen, insbesondere von Gold, Edelsteinen und Wertsachen in meinem Gebiet.

Der General betonte: Gerade an der Beantwortung der letztgenannten speziellen Fragen werde man meinen Willen zur Wahrheit prüfen.

Schließlich wurde mir eine Schreibmachine in die Zelle gegeben und ich bekam eine ganze Woche Zeit für meine Niederschrift.

Es fiel mir nicht schwer, die allgemeinen Fragen zu beantworten und meine frühere politische Tätigkeit sachlich darzustellen. Zu den drei „speziellen Fragen" (auf deren Beantwortung der General besonderen Wert gelegt hatte) mußte ich freilich eine klare Fehlanzeige erstatten.

Es vergingen einige Wochen. Ich wurde zum Oberst gerufen, der mir erklärte, der General sei mit meinen schriftlichen Arbeiten „in keiner Weise zufrieden". Nochmals fuhren wir durch Dresden, diesmal trat mir ein in Ton und Gebärde anderer General gegenüber. Er erklärte mir: Der große Fehler Hitlers sei gewesen, daß er die Russen „für dumm gehalten" habe. Ich sei ein „kleiner Hitler" – und auch ich hielte sogar heute noch die Russen für dumm. Er stellte mir noch eine Frist von zwei Tagen; falls ich sie nicht nütze, werde ich die sowjetische Strenge in ihrem ganzen Ausmaß kennen lernen.

Zurück in meiner Zelle machte ich mir Gedanken darüber, was ich noch sagen könnte, ohne mich selbst als Deutscher und als Mensch aufzugeben. Ich kam zu keinem Ergebnis.

Nach dem Ablauf der Frist vor den Oberst geführt, erklärte ich, keine weiteren Aussagen mehr machen zu können. Der Oberst ermahnte mich: es sei mir ein klares Ultimatum gestellt; mein Verhalten entscheide über meine weitere Behandlung als Gefangener; das soll ich ernstlich bedenken. Ich wiederholte meine Erklärung und bemerkte dazu, das sei mein letztes Wort. Darauf der Oberst: „Das entscheiden *wir* und nicht Sie."

•

Die lastende Stille der Ungewißheit über mein künftiges Schicksal wurde an einem grauen Novembertage jäh unterbrochen. Ein Offizier trat in die Zelle: „Fertigmachen mit allen Sachen."

In der Gefängniskammer wurden mir einige Bekleidungsstücke ausgehändigt. Auf meine Frage, wohin es wohl gehe, antwortete der joviale Kammerbulle, der offenbar seine Gefangenen immer in guter Stimmung auf den Transport schicken wollte, mit aufmunternder Baßstimme: „Domoj" – „Nach Hause." Dabei lachte er herzhaft.

Was mich im Gefängnishof erwartete, sah freilich nicht nach „domoj" aus. Ein Personenwagen stand bereit; ich wurde an beiden Händen gefesselt und mußte im Wagen gegenüber einem Posten Platz nehmen, der eine Maschinenpistole auf mich gerichtet hielt. Ein zweiter Wagen mit Wachmannschaften war als „Nachhut" aufgefahren. Ein Offizier setzte sich neben den Fahrer und beaufsichtigte die Unternehmung. Meine Frage nach dem Fahrtziel wurde barsch beantwortet: „Wir fahren dahin, wo Sie früher Ihre Verbrechen begangen haben."

Als wir die Autobahn erreichten, konnte ich es an den Richtungsweisern erkennen: es ging Richtung Berlin. Aus der Unterhaltung der Begleitsoldaten mit dem Offizier hatte ich bereits einige Male den Namen „Potsdam" gehört. Ich riskierte nochmals eine Frage: „Bringen Sie mich nach Potsdam?" Diesmal antwortete er wahrheitsgemäß: „Ja, zur Zentrale."

In den letzten Apriltagen 1945 war ich auf einer Fahrt zwischen Genthin und Brandenburg Augenzeuge eines Großangriffs westlicher Bomber auf die Stadt Friedrichs des Großen gewesen, hatte in der Ferne die Feuerschlünde aufhellen gesehen und die grollenden Detonationen gehört. Nun fuhren wir durch die ersten Ruinen der zerstörten Stadt. Hier hatte im Juli 1945 auch jene Konferenz zwischen den Stalin, Truman und Churchill-Attlee stattgefunden, deren unselige Beschlüsse nun dem ruhelosen Europa das Gepräge geben.

Wir passierten die Bittsteller-Linde in der Nähe des Stadtschlosses. Auch sie war beschädigt; ihr Stamm zeigte eine meterlange aufgesplitterte Verwundung. Auf meinen Fahrten nach Berlin war ich einst als freier Mensch oft hier vorbeigefahren . . .

Der begleitende Offizier fand sich nicht zurecht, mehrmals mußte er sich erkundigen. Nach langsamer Fahrt hielten wir schließlich in einer ruhigen Straße. Unser Wagen stand vor dem Zentralgefängnis des NKWD der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland.

Hier war alles noch etwas genauer als in Dresden. Das „Filzen" wurde noch größer geschrieben.

Zwei NKWD-Männer gingen mit geübten Fingergriffen zu Werke. Wie passionierte Jäger walteten die Vertreter der sowjetischen Ordnung ihres Amtes. Bis ich schließlich mit einem „porjadne . . . in Ordnung" einem Sergeanten übergeben wurde.

Unter Drängen, Stoßen und Geschrei ging es die Treppe hoch, dann an einer Reihe dunkler Zellentüren vorbei, bis es „Stoj" hieß und ich in eine Zelle gestoßen wurde, aus der mir dumpfe Luft entgegenschlug. Hinter mir fiel die Tür ins Schloß. Wie in Bereitstellung aufgebaut standen zwei menschliche Gestalten mit hohlen, wachsbleichen, maskenhaften Gesichtern vor mir. Erschrockene, zugleich neugierige Augen starrten mich groß an.

Für Minuten eine Begegnung ohne Worte. Noch einmal erschien im „Spion" das beobachtende Auge des Postens. Erst dann begann das gegenseitige Betasten mir kurzen Worten: „Wer bist Du? . . . Wo kommst Du her? . . . Wer seid Ihr? . . . Wo bin ich hier gelandet? . . ." Zögernd und mißtrauisch kam eine Unterhaltung zustande. Erst mein politischer „Steckbrief" überwand den Argwohn, daß vielleicht ein „Spiek", ein Spitzel, in die Zelle gelegt worden sei.

Der ältere der beiden – ein großgewachsener Mann – war ein in Rußland geborener Deutscher; er hatte in der Sowjetunion jahrelang Konsulardienste geleistet, war 1940 ins Reich zurückgekehrt und dann in südeuropäischen Städten tätig gewesen. Er sprach russisch wie seine Muttersprache und sah nicht zuletzt deshalb pessimistisch in seine Zukunft. Der zweite Zellengenosse war Atomwissenschaftler. Nach seiner Entlassung aus englischer Gefangenschaft hatte er seine Familie in der Ostzone besucht, dort eine Einladung der sowjetischen Militärregierung nach Berlin erhalten. Man lud ihn ein, in der Nähe Moskaus für die Russen wissenschaftlich tätig zu sein. Er hatte bereits eine halbe Zusage gegeben; als er dann aber zu seiner Familie an der westlichen Grenze der Sowjetzone gefahren war, wurde er von

dem NKWD mit der Begründung verhaftet, daß er seine Verhandlungen mit den Russen in westlichen Spionagediensten habe verraten wollen ...

Für mich kamen ereignislose Wochen des Wartens – dann die übliche erste Vernehmung über meine Personalien.

Auch bei der zweiten Vernehmung gab man sich freundlich und menschlich. Der Offizier meinte: Ich sei ein großer Mann bei Hitler gewesen. Sie, die Russen, wüßten alles aus meinem Leben, viel mehr als ich ahnen könne. Sie hätten täglich Gelegenheit, deutsche „Kriegsverbrecher" als „Bljadjis", als „Huren", kennen zu lernen, die nicht für ihre Taten einstehen wollten. Sie gäben sich als unschuldige Lämmlein aus, die es in Wirklichkeit nirgends gäbe, auch in Rußland nicht.

Von mir erwarte er, daß ich zu meinen Taten stehen und die Arbeit der Untersuchung erleichtern werde. Im Urteil der Russen stehe nicht nur die Tat zur Diskussion, sondern auch das nachträgliche Verhalten, die Einstellung zu dieser Tat. Der Sowjetrichter respektiere auch beim politischen Gegner dessen Motive. Ein großer Verbrecher, der über seine Tat Reue zeige, sei besser als ein kleiner Gauner, der vielleicht gar noch stolz auf seine Untaten sei; ein reueloser „Kleiner" sei gemeingefährlicher als ein einsichtiger „Großer". Ob ich die volle Wahrheit sagen wolle?

Ich erklärte, daß ich zu meinen Taten stehe, dieser Ermahnung nicht bedürfe und auf alles, was ich gefragt werde, die Wahrheit sage.

Schließlich meinte der Offizier: „Nun – Karascho!"

Er trat an einen Schrank, legte mir Brot, einige Zwiebeln, ein Häufchen Kraut, ein Stück Wurst und sogar ein Päckchen Machorka und das dazugehörige Stück Papier aus der „Prawda" auf den Tisch. Das durfte ich alles mitnehmen; dann wurde ich dem Schlepper zum Rücktransport in meine Zelle übergeben.

Im blauen Dunst des Tabaks verbrachten wir den Abend und diskutierten die Vernehmungstaktik des NKWD. Wir kamen einhellig zu der Auffassung: Nichts Ungefragtes erzählen; was jedoch ausgesagt wird, muß die unwiderlegbare Wahrheit sein.

Am nächsten Morgen wurde ich mit allen Sachen aufgerufen. Eiliger Abschied, gute Wünsche: Dann ging es den Korridor

entlang in eine andere, eine Zwei-Mann-Zelle. Diesmal erwartete mich ein alter Klassenkämpfer und organisierter Marxist aus Berlin. In der Apparatur des NKWD gibt es keinen Zufall; wahrscheinlich sollte Griebowsky – so nannte er sich – mich aushorchen. In unseren Gesprächen – er war ein angenehmer Zellengenosse – erfuhr er wenig Neues über mich, ich aber viel Interessantes von ihm. Er war im Berliner Osten in der Arbeiterjugend-Organisation aufgewachsen und gehörte zu dem Kreis politischer Abenteurer, die nach dem Ersten Weltkrieg eifrig für die „Weltrevolution" tätig waren. In geheimem Auftrag der Komintern pendelte er bis 1933 zwischen Deutschland und Moskau, er kannte persönlich fast die ganze damalige europäische Führergarnitur der kommunistischen Internationale von Radek, Bela Khun bis Thälmann, Heinz Neumann und Dimitroff. Nach 1933 war er auch noch tätig gewesen, aber in seiner Bedeutung nicht erkannt worden. Vor Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde er zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, anschließend war er in ein Konzentrationslager überführt, aber nach einigen Monaten entlassen worden. Über seine Tätigkeit nach dem Kriegsende sprach Griebowsky sich nie aus – auch nicht über die Gründe seiner Inhaftierung. Jahre später las ich in einem Zeitungsbericht, daß er als Strafhäftling im Lager Workuta aufgetaucht ist. Aus diesem Bericht erfuhr ich auch, daß Griebowsky einst im kommunistischen Untergrund den Decknamen „Bruno" geführt hatte.

Die Maschinerie meiner Verhöre begann eines Tages ernstlich anzulaufen. Ich wurde nun fast jeden Tag gefesselt zum Verhör geführt, manchmal sogar zweimal, dazwischen auch nachts und dann oft bis in die frühen Morgenstunden. Die Nachtverhöre waren in harten Fällen besonders beliebt. Ich spürte die körperliche und geistige Überbeanspruchung. Wenn ich der Diskussion nicht mehr zu folgen vermochte, gab man mir dann und wann Brot, Zwiebeln oder auch Kraut mit in die Zelle. Auch durch die Zugabe von Machorka versuchte der Vernehmungsoffizier meine Durchhaltekraft zu stärken.

Es ging immer wieder um das Gleiche: meine Stellung im Dritten Reich. Um den Vernehmer zufriedenzustellen, hätte ich erklären müssen, daß ich direkt neben Hitler die deutsche Politik geleitet und alle Maßnahmen angeordnet habe. Immer wieder

wurde mir vorgehalten: Ich wolle mich jetzt nachträglich kleiner machen. Meine Antwort blieb: „Weder kleiner – noch größer!" Meine Funktionen von einst lägen fest und könnten nachträglich nicht geändert werden. Eines Nachts ging ich zum Gegenangriff über: ich hätte gehofft, daß meinem Verhör nicht unrealistische Hypothesen, sondern realistische Fakten zugrunde lägen. Nur zu ihnen sei ich gewillt, mich zu äußern.

Der sonst bauernschlaue Schüler des stalinschen Realismus wurde durch diesen Einwand verwirrt. Erst nach einer betretenen Pause und nach einem Stichwort der Dolmetscherin erklärte er: Ich hätte nur auf die Frage des vernehmenden Offiziers zu antworten. Das Verhör aber war beendet und auf dem Rückweg in die Zelle bekam ich zwar keine Zwiebeln mit, konnte mich aber des Gefühls eines 1 : 0 zu meinen Gunsten erfreuen.

Eine merkwürdige Episode folgte:

Am Tage vor Weihnachten, als der Vernehmungsbetrieb schon geendet hatte, wurden in Zeitabständen Zellen geschlossen, Gefangene geholt und nach kurzer Zeit wieder zurückgebracht. Was sollte das bedeuten?

Da wurde auch unsere Zelle aufgeschlossen und mein Name aufgerufen. Ich wurde zu jenem dicken Alexejew geführt, den ich mit meiner kritischen Bemerkung geärgert hatte. Er war fast ängstlich erregt, bot mir keinen Platz an, ließ mich stehen und kramte umständlich in einem seiner Schränke. Dann legte er geschäftig auf den Tisch: Ein ganzes Brot, ein Stück richtige Butter, einige Zwiebeln auf einem Stück Zeitungspapier eine kräftige Portion Sauerkraut und dazu eine Packung Machorka. Dazu lachte er mich stolz an und meinte mit einem hastigen Zeichen: „Mitnehmen."

Verblüfft trat ich den Rückweg in unsere Zelle an, in der dann am Weihnachtsabend der ehemalige Hitler-Gauleiter mit dem früheren Komintern-Agenten ein gemeinsames „Festmahl" verzehrte. Dann rauchten wir in wehmütiger Stimmung unsere Machorka im „Prawda"-Papier ...

*

Der monotone Rhythmus des Gefängnis-Daseins wurde eines Tages durch eine auffallende Betriebsamkeit in unserem Zellen-

gang unterbrochen. Zellen wurden aufgeschlossen, ganze Zellen-Belegschaften abgeholt; laute Rufe „idi ... dawaj ... bistra" trieben zur Eile an.

Dann kam auch unsere Zelle dran: „Mitkommen". Wir wurden zur Kammer geführt, empfingen unser „Gepäck" – und kamen zurück zur Zelle. Offenbar stand ein Transport bevor.

Am nächsten Morgen begann der Auszug. Zelle nach Zelle wurde aufgeschlossen, Offiziere waren unterwegs, raschelten in Listen – es mußte sich um einen großen Transport handeln. Wir wurden nach unten gebracht; am Ausgang nahm uns eine wilde Gruppe von NKWD-Soldaten in Empfang – und dann geschah etwas noch nicht Erlebtes, zunächst kaum Deutbares. Nachdem jeder einzeln gefesselt worden war, wurden wir außerdem noch paarweise mit breiten Eisenbändern und Drahtgeflechten zu je zwei Mann wie siamesische Zwillinge aneinandergebunden. Schließlich stülpte man uns allen noch eine sackartige Kapuze über den Kopf, in der nur einige kleine Löcher das Sehen und Atmen erlaubten.

Nachdem dann umständlich Fesselung und Kapuzensitz geprüft worden waren, hieß es wieder „dawaj – dawaj". Mit unsicheren Schritten bewegten wir uns wie Gestalten aus dem Geisterland in den Hof. Dort standen mehrere zweistöckige Berliner Verkehrsomnibusse. Wir sahen Alexejew schwitzend und schimpfend die NKWD-Mannschaft antreiben; sie war noch damit beschäftigt, die Fenster der Busse mit Pappblenden abzuschirmen. Nun wurden wir in diesen provisorischen Gefangenen-Transportwagen verfrachtet. Fast unwirklich, wie in einer Gespenstersitzung saßen die ungewöhnl chen Passagiere stumm in ihren Sitzen. Ein Dolmetscher-Offizier verkündete in russischer und deutscher Sprache, daß jede Unterhaltung, ja sogar jeder Laut verboten sei. Im Falle auch nur eines Versuches, die Flucht zu ergreifen, werde sofort von der Waffe Gebrauch gemacht werden. Als einer von uns einen Hustenanfall nicht unterdrücken konnte, schlug ein Soldat mit beiden Fäusten auf ihn ein. Es wurde eine stundenlange stockende holprige Fahrt. Durch die Ritzen sahen wir auf eine Wasserfläche: der Wannsee. Wir näherten uns der Sektorengrenze des viergeteilten Berlin. Es gab lange Halte und er-

regte Diskussionen der Offiziere. Offensichtlich fürchteten sie, mit ihrem geheimnisvollen Transport versehentlich in die Hände der westlichen Allierten zu fallen.

Unser stiller Wunsch ging nicht in Erfüllung. Nach vielem Hin und Her hielten wir gegen Abend vor einem aus Klinkern gebautem niedrigen Bauwerk unmittelbar an einer Laderampe. Wir waren – wie wir später erfuhren – in Hohenschönhausen. Zunächst schien uns nur eines wichtig: Aus der schmerzenden Doppelfesselung herauszukommen, die Kapuze los zu werden, den Körper wieder bewegen zu können. Wir atmeten auf, reckten und streckten uns. Dann erklang wieder das „dawaj" – und eine neue Überraschung stand uns bevor. Dieses Mal ging es nicht hinauf in irgend eine Zellen-Etage, wie wir sie aus den bisherigen Gefängnissen gewohnt waren, sondern hinunter in eine unterirdische Welt. Schließlich fanden wir uns in einem verliesartigen, fensterlosen Raum von grauen naßfeuchten Wänden umgeben. Das breit ausladende, jedoch niedrige Kellergeschoß war durch drei lange Gänge aufgeteilt, an deren Seiten in endloser Reihe die Zellen lagen: eine Gefangenenstadt unter Tage.

In einem Drahtgeflecht über der Zellentür brannte als nunmehr einzige Lichtquelle eine grelle Glühlampe; die minimale Luftzufuhr, die in den modrigen Raum einmündete, erfolgte durch eine kleine Öffnung zu dem außerhalb der Zelle entlangführenden Luftkanal. Wir schauten uns forschend um und erschraken bei dem Eindruck, in einer Grabkammer gelandet zu sein. Wir glaubten, dieses Gefängnis könne nur für kurzen Aufenthalt gedacht sein. Ich ahnte nicht, daß mir hier mehrere Jahre bevorstanden!

Immerhin – es gab tägliche Spaziergänge im strengen Turnus. Zwanzig Minuten lang wurden die Gefangenen zellenweise in kleine, von vier Meter hohen Mauern umgebene Höfe geführt. Jedesmal wenn wir aus der Unterwelt unserer Zellen in das helle Tageslicht und in die freie Luft hinaustraten, waren wir zunächst geblendet und ließen gierig die frische Luft in unsere Lungen einströnem. Der tägliche Spaziergang wirkte wie ein extremes Wechselbad, das unsere Körper vor dem Zusammenbruch bewahrte. Ohne diesen täglichen Spaziergang hätte wohl keiner – auch ich nicht – Hohenschönhausen überlebt.

Unser unterirdisches Gefängnis war technisiert: Sowohl beim Herausführen zum Spaziergang auf den Hof, als auch bei jeder Vorführung zur Vernehmung trat eine regelrechte Verkehrs-Signal-Anlage in Tätigkeit. In jedem Gang waren kleine Lichtanlagen angebracht, die von den Posten zu bedienen waren. Wie an den Kreuzungen der Großstädte durfte ein Gang nur betreten und passiert werden, wenn grünes Licht aufleuchtete. Niemals sollten sich Gefangene begegnen oder auch nur von weitem sehen.

Noch eine weitere Entdeckung machten wir schon in den ersten Tagen: Rings um unser – oberirdisch einem Lagergebäude gleichendes – Gefängnis waren tiefe Laufgräben gezogen, in denen es abends nach Eintreten der Dunkelheit lebendig wurde: da ließ man ganze Rudel wilder, auf den Mann dressierter Hunde als eine Art Nachtwache in die Gräben einlaufen. Das Geheul dieser Meute, die zunächst in wilder Hatz dahinjagte bis sie sich schließlich beruhigte, wurde zu unserem täglichen Abendkonzert. Nicht nur die Menschen hatten sich gegen uns verschworen, sondern auch die Tiere!

*

Mit der Belegschaft der Gefangenen war auch die Zentraldienststelle des NKWD von Potsdam nach Berlin-Hohenschönhausen umgezogen.

Als mir beim ersten Verhör wieder die gewohnte Frage nach meinem Befinden gestellt wurde, konnte ich nicht umhin zu bemerken, daß die jetzigen Zellenverhältnisse lebensgefährlich und auf längere Dauer auch für einen gesunden Menschen nicht zu ertragen sei; vom vernehmenden Offizier wurde mir kühl erklärt: „Daran werden Sie sich gewöhnen müssen. Sie befinden sich nicht in einem Sanatorium. Ob Sie hier kurze oder lange Zeit bleiben: das liegt durchaus in Ihrer eigenen Hand. Wir zwingen Sie nicht, lange hier zu bleiben. Wir brauchen sogar Platz für sehr viele, die noch nach Ihnen kommen. Wenn Sie Ihre begangenen Verbrechen eingestehen und zu Protokoll geben, dann können Sie schon bald wieder in anderen, besseren Verhältnissen leben."

Ich nahm das schweigend zur Kenntnis.

*

Wieder trat eine wochenlange Pause ein; ich wurde in einen anderen Gang verlegt; eines Tages kam ein Neuzugang: wieder ein Deutscher und nochmals einer unserer einstigen Gegner. Arno Haug kam direkt aus Dresden; vor 1933 war er stellvertretender Landesleiter der Sozialdemokratischen Partei im Land Sachsen gewesen, später eine Zeitlang KZ-Häftling und nach dem Zusammenbruch und der 1946 in der Sowjetzone erfolgten Fusion der SPD mit der KPD war er Landesfunktionär der neugegründeten „Sozialistischen Einheitspartei (SED)".

Haug war einer Verhaftungswelle, die sich vor allem gegen ehemalige SPD-Funktionäre richtete, zum Opfer gefallen, ohne zu wissen, was ihm konkret vorgeworfen wurde. Für mich waren die Gespräche mit ihm nicht nur wegen des Rückblickes auf die Zeit vor 1933 interessant, sondern auch wegen des Einblickes in das wahre Wesen der nach 1945 unter sozialistischem Namen gegründeten Satelliten-Partei von Moskaus Gnaden. So ungeschminkt offene Gespräche zwischen jahrelangen politischen Gegnern – Haug behauptete sogar an der Verschwörung des 20. Juli 1944 aktiv beteiligt gewesen zu sein – können nur in einer Gefängniszelle und angesichts eines gemeinsamen übermächtigen Feindes geführt werden. Das war in der politischen Geschichte immer so. Wohl nie aber stand der Gesprächsstoff so komprimiert und jüngst erlebt zur Diskussion wie in jenen ersten Nachkriegsjahren.

Durch Haug erfuhr ich erstmals vom Schicksal meines einstigen Nachbar-Gauleiters, des sächsischen Reichsstatthalters Martin Mutschmann. Dieser sei im Mai 1945 in russische Gefangenschaft geraten und in die Sowjetunion transportiert worden. Die SED habe einen großen Schauprozeß für ihn in Dresden vorbereitet. Kurz vor seiner – Haugs – Verhaftung sei jedoch alles „abgeblasen" worden, da die Russen den inzwischen erfolgten Tod Mutschmanns bekanntgaben.

Für mich hatte dieser Bericht einige Bedeutung: würden die Pieck und Ulbricht, nachdem ihnen der Effekt eines Mutschmann-Prozesses entgangen war, sich bei ihren russischen Herren nicht jetzt um einen Jordan-Schein- und Schauprozeß bemühen?!

*

Wieder begann eine Serie von Vernehmungen in grellem Scheinwerferlicht. Man verlangte immer dasselbe: „Pokasanie... Pokasanie! ... Aussagen ... Aussagen! ... Erzählen Sie von Ihrer verbrecherischen Tätigkeit ... Fakten, keine Redereien ... Nicht das, was schon in den Zeitungen steht ... Konkrete Taten ... Daran fehlt es doch nicht in Ihrem verbrecherischen Leben ... Wir stellen Ihnen eine Frist ...“

Der dicke Alexejew – im schwitzenden Wettbewerb mit zwei weiteren Vernehmern höheren Dienstgrades – zog eines Tages aus seiner Tischlade demonstrativ ein kabelähnliches bleigefülltes Schlaginstrument.

Als ich dabei blieb: „Ich werde keine Verbrechen eingestehen, die ich nicht begangen habe“ – da geschah es. Der gleiche Kleinbürger, der mir zu Weihnachten Brot und Butter geschenkt hatte, sprang wie ein Tiger hinter seinem Tisch hervor und raste mit gezielten Schlägen auf mich los. Er traf wie beabsichtigt Hals und Nieren. Mir blieb die Luft weg, aber dann faßte ich mich wieder: „Bei Anwendung solcher Verhörmethoden werde ich keinerlei Aussagen mehr machen.“

Alexejew starrte mich mit fletschenden Zähnen noch minutenlang haßerfüllt an – dann wurde ich in meine Zelle zurückgeführt.

Die Krise war eingetreten. Der Eifer der Verhöre erlahmte; es nutzte auch nichts mehr, als mir ein Vernehmungs-Offizier versicherte: „Sie wissen doch, daß Sie so und so, in jedem Fall, ein Todeskandidat sind!“

Nur dann und wann wurde ich noch gefesselt vorgeführt und meist über politische und geschichtliche Vorgänge allgemein befragt, so über Gregor Strasser und seinen Bruder Dr. Otto Strasser, über den Röhm-Putsch und seine Zusammenhänge, über den 20. Juli 1944 u. a.

Bei diesen Erörterungen ging es erträglich zu; schließlich durfte ich auch Bücher mit in die Zelle nehmen, allerdings nur Standardwerke der kommunistischen Ideologie, Belletristik von Heinrich Heine, Heinrich Mann, Johannes R. Becher u. a.

Ich hatte das Gefühl, mehr als sonst, und nicht nur durch den Wärter, in der Zelle beobachtet zu werden. Fremde Besucher – vielleicht die neuen deutschen Würdenträger in der Sowjetzone – wollten mich offenbar durch den „Spion“ an der Zellentür kennenlernen ohne sich vorzustellen.

Eines Tages wurde ich vom Schlepper abgeholt und zum Friseur geführt und entgegen der bisherigen Regeln nicht mit der Haarschneidemaschine, sondern mit einem Rasierapparat rasiert. Ich registrierte das mit dem geschärften Instinkt des erfahrenen Häftlings.

Dann wurde ich wieder in die Verhör-Abteilung zum dicken Alexejew geführt – aber diesmal ging es nicht um eine Vernehmung.

Alexejew – in attraktiver Uniform, schön wie nie zuvor – erwartete mich bereits aufgeregt und war die Freundlichkeit selbst. Mit musternden Blicken lief er um mich herum, nestelte an meinem Rock, zog ihn mit einigen Griffen nach unten glatt, holte sogar eine Kleiderbürste herbei, um höchst eigenhändig meine Schultern abzubürsten. Ich mußte ihm mein Taschentuch vorzeigen, das nicht allzu salonfähig war. Verächtlich warf er es in den Papierkorb, holte aus dem Schrank ein neues hervor, drückte es mir in die Hand: „Lutsche ... besser".

Ich genoß die Komik der Szene: der gestrenge NKWD-Kommissar nestelte an mir herum wie eine Mutter, die ihren Jungen zu vornehmen Verwandten führen will. Offenbar stand ein Theaterauftritt bevor.

Das Telefon läutete, Alexejew nahm Haltung an und sprach devot in den Apparat: „Da ... da ... gotow ... seitschas ... sofort." Dann gab er sich einen Ruck, bat mich vor ihm herzugehen und führte mich durch einen Gang zu einer hohen Zimmertür. Nachdem er zunächst eine Weile vor der Tür ins Innere gelauscht hatte, klopfte Alexejew forsch an und schob mich dann mit einem kleinen Schubs in den Raum.

Wie schon in Dresden, stand ich wieder vor einem militärischen Forum, dem ein General präsidierte. Erneut waren alle Blicke neugierig, forschend und kritisch auf mich gerichtet. Anders als bei den üblichen Verhören, bei denen ich stets an einem kleinen „Armesünder"-Tischchen Platz zu nehmen hatte, wurde ich mit einer Handbewegung und einem „Saditjes" aufgefordert, an der vorderen freien Seite der langen Tafel Platz zu nehmen.

Einige Minuten herrschte Stille im Raum. Der General las noch in dem vor ihm liegenden Aktenstück. Ich musterte die beisitzenden Offiziere: Soldatische Gestalten, tadellose Uniformen, viele Kriegsauszeichnungen.

Es war mir klar: „Das ist Dein Tribunal.“

Nun hob der General seinen Kopf und richtete seine buschigen Augen auf mich: „Wie geht es Ihnen? Wie ist Ihr Befinden?“

„Danke, Herr General ... den Verhältnissen entsprechend, gesundheitlich nicht zum Besten; ich befinde mich jetzt seit vier Jahren in Haft, und das ohne Anklage, ohne Urteil.“

Es trat eine Pause ein. Der General und die Offiziere überdachten diese Antwort.

Dann der General: „Sie wissen, warum Sie Gefangener und warum Sie in unseren Händen sind?“

„Jawohl.“

„Ich kenne Ihre Vergangenheit, Ihre politische und militärische verbrecherische Tätigkeit, kenne Sie nicht etwa aus Ihren eigenen Aussagen, die ja sehr spärlich sind, sondern aus den uns vorliegenden Beweisakten, aus den uns bekanntgewordenen Fakten. Ihr einstiges Gebiet gehört zu dem sowjetisch besetzten Territorium, in dem deutsche Kommunisten, die Sie aus Ihrem eigenen Erleben kennen, sehr gut kennen, an der Regierung sind.“

„Ich weiß, daß meine politische Tätigkeit in der Vergangenheit kein Geheimnis sein und bleiben kann. Das entspricht ganz meinem eigenen Wunsch.“

Der General: „Das ist vielleicht eine stolze – aber keine kluge Antwort.“

Ich: „Vielleicht ...“

„Sie sind doch ein überdurchschnittlich intelligenter Mensch.“

„Herr General! Darauf kommt es in meiner jetzigen Situation gewiß nicht an; darauf allein kam es auch in meinem früheren Denken und Handeln letztlich nicht an.“

Der General: „Auf was kam es Ihnen dann an, als Sie sich dem Faschismus verschrieben, als Sie bis in die letzten Tage an der Elbe den Wahnsinn besaßen, gegen uns als die Befreier des deutschen Volkes zu kämpfen?“

„Als ich mich dem Nationalsozialismus – nicht dem Faschismus, Herr General, ich bin kein Italiener, sondern ein Deutscher – verschrieb, habe ich das nicht aus egoistischen Gründen getan. Durch meinen frühen Eintritt in die Hitler-Bewegung verlor ich sogar meinen erlernten, liebgewordenen Beruf, nahm

Verfolgung und Not auf mich. Ich fühlte mich einer revolutionären Aufgabe verpflichtet, die meinem deutschen Volk in seiner Gesamtheit Freiheit und Brot garantieren sollte ..."

„Was verstanden Sie unter dieser Freiheit?"

„Das Freiwerden, das Freisein von den sklavischen Ketten des Versailler Diktates – und noch dazu: das Freiwerden, das Freisein von der innenpolitischen Unterdrückung des Volkswillens. Ich meine damit die Freiheit für die Entwicklung eines deutschen nationalen Lebens, einer inneren Ordnung, in der der Einzelne ein anerkanntes und berechtigtes Glied im Verbande seines Volkes ist und bleibt. Ich meine die Freiheit eines Staates, in dem die nationale Ehre und die soziale Gerechtigkeit oberste Maxime sein sollten ..."

Der General: „Hm ... hm ... hm ... Karascho ... Sie wissen doch, daß der Versailler Vertrag eine Folge des Ersten Weltkrieges war, der von den deutschen Imperialisten mutwillig vom Zaune gebrochen wurde, um die Weltherrschaft zu erringen? Es war ein Vertrag, der von einer deutschen Regierung unterschrieben wurde!"

„Ich weiß, daß am Ausbruch des Ersten Weltkrieges Deutschland nicht schuldig, ganz gewiß nicht allein schuldig war. Nach Ansicht namhaftester Kommunisten war er ja doch ein Zusammenstoß des internationalen Imperialismus, die höchste und letzte Phase des weltkapitalistischen Systems. Und das Diktat von Versailles hat Ihr großer Lenin einmal einen ‚Vertrag von Räubern und Wegelagerern', einen ‚Frieden von Wucherern und Würgern' genannt, der einem wehrlosen Opfer mit dem Messer in der Hand abgepreßt worden ist. So jedenfalls hatte ich es in Lenins Schriften gelesen."

Als eine betretene Pause eintrat, ergänzte ich noch: „Lenin sagte das in einer Konferenz der Vorsitzenden der Exekutiv-Komitees der Kreisamtsbezirks- und Dorfsowjets genau am 13. Oktober 1920 – also zu einer Zeit, als der damals noch völlig unbekannte Adolf Hitler gerade begonnen hatte, Versailles den Kampf zu erklären. Lenin und Hitler waren also damals in diesem Punkte einer Meinung."

Die Wirkung war merklich. In die Gesichter des Forums kam Leben. Die Offiziere nickten beifällig und auch der General ließ in seiner Miene Zustimmung erkennen. Meine Kenntnis

der sowjetischen Historie hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Aus dem „Karascho“ des Generals klang Verlegenheit; es folgte eine betretene Pause.

Der General schien bemüht, die Taktik seines Verhörs zu ändern.

Nach einer Weile fuhr er fast mechanisch fort: „Sie waren seit dem Jahre 1931 Gauleiter der faschistischen Hitler-Partei? Sie waren seit 1937 Reichsstatthalter in zwei Ländern? Sie waren im Kriege Reichsverteidigungskommissar?“

„Ja!“

„Sie waren dies alles bis zum Ende des Krieges, das heißt, bis Ihr Gebiet von der siegreichen, ruhmreichen roten Armee besetzt und befreit wurde?“

„Jawohl – bis zum Ende!“

Wieder trat eine Pause ein. Aus den Augen der beobachtenden Offiziere las ich fast ein Staunen: Bolschoi Faschist ... ein richtiger, wirklicher, wichtiger Partei-Staats- und Militär-Funktionär des Hitler-Faschismus ...

Der General: „Seit wann sind Sie Mitglied der faschistischen Partei?“

Ich stellte zunächst wieder höflich richtig: „Herr General, Sie meinen, Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Hitler-Bewegung ... Seit ihren ersten Anfängen. Gleich nach dem Ersten Weltkrieg war ich ihr Anhänger, im Mai 1925 wurde ich Mitglied.“

Nochmals fragte der General: „Und wann wurden Sie Gauleiter Hitlers?“

„Im Januar 1931, genau am 19. Januar dieses Jahres.“

„Das war also in der Zeit, als Hitler noch nicht an der Macht war, als zwischen Hitler und Thälmann noch keine Entscheidung gefallen war?“

„Ganz recht – und eben darum.“

„Wie alt waren Sie, als Sie in dieses Amt berufen wurden?“

„28 Jahre.“

„Sie waren also noch sehr jung, sie müssen daher schon vorher ein sehr aktiver Gefolgsmann Hitlers und ein besonders erfolgreicher Aktivist und Propagandist in der Partei-Organisation Hitlers gewesen sein?“

„Ich war von Anfang meiner politischen Tätigkeit an immer aktiv, ich war nie ein Opportunist und vermag es daher auch heute nicht zu sein.“

Der General: „Das hören wir hier von Deutschen sehr selten... Die Germanskis wollen alle von Hitler erst nach dem Kriege etwas gehört haben ... Wußten Sie damals schon, daß das politische Leben gefährlich sein kann und daß an seinem Ende nicht nur die Macht, sondern auch der Galgen stehen kann?“

„Das ist die Alternative, vor die jeder Revolutionär gestellt ist. Gerade das habe ich damals als Garantie dafür empfunden, daß wir in der Hitler-Bewegung eine Vereinigung von Idealisten waren, der ich mit Stolz angehörte. Ich habe alle Konsequenzen in meiner politischen Entscheidung von Anfang an erkannt und erkenne sie auch heute noch. Nur in diesem Bewußtsein habe ich die vier Jahre Haft überleben können. Von Brot und Suppe allein vermag ein politischer Mensch nicht zu leben ...“

Der General wechselte mit den Offizieren überraschte Blicke. Das Verhör war anders verlaufen, als er erwartet hatte.

Er forderte mich auf, ebenso offen wie die bisherigen, noch zwei Grundsatzfragen zu beantworten. Die Fragen seien: Warum ich Nationalsozialist geworden und warum ich Nationalsozialist geblieben sei bis zum Ende des Krieges? Aus welchem Grunde ich den Kommunismus bekämpft und in meinen Schriften ihn sogar als den „Weltfeind Nummer 1“ bezeichnet habe? Es komme ihm dabei entscheidend auf eine offene Darlegung meiner politischen Gesinnung an.

Ich sprach wohl eine gute Stunde lang, der Dolmetscher übersetzte Satz für Satz. Ich fühlte fast physisch, daß dies die entscheidende Stunde meines Gefangenenlebens sei; ich wollte mit meinem „letzten Wort“ vor allem vor meinem eigenen Gewissen bestehen können.

Meine Schlußworte sind mir noch deutlich in Erinnerung:

„So, und nun, meine Herren, machen Sie ein Ende mit diesen unmenschlichen Prozeduren. Stellen Sie mich als einen ‚großen Faschisten‘ an die graue Mauer, nicht demnächst, nicht bald, sondern gleich, jetzt in dieser Stunde. Lassen Sie das Pelleton antreten. Ich bin bereit. Dann kann der britische Secret Service, das amerikanische C.I.C. und auch das sowjetische NKWD die Akte Jordan schließen. Ihre Aufgabe ist dann erfüllt, aber

auch mein Leben, das in den letzten Jahren kein Leben mehr war, hat dann einen sinnvollen politischen Abschluß gefunden."

Ich hatte geendet. Die Blicke des Gremiums waren erstaunt, aber nicht gehässig und nicht feindselig auf mich gerichtet. Dann wandten sich die Augen der Offiziere erwartungsvoll dem General zu.

Die Pause schien mir von schicksalhafter Spannung erfüllt. Jetzt mußte es endlich soweit sein.

Der General reckte sich auf und brach das Schweigen. Ernst sprach er mich an: „Gospodin Jordan!"

Ich glaubte meinen Ohren nichtzu trauen: Das Wort Gospodin hatte ich während meiner russischen Gefangenschaft als Anrede noch nie vernommen, es bedeutet: „Herr."

Dann griff der General zu seinem goldenen Zigaretten-Etui, öffnete es und bot mir eine Zigarette an ...

Nachdem ich einige volle Züge der Entspannung geraucht hatte, bekam der dicke Alexejew einen Wink des Generals und fast beschwingt führte er mich zur Tür, die Augen der Offiziere folgten mir.

Am nächsten Tage wurde ich wieder zu Alexejew geführt; er las gelangweilt Zeitungen, stellte keinerlei Frage. Holte Brot und Zwiebel aus seinem Schrank und meinte, ich solle essen. Lange Zeit schien dies das ganze Programm der Vorführung zu sein. Ich fragte den gastlichen Kommissar, was die gestrige Vernehmung bedeutet habe. Nach einigem Zögern antwortete Alexejew: „Der General wollte Sie kennenlernen."

Etwas später fügte er vertraulich hinzu: Der General sei „sehr gut aufgelegt" gewesen, er habe geäußert: „Endlich einmal keine nemjezkaja bljadj ... keine deutsche Hure." Alexejew kommentierte: ein Russe wisse auch seinen Gegner zu schätzen, wenn er offen und ehrlich sei.

Nach diesem erstaunlichen Zwischenspiel vergingen wieder Wochen.

Unterdies dröhnte über Hohenschönhausen der Lärm von Flugzeugen. Das Jahr 1948 hatte wichtige politische Ereignisse gebracht. Die Sowjets verhängten über Westberlin die Blockade. Die Amerikaner organisierten daraufhin zur Versorgung die „Luftbrücke". In Minutenabständen konnten wir bei unseren Spaziergängen die amerikanischen Maschinen über unseren

Köpfen fliegen sehen. Manchmal sahen wir sogar die Gesichter der Piloten – ob sie uns in den engen Höfen wohl auch als Häftlinge erkannten?

Die Monate vergingen; ich fühlte nicht nur meine körperliche, sondern auch meine Nervenkraft schwinden. Gelegentlich wurde ich in eine andere Zelle verlegt. Meine Sensibilität wuchs, ich glaubte Stimmen zu hören – und hörte vielleicht auch deutlicher als jemals zuvor; die flüsternden Gespräche zwischen kontrollierenden Offizieren und den Wärtern auf dem Gang wurden mir vernehmlich. Gelegentlich fiel auch mein Name und eines Tages hörte ich: „Jordan wird in nächster Zeit erschossen ... Aber nicht in Deutschland, sondern in Rußland ... Er wird bald abtransportiert."

Merkwürdigerweise beruhigten mich diese Sätze. Endlich das Ende ...

Meine Gedanken kreisten jetzt um meinen letzten Weg. Wie ich mich angesichts eines gnadenlosen Gegners in der letzten Stunden zu verhalten habe, um auch ihm noch Achtung abzunötigen. Ein lautes, stolzes und trotziges „Es lebe Deutschland" sollte mein letztes Wort sein.

Ich schlief nun wieder ruhig, besser als jemals in den letzten Jahren.

*

Die weiteren Ereignisse ließen nicht lange auf sich warten.

Eines Tages wurde ich vorgeführt und darüber vernommen, ob mir Kleidungs- und Wäschestücke fehlten. Unter Aufsicht eines Offiziers stattete man mich freigebig mit all den Sachen aus, die ich schon jahrelang vermißt hatte. Über ein Paar neue Schuhe, eine Jacke, eine Hose, über Unterwäsche, ja sogar nochmals über ein neues Taschentuch durfte ich quittieren.

In der Nacht zum 30. November 1949 befand ich mich in tiefem Schlaf, als ich geweckt wurde. Man brachte mich in ein Büro, in dem ein Major mir eröffnete: „Sie müssen sich jetzt vollständig anziehen ... Sie werden eine große Reise machen."

Ich fragte: „Wohin?"

Der Major setzte sich in Positur und antwortete pathetisch: „Nach ... Moskwa ..."

„Was soll ich in Moskau?"

Der Major: „Ja ne snaju ... Ich weiß es nicht ... Es wird eine schöne Reise sein. Sie werden fliegen."

Ein kräftig gebauter untersetzter Beamter in Zivil betrat das Zimmer und mahnte aufgeregt zur Beeilung. Er sprach deutsch und forderte mich auf – inzwischen waren meine Sachen gebracht worden – mich dick anzuziehen: in Moskau sei bereits Schnee gefallen und es sei dort sehr kalt. Dann erhielt ich Reiseproviant und eine strenge Anweisung: „Solange wir uns noch nicht auf sowjetischem Territorium befinden, dürfen Sie, hören Sie gut zu, falls wir landen müßten, auch auf Fragen keinem Menschen sagen, wer Sie sind."

Ich wurde in den Hof zu einem Personenauto geführt. Dort wartete ein weiterer Beamter in Zivil. Ehe wir abfuhren, legte man mir Handfesseln an.

Als ich fragte: „Warum das?" meinte der Begleiter: „Sehr wichtig"; dabei lächelte er mich bauernschlau an.

Die Fahrt ging durch dunkle, ausgestorben wirkende Straßen, und nach einiger Zeit – nachdem wir einen Schlagbaum passiert hatten – auf ein Flugplatzgelände. Hier stand neben einigen im Dunkel erkennbaren älteren Maschinen ein großes modernes Flugzeug, dessen zwei Motoren bereits arbeiteten.

Meine beiden Begleiter faßten mich kräftig unter die Arme und brachten mich über die Einsteigtreppe in das Innere der mit 18 Sitzplätzen modern ausgestatteten Passagiermaschine. Wir waren die einzigen Fluggäste; der Gang zwischen den beiderseitigen Sitzreihen war mit frisch gezimmerten Kisten ungewöhnlichen Formates vollgestellt; vermutlich enthielten sie Gemälde oder sonstige wertvolle Fracht.

Wir hatten kaum Platz genommen, als die Maschine bereits zu rollen anfing und in den noch dunklen Himmel startete. Hinter uns leuchteten spärliche Lichter der Stadt Berlin. Wir nahmen Kurs auf Ost.

Ich schaute zurück zu der Hauptstadt eines vergangenen Deutschlands und zugleich zurück auf meine im Dunkel liegende Heimat, von der es nun wohl letzten Abschied zu nehmen galt.

Es müssen mir Tränen in die Augen getreten sein, denn meine beiden Begleiter sprachen tröstend auf mich ein: ich solle mich beruhigen, in Rußland gäbe es auch Menschen, und es werde schon noch einmal alles wieder gut werden.

Gegen das Versprechen, während des Fluges keinen Fluchtversuch oder eine „sonstige Dummheit“ zu begehen, nahmen sie mir die Handfesseln ab.

Es folgte ein Flug, der nicht ganz programmgemäß verlief – aus Wettergründen mußten wir sowohl in Warschau als auch in Minsk zwischenlanden, dort sogar eine Nacht im Flughafengebäude verbringen.

Während der langen Flugstunden gaben meine Reisegenossen ihre Zurückhaltung mehr und mehr auf. Wir unterhielten uns fast zwanglos. Neugierig fragten sie mich, ob ich wisse, wo Hitler sei. In Argentinien oder in Japan? Ob ich schon einmal etwas von Lenin gelesen habe, von Marx und Engels? Sie waren wie die Kinder erstaunt, als ich ihnen eine Reihe von marxistischen Werken nannte, die ich bereits in meiner Jugend studiert hatte. Als ich auf eine Frage nach Puschkins Werken erzählte, daß dessen „Postmeister“ zu Hitlers Zeiten mit Heinrich George in der Hauptrolle verfilmt und mit großem Erfolg in Deutschland aufgeführt worden sei, meinten beide unter herzhaftem Lachen, das sei ja nun wohl eine typische „Nazi-Lüge“.

Im letzten Flugabschnitt hatte sich das Wetter wieder beruhigt, wir flogen über einem schneeweißen Wolkenmeer von einer immer größer werdenden Sonne umstrahlt der russischen Hauptstadt entgegen. Der Flugzeugführer kam vergnügt aus der Kanzel „Skoro domoj . . . Bald zu Hause“.

Beim Anflug in niedriger Höhe breitete sich das Moskauer Stadtbild vor meinen Augen aus, nach einigen Minuten stand die Maschine . . .

Mitten in einem Passantenstrom gingen wir durch die Sperre. Ich war nach wie vor ungefesselt und hatte die Weisung erhalten, mich völlig ungezwungen und unauffällig, jedoch ohne ein einziges Wort zu sprechen in der Mitte zwischen meinen beiden Begleitern zu bewegen. Schließlich ließen wir uns im großen Aufenthaltsraum des Flughafens an einem Tisch nieder. Wieder hatte irgend etwas nicht programmgemäß funktioniert. Offenbar war kein „schwarzer Rabe“ (so nennen die Russen das Fahrzeug, das bei uns „grüne Minna“ heißt) zur Verfügung, erst nach einigen Telefongesprächen kam dann ein friedlich-ziviler Personenwagen. In diesem fast fürstlichen Gefährt traten wir nun die Fahrt in die Sowjetmetropole an.

Zunächst ging es durch eine frisch beschneite Wiesenlandschaft und kleine Birkenwälder; dann erreichten wir den Stadtrand und die ersten Zeichen städtischen Lebens. Vor Magazinen und in Fabrikhöfen verkehrten Lastwagen, man sah Arbeiter und Arbeiterinnen in dicke Wattejacken gekleidet. In der Innenstadt mit ihren großen breiten Straßen fielen mir manche deutsche Autotypen auf. Schließlich fuhren wir noch am Roten Platz vorbei, meine Begleiter verwiesen mit Stolz auf seine geschichtliche Tradition. Hier habe der große Stalin nach dem vaterländischen Krieg den Sieg über Hitler und die „faschistischen Agressoren" proklamiert, hier seien die deutschen Fahnen zu Boden gesunken und in Flammen aufgegangen. Und hier fänden alljährlich am 1. Mai die Paraden der kommunistischen Weltrevolution statt.

Ich mußte daran denken, daß unsere Soldaten bereits einmal bis zu den Vorstädten Moskaus vorgedrungen waren – und auch daran, daß Napoleon zwar hier gestanden hatte, aber dennoch mit seiner „Großen Armee" den Rückzug wieder antreten mußte.

Die Besichtigungsfahrt war nun bald zu Ende. Unser Wagen hielt vor einem großen hochstöckigen Haus. Schnell und unauffällig wurde ich inmitten meiner Begleiter in das Gebäude geführt. Dort empfingen uns uniformierte Beamte des Staatssicherheits-Dienstes; ich wurde sofort von meinen seitherigen Begleitern getrennt und in ein kleines Zimmer eingewiesen.

Nach einiger Wartezeit wurde ich in einen Büroraum geführt; hinter einer Schranke saß eine korpulente Russin im Range eines Leutnants. Meine schon so oft notierten Personalangaben wurden – beträchtlich erweitert – in ein Aktenblatt aufgenommen. Außer meinen eigenen Personalien wollte die Leutnantin auch die meiner Frau, meiner Kinder, meines Vaters, meiner Mutter, meiner Großeltern und Urgroßeltern wissen. Mein ganzer Stammbaum war gefragt. Die Neugier erstreckte sich sogar auf meine weitere Verwandtschaft in Deutschland, Europa und in der sonstigen Welt.

Die Leutnantin sprach ausgezeichnet deutsch, sie war in ihrem Verhalten sachlich und freundlich. Ich erlaubte mir, sie zu fragen, wo ich mich nun eigentlich befände. Sie antwortete lächelnd: „In Moskwa."

Ich fragte weiter: „Bei welcher Behörde?“
Die Leutnantin: „In den Händen des NKWD.“
Auch das wußte ich natürlich schon und fragte deshalb weiter: „Bei welcher Stelle dieses NKWD?“
Nun lachte sie breit heraus und meinte: „Wenn Sie es so genau wissen wollen: Bei der höchsten Stelle; und in einem Ihnen sicher vom Hören nicht ganz unbekannten Hause: in der Lubjanka.“

*

Die Lubjanka – das war nach allen meinen bisherigen Kenntnissen die große berüchtigte Zentrale des sowjetischen Terrors, von den blutigen Tagen der bolschewistischen Revolution bis zum heutigen Tage.
Die Lubjanka – das war das schreckenerregende Haus, in dem die Revolutionstribunale ihre Bluturteile sprachen und in deren Kellergewölben die Hinrichtungen vollzogen wurden.
Es folgten die üblichen Prozeduren, schließlich führte mich ein Sergeant zu einem Treppeneingang von dem aus uralte steinerne Stufen in die Tiefe des Kellers führten. „In den Blutkellern der Lubjanka“ – das war der Titel eines Buches, das ich vor dreißig Jahren einmal gelesen hatte. Nun stieg ich Stufe für Stufe als Gefangener selbst in diese geheimnisvollen Tiefen.
Wir passierten lange Gänge, wechselten durch schwere eiserne Türen und erreichten – die Banja, einen großen Baderaum, in dem heiße und kalte Duschen auf nackte Menschen warteten. Und in dem dicke Badefrauen hinter Theken standen, um schmutzige Wäsche gegen saubere umzutauschen! Ich wußte es schon seit Dresden: Die Banja ist im Leben des russischen Gefangenen das, was der Sonntag für den arbeitsgeplagten Menschen in der Freiheit ist. Ich erhielt ein kleines Stückchen Seife sowie ein Handtuch; dann war ich allein und hatte Gelegenheit, meinen geplagten Adam durch ein gründliches Quantum heißen Wassers aufzufrischen, bis der Sergeant mich aus meinem Genuß aufschreckte.
Dann stiegen wir die mysteriösen Treppen wieder nach oben und landeten im mittleren Stockwerk eines Zellenbaues in einem Gang, zu dessen beiden Seiten numerierte Zellen lagen und Wärter auf und ab patroullierten.

Ich wurde in eine Zelle eingeschlossen und erschrak: sie war nur halb so groß wie eine normale Zelle, hatte kein Fenster; als Liegeplatz diente ein steinerner Wandvorsprung ohne Matratze, ohne Decke, ohne jeden Belag. Eine „Parrasche", ein einfacher Blechkübel mit Deckel in der Ecke war der einzige bewegliche Gegenstand in dieser Grabeszelle.

Auf dem Steinbett zu sitzen, im Rhythmus von zwei Schritten auf und ab zu gehen oder stehend nach draußen zu lauschen – das war das einzige in diesem Steinkäfig mögliche Programm.

Ich verbrachte eine mühselige und unruhige Nacht; meine Nerven fieberten dem Morgen entgegen, der – wie ich glaubte – eine Entscheidung bringen mußte.

Als die Tagesgeräusche begannen, lauschte ich mit gespannter Aufmerksamkeit. Ich hörte deutsche Stimmen in entfernten Zellen. Und es war keine gewöhnliche Unterhaltung, die ich aus Wortfetzen zu hören glaubte. Die eine Stimme: „Gestern ist der Gauleiter Jordan eingeliefert worden . . . Er wird heute nachmittag erschossen." Halblaut die Antwort einer anderen Stimme: „Der arme Teufel! Dann hat er es wenigstens ausgestanden!"

Dann hörte ich Klopfzeichen, man wollte Verbindung mit mir aufnehmen. Es war ein rhythmisches Klopfen nach dem bekannten Berliner Schlager: „Siehst Du nicht, siehst Du nicht, Du Berliner Pflanze." Dann wiederholtes flüsterndes Rufen „Jordan . . . Jordan . . . Hörst Du uns?"

Ich rief in gedämpftem Ton zurück: „Ja, jawohl" – da schritten die Wärter ein und es wurde wieder still im Gang.

Also war es soweit . . . noch heute.

Ich zweifelte nicht mehr daran, als meine Zelle aufgeschlossen wurde und ein Offizier, begleitet von einem Sergeanten, vor der Tür stand. Ich mußte aus der Zelle treten. Zwei Posten ergriffen mich links und rechts an den Armen und führten mich in raschem Tempo nach unten. Wieder ging es in den Keller der Lubjanka!

In einem großen Raum voll Regalen und Apparaten erwartete mich ein Offizier. Er legte mir einen großen mehrseitigen Fragebogen vor, in dessen einzelnen Rubriken Fragen zur Person in russischer, englischer, französischer und japanischer Sprache gestellt waren. Mit Hilfe eines Dolmetschers hatte ich

jede dieser Fragen – wiederum meine Personalien – zu beantworten. Dann mußte ich das Formular unterschreiben, auf einem besonderen Blatt wurden noch die Fingerabdrücke beigegeben.

Ich fragte mich: sollte mit dieser Zeremonie in allerletzter Stunde meine Identität noch einmal überprüft und bestätigt werden?

Ich wurde wieder in meine Steinzelle zurückgebracht. Dann gab es eine Krautsuppe mit Brot. Ich dachte: die Henkersmahlzeit.

Von nun an zählte ich die Minuten. Bald mußte es Nachmittag sein ...

Abermals wurde meine Zelle aufgeschlossen. Ein Offizier, ein Feldwebel und zwei Mann standen vor der Tür. Ich mußte „mit allen Sachen" vor die Zelle treten. Wieder wurde ich von den Posten an beiden Armen gefaßt. Diesmal brachte man mich in den Arztraum. Eine Ärztin forderte mich auf, meinen Oberkörper freizumachen. Sie horchte mit dem Stetoskop mein Herz ab; auch der Blutdruck wurde gemessen. Mich durchfuhr der Gedanke: Der letzte ärztliche Befund ... Ordnung muß sein ... Die sowjetische Wissenschaft verlangt das ... Dann ging es durch das Labyrinth der Lubjanka abwärts zum Hof, wo ein Gefangenenwagen – von einem starken Begleitkommando umstanden – bereits wartete.

Es ging zunächst in langsamer Fahrt durch das Tor auf die belebte Straße; wir fuhren durch das Zentrum von Moskau. Nach einer Weile verstummten die Geräusche des Straßenverkehrs; wir hatten die Peripherie der Stadt erreicht.

Es konnte nunmehr kein Zweifel mehr bestehen: Wir waren auf der Fahrt zur Richtstätte; an irgend einem einsamen Waldplatz in der Nähe von Moskau waren gewiß die Gräber für die Insassen dieses Henkerwagens schon geschaufelt.

Meine in Berlin getroffenen gedanklichen Vorbereitungen traten in die Erinnerung. Nichts konnte fehlgehen, ich würde mannhaft zu sterben wissen.

Da verlangsamte der Wagen seine Fahrt; er hielt. Laute Kommandos wurden gerufen, ein knarrendes Tor öffnete sich. Wir fuhren in einen gepflasterten Hof und hielten unmittelbar vor dem Eingang eines großen steinernen Hauses.

Hier standen Offiziere mit Listen in den Händen. Ich mußte mich sofort mit dem Gesicht zur Wand stellen und mit hoch-

erhobenen Händen die üblichen Fragen nach Name, Vorname und Geburtsjahr beantworten.

Nicht auf einem einsamen Waldplatz, sondern wieder in einem Gefängnis war ich gelandet – trotzdem wich der Schatten des Todes noch nicht.

Ich wurde an einer Gruppe stummer Funktionäre vorbeigeführt, Typen wie sie aus der ersten Zeit der bolschewistischen Revolution bekannt waren: blasse asketische Gesichter mit stechenden Augen und Leninschen Spitzbärten. Sie saßen unbeweglich wie Wachsfiguren an einem langen Tisch – war das nun wieder ein Tribunal?

Der Blick in den Zellengang, in den ich eingewiesen wurde, konnte das Blut gerinnen lassen: alle Türen waren schwarz, rabenschwarz – Todeszellen der Delinquenten?

Eine dieser düsteren Türen wurde aufgeschlossen und ich betrat eine kalte, kaum zwei Quadratmeter große Zelle – nirgends eine Sitzgelegenheit; die Wände waren naß, auf dem Boden standen Lachen scharfriechenden menschlichen Urins. Hatte ein Todeskandidat seine letzte Erregung nicht mehr beherrscht, hatte er sich willenlos und animalisch nur noch der Angst hingegeben?

Fast hätte auch mich die Schwäche übermannt – aber ich riß mich zusammen. Ich blieb fest entschlossen, ohne Wanken die letzten Schritte zu tun.

Eine gute Stunde mochte ich stehend in dieser Schreckenszelle verbracht haben, als die Tür sich öffnete – und wieder eine Ärztin erschien. Nochmals mußte ich den Oberkörper freimachen, das Hörrohr wurde wieder angesetzt – sie verschwand kopfschüttelnd und ließ mich im Zweifel darüber, was ihr an meinen Herztönen seltsam erschien.

Die Spannung löste sich endgültig, als der Korridorgewaltige erschien, mich ein Formular unterschreiben ließ und zur Kammer führte. In gelassener Alltäglichkeit erhielt ich eine Decke und einen Eßnapf ausgehändigt und mit „dawaj“ ging es zwei eiserne Treppen hinauf und an unendlich vielen Zellentüren vorbei. Eine dieser Zellen wurde aufgeschlossen . . .

Ich befand mich in der alten Lefortowskaja am Rande von Moskau – in einem für mich geschichtsträchtigen Gebäude:

Schon die anhaltinische Prinzessin, die Zarin Katharina II., hatte dieses Gefängnis erbauen lassen!

*

Fast hatte ich mich in der „Leforte" eingewöhnt, als ich eine neue beunruhigende Überraschung erlebte.

Die Verhöre hatten wieder begonnen – gelegentlich wurde ich dazu für einige Stunden nochmals in die Lubjanka transportiert. Eines Tages saß ich vor einem Offizier, in dem ich einen Beauftragten des sowjetischen „Generalprokurors", des Obersten Staatsanklägers, zu erkennen glaubte. Vor dem Offizier lag ein umfangreiches Aktenstück: „Dieses sind Ihre Aussagen, die Sie uns in Berlin zu Protokoll gegeben haben."

Schon der Umfang des Bündels erregte meinen Argwohn.

Es wurde mir erklärt: Dieses Berliner Protokoll werde zunächst verlesen, bevor das Verhör in Moskau weiter fortgesetzt werde. Eine Dolmetscherin begann mit der Verlesung des Monstre-Protokolles – Seite für Seite, Stunde um Stunde, mit einer Zwischenpause den ganzen langen Tag.

Was mir da vorgelesen wurde, ließ mir den Atem stocken und mich erschauern.

Ein ganzer Verbrechens-Katalog passierte Revue. Was immer dem Dritten Reich in den Jahren nach 1945 angelastet wurde, war hier mit dem Vorzeichen „Rudolf Jordan" versehen. Es gab keinen Himmler, keinen Heydrich, keinen Kaltenbrunner mehr – nur ich allein rangierte unmittelbar nach Hitler. Vor den schaurigen „Eingeständnissen" stand jeweils der Passus: „Ich ordnete an ... ich gab den Befehl ..." Nach diesem „Schulddokument" war ich höchst persönlich der größte Kriegsverbrecher aller Zeiten. Mein Name war unmittelbar nach Attila und Dschingis Khan in die Weltgeschichte einzuordnen.

Schon während der Verlesung dieses ungeheuerlichen Papiers hatte ich immer wieder Einspruch versucht. Als die Dolmetscherin schließlich zu Ende gekommen war, protestierte ich: Dieses verlesene „Protokoll" widerspreche von A bis Z allen Aussagen, die ich in Berlin tatsächlich gemacht habe. Meine dortigen Aussagen seien in das Gegenteil verkehrt worden.

Der Offizier zeigte sich ob meines Widerpsruchs erstaunt und empört. In der Pose eines Diktators wies er er auf das Protokoll: „Hier steht das alles schwarz auf weiß!"

„Und wenn schon – ein solches Protokoll habe ich niemals unterschrieben; hören Sie: Nie!"

„Sie wollen also dieses Protokoll nicht anerkennen?"

„Nein! Niemals . . . Niemals! Vom Anfang bis zum Ende ist dieses Protokoll eine einzige Lüge. Ich verlange von Ihnen als Offizier der Sowjetunion die Annullierung dieses sogenannten Protokolls. Ich bin bereit, meine wirklichen Aussagen ebenso wie in Berlin unverändert und ohne Abschwächung hier in Moskau nochmals zu wiederholen."

Angesichts dieser erregten Antwort und meiner gezeigten Unerfahrenheit mit der Praxis der sowjetischen Justiz begann der Vernehmungs-Offizier erstaunt zu lächeln: „Sie fordern also eine Löschung dieses Protokolls? So etwas hat es in der Sowjetunion noch nie gegeben. Sie wären wirklich der erste, der mit einem solchen Antrag Erfolg hätte."

Ich darauf, immer noch erregt: „Das ist für mich kein Grund, auf mein Verlangen zu verzichten."

Der Offizier: „Sie wollen also behaupten, daß die aus dem vorliegenden Protokoll verlesenen Aussagen von Ihnen in Berlin nicht gemacht worden sind!"

„Genau das behaupte ich?!"

„Sie behaupten also, daß Ihre in diesem Protokoll festgehaltenen Aussagen zu Ihren Ungunsten geändert worden sind?"

„Genau das, aber dem nicht genug: Der größte Teil ist frei erfunden!"

Eine betretene Pause trat ein. Der Offizier betrachtete mich wie eines der Sieben Weltwunder. Dann formulierte er langsam und bedächtig, fast dozierend: „Sie wissen – an dem Zustandekommen eines Protokolles sind außer dem Angeschuldigten einmal der Dolmetscher, der die deutschen Aussagen ins Russische übersetzt, dann aber vor allem der Vernehmungs-Offizier beteiligt, der das Protokoll formuliert und niederschreibt."

Es folgte eine besinnliche Pause: „Beide sind auf Wahrheit vereidigte Organe des sowjetischen Staates. Mit Ihrem Protest unterstellen Sie, daß mindestens eines dieser beiden Staatsorgane Ihre Aussagen zu Ihren Ungunsten geändert hat?"

Ich bemerkte die Falle und antwortete: „Ich beschuldige niemand. Ich behaupte aber, daß im Protokoll Erklärungen als meine Aussagen niedergelegt sind, die mit den von mir tatsächlich gemachten Aussagen nicht übereinstimmen, ja zum größten Teil frei erfunden sind."

Der Offizier: „Das ist eine klare Beschuldigung staatlicher sowjetischer Organe . . . Sie wissen was das bedeutet?"

Nach einer kurzen Pause: „Wenn Sie jedoch dieses Protokoll als Unterlage für Ihr Strafverfahren annulliert haben wollen, dann müssen Sie die niedergelegten Aussagen offiziell widerrufen. Ein solcher Widerruf schließt aber ein, daß Sie damit zugleich anerkennen, diese Aussagen schon einmal gemacht zu haben. Das aber wiederum würde einschließen, daß Sie der sowjetischen Behörde zuvor unwahre Aussagen zu Protokoll gegeben haben, ponimaj? . . . Sie müssen sich jetzt klar und eindeutig für das eine oder andere entscheiden . . . Ich entlasse Sie für heute; überlegen Sie es sich sehr, sehr gut. Morgen will ich Ihre eindeutige Antwort haben."

Diese aufdringliche Dialektik war messerscharf. In meine Zelle zurückgekehrt, erfaßte ich: ich befand mich in einer Sackgasse. Wollte ich dem vorgelesenen „Protokoll" seine Wirkung nehmen, so mußte ich „Staatsfunktionäre beschuldigen", eine Fälschung des Protokolls vorgenommen zu haben: darauf stand nach sowjetischer Rechtspraxis mindestens 15 Jahre Gefängnis. Im Falle des Widerrufes stand mir unter der Behauptung, ich hätte in Berlin falsche Aussagen gemacht, das gleiche „Strafmaß" bevor. Ich durfte weder das eine noch das andere ausdrücklich sagen.

Am nächsten Morgen ging die Auseinandersetzung um das „Protokoll" in die Endrunde. Es ging heftig, laut, ja zeitweise turbulent zu. Der dialektische Kampf währte bis zum frühen Nachmittag. Ich folgte meinem Instinkt, wich allen verfänglichen Fragen beharrlich aus und betonte eindringlich und geradezu stur meinen Standpunkt: „Das Protokoll wird von mir nicht anerkannt; sein Inhalt entspricht in keiner Weise den von mir gemachten Aussagen; ich beantrage in allen Punkten noch einmal in einem objektiven Verhör vernommen zu werden".

Schließlich ging ich zur Offensive über: würde der Inhalt des Protokolls den Tatsachen entsprechen, so hätte ich dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg überstellt werden müssen,

dann seien die dortigen Angeklagten zu Unrecht, ja unschuldig verurteilt worden.

Wenn dieses Protokoll bestehen bleiben solle, dann würde ich – wie ich es in Berlin bereits vor einem russischen General getan habe – darum bitten, mich unverzüglich an die Wand zu stellen. Dann sei für mich die unmenschliche Tortur endlich ausgestanden; dann könne man sowohl die ungefälschten wie die gefälschten Akten Jordan schließen.

Das überraschende Ergebnis war, daß ich in den nächsten Tagen tatsächlich über viele Punkte des Protokolls erneut verhört wurde.

Ich hatte wieder einmal das Gefühl, einem Abgrund entronnen zu sein.

*

Mein Fall war damit freilich noch nicht abgeschlossen. Eines Tages wurde ich wieder „mit allen Sachen" aus der Zelle und aus dem Hause geführt; diesmal ging der Transport in die Butyrskaya, in das Moskauer Zentralgefängnis – eine noch unter den Zaren eingerichtete und von den Sowjets übernommene Gefangenenstadt für fast 30000 Häftlinge. Nach dem Zweiten Weltkrieg sollen hier sogar an die 70000 – wie Tiere zusammengepfercht – auf ihr Urteil und ihren Abtransport nach Sibirien gewartet haben.

Hier begann wieder einmal eine neue Vernehmungsserie. Ein gut genährter Hauptmann des NKWD versuchte mich mit seinen kalten Augen zu durchdringen; er wandte eine neue Taktik an. Er redete mir gut zu: Ich hätte es selbst in der Hand, meine nun schon so lange dauernde Untersuchungshaft abzukürzen, mein Verfahren zu einem baldigen Abschluß zu bringen. Der Weg dazu seien: „Pokasanie ... pokasanie ... Fakten ... Fakten ..." Ins Deutsche übersetzt besagte das: Selbstbeschuldigungen, zerknirschende Reue und die Erklärung, daß an allem Unglück in der Welt nur Hitler-Deutschland schuldig sei.

Ich käme dann rasch vor ein ordentliches Gericht; die Sowjetunion sei ein Rechtsstaat und werde mir sogar einen Verteidiger stellen. Nach dem Urteil würde ich in einem Lager, nicht im Gefängnis, wieder ein besseres menschenwürdigeres Leben führen, mit anderen Kameraden zusammen sein und die Sonne und

den Himmel wieder über mir sehen können. Bessere Verpflegung würde meine Kräfte aktivieren, Bücher, Zeitungen, Musik, ja sogar Theater und Kino gäbe es in den russischen Lagern. Durch Leistungen könnte ich meine Strafzeit verkürzen. Bei guter Führung und Arbeit sei es in einem russischen Lager möglich, an einem einzigen Tage drei Tage der Strafzeit zu absolvieren. So würde ich eines Tages sogar wieder bei meinen Lieben in der Heimat sein können. Es gäbe für mich keinen anderen Weg: er sei gerecht und human zugleich.

Das klang fast verführerisch, eine Art Potemkinsche Werberede für die sowjetischen Konzentrationslager.

Es ist begreiflich, daß mancher Häftling des NKWD in Stunden der Verzweiflung sich bereit findet, nunmehr Aussagen zu Protokoll zu geben, die zwar nicht der Wirklichkeit entsprechen, ihn schwer belasten, aber ihm die Hoffnung geben auf baldige Überführung in die so golden erscheinende Strafhaft im Lager.

Einmal wieder den ganzen Himmel sehen, einmal wieder die freie Luft einatmen können, einmal wieder in einer Gemeinschaft von Menschen leben: das alles erschien auch mir wie ein besseres Leben. Aber ich gab mir auch Rechenschaft – der geforderte Preis war zu hoch. Auch in der einsamsten, verlassensten Einzelhaft fühlte ich mich nicht nur als Einzelmensch ohne Bindung an das Volk, aus dem ich kam; ich lebte eigentlich überhaupt nur noch für die instinktiv empfundene Verpflichtung, trotz allem – und gerade jetzt in den Händen des unversöhnlichsten Feindes und als einer der Letzten vor diesem Feind – als Deutscher bis zum Ende stehen zu müssen.

So ging auch diese Versuchung an mir vorüber – weitere wochenlange Verhöre (einmal wurde sogar noch meine einstige Schrift „Vom Sinn dieses Krieges" Seite für Seite durchgenommen) änderten nichts daran.

Schließlich kam man mir fast schmeichelhaft: „Sie sind für uns der von Hitler ausersehene Gauleiter der NSDAP gewesen, der die Partei illegal im Untergrund gegen die sowjetische Besatzungsmacht fortführen sollte. Sie sind für uns damit der Stellvertreter Hitlers nach dem Kriege. Ihre frühere Tätigkeit in einem Gebiet besonderer kommunistischer Aktivität, Ihr unerschrockener Einsatz gegenüber dem politischen Gegner, hat

Sie bei Hitler für diese Aufgabe besonders geeignet erscheinen lassen. Mit Hilfe der von Ihnen geführten illegalen NSDAP haben Sie sich im Gebiet Ihres früheren Gaues geradezu meisterhaft der Festnahme entzogen ... Sie sind, leugnen Sie es nicht länger, der Stellvertreter Hitlers nach dem Kriege im Untergrund gegen die sowjetische Besatzungsmacht gewesen. Aus diesem Grunde haben die westlichen Alliierten Sie uns auch ausgeliefert ..."

Einige Tage danach ging es wieder für mehrere Stunden in die Lubjanka. Erneut wurde ich dem „Prokuror" vorgeführt. Der bebrillte Staatsanwalt stellte mir lediglich einige zusammenhanglos erscheinende Fragen und ich fragte dagegen, wann ich endlich mit einem Urteil zu rechnen habe; ich befände mich nunmehr seit etwa fünf Jahren in Untersuchungshaft. Ich wurde kurz beschieden: „Budjit – skoro ... es wird ... bald!" Im Gefangenenwagen ging es wieder in die „Butyrka" zurück.

Wochen später wurde ich nochmals in die Lubjanka gebracht. Wieder dem General-Prokuror vorgeführt. Dieses Mal versicherte man mir, mein Tribunal würde stattfinden, und dazu für die Gestellung eines Offizialverteidigers Sorge getragen werden. Ich brauche mir darüber keine Gedanken zu machen.

*

Der russische Winter hatte begonnen – nicht nur draußen für die Menschen in der Freiheit; in den Zellen der Häftlinge sank die Temperatur stundenweise bis auf 10 Grad unter Null. Am 10. Dezember 1950 wurde ich nach bitterkalter Nacht ganz früh geweckt.

Der „Korpusneu", der Allmächtige des Korridors, rief mich „Fertigmachen mit allen Sachen ... schnell ... schnell!"

Rascher Abschied von den Zellengenossen (nach mehreren Verlegungen war das jetzt ein russischer Ingenieur und der ungarische Generaloberst von Werth – ein außergewöhnlich guter Kamerad und als ehemaliger ungarischer Generalstabschef ein besonders interessanter Gesprächsgenosse, der schon lange in der „Butyrka" saß, einiges von Mithäftlingen berichten konnte: so erkannte er am Tritt Hitlers Chefpiloten Baur, der ein Bein verloren hatte).

Werths Prognose lautete: „Tribunal"; wortlos steckte er mir noch eine Packung Machorka in mein kleines Bündel.

Mit „ruky nasad ... Hände zurück!" wurde ich in die Eingangshalle des Gefängnisses geführt und in eine der Dutzenden von kleinen Warteboxen eingeschlossen, die wie Telefonzellen die Gänge umsäumen, wir nannten sie „Stehsärge".

Auf den Gängen herrschte viel Betrieb, ich hatte den Eindruck als ob ein größerer Transport abgefertigt werde.

Nach einer Stunde Wartezeit wurde ich herausgeholt und in ein Verwaltungsbüro geführt, in dem mich zwei Offiziere niedrigen Ranges erwarteten.

Wieder einmal wurden meine Personalien festgestellt. Dann wurde ich mit einigen amtlich betonten russischen Sätzen angesprochen. Ich verstand kein Wort und antwortete „Nix ponimaju".

Der Offizier ließ sich nicht unterbrechen; von einem postkartengroßen Zettel las er weiter einen russischen Text vor. Ich verstand nur, daß darin etwas von einem „Tribunal" und vom „Internationalen Kontrollrat in Berlin" die Rede war. Der zweite Offizier ergänzte die Vorlesung seines Kollegen durch ein schadenfrohes „Plocho, otschen plocho", und übersetzte diese Bemerkung für mich in gebrochenem Deutsch: „Gitler kaputt, Du auch kaputt."

Wieder antwortete ich: „Nix ponimaju."

Die Offiziere zeigten sich verärgert, daß sie ihre schlechte Botschaft an mich nicht auf Russisch an den Mann bringen konnten. Einer nahm nunmehr ein unbeschriebenes Blatt Papier und schrieb darauf die Zahl 25. Dann hielt er mir den Bogen demonstrativ vor die Augen.

„Ponimajesch? . . . Verstanden?"

„Ponimaju . . . Ich habe verstanden!"

Ich begann zu ahnen: Fünfundzwanzig Jahre!

Auch der weitere Text wurde mir demonstriert: Der Offizier spreizte an jeder Hand die fünf Finger, legte die gespreizten Finger der beiden Hände kreuzweise umständlich übereinander, hielt sie gegen das Licht und erklärte mit Pathos: „Türma".

Das war die Verkündung meines Urteiles und hieß in genauerer Übersetzung: 25 Jahre Gefängnis. Im Jargon der Häftlinge: Die „große Rolle".

Ich protestierte zunächst in meinem primitiven Russisch: „Bes Tribunal? . . . Ohne Tribunal?"

Der Offizier lachte: „Da, da, Tribunal usche bül", zu deutsch: „Das Tribunal war schon."

Ich war in Abwesenheit durch die sogenannte „Troika", die „besondere Beratung", die „Osobennie Soweschtschanie" verurteilt worden. Der russische Volksmund sprach flüsternd vom „OSSO". Gegen ein solches Urteil der drei Vertreter des Staatssicherheits-Ministeriums, des Zentralkomitees der Partei und des Innenministeriums gibt es keine Berufungsmöglichkeit. Es ist in der Sowjetunion das „letzte Wort".

*

Der zweite Abschnitt meiner Gefangenen-Odyssee begann Sie führte in nochmals fünf Jahren bis weit nach Sibirien – und wieder nach Moskau zurück!

Ein Lager, wie man es mir in verlockender Schilderung angekündigt hatte, bekam ich nicht zu sehen. Zwar war das Wort „Jordan wird erschossen" nun aus dem sowjetischen Programm gestrichen, aber es schien so zu kommen, wie ein Vernehmer es mir verkündet hatte: „Hinter den dicksten Mauern der russischen Gefängnisse ist für Sie der richtige Platz." Über mein Leben schien sich hoffnungslos der Vorhang gesenkt zu haben.

Freilich gab es auch jetzt noch manches Unerwartete zu erleben.

Schon die ersten Schritte in meiner Strafgefangenenzeit führten zu einer Begegnung, wie sie bisher nicht erlaubt war. Ich wurde in einen Gefängnisgang gebracht, in dem bereits zwei andere Gefangene standen – mit dem Gesicht zur Wand. Als Untersuchungs-Gefangener hätte ich sie nicht einmal aus der Ferne sehen dürfen. Jetzt führte mich der Posten sogar zu ihnen hin und wies mich an, mich neben sie zu stellen . . . Zwei blasse ausgemergelte Gefangenengesichter schauten mich mit großen traurigen und fragenden Augen an. Leise nannte ich meinen Namen; sie antworteten ebenso flüsternd: „Marquard . . . Parschauer."

Jeder von ihnen war ebenso wie ich gerade verurteilt worden: beide zu je 15 Jahren Gefängnis. Der größere ältere Herr mit

dem bleichen Gesicht eines Wissenschaftlers war der katholische Generalvikar für das Bistum Ermland; der jüngere Domvikar von Frauenburg. Wir wurden schließlich zusammen in eine Zelle eingewiesen – zu einer mir unvergeßlichen mehrwöchigen Gemeinschaft mit vielen nicht nur politischen sondern auch philosophischen Gesprächen über Lebenssinn und Lebensinhalt.

Noch den Weihnachtsabend verbrachten wir zusammen – meine Gedanken wanderten in die Ferne; dort entzündete meine Frau gewiß ein kleines Bäumchen, vielleicht betrachtete sie mit den Kindern ein Bild des verschollenen, bereits totgeglaubten Vati ...*

Der Generalvikar erriet meine Gedanken, er sah mich Tränen der Wehmut unterdrücken, sprach tröstende Worte und dann versuchten drei deutsche Männer das „Stille Nacht, Heilige Nacht“ gemeinsam zu singen ...

Am zweiten Weihnachtstage in aller Frühe wurden unsere Namen aufgerufen: „Fertigmachen mit allen Sachen ... dawaj ... dawaj!“

Das war der Aufbruch zum langen und beschwerlichen Weg in die Strafverbüßung irgendwohin. In der Wartezelle fielen die Namen: Workuta ... Karaganda. Niemand wußte etwas Genaues, sicher war nur: Sibirien.

Einige Stunden später stapfte ein Elendszug der Verurteilten, von fluchenden und drohenden Posten eskortiert durch tiefen Schnee über viele Gleise eines Bahnhofes. Mehrere „Stolypinskis“ standen bereit, Eisenbahnwagen, die ihren Namen einem vor dem Ersten Weltkrieg ermordeten zaristischen Innenminister verdanken. Äußerlich sehen sie wie normale D-Zugwagen aus, in ihrem Inneren sind sie fahrende Gefängnisse.

In dem verschlossenen zellenartigen Abteil, in das ich eingewiesen wurde, war ich der einzige „Njemez“, und außerdem der

---

* Wenige Tage nach diesem Weihnachten 1950, genau am 8. Januar 1951, erließ das Amtsgericht München eine Todeserklärung. Der Zeitpunkt meines Todes wurde auf den 1. Juli 1947 festgestellt. Am 11. Oktober 1954 — nachdem die ersten zuverlässigen Nachrichten über meinen Verbleib in München eingetroffen waren, wurde dieser Beschluß wieder aufgehoben.

einzige politische Häftling. Neugierig wurde ich gefragt, ob ich ein deutscher General sei. Als ich mich als politischer Leiter der Hitler-Partei ausgab, raunte man mit Interesse: „Faschisti-Sekretary." Sowohl meine „25 Jahre" wie die Tatsache, daß sie von der „Trojka" ausgesprochen worden waren, erhöhte die allgemeine Bewunderung.

In den „Stolypinskis" gab es keine Verpflegung. Jeder Häftling hatte vor dem Antritt des Transportes eine Marschverpflegung in Empfang genommen, mit der er sich verpflegen mußte: rohe Salzfische und Brot, dazu ein wenig Zucker. Aus der zugewiesenen Portion vermag der Häftling zu folgern, wie weit seine Reise zunächst sein wird. Meine eigene Portion verhieß eine Zwei-Tage-Reise.

In der Tat wurde ich am zweiten Tag in Kuybischew, dem früheren Samara – herausgeholt und ins dortige Gefängnis überführt. Aber der dortige Aufenthalt dauerte nur einen Tag; dann ging die Reise im nächsten „Stolypin" wieder weiter. Nochmals vergingen zwei Tage – langsame Fahrt durch die Gebirgstäler des Ural – bis ich mitten in der Nacht wieder herausgerufen wurde. Fröstelnd stand ich neben dem Posten bereits eine Weile im Gang, als der Zug mit gequältem Bremsen zum Halten kam. Von einem neuen Bahnhofsgebäude leuchtete uns der Name „Tscheljabinsk" entgegen – die Grenzstadt zwischen Europa und Asien!

Als wir – drei Häftlinge und ein NKWD-Kommando – unter stillem nächtlichen Schneefall die Gleise überquerten, schlug es von verschiedenen Türmen mit zwölf dunklen Schlägen die letzte Stunde des Jahres 1950.

Im Gefängnis von Tscheljabinsk blieb ich einige Tage; dann begann die dritte Etappe in einem Stolypinski. Dieses Mal geriet ich in ein Abteil von „Blatnois": Durchwegs verwegene asoziale Typen mit luchsigen Blicken, stechenden Augen und erstaunlicher körperlicher Gewandtheit. Ein kaum Sechzehnjähriger war darunter, der sich als Lehrling in der Runde der erfahrenen „Meister" wohl zu fühlen schien. Auch hier wirkte die Tatsache, daß ich ein „Nejmez" sei wie eine Sensation. „Wann kommen die Amerikaner?" wollte man von mir wissen. Sie haßten Stalin, aber nicht aus politischen Gründen, sondern weil er ihnen das Gaunergewerbe störte.





Reichsstatthalter 1939



Heimkehrer 1955

Wir fuhren immer weiter, tagelang ins endlose Sibirien; Immer höher wölbte sich der fast italienblaue Himmel. Schließlich lag eine helle freundliche Wintersonne auf der weißen sibirischen Landschaft, als wir – nach nochmaligem Zwischenaufenthalt im Gefängnis von Nowosibirsk, der Hauptstadt Westsibiriens und der zentralen Umschlagstation riesiger Häftlingskolonnen, die hier aus allen Himmelsrichtungen ein- und ausströmen – in Irkutsk, der Hauptstadt-Ost-Sibiriens eintrafen.

Die Peresülka von Irkutsk war ein Sammeldurchgangslager, aus dem die in Sammeltransporten eintreffenden Gefangenen nach kurzem Aufenthalt in die für sie bestimmten Strafgebiete weiter verschickt wurden. Hätte es in Irkutsk ein „Gästebuch" gegeben, es würden in ihm manche historischen Namen verzeichnet sein, schon aus der vorbolschewistischen Zeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Armee der sowjetischen Gefangenen sich aus vielen Nationen rekrutierte, waren in dieser Peresülka fast alle Weltsprachen zu hören.

Über eine menschenleere Lagerstraße tapste das Häuflein der angekommenen Elendsgestalten. Zu beiden Seiten duckten sich hinter hohen Schneemauern niedrige Blockbauten. Auf den Dächern lastete massig und überhängend schwere Schneelast: das Drama vom kalten grausigen Verbannungsland in die Wirklichkeit gestellt, zum Greifen nahe.

Wieder landete ich in einer Gruppe von Kriminellen. Diesmal war die Aufmerksamkeit, die ich als „njemez" fand, weniger angenehm. Man interessierte sich vor allem für meine Bekleidung. Das „Made in Germany" hatte auch in Sibirien einen guten Klang.

„Wosmotrim . . . Laß mich mal sehen!" – schon befühlten Einige fachmännisch Stoff und Qualität meiner dürftigen Garderobe. Erregt hungrige Augen richteten sich auf meine Sachen.

Ich war in eine Gemeinschaftszelle geraten, in der die Kriminellen nicht nur den Ton angaben, sondern auch strikt organisiert waren.

Ich hatte als erfahrener Gefangener „alles Meinige bei mir", also zwei Hosen übereinander an. Nun wollte der Zellenboß die bessere von mir „geschenkt" erhalten. Ich weigerte mich zunächst, aber der Rat eines Deutschsprechenden veranlaßte mich zur Nachgiebigkeit. Nachts wurde mir dann aus meinem

Rucksack ein Paar Schuhe gestohlen und am nächsten Morgen bemerkte ich, daß in Gruppenunterhaltungen die Blicke immer wieder auf mich gerichtet wurden.

Dann begann der Boß mit einigen seiner Typen ein erregtes Kartenspiel, das russische Poker. Schließlich kam er auf mich zu: soeben habe er im Spiel mein Jackett gewonnen! Er betastete es zärtlich.

Als ich kategorisch „Halt" sagte und ihm erklärte, diese Jacke sei mein Eigentum und bleibe es auch, tat er empört: „Du willst also nicht?" In einer Ecke wurde Kriegsrat gehalten. Dann kam der Boß wieder: „Ich gebe Dir Frist bis heute Nacht; dann hole ich mir das Jackett in jedem Fall. Glaube nicht, daß Du das verhindern kannst. Wenn Du das versuchst, dann ist es mit Dir zu Ende." Er machte demonstrativ mit der Hand die Bewegung eines raschen Schnittes am Hals.

Das war keine leere Drohung – ich wußte, daß die Blatnois kleine scharfe Messer besaßen und durch alle Gefängniskontrollen hindurch zu schmuggeln wußten. Ich schien dem Terror der Kriminellen rettungslos ausgeliefert, als spät nachmittags die Zellentür geöffnet wurde: eine vier Mann starke Gruppe handfester Häftlinge polterte herein und ich traute meinen Ohren kaum, als ich unverfälschtes Deutsch hörte. Es warenHäftlinge aus dem berüchtigten Lager Kolyma, Wiener ihrer Herkunft nach. Der Anführer – im Umgang mit Kriminellen bereits erfahren – gab sich auf die üblichen Fragen als Berufsboxer aus. Ein weiterer als Fleischermeister. Politisch war der eine deutscher Flieger-Offizier, außerdem alter SA-Mann aus der Steiermark, ein weiterer ehemaliger HJ-Führer, ein dritter kam von der kämpferischen Linken, er war als österreichischer Marxist bereits auf den Barrikaden gestanden.

Ich nannte den Ankömmlingen offen meinen politischen Steckbrief – und war vor den Gaunern gerettet. Für die Nacht bereiteten wir uns eine gemeinsame Schlafstätte in der Ecke. „Wir kennen diese Ganoven, mit uns alten Kämpen nehmen die Gauner es nicht auf!"

Schließlich wurde es noch geradezu lustig. Der frühere HJ-Führer beherrschte fast alle Wiener Volkslieder und produzierte sich dazu als virtuoser Kunstpfeifer. Verdrossen erlebten die Blatnois einen Wiener Heimatabend – und ich behielt meine Jacke!

Meine Sibirienfahrt verlief erstaunlich. Ich könnte seitenlang darüber berichten, wie überhaupt das bittere Abenteuer meiner Gefangenschaft ein eigenes Buch sein müßte, wollte ich nicht nur – wie hier – knapp skizzieren . . .

Von Irkutsk aus wurde ich in einem Gefangenenwagen in vielstündiger Fahrt durch eine menschenleere Schneelandschaft zum Gefängnis Alexandrowka-Central gebracht – ein allein in der Weite liegendes uraltes Kastell. Alles stand im Zeichen einer tristen Vergangenheit: die Gefangenenhäuser, die Wirtschaftsgebäude, die Zellen, die hygienischen Einrichtungen – selbst das Personal schien in der abgeschlossenen Einsamkeit von der Gegenwart unberührt geblieben zu sein. Hier in diesen Mauern hätte einst das geflügelte Wort entstanden können: Rußland ist groß, und Väterchen Zar ist weit. . . . In Alexandrowka-Central wurde ich zunächst in eine sogenannte Quarantäne-Zelle eingewiesen. Erst nach 28 Tagen wurde man dem allgemeinen Gefängnisbetrieb eingeordnet. Aber schon einige Tage vordem war für mich diese Station wieder beendet.

Kaum einen Monat nach dem düsteren Kriminellen-Erlebnis wurde ich – ich allein – wieder in die Irkutsker Peresülka eingegliedert – aber zu meiner Beruhigung diesmal in eine erträglichere Zellengemeinschaft.

Einige Tage später saß ich erneut im Stolypinski. . . . Die Fahrt ging westwärts, die Moskauer Zentrale hatte eingegriffen, und Moskau war auch wieder das Reiseziel!

Diesmal nahm mich das Krasnaya-Presnja-Gefängnis auf – aber nur für kurze Zeit. Dann wurde ein neuer Transport zusammengestellt. Abermals ging es zum Bahnhof und zu einem Stolypinski – allerdings ohne Marschverpflegung; das deutete auf eine kurze Reise.

Als ich in eines der Gefangenen-Abteile des Wagens geschoben wurde, traute ich meinen Augen nicht: dort saß als einziger Mitgefangener in der eleganten Uniform des Auswärtigen Amtes der ehemalige deutsche Gesandte in Sofia und einstige SA-Gruppenführer Beckerle. In Feldgrau mit goldenen Biesen. . . . Nur die Bügelfalten hatten sich verzogen und der Hoheits-Adler fehlte.

Wie erwartet, dauerte der Transport nicht allzu lange. Nach etwa fünf Stunden, die uns im gemeinsamen Erinnerungsge-

spräch wie im Fluge vergingen, wurden wir zum Aussteigen aufgerufen. Ein holpernder Gefängniswagen fuhr dann mit uns durch nächtlich ruhige Straßen einer alten Stadt.

Sofort nach der Einlieferung im Gefängnis wurden Beckerle und ich wieder getrennt. Eine strenge Ordnung kam auf uns zu. Wir waren in dem alten „Türma“ von Wladimir gelandet – 170 Kilometer östlich von Moskau.

Auch Wladimir hatte Tradition; dieses Gefängnis diente schon zur zaristischen Zeit als eine Art Isolator für wichtige politische Häftlinge; Lenin, Stalin, Molotow und andere prominente Führer der russischen kommunistischen Partei waren damals zeitweise Insassen von Wladimir gewesen.

Ich wurde in eine stark besetzte Gemeinschaftszelle eingewiesen und stand einer Gruppe von acht blassen Häftlingen gegenüber, die mich neugierig umringten. Unter ihnen waren fünf Deutsche; Konteradmiral Voss, früher Verbindungsmann des Großadmirals Dönitz im Führerhauptquartier, der letzte Kampfkommandant der Reichskanzlei SS-Gruppenführer Mohnke, der Leiter des Sicherheits-Kommandos im Reichspropaganda-Ministerium, der Chefdolmetscher der Kurland-Armee, der Leiter des deutschen Kultur-Instituts in Bukarest. . . . Auch Russen gehörten zu meinen neuen Zellengenossen: Ein prominenter Mediziner, ein Schriftsteller, der langjährige Leiter der Leningrader Eremitage, schließlich ein freundlicher kleiner Japaner, seines Zeichens Diplomingenieur – er war in der Mandschurei tätig gewesen.

Sie alle drückten mir freundlich lächelnd die Hand; vom ersten Augenblick an hatte ich den wohltuenden Eindruck, bei interessanten und intelligenten Menschen gelandet zu sein.

Diese Zelle wurde nun meine neue Heimat: mehr als vier Jahre lang.

Das Wunder der Heimkehr

Es war am 9. März 1953. Wir saßen wie an jedem Tage in der Zelle auf unseren Betten und beschäftigten uns, ein jeder auf seine Weise. Das Stimmungsbarometer stand auf Null . . .

Unsere Besatzung hatte sich im Laufe der Jahre nur wenig verändert. Wichtigster Zugang war vor Jahresfrist der Russe Bumagin gewesen. Sein und mein Zusammentreffen im grauen Gefängnis von Wladimir war erstaunlich: Er war einst Parteisekretär der Leningrader Kommunistischen Partei und in den Jahren der Einschließung dieser schwer umkämpften Stadt Organisator des erfolgreichen Volks-Widerstandes gewesen. Nach dem Kriege hatte Bumagin anläßlich eines Gedenktages eine Gedächtnis-Ausstellung für den Verteidigungskampf organisiert und dabei dem Personenkult Stalins zu wenig Rechnung getragen. Der Verdacht antistalinistischer Einstellung, des „Abweichens“ von der Parteilinie hatte ihn die in Hände des NKWD gebracht. Nach langen Verhören und einem Urteil auf 25 Jahre Gefängnis und gleichzeitiger Verbannung seiner Frau und seines Sohnes nach Sibirien war Bumagin nun in gleicher Zelle bei einem Hitler-Gauleiter gelandet. Das erstaunlichste war, daß Bumagins Einstellung zur Kommunistischen Partei und dem sowjetischen Staat sich keineswegs geändert hatte. Nach wie vor erwies er sich als überzeugter Kommunist. Der Kommunismus war seine Religion; er fühlte sich als Apostel. Die Partei war ihm seine politische Kirche, der er auch in der Gefangenschaft geistig beheimatet blieb. Er hatte die Vergünstigung, die zentrale Zeitschrift „Der Bolschewik“, die sich später „Der Kommunist“ nannte, als Abonnent lesen zu dürfen.

Bumagin war nicht nur ein interessanter, sondern auch ein angenehmer und nützlicher Zellengenosse. Aus der „Prawda“ und der „Iswestja“, die wir mit einer zeitlichen Verspätung von zwei Monaten in die Zelle bekamen, übersetzte und kommentierte er uns die wichtigsten Artikel. Als Gegenleistung berichtete ich ihm in meinem holprigen Russisch, was in der Pieck-Ulbricht-Zeitung „Das Neue Deutschland“ zu lesen war . . .

Nun – an diesem 9. März 1953 – beschäftigten sich die Generale anhand einer russischen Grammatik mit ihren Sprachstudien. Der Japaner spielte mit dem ukrainischen Partisanen das Spiel der Könige: Schach. Der russische Wlassow-Mann knetete aus Brotteig eine neue Pfeife für den demnächst fälligen Machorka. Bumagin studierte in seiner Zeitschrift „Der Kommunist" zäh und sichtbar nachdenklich die letzten Reden im Zentralkomitee der Partei. Ich spann in Gedanken an dem Faden einer hessischen Heimat-Novelle, mit der ich seit einigen Monaten schwanger ging.

Da schien plötzlich ein Schuß die Luft zu zerreißen: Mit einem Schlage dröhnten durch die geöffnete Fensterklappe die Fabriksirenen der ganzen Stadt, vereinigten sich zu einem einzigen schrillen, heulenden Aufklang. Zur gleichen Zeit fielen die Glocken der Kirchen dunkel und tief mit ihren Baß-Stimmen in das schreiende Massenkonzert ein. Die Luft schien zu zittern.

Wir fuhren erschrocken auf und schauten uns fragend und verständnislos an. Was sollte das bedeuten ... Krieg? Revolution?

In meiner Erinnerung stieg blitzeschnell ein Gedicht Erich Mühsams auf, das Lenins Tod gewidmet war und mit den Worten begann: „Heult auf, Fabriksirenen, heult, ihr Schlote, Kanonen, brüllt!"

Ich wußte es instinktiv und schrie es in die Runde meiner sprachlosen Zellengenossen: „Stalin ist tot ... Stalin ist endlich tot!"

Die Runde sah mich mit großen Augen fassungslos an; ich wiederholte noch einmal: „Glaubt mir doch: Stalin ist tot!"

Die anderen sahen mich mitleidig an, als ob ich vom Zellenkoller befallen sei.

Allerdings war es einigen alten Häftlingen, den „Knastologen" wie wir sie nannten, bereits vor Tagen auf dem Weg zum Spazierhof aufgefallen, daß die Gefängniswachen verdoppelt worden waren. Wir erfuhren später, daß diese Beobachtung nicht bedeutungslos war: Stalin war bereits am 5. März gestorben.

Nach zwei weiteren Wochen erhielten wir in unserer Zelle einen Zugang – ein Litauer, der von einer Vernehmung in seiner Heimat hierher zurückgebracht wurde, berichtete, daß ich mit meiner Verkündung recht gehabt hatte. Stalin war tot und lag

bereits seit jenem unvergeßlichen Sirenen-Tag im Schau-Sarg im Mausoleum auf dem Roten Platz. Malenkow war zu seinem Nachfolger berufen worden; eine seiner ersten Regierungsmaßnahmen war eine große Amnestie – sie erstreckte sich allerdings nur auf sowjetische Staatsbürger und nur auf Kriminelle. Der politischen Häftlinge hatte man in dieser Amnestie nicht gedacht.

Bumagin fand das nicht erstaunlich. Als ich ihn daran erinnerte, daß er nur wegen seiner persönlich-kritischen Haltung gegenüber Stalin verurteilt sei, also bald mit seiner Frau – sein Sohn war inzwischen in Sibirien in tragischer Weise tödlich verunglückt – wieder in Freiheit vereint sein werde, meinte er zurückhaltend: „Ja nadeus . . . ich hoffe es."

Auch wir hofften und glaubten unsere Hoffnung durch kleine, aber doch wichtige Beobachtungen bestätigt zu sehen. Die Suppe wurde nahrhafter, die Brotration erhöht. Es gab nunmehr sogar „Kascha" und geradezu als Liebesgabe Papyrossis, wenn auch die billigste Sorte „Raketa". Das Regime im Gefängnis wurde lockerer, wir erhielten die Erlaubnis, auch unter Tags auf unseren Bettstellen zu liegen, der Umgangston der Gefängniswärter wurde menschlicher.

Eines Tages erschien ein neuer Natschalnik in der Zelle, der uns freundlich begrüßte und sich nach unseren Wünschen und etwaigen Beschwerden erkundigte. Dann erschien sogar eine Kommission fremder Offiziere in Begleitung von Ärzten. Wieder wurde nach unseren Wünschen gefragt; eine Ordonnanz schrieb fleißig mit.

Nach mehreren Monaten betrat der Natschalnik mit Gefolge erneut unsere Zelle und gab zu unserer Verblüffung bekannt, daß für die deutschen Gefangenen Schreiberlaubnis erteilt worden sei – eine Postkarte monatlich an die nächsten Angehörigen.

Unsere Herzen klopften vor Erregung. Jahrelang hatten wir um Schreiberlaubnis gebeten; die Gesuche waren stets ohne Begründung schroff abgelehnt worden. Manche unter uns hatten seit einem vollen Jahrzehnt keinerlei Lebenszeichen mehr nach Hause richten können.

Ein Wärter verteilte kurz darauf die Karten für die Häftlinge, bei denen Schreiberlaubnis erteilt war. Zu meiner bitteren Enttäuschung war ich nicht dabei. Auf meine Frage nach dem

„Warum“ erhielt ich nur die Antwort des Wärters: „Ich weiß es nicht; Ihr Name steht nicht auf der Liste.“ War ich – mit einigen wenigen Häftlingen im Gefängnis Wladimir – allein verurteilt, in der Heimat weiterhin als tot zu gelten*?

Fast ein Jahr verging, in dem meine Zellengenossen in monatlichem Kartenwechsel mit ihren Angehörigen standen; noch im Oktober 1954 war mein Gesuch an den zuständigen sowjetischen Minister des Inneren, meiner Familie in Deutschland eine Nachricht übermitteln zu dürfen, ohne Angabe von Gründen strikt abgelehnt worden. Erst im Frühjahr 1955 wurde überraschend durchgesagt, daß die Schreiberlaubnis nunmehr auch auf die „Politischen“ ausgedehnt worden sei. Nun war also auch ich eingereiht in den Kreis der noch Lebenden. Stundenlang saß ich über der kleinen Karte, um in Worte zu fassen, was zu berichten war. Die Antwortkarte hing vorschriftsmäßig an; die Adresse mußte lauten: Moskau – Postfach 5110/49, die Tarnanschrift für alle Häftlinge in Wladimir.

Mitte Mai wurde mir dann die Antwort meiner Frau durch die Klappe an der Zellentür gereicht – ein unbeschreibliches Gefühl der Dankbarkeit stieg in mir hoch. In einem stillen Eck der Zelle las ich wohl ein dutzendmal Wort für Wort die frohe Botschaft: Meine Frau und die Kinder lebten, sie hatten in München fürsorgliche Zuflucht gefunden und schrieben mir – noch schien es mir wie eine Utopie –, daß sie auf mich warteten.

Die Ereignisse begannen sich nun fast zu überstürzen. Eines Tages wurden alle nichtdeutschen Gefangenen aus unserer Zelle verlegt – wir waren nun „unter uns“.

Aus der „Prawda“ erfuhren wir, daß zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Besprechungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Gange seien. Ein Besuch des Bundeskanzlers Adenauer in Moskau wurde angekündigt.

Wir wußten, daß nur ein politisches Wunder unser „lebenslängliches“ Gefangenenschicksal ändern konnte. Jetzt fühlten wir, daß dieses Wunder in die Nähe rückte.

Die spärlichen Nachrichten spiegelten freilich ein Auf und Ab wider: Einmal schien es, daß die Verhandlungen ergebnislos bleiben würden. In richtiger Einschätzung der sowjetischen

---

* Vgl. Fußnote Seite 351.

Verhandlungstaktik hatte Adenauer mit dem Abbruch gedroht – und dann den Kaufpreis der Freigabe und Heimkehr der deutschen Kriegsverurteilten im letzten Augenblick wirklich durchgesetzt.

Ich war mittlerweile wieder einmal vernommen worden. Ein unbekannter Offizier fragte mich nicht unfreundlich: Wie es mir gehe, ob ich zufrieden sei; und ob ich die Hoffnung habe, irgend wann einmal in die Heimat zurückzukehren?

Ich antwortete: „Jeder Gefangene hat diese Hoffnung."

Der Offizier sah mich herausfordernd an: „Auch ein ehemaliger Gauleiter Hitlers?"

Ich antwortete: „Ja, denn auch ich habe keine Verbrechen begangen."

Im Stillen fragte ich mich nach dem Zweck dieser Vernehmung. Es stellte sich heraus, worum es ging. Man wollte wissen, ob ich mich im Falle einer Rückkehr in die Heimat wieder politisch betätigen wolle. Das konnte ich mit ruhigem Gewissen in Abrede stellen – bis an mein Lebensende würde für mich die Erinnerung an die innere Tragik des Erlebten genügen.

Die zweite Prüfungsfrage war bedenklicher. Der Vernehmungs-Offizier meinte: Man könne von der Sowjetunion wohl nicht verlangen, „unverbesserliche faschistische Revanchisten" in die Heimat zu entlassen. Bei jedem Einzelnen müsse die Gewähr gegeben sein, daß der Gefangene sich im Laufe seiner Haft gewandelt habe und die ihm von der Sowjetunion geschenkte Freiheit auch verdiene. In meinem besonderen Falle, das werde ich ja wohl verstehen, müsse ich einen konkreten Beweis dafür erbringen, daß ich der Sowjetunion gegenüber nicht mehr feindlich sondern freundlich eingestellt sei.

Eine nachdenkliche Pause trat ein. Dem Offizier schien nicht leicht über die Zunge zu gehen, was er mir nun stockend sagte: Bei einigen deutschen Häftlingen in Wladimir beständen Zweifel hinsichtlich ihrer politischen Gesinnung. Ob ich bereit sei, nach einer Verlegung in die Zelle dieser Häftlinge deren politische Einstellung zu erkunden und darüber zu berichten ...

Fast glaubte ich, nicht richtig gehört zu haben; mir blieb der Atem stehen. Der Kommissar schaute mich mit forschenden Augen prüfend an.

Mein erstes scharfes „Nein“ zu diesem Ansinnen hatte nur zur Folge, daß ich zum „Nachdenken“ aufgefordert und abgeführt wurde.

Ich hatte eine schlaflose Nacht. Wie im Spuk wechselten in meinen Träumen Bilder der Heimat und die Gesichter meiner Lieben mit der Vorstellung einer lebenslänglichen traurig-schaurigen Gefangenschaft. Der Vernehmungs-Offizier erschien mir wie der leibhaftige Teufel bei der Versuchung des Herrn in der Bibel: „Sieh all dies will ich Dir geben, wenn Du niederfällst und mich anbetest.“

Ich wäre unehrlich, wenn ich in der Erinnerung dieser qualvollen Stunden nicht eingestehen würde, daß ich in meinen Gefühlen und Gedanken zu schwanken begann. Mußte nicht der Freilassung alles andere untergeordnet werden? Sollte ich mir selbst mit „Haltung“ und „Grundsätzen“ den vor mir liegenden Weg in die Heimat versperren. Hatten mich „Pflicht“ und „Prinzipien“ nicht schon einmal in den Untergang – bis hierher nach Wladimir – geführt?

Am frühen Morgen lag ich schweißgebadet. Bald wurde ich wieder abgeholt. Der Kommissar lächelte mich erwartungsvoll, fast freundlich an: „Nun, wie haben Sie sich entschlossen? Sicherlich nicht so selbstmörderisch wie gestern?“

Ich hatte mich wieder gefunden: „An meiner Entscheidung hat sich nichts geändert. Ich bin ein politischer Häftling und kein Bandit. Ihren Versuch, mich zu einer unehrenhaften Handlung zu verleiten, fasse ich als eine persönliche Beleidigung auf.“

Ich fügte hinzu: „Ob ich mit meinen Kameraden in die Heimat entlassen werde – das wird gewiß nicht von Ihnen, sondern in Moskau entschieden.“

Mit feuerrotem Gesicht wies der Offizier zur Tür und rief mir nach: „Raus – njemezky Faschist.“

So war mein persönliches Schicksal noch unentschieden, als wir aus der russischen Presse erfuhren, daß Bulganin und Chrustschow den Forderungen Adenauers schließlich doch nachgegeben hatten.

Ende September 1955 kam der Gefängnis-Natschalnik zum dritten Male höchst persönlich in unsere Zelle. Wir erhoben uns vorschriftsmäßig. Der Natschalnik nahm vor uns Haltung

an und verlas eine russische Erklärung. Ich konnte ihr nur zum Teil folgen – aber es war kein Zweifel mehr, worum es sich handelte:

Mit einem fast väterlichen „Skoro domoj" verließ der Gefängnisgewaltige mit seiner Begleitung die Zelle. „Domoj! Domoj! ... Nach Hause! ... Nach Hause"; man umarmte sich unter Freudentränen.

Im einzelnen hatte der Gefängnisdirektor mitgeteilt, daß in unserem Korridor sich nur noch Deutsche befänden, die ab sofort keine Gefangenen mehr seien. Die Zellentüren würden von nun an nicht mehr geschlossen, wir könnten uns untereinander frei bewegen; bis zum Abtransport würden noch etwa zwei Wochen vergehen.

*

Auf höherer Ebene war auch für mich entschieden worden: als nach einiger Zeit letzten Zweifels eine Transportliste für den nächsten Tag bekanntgegeben wurde, war auch mein Name genannt ...

Zum ersten Male seit dem für mich denkwürdigen 19. Januar 1931 – fast ein Vierteljahrhundert vorher – war nun auch ich nichts anderes mehr als „einer von Vielen". Wie sie erlebte ich das Wunder der Heimkehr als ein Märchen: beginnend mit einer Besichtigungstour durch Moskau – wie von einem Reisebüro organisiert –, fortgesetzt in angenehmer Eisenbahnfahrt über Brest-Litowsk nach Frankfurt an der Oder. Dort nochmals spannende Minuten: wie würden sich die Behörden des Ulbricht-Regimes verhalten?

Es stellte sich heraus: sie verhielten sich gar nicht, sie hatten nichts zu bestimmen. Transportführer blieb ein russischer Offizier. Gemächlich dampfte unser Zug nun durch deutsches Land, oftmals haltend, aber stetig in Richtung Westen. Gelegentlich wechselten wir ein paar freundliche Worte mit Reisenden, die auf den Bahnsteigen warteten, da und dort winkte man uns zu; Stunde um Stunde umfing uns nun die Heimat immer eindringlicher.

Wir passierten das Mansfelder Land. Von weitem sah ich die vertrauten Fördertürme der Schächte.

In Sangerhausen hielt der Zug; es war die Stunde des Arbeiter-Berufsverkehrs. Am Bahnsteig wurden wir von Gruppen Neugieriger umringt: „Wie wars? ... Sind noch viele Deutsche drüben?... Gott, Ihr armen Teufel! ... Was werden sich Eure Familien freuen ... Alles, alles Gute!"

Andere gingen schweigend vorbei, schauten nur verschämt zu uns herüber, bei mancher Frau sahen wir Tränen in den Augen.

Ich hatte einen Fensterplatz und bemerkte, wie ein Arbeiter aus der Gruppe, die vor unserem Wagen stand, mich prüfend musterte. Plötzlich trat er ans Fenster und fragte: „Mensch, bist Du nicht Jordan, unser früherer Gauleiter?"

Mir verschlug es zunächst die Stimme. Dann lachte der Kumpel über das ganze Gesicht und meinte staunend: „Mensch! Hast Du ein Schwein! Wir meinten, Du wärst längst tot. Junge, Junge, mach daß Du durchkommst!" Er reichte mir durchs Fenster die Hand, drückte die meinige kurz und kräftig: „Hals- und Beinbruch!" Dann verschwand er und machte noch einen anderen Kumpel auf mich aufmerksam. Der Zug fuhr an – sie winkten mir freundlich nach.

Zunächst war ich fast erschrocken: noch eine letzte Gefahr? Aber dann freute ich mich ...

Nicht lange danach leuchtete uns das Stationsschild des Zonengrenzbahnhofes Herleshausen entgegen; ich war „durchgekommen".

*

An diesem 13. Oktober 1955, kurz bevor die Sonne nach einem goldenen Herbsttag unterging, läutete die Friedland-Glocke als Gruß der Heimat unsere – und auch meine – Heimkehr ein.

Namenverzeichnis

ADENAUER Konrad 111, 360–362
ALVENSLEBEN Udo von 26
ASCHENBRENNER General 217f.
ATTLEE Clement R. 319

BAUR Hans 348
BEAVERBROOK William M., Lord 222
BEBEL August 19
BECHER Johannes R. 328
BECK Ludwig, Generaloberst 129
BECKERLE Gesandter 355
BEETHOVEN Ludwig van 288
BENESCH Eduard 167, 169, 171, 175, 189
BERK Paul 105
BIER August, Professor 55
BISMARCK Fürst Otto von 120, 159, 197
BLOMBERG Werner von, Generalfeldmarschall 57, 129, 135
BOCK Fedor von, Generalfeldmarschall 57
BODEN von, Gesandter 53
BOHLE Ernst W., Gauleiter 192
BORMANN Martin, Reichsleiter 211, 214, 247, 252f., 256, 258, 262–268
BRANDT Willi, Bundeskanzler 191
BRAUN Otto, Ministerpräsident 58, 61f.
BRÜCKNER Wilhelm 125
BRÜNING Heinrich, Reichskanzler 42f., 50–52, 56, 65
BUCH Walter, Reichsleiter 13f., 185, 306
BUDJENNY Semjon, sowj. Marschall 220
BULGANIN Nikolai 362
BUMAGIN sowj. Parteisekretär 357–359

CANARIS Walter Wilhelm, Admiral 219, 234
CARL EDUARD Herzog von Sachsen-Coburg 55
CHAMBERLAIN Houston Stewart 17
CHAMBERLAIN Neville 202, 226
CHRUSTSCHOW Nikita 218f., 362
CHURCHILL Winston S. 161, 201, 208, 212, 226–228, 233, 240, 282, 319
CLAUSEWITZ Karl von 159, 197

DEFREGGER Franz 99
DIETRICH Sepp, Generaloberst 155
DIMITROFF Georg 322
DÖNITZ Karl, Großadmiral 356
DOLLFUSS Engelbert, Bundeskanzler 163
DÜSTERBERG Theodor 38, 44, 54

EDELSHEIM Maximilian von, General 271, 274
EDUARD VIII König 192
EGGELING Joachim, Gauleiter 158, 261
ENGELS Friedrich 19, 337
EPP Franz Ritter von, Reichsstatthalter 295

FAULHABER Michael, Kardinal 121
FEDER Gottfried 75
FORSTER Albert, Gauleiter 290
FRANCO Francisco 192
FRANK Hans, Reichsminister 93
FREYBERG Alfred, Staatsminister 186
FRICK Wilhelm, Reichsminister 75, 87, 121, 126, 157
FRIEDRICHS Helmut 261
FRINGS Josef, Kardinal 299

GEORGE Heinrich 337
GEYER Florian 99
GILLE Herbert, General 295

GOEBBELS Dr. Josef 75–77, 81, 83, 87f., 155, 168–170, 174, 178, 180–186, 230, 234, 241, 256, 267
GOERDELER Karl 147, 241
GÖRING Hermann 60, 66f., 80, 83, 87f., 120, 129, 131f., 134, 136, 139–145, 147, 149, 164, 186f.
GOUNOD Charles 293
GROENER Wilhelm, Reichsminister 56, 60f.
GRÜNSPAN Herschel 179, 186
GRZESINSKI Albert 62
GUDERIAN Heinz, Generaloberst 207
GÜRTNER Franz, Reichsminister 134–136
GUSTLOFF Wilhelm 179

HAAKE Heinz 81
HACHA Emil 188
HÄNDEL Georg Friedrich 293
HANDLOSER Generalarzt 295
HANKE Karl, Gauleiter 252
HARRIMAN Averell W. 222
HAUG Arno 327
HAUSHOFER Karl, Professor 213
HAYDN Franz Josef 293
HEINE Heinrich 328
HEINRICH I Deutscher König 159, 176
HENLEIN Konrad, Gauleiter und Reichsstatthalter 167, 175
HENDERSON Nevile, Botschafter 198
HESS Rudolf 27–30, 80, 90f., 131, 160, 189, 209–214
HEUSS Theodor, Bundespräsident 110
HEYDRICH Reinhard 130, 181f., 343
HIERL Konstantin, Reichsarbeitsführer 169, 176, 254, 256
HIMMLER Heinrich 130, 137, 151–153, 169, 180–183, 210, 237, 244, 247, 279, 286, 305, 343
HINDENBURG Paul von 50, 52, 54–57, 61, 65–67, 69, 81f., 86, 95, 98, 100, 107, 109, 128, 131, 134, 136, 138, 150
HINKLER Paul 10, 13, 24–33
HIRTSIEFER Heinrich, Staatsminister 61
HITLER Adolf 8–271, 292, 331–333, 343, 347, 361
– ernennt J. zum Gauleiter 9–13, 29–32
– Harzburger Tagung 43f.
– Kundgebung und Zwischenfall in Halle 47–49
– Einbürgerung und Reichspräsidenten-Kandidatur 53–55
– Stellungnahme zu Gregor Strasser 75f., 83–90, 94
– will keine „zweite Revolution" 125–127
– Stellungnahme zum 30. 6. 1934 135–137
– bei Trauerfeier in Rheinsdorf 155f.
– ernennt J. zum Reichsstatthalter 157f.
– in Dessau am 29. Mai 1938 166–178
– in München am 8. November 1938 180f.
– 50. Geburtstag 188–191
– vor den Reichstagsabgeordneten Ende August und am 1. September 1939 199–201
– Stellungnahme zum Hess-Flug 212–214
– Stellungnahme zum 20. Juli 1944 239f.
– letzte Zusammenkunft mit der Parteiführerschaft 253–258
HOFER Franz, Gauleiter und Reichsstatthalter 295, 301
HOOVER Herbert 162
HOYNINGEN-HUENE Gesandter 148
HÖLZ Max 24, 36f., 104
HÖRSING Otto 160
HUGENBERG Alfred, Reichsminister 38, 44, 77, 87, 109, 113

JODL Alfred, Generaloberst 215, 241

JÜTTNER Max 101

KALBEN Detlev von 59
KALTENBRUNNER Ernst 343
KATHARINA II Zarin 159, 343
KERRL Hanns, Reichsminister 58
KESSELRING Albert, Generalfeldmarschall 259–261
KHUN Bela 36, 322
KILLINGER Manfred von 27
KIRCHER Jupp 23
KLAGGES Dietrich, Ministerpräsident 44
KOCH Erich, Gauleiter 145, 247, 252
KOENEN kommun. Abgeordneter 105
KUBE Wilhelm, Gauleiter 59
KÜCHENTHAL Werner, Ministerpräsident 53

LAMMERS Hans-Heinrich, Reichsminister 157
LAUTERBACHER Hartmann, Gauleiter 261
LEIPART Theodor 116f.
LENIN Wladimir I. 19, 21, 36, 40, 100, 187, 221, 223, 331, 337, 358f.
LEUSCHNER, Wilhelm 152
LEY Dr. Robert, Reichsleiter 81, 84, 89, 116, 119, 253, 256
LIPSKI Josef, Botschafter 198
LLOYD GEORGE David L. 206
LOEPER Wilhelm F., Gauleiter und Reichsstatthalter 81, 155, 157, 160
LOHSE Hinrich, Gauleiter 70, 76, 80
LUDENDORFF Erich 242
LUTHER Martin 34
LUXEMBURG Ros a19

MALENKOW Georgi 359
MANN Heinrich 328
MANSTEIN Erich von, Generalfeldmarschall 207
MARQUARD Generalvikar 350f.
MARX Karl 19, 100, 127, 223, 337
MIERENDORF Carlo 152
MIKLAS Wilhelm, Bundespräsident 165
MOLOTOW Wjatscheslaw M. 193, 215–217, 220, 223, 356
MONTGOMERY Sir Bernard, brit. Feldmarschall 286
MORGENTHAU Henry jun. 292, 303
MOSLEY Sir Oswald 194, 206
MÜHSAM Erich 358
MÜLLER Hermann, Reichskanzler 43
MÜNZER Thomas 99
MUFF Wolfgang, General 204
MUSSOLINI Benito 131, 163, 165, 201, 238
MUTSCHMANN Martin, Gauleiter und Reichsstatthalter 81, 90, 251, 327

NAPOLEON I Kaiser 197, 221f., 338
NEUMANN Heinz 322
NOSKE Gustav, Reichsminister 19

OHNESORGE Wilhelm, Reichsminister 296
OTTO I Deutscher Kaiser 159
OTTO Kurt 59, 157

PAPEN Franz von, Reichskanzler 61, 64–68, 81, 85f., 90, 151
PARSCHAUER Domvikar 350f.
PIECK Wilhelm 45, 327, 357
PUSCHKIN Alexander 337

RAEDER Erich, Großadmiral 207
RAMSEY A. H. M., Unterhausabgeordneter 206
RATH Ernst von 179f.
REPKOW Eike von 159
REICHENAU Walter von, Generalfeldmarschall 86, 130
RIBBENTROP Joachim von 174, 179, 195f., 217
ROBERTSON Sir William, brit. Feldmarschall 227
RÖHM Ernst 83, 87, 129–131, 136f., 338
RÖVER Karl, Gauleiter und Reichsstatthalter 61

ROOSEVELT Franklin D. 162, 193, 222, 224, 240, 263, 282, 292
ROSENBERG Alfred, Reichsminister 7, 246–248
RUNDSTEDT Gerd von, Generalfeldmarschall 62
RUST Bernhard, Gauleiter und Reichsminister 76, 81, 89, 145, 245

SAUCKEL Fritz, Gauleiter und Reichsstatthalter 157, 252, 261
SCHACHT Hjalmar, Reichsminister 43
SCHAUB Julius 167f., 230
SCHEEL Gustav Adolf, Gauleiter und Reichsstatthalter 244f.
SCHIRACH Baldur von, Reichsleiter 118, 288
SCHLEICHER Kurt von, Reichskanzler 52, 60, 62, 66, 68, 69, 74, 81, 85, 90, 93, 98, 130f., 134, 136
SCHRECK Julius 49
SCHULZ Paul 8f., 14, 56, 72–74, 80, 83
SCHUSCHNIGG Kurt von, Bundeskanzler 163f.
SCHWARZ Franz Xaver, Reichsleiter 13f., 118
SEECKT Hans von, Generalloberst 44, 197 217
SELDTE Franz, Reichsminister 160, 282
SERVATIUS Robert 301
SEVERING Karl, Reichsminister 55, 58, 61f.
SEYSS-INQUART Arthur, Reichsminister 164f.
SHUKOW Georgi K. sowj. Marschall 218
SINOWJEW Grigorij 36
SOMMER Dr. R., Regierungspräsident 106, 151
SOSNOWSKI Kasimir Poln. General 201
SPAIGHT I. M. 226
SPRENGER Jakob, Gauleiter und Reichsstatthalter 81
STALIN Josef W. 36, 196–198, 216f. 220f., 222–224, 225, 238, 241, 282 319, 352, 356, 357-359
STAUFFENBERG Klaus Graf von 240
STENNES Wilhelm 77
STOLYPIN Peter A. 351
STOPH Willi 191
STRASSER Gregor 7–9, 13, 17, 28, 56, 60, 69–97, 134, 143, 210, 328
STRASSER Dr. Otto 74f., 77, 91–93, 94, 328
STUCKART Wilhelm, Staatssekretär 306
SÜNDERMANN Helmut 194

TERBOVEN Josef, Gauleiter 131, 145
THÄLMANN Ernst 45, 54f., 107, 322, 332
TIMOSCHENKO Semjon, sowj. Marschall 218
TRUMAN Harry S. 319
TSCHAMMER und OSTEN Hans von 96

ULBRICHT Walter 327, 357, 363

VOSS Hans Erich, Vizeadmiral 356

WAGNER Adolf, Gauleiter 164
WAGNER Robert, Gauleiter und Reichsstatthalter 251, 302
WAHL Karl, Gauleiter 295, 301
WALDECK Prinz Josias von 295
WEBER Carl Maria von 166
WECKE Walter 149
WEIZMANN Chaim 202, 234
WELCZEK Graf Johannes, Botschafter 179
WENCK Walter, General 270f., 273
WERTH von, ung. Generaloberst 348f.
WILHELM Deutscher Kronprinz 55
WILSON Woodrow 18, 21

ZETKIN Klara 66



Nach Abschluß der Niederschrift von „Erlebt und erlitten“

Der Zeugenbericht eines Hitler-Statthalters

Der einstige Gauleiter von Halle und Magdeburg, Reichsstatthalter in Anhalt und Braunschweig, wurde — da sich gegen ihn keine stichhaltige Anklage vor westalliierten Gerichten erheben ließ — noch im Juli 1946 aus dem amerikanischen Internierungslager Dachau an die Sowjets ausgeliefert. Doch auch das in der Moskauer Lubjanka tätige Geheimgericht vermochte Jordan keiner Schuld zu überführen und verurteilte ihn zu der damals für deutsche Gefangene üblichen Formalstrafe von „25 Jahren". Nach mehrjähriger Haft im Schweigegefängnis Wladimir bei Moskau wurde Jordan — von einem westdeutschen Gericht inzwischen als tot erklärt — im Herbst 1955 in die Bundesrepublik entlassen.

Damit endete ein abenteuerlicher politischer Lebensweg: im Januar 1931 war der damals erst 28jährige von Hitler zu seinem Statthalter im einstigen „Max-Hölz-Gau" Halle-Merseburg ernannt worden: hier hatte die KPD ihre Hochburg, war stärkste Partei vor den Sozialdemokraten. Jordan verhalf auch dort der NSDAP zum Durchbruch; später als Gauleiter nach Magdeburg-Anhalt versetzt und mit dem Amt des Reichsstatthalters in Dessau betraut, übernahm Jordan während des Krieges reichswichtige Verteidigungsaufgaben im zivilen Luftkrieg. Es folgte eine zehnjährige Odyssee in alliierter Haft. Mit erstaunlichem Erinnerungsvermögen und mitreißender Darstellungskraft zeichnet Jordan die Stationen seines bewegten politischen Lebens, vor allem aber als unmittelbarer Zeuge die innere Geschichte des Dritten Reiches, interessant bereichert durch zahlreiche Berichte über interne Gauleiterbesprechungen sowie über Begegnungen und persönliche Gespräche mit Adolf Hitler.

Rudolf Jordans Aussagen gelten ebenso dem heutigen Leser wie dem künftigen Historiker: ungeschminkt und ohne andere Absicht, als schlicht die Wahrheit zu sagen, entwerfen sie aus der Sicht eines eindringlich Beteiligten das Panorama all dessen, was in Deutschland und um Deutschlands willen um die Mitte des 20. Jahrhunderts wirklich geschah.

DRUFFEL-VERLAG

D-8131 LEONI AM STARNBERGER SEE